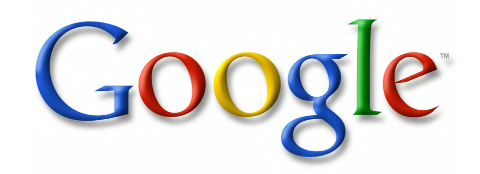
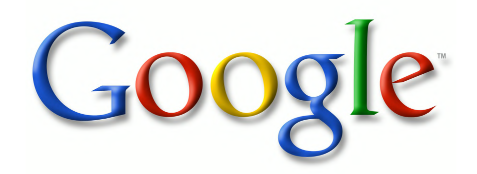
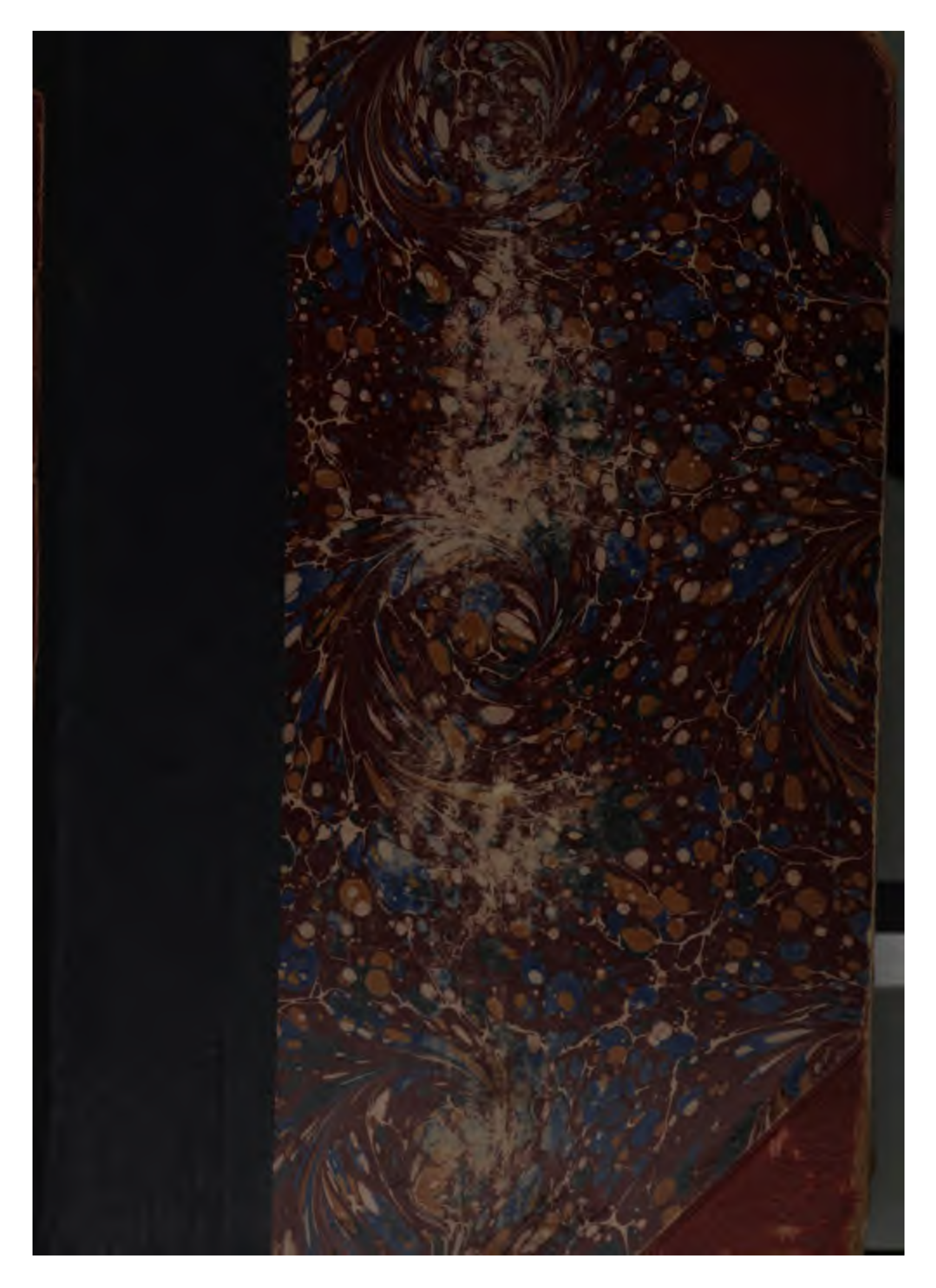








Preußens auswärtige Politik
1850 bis 1858.

Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse

des

Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel.

Herausgegeben

von

Heinrich v. Poschinger.

Erster Band: 1850 bis 1852.

Berlin 1902.

Ernst Siegfried Mittler und Sohn

Königliche Hofbuchhandlung

Kochstraße 68—71.

Von Olmütz

bis zur Errichtung des

zweiten französischen Kaiserreichs.

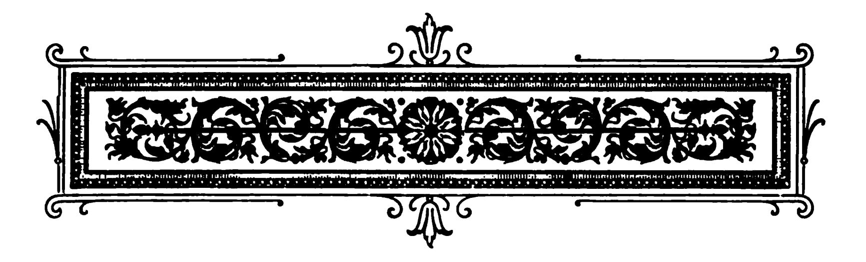


Vom 1. November 1850 bis zum 2. Dezember 1852.



>*<

Berlin 1902.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—71.



Vorwort.

„Für den geschichtlichen Nachruhm der Staaten ist die ganze Kenntniß der Thatsachen immer vortheilhafter als die halbe." Von diesem Ausspruch v. Sybels war auch Fürst Bismarck durchdrungen, als er diesem und mir in der liberalsten Weise die Staatsakten zugänglich machte. Seitdem hat eine üppig emporschießende Memoiren-Litteratur von Bismarcks Zeitgenossen, zum Theil von dem Altreichskanzler selbst, unsere Kenntniß der Zeit vom Jahre 1848 an wesentlich erweitert und fortentwickelt.

Das vorliegende Werk setzt sich zur Aufgabe, die auswärtige Politik des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel eingehender zu beleuchten, als dies im Rahmen der von mir herausgegebenen „Denkwürdigkeiten" Manteuffels möglich war. Wenn das letztgenannte Werk*) in dieser Beziehung zumeist nur dasjenige zusammenfaßte, was hierüber bereits juris publici war, so soll hier die Sonde tiefer angelegt werden durch die Herausgabe der bisher unveröffentlichten Privatkorrespondenz Manteuffels mit Preußens Vertretern im Auslande, ver-

*) „Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel." Herausgegeben von Heinrich v. Poschinger. 3 Bde. Berlin 1901. Königl. Hofbuchhandlung E. S. Mittler & Sohn.

schiedenen deutschen und außerdeutschen Staatsmännern und anderen hochgestellten, einflußreichen und einsichtsvollen Persönlichkeiten.

Man kann, ohne einem Widerspruche zu begegnen, behaupten, daß diese Privatkorrespondenz einen bei Weitem besseren Leitfaden für die preußische Politik der fünfziger Jahre abgiebt, als die damit parallel laufenden amtlichen Berichte; denn in der Form der Privatbriefe ließ sich in zwangloser Weise Vieles über Personen und Verhältnisse sagen und unumwunden beim richtigen Namen nennen, was amtlichen Schreiben, die zu den Akten gelangten, nicht anvertraut werden konnte.

Den größten Gewinn wird die Geschichte aus den in die Sammlung eingefügten, an Manteuffel gerichteten Handbillets des Königs Friedrich Wilhelm IV. und seines Bruders, des Prinzen von Preußen, ziehen. Die Offenlegung dieses Briefschatzes wird aufs Neue dazu beitragen, die historischen Gestalten dieser beiden voneinander so verschiedenen Hohenzollernfürsten in glänzendem Lichte erscheinen zu lassen; Friedrich Wilhelm IV. als geistvollen, mit reichen Wissensschätzen ausgestatteten, von tiefer Frömmigkeit beseelten Fürsten, den Prinzen von Preußen als einen Staatsmann, der allezeit mit vollem Selbstbewußtsein nach der Hegemonie Preußens in Deutschland strebte.

Auch Manteuffels oft verkannte Thätigkeit erscheint durch diese Veröffentlichung in hellem Lichte. Die Schwierigkeit der Verhältnisse, die sich ihm, wie kaum einem anderen preußischen Staatsmann der neueren Zeit entgegenstellte, hat er mit ruhiger Besonnenheit, großer Schärfe des Verstandes, weitem politischen Blick, bewundernswerther Ruhe im Abwarten und Zähigkeit im Festhalten der für richtig erkannten Ziele zu überwinden verstanden. Auch seine heftigsten politischen Gegner werden nicht in Abrede stellen können, daß die Liebe zu seinem Vater-

lande und seinem Könige ihn mehr als einmal gehindert hat, von seiner dornenvollen Laufbahn zurückzutreten.

Die schönste Anerkennung dafür und ein Denkmal aere perennius hat ihm der große Kaiser Wilhelm in seinem Briefe vom 28. November 1882*) gesetzt, und die Nachwelt wird dankbar bestätigen, daß die großen Thaten von 1866 und 1870 eines Fundamentes bedurften, wie es Manteuffel in seiner Ministerzeit von 1848 bis 1858 gelegt hat.

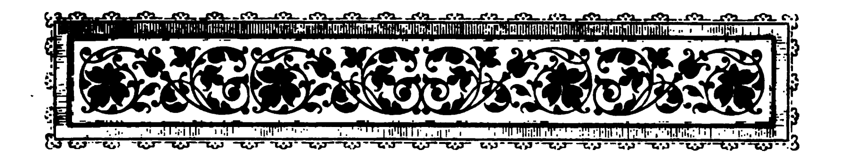
Der vorliegende Band beginnt mit der provisorischen Uebernahme des auswärtigen Ministeriums durch Manteuffel; er eröffnet vor Allem neue Blicke in die Politik, die zu Olmütz führte; er schildert darauf den Hergang der Dresdener Konferenzen, die Wirksamkeit des reaktivirten Bundestages, die Krisis des deutschen Zollvereins, den fortgesetzten Dualismus in Deutschland und die infolge der Wiederaufrichtung des Napoleonischen Kaiserreiches erfolgte Gruppirung der Großmächte.

Für die in die Sammlung aufgenommenen Schriftstücke, denen kurze orientirende Einleitungen beigegeben sind, ist die zeitliche Reihenfolge gewählt.

*) „Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel", Bd. III. S. 399.







Inhaltsverzeichniß.

I. Berichte, Briefe ꝛc., nach der Zeit geordnet.

(Wo nichts Anderes angegeben, sind sie an den Minister Frhrn. Otto v. Manteuffel gerichtet.)

Februar: Handbillet des Königs in der hessischen Frage S. 91. — Zwei Briefe des Generals v. Gerlach hierüber S. 92. — Gutachten v. Usedoms über den eventuellen Beitritt Preußens zum Londoner Protokoll vom 2. August 1850 S. 94. — Graf Alvenslebens Bericht über den beabsichtigten Eintritt von Gesammt-Oesterreich in den Bund, Manteuffel kündigt dem Grafen Alvensleben seine dritte Reise nach Dresden an S. 101. — Briefe des Königs an Manteuffel und den Kaiser von Oesterreich S. 102. — Manteuffel an den Pariser Gesandten Grafen Hatzfeldt über das Einschreiten gegen die Schweiz wegen der Behandlung der Flüchtlingsfrage daselbst und die Lage der Dresdener Verhandlungen S. 104. — Denkschrift des Prinzen von Preußen über die politische Lage Preußens nach Olmütz S. 107. — Briefe Manteuffels an den General v. Gerlach und Graf Alvensleben über die Dresdener Verhandlungen S. 112.

März: Graf Hatzfeldts Bericht über verschiedene politische Fragen, insbesondere die deutschen Angelegenheiten S. 115. — Schwarzenberg über die Dresdener Verhandlungen und die allgemeine politische Lage S. 117. — Bericht des Regierungsassessors Rudloff über die Verhältnisse im Königreich Hannover S. 119. — Stellungnahme Manteuffels zu den Dresdener Verhandlungen S. 121. — Ein Projekt des Königs zur Engagirung Frankreichs gegenüber der Schweiz S. 123. — Bericht des Gesandten v. Rochow an General v. Gerlach über seine vermittelnde Thätigkeit in Wien S. 124. — Brief v. Gerlachs über Rochows Berichterstattung S. 125. — Manteuffels Vorschlag einer Allianz mit Oesterreich S. 125. — Brief des russischen Gesandten v. Meyendorff über die Wiener Dispositionen S. 127. — Handbillet des Prinzen von Preußen über die Aufnahme Gesammt-Oesterreichs in den Bund S. 129. — Schwarzenbergs Antwort auf Manteuffels letzte Propositionen, die Berliner Presse, die Zustände in England und Frankreich, den Grafen Bernstorff S. 130. — Manteuffel ersucht den Grafen Alvensleben um einen Besuch in Berlin S. 133. — Antwort Manteuffels auf das Handbillet des Prinzen von Preußen vom 17. März 1851 S. 134. — Handbillet des Königs über die österreichischen Vorschläge und die demnächstigen Beschlüsse hierauf S. 136. — Stellung des Prinzen von Preußen angesichts der Dresdener Verhandlungen S. 137. — Manteuffels Antwort S. 138. — Manteuffel an Graf Alvensleben über die Dresdener Verhandlungen S. 141. — Bericht des Geschäftsträgers Grafen Henckel in Petersburg über den Posten des preußischen Militärbevollmächtigten daselbst S. 142.

April: Manteuffel an Graf Alvensleben über die Anti-Manteuffel-Litteratur und die Beschickung des Bundestags S. 143. — Bericht des Gesandten v. Savigny über badische Vorgänge S. 144. — Zwei Handbillets des Königs über hessische Fragen und die Form der Beschickung des Bundestags S. 144. — Graf Alvenslebens Bericht über diese Beschickung S. 145. — Handbillet des Königs über den Zeitpunkt der Beschickung des Bundestags S. 146. — Graf Alvenslebens Vorschlag hinsichtlich der Beschickung des Bundestages S. 147. — Neue Bedenken des Prinzen von Preußen über die Wiederbeschickung desselben S. 148. — Schwarzenberg über die Beendigung

August: 17. Bericht des Bundestagsgesandten v. Rochow, Ende seiner Frankfurter Wirksamkeit S. 214. — Der Gesandte Graf Nostitz überreicht einen Brief des russischen Reichskanzlers Grafen Nesselrode und berichtet über die hannoverschen Verhältnisse S. 216. — Finanzminister v. Bodelschwingh über die Flottenangelegenheit S. 217.

September: Bericht v. Rochows aus Ischl über die Flottenangelegenheit S. 218. — Bericht des preußischen Kommissars Uhden über die kurhessische Verfassungsfrage S. 219. — Brief des Generals v. Gerlach über den Austritt von Ost- und Westpreußen aus dem Deutschen Bunde und die Hamburger Verfassung S. 220. — Brief des Kabinetsrath Niebuhr über Preußens Politik gegenüber der Schweiz und Maßregeln zur Wiedergewinnung von Neuenburg S. 221.

Oktober: Manteuffel an den sächsischen Minister Frhrn. v. Beust über die handelspolitische Frage S. 225. — 1. bis 4. orientirender Bericht des Gesandten v. Rochow nach der Rückkehr nach Petersburg S. 226. — General v. Gerlachs Bemerkungen dazu S. 232. — Zwei Handbillets des Prinzen von Preußen über die handelspolitische Frage S. 233. — Manteuffels Anfrage bei dem Gesandten Graf Hatzfeldt über die neue Politik Napoleons. — 5. Bericht v. Rochows in Petersburg S. 234. — Handbillet des Königs betr. die dänische und verschiedene andere Fragen S. 236. — 6. Bericht v. Rochows S. 236. — Brief des Generals v. Gerlach über die Absicht des Königs bezüglich einer außerordentlichen Mission nach England wegen der Neuenburger Angelegenheit S. 238. — 7. und 8. Bericht v. Rochows S. 238. — Bericht des Gesandten Grafen Arnim in Wien über Schwarzenberg und die deutschen Höfe, Bernstorff und Pourtalès, die Schwiegertochter des Grafen Solms-Baruth, den Kaiser und die politische Frage S. 241. — 9. und 10. Bericht v. Rochows S. 242. — Aufzeichnung des Dr. Bamberg über die Krisis in Frankreich S. 245.

November: Bericht des Gesandten Grafen Hatzfeldt darüber S. 247. — Bericht des Gesandten Grafen Nostitz über die handelspolitische Lage in Hannover S. 248. — 11. Bericht des Gesandten v. Rochow S. 249. — Bericht des Grafen Nostitz über den muthmaßlichen Gang der Dinge in Hannover nach dem Tode des Königs und die handelspolitische Frage S. 249. — Legationsrath Philipsborn über die handelspolitische Krisis S. 252. — Bericht des Grafen Nostitz über die muthmaßlichen Konsequenzen des Königs von Hannover S. 254.
12. Bericht v. Rochows S. 256. — Zwei weitere Berichte des Grafen Nostitz über die Folgen eines Regierungswechsels in Hannover S. 258. — 13. Bericht v. Rochows S. 260. — Zwei fernere Berichte des Grafen Nostitz über den bevorstehenden Regierungswechsel in Hannover S. 261. — Bericht des Grafen Hatzfeldt über die Verfassungskrisis in Frankreich S. 263. — 14. Bericht v. Rochows S. 264. — Zwei Berichte des Grafen Nostitz über das Ableben des Königs von Hannover und die politische Lage daselbst angesichts des Regierungswechsels S. 265. — Handbillets des Prinzen von Preußen über die Aufstellung von Bundestruppen in Frankfurt a. M. S. 270. — Brief des Fürsten Schwarzenberg über den Regierungswechsel in Hannover, die dänische und die handelspolitische Frage S. 270. — Randbemerkung des Königs über Han

billet des Prinzen von Preußen über die Zollfrage S. 432. — Finanzminister v. Bodelschwingh äußert sich über die Zollvereinsfrage S. 432. — Desgleichen General v. Gerlach S. 433. — 40. Bericht v. Rochows S. 433.

September: Handbillet des Prinzen von Preußen über die Zollvereinskrisis und die „Kreuzzeitung" S. 433. — 41. u. 42. Bericht des Gesandten v. Rochow S. 434. — Handbillet des Prinzen von Preußen über die Zollvereinskrisis S. 436. — 43. Bericht v. Rochows S. 436. — Zwei Handbillets des Prinzen von Preußen über die Zollvereinskrisis S. 437. — 44. und 45. Bericht v. Rochows S. 437.

Oktober: 46. und 47. Bericht des Gesandten v. Rochow S. 438. — Schreiben des Grafen Buol an Manteuffel über den Wechsel an der Berliner Gesandtschaft und das Verhältniß zwischen Wien und Berlin S. 442. — 48. Bericht des Gesandten v. Rochow S. 443. — Bericht des Gesandten Graf Arnim über Thun und Prokesch, die Zollfrage, Prinz Reuß VII. S. 444. — 49. Bericht v. Rochows S. 446. — Manteuffels Antwort auf den Brief des Grafen Buol, Würdigung der handelspolitischen Differenz zwischen Preußen und Oesterreich S. 447. — General v. Gerlach empfiehlt Rüstungen, Aeußerung über Napoleons Haltung gegenüber Oesterreichs Vorgehen in Italien S. 451. — 50. Bericht v. Rochows S. 451.

November: Manteuffels Brief an den hannoverschen Minister v. Schele über die handelspolitische Lage S. 453. — Wiener Bericht des Gesandten Grafen Arnim über die Korrespondenz Manteuffels mit Buol, Prokesch, die französische Kaiserfrage, die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Berlin, Meyendorff, Baron Hochschild S. 455. — 51. Bericht des Gesandten v. Rochow aus Petersburg S. 456. — Handbillet des Königs, betr. belgische Verhältnisse S. 457. — Bericht des Gesandten Grafen Hatzfeldt über eine Rede Lord Malmesburys S. 458. — 52., 53. u. 54. Bericht v. Rochows S. 458. — Bericht des Grafen Arnim, betr. die Instruktion für die Kaiserreise, die Handelssache, Graf Grünne, Baron Hochschild und die Kammern S. 462. — 55. Bericht v. Rochows S. 463. — Manteuffel an Rochow über die französische Kaiserfrage, die Zollangelegenheit und die Kammern S. 464. — Manteuffel an den Grafen Hatzfeldt über Napoleons Absichten, die Zollsache und Olberg S. 467. — General v. Gerlach über die französische Frage und die Inspizirung der Bundeskontingente S. 468. — 56. Bericht v. Rochows S. 469. — Manteuffel an den Grafen Hatzfeldt über Preußens Politik gegenüber Napoleon, die Kaiserfrage und die Kammern S. 471.

Dezember: 57. Bericht des Gesandten v. Rochow S. 473. — Handbillet des Königs über Hatzfeldt S. 474.

2. Berichte, Briefe rc., nach den Verfassern geordnet.

(Wo nichts Anderes angegeben, sind sie an den Minister Frhrn. Otto v. Manteuffel gerichtet.)



Ein Namenverzeichniß wird dem Schlußbande des Werkes beigegeben.

1850.



Der Gang nach Olmütz ist von der liberalen Geschichtschreibung schlimmer hingestellt worden als der Gang Heinrichs IV. nach Canossa,*) als ein Schritt zur „äußersten Erniedrigung Preußens vor Oesterreich". Man kann mit viel besserem Grunde und von den Thatsachen unterstützt sagen, die Negotiationen, welche der Minister Manteuffel mit dem Fürsten Schwarzenberg führte, sind — wenn auch dornenvoll — der Weg gewesen, Preußen aus der Ohnmacht, zu der es seit zwei Jahren durch die Verfolgung der unfruchtbaren Unionspolitik verurtheilt gewesen war, zu befreien und auf eine Basis zu stellen, auf der es bereits auf den Dresdener Konferenzen und demnächst in Frankfurt Schritt für Schritt die Suprematie in Deutschland wiedergewonnen hat. Die Hartnäckigkeit, mit der Manteuffel als Sündenbock hingestellt worden ist, rechtfertigt, den Quellen, die in Manteuffels „Denkwürdigkeiten"**) über den Gang nach Olmütz mitgetheilt worden sind, noch einige weitere anzufügen.

Mit der am 3. November 1850 erfolgten Entlassung des Ministers v. Radowitz war nur der Hauptträger des von Manteuffel bekämpften, auf einen Krieg mit Oesterreich hinarbeitenden Systems gefallen.***)

* Vergl. Biedermann: „Dreißig Jahre deutscher Geschichte", 3. Aufl., S. 44. Am 3. November schrieb eine hochstehende patriotische Frau (nach Biedermann, Bd. II, S. 48, jedenfalls die Prinzessin von Preußen) an eine Vertraute: „Am 8. November (also nach der Amtsniederlegung von Radowitz) wird das neue Preußen begraben. Der Prinz von Preußen hat ritterlich für sein Vaterland gekämpft, aber vergebens".

** Berlin 1900. E. S. Mittler & Sohn. 3 Bde.

***) „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten, 1849–1855", Wien 1896, S. 174, erfahren wir, daß Manteuffel bereits am 2. November den österreichischen Gesandten Prokesch-Osten besuchte, um ihn von dem Ergebniß des an demselben Tage stattgehabten Ministerraths zu verständigen, welcher den Fall von Radowitz

Von einer Einigung mit dem Kaiserstaat war man aber noch himmelweit entfernt. Der kriegerische Geist, der in der Armee geflissentlich geschürt worden war,*) ließ sich nicht von einem Tag zum anderen bannen.

Ein Promemoria, in dem die Vertreter der Kriegspartei zu Worte kamen,**) gelangt zu folgenden Schlüssen:

„Das Einrücken von 12 000 Mann Oesterreichern in Kempten, bevor noch ein Konflikt irgend einer Art zwischen Preußen und Bayern stattgefunden, zeigt, ein wie ernstliches Einverständniß zwischen Oesterreich und dem sogenannten »Bunde«, namentlich Bayern, besteht.

Diese 12 000 Mann werden unzweifelhaft jetzt gerade über Ulm und Würzburg auf Fulda vorrücken. Sie haben überall Chaussee und können in etwa 15 Tagen vor Fulda stehen.

Dieser Umstand läßt erstens die Mobilmachung und Setzung auf Kriegsfuß des Groebenschen Korps***) als unbedingte Nothwendigkeit erscheinen, wenn nicht das Korps Fulda ohne Schwertstreich räumen soll; zweitens im Allgemeinen die Gefahr als noch viel dringender erscheinen, als bisher nach den besten und zuverlässigsten Mittheilungen angenommen war.

Ein Verfahren gegen Oesterreich in der am Sonnabend beschlossenen Weise ist hierdurch bedenklich geworden. Rüstungen erscheinen als zur

bedeutete. Manteuffel hoffte, daß der König an der Friedenspolitik festhalten werde, bat aber Prokesch dringend, Fürst Schwarzenberg möge dem König den Systemwechsel erleichtern, indem er die Truppenzüge keinen Preußen bedrohenden Charakter annehmen lasse und ihnen ein Motiv beilege, das die öffentliche Meinung in Preußen schone. Manteuffel stützt sich darauf, daß das Einrücken des Generals v. Groeben in Kurhessen noch nicht der Krieg sei. „Er schien in großer Angst über die Möglichkeit eines Konfliktes." Am 3. November schrieb Prokesch an den Fürsten Schwarzenberg (vergl. S. 176): „Ich habe Herrn v. Manteuffel gesagt, daß die begonnene Wirksamkeit des Bundes nicht unterbrochen werden könne und ebenso wenig der Marsch der österreichischen Truppen, hervorgerufen durch die unklugen Drohungen des Herrn v. Radowitz."

*) Die Hetzer verbreiteten in Berlin namentlich unter dem Militär die tollsten Berichte: Es sei bereits Befehl ergangen, daß die preußischen Truppen wieder Cassel verlassen sollen u. s. w. Es wäre doch gut, meinte ein Berichterstatter (3. November 1850), sofort einen Offizier nach der Parade zu schicken, um dies zu widerlegen. „Man darf den kriegerischen Geist nicht unterdrücken, aber doch auch nicht übersprudeln lassen."

**) Der Verfasser ist augenscheinlich in der militärischen Umgebung des Königs zu suchen.

***) Graf v. der Groeben war der Kommandirende des für Hessen bestimmten preußischen Korps.

Nothwehr erforderlich. In Bezug auf die drohenden Handlungen Oesterreichs müßte eine ernste Sprache geführt werden, und man müßte sich dagegen waffnen, nicht um die Verhandlungen zu unterstützen, sondern um sich wehren zu können.

Es müssen neben der Mobilmachung des Groebenschen Korps zu allen denjenigen Regimentern, die von ihrer Heimath entfernt sind, z. B. den Garden, die Kriegsreserven sofort eingezogen werden. Zugleich müßte die Pferdeaushebung vorbereitet werden. In Schlesien, bei Halle, bei Kreuznach, müßten sofort kleine Korps, wenn es nöthig ist, aus Landwehren gebildet werden, die zum Kern für größere Aufstellungen dienen könnten. Das Korps bei Fulda könnte seine Stellung bis nach Meiningen nehmen, wenn die Ernährung bei Fulda zu schwierig sein sollte.

Diese Maßregeln müßten sofort per Telegraph dem Wiener Kabinet angezeigt und damit die Erklärung verbunden werden, daß, wenn nicht der Marsch des Vorarlbergschen Korps sofort sistirt würde, Sr. M. Regierung in der traurigen Ueberzeugung, daß der Marsch ihr gelte, eine Mobilmachung der ganzen Armee auf dem Fuße folgen lassen müßte. Man möge dabei auf die konziliaten Gesinnungen hinweisen, die man in der hessischen Sache bewiesen durch die beiden gestern Nacht und gestern am Tage abgegangenen telegraphischen Befehle an den General v. der Groeben, die Autorisation zum Abschluß einer Konvention und das Verbot des weiteren Vorrückens.

Dann aber theile man diese Lage der Sache allen großen Mächten mit. Nach Hannover, Dresden und Darmstadt aber sende man sofort Aufforderungen zur Neutralitätserklärung."

Sansfouci, den 4. November 1850. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:*)

„Ew. Excellenz werden mir verzeihen, wenn ich mir erlaube. Ihnen bei der großen Krisis, in der sich unsere Angelegenheiten befinden, einige Bemerkungen hinzuwerfen:

1. Der König, niedergeschlagen über die letzte Wendung der Dinge, ist jetzt absichtlich passiv, was aber nicht lange dauern wird.

2. Sie haben interimistisch die auswärtigen Angelegenheiten, welche immer noch im vordersten Vordergrund stehen. Ich wünschte, Sie hätten sie definitiv mit einem tüchtigen Unterstaatssekretär. Sydow ist ein braver Mann, voll Kenntnisse und Arbeitsfähigkeit, aber sehr subaltern und völlig unfähig, mit den

* Erwähnt ist dieser Brief in Gerlachs „Denkwürdigkeiten", Bd. I. S. 551

Gesandten zu verkehren, denen gegenüber er die Regierung kompromittirt und sich selbst um alles Ansehen bringt, fast meinungslos, aber gehorsam.*) Ich wüßte zwei fähige Leute für das auswärtige Ministerium: Le Coq, rechtlich, gelehrt, geschäftskundig, unterrichtet in der Tradition der alten Politik, aber bei allen Beamten verhaßt, ehrgeizig, unruhig und nach oben und unten unverträglich.**) Sodann für die deutschen Angelegenheiten den Geheimen Justizrath und Professor Pernicce in Halle, den man früher schon herrufen wollte. Brandenburg***) hat mir schon von ihm gesagt. Wahrscheinlich aber unpraktisch wie fast alle Professoren.

3. Als eine der nöthigsten Maßregeln erscheint es mir, das Mögliche anzuwenden, um Sachsen und Hannover von der Rheinbundspartei in Frankfurt abzuziehen. Galen†) müßte daher instruirt werden, und nach Hannover müßte ein Gesandter gehen oder Jemand in außerordentlicher Mission, der sich mit dem sehr braven Minister Münchhausen††) in Verbindung setzen könnte.†††) — Die Rheinbundspartei ist noch etwas Anderes als Oesterreich. Sehen Sie hierüber Niebuhrs*†) interessantes Promemoria, was ich mir gestern die Ehre gab Ew. Excellenz zu überreichen, gefälligst nach.

4. Mit Oesterreich muß sobald als möglich abgeschlossen werden. Ich glaube, daß es gut ist, Herrn v. Rochow,†*) der morgen früh

*) Der Unterstaatssekretär Justus v. Gruner schreibt in der deutschen Revue Februarheft 1901, S. 149 f: „Herr v. Sydow war ein Mann von weichem Charakter, streng kirchlicher Richtung und seiner ganzen Persönlichkeit nach wenig geeignet für die Karriere, welcher er sich schließlich zugewendet hatte. Aber Geschäftskunde und einen fast übergroßen Diensteifer konnte man ihm nicht absprechen."

**) v. Le Coq wurde demnächst an Stelle v. Sydows Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußeren.

***) Graf v. Brandenburg, preußischer Ministerpräsident.

†) Graf Galen, preußischer Gesandter in Dresden.

††) Alexander Frhr. v. Münchhausen war seit 26. Oktober 1850 der leitende Staatsmann in Hannover, welcher eine gemäßigt konservative Richtung eingeschlagen hatte. Nach dem Regierungsantritt des Königs Georg V. (22. November 1851) erhielt derselbe seine Entlassung.

†††) Mit dieser Mission wurde demnächst der Major Edwin v. Manteuffel, der Vetter des Ministers, betraut.

*†) Der Kabinetsrath des Königs.

†*) v. Rochow, preußischer Gesandter in St. Petersburg, gestorben am 19. April 1854.

in Berlin ankommt, dorthin zu schicken. Er ist ganz in der Sache zu Hause, kennt die Schwarzenbergschen Konzessionen in Warschau, hat Vertrauen bei Oesterreich und Rußland. — Dem Grafen Münster*) werde ich schreiben, daß er dem Kaiser Nicolaus einheizt.

Ich fürchte sehr, daß Brandenburg zu früh die auswärtigen Geschäfte wieder übernimmt; kommt es dahin und kann nicht mit Ew. Excellenz ein anderes Arrangement getroffen werden, so kommt es mir immer noch so vor, als wenn Graf Arnim**) noch der beste auswärtige Minister wäre. Er wird sich nur schwer dazu entschließen. Der König ist sehr für ihn, von der Zeit her, wo er es war, eingenommen.

Verzeihen Ew. Excellenz diese meine unberufenen und unmaßgeblichen Rathschläge, die nur durch den Drang der Verhältnisse entschuldigt werden."

Sanssouci, den 4. November 1850. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Der König ist in einem höchst aufgeregten und betrübten Zustand. Er sieht nach den Wiener Depeschen und besonders nach der telegraphischen Nachricht aus München, wonach das österreichische Korps in Voralberg die Grenze passirt und nach Kempten und Augsburg marschirt, den Krieg für gewiß an. Er sagt: »Ich habe den Ministern die ganze Verantwortlichkeit auf die Schultern gelegt. Sie haben erklärt, meinen Befehl der Mobilmachung der Armee nicht erfüllen zu wollen; nun bleibt uns nichts übrig, als uns demnächst den Bedingungen zu unterwerfen, die unsere Feinde uns machen. Rußland mag jetzt mit uns einig sein, das kann uns nun nicht mehr helfen. Es wird erst kommen, wenn unsere Niederlage ein fait accompli ist.«

Se. M. gehen so weit, zu sagen, daß, wenn die Minister zu spät eine Mobilmachungsordre fordern würden, er dann auf den Frieden hinweisen würde.

Dieser Zustand der Dinge ist, wie Ew. Excellenz das einsehen werden, ein unerträglicher. Was soll daraus werden, wenn wirkliche Gefahren eintreten. Wir können dann den persönlichen König

* Der preußische Militärbevollmächtigte in St. Petersburg.

** Graf Arnim-Heinrichsdorf, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in den Ministerien des Grafen Arnim-Boitzenburg und Camphausens.

nicht missen, besonders da der Prinz von Preußen ebenso über die jetzige Lage der Dinge denkt.

Die Mobilmachungsfrage ist keine Prinzipienfrage. Der König wollte mit der mobilen Armee die friedlichsten Bedingungen stellen. Die Gefahr ist nach den Wiener Berichten, nach den Nachrichten aus Frankfurt, aus München und Böhmen nicht zu verkennen. Wäre es unter diesen Umständen nicht richtig, dem Könige nachzugeben und die Mobilmachung anzuordnen? Ein Ministerwechsel ist unmöglich!!

Ich gebe Ew. Excellenz anheim, diese Dinge in Ueberlegung zu nehmen, welche ich hier unter dem Eindrucke der Stimmung des Königs niederschreibe. Niebuhr, der diese Eindrücke wie ich empfangen hat, wird Ihnen das Nähere auseinandersetzen. Es wäre vielleicht gut, wenn Sie Ihren Herrn Vetter herschickten, damit er Ihnen von hier aus berichten könnte."

Gerlach bemerkt in seinen „Denkwürdigkeiten",*) daß sein vorstehender Brief, den Niebuhr dem Minister Manteuffel überbrachte, für die Mobilmachung entscheidend war. Manteuffel sei bei Durchlesung desselben sehr bedenklich geworden und habe schon damals seinen Kollegen seinen Entschluß, mobil zu machen, mitgetheilt. Am 4. abends wurde Edwin v. Manteuffel noch nach Hannover geschickt, da nach einem Briefe des hannoverschen Bevollmächtigten bei der Elbe-Schiffahrtskommission, v. Klenze, an den Oberpräsidenten v. Witzleben der König sehr schwanken sollte.

Sanssouci, den 5. November 1850. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Ihr Herr Vetter ist abgereist, nachdem ihn der König noch in meiner Gegenwart gesprochen und sehr gut instruirt hat.

Mein gestriges Schreiben über eine etwaige Mobilmachung war durch keinen Befehl Sr. M. veranlaßt, sondern, wie ich es auch schrieb, durch den Eindruck, den die Stimmung des Königs sowie das Geschrei der Nicht-Mobilmachung auf mich gemacht. Der König sagt fortwährend in einer Art von Desperation, man könne jetzt nicht friedlich genug sein. Darum schrieb ich gestern auf seinen ausdrücklichen Befehl: »Die Minister sollen jede irritante Maßregel vermeiden.«

*) Bd. I. S. 552.



Die hessische Sache brennt auf den Nägeln. Mir ist noch eine Auskunft eingefallen, auf die Oesterreich eingehen und den Grafen Rechberg*) danach instruiren kann. Der Kurfürst kehrt mit seinen 1400 Hessen, die ihm treu geblieben, nach Cassel zurück, und die preußischen Truppen räumen die Hauptstadt, während sie die Etappenorte besetzen. Vielleicht, daß unser Besitz des Staatsschatzes diesen Vorschlag annehmbar macht.

Rochow wäre sehr gut für Wien zur Unterhandlung, Se. M. ist ihm aber wenig gewogen, wenigstens in diesem Augenblick."

Sanssouci, den 5. November 1850. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Der General Rochow, der eben bei mir ist, findet die Lage der Dinge in Hessen sehr gefährlich. Er fürchtet, daß ein Zusammenstoß mit unsern Truppen und den Bayern dort das ganze Einigungs- und Friedenswerk verderben kann. Aus dieser Sache müssen wir doch jedenfalls heraus, so daß es nur darauf ankommt, den Weg zu finden.

Könnte man nicht dem Grafen Groeben**) befehlen, sich von Fulda nach Hersfeld auf die Etappenstraße zu ziehen? Im Allgemeinen komme ich auf den Vorschlag zurück, durch Oesterreich den Kurfürsten zu bewegen, mit seinen treugebliebenen Hessen nach Cassel zurückzukehren, was wir dann räumen, indem unsere Truppen die Etappenorte besetzt behalten. Dann kann ja die Bundesvermittelung in Hessen ihren Fortgang haben.

Verzeihen Ew. Excellenz, daß ich es wage, Ihnen diese unmaßgeblichen Vorschläge zu machen."

Berlin, den 5. November 1850. Brief des Königs Friedrich Wilhelm IV. an den König von Hannover.***)

„Verehrtester König und Onkel! Ich habe mit gespannter Erwartung einer Antwort auf meinen letzten Brief entgegengesehen. In meinem Dankbriefe auf Ihre gnädige Geburtstagsgratulation gab ich Ihnen, theuerster Onkel, Nachricht

*) Graf Rechberg fungirte als Civilkommissar des Bundes für Hessen.

**) Siehe Anm. auf S. 7.

***) Gerlach erwähnt diesen „guten Brief" in Bd. I, S. 553 seiner „Denkwürdigkeiten".

von dem Wunsche, den mir der Kurfürst schriftlich ausgedrückt hatte, nämlich, daß ich in Gemeinschaft mit allen deutschen Staaten seine Wirren im Kurstaate schlichten möge. Ich knüpfe daran die allerdringendste Bitte an Sie, verehrtester Onkel, um der Erhaltung des Friedens Willen diese Sache zu der Ihrigen zu machen und durch Ihr so entscheidendes Votum in Frankfurt, wenn auch nicht die Sache d'emblée durchzusetzen, doch jeden thörichten Schritt, der nach Krieg schmeckt, dort unmöglich zu machen. Leider, mein verehrtester Onkel, habe ich keine Antwort von Ihnen erhalten. Und es sind von Frankfurt aus die schlimmsten Schritte geschehen (das Einrücken in Kurhessen), und Schlimmes steht noch bevor, denn wir wissen, daß eine mächtige Partei die Hinderung des bayerischen Durchmarsches nach Cassel, welche in der Stellung meiner Truppen bei Fulda liegt, zum casus belli machen will. Erwägen Sie in Ihrem Herzen, mein theuerster Onkel, die entsetzensvolle Verantwortlichkeit für alle die, in deren Hand es steht, den Frieden zu erhalten und — welchen — Krieg zu vermeiden. In Ihrer Hand, allertheuerster Onkel, steht jetzt die Sache. Wenn Sie jetzt entschieden Ihre Stimme zu weiteren Thorheiten in Frankfurt versagen, so siegt Ihr Wille. Denn Ihre Stimme nimmt der dortigen Versammlung nach der ihr eigenen Theorie von der neunstimmigen Majorität eben diese Majorität. Sie, mein theuerster Onkel, erzwingen den Frieden. Das ist eine mathematische Gewißheit. Welche Glorie für Ihren Namen und für Ihre Regierung. Ich beschwöre Sie, verehrtester Onkel, um der guten Sache und der Ruhe Ihres Königlichen Gewissens willen, lassen Sie diesen einzigen wichtigen Moment nicht vergebens verstreichen, er kommt nicht wieder; recht benutzt, ruft er aber Ströme von Segen auf Ihr Haupt. Was hier vorgestern geschehen, wissen Sie. Graf Brandenburg hat von Warschau wichtige Zugeständnisse von Seiten des Fürsten Schwarzenberg*) mitgebracht. Dieselben waren an Bedingungen hinsichts der Unionsverfassung, der kurhessischen Angelegenheit und des Auftretens wider die holsteinische Statthalterschaft geknüpft, welche vorgestern von meinem Ministerio sämmtlich angenommen worden sind. Unter diesen Umständen, theuerster Onkel, ist das Spielen mit dem Kriege aus Frankfurts Uebermuth unendlich mehr als eine Thorheit, —

*) Fürst v. Schwarzenberg, österreichischer Ministerpräsident und Minister des Kaiserlichen Hauses.

es ist ohne Weiteres Perfidie und Schändlichkeit. Der aber werden Sie, lieber Onkel, Ihr mächtiges Halt gebieten! Das gebe Gott. Ich habe Frhrn. v. Schleinitz bei seinem Abgange aus dem Ministerio schon vor Monatsfrist wieder zu Meinem Gesandten an Ihrem Hofe ernannt. Sobald seine Gesundheit es gestattet, die sehr eprouvirt war, wird er sich Ihnen vorstellen. Ich schicke meinen Flügeladjutanten, Major v. Manteuffel mit diesem Briefe nach Hannover. Senden Sie ihn mir bald mit guter Kunde zurück.

Friedrich Wilhelm.

Sie wissen, lieber Onkel, daß mein edler und lieber Radowitz seine Entlassung genommen hat."

Der König Ernst August von Hannover antwortete umgehend, in höchst verbindlicher Form das Ausbleiben einer Antwort auf den Brief Friedrich Wilhelms IV. vom 15. entschuldigend. Zur Sache selbst bekannte sich Ernst August nach wie vor als Feind der Union und rechtfertigte seine Hinneigung zu Oesterreich durch Beschickung des Frankfurter Bundestages. Die hessische Frage könne keine vereinzelte Macht, sondern nur das vereinte Deutschland in Ordnung bringen, deshalb sollten alle Staaten den Frankfurter Bundestag beschicken. Das Ausland dürfe sich in die hessischen und schleswig-holsteinischen Wirren nicht einmischen.

Berlin, den 5. November 1850. Der österreichische Gesandte Frhr. v. Prokesch-Osten an Manteuffel eigenhändig privat:

„Fürst Schwarzenberg schreibt mir, der Besorgniß eines beabsichtigten Ueberfalles laut als einem Unsinn entgegenzutreten. Er wolle Garantien des aufrichtigen Uebertrittes in ein System, mit dem in Frieden und Freundschaft zu leben sei und das nicht wie eine fortwährende Drohung, die Guten lähmend und die Bösen ermuthigend, über Deutschland schwebe. Weiter wolle er nichts. Die Garantien aber lägen in der Achtung des Rechtes. So wie diese Achtung an den Tag gelegt sei durch Räumung von Kurhessen und durch Nichthinderung der Sendung der Bundesexekution (wenn sie nöthig werden sollte) nach Holstein, so würden auch allsogleich alle militärischen Maßregeln eingestellt.

Der Fürst wird sich ohne Zweifel an Graf Bernstorff*) ganz in demselben Sinne ausgesprochen haben."

*) Albrecht Graf v. Bernstorff, preußischer Gesandter in Wien, später Gesandter in London und endlich preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Die am 6. November beschlossene preußische Mobilmachung war geeignet, die Kriegspartei mit neuen Hoffnungen zu beleben, und am 8. November*) hätten die Schüsse von Bronzell leicht das Signal zum Ausbruch des Bruderkrieges geben können. Gleich darauf (9. November abends) erhielt der österreichische Gesandte Prokesch telegraphisch die Weisung, die Zurückziehung der preußischen Truppen kategorisch zu fordern, umgehende Antwort auf die darauf bezügliche Frage zu verlangen und — im Falle einer ungenügenden Antwort — sofort seine Pässe zu nehmen und Berlin zu verlassen.

Noch in derselben Nacht schrieb Prokesch an Schwarzenberg: „Ich hege keinen Zweifel, daß Manteuffel, von sehr vielen vernünftigen Menschen unterstützt, den Frieden will, und daß der König sich in den Systemwechsel hineinfindet. Von ihm selbst kommt die Aenderung in der Antwort, daß man sich mit der Erklärung Oesterreichs (rücksichtlich der Bundesbesetzung von Kurhessen) zufriedenstelle. Ich glaube selbst nicht, daß heute eine sofortige Räumung ausgesprochen werden kann. Das Ministerium ist nicht stark genug dazu. Aber thun werden sie es und sicherlich bald. Der Krieg brächte nothgedrungen ein extremes Ministerium oder gar wieder Radowitz. Mit Manteuffel ist der Friede möglich. Steht das Ministerium Manteuffel nur acht Tage, so sind die Leidenschaften bis zu dem Grade beschwichtigt, um die Regierung offen den Weg der Verständigung betreten zu lassen."**)

In einer Unterredung, die Prokesch noch am 9. abends mit Manteuffel hatte, bemühte sich dieser, den Vorfall bei Bronzell, den er lebhaft beklagte, als einen Ausbruch von Soldatenübermuth zu entschuldigen. Im Uebrigen wies er auf eine nach Wien gerichtete Depesche hin, welche schon tags vorher beschlossen und soeben — unter dem Eindruck dieses Vorfalles — eiligst redigirt worden war. Sie gestand die förmliche Aufhebung der Unionsverfassung sowie die unbehinderte Zulassung der Bundesexekution zu, zwei Konzessionen, die Fürst Schwarzenberg in einer Depesche vom 6. November gefordert hatte; auf die Zurückziehung der preußischen Truppen dagegen ging sie nur bedingungsweise ein, indem sie dieselbe von der Gewährung einer Garantie bezüglich der Dauer und des Zwecks der Bundes-

*) Am 8. November schrieb Fürst Schwarzenberg an Prokesch: „In der Form wollen wir gern milde sein und dem Herrn Minister Manteuffel das schwierige Geschäft erleichtern — ein absichtlich verrückt gemachtes Publikum zur Vernunft zurückzuführen. Beruhigen Sie Herrn v. Manteuffel und kräftigen Sie Alle, die so denken wie er. Sie mögen herantreten, und wir kommen noch als gute Freunde auseinander." „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849—1855", S. 177.

**) „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849—1855", S. 178.

exekution abhängig machte. Diese Auskunft konnte Prokesch nach seiner Instruktion nicht befriedigend finden; er hatte jedoch, mit Rücksicht auf die peinliche Lage des Ministers, von vornherein beschlossen, die offizielle Ausführung seines Auftrags auf den folgenden Tag zu verschieben und vorher — auf eigene Verantwortung — einen letzten Schritt zur Hintanhaltung des Bruchs beim König selbst zu unternehmen. Demnach suchte er für den 10. eine Audienz nach, die ihm umgehend gewährt wurde.*) In dieser Unterredung bestand Prokesch zwar auf der Zurückziehung der preußischen Truppen, doch nahm er es auf sich, die Erfüllung dieser Forderung zu erleichtern, indem er — dem Sinne seines Auftrags entgegen — eine Frist für die Durchführung des Rückzuges einräumte. Damit war dem Konflikt die Spitze abgebrochen und die friedliche Beilegung angebahnt.

Berlin, den 12. November 1850. Der österreichische Gesandte Frhr. v. Prokesch theilt Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit,**) der Major Edwin v. Manteuffel sage ihm soeben, der König sei durch einige Versionen beunruhigt, welche über die ihm letzthin Allergnädigst gewährte Unterredung kursirten.

„Ich erkenne in dem Geschwätze das unverständige oder böse Treiben derer, welchen die Verständigung ein Gräuel und der Bruch der lebhafteste Wunsch ist. Ich kann das Geschwätze nicht hindern, aber den Stoff dazu liefern, das liegt weder in meiner Stellung noch in meinem Charakter. Ich habe Niemanden über die Unterredung gesprochen als Herrn v. Budberg***) und Herrn Howard,†) die Beide das wärmste Interesse für die Erhaltung des Friedens nehmen und darin den Wünschen ihrer Regierungen entsprechen. Ich habe Beiden gesagt, daß Se. M. mit der größten Würde und mit der seltenen Gabe der Sprache, die Sr. M. in so hohem Grade eigen ist, zugleich mit einer Herablassung, die mich auf das Tiefste rührte, über den Stand der obwaltenden Differenz zwischen den beiden Reichen zu sprechen geruhte, — mich mit der Ueberzeugung der friedlichsten und versöhnlichsten Absichten durchdrungen, — mir

*) Näheres über den Verlauf derselben findet man in dem Werk: „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849—1855", S. 463.

**) Gerlach erwähnt in seinen „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 555, dieses Schreiben und ebenso das weiter unten folgende Postskriptum.

***) Andreas Frhr. v. Budberg, russischer Gesandter in Berlin.

†) Englischer Gesandter in Berlin.

den Trost verschafften, zu glauben, daß auch mir es gelungen sei, Se. M. zu überzeugen, daß auch der Kaiserliche Hof keine anderen Absichten hege; daß Se. M. den Stand der Verhältnisse aus dem obersten, allein wahren und großartigen Gesichtspunkte auffaßten und mir die Bedingungen bekannt gaben, unter welchen die Ausgleichung möglich sei; daß diese Bedingungen mir ebenso gerecht als durch das gemeinsame Interesse geboten schienen, ich also diese Unterredung als den Ausgangspunkt und die Bürgschaft heilsamer Versöhnung und der Wiederherstellung der freundschaftlichsten Verhältnisse betrachte.

In diesem Sinne habe ich auch nach Wien geschrieben,*) und wenn ich den Wunsch hatte, die Verantwortlichkeit für Nichtbefolgung eventueller Befehle auf mich zu nehmen, so that ich es, weil ich die Gesinnung in Wien kenne und mich durch kein zufälliges Ereigniß, auch durch gar kein Geschwätze aus meinem friedlichen Bestreben in eine leidenschaftliche Auffassung hinein hetzen lasse.

Die heute telegraphisch eingetroffenen Nachrichten aus Wien beweisen mir auch bereits, daß ich mich nicht getäuscht habe.

Vertreten mich Ew. Excellenz bei Sr. M. Schützen Sie mich gegen ein Getriebe, dem meine Handlungen so entschieden widersprechen, sowie Sie es als Ehrenmann können. Ich hoffe vielmehr, daß eine Zeit beginnt, in der Se. M. von meiner ehrfurchtsvollen, nicht bloß durch den Kopf, sondern auch durch das Herz gebundenen Gesinnung Beweise erhalten werden."

Berlin, den 12. November 1850. Frhr. v. Prokesch-Osten an Manteuffel eigenhändig privat:

„Als frohen Nachtrag zu meinen heutigen Zeilen sende ich Ew. Excellenz die Anlage und bitte darum zurück, da ich mir nicht die Zeit gönne, eine Abschrift zu bewahren. Der Himmel ist mit den Gerechten, und wir beide sind es, Preußen und Oesterreich! — Gott segne den König! — Der 10te hat entschieden."

Die Anlage enthielt ein Telegramm Schwarzenbergs an Prokesch, welches besagte, wenn nichts Neues, Störendes, gewiß nicht von öster-

*) Der Bericht von Prokesch an den Fürsten Schwarzenberg, d. d. 10. November 1850, findet sich abgedruckt in dem Werke: „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849—1855", S. 180.

reichischer Seite, dazwischen komme, betrachte der Kaiser die Schwierigkeit als gelöst und den Frieden und das vollständige Einverständniß als gesichert.

Nachstehend folgen, ganz zusammenhanglos, Direktiven Friedrich Wilhelms IV. für eine nach Wien zu richtende Note in der kurhessischen Frage.*)

Sanssouci, den 13. November 1850. Königliches Handbillet an Manteuffel:

„. . . 1. Unabweisliche Wahrheit, daß bei unserer geographischen Lage ein Ueberziehen Kurhessens mit Truppen, deren entschieden freundliche Absicht nicht ganz unbezweifelt ist, nicht zu dulden sei und zwar als Erfüllung der Pflicht der Selbsterhaltung;

2. daß aus dieser Erwägung seit Monaten die offene preußische Erklärung gegeben worden, beim Einrücken derartiger Truppen ebenfalls einrücken zu müssen;

3. daß diese Pflicht dadurch verstärkt worden, daß die Redensarten auf der anderen Seite nichts weniger als freundliche Absichten vermuthen ließen;

4. daß dann an dem und dem Tage von dort her und natürlich sogleich von hier aus eingerückt worden;

5. daß unterdessen Graf Brandenburg mit dem österreichischen Anerbieten der Garantirung unserer Kommunikationen und Etappenstraßen zurückgekehrt;

6. daß dieser Umstand sowie der einer Aussicht auf erfreuliche Beilegung der Mißverständnisse mit Oesterreich den Grafen bewogen, Graf Groeben anzuweisen, eine Konvention mit Fürst

*) Am 15. November meldete der Rechtsanwalt Klingemann in Höxter dem Minister Manteuffel nichts Erfreuliches über die bayerischen Besatzungstruppen. „Daß die bayerische Artillerie schlecht bespannt, die Infanterie aus kräftigen, die ganze Armee aus rohen Leuten besteht, die mit ihrer Unverschämtheit die Menschen mißhandelt, daß in Fulda — der ganz und gut katholischen Stadt — die Sympathie uns, nicht jener rohen Armee gehöre, das sind Nachrichten, die nicht neu sein werden. Noch folgende Spezialität: Die Preußen haben ihre Geschütze jenseits Fulda aufgefahren, stets unbestellte Felder dazu ausersehen, und ihre Geschütze mit höchster Humanität auf dem engsten Terrain, aber auf unbestelltem gewendet. Sie haben die unbestellten Felder unverletzt verlassen; sowie aber die Bayern aufmarschiren, sind bestellte Felder wie unbestellte behandelt; was die Preußen Wochen hindurch geschont, haben die Bayern am ersten Tage ruinirt."

Taxis zu schließen, gültig bis zum Eingehen der versprochenen Garantien;

7. daß Taxis dieses rund abgeschlagen;

8. daß derselbe trotz der uns und ihm bekannten Anweisungen aus Wien uns mit Uebermacht gedrängt und Schüsse empfangen;

9. daß die Forderung, Kurhessen zu räumen, von mir abgeschlagen, dagegen die Garantien von Neuem und zwar in gleicher Gültigkeit und Form begehrt werden;

10. daß wir bis dahin die Etappenstraßen halten, Niemand durchlassen und uns nur vor bedeutender Uebermacht zurückziehen würden;

11. daß im letzteren Falle Preußen sich als vom Kurfürsten feindlich angefallen betrachten und handeln würde;

12. daß, wenn aber die geforderten Garantien in folgenden drei Punkten gegeben wären, a) feierliche Erklärung des friedlichen Verhältnisses zu Preußen, b) Sicherung der Kommunikationen auf den drei militärischen Wegen, c) Verständigung über Besetzung derselben, rechtlich keine Ursache zum Widerstande mehr vorhanden und wir um Treu und Glaubens willen den Durchzug geschehen lassen würden. . . . Friedrich Wilhelm."

Gleich nach dem Sturze von Radowitz betraute der König ihn mit einer geheimen politischen Mission nach England, die bezweckte, im Falle kriegerischer Verwickelungen mit Oesterreich für Preußen die Unterstützung der englischen Regierung zu gewinnen.*)

Sanssouci, den 11. November 1850. Der Kabinetsrath Niebuhr schreibt Manteuffel eigenhändig und privat, der König habe sich in Betreff der ihm vorgelegten Depeschen in Sachen der Sendung des Generals v. Radowitz zu folgenden Ausstellungen veranlaßt gesehen:

„1. wünschen Se. M., daß im Anfange die Bemerkung eingeschaltet werde, seine Sendung in Bezug auf die Brücken erfolge namentlich mit Rücksicht auf die großen Bauten über den Rhein bei Cöln und über die Weichsel bei Dirschau.

*) Näheres über diese Sendung findet sich nach Aufzeichnung Rankes in dem Werke „Christian Carl Josias Frhr. v. Bunsen. Aus seinen Briefen und nach eigenen Erinnerungen geschildert von seiner Wittwe", deutsche Ausgabe von Friedr. Nippold, Bd. III, S. 158 ff.

2. wollen Se. M., daß Herr v. Bunsen als eigentlicher Négotiateur auftrete, Herr v. Radowitz nur ad latus desselben erscheine, um dem Herrn v. Bunsen die nöthigen faktischen Data zu suppeditiren »Moses des Aaron zu sein«, wie Se. M. es bezeichnete, und bei Einleitung der Verhandlungen mit dem englischen Gouvernement Lord Palmerston und Prinz Albert den status causae, die ganze historische Entwickelung der deutschen Politik Preußens vorzutragen und sie vollständig au fait zu setzen, wie Herr v. Bunsen vermöge seiner Entfernung von Preußen es nicht vermöge, und der ganzen Darstellung einen Grad der Glaubhaftigkeit zu geben, wie es eben nur ein Mann thun könne, der so in der Mitte der Sache gestanden, wie Herr v. Radowitz. Bei Einleitung der Verhandlungen würde Herr v. Radowitz eben nur als Souffleur, als Lexikon agiren, und erst mehr in den Vordergrund treten, wenn es zu einem Abschluß komme, ohne daß auch dann ein offizieller Charakter desselben hervorzutreten brauche.

3. Was dagegen den Anfang der Verhandlungen betreffe, so werde Herr v. Bunsen gleich mit vorsichtigen Eröffnungen vorzutreten haben, damit bei Eintritt einer kriegerischen Eventualität Sr. M. Gouvernement bereits wisse, wie weit es auf England zu rechnen habe, und nicht dann erst die Unterhandlungen beginne.

Was die an Herrn v. Radowitz zu erlassenden Ordres betrifft, so meinen Se. M., daß derselbe bereits so vorbereitet auf die Reise sei, daß es einer telegraphischen Depesche nicht bedürfe, dieselbe daher besser unterbleibe. Die beiden schriftlichen Depeschen werde eine vertraute Person zu überbringen haben, wozu Se. M. vorläufig mich bestimmt haben.

Die Ordre an den Finanzminister wegen eines Kredits geht heute abend ab."

Wie viel sich der König von diesem Plane versprach und mit welcher Zähigkeit er ihn verfolgte, ersehen wir aus drei Briefen, die er an einem und demselben Tage an den Gemahl der Königin von England, an Bunsen und Radowitz schrieb.

Sanssouci, den 14. November 1850. Friedrich Wilhelm IV. an den Prinzen Albert:

„Mein theurer, gnädiger Herr! Mein Generallieutenant v. Radowitz, der soeben die Führung meines auswärtigen Amtes, als mein ächtester Freund und wahrer Ehrenmann aufgegeben

hat, überbringt dies Blatt für Eure Königliche Hoheit. Sie werden sich an seinem Geiste erfreuen, und Ihr Herz wird an seinem deutschen Herzen erwarmen. Ich habe ihm als einem der besten lebenden Mathematiker und Artilleristen Aufträge in artilleristischer Hinsicht sowohl als in Bezug auf die wunderbaren eisernen Brückenkonstruktionen gegeben. Letztere sind für unsere Rhein- und Weichsel-Brücken von großer Wichtigkeit. Können Ew. K. H. ihm bei diesen Aufträgen nützlich sein, so werde ich Ihnen unendlich dankbar sein.

Sein Hauptauftrag ist aber ein ganz konfidenzieller. Er hat illimitirte Vollmacht, Ew. K. H. und der verehrten theuren Königin jede Frage über unsere Lage, unser Verfahren seit April 1849, unsere Furcht und unsere Hoffnung zu geben, auch Ew. K. H. Rath in meinem Namen zu begehren, ob für den Kriegsfall (den Gott verhüte!) an einen Allianztraktat mit Großbritannien zu denken wäre. Wir sind hier in meinem Kabinet einig, die Bedingungen des Traktats von Ihrem Kabinette vertrauensvoll zu erwarten. Was etwa für Handel und Wandel begehrt werden sollte, darf wohl auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Ihrer Majestät der Königin leg' ich mich zu Füßen, und meine Königin empfiehlt sich von Herzen mit mir Ihrem gütigen freundschaftlichen Andenken. Auf Ihre Freundschaft, gnädigster Herr, zähl' und bau' ich unerschütterlich. Bewahren Sie dieselbe

Ew. K. H. treu ergebenem Vetter und Freund.

Friedrich Wilhelm."

Sanssouci, den 14. November 1850. Handbillet des Königs an den Gesandten in London Bunsen:

„Bester Bunsen! Noch ein Wort durch Radowitz! -- Es ist von ungeheurer Wichtigkeit, daß das englische Kabinet wisse, in vollster Gewißheit wisse, daß ich und meine Regierung, wenn uns Oesterreich zum Kriege nöthigen sollte (was ich, trotz aller friedlichen und in die Politik meines Staatsministeriums eingehenden Versicherungen, dennoch voraussehe), **nun und nimmermehr** zu revolutionären Mitteln greifen, mich mit Frankreich oder Sardinien verbinden, mich zu Rothen oder Gothaern, mit Königsmördern und Kaisermachern neigen werde. Old England for ever! Allein mit ihm und verfassungsmäßiger Freiheit halt ich's, das

aber auch ganz und treu. Und wollen Sie noch Eins mehr? Mit dem evangelischen Bekenntniß. Vale!*)

Friedrich Wilhelm."

Sanssouci, den 14. November 1850. Handbillet des Königs an den General v. Radowitz:

„Theuerster Freund! Noch eine Zeile für Bunsen. Es soll Wasser auf sein rettenwollendes Feuer sein, auf seine Deklamationen, »sich jetzt mit der Revolution eng zu verbinden«. Das muß gewußt sein in Old England, daß ich (wie ich Bunsen schreibe) mich weder mit Königsmördern, noch Kaisermachern verbinden werde, wenn es zum Schlagen kommt. — Nun die allerdringendste Bitte: »Nicht einen Schritt ohne ärztlichen Rath zu thun.« Das ist mein Wille, mein Befehl und — Sie sind wieder »aktif«**) (hört!). Auch Stockhausen ist beruhigt. Gottlob! Gott mit Ihnen! Gott mit uns! Friedrich Wilhelm."

Die Radowitzsche Sendung verlief, wie Manteuffel vorausgesehen hatte, resultatlos.

Am 19. November drohte eine neue Komplikation, da von Paris gemeldet wurde, daß der Präsident Louis Napoleon an der deutschen Grenze ein Observationskorps zusammenziehe.

Berlin, den 19. November 1850. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Ew. Excellenz sende ich die Pariser Depesche, nachdem ich sie dem Könige vorgelesen, zurück. Ihre Bemerkung darüber ist unwiderleglich. Prokesch wird Ihnen einen Brief des Fürsten Schwarzenberg an ihn mitgetheilt haben, worin dieser auf ein gemeinschaftliches Feldlager und auf einen gemeinschaftlichen Kampf gegen die Revolution anträgt. Der König will darauf durch mich antworten lassen, man möge damit beginnen, in Paris in einer österreich-preußischen Kollektivnote über die Bedeutung der Rüstungen und der Zusammenziehung von Armeen bei Straßburg

*) In dem Werk L. v. Rankes „Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen" nicht erwähnt.

**) Anspielung auf die von dem König zum großen Verdruß des Kriegsministers v. Stockhausen beschlossene, aber erst später ausgeführte Ernennung v. Radowitz' zum Direktor der militärischen Erziehungs- und Bildungsanstalten. Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 317.

anzufragen. Ich werde meinen Brief an Prokesch morgen Ew. Excellenz vor seiner Absendung vorlegen.

Außerdem sende ich Ew. Excellenz einen Brief des Generals v. Willisen*) an mich aus Rendsburg, auf den Se. Majestät einen großen Werth legt. Der König will, daß man einen vertrauten Offizier hinsendet, der mit Willisen in Verbindung tritt und feststellt, wie viel dazu gehört an Kriegsmacht, um dort eine wirksame Vermittelung eintreten zu lassen. — Ich kam auf meinen früheren Gedanken zurück, daß Hannover darauf eingehen muß, die Statthalterschaft von Neuem zu bewegen, auf die Vermittelung Preußens, wie sie General Stahr angeboten hat, einzugehen."

Berlin, den 20. November 1850. Der österreichische Gesandte Frhr. v. Prokesch-Osten an Manteuffel eigenhändig privat:

„Die gütigen Zeilen von gestern sind mir diesen Morgen zugegangen. Ich werde sie als gutes Metall im Sinne des Friedens verwerthen, aber über die unmittelbar vor uns liegenden Schwierigkeiten bringen sie uns nicht weg.

Der Fürst schreibt mir vom 17.: »Wir haben alle nur denkbaren Rücksichten vorwalten lassen. Man hat verlangt, nicht gedrängt zu werden, um die nöthige Zeit zu gewinnen, mit Ehren aus Hessen heraus zu können. Wir haben diese Frist gewährt und auch mehr gethan, als von uns erwartet wurde, indem wir die bestimmtesten, feierlichsten Zusagen ertheilen zu wollen erklärt haben, ohne zugleich unsererseits weiter darauf zu dringen, daß die in meiner Depesche vom 6. ausgesprochenen Zusicherungen wegen unbeirrter Thätigkeit der Bundesversammlung in der schleswig-holsteinischen Frage in gleich förmlicher Weise gegeben werden mögen. Ebenso wenig haben wir Bürgschaften für die volle Sicherheit des verhältnißmäßig schwachen Bundesexekutionskorps begehrt, welches, bis an die nördlichen Grenzmarken Kurhessens gelangt, von den bedeutenden Streitkräften, welche Preußen in jenen Gegenden auf-

*) Nachdem am 2. Juli 1850 zwischen Preußen und Dänemark ein Frieden abgeschlossen worden war, wurde die schleswig-holsteinische Armee in Höhe von etwa 30 000 Mann von dem aus der preußischen Armee ausgetretenen General v. Willisen kommandirt. Nach der Olmützer Punktation nahm er seinen Abschied, um dem General v. der Horst zu weichen.



gestellt hat und in Ausübung seines Durchzugsrechtes jeden Augenblick in den Kurstaat werfen kann, von seinem Operationsbesitz abgeschnitten werden könne.«

Er schreibt mir vom 18.: »Die bleibende Besetzung Kurhessens durch preußische Truppen ist ein Begehren, dessen Zugeständniß von Seiten des Bundes so viel hieße, als ob er sich auf Unkosten Kurhessens mit Preußen friedlich verständigen wollte. Die Etappenkonvention bestimmt das Rechtsverhältniß. Deren vollständige, ungeschmälerte Aufrechterhaltung muß Preußen garantirt werden. Das ist sein Recht, und diesem soll in keiner Weise zu nahe getreten werden. Die Sicherung durch eigene Mittel ist, wenn sie mit größeren Truppenkörpern stattfinden soll, eine eigenmächtige Besetzung eines fremden Staatsgebietes; wenn sie pro forma, das heißt mittelst einiger schwachen Abtheilungen ausgeführt, ein Leugnen der landesherrlichen Rechte sowie der des Bundes.«

Für große Hindernisse betrachte ich das üble Blut, welches unkluge Aeußerungen des Herrn v. der Groeben machen, und mehr noch die krankhafte, gereizte Haltung, die leider der brave Graf Bernstorff beobachtet. Ich wollte, Graf Nostiz wäre nach Wien statt nach Hannover gegangen! — Menschen machen die Geschäfte, von ihrer Wahl hängt so Vieles ab! — Bedächte man dies doch!

Ich suche nach Auskunftsmitteln, aber wo der Boden des Rechtes nicht mehr gilt, sind sie schwierig zu finden. — Könnte Preußen nicht vorschlagen, die sogenannte Sicherung der Etappenstraße durch eigene Mittel nur bis zur Rückkehr des Landesfürsten in seine Hauptstadt ansprechen zu wollen? Das ließe sich vertreten. Ich thue, was ich kann, aber das Unmögliche kann ich nicht.

Wissen Ew. Excellenz, daß zu Frankfurt am Todestage Robert Blums von den dortigen Demokraten zur Feier seines Andenkens eine schwarz-weiße Fahne aufgepflanzt worden ist? Solche Frevel erlaubt, solche Hoffnungen nährt das Gezücht!"*)

Potsdam, den 22. November 1850, nachts. Handbillet des Königs an Manteuffel.

„Wie wäre es — sind die sogenannten Garantien wirklich so schlecht, wie Prokesch es selbst zu fühlen scheint — wenn Sie, bester

*) In einem Briefe des Fürsten Schwarzenberg an Prokesch, d. d. Wien den 20. November 1850, sprach der Erstere den Verdacht aus, man suche Oesterreich hinzuhalten, um Zeit zur Vervollständigung der Rüstungen zu gewinnen. „Sagen

Manteuffel, ihm mündlich sagten: Sie trügen Bedenken, mir diese Sache nur vorzutragen. Er, Prokesch, wisse die absolut einzig annehmbaren Konditionen aus meinem eigenen Mund: 1. Traktatenform und Geltung; 2. feierliche Erklärung, daß die Truppen entsendenden Mächte im tiefsten Frieden und in Verpflichtung alter Bundesgenossen Preußens nach Hessen kämen; 3. daraus folgend, daß sie zu den preußischen Etappenlinien gerade so verpflichtet seien wie der Kurfürst selbst; 4. daß es von mir abhinge, a) die Etappenlinie besetzt zu behalten mit meinen Truppen, b) oder eine gemeinschaftliche Besetzung, c) oder eine mit K. K. Truppen zum Schutz des preußischen Interesses zu verlangen. — Sie wüßten im voraus, daß Ich nie andere Bedingungen annehmen würde, und es sei also weit besser, wenn er darüber baldigst nach Wien referire. — Uebrigens müßten Sie Alles von dem offenbar üblen Willen zu Frankfurt fürchten, und der Kaiser könne es ja niemals verantworten, um des Kurfürsten willen Krieg mit mir anzufangen. Die Schuld wäre denn doch zu manifest. Sie schlügen also vor und wüßten, daß ich selbst diesen Gedanken habe, der ganzen Sache eine andere Wendung zu geben und lediglich auf die Rückkehr des Kurfürsten nach Cassel zu unterhandeln. Des Kaisers ernstes Wort an diesen Herrn würde zweifelsohne mit Erfolg begleitet sein. Dann aber wären alle Schwierigkeiten im Handumdrehen gelöst. So sparen wir uns Alle eine unangenehme Conseilssitzung. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Die Sache lag an diesem Tage noch so, daß selbst Manteuffel, der Träger der Friedenspolitik,*) die Möglichkeit eines Krieges mit Oesterreich nicht ausgeschlossen erachtete.

Berlin, den 22. November 1850. Manteuffel an den Gesandten Grafen Bernstorff in Wien eigenhändig privat:

„Ich unterlasse nicht, vertraulich darauf aufmerksam zu machen, daß, man mag nun über die Intention des Wiener Kabinets

Sie das Herrn v. Manteuffel, und ich glaube, er wird es natürlich finden." „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849 bis 1855," S. 183.

*) In einem Briefe des Frhrn. v. Prokesch an Schwarzenberg, d. d. 22. November 1850, kommt die Stelle vor; „die ungeheure Frage ist gleichsam auf Duell zwischen Manteuffel und Ladenberg reduzirt. Jener ist der Friede und dieser der Krieg. Alle Aeußerungen Manteuffels sind gut. — Ob die Vernunft oder der Unsinn obsiegt?" „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849—1855", S. 184.



denken, wie man will, den Krieg als ein Glück und als rathsam, nöthig, was ich zur Zeit nicht thue, betrachten oder dessen Nothwendigkeit und Heilsamkeit bezweifeln, es im diesseitigen Interesse liegt, dessen Ausbruch möglichst und wenigstens noch einige Wochen verzögert zu sehen, damit wir in dem jetzt eingeleiteten Mobilmachungsgeschäft nicht gestört werden."

Der preußischen Unschlüssigkeit müde, beauftragte Fürst Schwarzenberg den Gesandten Prokesch in Berlin, dem Berliner Kabinet anzuzeigen, daß die Bundestruppen am 27. November auf Cassel vorrücken und einem etwaigen Widerstand Waffengewalt entgegensetzen würden; gleichzeitig habe er sich binnen achtundvierzig Stunden Antwort auf die Fragen zu erbitten: 1. ob die Bundestruppen ungehindert nach Cassel marschiren können, und 2. ob die entsprechenden Befehle an den preußischen Kommandirenden, Generalleutnant v. der Groeben, abgegangen seien. Prokesch empfing diese Weisung am 24. Am selben Tage hatte Manteuffel, noch ohne Kenntniß von diesem Ultimatum, an den Fürsten Schwarzenberg die Einladung zu einer Zusammenkunft an einem vom Fürsten zu bezeichnenden Ort gerichtet.

Wie diese berühmte Zusammenkunft zu Stande kam, zeigen die nachstehenden Quellen.*)

Potsdam, den 24. November 1850. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Mein lieber Staatsminister Frhr. v. Manteuffel! Den wiederholten Mahnungen des Arztes folgend, nach Tische nicht selbst zu schreiben, thue ich es in wichtiger Angelegenheit durch vertraute Hand.**) Ich beantworte den Brief, den Sie mir durch Graf Eberhard zu Stolberg gesendet haben, zur Vermeidung jedes Mißverständnisses noch einmal, nachdem ich ihn schon mündlich durch den Grafen beantwortet habe. Ich bin einverstanden mit Ihrem Vorschlage, eine Unterredung mit dem Fürsten Schwarzenberg persönlich aufzusuchen, bemerke dabei aber, daß Oderberg bei den vielen Geschäften, deren der Fürst so oft und so geflissentlich gedenkt, wohl ein von Wien zu entfernter Ort ist. Ich stelle anheim, ob Olmütz oder Brünn nicht ebenso gut vorzuschlagen wären.

Eine sehr große Eile damit scheint es mir aber nicht zu haben. Die Idee wäre vielleicht vorläufig durch Baron Prokesch einzu

*) „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch Osten 1849–1855", S. 185.

**) Kabinetsrath Niebuhr; die Worte von Vale ab und das Postskriptum sind gleichwohl von der Hand des Königs.

leiten. Unterdessen ist dieselbe aber reiflich im Ministerrathe durchzusprechen und der Inhalt Ihres Auftrages so festzustellen, daß daraus künftig kein neuer Zwiespalt im Schoße des Kabinets entstehe.

Mein Vorschlag ist also folgender: Dem Fürsten klaren Wein über die Lage der Dinge bei uns einzuschenken, damit er, wenn es irgend möglich ist, einsehen lerne, daß der gewaltige Aufschwung, der Heer und Volk ergriffen hat, uns recht eigentlich dahin bringt, neue Verpflichtungen zu unserer Selbsterhaltung anzuerkennen.*) Wenn Sie dies dem Fürsten aus eigner Anschauung werden klar gemacht haben, wobei ausdrücklich zu bemerken, daß dies in meinem Namen geschehe — das will sagen, im Namen des friedliebendsten Mannes der ganzen Monarchie — so knüpfen Sie daran folgende vier Vorschläge: 1. Sofortige Einberufung der freien Konferenzen; 2. Verweisung und sofortige Behandlung der kurhessischen und der holsteinischen Sache an die freien Konferenzen; 3. Nachgeben Oesterreichs dahin, daß unsere Parität auf dem Bundestage und in der Exekution von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich den anderen deutschen Staaten vorgelegt werde; 4. Gemeinschaftliches Wirken beider auf den Kurfürsten, sobald als möglich und mit so vielen eigenen Truppen, als er zusammenbringen kann, nach Cassel zurückzukehren (wobei die Hauptsache die ist, daß im Augenblicke seiner Rückkehr die preußischen sowohl als seine Auxiliartruppen das Land räumen).

Fügen Sie hinzu, was, wie ich glaube, mit gutem Gewissen geschehen kann, daß nach Abschluß dieser Bedingungen mein Gouvernement sich anheischig mache, die Sache siegreich auf dem Landtage durchzufechten und so die beiden außerordentlich großen Gefahren zu beschwören eines Krieges a) mit meiner Zustimmung, b) durch die Stimmung des Landes erzwungen.

Die Gefahr des Unterliegens meines Gouvernements unter der durch Nachgiebigkeit gereizten Stimmung des Landes erwähne ich nicht, weil ich als zu Helm und Schwert geborener Fürst es niemals darauf ankommen lassen werde.

*) Am 16. November 1850 schreibt Prokesch aus Berlin an Schwarzenberg: „Die Mobilisirung wächst hier zu einem Gespenst heran. Man fürchtet sich vor sich selbst und nicht ohne Grund. Was soll man den Leuten sagen, um sie nach Hause zu schicken?“

Es wird sehr nothwendig sein, dem Fürsten bei dieser Gelegenheit klar zu machen, daß: 1. nach der Nachgiebigkeit meines Gouvernements in der Hauptsache (Aufgeben der Unionsverfassung! ! !) wir ein dingliches Recht zu haben glauben, die Freien Konferenzen sofort beginnen zu sehen, da dieselben von dieser Bedingung allein zu Warschau abhängig gemacht worden sind; 2. daß, da durch das gedachte Nachgeben jeglicher Vorwand verschwunden ist eines Krieges um der Ordnung willen der deutschen Dinge, ein Krieg, wie er jetzt ausbräche, von Oesterreich recht eigentlich und ausschließlich um des Kurfürsten von Hessen willen geführt werden würde; ein Krieg aber um irgend eine Angelegenheit eines edlen und guten Fürsten Deutschlands würde wohl in der Geschichte des Vaterlandes nie eine Rechtfertigung finden, um dieses Fürsten willen aber geführt, würden mir die Ausdrücke zu seiner Qualifikation völlig mangeln.

Schließlich empfehle ich Ihnen, mit dem Fürsten in Erwägung zu nehmen, was ich mit Ihnen bereits besprochen habe, die Schwenkung unserer beiderseitigen Heere oder eines Theils derselben nach Westen und die gemeinschaftliche Frage an Frankreich über den Zweck seiner Rüstungen. — Prüfen Sie selbst und lassen Sie im Ministerrathe prüfen, was ich hier geschrieben habe. Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Es ist wohl unnöthig, noch zu bemerken, daß ich den status quo in Kurhessen selbstredend aufrecht erhalten wissen will, bis entweder: die freien Konferenzen zu einem Resultate über die Sache geführt oder die Rückkehr des Kurfürsten dieselbe von selbst beigelegt haben wird."

Potsdam, den 25. November 1850. Handbillet des Königs an Ladenberg und Manteuffel:

„Mein lieber Staatsminister v. Ladenberg und Staatsminister Frhr. v. Manteuffel!

Ich habe den Gedanken einer Pacifikation Kurhessens durch direkte Einwirkung auf den Kurfürsten und dessen Unterthanen, namentlich den ständischen Ausschuß, den ich im Ministerrathe mit der Wärme der ersten Erregung vorgetragen, in kalter Ueberlegung weiter verfolgt und bin nur in meiner Ueberzeugung bestärkt worden, daß dies der einzige Weg ist, der noch zu einer güt

lichen Beilegung der Wirren in Kurhessen führen kann, der, wenn er gelingt, die beiderseitige Räumung Kurhessens in unmittelbarem Gefolge hat und somit den einzigen nach menschlichem Ermessen gegenwärtig noch vorliegenden Grund zu einem Kriege mit Oesterreich beseitigt, ohne daß mein Gouvernement sich etwas vergiebt, da es vielmehr im Gegentheil sich seinem Berufe als Pacifikator Deutschlands getreu erzeigt, wenn er aber mißlingt, der Welt beweist, daß wir bis zum letzten Augenblicke unermüdlich in unseren Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, gewesen sind, ohne daß wir unserer Selbständigkeit und Ehre etwas vergeben. Wenn es den Anschein gewinnen könnte, als thäten wir Etwas für unsern Gegner, so thun wir dies durch eigne Kraft und zeigen dadurch, was wir noch vermögen.

Mein Gedanke ist also der, daß sobald als möglich, und wenn es geschehen kann noch heute, ein zuverlässiger Mann, welcher mit den Persönlichkeiten bekannt ist, nach Cassel gesendet wird, um dort durch Verkehr mit ausgezeichneteren und einflußreicheren Personen und durch Verhandlungen mit dem landständischen Ausschusse dahin zu wirken, daß eine Unterwerfung unter den Landesherrn erfolgt. Diese Unterwerfung könnte in der Form einer Bitte um Rückkehr und der Erklärung, daß die Steuerzahlung sofort wieder eintreten werde, geschehen. Als Motive zu dieser Aufforderung hat der Unterhändler hervorzuheben: 1. die Unterthanenpflicht, die alte sprüchwörtliche hessische Treue; 2. die Gefahr einer Verheerung des ganzen Landes, wie sie im Fuldaschen und Hanauschen in traurigster Weise schon ihren Anfang genommen hat; 3. die ungeheure Verantwortung, welche Jeder auf sich nimmt, der durch Verhinderung einer friedlichen Beilegung des hessischen Streites zum Ausbruche des Krieges zwischen Preußen und Oesterreich um Kurhessens willen beiträgt; 4. die noch größere Verantwortung und Gefahr einer französischen Einmischung, welche die unmittelbare Folge eines Krieges in Deutschland ist, und deren nahe Gefahr auf die unzweifelhafteste Weise für Jeden, der seine Augen nicht muthwillig verschließe, durch die gänzlich unmotivirte Zusammenziehung bedeutender Heeresmassen bei Metz und bei Straßburg bereits verkündigt werde, eine Gefahr, deren Bedeutung die Kurhessen mehr fast als irgend ein anderer deutscher Volksstamm erkennen, und zu deren Abwehr sie fast vor Allen sich berufen fühlen sollten.

Was das Materielle des Verfassungsstreites betrifft, so ist darauf zu verweisen, daß bei einem gütlichen Ausgange der deutschen Angelegenheiten derselbe Gegenstand der freien Konferenzen werde und vor denselben kontradiktorisch verhandelt werden werde. Was die Folgen einer Ablehnung unserer Vermittelung betrifft, so ist davon für jetzt zu schweigen. Zu dieser Sendung würde ich den Geheimen Regierungsrath Delbrück*) für geeignet erachten, wenn Sie mir nicht andere Vorschläge zu machen haben. Die spezielleren Instruktionen werden dem Beauftragten nachzusenden sein. — Zu gleicher Zeit aber ist die kurfürstliche Regierung von diesem Schritte in Kenntniß zu setzen, und dieselbe in gleicher Weise zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Bei der Unterbrechung der direkten Verabredungen mit dem kurhessischen Kabinet habe ich zu diesem Zwecke den Regierungsrath Niebuhr in geheimer Mission bestimmt.

Von beiden Sendungen haben Sie, mein lieber Staatsminister Frhr. v. Manteuffel, den Fürsten Schwarzenberg *selbst* zu unterrichten und das als frohe Botschaft zu bezeichnen, mit dem Ausdrucke, daß wir hierdurch eine »*Kooperation*« mit der Kaiserlichen Regierung und deren Verbündeten hätten eintreten lassen und mithin ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Kaiserlichen Kabinets thatsächlich gezeigt hätten, *das weiter gehe als die eigenen Anforderungen desselben.*

Durch diese Auffassung der Sache, durch ein schleuniges und möglichst öffentliches Betreiben derselben wird auch jeder Gefahr einer Mißdeutung dieser Maßregel dahin, als ob sie eine Unterwerfung unter österreichische Forderungen sei, am sichersten vorgebeugt. *Friedrich Wilhelm.*"

Potsdam, den 25. November 1850. General v. *Gerlach*. Adressat unbekannt,**) eigenhändig:

„In jetzigen schweren Zeiten darf man das Sprüchwort, eine blinde Henne findet auch ein Korn, stets zu seinen Gunsten an

*) Der spätere Präsident des Reichskanzler-Amts.

**) Vielleicht Edwin v. Manteuffel, der den Brief dann dem Minister Manteuffel zugeben ließ.

führen, weil es in der Natur der Sache liegt, daß bei einem solchen Drang von Geschäften die Sehenden manches gute Korn liegen lassen.

Ich freue mich sehr, daß die Reise des Herrn Ministers v. Manteuffel (scil. zur Begegnung mit Schwarzenberg) beschlossen ist. Er muß nur dafür sorgen:

1. daß er gehörige und vollständige Vollmachten erhält;

2. daß Schwarzenberg sich überzeugt, daß alle ruhigen und vernünftigen Leute sehr den Frieden wollen;

3. daß die hessische Sache eine Nebensache ist, über die uns wegzuhelfen im eigentlichsten Interesse Oesterreichs ist. Daß nach der Idee Sr. M. von unsrer Seite eine Unterwerfung des Landes angebahnt werden soll, kann ihm aufrichtig gesagt werden;

4. Schwarzenberg ist zu disponiren, die hessische und holsteinsche Sache definitiv auf den Konferenzen abzumachen. Von preußischer Seite kann dagegen versprochen werden, den Waffenstillstand in Holstein schon ohne die Bundesexekution zu erlangen und den Widerstand Braunschweigs, wenn es nöthig ist, zu beseitigen. Den Oesterreichern soll es sehr unangenehm sein, daß sie nach Holstein marschiren müssen, was auch ganz erklärlich, da das Korps von Legeditsch ihnen verloren geht und sie die 30 000 Mann Holsteiner sich auf den Hals ziehen;

5. wäre es nicht möglich, daß Herr v. Manteuffel nach Wien statt nach Oderberg ginge? Dieses hätte den Vortheil, a) daß er Bernstorff den Kopf zurechtsetzte, b) daß er Meyendorff,*) der sehr gereizt sein soll, für unsere Sache gewönne;

6. sobald als möglich müssen die beiderseitigen Rüstungen eingestellt werden. Wir könnten, um unsern guten Willen zu zeigen, sofort nach dem Rhein detachiren oder wenigstens das, was vom VII. Korps dort noch ist, festhalten. Dann

7. sind die Rüstungen Frankreichs ganz besonders hervorzuheben. Die Zusammenziehung des Korps im Mosel-Departement, was nur Offensivzweck gegen Deutschland haben kann, ist besonders bemerkenswerth.

Diese Dinge sind mir heute eingefallen, und ist doch möglich, daß eins oder das andere benutzt werden kann."

*) Frhr. Peter v. Meyendorff, russischer Gesandter in Wien.

Es ist zweifelhaft, ob bei allen diesen guten Dispositionen der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich verhütet worden wäre, wenn die Entscheidung allein bei den Ministern, im Besonderen bei dem Fürsten Schwarzenberg gestanden hätte. Aber gerade in dem Augenblicke, wo die Friedensliebe des Letzteren erschöpft schien, wurde ihnen von höherer Hand die Entscheidung aus den Händen genommen, da der König von Preußen es für gut fand, sich zur Anbahnung eines friedlichen Auswegs direkt an den Kaiser von Oesterreich zu wenden.*)

Der nachfolgende Brief läßt einen Blick thun in das edle gefühlvolle Herz des Königs. Daß er die Forderungen der Politik verkannte, Edelsinn auch in ihr entscheidend glaubte, ist ein verhängnißvoller Irrthum, der aber seinem Wesen, seinem Charakter nur Ehre macht.

Potsdam, den 26. November 1850. Friedrich Wilhelm IV. an den Kaiser Franz Joseph.

„Ew. Kaiserliche Majestät werden den Worten, die ich an Allerhöchstdieselben richte, die rechte und eine gerechte Deutung geben. Es fließt in meinen Adern kein 20jähriges Blut; dagegen habe ich drei Feldzüge, die größten Schlachten des Jahrhunderts mitgemacht und weiß, mehr noch als Ew. M., was der Krieg ist! Dies furchtbare Wort ist von Ew. M. Gouvernement, niemals aber von dem meinigen ausgesprochen. Gewaltige Rüstungen im Schoße des tiefsten Friedens haben mich genöthigt, dasselbe zu thun. Es ist buchstäblich in der letzten Stunde, da es nicht zu spät war, geschehen, und heut am 18. Tage nach dem Befehl, stehen nahe an einer halben Million streitbare und mächtig begeisterte Männer unter Waffen, meines Winkes gewärtig! Dieser Wink wird nicht ergehen. Ew. M. werden das herzzerreißende Vorrecht haben, ihn zu geben. Giebt Gott Ew. M. Waffen den Sieg, so finden Sie im Vorgehen ein eisernes Volk, welches seinen Nacken keinem Sieger beugt, mit seinem Könige aber Ein Herz und Eine Seele ist. Vom andern Falle schweige ich. Die Hand des Herrn der Heerscharen leitet die Schlachten.

*) Vgl. auch Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 562 und 563: „Der Brief des Königs an den Kaiser soll vortrefflich sein, wie Edwin Manteuffel sagt; Warnung vor Kriegslust, tapferes mobiles Heer und Nation, Einigkeit in Allem, Frankreich gefährlich u. s. w."

Ich sende den Minister Frhrn. v. Manteuffel in Spezialauftrag und mit guter Botschaft, um mit Ew. M. erstem Minister, dem Fürsten v. Schwarzenberg, sich zu bereden. Indem ich die Aufträge, die Herr v. Manteuffel, das entschiedene Haupt der Friedenspartei, überbringt, Ew. M. und Ihrem Konseil zur günstigen Aufnahme und reifen Abwägung allerdringendst empfehle, spreche ich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß das, was ich mit freudigem Herzen selbst als gute Botschaft zu bezeichnen wage, von Ew. Majestät und Ihrem Rathe auch als solche erkannt und gewürdigt werden wird.

Ich bin nämlich in volle und wesentliche Kooperation mit Ew. M. Gouvernement und seinen Absichten in Betreff Kurhessens getreten. Ich lasse sowohl durch meine Truppen als durch vertraute und beglaubigte Männer auf die Unterwerfung des Theils von Kurhessen wirken, welcher, theils noch von meinen Truppen besetzt, theils ganz unbesetzt geblieben ist. Die Waffen, die ich dort brauche, sind friedliche. Ich fordere das Land und seine wirklich biedern, nur zum kleinen Theil verführten Hessen auf, den Kurfürsten um seine Rückkehr zu bitten mit der Bereitwilligkeitserklärung, die Steuern zu entrichten, und zwar um ihres Gewissens, ihrer Pflicht, ihrer ältesten Eide willen, um sich vor der Exekution zu bewahren und bald von fremden Truppen erleichtert zu sein; um nicht Veranlassung zu einem neuen dreißigjährigen Kriege und am Ende noch einer französischen Einmischung und Entehrung Deutschlands durch diesen alten Erbfeind zu sein. Noch ist meine Kooperation mit Ew. Majestät nur eine moralische. Ich hoffe von Ihrem edlen Herzen, mein theuerster Kaiser! daß Ihr mächtiges Wort sie bald zu einer anerkannten und gebilligten macht. Das gebe Gott durch Ihren edlen Willen!

Beherzigen Ew. M., was ich jetzt wahr und innig ausspreche. Das Begehren der Räumung Kurhessens von meinen Truppen könnte jetzt, wo sie thätig sind, Ew. M. Absichten und Zwecke in dem unglücklichen Lande (ich hoffe) mit Erfolg zu unterstützen, von Niemand anders als für eine geflissentliche Beleidigung Preußens und seines Königs (von dem allein dies Friedenswerk ausgeht) gehalten werden. Ich muß aber mehr sagen: die Räumung Kurhessens von meinen Truppen, das Einrücken der zu Felde übelberüchtigten bayerischen Truppen in das verschonte Land ist ohne allen und jeden Zweifel (Frhr. v. Manteuffel wird das laut bestätigen) das Signal zum unfehlbaren Zusammenbrechen

Manteuffels und des friedlichen Ministeriums vor den Schlägen beider Kammern meines Landtages! — Wer kommt an die Stelle? — Zweifelsohne ein kriegerisches Kabinet.

Mein lieber, herrlicher Kaiser; wäre es wahr, was ganz Deutschland sich einbildet, daß Sie von einer kleinen, preußen-feindlichen, kriegwollenden Partei umgeben seien, so habe ich, Ihr friedliebender Onkel, Ihnen hierselbst das Rezept verrathen, wie Sie am wohlfeilsten und sichersten zum Kriege mit Preußen gelangen können.

Erlauben mir jetzt Ew. M., daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine andere, unendlich wichtige Betrachtung lenke. In den allgemeinen deutschen Angelegenheiten hat die Nachgiebigkeit meines Ministeriums alle Gründe hinweggeräumt, die einem leichten Verständniß unserer Kabinette entgegenstanden. Das ist das Vermächtniß des sterbenden edlen Grafen v. Brandenburg. Möge nun das unaussprechlich große Opfer, welches Preußen durch Aufgeben der Unionsverfassung so großem Zwecke gebracht hat, auch d e n Lohn von Ihrer Seite finden, dessen es würdig ist! Gewähren Sie schleunig den Zusammentritt der freien Konferenzen!

Und stände in irgend einem deutschen Herzen noch irgend ein Bann, der dem Verständniß entgegen wäre? — Gnädigster Kaiser! so werfen Sie einen Blick auf die zwei französischen Armeen, die sich in Lothringen und im Elsaß in diesem Momente bilden. Das **muß** jeden Zweifel, jede Frage, jedes Bedenken lösen. Und welche, von Gott gegebene Gelegenheit, allen kriegerischen Gelüsten, dem ganzen Strom der Meinungen plötzlich eine andere, heilsame, nationale Richtung zu geben! Eine kleine Schwenkung unserer großen Heere, eine brüderlich gemeinschaftliche würdige Frage nach drüben, und das heilsamste Wunder ist bewirkt. Das innere Kriegsgelüste ist todt, und ein Krieg mit dem argen Vater der Revolution da drüben wird unmöglich, darum, weil »wir« zur rechten Stunde und vereint die Zähne gewiesen haben. Das, geliebter Kaiser, ist deutscher Sinn, das ist Vaterlandsgefühl, das ist zeitgemäß, das ist schwanger von unermeßlichem Segen und Ew. M. würdig und meiner, der ich Sie in treuester Liebe an mein Herz drücke als Ew. Kaiserlichen M treu anhänglichster, freundwilligster Vetter, Bruder, Oheim und F r e u n d F r i e d r i c h W i l h e l m."

Aus vorstehendem Briefe erhellt, welch ungeheuren Werth der König der Manteuffelschen Mission beilegte, mehr noch als dieser selbst, der an dem Erfolge des Schrittes zweifelte, dazu veranlaßt vielleicht durch die Schwierigkeit und Verantwortlichkeit der Aufgabe, die er nun übernahm, getrieben durch seine Liebe zu König und Vaterland und von der er oft sagte, daß sie die schwerste und unpopulärste seines Lebens gewesen sei.

Am 27. November reiste Manteuffel nach Olmütz ab. An diesem Tage schrieb Prokesch dem Fürsten Schwarzenberg, Manteuffel sei gleichbedeutend mit der Politik des Friedens. Noch ein paar Tage dieses Zuges, und die ganze öffentliche Meinung sei umgestimmt. An die Sendung Manteuffels knüpfe die Kriegspartei die Hoffnung, daß er sich dabei den Hals breche. Bringe er kein Arrangement, so sei dies die natürliche Folge; bringe er eins, so hoffe man, ihn desavouiren zu können. „Einstweilen wächst aber die Friedenspartei selbst im Conseil. Der Justizminister, bis nun auf der Kriegsseite, legte gestern mit Manteuffel und Stockhausen zugleich seine Demission vor, wodurch den drei Kriegsmännern, Ladenberg, Rabe und v. der Heydt Schach geboten wurde. Vorgestern hielt ich die Sache für verloren." *)

Aus Manteuffels „Denkwürdigkeiten" (Bd. I, S. 340) ist bekannt, daß der König Friedrich Wilhelm IV. noch an demselben Tage, da er den Inhalt der Olmützer Konvention erfuhr, diesen genehmigte. Er gab erst Gerlach mündliche Aufträge für Manteuffel, die er dann auf Manteuffels Wunsch aufschrieb, indem er jeden Satz mit seinem Generaladjutanten v. Gerlach durchsprach.

Potsdam, den 30. November 1850. Eigenhändige Aufzeichnung des Königs:**)

„Vor der Mission des Ministers v. Manteuffel nach Olmütz war durch den seeligen Grafen v. Brandenburg die Konzession von vier wichtigen Punkten bereits erreicht, der sehr theure Preis dafür von meiner Regierung entrichtet. Zugleich rückte bereits damals der Zusammentritt der freien Konferenzen, des Hauptpunktes unserer Negociationen seit mehr denn Jahresfrist, näher. Nicht erreicht war zu Warschau die gemeinschaftliche Behandlung der kurhessischen und holsteinischen Sache durch alle deutschen

*) „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten 1849—1855", S. 187.
**) Erwähnt in Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 566.

Mächte, die ich wiederholt und dringend verlangt hatte. Durch die Reise des Ministers v. Manteuffel ist über die erwähnten wichtigen Punkte hinaus noch erreicht, 1. das gemeinschaftliche Wirken Oesterreichs und Preußens in den beiden erwähnten Sachen; 2. der Beginn des gegenseitigen Desarmirens und 3. der sofortige Zusammentritt der freien Konferenzen und zwar nicht in Wien, sondern in Dresden. Das ist unzweifelhaft sehr viel gewonnen. Es giebt meinem Kabinet sehr gewichtige Waffen, um die Opposition auf dem Landtage siegreich zu bekämpfen. Der Preis für das Errungene ist, ich sehe es klar ein, kein geringer. Der Durchmarsch der Koalitionstruppen durch unsere Etappen ist mir ungemein antipathisch. Ich würde sogar niemals darauf eingehen, wenn ich nicht die gewisse Hoffnung hätte, daß diese fatale Angelegenheit wesentlich modifizirt werden wird 1. durch den glücklichen Vorgang unseres Friedenswerkes zu Cassel und Wilhelmsbad; 2. durch die Geschicklichkeit des preußischen Kommissars, dessen Hauptbestreben dahin zu richten ist, das prätendirte Vorgehen, im Angesicht der Pacifikation des Kurstaates durch mein Bemühen, in eine Extension der Kantonnements der Koalitionstruppen zu verwandeln; 3. durch unser kluges Verfahren in Wilhelmsbad, wo ich glaube, daß das kurfürstliche Verlangen des Zurückziehens beider Theile leicht zu erreichen sein wird.

Was nun die gemeinschaftliche preußische und österreichische Besetzung Cassels durch je ein Bataillon betrifft, so ist dagegen gar nichts einzuwenden. Es ist nichts als eine gegenseitige Ehrenangelegenheit und dauert ja nur, bis der Kurfürst mit seinen Truppen im Anmarsch ist. Unser Kommissar muß vor Allem zu erreichen suchen, daß die Koalitionstruppen bei ihrer Ausbreitung in keiner Weise mit Exekution vorwärts gehen und irgend etwas thun, was die verhoffte freiwillige Unterwerfung des Landes gefährden könnte. Das ist eine Lebensfrage, und muß Fürst Schwarzenberg das offen erklärt werden.

Ohne also im Mindesten den Ernst der k. k. Forderung zu verkennen und mich über das Unerfreuliche derselben zu täuschen, bewirkt bei mir die Ziehung der Totalsumme des zu Erreichenden und schon Erreichten und ferner des zu Leistenden den Schluß,

daß die von Olmütz hierher gelangten Artikel anzunehmen sind.

Friedrich Wilhelm."

Am 30. November benachrichtigt der Gesandte v. Prokesch den Fürsten Schwarzenberg, Manteuffel sei heute nachmittag in Berlin eingetroffen. Niemand erwartete ihn so bald. „Er übergab mir die wichtigen Blätter, womit mich Ew. Durchlaucht unter gestrigem Tage beehrten. Er ist durchdrungen von dem Gefühl, seinem Vaterlande einen rettenden Dienst geleistet zu haben, indem er ihm die Möglichkeit erwirkte, aus den Irrwegen auf ehrenvolle Weise in das konservative Lager hinüberzugehen. Er ist nicht weniger durchdrungen von der Erkenntniß der versöhnlichen Gesinnung, die Ew. Durchlaucht an den Tag gelegt haben, und ist überzeugt, daß Ew. Durchlaucht wirklich bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind. An dieser Grenze steht die Ehre beider Reiche Wache. — Ich hoffe, man wird das begreifen und die eigene Hochschätzung nicht bis zu unserer Unterschätzung treiben."*)

Tags darauf (1. Dezember) schrieb Fürst Schwarzenberg aus Wien an Prokesch:**)

„Mit Manteuffel war ich persönlich zufrieden. Wir haben in Olmütz das Mögliche zugestanden; weiß man dies nicht zu benützen, so können wir ihnen nicht helfen. Kann der König nicht auf den Friedensstand zurückkehren, ohne seinem Volke große Resultate zu zeigen, so mag er Krieg führen. In Hessen müssen wir vorrücken; machen Sie es den Leuten begreiflich: erinnern Sie Manteuffel, daß ich mich über diesen Punkt stets mit der größten Bestimmtheit ausgesprochen habe, und daß er in den bewußten Punktationen zugesagt hat, daß man den Bundestruppen keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird."

Noch an demselben Tage meldet Prokesch dem Fürsten Schwarzenberg:***)

„Nach fünfstündiger Konferenz und mancher verzweifelten Bestrebung der Kriegspartei, aber auch nach großer Thätigkeit der Friedenspartei und unser Aller, ist Herr v. Manteuffel in allen Punkten entschieden im Conseil zu Potsdam durchgedrungen. Der Mann hat viel Muth bewiesen, denn vom 6. November angefangen, war seine Stellung keine leichte; Alles gegen sich, manchmal laut Verräther gescholten und mit Straßenaufruhr bedroht — gehörten eine starke Ueberzeugung, ein wahrer Patriotismus und viel Charakter dazu, um dem Sturm zu widerstehen."

*) „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten, 1849 bis 1855", S. 188.
**) Ebenda S. 189.
***) Ebenda S. 190.

Berlin, den 3. Dezember 1850. Der Legationsrath a. D. Küpfer an Manteuffel:

„Ich sagte voraus, als Sie nach Olmütz gingen, daß nun die Sache der Vernunft, der Humanität, der Klugheit und der Besonnenheit den Sieg davon tragen würde, und ich habe mich nicht getäuscht. Das groß- und kleindeutsche Geträtsch werden Sie nun nicht vermeiden, aber ruhig hinnehmen können. Preußen ist ein Volk in der großen europäischen Völkerfamilie; wenn alle übrigen sagen, es solle nicht zu weit gehen, so erfordert die Familienvernunft, daß wir nachgiebig sind und einen magern Vergleich selbst einem fetten Prozesse vorziehen, welcher letztere dann doch immer noch ungewiß war. Wie kein Mensch ganz unabhängig ist, so auch kein Staat. Der russische Kaiser darf sich die Türkei nicht nehmen, weil die anderen Mächte nicht wollen; ist es da eine Schande für Preußen, daß es der allgemeinen politischen Lage Rechnung trägt?

Und ich finde auch, daß die Ehre gewahrt ist. Der Kampf wäre ja doch weniger ein Krieg um Interessen, als ein Ehrenduell gewesen, weil wir auch im günstigsten Falle keinen Länderzuwachs erlangt hätten! Man hat uns provozirt, wir sind, die Hand an den Degen gelegt, erschienen, und der Gegner ist verständig genug gewesen, einigermaßen einzulenken, so daß das Duell nicht nöthig wird. Das Schicksal der Völker erfordert ja auch noch andere Rücksichten als das Duell zwischen zwei Privatpersonen.

Außerdem bleibe ich dabei, Preußen muß mit den Großen, nicht mit den Kleinen gehen, besonders mit Hinblick auf die über kurz oder lang bevorstehende Entwickelung der französischen Angelegenheiten. Sollten die Kammern wirklich gegen Sie sein, so würde sich leider meine Besorgniß rechtfertigen, daß die Mehrzahl der Deutschen für die Politik untauglich ist. Die meisten sind Politiker mit dem Gefühl, nicht mit dem Verstande, und danach geräth eben auch ihre Politik. Wenn unter dem Absolutismus zwei Minister durch eine Zusammenkunft das Leben von vielleicht 100 000 Menschen gerettet hätten, so würden sie gefeiert worden sein; bei dem konstitutionellen System, das hauptsächlich wegen der Kriegslust der Fürsten herbeigewünscht worden ist, werden sie verdammt. O sancta simplicitas! Aber der Entschlossene kommt ans Ziel, wie im November 1848.

Vor dem Kriege von 1806 schlugen die preußischen Gensdarmes-offiziere der Minerva auf dem Zeughause, gegenüber dem Arbeitskabinet Friedrich Wilhelms III., den Kopf ab, um anzudeuten, es fehle an Weisheit und Tapferkeit. Der Krieg begann, und welche Folgen hat er gehabt! Darum kommt Alles auf den Moment an, der nur da ist, wenn wir zu rechter Zeit mit den Großmächten gehen."*)

Berlin, Anfang Dezember 1850. Der Legationsrath Abeken weist in einem an seinen provisorischen Chef Manteuffel gerichteten eigenhändigen Privatschreiben auf einige Bedenken hin, welche die zur Ausführung der Olmützer Konvention getroffenen Einleitungen ihm erwecken.

„Ich habe erst gestern Abend spät und nur durch einen Zufall von der Beauftragung des Generals v. Peucker**) und der ihm ertheilten Vollmacht Kenntniß erhalten. Ich fürchte, daß durch diese Sendung eines Kommissars, um mit dem jenseitigen, bei der Armee befindlichen Bundeskommissarius ins Einvernehmen zu treten, eine unrichtige und uns höchst nachtheilige Auslegung des § 2 der Konvention begründet werden möchte.

In den §§ 1 und 2 und deren richtiger und konsequenter Entwickelung liegt aber die ganze politische Bedeutung der Konvention.

In der Vollmacht für General v. Peucker wird gesagt, man sei über die Sendung gemeinsamer Kommissarien »nach Kur-

*) Erfreulicherweise bricht die Erkenntniß, daß man durch Olmütz gehen mußte, um zu Königgrätz zu gelangen, doch allmählich auch in weiteren Kreisen durch. Einen Beweis finde ich in einem Aufruf, der im Dezember 1900 von Fulda behufs Herstellung eines Gedenksteins in Bronzell erging. In dem Aufrufe, den unter Anderen auch hohe aktive preußische Militärs unterzeichnet haben, wird behauptet, der Zusammenstoß bei Bronzell sei von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung Preußens, ja, des Deutschen Reiches gewesen; denn gerade Preußens Rückzug, der weiter nach Olmütz führte, habe in der Seele des späteren Königs und ersten deutschen Kaisers den Gedanken der Armeereorganisation bestärkt und gereift, auf der ja die Erfolge der Jahre 1864, 1866 und 1870/71 sammt der Wiedergeburt des Reiches in erster Linie beruhten.

**) Nach der Olmützer Konvention sollte die weitere Regulirung der kurhessischen Angelegenheit durch Kommissare Oesterreichs und Preußens stattfinden. Preußen ernannte zu diesem Behuf den General v. Peucker.

hessen« übereingekommen. Dies entspricht nicht dem Wortlaute und gewiß auch nicht dem Sinne der Konvention.

§ 2 spricht nicht von »Absendung von Kommissarien nach Hessen«, sondern von Niedersetzung einer Kommission, die in Frankfurt oder Berlin oder irgend einem beliebigen Orte sitzen und berathen kann; die »Kooperation« bezieht sich nicht auf die unmittelbare Behandlung der Sache in Hessen, sondern auf die schließliche Regulirung der Frage von ihrer politischen Seite.

Die »unmittelbare Behandlung der Sache«, nämlich die nächste Exekution in Hessen, soll vielmehr, nach der ausdrücklichen Stipulation im § 3, der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppenmacht überlassen werden. An dieser Exekution uns zu betheiligen, liegt überdies wahrlich nicht in unserem Interesse; warum sollen wir das Odium davon auf uns nehmen? Wir hatten gedroht, sie zu verhindern; das thun wir nicht — und dies ist eine Konzession, die wir darum machen, weil uns die Bürgschaft gegeben wird, daß dies »ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung« (§ 3) geschehen und daß diese künftige Entscheidung gemeinschaftlich (§ 1) und durch eine besondere Kommission ad hoc (§ 2) erfolgen solle. Diese besondere gemeinsame Kommission für die Regulirung der beiden großen schwebenden politischen Fragen, deren einseitige Regulirung sich der Bundestag angemaßt hatte, ist die große Konzession, die Oesterreich macht, und die allein die Konzessionen von unserer Seite im § 3 rechtfertigt. Diese politische Kommission des § 2 wird aber unmöglich, wenn wir schon jetzt einen Kommissar zur Exekutions-Armee schicken; sie wird in ihrem innersten Wesen vernichtet und politisch ganz wirkungslos, wenn sie sich in einem Kommissarius auflöst, der nur dem Bundeskommissar für Hessen die dortige Bundesexekution ausführen hilft.

Denn etwas Anderes kann er dort gar nicht thun.

Der Bundes-Civil-Kommissarius für Hessen (es handelt sich dabei gar nicht um die Persönlichkeit des Grafen Rechberg,*) sondern um seine amtliche Stellung), ist seinerseits gar nicht in der Lage, die Stipulation des § 2 zu erfüllen und »über gemeinsam zu ergreifende Maßregeln ins Einvernehmen zu treten«, er regiert und trifft Anordnungen im Namen des Bundestages, innerhalb

*) Sein Nachfolger wurde Graf Leiningen, dem dann der Bundestag zugleich die Leitung der Exekution an Rechbergs Stelle überwies.

der von letzterem ihm gegebenen Instruktion; er ist nur dazu da, die schon gefaßten Beschlüsse des Bundestages in Ausführung zu bringen. Wenn ihm daher ein diesseitiger Kommissarius beigeordnet wird, so kann dieser Letztere selbstredend auch nur über die Ausführung jener Beschlüsse mit ihm ins Einvernehmen treten. Dadurch aber erkennen wir jene Beschlüsse an und nehmen theil nicht nur an der Zurückführung des Kurfürsten, nicht nur an der Pacifikation von Hessen, sondern geradezu und direkt an der Ausführung der Beschlüsse des Bundestages. Dies wird Jedermann fühlen, und es wird als ein Anerkenntniß des Bundestages, ja als ein Unterordnen Preußens unter denselben, zu unserer vollen Demüthigung ausgelegt werden können und ausgelegt werden.

So wird, meiner Ueberzeugung nach, durch das Zusammenwirken eines diesseitigen Kommissarius mit dem nach der Bundes-Exekutionsordnung ernannten Bundes-Civil-Kommissarius für Hessen unser ganzer Standpunkt zu unserm Nachtheil verschoben.

Die Kommission des § 2 sollte eine politische Stellung haben; der Bundes-Civil-Kommissar aber hat nur eine exekutive und administrative; General Peucker kann also neben diesem auch keine politische, sondern nur eine die Administration kontrolirende Stellung haben. Haben wir nun aber einmal § 2 so ausgelegt, daß seine Stipulation durch die Sendung des Generals Peucker erfüllt scheint, so wird es sehr schwer sein, auf die richtige und für uns so wichtige Auslegung zurückzukommen und jene Kommission zu schaffen, welche gleichsam eine politische Behörde (wenn auch nur berathender und vorbereitender Art) bilden sollte, durch welche die Thätigkeit des Bundestages paralysirt würde.

Dann wird es ebenso nahe liegen, den § 2 in Bezug auf die holsteinische Frage schon durch die im § 3 stipulirte Sendung von Kommissarien nach Holstein für erledigt zu erklären, während in der Wirklichkeit auch diese Kommissarien des § 3 mit den Kommissarien des § 2 gar nichts zu thun haben. Die Kommissarien des § 3 werden nur von Oesterreich und Preußen geschickt, um unmittelbar auf die Statthalterschaft einzuwirken; die Kommissarien des § 2 dagegen werden von den beiden großen Verbündeten in Deutschland ernannt, um, wenn die Statthalterschaft zunächst sich gefügt hat, die dänischen Vorschläge zu prüfen, die Grundsätze festzustellen, nach welchen der Bund mit Dänemark über die

künftige Stellung von Schleswig und Holstein unterhandeln soll, kurz Alles das zu thun, was sonst ein bloß vom Bundestage niedergesetzter Ausschuß gethan haben würde, mit dem Unterschiede, daß ein Ausschuß des Bundestages an letzteren berichten würde, die Kommission des § 2 aber an sämmtliche deutsche Regierungen zur Entscheidung zu berichten hat.

Ich bemerke noch, daß durch diese schleunige Absendung des Generals Peucker auch der Vortheil verloren geht, den Ew. Excellenz hervorheben: nämlich, daß wir uns einmal wieder mit unseren Verbündeten über eine gemeinsame Maßregel berathen könnten und dadurch einen neuen Kitt für das Bündniß gewinnen.

Alle Erleichterung, die für das arme Land Hessen durch die unmittelbare Einwirkung des Generals Peucker gewonnen werden mag, wiegt den politischen Nachtheil nicht auf, der in dem Schwankendwerden der Basis des § 2 liegt, in dem Verluste der politischen Kommission und ihrer Verwandlung in eine Exekutionskommission. In dieser Auffassung ließe sich das Olmützer Abkommen schwerlich politisch rechtfertigen, und der Friede würde dadurch zu theuer erkauft sein.

Fürst Schwarzenberg hat gewiß wohl gewußt, was er im § 2 zugab, und hat es wohlbedacht zugegeben, weil er Preußens Recht auf eine gemeinsame Behandlung politischer Angelegenheiten fühlte. Wenn wir aber selbst den Anlaß geben, die politische Bedeutung dieser Stipulationen abzuschwächen, so muß man das eigentlich jenseits mit beiden Händen ergreifen; — wenn man nicht vielleicht so ehrlich ist, unseren Kommissar »in Hessen« abzuweisen und zu sagen: »Hier habt ihr nichts zu thun, denn hier habt ihr ja versprochen, für den Augenblick unserer freien Aktion kein Hinderniß in den Weg zu legen (was doch durch einen solchen Kommissar jedenfalls geschehen würde).« Das wäre aber eben auch kein angenehmer Incidenzpunkt.

Ich bitte Ew. Excellenz inständigst, mir die Freiheit zu verzeihen, die ich mir genommen; ich glaubte, daß die Güte und das Vertrauen, welches Ew. Excellenz mir gezeigt haben, es mir zur Pflicht machten, diese Bedenken, die ich für sehr wichtig halten muß, nicht zu verhehlen."

Zwischen Olmütz und Dresden hatte Preußen noch manche Schwierigkeiten zu überwinden.

Berlin, den 5. Dezember. Der österreichische Gesandte Frhr. v. Prokesch theilt Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, daß — nach einer von dem Fürsten Schwarzenberg zugegangenen Mittheilung — die Befehle wegen Zurückziehung der Truppen von den äußersten Grenzen bereits abgegangen seien.

„Dies seine Erwiderung auf Ew. Excellenz gestern durch mich ihm geäußerten Wunsch. Ich bedaure, wenn »ein naher Tag für die Veröffentlichung des Beschlusses, durch welchen die am 6. November verfügte Mobilmachung rückgängig gemacht wird« — nicht bestimmt werden sollte. Ew. Excellenz können unmöglich verkennen, daß ein Abgehen von der Olmützer Uebereinkunft in diesem wichtigen Punkte den schlimmsten Eindruck in Wien machte, die im vollen Zuge befindliche Einstellung sämmtlicher Kriegsrüstungen sistiren und die Eröffnung der Konferenzen hinausschieben würde. Gegen Verhandlung unter den Waffen, wodurch alle Freiheit der freien Konferenzen wegfiele, hat sich der Fürst entschieden erklärt. Selbst heute wieder drängt er mich um bestimmten Aufschluß über die Demobilisirung. Bevor der Tag in Wien bekannt ist, können die Einleitungen für die Dresdener Konferenzen nicht getroffen werden. Ich thue, was ich kann. Die eingangs erwähnte Nachricht beweist es von Neuem — aber ich kann mich vom Wortlaute der beiderseits genehmigten Uebereinkunft nicht entfernen. Es würde mir unmöglich sein, eine Abweichung davon zu vertreten, da die Stärke der königl. Regierung für die Unnothwendigkeit derselben bürgt.

Vom Grafen Bernstorff haben Sie, nach meinem Gefühle, wenig sichere Berichte zu erwarten. Die Gläser seiner Brille sind gefärbt.

Graf Rechberg ist abgerufen und Feldmarschall-Lieutenant Graf Leiningen ihn zu ersetzen bestimmt.

Als Ort für die Kommission wegen Hessen und Holstein wünscht der Fürst Cassel als in dem einen Lande gelegen und dem andern nahe, auch des Kurfürsten wegen."

Wien, den 5. Dezember 1850. Fürst Schwarzenberg dankt Manteuffel in einem eigenhändigen vertraulichen Privatschreiben für ein ihm durch Vermittlung des Grafen Bernstorff tags vorher zugegangenes Schreiben.

„Von Frankfurt muß die Weisung an General Fürst Taxis, nur langsam gegen Cassel vorzurücken, am 2. eingetroffen sein. Zugleich haben wir geglaubt, dem hessischen Ministerium den Rath ertheilen zu sollen, die Rückkehr des Kurfürsten nach seiner Hauptstadt nicht von einer Adresse und Einladung seiner renitenten Unterthanen abhängig zu machen, sondern S. K. H. zu vermögen, mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen, gleichviel ob mehr oder weniger, ohne Zeitverlust nach Cassel zu marschiren. Sollten die Kräfte des Kurfürsten wirklich nicht hinreichen, um dahin zu gelangen, so wäre es Pflicht sämmtlicher Bundesgenossen, den von seinen aufrührerischen sogenannten Volksvertretern und Beamten vertriebenen Landesherrn in kürzester Frist in seine Staaten zurückzuführen. Die Vorgänge in Kurhessen für eine irrthümliche Auffassung gewissenhafter Staatsbürger anzusehen, eine halb reuige, süß-saure Adresse als eine retraite honorable für ein vorübergegangenes und nun glücklich aufgeklärtes Mißverständniß zu betrachten, scheint mir ein Fehler, an dessen Folgen alle deutschen Regierungen schwer zu leiden hätten. Die hessischen Vermittelungen sind ein reines Produkt der Revolution; dieselben sind seit Jahren von einem korrupten Beamtenstande vorbereitet und zu Tage gefördert worden von einer ganz demokratischen Kammer, die ihrerseits die Frucht eines verderblichen Wahlgesetzes war. Was wir in Hessen erlebt haben, ist die Revolution in ihrer gefährlichsten Form, weil sie unter der Maske der Loyalität jedem Hasenfuß das Mittel giebt, sich in ganz gefährlicher Weise an wirksamer Opposition zu betheiligen, und welches ist, seit 1848, das deutsche Publikum, das unter so lockenden Umständen sich das Vergnügen versagen würde, einer Regierung in den Weg zu treten?

Die Männer der Ordnung haben eine schwere Aufgabe zu lösen; wenn Oesterreich und Preußen aber aufrichtig zusammen Hand an das Werk legen wollen, so muß es ihnen mit Gottes Hülfe gelingen, dem Unwesen ein Ende zu machen und dem Rechte wieder zu Ehren zu verhelfen.

Ich habe Sr. M. dem Kaiser vorgeschlagen, statt des Grafen Rechberg, der zu einer anderen Dienstleistung berufen ist, den Feld

marschall-Lieutenant Grafen Leiningen dem Bunde zur Verfügung zu stellen; er wird als Kommissar fungiren, und wir hoffen, daß er sich mit Generallieutenant v. Peucker, der als ein wohlgesinnter, ruhiger Mann geschildert ist, leicht verständigen wird.

Als den Ort, wo die zwei Kommissare zusammenzutreten hätten, erlaube ich mir Cassel vorzuschlagen. Die Autorität des Kurfürsten würde durch die Anwesenheit dieser Herren eine erhöhte Kräftigung gewinnen, zugleich scheint die Wahl von Cassel in politischer sowie nöthigenfalls in militärischer Beziehung vorzüglich geeignet, um auf den Gang der holsteinischen Angelegenheit mit Erfolg einzuwirken.

Daß bei dem Zusammentreffen bayerischer und preußischer Truppen einzelne Konflikte möglich sind, ist leider nicht in Abrede zu stellen, indessen wird die Autorität der beiderseitigen Befehlshaber hoffentlich hinreichen, um solchen bedauerlichen Reibungen jeden ernsten Charakter zu benehmen, was wir hier um so lebhafter wünschen müssen, als das Zurückziehen der königl. bayerischen und deren Ersetzung durch österreichische Truppen aus leicht erklärlichen Gründen nur mit billiger Schonung und allmählich stattfinden kann.

Dem uns durch Baron Prokesch mitgetheilten Wunsche, die hart an der preußischen Grenze gelegenen kaiserl. Truppen etwas weiter in das Land zu verlegen, ist bereits Folge gegeben worden.

Der wichtigste Punkt, den wir, seiner praktischen Bedeutung wegen, allen übrigen voranstellen, ist die Entwaffnung, und leider sind uns hierüber noch immer keine entsprechenden Mittheilungen zugekommen; unsere letzten Nachrichten sprechen im Gegentheil von energischer Betreibung der im Gange befindlichen Kriegsvorbereitungen, von fortgesetzten Truppenmärschen nach bezeichneten Punkten u. s. w. Ich glaube Ew. Excellenz nicht erst darauf aufmerksam machen zu sollen, wie sehr die heilsamen Resultate unserer Olmützer, von beiden Regierungen bereits genehmigten Punktation in den Augen der Welt hierdurch in Frage gestellt erscheinen müssen. Wir sind immer bereit, nach Erhalt der besprochenen Mittheilung unsererseits die angedeuteten Maßregeln eintreten zu lassen; diese Mittheilung, die wir nach erfolgter Vertagung der Kammern stündlich erwarten durften, ist uns aber noch nicht zugekommen, und ich fühle mich verpflichtet, Ew. Excellenz hier ver-

traulich zu sagen, daß diese Zögerung keine günstige Wirkung hervorbringen kann."

Der Minister Manteuffel war gewiß aufrichtig bestrebt, die Konsequenzen aus Olmütz zu ziehen;*) indessen hatte er auch mit der öffentlichen Meinung zu rechnen, und so zog sich die Publikation der preußischen Abrüstungsordre noch bis zum 10. Dezember hinaus.

Potsdam, den 11. Dezember 1850. Handbillet des Königs an Manteuffel.

„Theuerster Manteuffel! Ich lege den allergrößten Werth auf die warme und eifrige Ausführung dessen, was ich gestern im Conseil zu Bellevue über dasjenige sagte, was ich durch die zwei Kommissare für die hessischen Angelegenheiten angestrebt zu sehen wünsche. Ich wiederhole es hier, damit die mögliche Undeutlichkeit meines Vortrages darin nicht wieder ein Mißverständniß erzeuge.

Wohin aus allen Kräften zu streben ist, ist: daß **vor** der Wiederkehr der Kammern die hessische Angelegenheit auf einen Punkt gediehen, der dem Ministerio gestattet, der Wahrheit gemäß auch dem Landtag zu erklären: »Das Räumen Kurhessens von beiderseitigen Truppen sei bereits Preußens Bemühungen gelungen.« Als Weg, dahin zu gelangen, hab' ich Folgendes vorgeschlagen: Man bewegt (wenn irgend möglich) Oesterreich, es zu gestatten: daß unsere beiderseitigen Kommissare **sofort** nach Cassel gehen und dort, im Namen **»des gesammten Bundes«**, (und kraft eines gewissen Artikels der Bundesgesetzgebung über die Nothwendigkeit des Zahlens der Steuern, die zur Vertheidigung Deutschlands unentbehrlich) die Entrichtung und Nachzahlung der fälligen Abgaben dekretiren. Sobald dies geschehen ist, verlassen die Exekutionstruppen und die

*) Am 7. Dezember schreibt Prokesch dem Fürsten Schwarzenberg: „Alles trägt die Farbe des entschiedenen Uebertritts in ein vernünftiges System. Die Stellung Manteuffels stärkt sich mit jedem Tag; der König lobte ihn öffentlich. Ladenberg ist ausgeschieden und die Präsidentschaft interimistisch Herrn v. Manteuffel übertragen. Man hört kaum mehr eine Stimme für den Krieg. Aufgegeben aber sind die Träume nicht".

meinigen zugleich das Land, vielleicht mit Ausnahme der preußisch-österreichischen Garnison in Cassel.

Ich beschwöre Sie, diese Sache mit aller Dringlichkeit und als meinen persönlichen Wunsch in Wien und ohne allen Zeitverlust anzuknüpfen. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Der Prinz von Preußen hatte sich dem Olmützer Abschluß unterwerfen müssen, er hat indessen die Niederlage seines Vaterlandes nicht verwinden können; so erhob er sogleich im Ministerrathe vom 2. Dezember gegen die für Preußen besonders ungünstige Art der verabredeten Abrüstung Einspruch, jedoch erfolglos.

Berlin, den 11. Dezember 1850. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Auf Ihre Erwiderung von gestern*) nur diese wenigen Worte. Ich habe durchaus nicht übersehen, daß in der hessischen und holsteinischen Frage Graf Brandenburg am 2. November Konzessionen gemacht hat; an diesen mußte ich aber gerade für Hessen annehmen, daß sie in Olmütz möglichst modificirt werden sollten; es geschah dies durch die Stipulation, gemeinsam im Kurstaat pacifiziren zu wollen. Wo liegt denn nun aber die Konsequenz, daß aus diesem Grunde die eine Macht die andere umlaufen muß? Diese Logik bekämpfe ich, weil ich sie nicht wünschen kann. In Holstein, gebe Gott, daß wir nicht einzuschreiten brauchen, müßten wir Hamburg en réserve besetzen.

Ihrem Raisonnement über die hessischen Wirren an und für sich folge ich durchaus. Auch hat Preußen sich bisher nirgend für den einen oder anderen Theil ausgesprochen; noch weniger habe ich dies in meinem Mémoire verlangt. Auch ich halte die neue Mode des passiven Widerstandes für sehr gefährlich; für ebenso gefährlich für das monarchische Prinzip indessen halte ich das korrupte Benehmen Hassenpflugs und seines Monarchen. Preußens Gerechtigkeitstrieb verlangt, daß es in dieser Frage also nach beiden Seiten Front macht und Jedem die Wahrheit sagt: dem korrupten Beamtenstand und dem korrupten Premierminister!

*) In Manteuffels hinterlassenen Papieren nicht vorhanden.

Wenn ich die Bezeichnung: natürlich — wählte für Oesterreichs Verlangen an Sie, die Verfassung umzustoßen,*) so geschah es, weil Fürst Schwarzenberg und Kaiser Nicolaus und Meyendorff mir diese Ansicht in einem Athem so oft ausgesprochen, als ich es hören wollte. Darum glaubte ich es für natürlich halten zu müssen, daß Ihnen Aehnliches begegnet sei. Ganz einverstanden bin ich mit Ihnen, daß alle in der Verfassung selbst liegenden Mittel aufgeboten werden müssen, damit das konstitutionelle Prinzip nicht das monarchische besiege und daher alle Uebergriffe der Kammern scharf und ernst zurückgewiesen werden müssen.

Daß auch ich kein Popularitätsjäger bin, habe ich Zeit meines Lebens bewiesen; es giebt aber eine öffentliche Meinung, vor der ich den Hut abziehe, das ist die, welche sich bei der Mobilmachung der Armee gezeigt hat. Dieser darf nicht ins Gesicht geschlagen werden!

Ein Punkt ist es, in welchem ich ganz von Ihnen abweiche, nämlich der, daß Sie den Kammern gar nicht mittheilen wollen, welches unsere Linie sein wird, auf welcher wir in die Konferenz treten. Dies ist doch sonst so parlamentarisch wie irgend etwas; es geschieht stets in England, — aber man verbittet sich alles Mitsprechen während der Unterhandlungen, — das ist ebenfalls parlamentarisch.

Prinz von Preußen."

Berlin, den 12. Dezember 1850. Der österreichische Gesandte Frhr. v. Prokesch theilt Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, er wolle wegen einer (aus diesem Brief nicht näher ersichtlichen) Sache in Wien anfragen, aber auf sich könne er die Entscheidung heute nicht nehmen.

„Eine gestern Abend erhaltene telegraphische Depesche zeigt mir den Kaiser sowohl als den Fürsten verletzt durch den Mangel an Rücksicht, der in der Beibehaltung des Generals v. der Groeben und des Grafen Bernstorff auf den entscheidenden Punkten liegt.

*) Im September 1851 erging von Wien eine dringende Mahnung, auch in Preußen, wie das in Oesterreich geschehen war, den Erzeugnissen der Revolution den Garaus zu machen und vor allen Dingen die Verfassung von 1850 wieder aus der Welt zu schaffen. Sybel, „Die Begründung des Deutschen Reichs", Bd. II. S. 104.

Ich bin angewiesen, wegen des Ersteren heute noch eine starke Note an die königl. Regierung zu richten, da er sich Auslegungen der Olmützer Uebereinkunft erlaubt, die von etwas gar zu starkem Eifer zeugen.

Ich bedaure, daß die Sache nicht mehr gilt als die Menschen. In Wien kann ich das Niemandem begreiflich machen, denn will man die Sache, so will man auch die Mittel dort."

Coblenz, den 12. Dezember 1850. Der Legationsrath Graf Arnim, ehedem preußischer Geschäftsträger in der Schweiz, theilt Manteuffel ein aus Wien erhaltenes Schreiben mit, welches sich über die in den dortigen obersten Regionen herrschenden politischen Ansichten deutlich aussprach.

„Ew. Excellenz haben sich abermals dem Strome entgegen und vor den Riß gestellt und dadurch keine geringe Last arger Mißdeutung, wo nicht noch Schlimmeres sich aufgeladen, und an vielen stillen und lauten Gegnern wird es nicht fehlen. Aber des Mannes innere Ueberzeugung ist sein bester Schild.

Zur besonnenen Entwirrung der mancherlei sehr verwickelten Verhältnisse und Lösung höchst schwieriger Zeitfragen, zur Beruhigung der aufgeregten Leidenschaften und zur Erweckung und Stärkung des so höchst nothwendigen Vertrauens und Anschließens nach oben tragen leider nur sehr Wenige mit bei. Und doch ist dies für Jeden, der das Vaterland zu lieben vorgiebt, und es stark und geehrt nach innen und außen sehen will, eine unerläßliche heilige Pflicht; denn auch die beste Regierung wird sich meist umsonst abmühen, wenn sie nicht in der rechten öffentlichen Stimmung und allgemeinen Gesinnung auf eine ehrliche und thätige Beihülfe zählen kann. Im guten Geiste zu wirken, dazu findet ein Jeder, wer er auch sei und wo er auch stehe, immer Mittel und Gelegenheit, wenn er sie nur redlich suchen, ergreifen und wahrhaft patriotisch benutzen will. — Das ist mein Glaubensbekenntniß, für welches ich, wo und wie ich es auch immer vermag, meine geringen Kräfte stets freudig aufbieten werde."

Die in dem vorstehenden Briefe Arnims erwähnte Anlage lautet:

Wien, den 5. Dezember 1850. „Gewiß freuen Sie sich mit mir und allen Gutgesinnten und Besonnenen der Hoffnung der Erhaltung des Friedens. Auf diesem Kriege, wäre er zum Ausbruche gekommen,

hätte der Unsegen des Bruderzwistes gelastet, und schwer wäre die Verantwortung derer gewesen, die zur Verwirklichung unausführbarer Zwecke — die zum Theil nur der Deckmantel sträflicherer Absichten waren — ihn heraufbeschworen hätten. Dem blödesten Verstande muß es einleuchten, daß dieser Krieg fremde Einmischung herbeirufen und zum europäischen Kampfe werden mußte, und wem wäre am Ende nach allen Wechselfällen dieses Kampfes die Entscheidung über die Zukunft geblieben?... Die nächste und unheilvollste Folge des Krieges wäre die Heraufbeschwörung der kaum gebändigten höllischen Mächte des Volksaufstandes gewesen. Die Presse Ihrer Vaterstadt Cöln sagt uns sehr unbefangen, was zunächst Deutschland davon zu erwarten gehabt hätte."

In seinen „Denkwürdigkeiten" notirt Gerlach unter dem 15. Dezember 1850: „England dringt darauf, daß in dem Bunde, der eine Schöpfung des Wiener Kongresses, nichts ohne seine Kenntnißnahme vorgenommen werden soll, namentlich nicht Eintritt Preußens und Oesterreichs mit allen ihren Ländern. Da ist sofort eine Gelegenheit, daß Preußen und Oesterreich ihre enge Alliance dokumentiren und sich diesen fremden Einmischungen widersetzen." Auf diesen Vorgang bezieht sich die nachstehende Allerhöchste Kundgebung:

Potsdam, den 15. Dezember 1850. Handbillet des Königs an Manteuffel.

„Bester Manteuffel! Ehe wir die englische Depesche in den deutschen Bundesangelegenheiten beantworten, müssen wir uns mit Oesterreich über die Grundzüge der Antwort verständigen und zu dem Ende diese Grundzüge formuliren. Vor Allem aber ist's zur gründlichen Beantwortung vom particularistisch preußischen Standpunkte aus nöthig, Palmerstons*) Antworten wegen der Neuenburger Angelegenheit zu studiren, wo er gerade die entgegengesetzten Grundsätze herausgekehrt hat, um uns nicht zu helfen. Wir müssen in der würdigsten Sprache ihm einen Kautschukhieb nach dem andern ins Gesicht geben und womöglich mit seinem eigenen Instrument. Von Deutschland muß rundheraus ausgesprochen werden: es sei zwar unter die Garantie der Großmächte und Europas gestellt, dennoch habe es, auch in der allerengsten Auslegung die Qualität eines emanzipirten Sohnes, der sich selbst bestimmt, geradeso wie der Brite, der Franzos u. s. w. Vale!

Friedrich Wilhelm."

* Henry John Temple Palmerston, englischer Minister.

Palmerston wandte sich in derselben Sache später noch an den Bundestag, erfuhr aber hier eine energische Zurechtweisung, ob der fremden Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Bundes.*)

Der erste Band von Manteuffels „Denkwürdigkeiten" war bereits gedruckt, als kurz vor Weihnachten 1900 die von dem Fürsten Herbert Bismarck herausgegebenen Briefe des Fürsten Bismarck an seine Braut und Gattin erschienen.**) Sie geben ganz neue Aufschlüsse über Bismarcks Entwickelung staatsmännischer Leistungen und insbesondere über sein Verhältniß zu Manteuffel und dessen Politik. Alle darin enthaltenen Aeußerungen bestätigen aufs Neue die Thatsache, daß Bismarck in der in diesem Abschnitt geschilderten Krisis, welche zu Olmütz geführt hat, rückhaltslos den Standpunkt des Ministers Manteuffel gebilligt hat.***)

Die Aufgabe der Dresdener Konferenzen bestand darin, eine neue Verfassung des Deutschen Bundes, wenn auch zunächst nur in ihren allgemeinen Grundzügen, und vor Allem ein neues Centralorgan derselben zu schaffen.

Die Punkte, worauf Preußen sein Bestreben richtet, waren: 1. Daß das neue Bundes-Centralorgan aus einer angemessenen Stimmenzahl unter Vermeidung jedes Gruppirungssystems nach Analogie des engeren Rathes der Bundesversammlung zusammengesetzt werde, dabei aber die besonderen Verhältnisse der Großmächte zu einander und im Deutschen Bunde in entsprechender Weise zu gleichberechtigter Geltung kommen; 2. daß die Exekution im Bunde der neuen Gestaltung des letzteren gemäß neu und in einer Weise regulirt werde, daß sie für eine starke Aufrechthaltung der Autorität genügende Garantie gewährt; 3. daß den Bundesgliedern das Unirungsrecht nicht beschränkt werde; 4. daß die Kriegsverfassung des Deutschen Bundes ebenfalls den seit dem Jahre 1848 neu hervorgetretenen Bedürfnissen gemäß eine Neugestaltung erfahre; 5. daß hinsichtlich der ständischen Verhältnisse in Deutschland dem wirklich eingetretenen Rechtszustande diejenige volle Anerkennung widerfahre, welche das auf den Rechtssinn der Regierungen gesetzte

*) Vergl. die Protokolle des Bundestags §§ 79 und 161, Jahrg. 1851.

**) Gelegentlich erwähnt Bismarck schon vorher Begegnungen mit Manteuffel, so in den Briefen vom 16. November 1848, S. 121, 28. August 1849, S. 145, 8. September 1849, S. 151.

***) Ich verweise besonders auf die Briefe Bismarcks vom 19. April, 30. September, 10. Oktober, 18., 24., 25., 27. November und 7. Dezember 1850.

Vertrauen und die Rücksicht auf die Sicherstellung der Erfüllung der Bundespflichten erheischten.

Zu beantragen, daß dem neu zu schaffenden Bundes-Centralorgan eine aus dem gesammten Bundesgebiete periodisch zusammenzuberufende ständische Vertretung an die Seite gestellt werde, lag um so weniger in der Absicht Preußens, als das österreichische Gouvernement sich in den vorläufig stattgehabten Besprechungen gegen eine solche Einrichtung erklärt hatte, und das wirklich vorhandene Bedürfniß im Wege der Unirung einzelner Staaten befriedigt werden konnte.

Die Direktiven, welche Friedrich Wilhelm IV. seinem Premierminister auf den Weg nach Dresden mitgab, lassen ersehen, daß sich der König von dem Radowitzschen Ideengang noch nicht völlig loszusagen vermocht hatte.*)

Bellevue, den 16. Dezember 1850. Handbillet des Königs an den Minister Manteuffel:

„Die sogenannten Unionsangelegenheiten gehören nicht in die Dresdener Verhandlungen. In Dresden soll das Haus gebaut werden, in welchem die Union sich nebst Anderen eine Wohnung einzurichten haben wird. Ihre Wohnung wird sich nach dem Hause, der Hausbau aber nicht nach der Wohnung richten.

Wir müssen genau die Linie halten, auf die wir uns durch die Warschauer und Olmützer Verhandlungen gestellt haben. Das erfordert Treue und Ehrlichkeit gegen Oesterreich einerseits, gegen die Unionsstaaten andererseits. Oesterreich hat das Recht, von uns Unterstützung seiner Begehren: 1. des Eintritts ganz Oesterreichs in den Bund, 2. der Parlamentslosigkeit des großen Bundes zu erwarten. Dafür haben wir das Recht, auf einem Parlament in der Union zu bestehen. Das erwartet die Mehrzahl der Unionsstaaten, und wir sind durch Treu und Glauben daran gebunden.

Die Begehren Oesterreichs aber stellen Preußen in ein ganz außerordentlich vortheilhaftes Verhältniß. Die uns wegen der Union so günstige Parlamentslosigkeit des großen Bundes muß, kraft früherer Garantien, für die Mittelstaaten ungewährbar sein. Oesterreich kann bei seinem vollen Eintrittsbegehren kein Bundes-

*) Dies bestätigt auch Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 582.

parlament gestatten. Der Lauf der Verhandlung wird Oesterreich alsobald überzeugen, daß es bei diesen Lebensfragen allein Preußen und seine unirten Stimmen für sich haben kann. Dies Verhältniß bald klar hervortreten zu lassen, ist eine Hauptaufgabe unserer Politik zu Dresden. Es ist Klugheitspflicht, nichts aufkommen zu lassen, was das feste Bild dieses günstigen Verhältnisses gefährde. Daher muß unser gerechter, nie aufzugebender Anspruch auf Parität mit Oesterreich zu Anfang nicht erhoben werden. Preußen muß abwarten, welche Physiognomie unser Verhältniß zu Oesterreich annimmt, dasselbe erstarken lassen, ehe es mit der Paritätsforderung öffentlich in den Konferenzen hervortritt.

Es kommt nun ganz auf die Qualität des Widerstandes der kleinen Königreiche gegen die Parlamentslosigkeit an, um unser Betragen zu bestimmen. Dem Grundsatz an sich dürfen wir nicht entgegentreten, die Ausführung aber der Eintrittsforderung Oesterreich gegenüber der Wahrheit gemäß als nicht statthaft, der Zukunft unserer Union gegenüber aber als von gar keinem Interesse für uns erklären.

Gewiß ist's, daß die Schwierigkeiten, die sich Oesterreich entgegenstemmen werden, groß sein müssen. Vielleicht gelingt es dann, Oesterreich allmählich auf andere Pläne zu bringen. Unsere ganze Aufgabe ist alsdann lediglich die, Oesterreich dahin zu bringen, daß es selbst Begehren stelle, die unserem ursprünglichen Plane im Frühjahr 1849 entsprechen. Die aber sind 1. Vereinigung ganz Oesterreichs mit ganz Deutschland nicht durch Eintritt, sondern durch eine ewige Union, ebenso unauflöslich als der Deutsche Bund, 2. Konstituirung ganz Deutschlands unter Preußens Suprematie mit allgemein deutschem Parlament und Gericht.

Friedrich Wilhelm."*)

*) Die von dem König für Manteuffel ausgestellte Vollmacht für die Dresdener Verhandlungen lautet:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. urkunden und bekennen hiermit: Nachdem Wir mit Sr. M. dem Kaiser von Oesterreich übereingekommen sind, sämmtliche Genossen des Deutschen Bundes einzuladen, zu einer freien Berathung über die Revision der Verfassung und die Neugestaltung des Deutschen Bundes zusammenzutreten, so haben Wir zu Unserem Bevollmächtigten bei den Konferenzen, welche zu jenem Zwecke in Dresden stattfinden werden, bestellt und bestellen hiermit: Unseren Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Frhrn. Otto v. Manteuffel, Ritter Unseres Rothen Adler-Ordens 2. Klasse mit dem Stern, mit Eichenlaub und

Charlottenburg, den 21. Dezember 1850. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Ew. Excellenz habe ich die Ehre auf Befehl Sr. M. des Königs 1. den Brief des Kaisers von Rußland vom 2./14. Dezember, 2. die Depesche des Grafen Nesselrode*) an den Baron Budberg, zurückzureichen.

Auf das Schreiben des Kaisers wollen Se. M. eine Antwort entworfen wissen, von der Sie den Inhalt auf den Brief Allerhöchst selbst in Bleistift angegeben haben. Se. M. wünschen, daß der Geh. Leg.-Rath v. Le Coq Ihnen einen Entwurf zu einer solchen Antwort vorlegt.

Auf die Mittheilung der Depesche des Grafen Nesselrode soll in der Art geantwortet werden, daß Rußland es endlich begreift, wie nur das Widerstreben Oesterreichs, mit Preußen und allen deutschen Staaten gemeinschaftlich zu handeln, die bisherige Verstimmung hervorgerufen hat, und daß diese wegfallen mußte, sowie Oesterreich auf diesem Punkt nachgab, und wie schon der Graf Brandenburg in Warschau dem kaiserl. russischen Kabinet es klar gemacht habe, daß Preußen dasselbe Ziel mit Oesterreich verfolge. Se. M. wollen, daß ihm diese Antwort vor ihrem Abgange nach Petersburg vorgelegt werde."

Charlottenburg, den 28. Dezember 1850, 11 Uhr. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Ich habe mich genöthigt gesehen, den General-Lieutenant Peucker und das preußische Bataillon aus Cassel zu entfernen und

Krone und des St. Johanniter-Ordens, damit derselbe mit den Bevollmächtigten der sämmtlichen deutschen Regierungen jenen Konferenzen beiwohne und die erforderlichen Berathungen pflege, indem Wir auf Unser Königliches Wort versprechen, daß Wir Alles genehmigen werden, was Unser genannter Bevollmächtigter mit denen der übrigen deutschen Fürsten und der freien Städte nach den ihm von Uns ertheilten Instruktionen verhandelt und abgeschlossen haben wird. Zu Urkund dessen haben Wir gegenwärtige Vollmacht vollzogen und solche mit Unserem Königlichen Insiegel versehen lassen. So geschehen zu Charlottenburg, den Achtzehnten Dezember im Jahre Christi Ein Tausend Acht Hundert Funfzig und Unserer Regierung im Eilften. Friedrich Wilhelm R."

* Karl Robert Graf v. Nesselrode, russischer Reichskanzler.

zu erklären, das geschähe ausdrücklich wegen Graf Leiningens und des Kurfürsten Zulassungen, da die bayerische Besatzung und Exekution unvereinbar mit Preußens Stellung wären. Wenn Graf Leiningen im Namen des Bundestages dekretiren will, so kann, so darf und so soll kein preußischer Kommissar das mit anhören und ansehen. Sie, bester Manteuffel, haben dem Fürsten Schwarzenberg daraus kein Geheimniß zu machen.

Friedrich Wilhelm."

Diese hessische Entwickelung erfüllte den König Friedrich Wilhelm IV. mit lebhaftem Unmuth. Als ihm gemeldet wurde, die Zahl der in Cassel liegenden bayerischen Truppen betrage etwa 1600 Mann, schrieb er an den Rand:

„So viel Tritte in unseren Unterleib!!!"

Und auf die Mittheilung, Graf Leiningen habe, nachdem seine Vollmacht als österreichischer Kommissar endlich eingetroffen, sich bereit erklärt, in letzterer Eigenschaft, also außerhalb des Exekutionsmandats, mit dem preußischen Kommissar v. Peucker vereint und in Vertretung des ganzen Bundes zu verfahren, schrieb der König an den Rand:

„Sehr gütig!!! und sehr spät!!!"

Manteuffel war am 23. Dezember bei der Eröffnung der Dresdener Konferenzen zugegen,*) aber dann gleich wieder nach Berlin zurückgekehrt, um bei dem Besuche des Fürsten Schwarzenberg und des Grafen Buol**) am dortigen Hofe (28. bis 30. Dezember) zugegen zu sein. Der Fürst wurde mit größter Auszeichnung und ausgesuchter Zuvorkommenheit aufgenommen. Die schwebenden Fragen wurden besprochen, doch kam es zu keinen Abmachungen.***)

Berlin, den 31. Dezember 1850. Manteuffel an den zweiten preußischen Bevollmächtigten bei den Dresdener Konferenzen, Staatsminister Grafen Alvensleben eigenhändig privat:

*) Am 24. Dezember speisten Schwarzenberg, Alvensleben und Manteuffel auf dem Zimmer des Gesandten v. Prokesch.

**) Graf v. Buol-Schauenstein, z. Z. österreichischer Gesandter in St. Petersburg, später als Nachfolger des Fürsten Schwarzenberg, österreichischer Minister des Aeußeren und des kaiserl. Hauses.

***) „Aus den Briefen des Grafen v. Prokesch-Osten, 1849—1855", S. 194.

„Den Schwarzenberg könnte man vielleicht mit der Aussicht auf eine künftige Kommission trösten; ich möchte ihm nicht gern antworten.

Vielleicht reise ich noch heute Abend nach Dresden, so daß ich morgen um 11 Uhr dort eintreffe. Nothwendig wäre es aber, daß ich dann an demselben Tage wieder abreise. Wenn ich das thue, so geschieht es mehr, um gegen Schwarzenberg nicht zu manquiren, als um etwas zu effektuiren. Sollte ich nicht kommen, so bitte ich mein Ausbleiben mit den bekannten Umständen zu entschuldigen und zwar so angelegentlich als möglich.

Eine Notiz über die Dauer von Schwarzenbergs Anwesenheit würde mir erwünscht sein."





1851.





Dresden, den 1. Januar 1851. Graf Alvensleben an Manteuffel eigenhändig privat:

„Fürst Schwarzenberg hat mir heute eine Depesche an Herrn v. Prokesch mitgetheilt, worin er sich über die Unwillfährigkeit der preußischen Regierung und Bevollmächtigten, zu einer Einigung zu gelangen, beklagt.

Es bezieht sich dies auf einen von Herrn v. Beust*) vorgelegten und von Oesterreich adoptirten Plan, wonach Oesterreich 3 Stimmen, Preußen 3, Bayern 2, Sachsen 1, Württemberg 1, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Luxemburg, Holstein zusammen 1, alle Uebrigen 1, zusammen 13 Stimmen erhalten sollen.

Obwohl die Kleineren hierbei sehr benachtheiligt sind, habe ich doch meine Geneigtheit, darauf einzugehen, unter der Bedingung erklärt, daß a) Württemberg die eine Stimme mit Baden theilt, b) die anderen vier die vorletzte Stimme haben. Wenn nämlich von Württemberg mit einer ganzen, zu Baden mit vier Anderen an der Stimme theilnehmend übergegangen werden soll, so liegt die unverkennbare Absicht zu Grunde, Württemberg zu belohnen und Baden zu bestrafen.

Ich habe, um in die dortigen Ansichten mehr einzugehen und Württemberg als Königreich mehr zu begünstigen, vorgeschlagen, die Stimme für Württemberg und Baden denselben nicht (wie Andern) zusammen, sondern jedem selbständig eine halbe Stimme

*) Friedrich Ferdinand v. Beust, sächsischer, nachmals österreichischer Staatsmann, später in den Grafenstand erhoben.

zuzutheilen (weil bei der Diskussion einige Bevollmächtigte von Königreichen geäußert hatten, sie protestirten gegen eine Zusammenlegung nur aus dem Grunde, weil die halbe Stimme nicht selbständig sei).

Ich habe ferner, wenn man Württemberg nicht anders als die andern Königreiche stellen will, auf die neun Stimmen zurückkommend, vorgeschlagen: Oesterreich 2, Preußen 2, Bayern 1, die drei Königreiche und Baden jedes eine selbständige halbe Stimme gleich 2, die vier anderen Virilstimmen 1, die Uebrigen zusammen 1 Stimme.

Allein die Absicht geht offenbar dahin, die Alliirten Oesterreichs ostensibel gegen die Alliirten Preußens zu begünstigen, und die Nachgiebigkeit in dieser Beziehung muß ihre Grenze haben.

Ich schreibe dies in der höchsten Eile, um Ew. Excellenz Stoff für die Zusammenkunft mit Herrn v. Prokesch zu geben."

St. Petersburg, den 2. Januar 1851. Der Gesandte v. Rochow an den General v. Gerlach*) eigenhändig privat:

„Liebster Gerlach! Ihren Brief vom 23. v. Mts. u. Js. habe ich gestern erhalten und denselben mit lebhaftem Interesse gelesen; es freut mich, wiederholen zu können, daß wir in den meisten Punkten übereinstimmen, was mich sehr stolz macht, weil Sie mir weit überlegen sind. Der gestrige Feldjäger brachte mir die Instruktion für Alvensleben und ein Kabinetsschreiben des Königs an den Kaiser. Letzteres ist kalt höflich, und das Kabinet scheint pour rien dabei gewesen zu sein. Wir sind unfehlbar auf einem anderen und besseren Wege in der äußeren Politik, und gewiß ist, daß sich Oesterreich auf die freien Konferenzen eingelassen, doch nur erst, nachdem die Unionsverfassung zu Grabe gebracht und die Union selbst gewissermaßen aufgegeben war. Die Verfassung vom 28. Mai 1849 war, um milde zu sprechen, ein Irrthum, und die Union ist nicht lebensfähig. Wir haben diese Irrthümer abgelegt, und dies ist oft leichter, als einen Irrthum einzugestehen. Die russischen Noten nach Berlin sind gut gemeint und in dem Verhoffen geschrieben, daß der Ausdruck der Befriedigung, einen Freund wieder auf richtiger Bahn zu erblicken, Anerkennung aber keine Gereiztheit finden werde. Eine Belehrung wollte man von

*) Gerlach übersandte den Brief unterm 18. Januar an Manteuffel.

hier aus nicht ertheilen, sondern uns offen aussprechen, daß man den jetzt eingeschlagenen Weg für einen heilbringenden betrachte. Es ist in jedem Falle besser, die Polemik über die Vergangenheit fallen zu lassen, wenn ihr nur nicht die Zukunft gleicht. Dafür bürgen uns jedoch vor der Hand Männer, wie die Minister Manteuffel und Graf Alvensleben. Die Instruktionen, so Letzterer mit nach Dresden genommen, sind nur allgemeine Angaben und Wischi-Waschi. Wir wissen hier sehr wenig von dem, was in Dresden vorgeht, hoffen jedoch, daß Preußen und Oesterreich vereint bleiben werden. Es wird dies nicht ganz leicht sein, muß aber dennoch geschehen; der Eine giebt hier, der Andere dort nach, ohnedem findet kein Zusammenleben statt. Die Divergenzen in Cassel haben mir sehr mißfallen und fällt die Schuld auf Oesterreich. Es ist recht gut, daß der Fürst Schwarzenberg nach Berlin gehen wollte. Ich hoffe, daß man ihn gut aufgenommen hat. Wenn er uns nur klar, bestimmt, vernünftig und offen gefunden hat.

Den kleineren Königreichen braucht man nicht den Hof zu machen, aber man braucht dieselben auch nicht vor den Kopf zu stoßen. Ueberhaupt richtet man mit dem Brüskiren gar nichts aus. Der wahre Vornehme blickt mit Nachsicht und Freundlichkeit auf den minder Mächtigen und weniger Vornehmen, aber nicht mit Geringschätzung; je höflicher man ist, je eher kann man einen gewissen Abstand eintreten lassen; man darf nur denjenigen, der dazu verdonnert oder geboren ist, diese Verschiedenheit der Stellungen nicht hart empfinden lassen. Es hängt im Leben so gar viel von dem savoir faire, von den Manieren ab, und kommt es mehr auf das Können als auf das Wissen an. Ihr Urtheil über die neuen Herren Minister*) ist ja sehr günstig; ich freue mich aufrichtig und hoffe, daß beide den Herrn v. Manteuffel gut unterstützen werden. Heydt**) wird sich schon abstreifen lassen; Ladenberg***) war ein sehr fleißiger Beamter, aber auch nur Beamter.

Eine Zusammenkunft des Königs und Kaisers ist noch lange nicht an der Zeit. Der Graf Münster†) hat mir mitgetheilt, was

*) Raumer, Kultusminister; Westphalen, Minister des Innern.

**) v. der Heydt, Handelsminister im Ministerium Manteuffel.

***) Ladenberg, Minister der geistlichen Angelegenheiten, im Ministerium Brandenburg-Manteuffel, zeitweilig auch Ministerpräsident.

†) Vgl. Anmerk. auf S. 7.

er Ihnen darüber geschrieben; ich bin gleichfalls der Meinung, daß eine Entrevue der beiden Herren Schwäger vorerst eher schädlich als nützlich ist. Die Gründe, so der Graf Münster anführt, sind mit zu viel Schlagschatten aufgetragen. Ueberhaupt sind bei seinen Gemälden die Zeichnungen zwar immer ziemlich richtig, die Tinten aber zu grell. Das Leben bildet, und so wird der Pinsel des Grafen Münster auch weicher werden, ohne dem Charakter und dem Geiste Eintracht zu thun.

Auch eine Entrevue der beiden Monarchen von Preußen und Oesterreich ist noch allzu früh. Wir müssen zuvörderst noch eine Weile zusammen kutschirt haben, wie der alte Otterstedt sagen würde; unsere Politik muß durchaus eine Zeit lang eine feste Richtung nehmen, damit man nicht immer von der veränderlichen Politik Preußens spricht. In der Diplomatie kommt es nicht sowohl auf Feinheit und Schlauheit an, als auf feste und gute Grundsätze, auf Charakterstärke, Geschick, Leichtigkeit im Umgang, auf Loyalität und darauf, daß man kein Fragezeichen ist, sondern es so einzurichten versteht, daß Jedermann traut, daß sich indessen Niemand untersteht, Einem einen Zopf zu machen. Sie werden bald sehen, daß der Minister Manteuffel unserer Politik wieder Vertrauen verschaffen und in seinem Departement aufräumen wird, alle zuviel sprechenden Individuen über Bord werfend und nur solche Männer benutzend, welche dem König, dem Ministerium treu geblieben sind. Es war von jeher meine Meinung, daß es besser sei, zur Besetzung des auswärtigen Ministeriums einen Staatsmann zu wählen, der schon einem anderen Ministerio vorgestanden. Ueber ein vorzunehmendes Revirement in der preußischen Diplomatie unterfange ich mir kein Urtheil, wiewohl ich ein solches für nothwendig erachte. Ich kenne die jungen Herren nicht und weiß ebenso wenig, ob unter den dermaligen Civilbeamten ganz verläßliche, gewandte und taktvolle Männer zu finden wären? Das Ministerium selbst ist allerdings ganz außer Rand und Band, und es würde recht gut sein, wenn Herr v. Manteuffel dort ein Exempel statuirte. Man ist faul, plauderhaft, indiskret und unzuverlässig. Der dermalige Unterstaatssekretär*) ist ein erfahrener Mann, und ich kann Ihnen betheuern, daß schon jetzt in die Kommunikation ein ganz anderer Zug des

*) v. Le Coq, siehe die Anmerk. auf S. 6.

Anstandes und der Sittlichkeit gekommen ist. Man hat keinen Begriff, in welcher Weise die Geschäfte des auswärtigen Ministeriums seit drei Jahren geführt wurden!

Graf Münster hat Ihnen von dem Wunsche des Lord Bloomfield,*) nach Berlin versetzt zu werden, geschrieben. Der alte Westmoreland**) ist ein ehrlicher Kerl, aber nur durch Meyendorff von gutem Einfluß gewesen. Sollte er uns verlassen, so sind zwei Kandidaten für Berlin: a) Lord Cowley***) und b) Lord Bloomfield. Ich kenne Beide und habe mit Beiden fünf Jahre zusammen gelebt; Beide haben charmante Frauen, eine jede in ihrer Art eine Zierde der Gesellschaft. Cowley spricht deutsch, ist vehement nervös, impressionabel, kennt Deutschland, war anfänglich sehr für Gagern, ist aber doch zu praktisch, um alle die unitarischen Tollheiten zu billigen. Mein guter Lord Henry kann aber sehr grob und heftig werden, liebt überhaupt Geschäfte und geht dann sehr ins Feuer. Lord Bloomfield hat nicht die gleiche Energie, nicht den nämlichen Verstand, dafür aber sehr verbindliche, höfliche Formen, einen angenehmen, wohlwollenden Charakter und ist durchaus vermittelnden Sinnes. Wäre ich Minister, so würde ich unfehlbar Lord Bloomfield vorziehen. Letzterer hat mit allen Kollegen und den Behörden angenehme Verbindungen; Lord Cowley dagegen findet leicht Veranlassung, sich zu zanken. Der Erstere ist in seinen Geldverhältnissen sehr arrangirt und hält ein solides Haus, der Andere ist immer argent court und macht überall Schulden. Lady Cowley ist eine deliziöse Frau für die Welt."

Berlin, den 3. (?) Januar 1851. Manteuffel an den Grafen Alvensleben in Dresden eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz sage ich vertraulich, daß ich wohl nicht nach Dresden kommen werde, weil ich mir hier aus vielen Gründen ganz unentbehrlich vorkomme.

---

*) John Arthur Douglas Bloomfield, seit 1844 englischer Gesandter in St. Petersburg, 1851 bis 1860 in gleicher Eigenschaft in Berlin.

**) John Fane, Graf v. Westmoreland, von 1841 bis 1851 englischer Gesandter in Berlin, dann bis 1855 in Wien.

***) Henry Richard Charles, Graf v. Cowley, 1848 englischer Gesandter in der Schweiz und bald darauf nach Frankfurt a. M. versetzt, von 1852 bis 1867 Gesandter in Paris.

Sollten Sie mich indeß brauchen, so bitte mich durch Telegraphen zu rufen; ich komme dann auch, wenn die Kammern versammelt sind.

Fürst Schwarzenberg wünscht vor allen Dingen ein Bundes-Centralorgan zu Stande zu bringen, und der König sowohl als ich sind mit den Motiven des Wunsches ganz einverstanden, wenn auch nicht mit den vorgeschlagenen Modalitäten.

Hier lege ich den Vorschlag von Prokesch bei.

Fürst Schwarzenberg hat übrigens bei den mit mir gepflogenen Besprechungen anerkannt, daß kein innerer Grund obwalte, die Kleinen auszuschließen, wenn man nur eine Einrichtung treffe, daß die Sache dadurch nicht weitläufig und schleppend werde.

P. S. Ueber Rudloff*) bitte ich zu verfügen oder ihn mir zurückzusenden; eventl. wird er für die Presse zu benutzen sein und solche Mittheilungen entgegennehmen können, welche durch unsere Blätter verbreitet werden dürfen."

———

Charlottenburg, den 3. Januar 1851. General v. Gerlach theilt Manteuffel mit, er habe ein auf die Dresdner Verhandlungen bezügliches Schreiben dem Könige vorgetragen, und dieser habe dabei Folgendes zu bemerken geruht:

„Bei der Formation der Exekutive sind Se. M. der Meinung, daß man sich der kleineren Staaten nach Kräften gegen Oesterreich und die Königreiche annehmen muß, selbst wenn man endlich nachgeben müßte. Ich bemerke hierzu vertraulichst, daß der König bei den Dresdner Verhandlungen in der allernachgiebigsten, ich möchte sagen zu nachgiebigen Stimmung gegen Oesterreich ist, so daß Ew. Excellenz gewiß gut thun, hierin eine selbständige Stellung zu nehmen. Einmal interessiren diese Details Se. M. weniger, und dann haben Allerhöchstdieselben stets die Union in Reserve, obschon Sie mir noch heute erklärten, daß diese Reserve Preußen nicht abhalten dürfte, das Beste für Deutschland zu Stande zu bringen.

Was die hessische Sache betrifft, so ist der König sehr geneigt, auf den Gedanken des Fürsten Schwarzenberg einzugehen, in

*) Rudloff, preußischer Regierungsassessor, zeitweilig im auswärtigen Dienst verwendet.

nächster Zeit die Regierung des Landes mit Oesterreich zu übernehmen. Der König meinte, das sei doch ein Anfang, um den Kurfürsten los zu werden und zu zeigen, daß man bei solchen Veranlassungen Ernst machen würde. — Jedoch wollten Se. M. zunächst genaue Kenntniß von der Lage der Dinge in Cassel haben.

Ich wünsche nur, daß Ew. Excellenz Gesundheit nicht zu sehr durch die fortwährenden Anstrengungen leiden möge."

Berlin, den 4. Januar 1851. Manteuffel übersendet Gerlachs Mittheilungen mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Grafen Alvensleben in Dresden:

„Ich selber habe den König inzwischen noch nicht gesprochen, gedenke aber heute Abend nach Charlottenburg zu gehen und werde Ihnen demnächst Weiteres mittheilen.

Wie ich aus Dresden vernehme, haben die Bevollmächtigten der kleinen Staaten nun auch einen Protest gegen ihre Ausschließung von der Exekutive eingelegt. Nach meinem Erachten bleiben nur die beiden Alternativen, entweder reiner Dualismus oder Betheiligung Aller, und wenn man das Letztere wählt, ist es die Aufgabe, die Mitwirkung der non valeurs unschädlich zu machen. Sehr wünschenswerth und nothwendig aber ist es, daß nur etwas, sollte es auch ein Provisorium sein, zu Stande komme.

Soeben komme ich vom König, mit dem ich die eingangs gedachte Angelegenheit ausführlich besprochen habe. Er ist ganz unserer Ansicht, scheint aber auf die ganze Sache keinen rechten Werth zu legen, freilich immer im Hinblick auf eine im Hintergrunde stehende Union.*) Ich habe mich bemüht, dies unheilvolle Zwitterwesen in seiner Nichtigkeit und Schädlichkeit ihm darzustellen, jedoch, wie ich fürchte, mit wenig Erfolg.

Ich wünsche sehr, von Ihren Bestrebungen Kenntniß zu erhalten, und würde für eine Mittheilung über die Resultate zu Dank verpflichtet sein. Den anliegenden Brief**) bitte ich an Fürst Schwarzenberg zu geben event. nachzusenden; er betrifft die hessische Angelegenheit."

*) Vgl. oben S. 48.

**) Der Inhalt ist in den nachgelassenen Papieren Manteuffels nicht zu ermitteln.

St. Petersburg, den 4. Januar 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Der König hat an Se. M. den Kaiser unter dem 24. v. Mts. u. Js. geschrieben, und Se. M. der Kaiser theilten mir dies Handschreiben mit. Unser erhabener Monarch sagt unter Anderem darin, daß er in Bezug auf die Verfassung, weder dem Beispiele des Präsidenten der Republik, noch seines kaiserl. Herrn Neffen folgen, sondern seinen eigenen Weg gehen werde.

Darüber hat sich der Kaiser nach der ersten schnellen Durchsicht des Briefes gegen den Grafen Münster dahin ausgelassen, daß dies doch nur mit Gewalt geschehen könne, und Graf Münster trägt hierüber seine klugen Betrachtungen dem Könige vor. Der Kaiser hatte die Gnade, mich dieses Schreiben lesen zu lassen, und wir haben weitläufig über seinen Inhalt geredet. Der Kaiser würde es allerdings gern gesehen haben, wenn im November 1848 beim Einrücken des Generals v. Wrangel in Berlin die Revolution in der Wurzel unterdrückt worden wäre. Der Kaiser ist ferner der Ansicht, daß es noch andere Momente gegeben habe, wo man keine schlechte Konstitution hätte zu geben brauchen.

Er fühlt aber nach Allem, was ich ganz ruhig, ohne gereizt oder empfindlich zu sein, Sr. M. entwickelt, sehr wohl, daß für uns der Weg, welchen sich Ew. Excellenz vorgezeichnet haben, der zweckmäßigste sein mag. Er wird Geduld haben und uns nicht drängen, weil er Vertrauen zu Ihnen hat; verlassen Hochdieselben sich darauf!

Der Kaiser meint es gut und ehrlich mit uns, und deshalb soll man nicht gleich einen rothen, dicken Kopf bekommen, den Bauch aufblasen und die Schultern bewegen, wenn der Kaiser eine unbewachte Aeußerung macht. Ich habe nie angestanden, jede verletzende Bemerkung, jeden ungerechten Vorwurf zu beantworten, aber immer mit Ruhe und Anstand.

Lassen Ew. Excellenz sich daher durch Nichts, auch nicht durch Korrespondenzen von hier, irre machen über die wahren Absichten und Gesinnungen des Kaisers.

Im Verfolg des kaiserl. Schreibens spricht Se. M. der König auch den Wunsch aus, daß die Allerhöchsten Monarchen sich im jetzt beginnenden Jahre sehen möchten. Hierauf arbeiten Graf Nesselrode und ich behutsam hin, und ich zweifle kaum daran, daß im Monat Mai in Sanssouci eine Zusammenkunft des Königs



mit den beiden Kaisern stattfinden wird.*) Man muß aber hiermit sehr vorsichtig sein, und deshalb habe ich auch Graf Münster nichts davon gesagt.

Sobald dies einigermaßen feststeht, die Lage der Dinge in Europa nach den beiden wichtigen Ereignissen in Frankreich und England sich klarer übersehen läßt, so denke ich wohl wieder an meinen Urlaub und zähle um so zuversichtlicher auf Ew. Excellenz Zustimmung, da Hochdieselben nachgerade mein Pflichtgefühl kennen und überzeugt sein dürfen, daß ich meinen Posten zu ungelegener Zeit nicht verlassen werde. Aber möchten Sie nur einen Augenblick bedenken, welche harte Folter und Pein es ist, von den Seinigen, die man liebt, getrennt zu sein, zumal wenn man über Krankheit und immerwährende Leiden zu trauern hat. Eine solche Trennung kann eine menschliche Regierung von einem alten treuen Diener kaum verlangen.

Ich bin oft in der größten Verzweiflung."

Dresden, den 5. Januar 1851. Graf Alvensleben theilt Manteuffel mittelst eigenhändigen Privatschreibens mit, es sei nicht wohl zu begreifen, warum Fürst Schwarzenberg mit seinem Ausschließungsplane so schroff vorgegangen sei, da er an der Realisirung desselben nicht wohl glauben könne.

„Sollte er in der That die Rückkehr zum engeren Rathe dadurch bezwecken, so ist dies offenbar dem eigenen Interesse zuwider, und er tritt auch dadurch den Königen entgegen. Die Bevollmächtigten der Letzteren würden einem auf Nichtausschließung basirten Plane, natürlich jetzt mit eigner Bevollmächtigung, gern beitreten. Herr v. der Pfordten**) ist persönlich der preußischen Ansicht weit geneigter als der österreichischen, natürlich mit oder vornehmlich deshalb, weil Bayern dadurch einen Vorzug vor den anderen Königreichen erhält."

Berlin, den 7. Januar 1851. Manteuffel theilt mittelst Privatschreibens dem Grafen Alvensleben in Dresden

*) Am 18. Mai 1851 fand eine Begegnung des Königs von Preußen mit dem Kaiser Nikolaus in Warschau statt.

**) Dr. v. der Pfordten, bayerischer Minister des königl. Hauses und des Aeußeren.

mit, er habe dessen Schreiben vom 6. Januar*) erst heute abend und leider, nachdem Herr v. Prokesch ihm schon mittags 2 Uhr die bewußte Depesche vorgelesen und besprochen hatte, erhalten.

„Letztere ist, wie Ew. Excellenz nicht entgangen sein wird, in einem vorwurfsvollen und gereizten Tone abgefaßt. Ich habe mich bemüht, die Grundlosigkeit der geführten Klagen durch die Versicherung darzuthun, daß wir ja mehrere Vorschläge gemacht hätten, und daß das Bestreben, sich zu einigen, um deshalb nicht geleugnet werden könne, weil man nicht unbedingt auf die Diktate der anderen, ein verschiedenes Prinzip verfolgenden Partei eingehen wolle. Ew. Excellenz bitte ich in diesem Sinne auch mit Fürst Schwarzenberg zu sprechen, ihm fortwährend unsere Geneigtheit, uns zu accommodiren, zu erkennen zu geben und ihm zu sagen, meine letzte Reise nach Dresden, über deren Erfolglosigkeit er sich beklagt, habe wesentlich den Zweck gehabt, meinen guten Willen zu bethätigen, und mein Aufenthalt sei nur deshalb so kurz gewesen, weil ich mich überzeugt hätte, daß längeres Verweilen nutzlos gewesen wäre; übrigens sei ich fortwährend jeden Augenblick bereit, nach Dresden zu kommen, wenn von meiner Anwesenheit ein Erfolg abzusehen sei.

In der Sache selbst habe ich soeben Sr. M. Vortrag gehalten; Höchstdieselben meinten, daß in der Zulassung aller Staaten doch ein Nachgeben Oesterreichs zu erkennen sei, daß zwar die Richtigkeit der von Ew. Excellenz angeregten Bedenken evident sei, daß aber doch, sofern von Baden selbst nicht entschiedener Protest erhoben würde, wegen dieser Sache ein förmlicher Bruch im allerschlimmsten Falle nicht herbeizuführen sei, zumal wenn es gelänge, nach den in der heutigen amtlichen Depesche Ew. Excellenz ertheilten Andeutungen noch eine qualitative Verschiedenheit rücksichtlich der Betheiligung an der Exekutive zu erzielen. Hierzu würden voraussichtlich alle Staaten bereit sein, wenn man nur die Bereitschaft gewisser Truppenmassen in den Vordergrund stelle. Zu versuchen würde noch sein, ob man nicht eine Stimmenvertheilung in der Art ermöglichen könnte, daß Bayern sich wie die übrigen Königreiche mit einer Stimme begnüge, dagegen Baden mit den beiden Hessen eine erhalte und Luxemburg und Holstein mit den übrigen Staaten sich in zwei Stimmen theilte. Es ließe sich dafür an-

*) Dasselbe findet sich gleichfalls nicht in dem Manteuffelschen Nachlasse; vermuthlich handelt es sich um eine amtliche Berichterstattung Alvenslebens.



führen, daß, wenn das Prinzip, jedes der Königreiche mit einer Stimme zu bedenken, zu Gunsten Württembergs angenommen werde, es auch zu Ungunsten Bayerns gelten müsse. Se. M. meinten, man könne ja Baden überlassen, seine Rechte selbst wahrzunehmen, und ihm bei der Berathung in pleno nur die preußische Assistenz versprechen; ich habe aber darauf entgegnet, daß dadurch gerade die Absicht, einen von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich ausgehenden Vorschlag zu machen, vereitelt werde.

Ew. Excellenz sagen in Ihrem Schreiben nicht, wie man überhaupt seitens der kleinen Staaten und namentlich seitens Badens über diese Vorschläge denkt und sich ausspricht. Es wäre von Interesse, dies zu erfahren.

Sobald Ew. Excellenz meine Anwesenheit dort irgend für nöthig oder nützlich halten, bitte ich mich durch den Telegraphen zu benachrichtigen und meiner möglichst baldigen Ankunft gewiß zu sein; wie aber jetzt die Sachen liegen, sehe ich von meiner Ankunft in der That keinen Gewinn, sondern glaube, daß mein Kommen nur die österreichischen Ansprüche steigern würde."

Dresden, den 7. Januar 1851. Fürst Schwarzenberg theilt Manteuffel in einem eigenhändigen und vertraulichen Privatschreiben mit, er habe ein Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten vom 4. Januar mit vielem Dank erhalten und er beeile sich, auf die darin berührten Punkte Folgendes zu erwidern:

„Nach den bereits getroffenen Einleitungen hoffe ich in kürzester Frist aus Cassel die Mittheilungen zu erhalten, wodurch unsere Regierungen eingeladen werden sollen, die Zustände in Kurhessen in ernsteste Erwägung zu ziehen und mit der kurfürstlichen Regierung diejenigen Maßregeln zu verabreden und auszuführen, welche geeignet wären, für jetzt und die Zukunft die Autorität des Landesherrn und die gesetzliche Ordnung sicherzustellen.

Dieser Antrag schien mir der kürzeste und beste, um Deutschland vor den Gefahren zu bewahren, die uns von jener Seite her noch arg bedrohen. Die gewissenhaften, verfassungstreuen Beamten warten nur auf das Ende der Exekution, um das unterbrochene Spiel wieder aufzunehmen.

Da man die Revolution in der Blouse, die Knüttel und Flinten führte, in den Straßen niedergeschlagen hat, so versucht sie es jetzt in Kurhessen, im schwarzen Frack mit der Feder hinter dem Ohr in Amts- und Gerichtsstuben ihr zerstörendes Werk fortzusetzen.

Inwieweit ein Souverän verpflichtet ist, eine offenbar gemeinschädliche, in ihrer Ausführung unmögliche Verfassung aufrecht zu erhalten, weiß ich nicht — davon bin ich aber überzeugt, daß es Pflicht unserer beiden Regierungen ist, Deutschland vor dem Unheil zu bewahren, das aus einem erneuten Kampfe zwischen der kurhessischen Regierung und ihren Ständen und Beamten hervorgehen müßte.

Eine Bemerkung gestatten mir Ew. Excellenz hier einzufügen, die ich im engsten Vertrauen Hochdenselben zur besonderen Beachtung anzuempfehlen mir erlaube.

Unser gemeinschaftliches Wirken wird erfolglos bleiben, so lange in Kurhessen nicht der thatsächliche Beweis hergestellt wird, daß die sogenannte konstitutionelle Partei, recte das revolutionäre, renitente Beamtenvolk und die mit Schmach und ewiger Schande bedeckten Offiziere, bei Preußen weder Sympathie noch Schutz zu finden haben. Die Ernennung eines Kommissärs, der sich nicht als den nothwendigen Vermittler zwischen den schlechtesten Subjekten und der Regierung betrachtet, den ein falsch verstandener Partikularpatriotismus nicht irreleitet, und der den Ovationen der Fortschrittsmänner widersteht, wäre meiner bescheidenen Ansicht nach eine wesentliche Bedingung des Gelingens.

Hier kommen wir sehr langsam und eigentlich in der Hauptsache gar nicht von der Stelle. Durch den Schutz, den Preußen in einer Beziehung den Kleinen und Kleinsten angedeihen läßt, sind ihre Ansprüche in das Unpraktische gestiegen. Diejenigen, die des Handelns unfähig sind, wollen nun überall und in Allem berathen und mitbeschließen, was, soviel ich davon verstehe, eine kräftige Exekution unmöglich macht. Ein Kollegium von acht bis neun Mitgliedern,*) von denen mehr als die Hälfte halbe und Curialstimmen führen soll, kann sich da, wo es sich um dringende Beschlüsse, um rasche und energische Aktion handelt, nicht als brauchbar erweisen und wird in der Praxis vor dem engeren

*) Näheres über das Projekt in der Broschüre „Die Dresdener Konferenzen", Berlin 1851, S. 23 ff.



Rathe der Siebzehn nichts voraus haben; an der Lahmheit und organischen Schwäche der Siebzehn, an ihrer Unfähigkeit, gefaßte Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, ist aber der Bund gescheitert und Deutschland in Anarchie und die größten Gefahren gerathen. Ich versuche die Kompetenz des Plenums, das eine ständige Versammlung werden soll, soviel als thunlich zu erweitern, um den Staaten dritten und vierten Ranges die Gelegenheit zu geben, sich geltend zu machen und ihre wirklichen Rechte zu sichern; was sie aber in der Exekution zu thun haben, wie man sie in einer Behörde verwenden kann, deren Aufgabe stete Bereitschaft und mithin zum raschen Handeln fähige militärische Entwickelung ist, kann ich mir nicht klar machen. Dem Auslande gegenüber scheint mir eine Organisation der obersten Bundesbehörde, welche Deutschland um Nichts kräftiger und achtunggebietender hinstellt, als es seit dreißig Jahren war, ein großer, unverantwortlicher politischer Fehler. Mit einem versuchsweisen Provisorium könnte ich mich nicht einverstanden erklären, da das Gute und Nothwendige gerade jetzt erreicht werden kann. Eine kräftige Exekutive nach innen und eine würdige Vertretung nach außen sind es, was Deutschland noth thut und was ihm früher oder später gegeben werden muß; eine allmähliche oder ruckweise Annäherung an dieses Ziel bietet keinerlei Vortheil für die Gesammtheit und keinen Trost für die Einzelnen — man verführe hierbei wie der Mann, der, um dem vierfüßigen Liebling den Schmerz einer größeren Operation zu mindern, seinem Hunde die Ohren auf dreimal abschnitt.

Die in London begangene Indiskretion*) bedaure ich in jeder Hinsicht, und ganz besonders, da sie Ew. Excellenz in dem gegenwärtigen Momente als eine Störung bezeichnen. Ich habe die Publikation übrigens noch in keiner Zeitung gelesen, weiß daher auch nicht, ob die Uebersetzung mit dem Texte übereinstimmt.

Das gemeinsame Vorgehen Oesterreichs und Preußens gegen den unversöhnlichen Feind aller Regierungen in Kurhessen und Holstein wird hoffentlich hinreichen, um Europa zu beweisen, daß die Zeit der divergirenden Worte und der bitteren Worte zum Heile Deutschlands vorüber ist.

Vergeben Ew. Excellenz diesen langen und, weil eigenhändig, sehr schlecht geschriebenen Brief, ich habe aber die Gelegenheit nicht

*) Vermuthlich verursacht durch die Veröffentlichung eines diplomatischen Aktenstückes.

vorübergehen lassen wollen, mein Herz über den Gang und die, meiner innigsten Ueberzeugung nach, schiefe Richtung unserer Konferenzen ohne Rücksicht auszuschütten.

Möchten sich Hochdieselben bewogen finden, Graf Alvensleben bald die Weisungen zukommen zu lassen, welche uns in der Hauptsache in kürzester Frist zum erwünschten Ziele führen würden."*)

Charlottenburg, den 11. Januar 1851. General v. Gerlach übersendet Manteuffel wiederum eine nicht näher bezeichnete, auf die Dresdner Verhandlungen Bezug habende Piece, nachdem er dieselbe dem Könige vorgelegt, zurück.

„Se. M. wollte Sie gleich sprechen, aber Ew. Excellenz waren bereits fort.**) Hierauf befahlen Se. M. mir, Ew. Excellenz zu ersuchen, in folgender Art dem Grafen v. Alvensleben zu antworten:

Der Fürst Schwarzenberg habe Sr. M. die Erklärung entgegengetragen, daß, wenn Preußen und Oesterreich in völliger Einigkeit in Dresden aufträten, es gar keine Bedenken haben würde, daß ein gemeinsamer Vorschlag, wonach die beiden Großmächte vier Stimmen, die anderen aber drei Stimmen, Oesterreich und Preußen also im Falle der Einigkeit die absolute Majorität erhielten, in der Dresdner Konferenz leicht durchgebracht werden könnte. Die einzige Differenz mit dem Fürsten habe darin bestanden, daß die drei Stimmen nicht bloß unter den Königen und Großherzögen, sondern unter allen Bundesfürsten vertheilt werden sollten, was Se. M. ausdrücklich verlangt hätte.

Wenn der Fürst sich von dieser seiner eigenen Idee hätte abbringen lassen aus Rücksicht auf die Könige, so wäre der Vorschlag mit den neun Stimmen dem mit den sieben entschieden vor-

*) Schwarzenberg erwähnt vorstehenden Brief in einem am 7. Januar aus Dresden an den österreichischen Gesandten Prokesch in Berlin gerichteten Schreiben. Prokesch, a. a. O., S. 198.

**) Manteuffel war am 10. Januar nach Dresden zurückgekehrt und einigte sich dort mit Schwarzenberg über die Bildung der Exekutive, welche aus neun Delegirten mit elf Stimmen bestehen sollte. Für die Parität im Bundespräsidium, welche er neuerdings verlangte, konnte er keine Zusage erlangen. Schwarzenberg kehrte nach Wien zurück und überließ die Vertretung Oesterreichs dem bisherigen Gesandten in Petersburg, Grafen Buol-Schauenstein.



zuziehen, indem bei dem ersteren die kleinen, jetzt noch mit Preußen verbündeten Fürsten eine größere Bedeutung erhalten würden.

Se. M. wünscht aber jedenfalls, wenn Sie hierbei ein Bedenken finden sollten, Ew. Excellenz heute nachmittag zu sprechen, und bemerke ich noch, daß der Schluß des Berichts des Grafen Alvensleben die Möglichkeit einer Differenz zwischen den Ansichten des Fürsten Schwarzenberg und des Grafen Buol zuläßt."*)

St. Petersburg, den 13. Januar 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz geneigen aus meiner amtlichen Korrespondenz zu entnehmen, daß wir hier ganz arm an politischen Nachrichten sind. Politische Betrachtungen zu schreiben, zufällige Aeußerungen des Kaisers zu referiren, die man tausendmal gehört hat, scheint überflüssig; es genügt, Hochdenselben die Versicherung zu geben, daß der Kaiser und sein Kabinet volles Vertrauen zu Ew. Excellenz haben und es zu würdigen wissen, daß Sie uns auf ein gutes Fahrwasser gebracht. Der Graf Nesselrode, entschieden mehr wie der Kaiser, sieht, wenn auch einer langsamen, doch immer einer haltbaren Lösung der deutschen Angelegenheiten entgegen. Ich erlaubte mir in ganz neuester Zeit dem Kaiser zu bemerken, daß Oesterreich und Rußland sehr hart gegen Preußen verfahren; wenn es auch wirklich der Fall gewesen, daß Preußen hin und wieder nicht vollkommen im Rechte gewesen, so hätte man darum Preußen nicht so zu drängen brauchen; Preußen und Oesterreich würden sich doch schon wieder gefunden haben, allein ich zweifelte, ob Oesterreich immer so treu für Rußland sein werde, wie Preußen stets für Rußland gehandelt. Welche Triebfedern bei dem Kaiser vorwalten und nun in den Vordergrund treten werden, behalte ich mir vor, Ew. Excellenz mündlich vorzutragen.

* Auf diesen Brief finden sich von der Hand Manteuffels folgende Bemerkungen mit Bleistift: „Schwarzenbergs Vorschlag nach Sr. M. Ausspruch. Oesterreich 2 Stimmen, Preußen 2 Stimmen, Bayern 1 Stimme, Königreiche 1 Stimme, Großherzöge 1 Stimme. Der König wollte, daß die Stimme der Großherzöge nicht von diesen allein, sondern von allen deutschen Fürsten gebildet würde. — Hierüber Differenz. -- Giebt Schwarzenberg hierin nach, oder hat er seine Ansicht dahin geändert, daß der obige Vorschlag nicht in Dresden durchzusetzen sei, so hat der König nichts gegen die beantragte 9-Stimmen-Zusammensetzung einzureden."

Der Baron Budberg*) und Graf Benckendorff**) sind ehrenwerthe und zuverlässige Männer, die in dem besten Sinne hierher schreiben und denen es eine Freude ist, die dortigen Verhältnisse in einem richtigen Lichte zu schildern und die hohen Verdienste von Ew. Excellenz hervorzuheben. Es war meine Absicht, gleich nach dem russischen Neujahr abzureisen. Nun ist aber die Kaiserin seit 10 Tagen an der Grippe erkrankt. Sie hat mir sagen lassen, es werde ihr ein Stein vom Herzen sein, wollte ich J. M. versprechen, so lange meinen Aufenthalt zu verlängern, bis Allerhöchstdieselbe noch gesehen haben werde. Unter diesen Umständen dürfte ich St. Petersburg nicht vor Ende der laufenden Woche verlassen. Der schlechten Wege halber werde ich die Straße über Warschau einschlagen, um gleichzeitig den Feldmarschall***) noch wegen der Tarifverhältnisse zu sprechen.

Das Exportgeschäft war in diesem Jahre ziemlich umfangreich, weniger vortheilhaft das Importgeschäft, weil die fremden Waaren wenig Abnehmer finden. Die preußische Schifffahrt hierher hat sich im abgelaufenen Jahre vermehrt. Der neue Zolltarif ist in Riga, Moskau u. s. w. höchst unpopulär, und viele Städte haben dagegen protestirt. Der Kaiser hat sich daran nicht gekehrt. Sind unsere Wünsche auch lange nicht berücksichtigt und ist unserm Interesse auch wenig genügt, so steht doch fest, daß Rußland zu einem vernünftigen System übergegangen ist, aus dem es mit der Zeit doch auch etwas Nutzen ziehen könnte."

Berlin, den 18. Januar 1851. Manteuffel theilt mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Grafen Alvensleben in Dresden mit, er wolle demselben eine heute an diesen gerichtete Depesche†) nicht zugehen lassen, ohne zwei Worte von seiner Hand hinzuzufügen.

„Der König ist mit dem Gange der dortigen Verhandlungen sehr zufrieden, desto weniger aber der Prinz von Preußen;††)

*) Vgl. Anmerk. auf S. 13.

**) Konstantin Graf v. Benckendorff, russischer General und Diplomat, damals russischer Militär-Bevollmächtigter in Berlin.

***) Graf Paskewitsch, General-Feldmarschall, Präsident der Angelegenheiten des Königreichs Polen.

†) Der Wortlaut dieses amtlichen Aktenstücks ist nicht bekannt geworden.

††) Aus dem Nachlasse des Gesandten Bunsen in London veröffentlichte die „Deutsche Revue" im September 1897 einen an diesen unterm 23. Dezember



er spricht laut von einem skandalösen Stimmenverhältnisse, welches dort stipulirt sei, Bodelschwingh*) deklamirt von der Schmach Preußens, und selbst Stahl**) mahnt, daß man dem preußischen Volke irgend Resultate, welche die Eitelkeit befriedigen, bald zeigen müsse. Es wäre daher wohl sehr wichtig, wenn es gelänge, bald rücksichtlich der Präsidialfrage zu einer günstigen Lösung zu gelangen. Ich verkenne indeß die Schwierigkeit nicht und bin weit entfernt, zu drängen, zumal ich mir selbst sage, daß man dadurch vielleicht mehr verlieren als gewinnen könnte.

Sollten Ew. Excellenz irgend Wünsche in Beziehung auf Ihre dortige Stellung, namentlich wegen Absendung noch anderweiter Arbeitshülfe, haben, so bitte ich sehr, mich davon zu unterrichten. Soviel ich weiß, ist das österreichische Personal viel stärker als das unsere, und Graf Flemming***) ist wohl nicht besonders rührig. Ew. Excellenz sagten mir früher einmal, es wäre vielleicht zweckmäßig, einen militärischen Galopin zu haben; sollte dies noch Ihre Ansicht sein, so bitte ich, mir nur ungefähr die Kategorie, aus welcher Sie ihn zu haben wünschen, zu bezeichnen, ob er für den Salon, den Tanzsaal oder den Schreibtisch geeignet sein soll, und ich werde mich beeilen, die Absendung zu veranlassen.

Nächstens wird, wie ich höre, Herr v. Nell†) aus Wien nach Dresden kommen. Vielleicht wird er die Flottenangelegenheit††) zu behandeln haben. Diese ist sehr trostlos; für enorme Kosten,

1850) gerichteten Brief, in welchem der Prinz von Preußen den um jene Zeit stattgefundenen Wechsel der preußischen Politik in der deutschen Frage zwar beklagte, aber doch auch anerkannte, daß Preußen durch die Abmachungen von Olmütz Dinge gewährt worden seien, welche man Preußen bisher verweigert hatte. So trauerte denn der Prinz mit der öffentlichen Meinung eigentlich nur noch über die „Inkonsequenz in Hessen", d. h. die Auslieferung der verfassungstreuen Opposition an das gewaltthätige Regiment des Kurfürsten. Der Prinz nannte diesen Rückzug einen Schlag ins Gesicht der Armee, die mit bewunderungswürdiger Begeisterung unter die Waffen getreten war, um die verfassungstreue hessische Opposition, zu der auch ein erheblicher Bruchtheil des Offizierkorps gehörte, gegen jede Vergewaltigung zu schützen. Ueber die momentane Stimmung des Prinzen vgl. auch Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 584

* Der preußische Minister der Finanzen.

** Stahl, der Führer der Konservativen.

*** Graf Albert Flemming, der spätere, im Jahr 1884 gestorbene langjährige preußische Gesandte in Karlsruhe.

† Frhr. v. Nell, österreichischer Hofrath, später Mitglied der Bundeskassen-Abtheilung in Frankfurt a. M.

†† Vgl. hierüber die Schrift: „Die Dresdener Konferenzen", S. 49 f.

welche wir bisher zum größeren Theil getragen haben, leistet sie nichts, und meiner Ansicht nach wäre es am besten, sich ganz davon loszumachen. Das wird aber in der öffentlichen Meinung und für eine hohe Stelle Schwierigkeit finden. Oesterreich hat immer auf seine Mittelmeerflotte hingewiesen. Vielleicht könnte man zwei Flotten-Inspektionen machen, von denen eine unter österreichischer, die andere unter preußischer Führung stände, wobei immer nicht ausgeschlossen wäre, daß man unsererseits sich auf ein Minimum des Bedarfs beschränkte, überflüssige Schiffe verkaufte und die fernere Entwickelung der Zukunft vorbehielte.

Wenn Ew. Excellenz einen Techniker für diese Dinge brauchen, so bitte ich mich zu avertiren. Wann wird wohl die Frage bezüglich der Exekutive in das Plenum kommen?

Heute haben wir hier das Ordensfest gehabt, welches more solito mit der Zugabe der neuen Kapelle verlaufen ist."

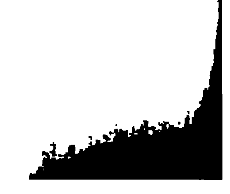
Als Manteuffel Ende 1850 die Leitung des preußischen auswärtigen Ministeriums übernahm, war er naturgemäß bestrebt, die Anhänger der Radowitzschen Unionspolitik in der preußischen Diplomatie außer Einfluß zu setzen. Ebenso nahe lag aber das Bestreben, jene diplomatischen Agenten sich zu erhalten, von denen er ein Eingehen an das nur auf den Warschauer und Olmützer Konferenzen beruhende, seinen Stempel tragende System erwarten durfte. Zu diesen letzteren Gesandten gehörte auch der langjährige Inhaber des Münchener Postens v. Bockelberg.*)

Manteuffel konnte demselben aus voller Ueberzeugung hinsichtlich seiner Münchener Wirksamkeit die wohlwollendsten und beruhigendsten Versicherungen ertheilen.

München, den 19. Januar 1851. v. Bockelberg an Manteuffel eigenhändig privat:

„Daß in neuester Zeit unsere Politik, auch ohne sich von der nächsten Vergangenheit ganz lossagen zu wollen, in eine neue Bahn eingetreten, konnte ich mir so wenig verhehlen, als ich andererseits in dieser Aenderung, wie ich sie verstand, keinen Grund zu erkennen vermochte oder vermag, der mich hindern könnte, nach dem Standpunkte meiner Ueberzeugungen auch ferner offen

*) Derselbe starb am 28. Dezember 1857.



redlich und mit gewohntem Eifer auf dem mir angewiesenen Posten meinen dienstlichen Obliegenheiten nachzukommen.

Ich halte es für einen der Fundamentalgrundsätze in der Politik, zwischen dem absolut Besten, daher an sich Wünschenswerthesten, und dem Möglichen, praktisch Erreichbaren streng zu unterscheiden, und glaube, daß es die Aufgabe des eigentlichen Staatsmannes ist, nur das Letztere erstreben, als das wirkliche Ziel seiner Aufgabe betrachten zu wollen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß für die europäischen Verhältnisse das monarchische Prinzip der Grund- und Eckstein jeder staatlichen Ordnung und der einzige Hort der bürgerlichen Gesellschaft gegen Anarchie und die destruktiven Tendenzen der modernen Utopien ist, glaube ich doch, daß nach dem Entwickelungsgange der Dinge in Deutschland, ohne für die Vollkommenheiten und Beglückungsfähigkeit des Konstitutionalismus irgend zu schwärmen, für Preußen die konstitutionelle Monarchie mit einer starken Regierung in den bestehenden Zuständen eine Unvermeidlichkeit und die dermalen geeignetste Staatsform ist, und daß, nachdem die Verfassung vom 31. Januar 1850 auf Befehl Sr. M. des Königs hat beschworen werden müssen, die Verbesserungen, welche dieselbe ebenso sehr im Interesse des monarchischen Prinzips als der eigenen Wohlfahrt des Landes bedürfen kann, in dem in der Verfassung vorgesehenen legalen Wege erstrebt werden müssen, indem jede Regierung, so lange das oberste Prinzip ihrer Erhaltung nicht bedroht ist, nach meiner Ueberzeugung in ihren Maßnahmen mit dem Beispiel der Heilighaltung der Gesetze vorleuchten muß.

Ich habe stets die Revolution, in welcher Form sie auch auftrat, als den gefährlichsten Verbündeten einer Regierung erachtet, und stets aufs Entschiedenste hierselbst den Verdacht zurückgewiesen, als könne die königl. Regierung gemeint sein, die Revolution zu Hülfe zu rufen, um ihre Pläne für Deutschland durchzusetzen. Ich habe mir daher auch, nachdem Ew. Excellenz in der Rede vom 8. Januar*) feierlichst verkündet, daß die königl. Regierung mit der Revolution gebrochen, angelegen sein lassen, diese Aeußerung mit Hinweisung auf die allkundigen Fälle, wo die königl. Regierung seit dem November 1848, fast allein unter allen deutschen Regierungen die Revolution hinter den Barrikaden wie auf der Tribüne und

*) Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 383 f. Berlin 1900 E. S. Mittler & Sohn.

im offenen Felde bekämpfte und bezwang, nur als eine feierliche Bestätigung und eine Bürgschaft für eine Politik zu erklären, welche die königl. Regierung keinen Augenblick zu verleugnen gesonnen gewesen sei. Auch ich will ein großes, mächtiges, nach außen wie innen geehrtes und geachtetes Preußen und würde, wo es die Wahrung von dessen Ehre und unantastbaren Rechten gilt, im Vertrauen auf die Begeisterung der Nation und den altpreußischen Geist im Volk, wenn es keinen anderen ehrenvollen Ausweg giebt, selbst vor der Gefahr eines ungleichen Kampfes nicht zurückschrecken. Demungeachtet erachte ich die Erhaltung des Friedens für ein Glück, nicht nur für Preußen, sondern für Europa, denn in erster Beziehung halte ich den Rechten von Preußen nichts vergeben, und in letzterer Beziehung die Ehre des preußischen Namens nicht für angetastet. Auch in Hinsicht auf die Rekonstituirung von Deutschland darf nach meiner Ansicht nur das Erreichbare, praktisch Mögliche erstrebt werden wollen, und nachdem die günstigen Augenblicke vorübergegangen sind, vielleicht Größeres erlangen zu können, halte ich schon seit geraumer Zeit nur noch eine wirkliche Gleichberechtigung mit Oesterreich in der Theilnahme an der Lenkung der Geschicke von Deutschland für das Erreichbare und erblicke in einem Zusammenwirken und sich gegenseitig Respektiren von Preußen und Oesterreich die Bedingung der Größe und Stärke von Deutschland und seiner Unabhängigkeit von fremdem Einfluß. Schon seit dem Sommer 1849 hatte ich die Hoffnung aufgeben zu müssen geglaubt, etwas Dauerhaftes, mehr als Transitorisches, alle Wünsche und Bedürfnisse Befriedigendes zu Stande kommen zu sehen, und die Aufgabe von Preußen darin gesucht, daß der nun zu schaffende Zustand dessen Zukunft nichts vergebe.

Wenn ich Ew. Excellenz zumuthen könnte, einen Blick auf die Berichte zu werfen, welche ich seit Jahren von hier erstattet habe, würden Hochdieselben sich selbst überzeugen wollen, wie sehr ich mir angelegen sein ließ, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, in unserer Politik nicht mehr erstreben zu wollen, als was sich als erreichbar darstelle, nach dem alten Sprüchworte: »Le mieux est l'ennemi du bien.« Ich habe mir nie verhehlt, daß der Durchführung der Unionsverfassung Schwierigkeiten entgegenständen, deren Ueberwindung in den eintretenden Verhältnissen kaum mehr zu hoffen war, und, was ich vermochte, gethan, um gegen die Gefahr



zu warnen, bei den Berechnungen unserer Politik die Widerstandskraft von Bayern zu unterschätzen. Ich habe die Schwierigkeiten und Stimmungen nie verschwiegen, welche hier zu bekämpfen waren, und als Herr v. der Pfordten im Sommer 1849 nach Berlin reiste, um über den Anschluß an das Maibündniß zu unterhandeln, nicht ermangelt, gegen den damaligen Herrn Ministerpräsidenten in einem besonderen Schreiben die Ueberzeugung auszusprechen, daß, wenn die persönliche Anwesenheit des Herrn v. der Pfordten in Berlin nicht eine Verständigung mit Bayern herbeizuführen vermöge, jede Aussicht dazu für lange verschwunden erachtet werden müsse. Ich war immer der Ansicht, daß, so nöthig es ist, den bayerischen Ueberhebungsgelüsten entgegenzutreten, es doch, wo es ohne Schaden geschehen kann, mehr Nutzen bringt, die bayerische Eitelkeit zu schonen als dieselbe zu verletzen, und habe seit dem Absagebrief, welchen Bayern durch seine Erklärung vom 8. September 1849 schrieb, nicht aufgehört, darauf aufmerksam zu machen, daß die Zustimmung der bayerischen Regierung zu dem Verfassungsentwurfe vom 26. Mai nicht anders als um den Preis eines Krieges zu erlangen sein dürfte. Ich habe die Ehre gehabt, wiederholentlich hervorzuheben, daß, da mir die militärische Behauptung von Baden aus strategischen Gründen unhaltbar deuchte, wie es die Erfahrung seitdem bestätigt, in dem Anerbieten der Räumung dieses Großherzogthums ein unschätzbares Negotiationsmittel geboten erschiene, um Bayerns Zustimmung zur Begründung der Union innerhalb der Grenzen von Norddeutschland zu gewinnen, und bin noch heute der Meinung, daß zur rechten Zeit um diesen Preis selbst dessen thätige Mitwirkung für ein solches Ziel zu erlangen gewesen sein würde. Ich war stets bemüht, über die Absichten der bayerischen Regierung und ihren planmäßigen Widerstand gegen die Bestrebungen der preußischen Politik die königl. Regierung nicht im Zweifel zu lassen, und hoffe, daß meine Berichte über meine Unterredungen mit dem Minister v. der Pfordten Zeugniß dafür ablegen, daß, wenn es mir nicht gelungen ist, denselben in andere Bahnen umzulenken, ich es dazu an Bemühungen wenigstens nicht habe fehlen lassen und der Grund davon über die Grenzen meiner Wirksamkeit hinausreicht.

Die Ursachen der unvollkommenen Erfolge der preußischen Politik in den letzten Jahren habe ich auf dem Standpunkte meiner Erfahrungen großentheils in einem mangelnden klaren Selbst-

bewußtsein über das zu erstrebende Ziel und von konsequenter und entschiedener Durchführung der zu dessen Erreichung erforderlichen Mittel suchen zu müssen geglaubt, und die Stärke der österreichischen Politik schon seit der Zeit, wo ich dieselbe während eines vieljährigen Aufenthalts in Wien an deren Quelle zu beobachten Gelegenheit hatte, eben vorzugsweise in der unerschütterlichen Konsequenz erblickt, womit sie das, was sie einmal als Ziel erkannt, unter allen Verhältnissen und aus Kräften verfolgt.

Daß unsere bisherige Politik hinfort in eine festere Bahn gewiesen wird, dafür bürgt mir die Entschiedenheit und Thatkraft des hohen Staatsmannes, dessen Händen das Vertrauen des Königs die Leitung der Geschicke des Vaterlandes anvertraut hat."

Berlin, den 20. Januar 1851. Manteuffel theilt mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Grafen Alvensleben in Dresden mit, daß er infolge dessen Schreibens vom 18. d. Mts. sich sogleich an den Handelsminister v. der Heydt mit der Bitte gewandt habe, die Absendung eines Sachverständigen für die Handels- und Zollsachen nach Dresden zu beeilen.

„Ich denke also, daß Herr Delbrück noch vor Ablauf dieses Monats in Dresden sein wird. Die verspätete Sendung beruht übrigens auf dem Einverständnisse des österreichischen Kommissars, welcher seinerseits versicherte, zur Zeit in Wien ebenfalls unabkömmlich zu sein. Sollte Ew. Excellenz indeß wünschen, noch vorher einen diesseitigen Techniker dort zu haben, so bitte ich, mir darüber nur zwei Worte zu schreiben, um die Absendung einer anderen Person sofort zu veranlassen.

Gothaischerseits wird mit diesseitigem Einverständniß der preußische Geh. Finanzrath Wendt*) entsandt werden, welcher bei Ew. Excellenz sich zu melden angewiesen ist und einstweilen auch als preußischer Sachverständiger gelten mag, wiewohl er sich immer ohne Präjudiz für den definitiven diesseitigen Kommissar zu äußern haben wird.

P. S. Die Antwort auf Ew. Excellenz übrige Anfragen wird demnächst erfolgen. Was die hannoversche Erklärung der Unfähigkeit zur Erfüllung der Exekutivforderungen betrifft, so meinten

*) Wendt war General-Inspektor des Thüringischen Zollvereins.



Se. M., daß man sie benutzen müsse, um Oesterreich die Nothwendigkeit einer, wenn auch nicht rechtlichen, so doch faktischen Initiative der beiden Großmächte nach und nach klar zu machen."

St. Petersburg, den 22. Januar 1851. Der preußische Militärbevollmächtigte Graf Münster an Manteuffel eigenhändig privat:

„Eben habe ich den Kaiser zufällig gesprochen. Er sagte mir, daß er nichts Neues habe als wenig gute Nachrichten aus Hamburg, daß Reventlow*) nämlich erklärt habe, die von Graf Mensdorff und v. Thümen gestellten Bedingungen nicht annehmen zu können, namentlich wegen der Besetzung von Friedrichsort und Rendsburg durch die Holsteiner. Da mehrere Personen gegenwärtig, und der Kaiser mir dies im Fortgehen sagte, so konnte ich nicht näher darauf eingehen und weiter fragen, doch konnte ich soviel wohl abnehmen, daß er wie gewöhnlich auf Seite der Dänen steht.

Rendsburg dürfen wir aber nicht aufgeben, wenn auch die eigentliche Festung auf dem schleswigschen Ufer gelegen ist, man muß sie als Brückenkopf der deutschen Grenzstadt Rendsburg betrachten, und sollten die Holsteiner sie nicht besetzt behalten, was ich hart finden würde, so muß die Besatzung österreichisch werden, aber es darf kein Däne hineingelassen werden. Das dänische Element ist, wenn auch sehr dummer Weise, dem deutschen doch ein durchaus feindliches geworden; so liegt schon darin Grund genug, diese Festung zu behalten, und wenn der Kaiser darob auch grollen sollte.

Die Kaiserin ist gestern wieder ausgefahren, doch sah ich sie noch nicht, auch mit der Großfürstin Constantin geht es etwas besser. Es ist sehr schlimm, daß man den Kaiser — im Winter — wenn die Kaiserin krank ist, nur sehr selten sieht und man doch nicht füglich wegen Kleinigkeiten seine Thüre stets forciren kann."

Am 19. Januar hatte der Minister v. Manteuffel den preußischen Kommissar zur Ordnung der kurhessischen Angelegenheit, General v. Peucker, gebeten, ihm über die Ereignisse und Zustände in Cassel

* Gemeint ist vermuthlich Graf Reventlow, welcher bisher mit Beseler die Funktionen des Statthalters versehen hatte.

möglichst genau zu berichten. Diesem Wunsche nachkommend, schrieb Peucker an Manteuffel mehrere eigenhändige und private Berichte, welche nachstehend im Zusammenhang folgen.

Cassel, den 22. Januar. „Die gegenwärtige politische Lage des kurfürstlichen Ministeriums ist von der Art, daß der Minister Hassenpflug zur Zeit als das gemäßigtste Mitglied desselben zu betrachten, und daß derselbe von einer viel weitergehenden Partei überflügelt ist, welch letztere ihren festen Stützpunkt in der Person des Kurfürsten findet, und als deren wesentliche Vertreter der kurfürstliche Kommissarius bei der Bundes-Civilkommission, Staatsrath Scheffer, der Konsistorialrath Vilmar, Referent im Ministerium des Innern, und der Major v. Haynau, Vorstand des Kriegsministeriums, zu betrachten sind. Meine unvorgreiflichen Ansichten über die Kompetenz der Kriegsgerichte habe ich bereits in meinen früheren Berichten, und insbesondere noch in meinem letzten Bericht vom 20. d. Mts. zu erörtern die Ehre gehabt. Ich erlaube mir nur, in Bezug auf ihre Organisation, vermöge welcher österreichische und bayerische Offiziere, unterstützt von bayerischen Auditeuren, nach hessischen Civilgesetzen Recht sprechen sollen, wiederholt zu bemerken, daß von der überwiegenden Mehrzahl der Offiziere, aus denen sie zusammengesetzt sind, die zur Beurtheilung derartiger verwickelter Rechtsfälle nöthige Vorbildung durchaus nicht anzunehmen ist, daß die fremdherrlichen Auditeure sich mit den hessischen Civilgesetzen, nach denen sie urtheilen sollen, erst bekannt machen müssen und daß die jungen hessischen Referendarien, welche man den Auditeuren wegen dieser Unbekanntschaft zur Hülfe gegeben hat, um so weniger eine genügende Bürgschaft darbieten, als solche von der betreffenden politischen Partei ausgewählt worden sind und ihre Instruktionen vom Staatsrath Scheffer*) empfangen. Von dem wenig versöhnlichen Charakter des Letzteren wird als Zeugniß die Thatsache angeführt, daß, als vor einigen Jahren in Hanau ein Deutschkatholik auf dem den verschiedenen christlichen Konfessionen gemeinsamen Friedhofe beerdigt worden war, die Leiche auf seinen Befehl wieder ausgegraben und an der Kirchhofsmauer verscharrt werden mußte.

Die Stimmung des Kurfürsten ist unversöhnlich und insbesondere gegen die städtischen Behörden von Cassel sehr gereizt. Der im Dezember v. Js. diesseits ohne Erfolg gemachte Versuch, letztere zu einer Adresse an den Kurfürsten zu bewegen, scheint den Kurfürsten vorzugsweise gegen die Stadt erbittert zu haben. In welcher schroffen Weise sich diese Stimmung äußert, dafür erlaube ich mir folgenden Fall an-

*) Früher selbst rother Republikaner und nur durch die eingetretene Amnestie vor dem Hochverrathsprozeß geschützt.



zuführen. Die Stadt leidet Mangel an hinreichendem Zufluß von Trinkwasser. Von einem Gönner der Stadt wurde derselben ein Geschenk von 20 000 Thalern für die Anlage eines großen Brunnens unter der ausdrücklichen Bedingung angeboten, daß dieser Brunnen zugleich zur Verschönerung des Königsplatzes dienen und daher dort angelegt werden sollte. Der Kurfürst hat soeben ohne Anführung von Gründen die dringende Bitte der Stadt um Genehmigung abgeschlagen, und verliert solche daher diese gemeinnützige Anlage.

Die Verhaftung des zweiten Bürgermeisters und Polizeidirektors Henkel bildet noch immer den wesentlichsten Gegenstand der öffentlichen Aufregung. Dieser Beamte war früher Offizier und wurde vom Kurfürsten zum Ober-Hofintendanten und zum Verwalter der kurfürstlichen Schatulle und des Vermögens der Gräfin Schaumburg ernannt. In dieser Stellung zog er sich die persönliche Ungnade des Kurfürsten in dem Grade zu, daß er, obschon ohne alles Vermögen, seinen Abschied und infolgedessen eine kleine Stellung bei der Eisenbahnverwaltung annahm, bis ihn die Wahl der Stadt auf seinen jetzigen Posten berief. Hier wird ihm das Zeugniß ertheilt, daß sowohl er als der gleichfalls verhaftete Polizeikommissar Hornstein, sich durch energische Maßregeln gegen demokratische Bewegungen und insbesondere durch ein kräftiges Einschreiten mit der Bürgerwehr bei den desfallsigen Tumulten, bei welcher Gelegenheit der Hornstein selbst nicht unbedeutend verwundet worden ist, wohlverdient gemacht haben.

Ueber die wichtigen Konsequenzen, welche aus der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung hervorgehen können, habe ich mich bereits früher zu äußern die Ehre gehabt. Graf Leiningen scheint solche nicht zu übersehen und überhaupt ein fester Entschluß über die weitere Behandlung dieser Sache noch nicht gefaßt zu sein. Ich habe mich, der mir ertheilten Instruktion gemäß, bis jetzt gänzlich fern davon gehalten. Auffallend ist die persönliche Härte, mit welcher bei der Verhaftung des Henkel verfahren worden ist. Mit Rücksicht auf die amtliche Stellung, die er bekleidet, und auf seinen Privatcharakter würde es vollkommen genügt haben, ihn von seinen Funktionen zu suspendiren und ihn auf sein Ehrenwort zu verpflichten, Cassel bis zur Beendigung der Untersuchung nicht zu verlassen, und ihm schlimmstenfalls, da er eine Dienstwohnung im Polizeiamt innehat, daselbst Hausarrest zu geben. Aber daß der zweite Vertreter der Stadt am hellen Mittag, umgeben von bayerischen Gendarmen und einem Detachement österreichischer Jäger, gleich dem gemeinsten Verbrecher zu Fuß durch die ganze Stadt nach dem Civilgefängnisse transportirt, dort in eine gewöhnliche Gefangenenzelle eingesperrt worden ist und in letzterer anfänglich durch einen Tag und Nacht bei ihm befindlichen Gendarmen

bewacht wurde, hat eine große Aufregung in der Stadt hervorgerufen, auf den Henkel selbst aber einen solchen tiefen Eindruck gemacht, daß seine Familie in den ersten Tagen den Ausbruch eines Tiefsinns besorgt hat. Er ist unbegreiflicherweise noch immer nicht verhört und mit der Ursache seiner Verhaftung bekannt gemacht.*) In der Art seiner Verhaftung und ganzen Behandlung der Sache tritt übrigens der bestimmte Charakter eines Verfahrens von Bundes wegen hervor. Die Verfügung ist vom Bundes-Civilkommissarius ergangen, die Verhaftung von bayerischen Gendarmen und österreichischen Jägern erfolgt, das Gericht von österreichischen und bayerischen Offizieren und bayerischen Auditeuren besetzt, mithin nirgend eine amtliche Mitwirkung der hessischen Behörden sichtbar.

Man spricht allgemein infolge einer Indiskretion, die stattgefunden haben soll, von einer Liste von über 100 Personen, deren Verhaftung und Aburtheilung durch Kriegsgerichte beschlossen sein soll. Die Ungewißheit darüber, wer auf dieser Liste steht, hat eine fieberhafte Aufregung in weite Kreise verbreitet. Ueberdies spricht sich, mit Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit in Betreff einer Rückkehr zufriedenstellender Zustände in Hessen, die Absicht zahlreicher Auswanderungen nach Amerika schon für das nächste Frühjahr aus.

Die von dem Bezirksdirektor Wachs und dem Marschkommissarius Schnabel speziell geleitete Aufrechthaltung des Kriegsstandes in der Stadt läßt viel unnöthige Härte erscheinen. Während nicht die mindeste Auflehnung gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit stattgefunden hat, werden die Wirthshäuser und Restaurationen mit dem Schlage 9 Uhr geschlossen, wogegen alle diejenigen, wo sich Offiziere versammeln, bis spät in die Nacht geöffnet bleiben. Ein Schauspieler, welcher nach beendigtem Spiel vor einigen Tagen in eine Restauration ging, um schnell sein Abendbrot zu verzehren, wurde dort, weil es eben 9 Uhr geschlagen hatte, ungeachtet der Verwendung dort befindlicher Offiziere, von Gendarmen verhaftet und erst vom wachthabenden Offizier, an den er abgeliefert wurde, gegen das Versprechen losgegeben, sich am folgenden Tage zur Vernehmung stellen zu wollen. Im besonderen Auftrage des Grafen Leiningen wird durch einen Anschlag im Schauspielhause dafür gewarnt, durch Beifallsbezeugungen bei solchen Stellen der zur Aufführung gebrachten Stücke, welche irgendwie eine politische Auslegung zulassen, sich einer Demonstration schuldig zu machen, indem die Theilnehmer daran als Ruhestörer nach den jetzt bestehenden Gesetzen des Kriegszustandes zur Bestrafung gezogen werden würden.

*) Ein Antrag seines Rechtsanwalts, seine Vertheidigung übernehmen und sich mit ihm besprechen zu dürfen, wurde vom Kriegsgericht abgelehnt.



Anfänglich waren fast alle Zeitungen Deutschlands verboten. Obschon demnächst auf meine Verwendung die Erlaubniß für eine Anzahl derselben wieder ertheilt wurde, wurde dennoch nicht gestattet, daß auch nur diese erlaubten an öffentlichen Orten ausgelegt werden, ohne daß für dieses Auslegen noch wiederum eine besondere Erlaubniß eingeholt und ertheilt worden ist. Außerdem kommt es vor, daß Gendarmen willkürlich einzelne Nummern konfiszіren. Alle regelmäßig sich versammelnden gesellschaftlichen Cirkel mit Ausnahme der Militär-Kasinos sind geschlossen.

Nur allein die allgemeinen Kosten, welche der überhaupt durchaus nicht wohlhabenden Stadt durch die Unterhaltung der Wachen, der Lazarethe u. s. w. zur Last fallen, betragen monatlich 10 000 Thlr., und während im übrigen Lande für die Verpflegung der Truppen Magazine auf Staatskosten angelegt sind, ist der Antrag der Stadt Cassel auf gleiche Maßregeln bis jetzt unerfüllt geblieben, und es ruht daher die ganze Verpflegung auf den Quartiergebern."

Cassel, den 26. Januar. „Es ist allerdings durch einen Erlaß des Grafen Leiningen dem oberen Kriegsgericht eröffnet worden, daß alle vor dem Einrücken der Bundes-Exekutionstruppen und seit dem 18. Januar 1851 vorgekommenen Zuwiderhandlungen nicht mehr als zur Kompetenz der vom Bundes-Civilkommissarius bestellten Kriegsgerichte gehörig angesehen werden sollen. Allein es ist demgemäß für die praktische Behandlung dieser Fälle nicht nur keine wesentliche Veränderung zu erwarten, sondern es wird sich solche wahrscheinlich noch schroffer stellen. Für alle vorgedachten, der Kompetenz der Bundes-Kriegsgerichte entzogenen Fälle sollen nämlich neue Kriegsgerichte vom Kurfürsten bestellt werden, zu deren Bildung Offiziere der Bundestruppen zu erbitten der Kurfürst sich ausdrücklich vorbehalten hat. Es wird daher weder in personeller noch in materieller Beziehung in der Behandlung der betreffenden Anklagen eine andere Veränderung als diejenige eintreten, daß diese kriegsgerichtlichen Untersuchungen unter unmittelbarem Befehle des Kurfürsten stehen werden.

Gegen den Bürgermeister Henkel ist auch aus der Zeit des Einrückens der Bundestruppen in Cassel eine Anklage, und zwar deshalb erhoben worden, daß derselbe einen am Tage des Einzugs jener Truppen in Cassel von einem Gendarmen wegen einer das Salutiren bayerischer Offiziere durch kurhessische Schildwachen betreffenden, gegen eine der letzteren gethanen aufregenden Aeußerung verhafteten und an die Polizei abgelieferten hiesigen Bürger aus der Vorhaft entlassen hat, weil nach seinem Dafürhalten, unbeschadet der Eröffnung der weiteren Untersuchung gegen den Angeschuldigten, ein Entweichen desselben als eines hier angesessenen Bürgers um dieser Untersuchung willen nicht zu besorgen sei.

Sowohl für den Bürgermeister Henkel als den Polizeikommissar Hornstein sind durch die von ihnen bestellten, aber vom Kriegsgericht nicht angenommenen Anwälte Anträge auf Freilassung gegen Kaution eingereicht worden, und ist darauf von der Untersuchungskommission des genannten Kriegsgerichts der Bescheid erfolgt, daß diese Anträge geeignete Berücksichtigung finden würden, sobald die Lage der Untersuchung solches zulassen werde."

Cassel, den 1. Februar. „Ich habe dem Grafen Leiningen soeben im Einklang mit der mir zugegangenen telegraphischen Weisung eröffnet, daß ich mir, nachdem von ihm vorläufig eine Suspension der Wahlen veranlaßt sei, die weitere Erklärung vorbehalten und voraussetzen müsse, daß meine Allerhöchste Regierung sich mit der kaiserl. Regierung über diese Frage in Verbindung setzen werde. Die Bedenken, welche gegen einen derzeitigen Zusammentritt der Stände zu einem anderen Zweck als zur Wahl von Schiedsrichtern obwalten, habe ich mir nie verhehlen können und solche auch in meinen früheren Berichten angedeutet. Allein mit diesen Bedenken kreuzen sich diejenigen, welche sich in Bezug auf die Form der Sistirung dieses Zusammentritts aufdrängen. Ew. Excellenz können sich überzeugt halten, daß ich, soweit es mir die Festhaltung der mir von Ew. Excellenz anvertrauten Interessen des Vaterlandes gestattet, nichts thun werde, was das gute Vernehmen mit Graf Leiningen stören könnte. Dagegen aber glaube ich weder auf eigene Ansichten noch sonstige Kombinationen Rücksicht nehmen zu dürfen, sondern es für meine erste Pflicht halten zu müssen, in meinen Berichten an Ew. Excellenz alle diejenigen thatsächlichen Umstände mit unumwundener Offenheit anzuführen, welche auf die Entschließungen der königl. Regierung irgendwie von Einfluß sein können. Nur dadurch, daß ich der königl. Regierung ein möglichst umfassendes und richtiges Material vorlege, glaube ich meine Schuldigkeit auf dem mir anvertrauten Posten erfüllen, und die königl. Regierung in den Stand setzen zu können, von ihrem höheren Standpunkte aus die den großen Interessen des Vaterlandes zusagendsten Entschlüsse fassen zu können. Mein Benehmen den Vertretern des Auslands gegenüber kann dagegen, so lange ich auf meinem mir anvertrauten Posten stehe, nur ausschließlich durch diejenigen Weisungen bestimmt werden, welche mir durch Ew. Excellenz zugehen, und Ew. Excellenz können versichert sein, daß ich es hierbei niemals an der nöthigen Vorsicht fehlen lassen werde."

Cassel, den 3. Februar. „Ungeachtet meiner seit zwei Tagen wiederholten Anträge ist mir noch immer nicht gelungen, vom Grafen Leiningen eine Abschrift seines an die kurfürstliche Regierung wegen Aus-



schreibung der Wahlen erlassenen Inhibitoriums zu erlangen, was mir zur genauen Kenntniß des Wortlauts des letzteren dringend wünschenswerth erschien. Dieser Verzögerung liegt ohne allen Zweifel eine bestimmte Absicht zum Grunde. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle weiß ich, daß Graf Thun am 1. eine telegraphische Depesche des Fürsten Schwarzenberg erhalten hat, worin Letzterer sagt, daß man österreichischerseits bereits in Berlin darauf hindränge, daß das Verbot der Einberufung der hessischen Stände von beiden Kommissarien unverzüglich erlassen werde. Sollte dagegen hierbei irgend eine Zögerung eintreten, so sollte Graf Leiningen als Bundes-Civilkommissarius unverzüglich allein das Verbot erlassen, für welchen Zweck bereits ein Courier mit Depeschen an Graf Leiningen unterwegs sei. Graf Thun hatte diese Depeschen schon am Abend des 1. d. Mts. an Graf Leiningen mit dem Bemerken mitgetheilt, daß er bereits das Nöthige für einen Bundesbeschluß der Frankfurter Versammlung vorbereitet habe. Es ist unzweifelhaft, daß zwischen Graf Leiningen, dem kurfürstlichen Ministerium, Frankfurt und Wien schon längere Zeit hierüber Verhandlungen stattgefunden haben und die Ew. Excellenz mitgetheilte Korrespondenz zwischen dem kurfürstlichen Ministerium und Graf Leiningen nur eine Maske war, durch welche man mich unter Angabe, daß Gefahr im Verzuge sei, zu der jenseitigen Intention hinüberziehen wollte."

Berlin, den 27. Januar 1851. Manteuffel übersendet dem Grafen Alvensleben in Dresden die gewünschte Instruktion in Betreff der dem Bunde zu gestattenden Einwirkung auf die Einzelverfassungen*) und bemerkt in einem eigenhändigen Privatschreiben von demselben Tage:

„Ein umfassendes Memoire (von Herrn v. Bülow), welches die Spezialitäten der Bundes- und Schlußakte sowie der Gesetzgebung von 1832 und 1834 aufzählt, folgt demnächst mit der Post. Dasselbe wird bei der Berathung zum Anhalt dienen können.

Bei der Instruktion wollten sowohl das Staatsministerium als auch Se. M. noch mehr Rechte dem Bunde gewähren, als ich für zulässig hielt. Man sagte mir nicht ganz mit Unrecht: wenn man einmal den Grundsatz, daß die Sicherung der Bundeszwecke der Aufrechthaltung der Einzelverfassung vorgeht, sanktionirt, ohne welchen Grundsatz man auf diesem Felde gar nichts erreichen

*) Näheres über diese Frage findet man in der Schrift „Die Dresdener Konferenzen", S. 51–56.

würde, so kommt es nur darauf an, daß man nicht objektive Bestimmungen mache, welche sofort die Umgestaltung der preußischen Verfassung nöthig erscheinen lassen; die Fakultät der Regierungen, unter Umständen die Verfassung durch den Bund umgestalten zu lassen, muß man einräumen, denn entweder wird Preußen davon keinen Gebrauch machen, oder es geschieht in so dringender Noth, daß man Gott danken muß, wenn man noch dieses Auskunftsmittel hat. Delbrück wird, soviel ich weiß, heute erwartet und soll demnächst nach Dresden abreisen.

Die zweite Kammer wird in den nächsten Tagen an das Budget gehen und auf diesem Felde den ernstlichsten Angriff machen; man will fast alle Gesandten eingehen lassen; es ist dies ein bedenkliches Thema, weil es den Spießbürgern einleuchtet."

Als der Großherzog Leopold von Baden nach der Niederwerfung der badischen Revolution in seine Residenz zurückgekehrt war, gewann, ähnlich wie in ganz Deutschland, auch in Karlsruhe die reaktionäre Strömung die Oberhand. Preußens Vertreter daselbst war Karl Friedrich v. Savigny, dem es gelang, sich eine gute Position am badischen Hofe zu schaffen.

Karlsruhe, den 27. Januar 1851. Der Gesandte v. Savigny*) an Manteuffel eigenhändig privat:

„Auch nach der Lösung der Union ist eine möglichst innige Verbindung mit Preußen das dringende Verlangen des badischen Landes und seiner Regierung geblieben. Dies spricht sich vor Allem in dem Verhalten der großherzoglichen Regierung gegenüber den österreichischen Zolleinigungsplänen aus. So ist mir unter Anderem von der höchsten kompetenten Stelle aus die Erklärung direkt zugegangen, daß Baden eine jede Zolltrennung Süddeutschlands von uns auch für spätere Zeit zu verhindern in der Lage sich befinden werde, sobald man nur die Wünsche und Pläne Preußens kenne.

*) Karl Friedrich v. Savigny, geb. den 11. Februar 1814, seit 1850 außerordentlicher Gesandter in Karlsruhe, 1859 Gesandter in Dresden, 1862 in Brüssel, 1864 in Frankfurt a. M., später bei dem Abschluß der Friedensverhandlungen mit den deutschen Staaten und den Verhandlungen zum Abschluß der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorragend betheiligt.



Wenn es Ew. Excellenz möglich sein sollte, die politische Stellung Badens in Deutschland für die Zukunft bedeutend zu erhalten, im Verhältnisse zu der geographisch-kommerziellen Wichtigkeit des Landes, so würde sich eine jede Anstrengung Preußens in diesem Sinne unendlich lohnen durch die unbedingte Sicherheit, mit der man unter allen Umständen und in jedem Verhältnisse einer weiteren Stufe in der Entwickelung von Deutschlands Verfassung auf Baden als hingebenden Alliirten zu zählen hätte. Der Wunsch und das Verlangen, sich auch für die Zukunft an Preußens Macht möglichst eng anzuschließen, ist hier größer, lebendiger und nachhaltiger als irgendwo anders in Deutschland, und ich glaube, daß Ew. Excellenz auch darin mit mir übereinstimmen werden, daß wir im Süden einen sicheren Alliirten brauchen. Geben ihm Ew. Excellenz daher Macht und Einfluß; es kommt uns selbst direkt zu gute."

Berlin, den 28. Januar 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Ew. Excellenz danke ich für die mir unter dem 26. d. Mts. gemachten Mittheilungen über den Kommandowechsel in Frankfurt a. M. Meine Vorhersagung bestätigt sich vollkommen, daß man zu wenig Gewicht auf diese Angelegenheit von Haus aus gelegt hat. Jetzt indessen, wo eine Verständigung mit Oesterreich stattgefunden hat, scheint mir allerdings der Augenblick gekommen zu sein, diesen Kommandowechsel sehr ernst in Anregung zu bringen. Der Ansicht des Oberpräsidenten Böttícher, daß der Nutzen der ferneren Besetzung Frankfurts a. M. durch preußische Truppen nach der Räumung Badens zweifelhaft sei, muß ich auf das Entschiedenste entgegentreten. Ich habe, um die Besetzung Frankfurts a. M. durchzusetzen, die mir aus politischen höheren Rücksichten unter allen Umständen für eins der wichtigsten Verhältnisse erscheint, als Motiv im August 1849 angeführt, daß ich einer strategischen Verbindung zwischen Baden und der Rheinprovinz bedürfe; daß jemals diese Motivirung als der Hauptgrund der Besetzung jener Stadt angeführt werden würde, habe ich freilich nie ahnen können, und beweist diese Auffassung von keiner hellen Auffassung der preußischen Politik in Deutschland.

Wenn Ew. Excellenz meinen, es sei sehr die Frage, ob Frankfurt a. M. überhaupt Bundes-Centralort bleiben und daher einer Garnison bedürfen werde, so scheint dieselbe so weit aussehend, daß ich von meinem Standpunkte aus es erneut anregen muß, den Kommandowechsel jetzt, wo ein Jahr abgelaufen ist, seitdem Oesterreich das Kommando führt, eintreten zu lassen. Daß Oesterreich diesen Posten nicht aufgeben wird, ist sehr klar vorherzusehen, da es dadurch in Verbindung mit Mainz und Rastatt eine Truppenzahl stets in der Nähe der preußischen Grenzen behält, die ihm von großem Nutzen werden muß. Dies hinzugerechnet zu der Besetzung Rendsburgs und Hamburgs, welche Orte Oesterreich gewiß so bald nicht aufgeben wird, wenn es dies jetzt auch noch so bestimmt versichert, läßt überall da weiße Röcke erscheinen, wo bisher blaue erschienen. In diesen Worten liegt die österreichische Politik. Dieser darf aber Preußen keinen Vorschub leisten und muß mindestens überall da mit auftreten und mit garnisoniren, wo es bisher allein festen Fuß gefaßt hatte. Aus diesem Grunde müssen Rastatt, Frankfurt a. M., Rendsburg und Hamburg preußische Garnisonen erhalten, so lange eine österreichische sich daselbst befindet.*) Das ist mein politisches Glaubensbekenntniß. Prinz von Preußen."

Hannover, den 29. Januar 1851. Der preußische Gesandte Graf Nostitz**) theilt Manteuffel mittelst eigenhändigen Privatschreibens mit, die Herren Roß und Hargroves aus Hamburg sowie Herr Gulike aus Stettin seien bei ihm gewesen und hätten ihm den Zweck ihrer Reise nach Berlin sowie die Resultate ihrer Anwesenheit daselbst mitgetheilt.

„Ich habe mich gänzlich darauf beschränkt, auszusprechen, wie ich eine durch die Presse zu bewirkende allgemeine Belehrung und

*) Thatsächlich blieben die Preußen in Frankfurt a. M., die Oesterreicher aber auch, und es kam im Jahre 1854 zwischen den beiden Großmächten zu einem dem Bundestag mitgetheilten Abkommen wegen Einführung eines Wechsels in der Besetzung des Oberkommandos über die Frankfurter Bundesgarnison und die dortige Kommandantur.

**) August Ludwig Ferdinand Graf Nostitz, preußischer General, beim Antritt des Gesandtschaftspostens in Hannover (1850—1859), bereits hoch betagt. (Geb. 27. Dezember 1777.)



dem großen Publikum sehr nöthige Aufklärung über die wahren materiellen Interessen der verschiedenen Staaten für das wesentlichste Erforderniß zu einer erfolgreichen Anbahnung für zu schließende Verträge halte, und daß man preußischerseits gewiß willig die Hand zu einer zweckmäßigen Verständigung bieten würde. Die Herren waren etwas bestürzt über die heut in der Zeitung gegebene Nachricht, daß Herr Regierungsrath Delbrück nach Dresden gehen würde, und glaubten, daß sein früheres so entschiedenes Auftreten in Cassel für das Prohibitivsystem ihn nicht zu einem guten Verfechter der Freihandelspolitik mache."

Er (Nostitz) habe sich bei einer einzigen früheren Begegnung mit Delbrück gegen hohe Schutzzölle erklärt.

Charlottenburg, den 31. Januar 1851. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Ew. Excellenz habe ich die Ehre zu melden, daß Se. M. der König über den Bericht des Grafen Alvensleben vom 26. d. Mts., den mir Ew. Excellenz unter dem 28. d. Mts. zuschriftlich zugeschickt haben, die folgenden Bemerkungen gemacht und mir aufgetragen haben, sie Ihnen zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung mitzutheilen.

1. Es mag zweckmäßig sein, die Beschlüsse und Festsetzungen über den Prozentsatz der Kontingente der künftig zu bildenden Militärkommission zu überlassen.*) Allerhöchstdieselben sind aber der Ansicht, daß für besondere Gefahren und Kriegszeiten, z. B. im Fall eines Krieges mit Frankreich, auch der Satz von zwei Prozent der Bevölkerung festgehalten werden muß. Es ist alsdann der Entscheidung der Exekutive zu überlassen, ob nach der Mobilisirung des Kontingents von ein Prozent nicht sofort das zweite Prozent und nicht bloß die Hälfte desselben als Ersatzreserve und Reserve überhaupt einzuberufen ist. Die Militärverfassung des Bundes muß daher auch so beschaffen sein, daß zu einer solchen Reserveformation Alles vorbereitet ist.

*) Vgl. das VIII. Kapitel, betitelt: Das Vertheidigungswesen Deutschlands, in der Schrift: „Die Dresdener Konferenzen", S. 48 f. Gerlach erwähnt den obenstehenden Brief a. a. O., Bd. I, S. 590.

2. Es ist dringend nöthig, schon jetzt auszusprechen, daß bei innerer oder äußerer Gefahr Militärkommandos mit großen Vollmachten eingerichtet werden müssen. Diese Militärkommandos müssen freie Disposition über die Bundestruppen haben und während ihrer Dauer die eigentliche Exekutivgewalt bilden.

3. Die alte Eintheilung in Armeekorps hat sich als völlig unpraktisch bewährt. Weder in Holstein noch bei den Unruhen im südlichen Deutschland hat man sich an die Armeekorps-Eintheilung kehren können. Außerdem ist der Artikel 5 der Bundes-Kriegsverfassung: »Kein Bundesstaat, dessen Kontingent ein oder mehrere Armeekorps für sich allein bildet, darf Kontingente anderer Bundesstaaten mit den seinigen in einer Abtheilung vereinigen« als höchst unzweckmäßig zu beseitigen, indem die Kontingente der kleineren Staaten nur dann nutzbar verwendet werden können, wenn sie sich an die größeren Armeen anschließen.

4. Wenn der entgegengesetzte Grundsatz aufgestellt wird, daß sich die kleinen Staaten mit ihren Kontingenten vorzugsweise an Preußen und Oesterreich anschließen, so können die preußischen Militärkonventionen ohne Schwierigkeit beibehalten werden, ja sie werden sich dann als höchst nützlich und vortheilhaft bewähren.

Jedenfalls ist aber hervorzuheben, daß diese Militärkonventionen der Bundespflicht in keiner Weise entgegenstehen, sondern eine damit vollkommen verträgliche administrative innere Maßregel sind.

5. Eine besondere Beachtung verdienen auch die Besatzungsverhältnisse der Bundesfestungen. Es wäre ein entschiedener Gewinn für die Sicherheit Deutschlands, wenn Ulm und Rastatt selbst im Frieden wenigstens zur Hälfte österreichische und Landau in derselben Weise preußische Besatzung hätten. Für den Fall des Krieges soll Landau etwa 2000 Mann Besatzungsverstärkung durch die Kontingente von den beiden Hohenzollern, den beiden Schwarzburg und den beiden Reußischen Linien erhalten. Preußen kann also Anspruch machen, anstatt der beiden Hohenzollern ein preußisches Bataillon nach Landau zu legen und durch Militärkonventionen mit den anderen besatzungspflichtigen Staaten ihre Kontingente mit preußischen Truppen zu stellen.

6. Wenn festgestellt wird, daß für alle außerordentlichen Fälle Generalkommandos mit großer Vollmacht bestellt werden, so kann man der Plenarversammlung auch die organische Militärgesetz-



gebung überlassen. Da diesen Generalkommandos bestimmte Territorien angewiesen werden, so ist es dann Zeit, die Bundeskontingente nach einer bestimmten Ordre de Bataille einzutheilen. Ebendasselbe kann behufs größerer Friedensübungen durch die inspizirende Macht geschehen."

Charlottenburg, den 1. Februar 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Bester Manteuffel! Was die Casselschen Dinge betrifft, sage ich Ihnen kurz noch einmal meine Ansicht. Principaliter ist mir (um der guten Sache, der öffentlichen Meinung und der Gerechtigkeit willen) darum zu thun, daß Schwarzenbergs Vorschlag durchgesetzt werde, nämlich den Kurfürsten, Hassenpflug und Compl. unter Tutel zu setzen.*) Der Moment ist entscheidend, und diese Maßregel involvirt das Nichtzusammenkommen der Stände u. s. w.

Ist diese vortreffliche Idee Oesterreich leid geworden, so erfordert die Consequenz vor Allem, daß keine halbe Maßregel genommen werde und keine Einmischung in Regierungsmaßregeln geschehe ohne die wirkliche Uebernahme der Regierung in Kurhessen. Geschieht Letzteres nicht, so dürfen wir uns auch nicht in den Gang der Regierung mischen, sondern müssen sie gewähren lassen. Unser Einschreiten hatte keinen anderen Zweck, als der kurhessischen Regierung wieder zu ihrer gefährdeten Autorität zu verhelfen. Der Zweck ist erreicht, und ohne Autorisazion des gesammten Bundes haben wir gar kein Recht, den Gang der hergestellten Regierung zu contrecurriren.

Beide Wege haben ihren Vortheil. Die Uebernahme des Regimentes kraft Autorisazion des Gesammtbundes um der Thorheit der Regierung willen wird ein Freudengeschrei durch ganz Hessen und Deutschland erzeugen und uns Beifall erringen.

Das Gewährenlassen der kurhessischen Regierung wird uns vor der allgemeinen und gefährlichen Entrüstung auch der Besten im Lande bewahren, welche das unautorisirte Einmischen auf diesem verwundbarsten Punkt der öffentlichen Meinung hervor-

*) Dieser Gedanke Schwarzenbergs ist bereits von Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 591 erwähnt.

bringen und meiner Regierung namentlich dem Schwerin liebenden Landtag gegenüber, unberechenbare Schwierigkeiten machen dürfte. Ueberdem kann es möglich sein, daß die kurhessischen Stände sich ganz anders nehmen, als man glaubt, besonders wenn der Kurfürst bei Zeiten sein Ministerium ändert und würdig besetzt. Es kann sich aber gewiß und nicht unwahrscheinlich das Gegentheil zeigen. Beherrscht Beyerhofer, sein Schwanz und sein Geist, die Versammlung, so hat der Bund überflüssige Berechtigung, einzuschreiten. Dann richten wir böse That und fröhnen nicht lediglich einer Besorgniß davor, die sich sehr leicht als eitel zeigen dürfte und die, »als Verhinderung der Manifestation des guten Willens der Stände« uns in der öffentlichen Meinung total zu ruiniren droht. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Charlottenburg, den 1. Februar 1851. General v. Gerlach übersendet das vorstehende königl. Handbillet Manteuffel eigenhändig mit dem Beifügen, daß dasselbe dem, was Oesterreich in Cassel thun wolle, ziemlich scharf entgegenstehe.

„Ich zweifle auch, daß Oesterreich auf das Dilemma eingehen wird, was der König hier aufstellt. Dann würde der Fall eintreten, daß Oesterreich durch den Grafen Leiningen einseitig erklären ließe, daß es die Zusammenkunft der Ständeversammlung wegen des Kriegsstandes, unter dem Hessen sich jetzt noch befände, nicht zugeben könne. Hierauf würde der General Peucker nach dem gestern gegebenen Befehl Sr. M. abgerufen werden, was Se. M. ganz gut und auch der öffentlichen Meinung nicht entgegenstehend findet. Von dieser Ansicht, die mir als sehr zweifelhaft erscheint, ist der König nicht abzubringen. Was die Ernennung des Ministers Uhden zum Kommissar anbetrifft, so ist Se. M. damit ganz einverstanden, sieht aber dessen Funktionen als ganz getrennt von denen des Generals v. Peucker an. Uhden soll mit dem österreichischen Kommissar in Gemeinschaft die rechtliche Entscheidung des Bundes über die hessischen Streitigkeiten zwischen Fürst und Ständen vorbereiten, sich aber in die jetzigen Maßregeln nicht mischen.

Gesprochen hat Niemand mit Sr. M. über Cassel, als vielleicht der Prinz von Preußen, Niebuhr seit voriger Woche nicht, und



eine unmittelbare Korrespondenz mit Peucker hat auch nicht stattgefunden. Ob Radowitz hierbei etwas gethan, weiß ich nicht, glaube es aber nicht."

Berlin, den 10. Februar 1851. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Indem ich Ew. Excellenz die Anlage*) mitzutheilen mich beehre, so wage ich es, dazu unmaßgeblich zu bemerken, daß die Befehle Sr. M. in der Art am besten mit der entworfenen Depesche an den Grafen Bernstorff in Uebereinstimmung gebracht werden könnten, wenn die in Hessen vorzunehmenden Bundesfunktionen der preußischen und österreichischen Kommissarien in zwei von einander unabhängigen Rubriken gesondert würden.

Das von Sr. M. festgestellte oder in Uebereinstimmung mit Oesterreich festzustellende gerichtliche Verfahren, das Bundesschiedsgericht und was dazu gehört, kann ohne Nachtheil der Sache, wie es mir scheint, den Weg gehen, welchen Se. M. wünscht.

Ganz gesondert davon können die Revision der Verfassung und diejenigen Funktionen der Bundeskommissarien gehalten werden, welche dieselben bis zu dieser Revision auszuüben haben. Bei diesem zweiten wichtigen und eiligeren Geschäft kann, ohne den königl. Befehlen entgegenzuhandeln, ganz nach den Festsetzungen der Depesche an den Grafen Bernstorff verfahren werden.

Der Entscheidung des Bundesschiedsgerichts über die Septembervorfälle in Hessen wird Oesterreich weiter nicht entgegen sein. Es kommt auch nicht darauf an, ob diese Entscheidung einige Wochen früher oder später zu Ende kommt. Das Wesentliche scheint nur zu sein 1. Revision der Verfassung durch die Bundeskommissarien, 2. Fungiren der Bundeskommissarien als oberste Bundesbehörde (wie in Holstein) bis zur Beendigung der Revision und Bestätigung der revidirten Verfassung durch den Bund."

Das Londoner Protokoll vom 2. August 1850, welches die „Integrität der dänischen Monarchie" zu einem europäischen Grundsatz erheben wollte, war von Dänemark, Rußland, Frankreich und England

*) Der Inhalt läßt sich aus den Manteuffelschen Papieren nicht feststellen.

unbedingt, von Oesterreich unter Vorbehalt der Rechte des Deutschen Bundes, von Preußen nicht unterzeichnet worden. Preußen hatte vielmehr dagegen als gegen eine Verletzung der Rechte des Deutschen Bundes und seiner politischen Interessen, protestirt. Ueber die Frage, ob Preußen seinen ablehnenden Standpunkt auf die Dauer aufrecht erhalten könne, gingen die Ansichten weit auseinander. Die Gründe, welche für den Nichtbeitritt Preußens sprachen, faßte der preußische Diplomat Graf Usedom*) dem Minister Manteuffel am 3. Februar 1851 in einer Denkschrift zusammen, welche er demselben am folgenden Tage überreichte.

•

Berlin, den 4. Februar 1851. Graf Usedom an Manteuffel eigenhändig privat:

„Du hast mir, mein verehrter Freund, nichts weiter über die Sponneckschen Papiere mitgetheilt, also bin ich außer Stande, Dir etwaige Bemerkungen dazu zu machen.

Aber ich bin, nach dem, was Du mir mündlich gesagt, Dir doch eine nähere Begründung der Einwendungen schuldig, welche der Unterzeichnung des Londoner Protokolls und der Feststellung des dänischen Integritätsprinzips entgegenstehen. Ich habe sie in der beiliegenden Denkschrift zusammengefaßt.

Die Behandlung der dänischen Sache ist nach Abschluß des Friedens mit Dänemark und dem wiederhergestellten Einverständniß mit Oesterreich bedeutend erleichtert. Jetzt darf sich Oesterreich nicht mehr weigern, zur Abstellung unserer Verlegenheiten in dieser Angelegenheit beizutragen; es muß unser Interesse von Rechts wegen dem dänischen Interesse um so mehr vorziehen, als es mit dem Vortheil ganz Deutschlands nahe zusammenfällt.

Auch habe ich, wie ich stets in der deutschen Sache gethan, vorgestern dem Könige einige Bemerkungen über die günstigste Behandlungsart der neuesten dänischen Propositionen übersandt. Ich wünsche, daß Du gütigst von denselben Kenntniß nehmen möchtest. Bei näherer Ueberlegung habe ich die bestimmte Ansicht gefaßt,

*) Karl Georg Ludwig Graf v. Usedom, preußischer Diplomat, 1835 Legationsrath in Rom, 1838 vortragender Rath im Ministerium des Aeußeren, 1844 des Innern, 1846 Gesandter in Rom, 1848 in Frankfurt a. M., schloß 1850 den Frieden mit Dänemark, 1851 bis 1854 Gesandter in Rom, 1858 Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M., 1863 Gesandter beim König von Italien, 1869 wegen Differenzen mit Bismarck abberufen.



daß es Dir und der Regierung überhaupt unendliche Verdrießlichkeiten und Verwickelungen bereiten wird, wenn die Verhandlungen mit Graf Sponneck principaliter in Berlin geführt werden sollten. Du würdest beinahe in derselben bösen Lage, unter der Last des europäischen Drucks Dich befinden, worin Schleinitz und ich im vorigen Winter gewesen sind.

Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht müssen die Verhandlungen vor einer Spezialkommission des Deutschen Bundes in Dresden, Frankfurt oder Hamburg geführt werden: das leitet den europäischen Druck dahin ab. Noch besser wäre es freilich, man stellte den alten Bundestag wieder her, und dieser ernennte dann, wie sonst, eine Kommission, verhandelte und entschiede die Sache."

Nachstehend der Wortlaut der Usedomschen Denkschrift:

„Gewöhnlich wird für die Integrität der dänischen Monarchie angeführt, daß Dänemark ohne seine deutschen Länder überhaupt nicht bestehen könne, und daß es Deutschlands wie Preußens höchstes Interesse sei, dieselben mit Dänemark vereint zu erhalten. Dänemark werde nämlich dadurch genöthigt, sich enger an Deutschland anzuschließen und in allen Dingen den deutschen Interessen zu folgen; namentlich in maritimer Hinsicht sei dies für Deutschland ein großer Gewinn. Werde nun gar die Integrität der dänischen Monarchie dadurch bewirkt, daß man die männliche Erbfolge der Herzogthümer auf das Königreich Dänemark übertrage und einen deutschen Fürsten den dänischen Thron besteigen lasse, so sei der nähere Anschluß Dänemarks an Deutschland für immer konsolidirt.

Allerdings ist in den letzten zwei Jahren von anderer Seite her dieser Anschluß als möglich und wünschenswerth empfohlen worden, ja man hat sogar davon geträumt, dem König von Dänemark die Reichsadmiralschaft für Deutschland anzutragen. Solche Ideen aber, zusammt mit allen Vortheilen, die Deutschland aus dem dänischen Anschluß haben könnte, gehören in das Reich der Illusion.

Zuerst heißt es nämlich den dänischen Nationalcharakter und seine tiefe Abneigung gegen alles Deutsche durchaus verkennen, wenn man die Möglichkeit annimmt, das dänische Volk werde sich Deutschland jemals anschließen oder hingeben wollen. Das dänische Volk erkennt in dem deutschen seinen gefährlichsten Nachbarn, dessen nationaler und intellektueller Einfluß das dänische Nationalleben mit Zersetzung und mit räumlicher Zurückdrängung bedrohe; ein Anschluß an Deutschland müsse diese Gefahr verdoppeln. Durch die ewige Vereinigung der deutschen Herzogthümer mit Dänemark wird zugleich der Haß Däne-

marks gegen deutsches Wesen verewigt werden; denn es ist nicht anzunehmen, daß der Streit und Gegensatz des Deutschen und Dänischen innerhalb der dänischen Monarchie aufhören werde. Darum könnte man eigentlich mit viel größerem Rechte die Behauptung aufstellen, erst mit der Losreißung der deutschen Länder von dem Königreich Dänemark sei die Vorbedingung zu einem Freundschaftsverhältniß Deutschlands und Dänemarks erfüllt.

Sodann ist es nicht richtig, daß Dänemark ohne seine deutschen Länder nicht bestehen könne, denn es hat ohne dieselben bestanden, und gegen den Einfluß der nordischen Seemächte können die Herzogthümer Dänemark ohnehin nie schützen. Dieser Einfluß zeigt sich außerdem als ein erhaltender für Dänemark, denn es wird immer zwischen England und Rußland gesichert in der Schwebe bleiben. Deutschland würde ihm eine solche Sicherung doch nie gewähren können.

Endlich soll man doch nicht glauben, daß Deutschland, wie es einmal ist, auf seine Nachbarn politisch ein Uebergewicht erlangen könne; es kann zufrieden sein, wenn es in seiner jetzigen Lage sich selbst einigermaßen dem Uebergewicht seiner Nachbarn entzieht. Es steht auf dem Standpunkt der politischen Defensive. Gerade in maritimer Hinsicht wird es noch lange auf demselben stehen, und wenn die Mächte, welche jetzt Preußen auf die Unterzeichnung des Londoner Protokolls hinzudrängen suchen, in der Integrität Dänemarks den Weg zu einer maritimen Erhebung Deutschlands vorhersähen, so würden sie wahrscheinlich die Unterzeichnung beanstanden.

Wenn nun die Integrität der dänischen Monarchie für Deutschland oder Preußen keinerlei reale Vortheile gewährt, so stehen derselben andererseits sehr reale Nachtheile und überwiegende Bedenken entgegen. Die vornehmsten derselben sollen später aufgezählt werden, aber schon eine allgemeine Betrachtung der norddeutschen Verhältnisse muß hierauf führen.

Süddeutschland hat den Vortheil vor Norddeutschland voraus, daß seine Länder dem Einfluß seiner Nachbarn entzogen sind; die Berge sowie Oesterreichs Uebergewicht im Süden schützen sie dagegen. Norddeutschland aber mit seinen Küsten und Flüssen steht nicht nur dem kommerziellen sondern auch dem politischen Einflusse der fremden Länder offen, und Preußen hat es bisher an dem Uebergewicht gefehlt, was zur Abwehr desselben erforderlich gewesen wäre. Beispiele sind das holländische Jusqu' à la mer. die Theilung Luxemburgs, der dänische Sundzoll, die russisch-preußischen Grenzverhältnisse. Diese Eigenthümlichkeit Norddeutschlands findet noch darin einen besonderen und verstärkten Ausdruck, daß es hier eine Reihe Staaten giebt, welche von auswärtigen Fürsten beherrscht werden oder einmal künftig beherrscht

werden können. Luxemburg, Limburg, Holstein, Lauenburg, desgleichen Hannover, Oldenburg, Hessen. In diesem Falle bekommt der fremdländische Einfluß einen staatsrechtlichen Gehalt, der um so bedenklicher erscheint, als diese fremden, außerhalb Deutschlands residirenden Fürsten durch ihre außerdeutschen Interessen leicht dahin geführt werden, ihre Stimmen im Deutschen Bunde zum Vortheil ihrer fremden Reiche zu benutzen. Sie können sich sogar durch ihre Verpflichtungen gegen ihre außerdeutschen Unterthanen zu einer solchen Politik für verbunden erachten. Wie ganz anders stellt sich die Sache, sobald diese Territorien von eignen, innerhalb Deutschlands residirenden Fürsten, und zwar in ihrem eigenen, nicht im fremdländischen Interesse beherrscht werden. Sowohl der Einfluß, den sie im Deutschen Bunde, als derjenige den der Deutsche Bund auf sie üben kann, bekommt dadurch einen ganz anderen Charakter, und zwar auf die Stärkung Norddeutschlands, nicht mehr auf dessen Benachtheiligung gerichtet.

Ganz besonders findet dies auf Schleswig-Holstein seine Anwendung; man kann dreist aussprechen, 'daß, wenn Dänemark durch ein Scheitern des Londoner Projekts seine sogenannte Integrität einbüßt, Deutschland durch ein Gelingen desselben auf ewig verhindert wird, seine Integrität zu erlangen. Man vergegenwärtige sich nur, daß es sich für Norddeutschland um vitale Interessen handelt, denen gerade Preußen schon um seiner selbst willen nicht vergeben darf. In allen Verhältnissen spiegelt sich dies ab.

So war es z. B. bisher nicht möglich, die dänisch-holsteinische Regierung zu einer Annäherung an den Deutschen Zollverein zu bewegen. Ein selbständiges Holstein wird sich dem Zollverein viel leichter anzuschließen suchen, durch politische Sympathie sogar dahin gezogen werden. Ohne Holstein kann aber Hamburg niemals dem Zollvereine beitreten; ohne Hamburg bleibt der Zollverein in einer verkrüppelten Entwickelung.

Die Bedeutung der Herzogthümer für Norddeutschland in merkantiler und maritimer Hinsicht hat überhaupt, solange das Land unter einer dänischen Regierung stand, gar nicht einmal gewürdigt werden können. Erst in den letzten zwei Jahren, wo die Dänen das Land geräumt, hat man ein Nivellement zwischen Ost- und Nordsee vornehmen können, in der Absicht, einen Kanal vom Kieler Hafen bis an die Mündung der Elbe zu ziehen. Das Ergebniß war, daß derselbe auf 14 Meilen Länge gegen 24 Fuß tief für eine Summe gebaut werden könne, deren Verzinsung geringer wäre, als jetzt der preußische Antheil am Sundzoll beträgt. Er würde für den Handel den Vortheil haben, den Sundzoll zu paralysiren; für die preußische Kriegsmarine eine inländische Verbindung zwischen Ost- und Nordsee herzustellen.

Schon jetzt zeigt sich im Kleinen diese Wirkung beim Eider-Kanal. Eine Verminderung der Zölle auf demselben, die Anfang 1850 stattfand, hatte sofort eine Verminderung der Sundpassage zur Folge.

Die militärische Bedeutung der Herzogthümer für Norddeutschland besteht endlich in einer sehr tüchtigen Armee und dem Besitz der nördlichsten Grenzfestung Deutschlands. Rendsburgs Wichtigkeit steigt in dem Maße, als es von Magdeburg bis zur Eider völlig an Festungen fehlt und in einem nordischen Kriege der Brückenkopf über die Eider von großer Bedeutung sein kann.

Dies ungefähr sind die Nachtheile, welche die Realisirung des Londoner Protokolls für Preußen und Norddeutschland haben müßte. Allein auch abgesehen von dem Vortheil, welchen das Scheitern desselben ebenso nothwendig bringen würde, liegen in der Sache selbst so bedeutende Schwierigkeiten, daß Preußen durch seine Betheiligung daran in unübersehliche Verwickelungen stürzen würde.

Es ist von den deutschen Regierungen sowie von der deutschen Jurisprudenz, auch der der anderen europäischen Länder — speziell Frankreichs und Englands — als feststehend anerkannt, daß mindestens in Holstein das Augustenburger Haus zur Thronfolge berufen ist, wenn das regierende Haus ausgestorben sein wird. Auch in Betreff Schleswigs ist wenigstens in Deutschland und selbst bei ausländischen Staatsrechtskundigen, wie namentlich bei dem so bedeutenden Amerikaner Wheaton die Augustenburger Erbfolge anerkannt.

Wenn Dänemark es möglich machte, durch gütliche Verhandlungen zunächst das Augustenburger Haus und dann die nachfolgenden Linien, so weit nöthig, zum Verzicht zu bewegen, so würde Preußen und Deutschland dagegen nichts einwenden können. Es ist aber mit Gewißheit anzunehmen, daß die Betheiligten einen solchen Verzicht niemals leisten werden. Es muß daher der Fall ins Auge gefaßt werden, dessen Annahme auch dem Londoner Protokoll zum Grunde liegt, daß die Betheiligten durch Anwendung direkten oder indirekten Zwanges ausgeschlossen oder zum Verzicht genöthigt werden sollen. Sie werden indeß sicherlich alle Mittel ergreifen, um zu ihrem Recht zu kommen, ein Versuch, worin jedenfalls die öffentliche Meinung sie unterstützen wird.

Nach dem bestehenden Bundesrechte nun aber und ebenso gewiß nach jedem künftigen wird die Entscheidung über Successionsfälle, noch mehr über Successionsentziehungen bei Bundesländern der Einwirkung der europäischen Mächte entzogen und der Entscheidung des Bundes zugewiesen. Die Betheiligten werden sich demnach gegen eine Successionsentziehung an die Bundesbehörden klagend wenden und den Schutz des Bundes in Anspruch nehmen. Ebenso unzweifelhaft wird auch das Land Holstein sich an den Bund wenden, um seine rechtmäßige Erbfolge geschützt zu erhalten.

Wo das Recht so unzweifelhaft ist, werden die Bundesbehörden allerdings den Schutz nicht versagen können. Man bedenke, in welche Stellung Preußen gerathen muß, wenn es sich bereits vorher zu Gunsten Unberechtigter verpflichtet hätte. Selbst der Anspruch des erbberechtigten Herzogs von Holstein auf Schleswig würde kaum vom Bunde abgewiesen werden können. Denn insofern der Bund keinen Krieg seiner Mitglieder auf eigene Hand duldet, wird der berechtigte Herzog von Holstein auch auf Schutz seiner schleswigschen Rechte seitens des Bundes Anspruch machen. Man vergegenwärtige sich endlich, daß die Erbansprüche der Ausgeschlossenen, weit entfernt, von ihnen aufgegeben zu werden, auf ihre Nachkommen übergehen und im Lande selbst wahrscheinlich eine durchaus überwiegende Partei für sich haben werden. Sie werden also bei jeder günstigen Gelegenheit wieder auftreten und den Norden Deutschlands erschüttern.

Bei Preußens Stellung im Bunde treffen aber alle Nachtheile und Gefahren, die sich aus dem Obigen ergeben, beinahe immer und ausschließlich Preußen; während die übrigen europäischen Mächte und selbst Oesterreich dem Gelingen oder Scheitern des Londoner Projekts ruhig zusehen können, wird Preußen auf das Tiefgreifendste mit in dessen Schicksal verflochten. Man kann nur dringend empfehlen, sich vor Uebernahme von Verpflichtungen und Aussprechen allgemeiner Grundsätze zu hüten; es ist unmöglich, vorherzusehen, welches die Lage der Angelegenheit beim wirklichen Eintritt des Erbfalls sein und wie sich dann die ausgesprochenen Grundsätze dazu verhalten werden.

Nur ein Grundsatz wurde bisher von Preußen und Oesterreich Dänemark gegenüber in dieser Sache ausgesprochen. Fürst Metternich erklärte unter Zustimmung des Ministers Frhrn. v. Canitz*) im Jahre 1847 an Dänemark, daß die Integrität der dänischen Monarchie den Rechten der Agnaten unterzuordnen sei, während damals wie jetzt Dänemark umgekehrt das Recht der politischen Integrität untergeordnet wissen wollte. An diesem Grundsatze des Fürsten Metternich und Frhrn. v. Canitz muß auch noch jetzt festgehalten werden, wenn man die Gefahren und Verwickelungen abwenden will, die aus dem willkürlichen Arrangement des Londoner Projekts beinahe nothwendig hervorgehen werden. Außerdem fällt dieser Grundsatz mit der Aufrechthaltung der Legitimität vollkommen zusammen. Es ist daher ganz und gar kein Grund vorhanden, den Anfall der Herzogthümer an Deutschland auf

*) Karl Wilhelm Ernst Frhr. v. Canitz und Dallwitz, von 1833 an Gesandter am kurhessischen und hannoverschen und 1841 am Wiener Hofe. 1845 wurde er Bülows Nachfolger als Minister des Auswärtigen, am 18. November 1848 nahm derselbe mit dem ganzen Ministerium Bodelschwingh seine Entlassung.

dem Wege der legitimen Erbfolge mit einer gewissen Verschämtheit zu behandeln. Norddeutschland kann sich mit derselben Sicherheit und Offenheit auf dieses Recht stützen, wie auf jedes andere gute Recht. Es kann darin sogar Oesterreichs Unterstützung in Anspruch nehmen. So lange die Zwistigkeiten zwischen Oesterreich und Preußen fortdauerten, war natürlich an eine solche Unterstützung nicht zu denken. Jetzt aber, wo Preußen nicht ohne erhebliche Konzessionen das gute Vernehmen wieder hergestellt hat, hat es auch das Recht gewonnen, Oesterreichs Hülfe zu erwarten. Oesterreich wird dieselbe in einer Sache nicht wohl versagen können, in welcher kein eigenes Interesse es auf die Gegenseite führt, nachdem einmal das Einverständniß mit Preußen wieder hergestellt ist.

Auf die neuesten Wünsche Dänemarks im Punkte der Succession würde demnach Preußen zu erwidern haben, daß es durch den geheimen Artikel des Friedens vom 2. Juli seine Betheiligung an den Verhandlungen über die Erbfolge zugesagt habe und jetzt wie damals die Anerkennung eines Präjudicialgrundsatzes, wie die Integrität, nicht statuiren könne, daß es ferner überhaupt der Kompetenz des Bundes nicht derogiren könne und seiner eigenen Abstimmung nicht vorzugreifen wünsche, endlich sei die Sache noch viel zu unbestimmt, um irgend eine Verpflichtung zu übernehmen."*)

Konform den hier ausgesprochenen Grundsätzen fügte Preußen zunächst seine Unterschrift dem Londoner Protokoll vom 2. August 1850 nicht bei.

*) Der österreichische Gesandte in Berlin, Frhr. v. Prokesch-Osten, welchem Manteuffel diese Denkschrift zugänglich gemacht hatte, schrieb demselben am 25. März 1851 eigenhändig und privat bei Rücksendung derselben:

„Indem ich Ew. Excellenz die Anlage zurücksende, kann ich nicht verfehlen, zu bemerken, daß mich ihr Inhalt, an dem zu zweifeln ich, wenigstens was die Thatsachen betrifft, keinen Grund habe, recht betrübt. Abhülfe sehe ich keine, denn zu einem Zusammenwirken, dort wie anderswo, gehören Zwei. Bemühte sich Oesterreich, es würde den Deutschen in Schleswig dadurch nicht helfen und höchstens unseren lieben Freunden in Berlin, die als Nachzügler Kossuths, als Alliirte des Präsidenten und der Verfassungstreuen, für die gute Sache zu Felde liegen, Stoff liefern, über die Anmaßungen Oesterreichs ihr empfängliches Publikum zu unterhalten. Ich theile nicht die Ansicht, die Ew. Excellenz wohl nur scherzweise äußern: daß, wenn die Nebensachen gut gehen, es bei der Hauptsache auch nicht fehlen wird, denn die Hauptsachen geben uns und unsern Gegnern den Maßstab. Mit herzlichstem Morgengruße!"



Dresden, den 11. Februar 1851. Graf Alvensleben an Manteuffel eigenhändig privat:

„In derjenigen früheren Sitzung der Kommission, in welcher Fürst Schwarzenberg die Absicht, mit sämmtlichen Provinzen in den Bund einzutreten, aussprach, hatte ich erklärt, daß Preußen auf den Eintritt seines außer dem Bunde befindlichen Gebiets keinen Werth lege, aber auch mit Rücksicht auf die vorgegangene österreichische Erklärung gegen den Eintritt der ganzen preußischen Monarchie kein Bedenken vorliege.

Als Herr v. Neurath*) mir den redigirten Entwurf mittheilte, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß die Form meiner Erklärung verändert sei, und bat ihn, eine andere von mir entworfene Fassung zu substituiren.

Infolgedessen kam Graf Buol zu mir und bat mich dringend, auf einer Abänderung nicht zu bestehen, weil gerade bei dieser Frage Oesterreich erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden habe, und eine Form, woraus hierbei eine nicht ganz übereinstimmende Ansicht der beiden Regierungen zu entnehmen sei, dieselben nur verstärken müßte.

Ich machte denselben darauf aufmerksam, daß, wie ich ihm bereits früher mitgetheilt habe, dieser Eintritt beider ganzen Monarchien in den Bund in Wechselwirkung zu der Nothwendigkeit einer Parität der beiden Großmächte stehe. Nachdem nun Graf Buol wiederholt äußerte, daß er den größten Werth auf Beibehaltung der jetzigen Fassung lege und sich besonders verpflichtet fühlen würde, wenn ich das Monitum zurückzöge, so habe ich mich endlich dahin erklärt, daß ich zwar mit Rücksicht auf den großen Werth, den er darauf lege, darauf eingehen wolle, dies aber nur in der Zuversicht thue, daß die Paritätsfrage auf eine für Preußen zufriedenstellende Art gelöst werde.

Es wird dabei, wie ich bereits in meinem letzten Schreiben andeutete, um so nöthiger sein, die Parität, wenn sie durchgesetzt werden soll, sofort nach dem Eintreffen des Fürsten Schwarzenberg hierselbst zur Erledigung zu bringen."

Berlin, den 14. Februar 1851. Manteuffel benachrichtigt mittelst eigenhändigen Privatschreibens den Grafen

* Frhr. v. Neurath, Württembergischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Alvensleben, daß er am 16. d. Mts. nach Dresden zu kommen beabsichtige.

„Nach den mir zugegangenen Notizen dürfte Fürst Schwarzenberg früher dort sein. Ich würde es gern sehen, Ew. Excellenz eher als den Herrn Fürsten zu sprechen, und stelle anheim, ob wir vielleicht, sofern kein Hofdiner stattfindet, gemeinschaftlich essen wollen. Es ist dies indeß nur ein ganz unmaßgeblicher Vorschlag, in Beziehung auf dessen Ausführung ich mich unbedingt Ihrer Disposition unterwerfe. Vielleicht haben Ew. Excellenz die große Güte, Herrn Grafen Galen von der Zeit meiner Ankunft benachrichtigen zu lassen.

Meine Frau wird mich begleiten, aber keinenfalls auf dem Schlosse wohnen, auch wird nach getroffener Abrede meine Existenz von der ihrigen ganz unabhängig sein. Meine Anwesenheit in Dresden wünsche ich so sehr als möglich abzukürzen und womöglich den Dienstag abzureisen."

Vom 16. bis 17. Februar verhandelten Schwarzenberg und Manteuffel in Dresden über die Neugestaltung des Bundes; am 18. traf Letzterer wieder in Berlin ein, um mit dem Könige zu berathen, der ihm völlige carte blanche gab und Manteuffels Absicht, in der Paritätsfrage nicht nachzugeben, theilte.*)

Berlin, den 18. Februar 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Bester Manteuffel! Hier send' ich Ihnen meine Antwort an den Kaiser in Original und Copie.**) Finden Sie kein Bedenken in meinen tournures de phrases, so expediren Sie das Original nach Wien. Die Copie lassen Sie sich für Ihre Geschichtsakten copiren und senden sie mir dann zurück. Ob Sie etwa Gebrauch davon vis à vis des schwarzen Berges***) machen wollen, stell' ich Ihnen ganz anheim. Glückliche Reise! Gesegnete Arbeit! und ein frohes Wiedersehen! Vale!

Friedrich Wilhelm."

*) Am Abend erzählte der Minister Manteuffel Gerlach, Schwarzenberg spräche am liebsten von der Erbärmlichkeit der deutschen Regierungen. Jeder Gesandte rühme den Zustand seines Landes, wenn man aber den Nachbar befrage, so erfahre man gerade das Gegentheil. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 596.

**) Vgl. die folgende Urkunde.

***) scil. Fürst Schwarzenberg.



Berlin, den 18. Februar 1851. Schreiben König Friedrich Wilhelms IV. an den Kaiser Franz Joseph von Oesterreich:

„Ew. Kaiserliche Majestät freundliche und theure Zeilen vom 11. d. Mts. haben mich mit Befriedigung und Dank erfüllt — aber zugleich mit einer Art Beschämung. Denn Ew. M. danken mir für die Art der Aufnahme, die ich dem Erzherzog Leopold habe zu Theil werden lassen.*) Ich hingegen fühle mich Ew. M. gegenüber allein zur Dankbarkeit verpflichtet dafür, daß Sie so gütig die Hindernisse beseitigt haben, welche der Erfüllung meines Wunsches — den Erzherzog hier zu sehen — sich augenblicklich entgegengestellt hatten.

Der Erzherzog war außerordentlich liebenswürdig, höflich und herzlich und hat alle Herzen gewonnen. Die Truppen, die ich das Vergnügen hatte ihm zu zeigen, hat er mit kenntnißreicher Nachsicht beurtheilt, namentlich die Kavallerie, da dieselbe in Ew. M. Armeen manche Vorzüge vor der unsrigen hat.

Ich gedenke mit wahrer Freude der leider nur zu wenigen Tage, die wir Ew. M. und dem Erzherzoge verdanken.

Ungemein tröstlich sind mir Ew. M. Worte über die Dresdner Verhandlungen. Meine Hoffnung auf deren Ergebniß ist, ich gestehe es, von Anfang ebenso gering gewesen, als mein guter Wille groß und stark ist. Die mittleren und kleinen Staaten fallen, jeder nach seiner Art, immer mehr in ein frevelhaftes Vergessen des Jahres 1848. Was ist aber bei Bestehen dieser Thatsache anzufangen und zu hoffen? Dazu kommt, daß Preußen dem Frieden des gemeinsamen Vaterlandes solche Opfer gebracht hat, die ihm jedes fernere Opfer bei Strafe der Selbstvernichtung untersagen. — Allein Ew. M. frischer Muth erfrischt auch den meinigen, welcher ungebeugt in Unglück und Gefahr, dem Gewürm nicht immer gewachsen ist, welches die warme Friedenssonne hervorlockt!

Meine Frau empfiehlt sich Ew. M. herzinnigst. Sie ist leider genöthigt, bei Tag ihr Ruhebett nicht zu verlassen, da sie, an Schmerzen im Knie, sehr leidenvolle Stunden zubringt.

*) Der Erzherzog Leopold, welcher eine österreichische Brigade in Holstein kommandirte, war auf zwei Tage nach Berlin gekommen und mit der größten Aufmerksamkeit behandelt worden. v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 291.

Bewahren mir Ew. M. Ihre belebende Freundschaft und segenverheißendes Vertrauen, die ich in ungemessenem Grade erwidre, lebendig fühlend, daß die Zukunft und Ehre Deutschlands daran hängen.

Mit diesen Gefühlen und denen treuester Anhänglichkeit, bleib' ich immerdar, mein lieber, theurer Kaiser, Ew. M. freundwilligster Vetter, Bruder, Onkel und Freund

Friedrich Wilhelm."

Die Aufnahme deutscher und italienischer Flüchtlinge in der Schweiz führte in den Jahren 1848 und 1849 zu Beschwerden des deutschen Bundestags und Oesterreichs gegenüber der Schweiz.*)

Dresden, den 20. Februar 1851.**) Manteuffel an den Gesandten in Paris Grafen Hatzfeldt eigenhändig privat:

„Ew. Hochgeboren Bericht in Betreff der Schweizer Angelegenheit ist mir hierher nachgesandt worden; ich habe darüber mit Fürst Schwarzenberg gesprochen und demnächst meine Ansicht über die fernere Behandlung der Sache nach Berlin gelangen lassen. Inwiefern diese meine Ansicht die Genehmigung Sr. M. erhalten und Ihnen, Herr Graf, ein dementsprechender Bescheid ertheilt werden wird, ist mir zwar noch nicht bekannt, indeß nehme ich doch keinen Anstand, Ihnen schon jetzt zu sagen, wie ich glaube, daß ferner in der Angelegenheit zu verfahren sein wird. Es scheint mir von hoher Wichtigkeit, daß Frankreich in der Schweizer Frage sich je eher je lieber durch Thatsachen engagire, und deshalb muß Alles vermieden werden, was irgend die Ausführung eines solchen Entschlusses, an dessen wirklichem Bestehen ich noch immer zu zweifeln geneigt bin, erschweren oder hindern könnte. Diesen Erfolg aber würde es meines Erachtens haben, wenn man eine Kooperation jetzt schon in Aussicht stellte, wenn man von Truppenzusammenziehungen an der Grenze,***) bevor französischerseits

*) Vgl. zu dem Folgenden Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 597, 598, 599 und 610, und v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 207.

**) Manteuffel war am 19. Februar wieder nach Dresden gereist, um mit Schwarzenberg zu verhandeln.

***) Ueber den Antrag Badens auf Besetzung der diesseits des Rheins belegenen schweizerischen Gebietstheile durch Truppen des Deutschen Bundes vgl. „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 53.

darauf angetragen würde, spräche oder der Ansprüche auf Neuenburg erwähnte. Sollten dort diese Fragen angeregt werden, so hätten Ew. Hochgeboren meiner Ansicht nach zu erklären, die beiden deutschen Großmächte seien in diesem Augenblicke mit Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten beschäftigt, und so aufmerksam sie auch der Entwickelung der Dinge in der Schweiz gefolgt wären, so sehr sie auch die Ansicht der französischen Regierung, daß der gesammte Kontinent Grund habe, über das Gebahren der Schweiz sich zu beschweren, theilten, so wenig sei doch anzunehmen, daß sie in nächster Zeit in der Lage sein würden, dort handelnd aufzutreten, jedenfalls seien Sie von den Entschließungen Ihrer Regierung für die Eventualität eines Einrückens französischer Truppen in einige Schweizer Kantons nicht unterrichtet, persönlich glaubten Sie, daß man das Einschreiten der Franzosen in die Schweizer Angelegenheiten zu konservativen Zwecken als einen großen Beweis der Kraft der Regierung betrachten würde, daß man aber wohl noch einige Zweifel an der Ausführung dieser Maßregel hegen dürfte.

In ähnlichem Sinne wird Fürst Schwarzenberg Herrn Hübner*) instruiren.

Was nun die Lage der hiesigen Verhandlungen betrifft, so erlaube ich mir, Ew. Hochgeboren darüber im engsten Vertrauen Folgendes mitzutheilen. Bekanntlich sind von Oesterreich und Preußen gemeinschaftliche Vorschläge über Bildung der Exekutive und des Bundesplenі gemacht worden, über welche ein beipflichtender Kommissionsbericht vorliegt, welcher auch den Eintritt der Gesammtmonarchie in den Bund befürwortet. Die Absicht Oesterreichs ist nun, diesen Kommissionsbericht durch eine sehr kategorische Erklärung beider Mächte zum Gesetz zu erheben, indem Preußen und Oesterreich sich engagiren, danach zu verfahren, und den etwaigen Dissidenten nur das Protokoll offen lassen.**) Preußen nimmt indeß so lange Anstand, hierauf einzugehen, als österreichischerseits nicht die Forderung voller Parität im Präsidio gewährt ist. Diese Konzession scheint Oesterreich unter keinen Umständen machen zu wollen, und es ist daher wohl möglich, daß entweder die hiesigen Konferenzen scheitern oder mit einer Rückkehr zum alten Bunde, vielleicht mit geringen Modifikationen, endigen.

*) Frhr. v. Hübner, Wirkl. Geh. Rath, österreichischer Gesandter in Paris.
**) Vgl. die Schrift „Die Dresdener Konferenzen", S. 70.

Ich habe erklärt, daß ich, obwohl man uns den Vorwurf der Inkonsequenz machen werde, doch ein solches Ende nicht scheue; für Oesterreich dagegen würde diese Wendung insofern sehr unangenehm sein, weil es dadurch seinen Plan, die Gesammtmonarchie in den Bund aufgenommen zu sehen, wenigstens vor der Hand nicht ausführen könnte. Es sind hiernach die Rollen wesentlich vertauscht worden, und wenn ich die Ungunst der unsrigen nicht verkenne, so hat sie doch insofern auch ihre Vortheile, als wir, auf dem Boden der Verträge stehend, die europäischen Mächte für uns haben müssen.

Für die weitere Entwickelung unserer Politik würde für mich die Beantwortung folgender Fragen von Wichtigkeit sein: a) Wie weit wird Frankreich seinen Widerspruch gegen den Eintritt der österreichischen Gesammtmonarchie treiben? b) Ist es dabei einer Unterstützung von Seiten Englands gewiß? c) Sind wegen der Donau- und orientalischen Frage Verhandlungen zwischen Rußland und England im Gange? Ich weiß sehr wohl, daß Ew. Hochgeboren nicht in der Lage sein werden, diese Fragen mit Bestimmtheit zu beantworten, allein es würde mir erwünscht sein, dasjenige Material, welches Sie mir dazu liefern könnten, bald zu erhalten. Ich gedenke übermorgen nach Berlin zurückzukehren.

Die Bahn unserer Politik ist eine schmale und schwierige, wir haben zwei Klippen zu vermeiden, einmal die Revolution in ihren verschiedenen Schattirungen, die namentlich in unserem Beamtenstande tief eingewurzelt ist und allein noch das im Absterben begriffene parlamentarische Wirken zum Deckmantel nimmt, zweitens aber auch die Uebermacht Oesterreichs, welches uns womöglich zu Bayern herabdrücken will. Wir müssen uns auf das spezifisch preußische Element stützen, welches mächtiger ist, als man denkt, und müssen uns hüten, die Zukunft im Sturm erobern zu wollen, vielmehr müssen wir bedenken, daß die allmähliche Entwickelung und die Zeit die Dinge sind, welche unsere Gegner nach beiden Seiten hin am meisten zu fürchten haben."*)

* Die Erwiderung des Grafen Hatzfeldt findet sich unterm 8. März 1851 (S. 115).

Berlin, den 20. Februar 1851. Denkschrift des Prinzen von Preußen über die politische Lage Preußens nach Olmütz:*)

„Mit der Olmützer Punktation ist der Weg aufgegeben, welchen Preußen seit dem Manifest vom 18. März 1848 betreten zu wollen, erklärt hatte, nämlich an die Stelle eines deutschen Staatenbundes einen Bundesstaat zu setzen. Der Grund zu diesem Systemwechsel lag wahrscheinlich in der Annahme, daß jener Weg nicht anders mehr zu verfolgen sei, als durch einen Krieg mit Oesterreich. Man wollte sich den möglichen nachtheiligen Chancen eines solchen Krieges nicht aussetzen. Somit zog man also vor, den Plan des 18. März aufzugeben und zum modificirten Staatenbunde zurückzukehren. In Dresden wird jetzt berathen, worin die etwaigen Modifikationen bestehen sollen. Dem Nichteingeweihten tritt dabei ein Hauptgesichtspunkt entgegen, den er sich klar zu machen sucht, nämlich der: Was denn eigentlich das Hemmniß war, welches seit dreiunddreißig Jahren dem Deutschen Bunde zu keinem Leben verhalf und ihn daher weder einen moralischen Führer darstellen ließ noch äußeres Ansehen verschaffte. Die Antwort scheint hauptsächlich darin zu finden zu sein: Oesterreich hat großes Interesse, daß Deutschland keine moralische Einheit werde, weil dasselbe dadurch zu einem Gewicht in Europa gelangt, welches Gewicht Oesterreich selbst gefährlich zu werden drohen könnte. Daher wird Oesterreich stets bemüht sein, alle und jede wahre Einigung Deutschlands zu hintertreiben. Diesen Weg hat es während des dreiunddreißigjährigen Bestehens des Bundes beschritten und ist zum Ziel gelangt. Die Ereignisse des Jahres 1848 haben bewiesen, daß viele Stimmen in Deutschland vorhanden sind, welche dieser Auffassung der österreichisch-deutschen Politik sehr entschieden abhold sind und eine Veränderung in dem Sinne wünschen, die Oesterreich nicht will. Preußen hat gerade den entgegengesetzten Weg in der deutschen Politik zu verfolgen. Ihm muß Alles daran gelegen sein, daß Deutschland eine moralische Einheit werde, weil dies Deutschlands Aufgabe ist, indem es nur durch eine solche

*) Die obige Denkschrift überragt noch an Klarheit und Bedeutung das Bd. I, S. 42 von Manteuffels „Denkwurdigkeiten" abgedruckte Promemoria des Prinzen von Preußen vom 11. Dezember 1849, betr. die Revision der preußischen Verfassung. Dieselbe legt auf jeder Zeile Zeugniß ab von dem staatsmännischen, man kann wohl sagen prophetischen Blick ihres Verfassers.

Einigung Kraft, Macht, Würde und somit Ansehen und Gewicht in der europäischen Politik erhalten kann. Indem Preußen diesen Weg für Deutschland vorzeichnet, wird es sich die Sympathien desselben erwerben und dadurch allerdings für sich die beste Eroberung machen, nämlich die moralische Eroberung Deutschlands. Eine physische Eroberung, d. h. Ländervergrößerung durch Mediatisirung, wäre dagegen das Verderblichste, was Preußen thun könnte. Wenn somit gezeigt ist, daß Preußen und Oesterreich ganz entgegengesetzte Prinzipien in Deutschland zu verfolgen haben, so ist auch der Beweis geliefert, daß ein wehrhaftes, mächtiges und Achtung gebietendes Deutschland nicht zu Stande kommen kann. Wenn daher viele Stimmen sich erhoben, welche am Schluß des Jahres 1850 den in nahe Aussicht getretenen Krieg freudig begrüßten, so geschah es aus dem Gefühl, daß der Augenblick gekommen schiene, wo, wenn Preußen siegreich aus diesem Kampfe hervorging, sein in Deutschland zu verfechtendes Prinzip zur Geltung und Ausführung gekommen wäre, und Deutschland eine angesehene Großmacht in Europa geworden wäre, — unter Preußens Einfluß und Leitung. Der Friede wurde erhalten, und somit scheiterte zum dritten Male seit einem Jahrhundert Preußens Absicht, Deutschland als einig darzustellen. Man möchte aus diesen immer wiederholten und doch mißlungenen Versuchen den Schluß ziehen: daß Preußen sich seiner Aufgabe, Deutschland durch seinen Einfluß zu einigen und dadurch die demselben nothwendige europäische Stellung zu verschaffen, völlig und zu jeder Zeit bewußt ist, die Mittel und Wege, welche zu diesem Ziele führen, aber nicht richtig wählte und daher scheiterte. Am nächsten diesem Ziele schien man durch die Unionspolitik des 26. März 1849 gekommen zu sein, weil das Gefühl der Machtlosigkeit und Lebensunfähigkeit den meisten deutschen Staaten klar geworden war, und sie zu ihrer Selbsterhaltung das Bedürfniß einsahen, sich einer großen Macht anzuschließen, selbst mit Opferung einiger Souveränetätsrechte. Diese Opferung, um gegen dieselbe mächtigen Schutz einzutauschen, ist das einzige Wahre, was aus den Irrungen und Verwirrungen des Jahres 1848 sich herausgefühlt hat. Je mehr diese Wahrheit vergessen wird, je mehr schwindet auch die Möglichkeit, Deutschland zu einigen. Daß sie vergessen wird, und den machtlosen Fürsten vorgespiegelt wird, sie seien wieder mächtig und lebensfähig geworden, weil momentan durch Waffengewalt

die Anarchie bezwungen ist, dafür hat Oesterreich gesorgt; man hat ihm und nicht Preußen geglaubt, was die andere Ansicht zur Geltung zu bringen suchte; möge die Wahrheit nicht zu früh tagen. Der durchgehende rothe Faden in Deutschlands Geschick zeigt sich also hier ganz deutlich, nämlich die eingangs erwähnte Divergenz der Richtungen Preußens und Oesterreichs. Während Preußen obige Wahrheit aussprach und danach seine Vorschläge einrichtete, verdunkelte Oesterreich jene Wahrheit und fand Anklang, weil eine ungeänderte Existenzfristung den Souveränetätsgelüsten der Regenten Deutschlands erwünscht war. Daß es nur eine Fristung sei, sahen die kleinen und kleinsten Staaten am leichtesten ein; hierin erblickten sie das einzige Mittel, um den Größeren nicht nachzustehen! Wenn nun Preußen trotz der Redlichkeit seiner Auffassung und Handlungen, doch nicht réussirt, so muß man sich überzeugen, daß der Augenblick zur Lösung seiner ihm gestellten Aufgaben in Deutschland noch nicht gekommen ist. Am klarsten möchte man die Hand der Vorsehung in dem vereitelten Kriege am Schluß des Jahres 1850 erkennen. Wo so ungeheure Anstrengungen gemacht waren von beiden Seiten und der Krieg und Frieden von Stunden abhing und dieser doch erhalten ward, da muß man eine höhere Lenkung erkennen!

Wenn also die Aufgabe, welche Preußen gestellt ist, für jetzt als verfrüht angesehen werden muß, so bleibt nichts übrig, als Deutschland eine Neugestaltung zu geben, die der alten sehr ähnlich sehen wird. Denn solange das Prinzip, welches dieser Neugestaltung zu Grunde gelegt wird, kein anderes als das eines Staatenbundes ist, können alle Modifikationen, die beliebt werden, Deutschland niemals zu Ansehen und Macht erheben. Man wird vielleicht auf einige Zeit die Wunden, die zur Sterblichkeit des Ganzen führen, verkitten, aber nicht heilen. Und von einer neuen Krisis wird es abhängen, ob Deutschland leben oder sterben soll. Leben wird es unter Preußens Leitung, sterben unter Oesterreichs; unter beider Leitung wird es wie bisher fortquiemen, und das wird das Resultat von Dresden sein.

Es heißt, daß die Dresdener Konferenz einen permanenten deutschen Kongreß aller sechsunddreißig Stimmen ins Leben ruft, dem eine elfköpfige Exekution vorgesetzt werden soll. Dies scheint ziemlich gleichgültig, wenn, wie gezeigt, das Prinzip nicht in

Deutschland geändert wird. Das Einzige, was jetzt Preußen nur noch übrig bleibt zu thun, ist, überall die Parität mit Oesterreich anzustreben und fest durchzuführen. Dies muß beginnen mit der Stellung am Bundestag, wo die Frage eines alternirenden Vorsitzes unbedingt erlangt werden muß. Vor Allem muß aber bei allen öffentlichen Handlungen, Stipulationen, prinzipiellen Maßnahmen und Maßregeln u. s. w. Preußen immer de front mit Oesterreich gehen und sich nirgends unterordnen oder zurücksetzen lassen. Daß dies bisher nicht überall geschehen ist, macht sehr böses Blut, weil nach der Olmützer Versöhnung weitere Unterwerfung unter Oesterreich völlig gegen den preußischen Sinn läuft. In dieser Hinsicht hat es einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht, die Behandlung zu sehen, welcher der Generallieutenant v. Peucker durch den Feldmarschall-Lieutenant Graf Leiningen in Cassel ausgesetzt war; dann die Nichtbesetzung Hamburgs durch Preußen, welches man Oesterreich allein überläßt; die Schließung einer Militär-Konvention zwischen Oesterreich und Kurhessen, wodurch ein permanenter Militärkeil von Oesterreich zwischen Preußen eingetrieben wird, und mit den kurhessischen Truppen ein Verfahren eintreten soll, gegen welches sich Oesterreich auf das Entschiedenste aussprach, als Preußen die Badenser Truppen nach Preußen verlegte, wobei der himmelweite Unterschied im Benehmen und Handeln der hessischen und badischen Truppen hier nicht aufgeführt zu werden braucht!

Ferner hat die Vertheilung von Repräsentanten der einzelnen Staaten in die Kommissionen zu Dresden ebenso wohl als die Stimmenvertheilung der Exekution der 11 Stimmen sehr unangenehm in Preußen berührt. In beiden Fällen sind die Staaten, welche mit Preußen gehalten haben, geflissentlich nachtheiligst behandelt worden. Preußens Anhänger wurden von der ersten und zweiten Kommission in Dresden anfänglich mit alleiniger Ausnahme von Bernburg, gänzlich ausgeschlossen und endlich nur Weimar zugelassen. Bei der Elf-Stimmen-Vertheilung behielten die vier Königreiche ihre Stimmen unverändert, während die Unions-Fürsten von neun auf drei Stimmen reduzirt wurden. Somit wurden also die Anhänger Oesterreichs bevortheilt und die Preußens zurückgesetzt; dies hat man tief bei uns empfunden, denn eine Parität, die Preußen für sich beansprucht, mußte es auch für seine Verbündeten zu erlangen wissen. Ferner ist, durch die Verhältnisse

herbeigeführt, Rastatt von Preußen aufgegeben worden. Seitdem hat Baden erklärt, sein Besatzungsrecht gänzlich dem Bunde zu überlassen; es ist daher Preußens Politik gemäß, das Mitbesatzungsrecht in Rastatt zu verlangen, ebenso gut wie Oesterreich dies in Betreff Rendsburgs verlangen wird, wenn dies Bundesfestung würde. Aber auch ohne diese letztere Annahme muß Preußen auf eine Garnison neben der österreichischen in Rastatt dringen, damit es einen Verbindungsposten zwischen seinem Lande und den Hohenzollern-Fürstenthümern habe, der in Verbindung mit den Besatzungstruppen in Frankfurt a. M. immer ein disponibles Detachement bildet, wenn in Hohenzollern mehr Kräfte als das eine dort zu stationirende Bataillon erforderlich würden. Ein Regiment von vier Bataillonen, das Bataillon à 800 Mann, giebt gerade die Stärke, die zur Besetzung dieser drei Punkte erforderlich ist; zwei Bataillone in Frankfurt a. M., ein Bataillon in Rastatt und ein Bataillon in Hohenzollern. Dies Regiment wäre alle drei Jahre abzulösen. Gegen dies Mitbesatzungsrecht von Rastatt erklärt sich aber dem Vernehmen nach das Staatsministerium, weil es Geld kostet. Wo höhere politische Zwecke zu verfolgen und zu erreichen sind, da darf der Kostenpunkt nicht in Betracht kommen, und zu der Forderung, einen festen Punkt in Süddeutschland zu haben und sich zu erhalten, werden die Kammern unbedingt die Summe bewilligen. Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, wie nachtheilig Preußens Stellung in Deutschland geworden ist, seitdem es Baden aufgab. Daß dies Land unter den obwaltenden strategischen Verhältnissen Ende 1850 nicht von Preußen besetzt bleiben konnte, leuchtet Jedermann ein; die Aufgabe von Rastatt dagegen war ein politischer und strategischer Fehler! In der Nichtforderung des Besatzungsrechts von Rastatt sieht die öffentliche Meinung eine Schwäche und Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, also ein Aufgeben der Parität.

In welchem Maße die Behandlung der hessischen Frage, Preußens Unterordnung und Nichtgleichstellung zu Oesterreich verletzt hat, braucht nicht ausgeführt zu werden. Jetzt, wo von einer Zwangsanleihe von vier Millionen im Kurstaat die Rede ist, welche durch bayerische Truppen zusammengetrieben werden soll, hofft man einen energischen Einspruch von Preußen zu erleben, damit es nicht Komplice werde, dies ausgesogene Land nun noch zur Verzweiflung zu bringen. Preußen kann und darf nicht zugeben.

daß in Cassel nur Rachsucht und Willkür herrsche. Ein Gewährenlassen dieser Zwangsanleihe, als ein Ausbruch der österreichischen Politik, muß Preußen als gänzlich gelähmt vis à vis Oesterreichs Willen darstellen; die Paritätsstellung verlangt nicht ein blindes Hand in Hand Gehen, sondern ein energisches Auftreten gegen unbillige und ungerechte Maßregeln. Die Besorgniß und Bekümmerniß ist deshalb so bedeutend, selbst in den konservativsten Kreisen, weil man ein solches blindes Hand in Hand Gehen fürchtet und in vielen Fällen bereits erlebt hat, und daher die Besorgniß immer lauter wird, daß das preußische Gouvernement die Parität nur in der Unterordnung unter Oesterreich erblickt, was man so bezeichnet: Preußen sei seit Olmütz von Oesterreich in das Gängelband genommen. Dies widerstrebt dem preußischen Gefühl, und wenn Niemand für jetzt verlangen kann, das System wieder aufzunehmen, was in Olmütz aufgegeben ward, so will man in Preußen doch keine blinde Abhängigkeit von Oesterreich, sondern eine preußische Selbständigkeit. Solange diese vermißt wird, solange wird auch die gedrückte Stimmung währen, die sich der Gemüther bemächtigt hat und welche dem patriotischen Aufschwunge des 9. Novembers rasch gefolgt ist. Preußen gehe Hand in Hand mit Oesterreich, aber bewahre dabei seine Selbständigkeit, die sich nicht durch jede Drohung, welche Oesterreich belieben wird bei jeder Gelegenheit auszustoßen, wenn es etwas von Preußen erlangen will, einschüchtern und zur Nachgiebigkeit zwingen läßt. Nur wenn Preußen diesen Weg geht, wird es mit der Zeit eine Stellung des Vertrauens wiedergewinnen, welche es jetzt in Deutschland eingebüßt hat, und so doch dem Ziele entgegengehen, welches ihm von der Vorsehung vorgezeichnet ist, nämlich Deutschlands Lenker und Führer zu werden."

Dresden, den 22. Februar 1851. Manteuffel an den General v. Gerlach eigenhändig privat:*)

„Ew. Excellenz Schreiben habe ich soeben erhalten und den Inhalt, soweit es dienlich schien, mit dem Fürsten Schwarzenberg, welcher diesen Augenblick bei mir war, besprochen.

*) Erwähnt wird dieser Brief in Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 600.



Morgen wird eine Plenarsitzung stattfinden, in welcher Oesterreich und Preußen, wahrscheinlich auch die übrigen Gesandten, Erklärungen über die Berichte der ersten und zweiten Kommission abgeben werden. Ueber die österreichischer- und preußischerseits abzugebenden Voten habe ich vielfach mit dem Fürsten Schwarzenberg konferirt. Derselbe hat seinen ursprünglichen Plan, sofort einen Termin zur Einsetzung der Bundesbehörden festzusetzen, und das Verlangen, daß der diesfällige Antrag von Preußen auszugehen habe, aufgegeben. In meiner Erklärung habe ich auf seinen Wunsch das dringende Bedürfniß des baldigen Eintretens der Bundesorgane mehr hervorgehoben, was ich für unbedenklich und der Wahrheit gemäß halte, dagegen bin ich zu seinem Leidwesen fest dabei stehen geblieben, daß die freie Diskussion über die gemachten Vorschläge allen deutschen Staaten zugestanden werden müßte, daß Preußen erst nach Beendigung dieser Diskussion seine Entschließungen fassen werde, und daß die Bundesorgane nur auf legalem Wege entstehen dürften.

Die Paritätsfrage ist ebenfalls viel besprochen worden: der Fürst Schwarzenberg will nicht den Rang, wohl aber die Gleichstellung in geschäftlicher Beziehung einräumen. Es ist darüber ein Abkommen geschlossen worden, welches natürlich nur dann Bedeutung hat, wenn man überhaupt auf das Arrangement eingehen will und bei einer Rückkehr zum alten Bunde von selbst seine Erledigung findet.

Ich denke Montag Mittag wieder in Berlin zu sein."

Als Manteuffel Dresden verließ, versprach er dem Fürsten Schwarzenberg, ihm nach wiederholtem Vortrag beim König ungesäumt und bestimmte Eröffnung bezüglich der Ansichten zu machen, welche für Preußens Stellung zu den Konferenzen maßgebend sein sollten.*)

* Am 25. Februar theilte Graf Alvensleben aus Dresden Manteuffel mittelst eigenhändigen Privatschreibens mit, daß nach einer zwischen dem Grafen Buol und ihm getroffenen Verabredung die Kommissionssitzungen ungestört ihren Gang nehmen sollten, und daß namentlich am folgenden Tage in der zweiten Kommission das Gutachten über die ständische Vertretung im Bunde besprochen werden solle. Auf den 27. Februar werde eine Plenarversammlung berufen werden, woselbst sämmtlichen Bevollmächtigten anheimgegeben werde, ihre Bemerkungen gegen die beiden dem Plenum vorliegenden Kommissions-

Diese am 27. Februar erfolgte Eröffnung gestaltete sich zu einem förmlichen Ultimatum, indem Preußen erklärte, für den Fall, daß Oesterreich Preußens Gleichberechtigung am Präsidium nicht anerkennen würde, auf den alten Bundestag zurückgreifen zu wollen.*)

Berlin, den 28. Februar 1851. Manteuffel übersendet mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Grafen Alvensleben in Dresden Abschrift der von ihm an den Fürsten Schwarzenberg gerichteten Mittheilung:

„Wie die Sachen hier stehen, leidet es keinen Zweifel, daß es keine andere Möglichkeit giebt, als eine so bestimmte Grenzlinie, wie es geschehen ist, sich zu ziehen. Nach Briefen aus Wien (von Herrn v. Meyendorff) muß ich annehmen, ich möchte sagen besorgen, daß Fürst Schwarzenberg auf unser Verlangen eingehen wird, weil ihm zu viel an dem Gesammteintritte der Monarchie liegt. Zur Mittheilung an Graf Buol halte ich das Schreiben nicht für geeignet. Derselbe ist zu schroff und würde vielleicht Oel ins Feuer gießen, was durchaus nicht in meinem Wunsche liegt. Hier sind freilich die Gemüther auch der Besten sehr gereizt, und Graf Arnim-Boitzenburg**) hat mir schon Vorwürfe gemacht, daß wir durch die Demobilmachung außer Stand gesetzt seien, dem bevorstehenden Angriffe der Oesterreicher die Spitze zu bieten.

Russischerseits hält man unsern Anspruch für ganz begründet und wird ihn unterstützen.

Das Vernünftigste schien mir immer: Beibehaltung der alten Bundesgrenzen und Bundesbehörde und Theilung Deutschlands

Gutachten, soweit diese Bemerkungen und Monita nicht persönlich seien, sondern von den Regierungen gemacht würden, schriftlich den Kommissionen zur Prüfung und Bearbeitung zu übergeben: „Ob zu diesem letzten Behufe, wozu wir uns vorläufig hinneigen, eine neue Kommission gebildet werden soll, um den Unbeschäftigten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern, steht noch dahin. Jedenfalls bleibt die Verhandlung so äußerlich in Bewegung und widerlegt die Gerüchte von einer plötzlichen Aufhebung der Konferenzen. Es würde mir sehr erwünscht sein, wenn Ew. Excellenz mir von der Mittheilung an Fürst Schwarzenberg Kenntniß gäben. Für diesen Fall bitte ich um ausdrückliche Benachrichtigung, ob und wie weit ich davon dem Grafen Buol vertrauliche Mittheilung machen kann."

*) Seltsamerweise weihte Manteuffel den österreichischen Gesandten in den Inhalt seiner telegraphischen Antwort nach Wien nicht ein. v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 202.

**) Minister des Innern im Jahre 1845.

für die Exekutive nach der Main-Linie mit der Maßgabe, daß diejenigen Staaten, welche Exekutionshülfe brauchen, im nördlichen Theile sich an Preußen, im südlichen an Oesterreich zu wenden haben.

Herr v. Prokesch sagt mir, daß, wenn meine Vorschläge nicht sehr kategorisch, der Fürst wohl gar nicht nach Dresden kommen werde; wenn das richtig ist, so wird die Ankunft wohl ausgesetzt bleiben, was auch mein Nichtkommen zur Folge haben würde. Ich habe übrigens Prokesch den Inhalt meines Schreibens nicht mitgetheilt.

Herr v. Dalwigk,*) der mich besucht hat, sagte mir, daß österreichischerseits alle möglichen Anstrengungen gemacht würden, um das Elfer-Projekt durchzusetzen, um wenigstens die Zahl der Dissentirenden auf ein Minimum herabzudrücken. Gelänge das, so wäre allerdings die Lage Preußens unangenehm, indeß hoffe ich, daß das Festhalten unserer Position genügen wird, um den Widerstand perennirend zu machen."

Paris, den 3. März 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat. Ausdruck des Dankes für die ihm von Seiten des Chefs unterm 20. Februar**) zugegangenen interessanten Mittheilungen und den darin liegenden Beweis des Vertrauens:

„Solche Andeutungen sind für den Agenten im Auslande von dem höchsten Werthe, und ich scheue mich nicht, offen auszusprechen, daß, wenn er derselben gänzlich ermangelt, seine Wirksamkeit nur eine geringe sein kann. Die Bezeichnung der Punkte, über welche die Regierung Interesse hat, Notizen zu erhalten, erleichtert das diplomatische Geschäft ganz besonders. Ew. Excellenz wollen übrigens in allen vorkommenden Fällen auf meine Verschwiegenheit und Diskretion rechnen.

Wie hier die Sachen in Bezug auf die Schweiz stehen, werden Ew. Excellenz aus meinem Immediatbericht Nr. 51 ersehen. Ein Mehreres habe ich über diesen Gegenstand nicht hinzuzufügen. Ich werde übrigens nicht ermangeln, hier fortzufahren, im Sinne der mir von Hochdenselben gemachten Andeutungen zu wirken.

*) Frhr. v. Dalwigk, der großherzoglich hessische Ministerpräsident.
**) Vgl. oben S. 104.

Ew. Excellenz haben mir in dem Schreiben vom 20. drei Fragen gestellt. Die sub a und b sind, soweit ich es vermag, durch den Inhalt meines Immediatberichtes Nr. 53 beantwortet. Was die Frage sub c anbetrifft, ob wegen der Donau- und orientalischen Fragen Verhandlungen zwischen Rußland und England stattfinden, so habe ich darüber nichts Weiteres in Erfahrung bringen können, als daß das französische Ministerium keine Notiz irgend einer Art darüber besitzt.

Wenn Ew. Excellenz mir demnächst erlauben wollen, meine Meinung über die deutschen Angelegenheiten offen auszusprechen, so muß ich gestehen, daß, sobald man sich überzeugen muß, daß es dem Fürsten Schwarzenberg nicht bloß um ein einträchtiges kräftiges Bekämpfen der Revolution, sondern auch darauf ankommt, Oesterreich und die Mittelstaaten zu heben und Preußen zu schwächen, mir alsdann die einfache Rückkehr zur alten Bundesverfassung mit den in Dresden vorgeschlagenen Modifikationen als für uns bei Weitem vorzuziehen erscheint. Die Kleinstaaten sind von jeher die besten Alliirten Preußens gewesen, während die Königreiche seine geborenen Feinde sind. Ein auf Kosten beider im Interesse des Kampfes gegen die Revolution begründeter Dualismus hätte für uns vortheilhaft erscheinen können, nachdem wir aus kurzen schönen Träumen längst erwacht; aber gegenwärtig scheint es mir bei Weitem besser, uns im Innern gegen die Revolution zu stärken und, was Deutschland betrifft, unser Vertrauen in die Zukunft zu setzen, als zu Veränderungen die Hand zu bieten, die nicht sowohl den Zweck haben möchten, den Bund gegen anarchische Tendenzen stark, als Preußen die Erreichung seines geschichtlichen Berufes im Norden Deutschlands unmöglich zu machen. Schon die vorgeschlagene Neun-Stimmen-Eintheilung gefällt mir nicht, und wenn nun gar die Exekutive nicht allein in die Hände Preußens und Oesterreichs gelegt werden sollte, und nicht völlige Parität im Bundespräsidium stattfinden soll, so würde ich um Vieles lieber auf den alten Bund zurückgehen, als das Neue annehmen. Sobald Preußen Letzteres nur einigermaßen durchblicken ließe, so würden England und Frankreich gewiß und, wie ich glaube, auch Rußland sofort energisch sich für dasselbe aussprechen."

Wien, den 4. März 1851. Fürst Schwarzenberg an Manteuffel sehr vertraulich, eigenhändig und privat:

„Ew. Excellenz hochgeehrtes vertrauliches Schreiben vom 28. Februar ist mir durch Herrn Grafen Bernstorff zugekommen, und ich nehme mir die Freiheit, meinem halboffiziellen Briefe vom heutigen Tage*) diese Zeilen**) zu Ew. Excellenz persönlicher Kenntniß beizufügen.

Preußens Begehren ist zwar deutlich ausgesprochen, und die neue Piece enthält im Wesentlichen die Punkte, die bereits in Dresden besprochen worden sind; die Art aber, wie diese Begehren in Ew. Excellenz ausführlichem Schreiben gestellt und begründet werden, und noch mehr der Weg, den man andeutet, um zu dem angestrebten Ziele zu gelangen, haben uns, nach dem, was vorhergegangen, überraschen müssen.

Erstens wird die Lösung der sogenannten Paritätsfrage als absolute Forderung hingestellt. Zweitens wird sie als unerläßliche Bedingung jedes gemeinsamen Vorgehens in der so dringenden Reorganisation Deutschlands erklärt. Drittens soll Oesterreich Verpflichtungen eingehen, die rechtlich außerhalb jenes Bereichs liegen und einseitig nicht eingegangen werden können; sämmtliche Bundesgenossen haben dem kaiserl. Gesandten am Bundestage eine Stellung angewiesen, die der Kaiser, ohne hierzu die Einwilligung seiner Bundesgenossen eingeholt zu haben, nicht aufgeben darf. Sind Letztere damit einverstanden, daß diese Stellung eine andere werde, so haben wir uns in Warschau bereit erklärt, uns ihrem Ausspruch zu fügen, und in Dresden versprochen, einen von Oesterreich und Preußen gemeinsam zu machenden Vorschlag über die Stellung der beiden Großmächte im Bundes-Centralorgane zur Annahme dringend zu empfehlen. Ich erlaube mir noch die ergebenste Frage zu stellen, welches Prognostikon der Dresdener Konferenz in Berlin zu Theil wird. Die freien Konferenzen waren

*) Das halboffizielle Schreiben enthielt eine breite Wiederholung der ganzen bisher geführten Verhandlung, eine Klage über die Verkoppelung der beiden, gar nicht gleichwerthigen Fragen, des Eintritts Gesammt-Oesterreichs und der preußischen Parität, eine Erklärung, daß man zu jeder erlaubten Konzession bereit sei, aber der Titel des Präsidialgesandten und die Leitung der Sitzungen müsse Oesterreich verbleiben.

** Von dem obenstehenden Brief ist in Sybel, „Die Begründung des Deutschen Reichs“, Bd. II, S. 92, nur ein kleines Bruchstück veröffentlicht.

eine preußische Forderung, der wir uns, als einem möglichen Wege zur Einigung des zerfallenen Deutschlands, angeschlossen haben. Nach dem bisher Erlebten scheinen sie nicht zum Ziele zu führen. Unsere gemeinsamen Vorschläge, denen (geographisch und statistisch gesprochen) neun Zehntheile von Deutschland beigestimmt, hat Preußen — wahrscheinlich aus gewissenhafter Rücksicht für den strengsten Bundes-Rechtsbegriff — fallen lassen, und neue Projekte, neue Diskussionen hervorgerufen. Als Resultat sehe ich zehn langen mehr oder weniger lehrreichen oder absurden Denkschriften entgegen, aber keinen Abschluß, der Deutschland in eine seiner Würde entsprechende Stellung brächte. Der Vorschlag, der alle Regierungen zufriedenstellen, d. h. keiner etwas nehmen, sondern jeder etwas zulegen soll, dürfte in Dresden so schwer zu machen sein als anderswo.

Die abwehrenden, mitunter drohend lautenden Depeschen aus Paris gegen den Eintritt des Gesammtreichs in den Bund bleiben ohne Wirkung auf unser Nervensystem. — Daß man im Auslande kein kräftiges Deutschland will, ist erklärlich, dagegen hat die Richtung, welche die freien Konferenzen in jüngster Zeit genommen haben, dort alle Herzen mit Freude erfüllt. Ich habe sichere Anzeichen und wundere mich nicht, daß wir mehr als einen Judas in unserer Mitte haben.

In Holstein kommen wir gut vorwärts, in Kurhessen wird hoffentlich dasselbe geschehen, und als Deutscher und guter Oesterreicher freue ich mich, daß unsere Regierungen dort Hand in Hand fest und bestimmt auftreten. Ich bedauere aufrichtig, die Hoffnung aufgeben zu müssen, Ew. Excellenz bald in Dresden zu sehen; wenn aber der Zweck der Reise kein anderer sein soll, als die Elukubrationen der dort versammelten, leider so überaus fruchtbaren Schriftgelehrten und Staatskünstler anzuhören, so wird man mein Wegbleiben billig entschuldigen — ein solches Opfer kann das Vaterland nicht zweimal fordern. Sollten die freien Konferenzen, über deren inneren Mechanismus und zweckentsprechende Art, zu funktioniren, ich noch durchaus im Unklaren bin, wirkliche Aussichten zu einem Resultate bieten, so bitte ich Ew. Excellenz, mir einen freundlichen Wink zu geben, den ich gewiß bereitwilligst entgegennehmen werde.

Die Zeitungen thun ihr Handwerk, d. h. sie verderben, was sie können; das Ohr der Gothaer blickt aus jeder Verkündung hervor.



Die Zeitungen melden auch, daß Graf Arnims Abreise nach Wien neuen Aufschub erleide, was ich aus bekannten Gründen bedaure.*)

Mögen Hochdieselben das Werk bald und glücklich vollenden, das wir in Olmütz begonnen. In den Augen der Revolution für einen Verräther zu gelten, ist eine Ehre, die ich stolz bin mit Ew. Excellenz zu theilen.

Oesterreichs und Preußens Aufgabe ist es, die Ordnung und den Frieden in Deutschland wiederherzustellen und hierdurch die Ruhe Europas zu sichern; wir haben die Mittel, den gemeinsamen Feind zu vernichten — laßt uns den ehrlichen Willen bethätigen, diesen großen Zweck zu erreichen. Die Revolution ist keiner Regierung Verbündete.

Da ich heute auch Baron Prokesch schreibe, wird er in der Lage sein, den Inhalt dieses zwar langen, aber nicht erschöpfenden Schreibens zu ergänzen."**)

Hannover, den 4. März 1851. Der mehrfach im auswärtigen Dienste verwendete Regierungsassessor Rudloff***) an Manteuffel eigenhändig privat:

„Im Einverständniß mit dem Grafen Nostitz bin ich am Abend meiner hiesigen Ankunft noch nach Celle gefahren, wo wegen des Sitzes des höchsten Gerichtes und anderer Provinzialbehörden ein großer Theil derjenigen Triebfedern mit vorhanden ist, welche von dem Innern des Landes aus durch dienstliche Stellung und verwandtschaftliche Beziehungen auf den Gang und die Entscheidung des Gouvernements einwirken.

Durch alle Schichten der Bevölkerung geht vor Allem das Verlangen nach einer baldigen festen Konsolidirung der deutschen Zustände, aber auch die Furcht, daß in Dresden eine Einigung nicht erreicht werde. Die Rückkehr zum alten Bundestage ist der

*) Der folgende Satz findet sich unter den Papieren Manteuffels auf einem losen Blatte, von dem vermuthet wird, daß es den Schluß des Schwarzenbergschen Schreibens vom 4. März 1851 bildete.

**) Nach der ihm von Manteuffel gestatteten Lektüre der vorstehend erwähnten Schwarzenbergschen Kundgebung vom 4. März kam Gerlach zu der Ueberzeugung, daß Oesterreich nachgeben werde. Manteuffel sah die Hartnäckigkeit Schwarzenbergs schlimmer an. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 604.

***) Vgl. die Anmerkung auf S. 62.

Regierung wie den Verständigen unter den Regierten das erwünschteste Ziel; in dem Vordergrunde des freilich nicht bedeutenden Interesses für das allgemeine Wohl Deutschlands steht die Forderung der unbedingten Selbständigkeit und materiellen Schonung Hannovers.

Bei dem königl. Hofe sind die Sympathien für Oesterreich vorherrschend, bei einzelnen Persönlichkeiten aus der Allerhöchsten Umgebung, wie Flügeladjutant Graf Platen, den ich wegen seines Einflusses und der königl. Dekorirung mit dem Johanniter-Orden erwähne, tritt eine Abneigung gegen Preußen sehr sichtlich hervor.*) Indessen die persönliche Anwesenheit der österreichischen Offiziere beim Durchmarsche nach Holstein hat die unbedingte Zuneigung, welche sich auf eine sehr vielseitige und eifrig betriebene Beschreibung österreichischer Vollkommenheit gebildet hatte, schon herabgestimmt, ja die unziemliche Aufführung mehrerer Offiziere bei der Einquartierung in vornehmen und geachteten Familien hat nicht nur laute Mißbilligung, sondern auch Beschwerden bei den Regimentskommandeuren hervorgerufen.

Der gebildete Theil, Beamte sowohl wie Bürger, theilt diese Gunst höheren Orts für Oesterreich nicht, der praktische, nüchtern bedächtige Sinn, welcher den Norden Deutschlands charakterisirt, hat die Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen sich klar genug gemacht, allein aus der älteren preußischen Politik und neueren Vorgängen glaubt man die Absicht des »Ueberschluckens« — wie die allgemeine Bezeichnung lautet — als das Ziel preußischer Freundschaft supponiren zu müssen. Dieser fixen Idee wäre vorerst durch eine ruhige Besprechung der gegenwärtigen Sachlage entgegenzuarbeiten, um wenigstens mehr Terrain für eine politisch nothwendige norddeutsche Konsolidirung bei demjenigen Theile der Bewohner zu gewinnen, welcher im guten Sinne des Wortes die öffentliche Meinung repräsentirt und über die unteren Schichten gebietet. Die unverkennbaren Vorzüge preußischer Verwaltung, welche seit dem Antritte der Regierung des jetzigen Königs so vielfach hier benutzt sind, bieten meines unmaßgeblichen Erachtens einen bequemen und sicheren Weg, um das Ersprießliche einer Annäherung an Preußen hervorzuheben.

*) Bismarck bezeichnete den Grafen Julius Platen gleichfalls als „ein besonders übles Element". Brief an Gerlach, d. d. 8. Januar 1853. „Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach". Ausgabe von Horst Kohl, S. 51.



Rücksichtlich einer Verständigung über materielle Fragen wird als Hauptbedingung eine völlige Lossagung vom Süden Deutschlands, eine entschiedene Desavouirung schutzzöllnerischer Tendenzen begehrt. Wenn dieses geschehen, könne von weiteren Verhandlungen die Rede sein, welche im hannoverschen Interesse hauptsächlich eine Ermäßigung der Zölle auf Kaffee, Zucker, Tabak und Wein bezwecken werden.

Zu einer Annäherung des königl. Hofes werden dieselben Mittel anzuwenden sein, welche das österreichische Kabinet seit Jahren mit Geschick und Erfolg gebraucht hat. Attentionen für den König direkt und indirekt, wie durch Aufwartung durchreisender Preußen von Stand und Rang und Ordensverleihung an Personen der nächsten Umgebung, welche für solchen Schmuck empfänglich und von Oesterreich bereits bedacht sind oder bald bedacht werden könnten."

Berlin, den 5. März 1851. Manteuffel an den Grafen Alvensleben in Dresden eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz verstehen mein Schreiben an Fürst Schwarzenberg*) ganz richtig, wenn Sie annehmen, daß ich demselben ein unbedingtes Durchsetzen des zu machenden Vorschlags nicht habe zusichern wollen. Ich verkenne gar nicht, daß in einem solchen Engagement eigentlich nur der Preis liegen kann, für den die Parität einzuhandeln sein möchte, allein andererseits mußte man sich hüten, dies auszusprechen, da nach der mehrfach bewiesenen Perfidie anzunehmen gewesen wäre, daß der Fürst ein solches Handelsgeschäft zum Nachtheile Preußens den kleinen Staaten mittheilen, vielleicht sogar der Publicität übergeben würde. Ueberdies aber darf nicht übersehen werden, daß neben den Vorschlägen wegen Bildung der Exekutive auch noch der Eintritt der Gesammtmonarchie als ein Verlangen Oesterreichs dasteht, welches wir zwar nach den vorangegangenen Engagements nicht geradezu verweigern, jedoch jedenfalls durch unseren Einfluß hindern können.

Nach einer mir heute zugegangenen Depesche des Grafen Bernstorff ist Fürst Schwarzenberg sehr gereizt und wird scharf antworten. Graf Bernstorff hält es nicht für unmöglich, daß man österreichischerseits auf den alten Bund eingehen und den Nachweis

* Beil. v. 27. Februar 1851, vgl. S. 114.

liefern werde, daß die Verfassung vom 4. März dem nicht entgegenstehe. Baron Budberg sagt mir dagegen, daß die aristokratische Partei in Wien gerade die Wiederherstellung des alten Bundestages wolle, um auf diese Weise von der Verfassung vom 4. März 1849 loszukommen, und daß es zweifelhaft sei, ob Fürst Schwarzenberg diesem Andringen werde widerstehen können.

Unter allen Umständen muß man sich auf den Fall der Rückkehr zum Bundestage vorbereiten. Es ist nicht zweifelhaft, daß man uns österreichisch-bayerischerseits dies möglichst bitter machen wird; unsere und unserer Verbündeten Aufgabe wird es sein, einen einigermaßen würdigen Modus zu finden. Namentlich wird man dann gleich mit dem Austritt unserer drei Provinzen die Initiative zu ergreifen haben, um nicht ausgestoßen zu werden.

Es scheint mir übrigens an der Zeit zu sein, daß man den kleinen Staaten keinen Zweifel darüber lasse, daß das Projekt der 11 Stimmen nicht ein eigentlich preußischer Vorschlag, sondern nur auf einer Transaktion zwischen Oesterreich und Preußen beruhe, wobei Letzteres die Rechte der Kleinen einigermaßen habe wahren wollen, daß aber das Projekt jetzt als ganz aufgegeben betrachtet werde. Man hegt davor noch immer eine heilige Scheu: diese muß man beseitigen."

Berlin, den 6. März 1851. Manteuffel übersendet dem Grafen Alvensleben nach Dresden mittelst eigenhändigen Privatschreibens Abschriften der oben S. 117 erwähnten offiziellen und vertraulichen Schreiben des Fürsten Schwarzenberg und fügt seinerseits hinzu:

„Indem ich mich aller der anzustellenden Betrachtungen enthalte, spreche ich nur den Wunsch und die Bitte aus, daß Ew. Excellenz sobald als möglich hierher kommen wollen, um den Berathungen über die nunmehr zu treffenden Entscheidungen beizuwohnen. Se. M. theilen diesen Wunsch. Es wird sich um Erwägung der wichtigen Frage handeln, was vorzuziehen sei: Rückkehr zum alten Bunde oder eine im Widerspruche mit manchen Staaten durch einseitiges Vorgehen der Großmächte ins Leben zu rufende Neugestaltung Deutschlands unter Eintritt der Gesammtmonarchie bei Gewährung gewisser Vorrechte für Preußen, in welchem letzten Punkte Oesterreich, wenn mich nicht Alles trügt, noch Konzessionen machen würde. Bei Beurtheilung dieser Fragen

wird der Stand der Dresdener Verhandlungen wesentlich von Einfluß sein, und über die dortige Lage der Dinge wird Niemand besser als Ew. Excellenz Auskunft geben können.

Ueber die Zeit Ihrer Ankunft erbitte ich mir telegraphische Nachricht."

Graf Alvensleben folgte dieser Einladung und hatte demnächst (8. März) gemeinsam mit Manteuffel Vortrag beim König.*)

Aus Gerlachs „Denkwürdigkeiten" wissen wir, daß sich der König Friedrich Wilhelm IV. besonders lebhaft für den Gedanken interessirte, daß Frankreich in der Schweiz zur Abwehr gegen die dortigen revolutionären Umtriebe intervenire.)**

Berlin, den 6. März 1851, abends 8 Uhr. Königl. Handbillet für Manteuffel:

„Angesichts der Nachrichten über das Mattwerden Frankreichs in seinen Schweizer Projekten ist mir eine Erwägung gekommen, die ich Ihnen zur Prüfung anheimgebe.

Wäre nicht Folgendes zu thun, um das für uns so wichtige, thätigste Einmischen Frankreichs in die Schweizer Dinge wieder anzufachen? »Die Waffe des Widerspruchs zu gebrauchen?« Danach hätten Preußen und Oesterreich gleichzeitig, aber wie zufällig dem französischen Gouvernement zu sagen: Frankreichs Widerspruch gegen Oesterreichs Eintritt in den Deutschen Bund bewiese eine Einmischungslust in

*) Näheres hierüber und gelegentliche Besprechungen Gerlachs mit Manteuffel am 8. März findet man in Gerlach, a. a. O., Bd I, S. 606.

**) Am 14. März 1851 präzisirte Gerlach die Ansicht des Königs, wie folgt: „Es sei von der größten Wichtigkeit, daß Frankreich in der Schweiz intervenire; es habe die Absicht dazu, werde aber daran verhindert durch seine Differenz mit Oesterreich über den von dem Letzteren beabsichtigten Eintritt mit der ganzen Monarchie. Setze man diesen Eintritt durch, so brächte man Frankreich dahin, mit der schlechtesten Partei in der Schweiz in den engsten Bund zu treten. Man müsse diesen Eintritt also ajourniren, Oesterreich aber die sichersten Bürgschaften bieten, ihm künftig dabei zu helfen, vorher sich über die deutsche Sache einigen und Frankreich mit seinem Einmarsch in die Schweiz beginnen lassen. Dann marschiren die beiden deutschen Mächte mit ein, Frankreich kann nicht mehr zurück, und wenn Alles fertig ist, tritt Oesterreich mit der ganzen Monarchie ein."

Dinge des Auslandes, die Deutschland abweisen müsse (oder etwas Aehnliches). Daraus aber gehe von selbst hervor, daß wir nunmehr unseren Rath auf das Lebhafteste dahin geben müssen, daß sich Frankreich nun auch von aller und jeder Einmischung in die Schweizer Angelegenheiten fern halten möchte.

Ich gebe meine Gedanken sehr roh ausgedrückt und in größter Eil' geschehen. Sie werden den Fond derselben aber fassen, und ich stelle anheim, ob man nicht Oesterreichs Meinung darüber sondiren solle? Vale! Friedrich Wilhelm."

Bei der schroff ablehnenden Haltung Englands war an ein energisches Vorgehen gegenüber der Schweiz nicht zu denken.*)

Inzwischen bemühte sich auch der mit Schwarzenberg gut bekannte preußische Gesandte in Petersburg, v. Rochow, den Ersteren für die preußische Auffassung in Betreff des Dresdener Verfassungswerks geneigter zu machen. Rochow war am 4. März in Wien angekommen und hatte den Fürsten am 5. gesprochen.

Wien, den 8. März 1851. v. Rochow an General v. Gerlach eigenhändig privat:

„Gegen die Berliner Abänderung der Dresdener vorläufigen Punktation über die Paritätsfrage hatte der Fürst im Grunde wenig einzuwenden, und er deutet an, daß man sich darüber wohl werde verständigen können. Er verhehlte jedoch nicht, daß der Kaiser und seine Minister gefunden, er, Schwarzenberg, sei in diesem Punkte schon zu weit gegangen. Mehrere neu entstandene Besorgnisse über die wahre Intention unseres Kabinets habe ich mit Unbefangenheit, aber mit allem Nachdruck und, wie ich glaube, mit Erfolg berichtigt und widerlegt, da man mir ein unerwartetes Vertrauen gezeigt. Der Fürst Schwarzenberg glaubt sich nicht anheischig machen zu können, die Paritätsfrage überhaupt ganz unbedingt bei den Königreichen durchzuführen, und erblickt in der von uns gestellten Forderung eine Unmöglichkeit. Soviel hier verlautet, erhebt sich gegen Preußens Ansprüche über die Parität viel entschiedener Widerspruch seitens sehr bedeutender und zahlreicher Bundesglieder. In Berlin wird man heute genügende Auf-

*) Vgl. auch das oben S. 16 erwähnte Nippoldsche Werk über Bunsen, Bd. III, S. 113.



klärung haben. Der Fürst will gern wieder nach Dresden gehen, sobald sich irgend eine gründliche Chance zeigt, dort etwas Haltbares durchzusetzen.

Ich beklage aufrichtig, daß der Fürst sich nicht dazu versteht, mit Graf Bernstorff zu verhandeln, daß also gar kein mündlicher Geschäftsaustausch zwischen ihm und dem königl. Gesandten stattfindet. Der Fürst Schwarzenberg hat jetzt noch sehr viel Vertrauen zu den persönlichen Ansichten und Intentionen des Herrn v. Manteuffel, welcher aber hier unbedingt einen Vertreter haben muß, auf den er sich ganz und gar verlassen kann. Die baldige Hierherkunft des Nachfolgers des Grafen Bernstorff darf ja nicht verzögert werden, und kann ich nicht genug empfehlen, einen solchen so schnell als möglich abgehen zu lassen; jeder Tag ist wichtig.

An die Möglichkeit eines Krieges zwischen beiden Mächten denkt hier kein Mensch. Ich habe Se. M. den Kaiser, Allerhöchstseine Durchlauchtigen Eltern, alle alten Militärs, Fürst Windischgrätz, Carl Liechtenstein und sehr viele gute Patrioten vortrefflich und voller militärischer, ja gemüthlicher Offenheit gegen mich gefunden und bin mit großer Zuvorkommenheit und wahrer Freundschaft aufgenommen. An Rüstungen, wie solche Graf Arnim-Boitzenburg bei Herrn v. Manteuffel beantragt, braucht zuverlässig nicht gedacht zu werden.

Wer hat nur die Publikation der Warschauer Verhandlungen veranlaßt, das hat hier sehr shockirt. Uebrigens behauptet man, daß Oesterreich in der Paritätsfrage dabei auf die Zustimmung aller Bundesglieder gerechnet, Preußen dagegen den Eintritt der ganzen Monarchie ohne Bedingung zugestanden. Herr v. Meyendorff ist sehr leidend und elend. Er ist aber doch der Alte und uns sehr nützlich. Er hält den Wechsel in der Mission für sehr nöthig.

Ich soll heute die Ehre haben, bei Sr. M. dem Kaiser zu speisen. Ende der Woche denke ich in Berlin zu sein."

Charlottenburg, den 12. März 1851. General v. Gerlach übersendet Manteuffel*) das vorstehende Rochowsche Schreiben:

* Gerlach bezeichnet in seinen „Denkwürdigkeiten" mit Vorliebe die verschiedenen Manteuffel zu ihrer Unterscheidung mit einem Zusatze (Spitznamen);

„Wenn Sie es nur werden lesen können.*) Was er über Bernstorffs Stellung sagt, erscheint mir als beachtenswerth.

Ich bringe mit dem Inhalt dieses Schreibens die Depeschen aus London und Wien, die ich darum Ew. Excellenz direkt übersende, in Verbindung. Vergleicht man das, was Bernstorff sagt, mit Bunsens Berichten,**) so kommt man zu dem Resultat:

1. Daß Bunsen sich irrt (oder flunkert, was man leider von ihm mit Wahrscheinlichkeit erwarten kann), wenn er von einer österreichischen, dem französischen Kabinet abschriftlich mitgetheilten Depesche spricht. Das »Journal des débats« hat gewiß Recht, wenn es in dem bekannten von seinem Redakteur unterschriebenen Artikel sagt:

»Cette réponse a été faite verbalement, mais elle est reproduite fidèlement d'après le conte que le Prince Schwarzenberg en a rendu«;

2. daß es empörend ist, wenn Bunsen noch heute vom Jahre 1848, dem Jahre der Schmach und der Schande, als von einer Zeit spricht, wo Deutschland gefürchtet und geachtet war;

3. daß, wenn das, was er von dem Vorhaben des englischen Kabinets sagt, auch nur der Hauptsache nach richtig ist, unser Kabinet sich in diesem Moment in der vortheilhaftesten Stellung befindet und nicht nöthig hat, Oesterreich auch nur einen Finger breit nachzugeben. Die Prokeschschen »Privatgedanken« werden nun verständlich. Wahrscheinlich hat Prokesch die Instruktion, Preußen auf alle Weise entgegenzukommen, damit nur in Dresden ein Resultat erzielt und der Eintritt mit der ganzen Monarchie zu Stande gebracht wird.

Den König habe ich auf Bunsens Art, das Jahr 1848 anzu-

Oberteuffel heißt der Ministerpräsident, Flügelteuffel Edwin Manteuffel, Unterteuffel, auch Ackerteuffel der Bruder des Ministerpräsidenten. In den Briefen Bismarcks an den General Leopold v. Gerlach figurirt Manteuffel wiederholt pseudonym als Schulze S. 272, 273, 274, 278, 363; Romeo S. 303; Fra Diavolo, S. 89, 139 ff., Mann des Teufels S. 255.

*) Der Brief ist in der That so unleserlich geschrieben, daß er auch nur mit Hinweglassung der unenträthselbaren Stellen mitgetheilt werden konnte.

**) Näheres über obenstehenden Bericht Bunsens finden wir bei Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 607 ff.



sehen, aufmerksam gemacht, damit Se. M. einsehen lernt, wie sie in London bedient werden."*)

Die weiteren Einigungsversuche zwischen dem preußischen und österreichischen Leiter der Politik wurden von dem Ersteren wiederum ganz über den Kopf des österreichischen Gesandten in Berlin geführt, der darüber vollständig in Unkenntniß gelassen wurde.**) Manteuffel hielt in seinem nach Wien gerichteten Erwiderungsschreiben vom 10. März sein Ultimatum vom 27. Februar in allen Stücken aufrecht, sprach aber zugleich auch die Bereitwilligkeit Preußens zu einer solidarischen Verbürgung des österreichischen Gesammtgebietes aus. „Je ernster," sagte er, „eine europäische Verwickelung werden mag, desto fester werden wir in der engen Verbindung mit Oesterreich beharren."***)

Ueber die Dispositionen des Fürsten Schwarzenberg erfuhr Manteuffel, bereits ehe der Erstere zu einer Beantwortung des eben erwähnten Schreibens schritt, unter der Hand Näheres aus einer privaten Mittheilung des immer zur Versöhnung der beiden feindlichen Lager bereiten russischen Gesandten in Wien, Frhrn. v. Meyendorff.

Wien, den 16. März 1851. Der russische Gesandte Frhr. v. Meyendorff an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz freundschaftliche Nachsicht muß ich vorerst in Anspruch nehmen, wenn ich heute erst auf Ihren ebenso wichtigen als vertrauensvollen Brief vom 2. d. Mts., und zwar durch den Ueberbringer, unsern gemeinschaftlichen Freund Rochow, antworte. Ihrem Wunsche gemäß habe ich denselben nicht ganz dem Fürsten Schwarzenberg mitgetheilt — ich habe aber zum Nutzen der guten Sache und zur Förderung des guten Einverständnisses zwischen zwei, ich sage nicht Gegnern, sondern Freunden — einige Stellen desselben dem Fürsten vorgelesen und bin daher in der Lage, einige Gegenäußerungen Ihnen vertraulich mitzutheilen.

*) Der vorstehende, in dem Manteuffelschen Nachlaß befindliche Brief ist in etwas anderer Fassung bereits bei Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 608 zum Abdruck gelangt.

**) v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 205.

***) Die Manteuffelsche Antwort vom 10. März erwähnt Prokesch, a. a. O., S. 206. Vgl. auch Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 606.

Da er in der letzt von dem preußischen Kabinet vorgeschlagenen Form des Bundestags das Prinzip des Machtverhältnisses der Staaten als maßgebend für ihren Einfluß in Deutschland angenommen hat, so folgt daraus wohl eine bevorzugte Stellung Bayerns gegenüber den anderen Königreichen — aber durchaus nicht gegenüber von Preußen. Wenn das Berliner Kabinet fortführe, Gesinnungen an den Tag zu legen, wie diejenigen sind, welche Ihren letzten Mittheilungen zu Grunde liegen, und in europäischen Verhältnissen die Solidarität mit Oesterreich beobachtet, wie jüngst in Antwort auf die englische Protestationsnote, so ist Fürst Schwarzenberg viel zu aufgeklärt und viel zu berechnend, um nicht einzusehen, daß das Einverständniß mit Berlin mehr wiegt als das mit München — darauf können Sie rechnen.

In Bezug auf die Handels- und Zollverhältnisse glaubt er zwar nicht, daß unübersteigliche Hindernisse die Annäherung und Ausgleichung der Interessen verhindern, er ist aber vollkommen der Ansicht, daß nur im Laufe der Zeit die Mittel und Wege einer solchen Ausgleichung sich finden lassen. — Er sieht diese Frage als eine offene an, nicht aber als eine, in welcher verschiedene Auffassung der Prinzipien oder der praktischen Zustände eine schlimme politische Folge nach sich ziehen könnte. Was die Parität, d. h. bestimmte Theilnahme Preußens am Direktorium des Bundestags betrifft, so macht er dieselbe nicht streitig, — ja er formulirt diese Anerkennung auf das Bestimmteste im § III des Projekts — glaubt aber mit vielen Anderen, daß das Alternat im Präsidium augenscheinlich nachtheilige Folgen für das Geschäft mit sich bringt und auch dem Oesterreich stets vorbehaltenen Vorrang zuwiderstände.

Im Ganzen finde ich ihn von dem aufrichtigsten Wunsche einer Verständigung mit Preußen durchdrungen und keine Spur von Bitterkeit in seinen Aeußerungen, wenn auch Ihre Mittheilungen anders lauteten, als er es sich erwartet hatte.

Können Ew. Excellenz dazu beitragen, daß Ihre Zeitungen Ihren Vorschlägen nicht eine frühzeitige und gefährliche Publikation geben, so würde das Ergebniß der Unterhandlung gewiß dadurch gefördert. Dergleichen sieht man hier als Blößen an, welche ein Kabinet sich giebt und wodurch es sein eigenes Nachgeben in der Folge sehr erschwert. Auch der sehr gereizte Ton der »Kreuz-Zeitung« ist Ihrer Aufsicht nicht unwürdig, — selbst Napoleon

war gegen dergleichen nicht bombenfest. Dazu kommt, daß diese Zeitung immer als ein, wenigstens halbes Regierungsorgan angesehen wird und hier ein großes Publikum in den höheren Ständen findet.

Ich hoffe bald aus Berlin zu erfahren, daß die beiden Ministerpräsidenten sich wieder in Dresden begegnen werden. Der Tag, an welchem ein neuer Bundestag aus der Asche des alten entsteht, würde ein Sieg für die Regierungen, eine Niederlage für die Anhänger der Paulskirche und die Gothaer sein."

Coblenz, den 17. März 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:*)

„Aus den mitgetheilten Schriftstücken habe ich die Punctation vom 23. v. Mts. kennen gelernt, welche zwischen Ihnen und dem Fürsten Schwarzenberg aufgesetzt ward;**) ich sehe mit Ungeduld der Mittheilung der Antwort des Fürsten entgegen. Ebenso bitte ich Ew. Excellenz, mir gefälligst mittheilen zu wollen, welches die eigentlichen Gründe Preußens sind, aus denen es bei der Aufnahme des gesammten Staats Oesterreich in den Deutschen Bund beharrt, nachdem die Großmächte England, Frankreich und selbst bedingungsweise Rußland sich gegen diesen Eintritt ausgesprochen haben. Da mir dieser Eintritt, seitdem das Princip der Union am 26. März 1849 aufgegeben ist, als höchst nachtheilig für Deutschland und Preußen erscheint, so muß es für mich von Wichtigkeit sein, zu erfahren, welche Gründe dem königl. Gouvernement vorschweben, aus denen man (namentlich Graf Hatzfeld instruirt wird, Frankreichs Widerspruch zu begegnen) den Großmächten fortwährend entgegentritt, indem in den mir vorliegenden Schriftstücken Gründe nicht angeführt sind. Prinz von Preußen."***)

*) Die von Manteuffel hinterlassenen Papiere bestätigen hier nur, was bereits bekannt ist; in der Umschau am Jahreswechsel 1850/51 hatte Gerlach auch den „Liberalismus des Prinzen von Preußen aufgezählt, der sich durch Aerger gegen Oesterreich äußert." „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 102. — Nach einem Briefe des Prinzen von Preußen (an Bunsen, 16. März 1851) meinte derselbe von den Dresdener Konferenzen in der That nur noch das Eine zu wünschen, daß Preußen nicht ganz erbärmlich daraus hervorginge. Erich Marcks, „Kaiser Wilhelm I.", S. 102.

**) Vgl. S. 127.

***) Die Antwort Manteuffels findet sich S. 134, unter dem 20. März 1851.

Am 17. März antwortet Fürst Schwarzenberg dem Minister halb offiziell mit dem Ausdruck des lebhaften Dankes für den vorgeschlagenen Allianzvertrag. Indessen bat der Fürst, ein näheres Eingehen darauf bis zum Schlusse der Konferenzen zu vertagen, da er immer noch nicht an deren völlige Ergebnißlosigkeit glauben mochte.*)

Wien, den 17. März 1851. Fürst Schwarzenberg an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mein halboffizielles Schreiben enthält eine ausführliche Beantwortung der in gleicher Form gemachten Eröffnungen; ich habe geglaubt, den Passus, welcher die schleunige Einsetzung der Bundes-Centralbehörde als eine österreichische Forderung bezeichnet, ausdrücklich berichtigen zu sollen, indem die Befriedigung eines so allgemein anerkannten und reellen Bedürfnisses im Interesse Aller und keineswegs in einem speziell österreichischen vorangestellt wird.

Hiermit bleiben nach Ausscheidung dieses Punktes nur zwei Gegenstände übrig, über welche im Interesse beider deutscher Großmächte und mehr noch in dem des gesammten Deutschlands eine vollständige aufrichtige, durch keine Wechselfälle zu trübende Einigung zu erfolgen hätte: Der Eintritt des ganzen Kaiserreiches in den Bund und die Paritätsfrage. Die letztere glauben wir in einer für Preußen befriedigenden Art aufgefaßt zu haben und wiederholen unser Versprechen, Alles anzuwenden, um die Beistimmung sämmtlicher Bundesgenossen zu erwirken. In Bezug auf den ersten Punkt vermissen wir aber zu unserm wahren Bedauern auch in den letzten Mittheilungen die bestimmte Zusicherung, daß Preußen mit uns auch die Schwierigkeiten zu überwinden wissen werde, welche von Seiten eines oder mehrerer Bundesgenossen in den Weg gelegt werden könnten. So kräftig und einer Großmacht würdig die Sprache und die Stellung sind, welche die königl. Regierung den ausländischen unberechtigten Prätensionen entgegengesetzt hat, so kann ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß Frankreich und England auch mittelbar gegen die beabsichtigte Neugestaltung des Bundes agiren und hierzu sehr leicht Helfer in Deutschland selbst finden werden;**) wozu

*) v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 208. Ueber eine Besprechung Manteuffels mit Gerlach über seine Taktik in Dresden, vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. I. S. 610.

**) Den folgenden Text aus dem Briefe des Fürsten Schwarzenberg bis zu dem Absatz: „Gegen die Zusammensetzung" u. s. w. hat bereits Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 611 f. abgedruckt.

hat man sonst Freunde und Verwandte; sollte der Einspruch dieser Bundesgenossen, der wohl nicht fehlen wird, als ein unübersteigliches Hinderniß betrachtet werden, so ist schon jetzt jeder Schritt, der die deutschen Angelegenheiten in eine bessere praktische Richtung bringen soll, als vollkommen unwirksam und verlorene Mühe anzunehmen. Daß hiermit beide, nur gleichzeitig durchzuführenden Propositionen fallen, können wir im voraus als ausgemacht annehmen; noch bleibt dann die Rückkehr zum alten Bundestag, wozu wir keinen weiten Weg zurückzulegen haben — aber immer ein schmähliches testimonium paupertatis für die Regierungen und ein wahrer Triumph für alle inneren und äußeren Feinde Deutschlands. Gegen die Zusammensetzung des Bundesrathes und die vorgeschlagene Stimmenvertheilung machen wir keine Einwendung; die Vollzugsbehörde, der ich am liebsten den Charakter und die Funktionen sowie auch den Namen eines Ausschusses und einen scharf begrenzten Wirkungskreis beigelegt sehen möchte, scheint uns aber einer wesentlichen Abänderung zu bedürfen, um dem Machtverhältnisse, also der Leistungsfähigkeit, und mithin dem berechtigten Einflusse der in dem preußischen Vorschlage angeführten Gruppen zu entsprechen.

Da ich darauf rechne, daß obige Zeilen nur zu Ew. Excellenz Kenntniß gelangen, nehme ich mir die Freiheit, beizufügen, daß es sich hier nicht um politische mehr oder weniger begründete Sympathien oder Antipathien handeln kann, sondern um statistisch festgestellte Zahlen über Einwohner, Geldmittel und abgerichtete Soldaten.

Um ein dauerhaftes Gebäude aufzuführen, braucht man vor Allem kompakte Steine und nicht Gerölle und Sand, die man höchstens hier und da und gewöhnlich zum Schaden des Hauses zum Ausfüllen verwenden kann.

Sollten Ew. Excellenz auf die von uns vorgeschlagenen Modifikationen eingehen, wie wir es sehnlichst wünschen und hoffen, so bin ich gern bereit, mit Hochdenselben an einem beliebigen Tage in Oderberg zusammenzutreffen, um dort den Modus unseres gemeinschaftlichen Auftretens bei der Dresdener Konferenz auf das Genaueste zu verabreden.

Das Anerbieten, unsere Uebereinkommen in Bundesangelegenheiten, dem Auslande gegenüber, durch einen förmlichen Vertrag, der ein Schutz- und Trutzbündniß zu sein hätte, zu bekräftigen,

haben wir dankbar in weiteste Erwägung gezogen. Wie aber dahin zu gelangen wäre, ohne ganz Europa vor der Zeit durch einen solchen Vertrag in Aufregung zu bringen, weiß ich von meinem Standpunkt aus nicht anzugeben.

Im Vertrauen auf Ew. Excellenz gütige Nachsicht erlaube ich mir, mit gewohnter Freimüthigkeit einen Umstand hervorzuheben, der hier vielleicht an seinem Platze sein dürfte.

Das unleugbare Verdienst der Berliner Presse in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten, von allen Schritten, ich möchte sagen von allen politischen Regungen der königl. Regierung schnell und oft richtig unterrichtet zu sein, ist in der Regel als eine wirkliche Erschwerung der Geschäftsführung zwischen unseren beiden Höfen zu betrachten; in Fällen wie der gegenwärtige, wo eine Verhandlung sehr geheim gehalten werden müßte, um dem erreichten Resultate die volle Wirkung zu sichern, ist die vorzeitige Verlautbarung eines so wichtigen und folgereichen Aktes als absolut störend und sogar als gefahrbringend zu bezeichnen.

Ich würde Ew. Excellenz ganz besonders verbunden sein, wenn Sie es der Mühe werth hielten, meine dahin gerichteten Bedenken und Skrupel mit gewohnter Güte zu beheben.

Unseren verschiedenen vertrauten Korrespondenzen zufolge rüstet die Revolution mit Eifer in Frankreich, England, Italien und Deutschland — uns soll sie vorbereitet finden und hoffentlich enge vereint mit Preußen.

In Paris trüben sich die Aussichten in die Zukunft immer mehr und mehr — die verschiedenen Parteien, die sich der meiner Meinung nach absurden Illusion hingeben, auf parlamentarischem Wege zur Macht zu gelangen, reiben sich wechselseitig auf und werden den Fäusten der Rothen und Sozialisten eine leichte Beute sein — um die auswärtigen Angelegenheiten kümmert sich unter so bewandten Umständen Niemand.

In England sehen wir ein ganz diskreditirtes Ministerium, welches seine Existenz nur der Schwäche seiner Gegner verdankt; die konstitutionelle Puissance wirkt nicht mehr, oder sie muß zu einem Ministerium Cobden führen, denn dann allein kann man bei allgemeinen Wahlen eine Majorität versprechen.

Wie überaus günstig der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Rekonstituirung Deutschlands wäre, wenn die Regierungen zu

einer wirklich patriotischen Auffassung der Verhältnisse gelangen könnten, braucht wohl nicht noch einmal gesagt zu werden; leider hat man in den freien Konferenzen Wichtigeres zu thun.

Die Notizen über den bewußten äußerst gefährlichen Mann in Prag habe ich dankbarlichst benutzt; ich kann zwar nicht an die Richtigkeit der mitgetheilten Angaben in ihrem ganzen Umfange glauben, indessen hat uns K.s Beispiel zur nützlichen Lehre gedient, und um alle Fäden durchzureißen, ist der Gefangene unverzüglich und ohne Aufsehen von Prag weg und anderwärts in sicheren Gewahrsam gebracht worden.

Mit Graf Bernstorff habe ich über Ew. Excellenz Mittheilungen nicht gesprochen, weil ich überzeugt bin, daß dadurch nichts erreicht und leicht Manches verdorben werden konnte.

Daß man in Wien durchaus nicht antipreußisch gestimmt ist, kann ich versichern und appellire diesfalls an das Urtheil eines jeden unparteiischen Preußen, der unsere Hauptstadt kennt — in dem preußischen Gesandten erkennt man aber allgemein einen unfreundlich gesinnten, gereizten Mann, dessen Wesen nicht zusagen kann und dessen Aeußerungen eine Anomalie sind; es kann mir nicht beifallen, seinem Charakter nahe treten zu wollen, aber seine politische Anschauungsweise gehört einer anderen, zum Glück vorübergegangenen Zeit an, und heute macht er den Eindruck einer veralteten, im Jahre 1849 gedruckten Nummer der »Vossischen Zeitung« oder »Deutschen Reform«.

Nun habe ich wieder lange auf Ew. Excellenz Nachsicht gesündigt und bitte deshalb um Vergebung.

Genehmigen Hochdieselben die erneuerten Versicherungen der ausgezeichnetsten Hochachtung und der aufrichtigen Ergebenheit, mit denen ich die Ehre habe zu verharren Ew. Excellenz gehorsamer Diener F. Schwarzenberg."

Berlin, den 19. März 1851. Manteuffel übersendet mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Grafen Alvensleben nach Dresden Abschrift der beiden vorerwähnten Wiener Schriftstücke:

„In einem besonderen, sehr freundlichen, eigenhändigen Billet bittet mich der Fürst, die Sache äußerst geheim zu halten. Ew.

Excellenz brauche ich diese Bitte nicht noch besonders ans Herz zu legen.

Bevor ich antworte, möchte ich gern noch mit Ew. Excellenz Rücksprache nehmen, namentlich, um mich über die Grenze des Möglichen genau zu informiren. Es würde mir daher erwünscht sein, wenn Sie die Geneigtheit hätten, baldigst, wie es die dortigen Verhältnisse gestatten, hierher zu kommen und mir die Zeit Ihrer Ankunft telegraphisch mitzutheilen. Wünschen Ew. Excellenz es, so erbitte ich mir auch Ihre Auskunft durch den Telegraphen, wenn ich weiß, ob Sie dort zu jeder Zeit abkömmlich sind.

Wünschenswerth wäre mir Ew. Excellenz Anwesenheit besonders am Sonntag, da ich an den übrigen Tagen Sklave der Kammer bin.

Der kritische Punkt ist offenbar die Bildung der Exekutive. Ich glaube nicht, daß man darin die Trias hinstellen darf; doch will ich hierin Ihrem Dafürhalten nicht vorgreifen. Vielleicht könnte man Bayern und Hannover zusammenstellen."

Auf dieses Schreiben kam Graf Alvensleben sogleich nach Berlin, um mit dem Ministerpräsidenten dem Könige über die österreichischen Vorschläge Vortrag zu erstatten.

Berlin, den 20. März 1851. Antwort Manteuffels auf das Handbillet des Prinzen von Preußen vom 17. d. Mts.:*)

„In Erwiderung des gnädigen Schreibens vom 17. d. Mts. gestatte ich mir zuvörderst die Bemerkung, daß man Ew. K. H. nicht richtig berichtete, wenn man Höchstdenselben mittheilte, daß auch Rußland gegen den Gesammteintritt der österreichischen Monarchie in den Deutschen Bund Verwahrung eingelegt und daß der Graf Hatzfeld von mir instruirt sei, dem hierauf bezüglichen Widerspruche Frankreichs entgegenzutreten.

Graf Nesselrode hat ganz kürzlich den von Castel-Bajac**) gemachten Versuch, Rußland nur entfernt zu einer Theilnahme an dem Proteste gegen den Eintritt des Gesammt-Oesterreich in den Bund zu vermögen, sehr bestimmt zurückgewiesen. Graf

*) Vgl. S. 129.

**) Der französische Gesandte in St. Petersburg.

Hatzfeld ist von mir im Allgemeinen von der Sachlage in Kenntniß gesetzt, aber mit irgend welchen Erklärungen von mir nicht beauftragt.

Nach meiner Ansicht würde es allerdings vorzüglich dem österreichischen Kabinette obliegen, dem Widerspruch der anderen Großmächte zu begegnen, ich halte es aber weder der Ehre Preußens noch seinem Interesse angemessen, wenn es mit jenen Mächten gemeinschaftliche Sache machen wollte. Vielmehr wird Preußen auch bei dieser Gelegenheit lediglich sein eigenes und das Interesse Deutschlands zur Richtschnur zu nehmen haben.

Es dürfte hierbei zuvörderst in Betracht kommen, daß es der ausdrückliche, wohl erwogene Wille Sr. M. ist, Oesterreich in dieser Beziehung keine Schwierigkeit zu machen, und daß das preußische Gouvernement, bevor ich die Ehre hatte, an der Spitze des Ministeriums zu stehen und die auswärtigen Angelegenheiten zu führen, Verpflichtungen eingegangen ist, die unter der Voraussetzung der Verständigung über unsere Forderungen nicht rückgängig gemacht werden können.

Ist aber das österreichische Kabinet bereit, Preußen nicht allein die volle Gleichberechtigung formell, sondern ihm auch die gemeinsame Führung und Leitung der Angelegenheit materiell und in einer Weise einzuräumen, durch welche Preußens Stellung und sein Einfluß völlig gesichert ist, so kann ich in der That nur Sr. M. beistimmen, wenn Allerhöchstdieselben in dem Gesammteintritt Oesterreichs eine weitere Gefahr für Deutschland und Preußen nicht zu erkennen vermögen, während es andererseits ganz unzweifelhaft ist, daß das Auseinanderfallen der österreichischen Gesammtmonarchie oder der Austritt des ganzen Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde in mehr als einer Beziehung von den mannigfachsten Nachtheilen und Gefahren begleitet sein würde.

Auch werden Ew. K. H. nicht übersehen, daß der Gesammteintritt Oesterreichs — das bald genug gedrängt sein würde, seine ganze Kraft und Wachsamkeit der unteren Donau zuzuwenden — wenn er unter den obigen Voraussetzungen erfolgt, gerade dazu beitragen muß, den Einfluß Preußens auf die rein deutschen Staaten zu vergrößern.

Fürst Schwarzenberg hat in einer Note, welche ich gestern empfangen, sich in der Hauptsache mit den preußischen Vorschlägen einverstanden erklärt und auch — was früher nicht der Fall war

— anerkannt, daß die beiden Fragen über den Gesammteintritt Oesterreichs und über die Stellung Preußens einer gleichzeitigen Lösung unterliegen müssen.

Eine wesentliche Verschiedenheit zwischen uns waltet noch über die Art und Weise ob, wie der ständige Exekutivausschuß zu bilden sein möchte.

Ich darf indessen nicht unterlassen, Ew. K. H. darauf aufmerksam zu machen, daß es aus vielen Gründen dringend nothwendig ist, über den Stand der Verhandlungen das strengste Stillschweigen zu beobachten."

Charlottenburg, den 20. März 1851. Königl. Handbillet an Manteuffel:*)

„Die österreichische Communicazion erfordert sehr reife Ueberlegung, und ich glaube, wir thun gut, in diesem Punkte dem Fürsten Schwarzenberg nachzuahmen, d. h. daß wir die Sache wenigstens bis zur künftigen Woche uns bedenken.

Demnach bitt' ich Sie, mich zu besuchen, sobald es Ihnen für gut erscheint! Ich kann heut nachmittag zwischen 4 und 5 und morgen von ½9 früh an zu Bellevue sein und Conferiren. Seien Sie so gut, bester Manteuffel, und wählen Sie nach ihrer Convenienz. Ziehen Sie heut nachmittag vor, nach Bellevue zu kommen, so avertir ich, daß ich Sie bis ½6 Uhr dort erwarte, und bitte dringend, Ihr Diner in Gemüthsruhe zu verzehren. Das gehört wesentlich zu einer gesunden Politik. Auch bin ich morgen von ½9 (ja von früher) an bis mittag bereit, Sie zu empfangen. Ich habe morgen einen vortragsfreien Tag. Die Entscheidung an Schwarzenberg scheint mir so wichtig, daß sie wohl definitiv im Conseil geschehen müßte, etwa Montag oder Dienstag. Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Ich dejeunire um 2 Uhr bei Carl im Ordens-Palais und bitte mir dorthin melden zu wollen, wann Sie zu mir nach Bellevue kommen, ob heute, ob morgen?"

Das Ergebniß wiederholter Berathungen des Königs mit Manteuffel und Alvensleben (23. und 24. März) war: 1. Ein Bestehen auf dem Alternat, indem man Oesterreich freigab, den Termin des Alternirens zu bestimmen. 2. Nichtanerkennung der Stimme Bayerns

*) Gerlach erwähnt dieses Handbillet a. a. O., Bd. I, S. 611.



in der Exekutive. 3. Erklärung, daß man den Bundestag beschicken wolle, und Anerkennung des Bundestages von Seiten Preußens und seiner Bundesgenossen. Nachdem die Situation durch diesen Beschluß geklärt war, reiste Alvensleben am 25. März nach Dresden zurück.

Coblenz, den 25. März 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihre mir zu meinem Geburtstage dargebrachten Wünsche. Ich bin überzeugt, daß Sie dieselben mit den Gesinnungen mir widmeten, die Sie sonst stets mir bewiesen, sowie ich auch Ihrer Versicherung glaube, daß Sie nach Ihrem besten Wissen und Gewissen das Staatsruder lenken. In den Mitteln zu dieser Lenkung freilich sind unsere Ansichten verschieden. Die Zeit muß lehren, was das Richtige ist!

Aus allen Verhandlungen, die ich durch Ihre Mittheilung kenne, sehe ich noch immer keine Möglichkeit ein, wie Preußen die Gleichberechtigung (scil. mit Oesterreich) erhalten soll? Ihre Kommunikationen an mich schließen mit einer Punktation vom 23. Februar. Seitdem schreibt mir der König von einem Projekt, das ich in Ihren Papieren nicht gefunden habe, »nämlich 17 Curien mit 70 Stimmen, darüber Preußen und Oesterreich als Exekutive, und wird dies nicht angenommen, dann unbedingte Rückkehr zum Bundestage, um durch dessen Preußen günstigeres Stimmenverhältniß das Weitere dereinst zu reguliren; — dann aber auch kein Eintritt der gesammt-österreichischen Monarchie in den Bund.« Dies Projekt scheint mir sehr richtig und 1000 mal besser als das 9 er und 11 er Projekt. Da Sie mir am 20. von demselben aber nichts schreiben, sondern nur sagen, die letzten österreichischen Antworten enthielten eine Annäherung, aber über die Exekutive könne man sich noch nicht einigen, so muß das wohl auf obiges Projekt hindeuten, und hoffentlich ist nunmehr alles Hin- und Herzerren aufgegeben und der alte Bundestag angenommen. Daß dies unter den obwaltenden Umständen das Beste wäre, beweist schon des Fürsten Schwarzenberg Renitenz dagegen.

Was nun die Frage nach den Gründen betrifft, welche ich in meinem letzten Schreiben an Sie richtete, — die Preußen habe, um den Eintritt Gesammt-Oesterreichs in den Deutschen Bund zu wünschen, nachdem die Union aufgegeben ist — so sind Sie

mir die Antwort schuldig geblieben. Sie schreiben nur, der König sei ganz damit einverstanden, wenn Preußen die Parität im Vorsitz erlange, und in Warschau seien Verabredungen getroffen, die Sie als Erbschaft antraten. Was Letzteres betrifft, so war unserer Proposition durch Brandenburg in Warschau wegen des Gesammteintritts Oesterreichs eine kleine Kondition hinzugefügt: das Recht zur Union. Nachdem dies verklausulirt, d. h. gänzlich abgeschlagen beantwortet war, konnte meines Erachtens nach von diesem Gesammteintritt bei uns gar nicht mehr die Rede sein. Der Warschauer Proposition lag immer der Gedanke zu Grunde, daß Oesterreich und ein moralisch einiges Deutschland unter Preußens Führung (Union) sich nebeneinander in Union stellen würden. So wie jetzt Oesterreich seinen Gesammteintritt versteht, heißt es etwas ganz Anderes: Es will mit 37 Millionen an die Spitze Deutschlands treten, den Ehrenvorsitz, d. h. in wenig Jahren den alleinigen effektiven Vorsitz, am Bundestag haben und dann Preußen und alle deutschen Staaten nach seiner Pfeife tanzen lassen und deren Militärkräfte bundesmäßig dahin aufbieten, wo seine Administration Aufstände, Revolutionen u. s. w. erzeugt. Das ist Oesterreichs Wille und Absicht, — und daß das bei uns nicht eingesehen wird, das ist es, was ich zum Vorwurf mache.

Was nun noch des Königs Einverständniß mit dem Gesammt-Eintritt betrifft, so liegt dem stets die uns oft von ihm auseinandergesetzte Idee des Imperiums zum Grunde, eine Idee, die Sie und alle Ihre früheren Kollegen verwarfen. Diese Idee gelangt aber zur Ausführung faktisch nach dem, was ich soeben niederschrieb und auseinandersetzte. Sollten Sie denn dies nicht ebenso gut durchschauen als ich, daß der König durch diesen Antrag zu seiner Lieblingsidee du moyen âge zu gelangen gedenkt. Ihr Gedanke, daß nach dem Gesammteintritt Oesterreich so viel mit seinem Innern zu thun haben werde, daß dadurch Preußen allein mächtig in Deutschland sein werde, kommt mir vor wie Graf Arnims Idee, am 19. März die ganze Stadt Berlin aufzugeben bis auf das Schloß u. s. w., um nachmittags nöthigenfalls die Stadt nochmals zu erobern. Das nennt man den Vogel fliegen lassen, den man festhatte."

Berlin, den 27. März 1851. In Beantwortung dieses Handbillets giebt Manteuffel dem Prinzen von

Preußen unter Vorbehalt der Nachsendung der Aktenstücke zunächst Kenntniß von einem nicht unwichtigen Schritte, der an diesem Tage in der deutschen Angelegenheit erfolgte:

„Die Antwort des Fürsten Schwarzenberg war insofern beistimmend eingegangen, als unser Vorschlag wegen Bildung des Bundesraths aus siebzig Stimmen angenommen worden war; auch die Parität war mit Ausnahme der bloßen Ehrenrechte Oesterreichs concedirt. Dennoch habe ich nicht geglaubt, abschließen zu dürfen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstlich, weil die Parität nur dem Prinzip nach eingeräumt, die Durchführung dieses Prinzips aber einer künftigen Abänderung der Geschäftsordnung vorbehalten war; zweitens, weil der Exekutivausschuß in einer Weise komponirt war, wie sie von allen Seiten den stärksten Widerspruch gefunden haben würde, nämlich außer Oesterreich und Preußen, welche die Leitung haben sollten, Bayern als ständiges Mitglied, sodann eins der drei übrigen Königreiche und hiernächst eine Stimme aus der Gesammtheit der übrigen Staaten.

Ich habe also die Vorschläge in diesen Punkten abgelehnt und verlangt, daß das vollständige Alternat im Präsidium so lange bestehen müsse, als eine beide Theile befriedigende Theilung nicht stattgefunden habe, und daß außer Oesterreich und Preußen nur Wahlmitglieder an der Exekutive Theil haben.

Da indeß Fürst Schwarzenberg ziemlich kategorisch ausgesprochen hatte, bei Nichtannahme dieser Vorschläge werde er nicht weiter verhandeln, so habe ich es an der Zeit gehalten, mit Genehmigung Sr. M. schon jetzt die deutschen Regierungen, welche sich zu Preußen halten, aufzufordern, wegen einstweiliger Rekonstituirung des alten Bundestages Erklärungen abzugeben. Die diesfälligen Schreiben gehen heute ab.*) Es ist darin gesagt, daß man die Dresdener Konferenzen keineswegs als gescheitert ansehe, den Mangel eines allgemein anerkannten Bundesorgans für Deutschland aber als so nachtheilig erachte, daß man auf einstweilige Abstellung dieses Mangels, sollte es auch mit Opfern sein, Bedacht nehmen müsse.

Dieser Schritt wird, wie ich nicht verkenne, den Oesterreichern sehr unangenehm sein; ich habe ihn nicht um deshalb gethan, um die Oesterreicher zu reizen, denn das halte ich unter allen Um-

*) Abgedruckt in Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 368.

ständen für eine fehlerhafte Politik, sondern um deshalb, weil ich die Maßnahme für nützlich und nothwendig erachte, damit einerseits der Fürst Schwarzenberg sehe, daß wir Ernst machen, und damit andererseits, wenn man wirklich zum alten Bundestage zurückkehren müßte, dies nicht infolge Gedrängtwerdens, sondern infolge der von Preußen ergriffenen Initiative geschehe. Dem österreichischen Kabinet ist von dem Schritte Kenntniß gegeben. Der Erfolg muß abgewartet werden, wobei sich von selbst versteht, daß bei der Rückkehr zum Bunde der Eintritt der Gesammtmonarchie Oesterreich nicht concedirt würde.

Ew. K. H. vermissen in meinem letzten Schreiben die Gründe, weshalb Preußen den Eintritt Gesammt-Oesterreichs wünsche; es ist aber niemals gesagt worden, daß dies gerade ein preußischer Wunsch sei, vielmehr ist es immer als ein österreichisches Verlangen bezeichnet worden, dem Preußen nicht entgegentrete. Nachdem einmal diese Stellung seit Warschau eingenommen war, schien es Preußens nicht würdig, durch die ebenso unberechtigten als impertinenten Drohungen und Abmachungen von Louis Napoleon und Lord Palmerston sich beirren zu lassen, wenigstens haben diese auf die sämmtlichen in Dresden versammelten Bevollmächtigten, soviel ich habe wahrnehmen können, mehr einen für Oesterreich günstigen als einen nachtheiligen Eindruck hervorgebracht.

In dem Leitartikel des anliegenden Blattes der »Preuß. Zeitung« ist der Gesichtspunkt etwas näher ausgeführt.

Daß die von Ew. K. H. befürchteten nachtheiligen Folgen aus dem Eintritt aller österreichischen Provinzen in den Bund für Preußen und Deutschland eintreten, dies zu verhindern, wird eine meines Erachtens nicht allzu schwierige Aufgabe der Staatsmänner sein, die dann das Ruder führen.

Wenn Ew. K. H. annehmen, daß ich durch die Insolenzen des Fürsten Schwarzenberg veranlaßt worden, demselben entgegenzutreten, so kann ich dies nicht bestätigen.

Der Fürst ist mir immer mit Vertrauen und Höflichkeit entgegengekommen, und ich habe Beides erwidert.

Ich erkenne in ihm einen sehr bedeutenden Staatsmann, der seinem Landesherrn und seinem Vaterlande und mittelbar ganz Europa große Dienste geleistet hat.

Ich theile indeß keineswegs alle seine Ansichten, ich weiß, daß er sehr schlau und in der Wahl der Mittel nicht ängstlich ist.

In einem Punkte treffe ich ziemlich mit ihm zusammen, nämlich in einer gründlichen Verachtung der gegenwärtigen Generation, namentlich der sogenannten gebildeten Klasse. Ein Grundzug derselben ist, Hochmuth mit Feigheit gepaart, beide aus Gottlosigkeit erwachsen. Die guten Bestandtheile des Volkes, und Gott sei Dank, diese sind auch noch vorhanden, finden sich in der ländlichen Bevölkerung, machen aber wenig Geschrei und werden daher selten bemerkt.

Ich bin mir nicht bewußt, Oesterreich andere Zugeständnisse gemacht zu haben als solche, wofür Preußen mindestens gleich große erhielt, ich kann mich darin freilich wohl geirrt haben, vielleicht aber wird mich die Zukunft rechtfertigen.

Verzeihen Ew. K. H. die Flüchtigkeit dieser in großem Geschäftsdrang verfaßten Zeilen, von denen ich wohl annehmen darf, daß sie nur zu Höchstihrer Kenntniß gelangen, und genehmigen Sie die Versicherung unwandelbarer Treue und Verehrung, womit ich verharre" u. s. w.

Berlin, den 30. März 1851. Manteuffel an Graf Alvensleben in Dresden eigenhändig privat:

„Aus Wien habe ich noch keine Antwort, aber Andeutungen, daß man versuchen wird, die Bildung der Exekutive ganz **ex nexu** zu lassen, weil man auf diesem Felde die meisten Widersprüche fürchtet und ohne diese Frage Preußen mehr isoliren zu können hofft. Wahrscheinlich also wird man das Alternat, und zwar zunächst auf ein Jahr den Vorsitz für Oesterreich in Anspruch nehmen und dafür den Eintritt der Gesammtmonarchie verlangen, die Exekutive aber bis auf Weiteres dem Plenum überweisen und diesem überlassen, die zu einem kurzen Geschäftsbetriebe erforderlichen Einrichtungen zu treffen. Auf indirektem, aber sehr zuverlässigem Wege höre ich von dem Plane, das Verlangen nach Volksvertretung bei dem Bunde durch Bildung eines Parlaments aus den Ständekammern aller Staaten mit Ausnahme Oesterreichs und Preußens zu befriedigen, wodurch zugleich die Trias hergestellt und ein Paroli gegen Erfurt gemacht wäre.

Ew. Excellenz erlaube ich mir, diese flüchtigen Notizen zur Kenntnißnahme zu senden. Wenn Ihnen über die letzte Sache

etwas zur Erfahrung gekommen sein sollte, so würde ich zu Danke verpflichtet sein, wenn Sie die Güte hätten, mir darüber zu schreiben."

In der Sitzung der Zweiten Kammer vom 6. März 1851 bemängelte der Abgeordnete v. Vincke die für den preußischen Militärbevollmächtigten in St. Petersburg verlangte Zulage von 4000 Thalern, wobei er das Vorhandensein eines Militärbevollmächtigten in St. Petersburg für zwecklos erklärte und demgemäß für Streichung des Postens sich aussprach (Sten. Bericht der Zweiten Kammer S. 449). Der Geh. Legationsrath Bork gab als Staatskommissar sofort die gewünschten Aufklärungen, indem er die für die Beibehaltung jener Stelle sprechenden Gründe auseinandersetzte.

St. Petersburg, den 30. März 1851. Der Geschäftsträger Graf Henckel an Manteuffel eigenhändig privat:

„Bereits vor Empfang des Schreibens Ew. Excellenz vom 18. d. Mts. hatte ich mit dem Reichskanzler sowie auch mit dem Grafen Münster über die in der Zweiten Kammer stattgehabte Diskussion wegen der Stellung des Letzteren am hiesigen Hofe und des erwähnten angeblichen Zweckes seiner Mission zu sprechen Gelegenheit gehabt und beeile mich, Ew. Excellenz zu melden, daß diese Debatte hier nicht den geringsten Eindruck gemacht hat, und derselben, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, gegen uns nur scherzweise Erwähnung geschehen ist. Der Zweck, welchen des Hochseligen Königs Majestät der Creirung dieses Postens zu Grunde gelegt, und den der König unser Allergnädigster Herr bei Wiederbesetzung dieser Stelle ebenfalls vor Augen gehabt, ist hier durchweg so bekannt und festgewurzelt, daß derartige Erläuterungen, wie sie in der Kammer stattgefunden, nicht wohl geeignet sind, einen erheblichen Eindruck zu hinterlassen. Das Schreiben Ew. Excellenz hat die Voraussetzungen, die man hier von der Ansicht Hochderselben über den gedachten Fall von vornherein hegte, lediglich bestätigt."

Zur Bereicherung der Anti-Manteuffel-Litteratur hatte Max Duncker im Februar 1851 eine Schrift, betitelt „Die Dresdener Konferenzen", erscheinen lassen, welche unter Benutzung geheimer amtlicher Aktenstücke entstanden war.

Berlin, den 2. April 1851. Manteuffel theilt dem Grafen Alvensleben in Dresden in Beantwortung einer Anfrage desselben eigenhändig privat mit, es sei in Bezug auf diese Schrift bisher zweierlei geschehen. Erstens sei ein Skrutinialverfahren eingeleitet behufs Ermittelung des Vergehens, welches in der Entwendung der bewußten Dokumente lag, und zweitens sei das Verfahren wegen Entziehung der Konzession gegen den Verleger eröffnet.

„Herr v. Prokesch hat mir heute einen eigenhändigen Brief des Fürsten Schwarzenberg stückweise vorgelesen, wonach derselbe über unsere Idee, den Bundestag zu beschicken, sehr empfindlich zu sein scheint. Er nennt das ein lächerliches Unternehmen, dem nur die Absicht unterliegen könne, ein Gebäude aufzuführen, dessen Sturz man voraussehe und aus dessen Trümmern man dann einen Vortheil zu ziehen beabsichtige. Die Antwort aus Wien wird erst nach Rückkehr des Kaisers, also nicht vor morgen, dort berathen werden, mithin wohl kaum vor dem 9. oder 10. d. Mts. hier sein.

Wenn ich Ew. Excellenz richtig verstehe, so würden Sie gegen Gewährung der Paritätsforderung den Eintritt der Gesammtmonarchie zugestehen. Das ist auch meine Ansicht, aber nicht die des Königs und des Publikums. Ueberhaupt ist es eine auch bei dieser Gelegenheit gemachte Erfahrung, wie leidenschaftlich erregt in diesen Dingen nicht bloß die öffentliche Meinung, sondern auch die Auffassung sonst besonnener Leute ist. Der von uns wegen Beschickung des Bundestags geschehene Schritt, der gewiß recht klug und an der Zeit war, hat nun einen Enthusiasmus hervorgerufen, vor dem mir wahrhaft graut.

Die Berichte aller Gesandten sprechen davon in einem schwärmerischen Tone, und man müßte sich, wenn es dazu nicht käme, auf einen sehr üblen Rückschlag gefaßt machen.

Das kann immerhin nicht hindern, daß man die Sache reiflich überlegt und seinen Entschluß unbeirrt von diesen Regungen trifft. Das wird indeß erst geschehen können, wenn die österreichische Antwort da ist; ich habe jedoch nicht unterlassen wollen, Ew. Excellenz schon jetzt von der Gestaltung der Situation in Kenntniß zu setzen."

Karlsruhe, den 6. April 1851. Der Gesandte v. Savigny an Manteuffel eigenhändig privat:

„Allem Anscheine nach bildet sich in Heidelberg ein Komitee der Gothaer Partei aus den Herren Mathy,*) Bassermann,**) Gervinus,***) Häußer†) und dem Herrn Exminister Dusch.††)

Aus der sichersten Quelle wurde mir nun unlängst mitgetheilt, daß dieses Heidelberger Komitee seit einiger Zeit einerseits mit dem ganzen badischen Lande und mit Württemberg, andererseits mit einem in Berlin aus Camphausen,†††) Beckerath,*†) Arnim†*) u. s. w. bestehenden in lebhafter Verbindung ist und daß die Korrespondenz in Heidelberg durch Mathy, in Berlin durch Arnim geführt werde. Auch Herr v. Rüdt†**) sprach mir gestern zum ersten Male nicht ohne Besorgniß von dieser Thatsache. Seine Nachrichten stimmen mit jenen überein oder sind auf selben basirt."

Charlottenburg, den 7. April 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Mir ist ein möglicher Ausweg wegen des Oberkommandos in Cassel eingefallen, den ich Ihnen Beiden, dem Minister-Präsidenten und dem Kriegsminister, zur Erwägung mittheile.

Danach ist Oesterreich zu offriren, unsere Truppen einem ad hoc dorthin zu kommandirenden älteren k. k. General unterzuordnen.

*) Karl Mathy, badischer Staatsmann, 1848 ins Ministerium berufen, am 20. November 1849 aus demselben geschieden.

**) Friedrich Karl Bassermann, badischer Abgeordneter seit 1841, später in der Frankfurter Nationalversammlung hervorgetreten, im August 1849 Unterstaatssekretär im Reichsministerium.

***) Georg Gottfried Gervinus, Geschichtschreiber und Litteraturhistoriker.

†) Ludwig Häußer, deutscher Geschichtschreiber, 1848 badischer Abgeordneter, 1850 Mitglied des Erfurter Unionsparlaments.

††) Alexander v. Dusch, 1843 bis 1849 badischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

†††) Ludolf Camphausen, preußischer Staatsmann, der Bruder des späteren Finanzministers Otto Camphausen.

*†) Hermann Beckerath, Abgeordneter in der Zweiten Preußischen Kammer, in der Nationalversammlung und im Erfurter Parlament.

†*) Alexander Heinrich v. Arnim, preußischer liberaler Staatsmann.

†**) Rüdt v. Collenberg-Bödigheim, der badische Minister des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

trüge Oesterreich Bedenken, so fiele ein jedes dergleichen bei uns weg, und wir würden einen desgleichen General, etwa General der Kavallerie v. Wrangel, ad hoc nach Hessen resp. Cassel senden.
Friedrich Wilhelm."

Charlottenburg, den 7. April 1851. Weiteres königl. Handbillet an Manteuffel:

„Zum Alvenslebenschen Bericht vom 4. April d. Js.*) bemerke ich, daß die Akte, durch welche wir Unionsstaaten den Bundestag restituiren und sogleich beschicken wollen, mir in der Form einer Kollektivakte als wünschenswerth, ja nöthig erscheint. Die Unionsstaaten würden danach durch eine gemeinsame Akte einfach und deutlich aussprechen: Sie veröffentlichen hiermit ihr Uebereinkommen, den alten Bundestag zu restituiren und ihre Gesandten zu dem Zwecke alsbald nach Frankfurt zu senden, wodurch die seit September 1850 dort tagende Fraktion deutscher Staaten zum rechtmäßigen Bundestage gewandelt werde. Motive zu diesem Akt halte ich für überflüssig und bedenklich.**)

Haben Sie, bester Manteuffel, Bedenken gegen diese Ansicht, so erwarte ich Ihren Bericht. Friedrich Wilhelm."

Dresden, den 9. April 1851. Graf Alvensleben an Manteuffel eigenhändig privat:

– „Hier hofft man übrigens noch im Laufe dieser Woche auf einen diesseitigen Vorschlag über den Zeitpunkt der Beschickung des Bundestages. Daß die Verhandlungen überhaupt zu Ende gebracht werden, wünscht man allgemein; ob hier oder auf dem Bundestage, darüber sind die Stimmen getheilt. Allgemein wird aber anerkannt, daß Preußen nicht die Initiative zur Uebergabe des Materials an den Bundestag zur weiteren Verarbeitung geben darf, und ebenso wird keiner der ehemaligen Unionsstaaten mit einem solchen Antrage hervortreten wollen, und zwar in der natürlichen Besorgniß, daß von anderer Seite die Gelegenheit gern ergriffen worden wäre, das Odium wegen der Resultatlosigkeit der

* In Manteuffels nachgelassenen Papieren nicht vorhanden, vermuthlich also ein amtliches, bei den Akten befindliches Aktenstück.

**) Diese Akte würde am 1. Mai bezw. bei der ersten Wiederbetretung des Tarisschen Palais gemeinschaftlich abgegeben werden. (Fußnote des Königs.)

hiesigen Konferenzen auf sie zu werfen. Sollte aber ein solcher Antrag von österreichischer oder bayerisch-sächsischer Seite kommen, so würde ein Widerstreben, auch abgesehen von anderen Gründen, schon um deshalb unthunlich sein, weil zu viele Sympathien kleinerer Staaten mit dem Antrage vorhanden sein würden."

—

Ueber den Zeitpunkt der Beschickung des Bundestages war, bei einem Vortrage zwischen dem König einerseits und dem Minister Manteuffel und dem Grafen v. Alvensleben andererseits eine Einigung nicht erzielt worden. Der König wollte die Beschickung zum 1., dann zum 5. Mai, Manteuffel und Alvensleben wollten sie erst zum 11., und das um so mehr, da noch kein Bundestagsgesandter ernannt war.

Charlottenburg, den 15. April 1851. Königl. Handbillet:

„Antwort auf die Mission der Staatsminister v. Manteuffel und Graf Alvensleben durch General Gerlach.

Ich werde mich um ein Datum nicht brouilliren mit zwei treu bewährten Freunden und überlasse denselben das Datum der Bundestagsbeschickung, aber ausgesprochen unter ihrer persönlichen Verantwortlichkeit.

Meine Gründe, den 1. Mai schon vor 14 Tagen zu bestimmen und jetzt heut den 5. Mai dem 12. vorzuziehen, sind, erstens weil das Mißtrauen, welches das Nichtnennen eines Termines hervorgerufen, durch den Aufschub nach vier Wochen nicht vertilgt werden wird, zweitens weil die Absicht, den Dresdener Tag sich in den Frankfurter auflösen zu sehen, gar nicht in der Auffassung und den Auslassungen meines Cabinetts liegt.

Diese zwei Gründe hab' ich deutlich und vielfach heute früh auseinandergesetzt. Weniger vielleicht einen dritten, daß nach meiner Ueberzeugung und zumal darum, weil Schwarzenberg neue Vorlagen für Dresden angekündigt, der Termin des 12. herankommen und dann der Dresdener Verhandlungen Ende doch noch nicht abzusehen sein wird. Den vierten Grund hab' ich leider vergessen zu erwähnen. Er betrifft Schleswig-Holstein. Die Notablen sind daselbst zur Mitte Mai berufen. Die Sache wird für unsern, für Deutschlands Ruf und Ehre sich sehr schlecht wenden, wenn das deutsche definitive Central-Organ nicht zuvor (oder spätestens

gleichzeitig [?]) den Grundsatz erster Nothwendigkeit feierlich vor Dänemark und der Welt ausspricht, »daß Deutschland keine andere Grundlage der Unterhandlungen und des Rechts Dänemark gegenüber anerkennt, als die bindenden Erklärungen König Christians VIII. von 1846, ergo, den status quo ante«.

Nach der Notablen Versammlung und (Gott weiß wie?) durchgesetzten Beschlüssen nach Dänemarks Gelüsten kommt die deutsche Bundestagserklärung zu spät. Ich wiederhole aber, daß diese Erklärung von Preußens, Oesterreichs und ganz Deutschlands Ehre, Ruhm und Zukunft gebieterisch gefordert wird. Mein Ministerium muß aus allen Kräften eine solche Erklärung, je eher, je lieber durchsetzen. Dixi et salvavi animam meam.

Friedrich Wilhelm."

Dresden, den 20. April 1851. Graf Alvensleben an Manteuffel eigenhändig privat:

„Obwohl die Antwort des Fürsten Schwarzenberg unter höflichen Formen ganz ablehnend ist, und der Stand der Sachen ganz wie vor Abgang unserer Proposition geblieben zu sein scheint, so werde ich doch nicht verfehlen, Dienstag mit dem Frühzuge in Berlin einzutreffen. Früher kann ich nicht wohl kommen, da zum Montag bereits eine vereinigte Kommissionssitzung verabredet war.

Es wird m. E. dann zu einem bestimmten Entschlusse kommen müssen, ob, wenn man den Eintritt Oesterreichs und die Modifikationen der Bundesbehörde vorläufig als aufgegeben ansieht, dahin gewirkt werden soll, daß die hiesigen Arbeiten in eine gewisse Form gebracht, an den Bundestag gebracht werden sollen, ohne eine definitive Instruktionseinholung und Genehmigung seitens der Regierungen zu erfordern, vielmehr letztere beiden Sachen der Bundestagsverhandlung zu überlassen.

Es läßt sich Manches dafür und dagegen sagen; dafür besonders daß sich eine baldige allseitige Zustimmung unter den gegenwärtigen Umständen kaum erwarten läßt, und daß wenigstens jetzt bei der Beschickung des Bundestags ein Abschnitt, welcher sich benutzen läßt, vorhanden ist, während künftig eine Beendigung der hiesigen Verhandlungen mehr einem Bruche ähnlich ist. Indessen bleibe ich bei meiner Ansicht, daß diese Maßregel von uns nicht proponirt, sondern nur unter der Hand befördert werden kann.

Vor Allem wünsche ich aber dringend, daß ich bei meiner Zurückkunft von Berlin die bestimmten Vorschläge über den Zeitpunkt der Beschickung des Bundestages mitbringen kann, da ich auf das Aeußerste damit gedrängt werde."

Gegen das Vorhaben des Prinzen von Preußen, in Begleitung seines Sohnes am 1. Mai nach London zur Eröffnung der dortigen ersten Weltausstellung zu reisen, hatte das Staatsministerium wegen Attentatsbefürchtungen Vorstellungen gemacht.*) Der Prinz von Preußen theilte die geäußerten Befürchtungen nicht.

Berlin, den 20. April 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Durch die Vorsorge, welche das Staatsministerium für mein Leben in Bezug der Welt-Industrieausstellung geäußert hat, ist meine Londoner Reise noch en suspend. Wenn sie noch stattfindet, wie ich annehmen muß, so ersuche ich Sie, mir durch den Messager, der Bunsens Depesche brachte, ein Aperçu des jetzigen Standes der deutschen Frage zu senden, aus dem ich hauptsächlich zu ersehen wünsche:

a) Ist die Réinstallirung des Bundestags von Oesterreich angenommen?

b) Hat Oesterreich dabei an Preußen neue Bedingungen gestellt?

c) Kommt die Co-Présidenten-Frage auf diesem alten Bundestage zur Sprache?

d) Macht Oesterreich Miene, durch diesen Bundestag den Eintritt Ganz-Oesterreichs doch noch durchsetzen zu wollen?

e) Wird Preußen fest dabei nun verharren, da es bei Rückkehr zum Bundestag diesen Eintritt der ganzen österreichischen Monarchie, als sich von selbst verstehend, fortfallend ansah? Und wird es aus diesem Grunde sich dem ferneren Widerspruch Englands und Frankreichs nicht mehr widersetzen? — Rußland scheint nach der Petersburger Depesche jetzt auch in diesem Punkte umkehren zu wollen, da der Kaiser in Nesselrodes Abwesenheit seine Zustimmung gab und jetzt gern zurück möchte.

*) Vgl. Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 419 f., und das S. 16 erwähnte Nippoldsche Werk über Bunsen, Bd. III, S. 184.

Preußen muß sich glücklich schätzen, von seiner Warschauer Versprechung durch die Rückkehr zum Bundestag losgekommen zu sein, denn ohne Union in Deutschland ist der Gesammteintritt Oesterreichs in den Bund Preußens Tod, d. h. Mediatisirung!

f) Ist die Rede davon, die preußischen Provinzen wieder aus dem Bunde zu ziehen, die vor 1848 nicht dazu gehörten?

g) Wen sendet Preußen nach Frankfurt a. M.? wenn es dazu kommen sollte.

Gott gebe, daß dies ein sehr fester, klarer Mann sei, der die heillosen Intriguen, die unserer warten, kennt und nicht beschönigt, wie es Arnim in Wien thun wird. Bernstorff, Alvensleben, Peucker wären die Besten für Frankfurt a. M."*)

Wien, den 21. April 1851. Fürst Schwarzenberg an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz werden aus einer gestern an Herrn v. Prokesch abgegangenen Depesche geneigtest entnehmen, was unserer Ansicht nach in Dresden noch geschehen könnte, um dem dortigen sterilen Kongreise doch einige ersprießliche Resultate abzugewinnen und nach allen Seiten hin ein anständiges plausibles Ende zu bereiten. Das Ausbleiben der Antwort auf unsere Expedition vom 9. d. Mts. hat uns die Möglichkeit benommen, die darin verhandelten Gegenstände in unsere Vorschläge einzubeziehen, was jedenfalls erwünscht gewesen wäre und sämmtlichen Bundesgenossen gegenüber als ein Zeugniß des Einverständnisses zwischen den beiden Großmächten von sehr nützlicher Wirkung gewesen wäre. Wenn die königl. Regierung es für angemessen hält, in Bezug auf ein hoffentlich bald abzuschließendes Geschäft Mittheilungen an den russischen Hof zu machen, so werden wir uns damit ganz einverstanden erklären; bisher hat von hier aus noch kein Wort darüber verlautet. Ich bin sehr erfreut, daß unsere in Kopenhagen geführte Sprache Ew. Excellenz Beifall hat, und erlaube mir, die Meinung beizufügen, daß nur eine fortgesetzte kombinirte derartige Einwirkung einige Aussicht auf Erfolg bietet, indem allen Nachrichten zufolge die ultradänische Partei das Heft in Händen hat und zu hartnäckigem Wider-

* Die Antwort Manteuffels findet sich S. 152, unterm 23. April 1851.

stand enschlossen ist — ich rechne hierbei hauptsächlich auf die Rathschläge aus St. Petersburg, wo man in neuerer Zeit von der zwar nicht unrichtigen, aber etwas einseitigen Auffassung der ledigen Komplikation abgegangen zu sein scheint."

Fürst Schwarzenberg bat den österreichischen Gesandten in Berlin, Frhrn. v. Prokesch-Osten, den vorstehenden Brief dem Minister Manteuffel auszuhändigen.

Wien, den 21. April 1851. Fürst Schwarzenberg an Baron Prokesch eigenhändig privat:

„In der Anlage finden Sie ein Schreiben, welches ich an seine Bestimmung zu befördern bitte, es enthält wenig Neues, aber viel Wahres, was ich in Berlin beherzigt wünschte.

Herr v. Manteuffel schreibt mir, daß sein Bestreben dahin ginge, die Beschickung des Bundestages in möglichst unbefangener Weise zu bewirken und die Blicke dabei nach vorwärts, nicht nach rückwärts zu wenden — das klingt recht schön —, indessen weiß ich, daß an ehemalige Unionsglieder wiederholte Aufforderungen ergangen sind zur Verständigung über den Tag und die Art der Beschickung der Bundesversammlung. Wo ist hier die besagte Unbefangenheit mit dem Blick nach vorwärts? Will Preußen als Haupt einer Partei, mit dem Unionsschweife hinter sich, seinen feierlichen Einzug in Frankfurt halten? was auf die Absicht deuten würde, auch dort eine abgesonderte Stellung einzunehmen? Wenn das der Fall sein sollte, so hat Deutschland durch das materielle Zusammensitzen in Frankfurt nichts gewonnen, und die Union in Erfurt mit Radowitzschen Phrasen und parlamentarischem Bombast und Fiasko hat dem Ganzen nicht mehr geschadet als die dumpfe Wühlung, die sich vielleicht in Frankfurt vorbereitet. Es ist schade, daß die vortrefflichen Leute sich von der in Berlin grassirenden endemischen Krankheit nicht frei halten können — nämlich von der markirten Scheu vor der einfachen trockenen Wahrheit. Wozu diese Finessen dienen, sehe ich nicht ein, sie führen nicht zum Zweck und lassen kein Vertrauen aufkommen."*)

*) Am 23. April 1851 schrieb v. Prokesch-Osten an Fürst Schwarzenberg: „Ew. Durchlaucht heute empfangenes Schreiben für Frhrn. v. Manteuffel habe ich ihm sammt den Zeilen, mit denen mich Durchlaucht gleichzeitig beehrten, gesandt. Es schien mir das Richtige, daß er die Reflexionen, zu denen Ew. Durch-

Erst am 23. April kam der Minister Manteuffel dazu, dem Fürsten Schwarzenberg auf die in einem Schreiben desselben vom 9. April enthaltenen österreichischen Propositionen zu antworten. Dasselbe begann mit einer langen akademischen Erörterung darüber, welche Rechte Preußen in der Frage des Präsidiums am Bundestage in Anspruch nehmen müsse, wenn von einer gleichmäßigen Berechtigung beider deutschen Großmächte bei der materiellen Leitung der Geschäfte des Bundestags ohne Einführung des von Preußen vorgeschlagenen Alternats die Rede sein könne. In Bezug auf den zweiten Differenzpunkt, die Zusammensetzung des Vollziehungsausschusses, konstatirte der Minister Manteuffel, er vermöge die österreichischen Vorschläge mit den preußischen nicht in Einklang zu bringen und verzichte daher auf eine weitere Erörterung der beiderseits vorgebrachten Erwägungen. Bei dieser Sachlage habe er (Manteuffel) nicht länger säumen wollen, im Einverständniß mit denjenigen Bundesgliedern, von denen die Versammlung zu Frankfurt a. M. bisher noch nicht beschickt worden war, durch allseitige Abordnung von Bevollmächtigten zu derselben ein allgemein anerkanntes Organ des Bundes wieder in Wirksamkeit treten zu lassen. Er dürfe hoffen, daß bis zum 12. Mai die Gesandten aller Bundesstaaten in Frankfurt vereinigt sein würden.*)

Berlin, den 23. April 1851. Manteuffel übersendet dem Grafen Alvensleben mittelst eigenhändigen Privatschreibens Abschrift einer Mittheilung des Fürsten Schwarzenberg über den Verlauf der Dresdener Konferenzen**) mit der Bitte, sich sobald als möglich darüber zu äußern.

„Beim eiligen Durchlesen habe ich zwei Bedenken dabei gefunden. Das erste, die Arbeit der dritten Kommission betreffend, wird durch ein besonderes Schreiben, was Ew. Excellenz letzten Bericht beantwortet, ins Licht gestellt werden. Das zweite Bedenken betrifft die Stelle, wo als Grundlage der ferneren Ver-

laucht genöthigt sind, in Ihren eigenen Worten lese. Manteuffels verständige Gesinnung wird auch durch andere, von ihm unabhängige Verhältnisse oft behindert." v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 215.

* Fürst Schwarzenberg und v. Prokesch-Osten waren durch diese Antwort sehr enttäuscht. Der Letztere schrieb am 4. Mai 1851 dem Fürsten Schwarzenberg: „Die Antwort auf die Zugeständnisse vom 9. hat mich sehr unangenehm berührt. Nach allen ohne Gegenkonzession angetragenen Konzessionen die bestimmte Forderung des Alternats (scil. im Bundespräsidium). Da muß man billig fragen: wofür?" v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 216.

** Näheres über dieses amtliche Schreiben läßt sich nicht angeben.

handlungen der Gesammteintritt der beiderseitigen Staaten in den Bund proklamirt werden soll. Das scheint mir verfänglich; mindestens müßte dabei des korrespondirenden preußischen Vertrages gedacht werden.

Was übrigens die Zeitbestimmung*) betrifft, so stimmt das ungefähr mit unseren Vorschlägen überein, wobei ich noch darauf aufmerksam zu machen mir erlaube, daß nachträglich der König zugestanden hat, als Termin den 12. Mai zu wählen, wie das Ihnen auch mitgetheilt worden ist.

Als Bundestagsgesandter wird, sofern Ew. Excellenz zu meinem großen Bedauern noch bei Ihrer Weigerung beharren, was ich doch nochmals zu erwägen bitte, wohl Rochow in Gemeinschaft mit Bismarck nach Frankfurt gehen.

Oesterreichischerseits ist Medem sehr befürwortet worden. Ich bitte indeß, diese Namen sehr geheim zu halten.

Nach einem Briefe des Fürsten an Prokesch**) ist Ersterer sehr ungehalten darüber, daß wir die Unionsfürsten zur Beschickung des Bundestages aufgefordert haben. Der Fürst meint, wir wollten dort den Erfurter Sonderbund fortsetzen. Daß ich den Entwurf zu einer gleichlautend abzugebenden Erklärung nicht mitgetheilt habe, ist mir unter solchen Umständen recht lieb; doch wird es wohl noch später geschehen müssen. Ich behalte mir vor, Ew. Excellenz demnächst den Entwurf noch vorzulegen. Sollten Sie jetzt schon über die Bereitwilligkeit einzelner Staaten, hierauf einzugehen, und über die Gedanken, welche man etwa dabei auszudrücken gedenkt, durch Rücksprache Kenntniß erhalten haben, so bitte ich, mich davon in Kenntniß zu setzen."

Berlin, den 23. April 1851. Antwort Manteuffels auf das Handbillet des Prinzen von Preußen vom 20. d. Mts.:***)

„Ich weiß von keinen in Dresden gemachten Konzessionen, welche Preußens Mediatisirung zur Folge hätten haben können, daß das Elfer-Projekt oder irgend ein anderes Stimmenverhältniß Preußen mediatisirt haben würde, glauben selbst die altklugen

*) scil. für die Wiederbeschickung des Bundestags durch Preußen.
**) Vgl. oben S. 150.
***) Vgl. oben S. 148.

Gothaer nicht; sie schmähen in den vier Wochen und vier Monaten,*) nur um zu schmähen, wissen aber recht gut, daß es sich nicht um ein arithmetisches Stimmenverhältniß, sondern um Fragen der Macht handelt, und daß sie diese nicht durch einen Krieg mit Oesterreich auf die Gefahr der Existenz Preußens hin erlangt haben, macht sie verdrießlich und feindselig. Wie sie überhaupt immer nur verderben und unterwühlen, niemals aber Praktisches machen konnten, so haben sie wirklich namhaft geschadet und schaden noch. Daß in Kreisen, wo es am wenigsten der Fall sein sollte, Mißtrauen gesät worden, daß man noch nicht in Bremen, dem offenbaren Freihafen der Revolution, dieser auf den Kopf getreten, ist ihr Werk, und sie können und werden noch viel Böses anstiften, wenn sie aber siegen sollten, so würde der Preis nicht in ihre, sondern in gewisse rothe Hände fallen."**)

Berlin, den 24. April 1851.***) Der nach Berlin berufene Gesandte am St. Petersburger Hofe v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mit Ew. Excellenz Einverständniß hatte ich mir vorbehalten, meine definitive Entscheidung über das mir zugedachte Kommissorium†) nach sorgfältiger Prüfung Hochdenselben vorzutragen. Bei Weitem mehr als das aufmerksame Durchlesen voluminöser Aktenstücke ermuthigt mich Ew. Excellenz mündlich gemachte Aeußerung, den schweren Auftrag zu übernehmen; dahin gehörte vornehmlich die bestimmte Versicherung, daß das erste Auftreten in Frankfurt nicht eben durch epinöse Erklärungen erschwert werden dürfte, daß

*) Gemeint sind die beiden Broschüren von Max Duncker, „Vier Wochen" und „Vier Monate auswärtige Politik".

**) Die Replik des Prinzen von Preußen, der durch die Manteuffelschen Ausführungen noch immer nicht überzeugt war, findet sich S. 156 unterm 25. April 1851.

***) An demselben Tage schrieb Bismarck an seine Gemahlin aus Berlin: „Die Ernennung nach Frankfurt spukt hier überall, heut steht sie in der »Vossischen Zeitung«, ich weiß aber von gar nichts." — Und dann am 26. April 1851: „Es ist nachgerade sehr wahrscheinlich geworden, daß ich nach Frankfurt gehe, wenn auch für jetzt ohne feste Anstellung, aber mit Gehalt; ich werde Dir morgen wohl Gewisseres schreiben können. Bundesgesandter werde ich jetzt nicht, vielleicht im Sommer." „Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin", S. 263, 265 f.

†) scil. der interimsweisen Ernennung zum Bundestagsgesandten in Frankfurt a. M.

die Behandlung der Holsteinischen Frage meinem Verhältnisse zum kaiserl. russischen Hofe kein Hinderniß darbieten möchte und daß endlich die zeither in Frankfurt angestellten und verwendeten Beamten, Militärs und Agenten abgerufen und durch ganz zuverlässige, dem königl. Ministerium treu ergebene charakterfeste und taktvolle Subjekte ersetzt werden, und zwar noch bevor ich nach Frankfurt abgehe.*)

Ich erdreiste mich, jene Zusicherung, welche Ew. Excellenz mir so unumwunden und zuversichtlich ertheilt, nochmals Hochdero Beachtung ebenso dringend als gehorsamst zu empfehlen, und bin nun bereit, mich ganz zur Disposition zu stellen, der Hoffnung Raum gebend, daß Ew. Excellenz das Vertrauen haben werden, mich mit Allem genau bekannt zu machen, was auf die Aufgabe Bezug hat, welche die Gnade Sr. M. des Königs mir zugedacht."**)

Neben den Verhandlungen über die Bundesbeschickung liefen diejenigen in Betreff eines geheimen österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisses. Auch der König betheiligte sich an seiner Redaktion, wie die nachstehenden Zeilen desselben beweisen. Diese beziehen sich auf die Eingangsformel des Bündnisses, woselbst gesagt ist, es handle sich darum, Vorkehrungen zu treffen „gegen solche Gefahren, welche unter den obwaltenden politischen Umständen und bei der großen

*) Aus der Privatkorrespondenz, welche v. Rochow mit seinem Chef führte, geht u. A. auch hervor, daß v. Sydow als Gesandter für die Schweiz und Württemberg ursprünglich seinen Wohnsitz in Frankfurt a. M. aufzuschlagen beabsichtigte. Dies schien v. Rochow für die Stellung und Wirksamkeit des neuen Bundestagsgesandten ganz unverträglich. „Seine ausgesprochenen Verbindungen sind von der Art, daß die Anwesenheit des Herrn v. Sydow in Frankfurt nur hinderlich sein würde, und ich bitte Ew. Excellenz, es als eine Nothwendigkeit ansehen zu wollen, ihm einen andern Ort zur Residenz zu designiren. Wollte Herr v. Sydow in der Nähe der Schweiz sein, so ist Badenweiler unweit Basel gewiß höchst günstig gelegen; noch vortheilhafter für ihn ist Hechingen, wo er sich auf der Straße zwischen Stuttgart und Bern befindet."

**) An demselben Tage (24. April) übersandte Manteuffel mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Grafen Alvensleben nach Dresden den Entwurf einer preußischerseits bei Eröffnung der Bundesversammlung abzugebenden Erklärung mit der Bitte, ihm seine Ansicht darüber mitzutheilen. „Ich bemerke dabei, daß des Königs Majestät eine Erklärung unter offizieller Form mit »Wir Friedrich Wilhelm« u. s. w. abzugeben beabsichtigen. Ich denke indeß hiervon noch loszukommen, indem ich vorstelle, daß diese Form allerdings für die zu ertheilende Vollmacht wird gewählt werden können."

Ungewißheit der Zukunft, die gegenwärtig zwischen allen europäischen Staaten bestehenden friedlichen Beziehungen erschüttern und dadurch beide Reiche oder eines derselben von irgend einer Seite her in der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen bedrohen könnten".

Der König wünscht hier noch eine Einschaltung, welche den casus foederis noch schärfer präzisiren sollte.

Charlottenburg, den 24. April 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„»welche beide Reiche oder eines derselben von außen und insonderheit 1. durch die Convulsionen, welchen Frankreich durch die Präsidentenwahl und was damit zusammenhängt, ausgesetzt sein dürfte, 2. durch die allgemeine Erschütterung, die durch nicht unwahrscheinliche Versuche der Umsturzpartei durch ganz Europa, 3. durch die, zur Erhaltung der Sicherheit Deutschlands nothwendig gebotenen gemeinsamen Maßregeln gegen die Schweiz herbeigeführt werden kann — bedrohen und die u. s. w.«

Dies, mein theuerster Manteuffel, ist eine unmaßgeblich vorgeschlagene Intercalazion, durch welche das Bündniß ad hoc festgestellt und die Dauer desselben, bis 1852 und namentlich bis dahin bestimmt wird, daß die brennende Frage der Reelection oder Nichtreelection Louis Bonapartes in Frankreich gelöst sein wird. Nach diesem letzten Winke wäre die offen gelassene Stelle in Art. 3 auszufüllen. Ich sende es Ihnen sogleich, damit Sie heut nach Mittag wohlgerüstet dagegen oder dafür hier erscheinen können. Vale! Friedrich Wilhelm."*)

Berlin, den 25. April 1851. Manteuffel bestätigt in einem eigenhändigen Privatschreiben an den Grafen Alvensleben in Dresden den Empfang eines Schreibens des Letzteren vom 24. d. Mts.**)

*) Den Fürsten Schwarzenberg befriedigte die in Berlin beschlossene Fassung des Schutzbündnisses nicht. Vgl. dessen Brief an v. Prokesch-Osten, d. d. Wien, 29. April 1851, a. a. O., S. 215. Ueber eine Besprechung Manteuffels mit v. Prokesch-Osten über die Vertragssache am 9. Mai, a. a. O., S. 217.

**) Dasselbe hatte vermuthlich einen amtlichen Charakter und befindet sich darum bei den Ministerialakten.

„Inmittelst werden Ew. Excellenz meine Mittheilung von vorgestern empfangen haben, worin österreichischerseits der Schlußtermin der Dresdener Konferenzen auf den 15. Mai vorgeschlagen und gleichzeitig der Satz aufgestellt wird, daß die Beschickung des Bundestages vor Auflösung der Dresdener Verhandlungen stattfinden müsse.

Mit Rücksicht hierauf und auf den Umstand, daß wir mit der Ernennung des Bundestagsgesandten noch nicht im Reinen sind, auch eine Beendigung der Dresdener Dinge vor dem Schlusse unserer Kammern, die etwa am 10. auseinandergehen, unerwünscht sein würde, nehme ich Anstand, in dem von Ew. Excellenz befürworteten Sinne mich nach Wien zu äußern.

Ich würde wünschen, daß man die Sache in Dresden noch einige Zeit hinhalten könnte. Sollte das nicht möglich sein, so wird man sich darein fügen müssen, jedenfalls aber glaubte ich Anstand nehmen zu müssen, bevor ich Ihre Antwort habe, nach Wien zu schreiben.

Ich gebe diese in größter Eile geschriebenen Zeilen dem Fürsten Carolath mit."*)

Aachen, den 25. April 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen in Erwiderung auf Manteuffels Rechtfertigung seiner Politik vom 23. d. Mts.**)

„Wenn Sie mir schreiben, daß selbst die altklugen Gothaer in dem Elfer-Projekt keine Mediatisirung Preußens erblickt hätten, so freut mich das sehr, weil es nur beweist, daß ich mit dieser Partei weder in dieser Ansicht noch sonst in irgend einer harmonire. Warum haben Sie denn aber dies Projekt nicht durchgesetzt, wenn es so gar keine Gefahr für Preußen hat? Soviel ich weiß, weil die Parität mit Oesterreich uns von diesem verweigert wurde. Diese Weigerung geht so weit, daß Oesterreich lieber contre coeur in unsere Rückkehr zum Bundestag willigt, als jene Parität zuzugestehen, obgleich es in Frankfurt a. M. alleinigen Vorsitz hat

*) Am 29. April 1851 schrieb Fürst Schwarzenberg aus Wien an den Gesandten Prokesch nach Berlin: „Herr v. Manteuffel sagt in seinem übrigens sehr freundschaftlichen Privatschreiben, daß die Bundesversammlung gleich nach ihrer Vervollständigung kräftig auftreten und zuschlagen solle! Hat er denn vergessen, was diese Versammlung ist und wie sie agirt?" v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 215.

**) Siehe oben S. 152.

de droite. Wenn nun in Frankfurt a. M. überhaupt jemals von einer Neugestaltung Deutschlands die Rede sein sollte, bei der Oesterreich auf seinem Gesammteintritt beharrt, so wird es doch schwerlich dann, nachdem es wieder im alleinigen Besitz des Präsidiums ist, auf eine Parität mit Preußen eingehen; es wird uns höchstens eine Scheinparität zumuthen, wie im Februar in Dresden; Rußland und Andere werden uns drängen, diese anzunehmen, und dann sind wir au niveau mit Bayern. Uns gegen solche Eventualitäten zu schützen, ist meine einzige politische Tendenz. Darum habe ich mich sehr gefreut, daß Sie so festgehalten haben seit dem Februar, keine Konzession mehr zu machen, was denn auch das Resultat gehabt hat, daß wir Oesterreich gegen seinen Wunsch genöthigt haben, uns nach Frankfurt a. M. gehen zu sehen. Energie hat noch nie ihr Ziel verfehlt, das lehrt uns Schwarzenberg; dient man ihm mit gleichen Waffen, so siegt man, weil wir das gute Recht und die Ehrlichkeit für uns haben.

Was die Indizien einer Schilderhebung bei uns betrifft, so habe ich mit allen Militär- und Civilbehörden konferirt. — Alles ist verabredet und vorbereitet, so daß von mir nichts versäumt ist. Mögen die Ausführer dereinst tüchtig in meinem Sinne handeln."

Dresden, den 30. April 1851. Graf Alvensleben an Manteuffel eigenhändig privat:

„Graf Buol hat heute früh eine Depesche von Wien erhalten, welche auf seinen früher von mir erwähnten Bericht, jedoch vor dem Eintreffen der Antwort von Berlin erlassen worden ist. Darin bleibt Fürst Schwarzenberg bei seiner Ansicht, die Genehmigung der Regierungen noch in Dresden zu erlangen, wozu er, wenn die Arbeiten der Kommissionen sofort eingesandt würden, einen vierzehntägigen Zeitraum für erforderlich hält.

Graf Buol sieht die vollständige Erfolglosigkeit eines solchen Unternehmens ein. Auf seine Frage, was ich für meine Person erklären würde, wenn in einer anzuberaumenden Plenarsitzung ein desfallsiger Antrag von ihm gestellt würde, erwiderte ich, daß ich höchstens die Beschlußnahme anheimstellen, daß ich aber nicht wohl namens meiner Regierung einen Antrag unterstützen könne, von welchem ich wisse, daß er nicht angenommen werden könne.

Er wird wahrscheinlich telegraphisch nach Wien berichten, daß er infolge der erhaltenen Anweisung mit den einzelnen Bevoll

mächtigten vertrauliche Rücksprache genommen und daraus mit derselben Sicherheit, wie dies durch eine Plenarversammlung möglich gewesen, die Ueberzeugung entnommen habe, daß die Ausführung des Planes nicht möglich sei.

Wenn Graf Buol hierauf wiederholt den Auftrag erhalten sollte, auf die Einsendung der Arbeiten an die Regierungen behufs ihrer Erklärung darüber binnen einer vierzehntägigen Frist hinzuwirken, so werde ich, insofern ich keine andere Instruktion erhalte, zwar mich dem nicht entgegen erklären, wohl aber, was nicht schwer sein wird, es, wenn auch indirekt, verhindern, daß die Genehmigung vom Plenum anempfohlen werde."

Seit Mitte März 1851 hatte der vormärzliche Justizminister Uhden im Verein mit dem österreichischen Grafen Viningle als Kommissar an Stelle des Generals v. Peucker an deren Problem gearbeitet, durch welche Maßregeln dem widernatürlichen Zustand des Kurfürstenthums abgeholfen werden könne.

Cassel, den 1. Mai 1851. Der preußische Bevollmächtigte in Cassel, Uhden,*) theilt Manteuffel vertraulich und privat mit, es sei dort noch viel Material zu überwinden, doch hoffe er, solange man ihm Vertrauen schenke, nicht zu unterliegen.

„Sollte ich aber solches nicht mehr besitzen, dann bitte ich, keinen Augenblick Anstand mit meiner Abberufung von hier zu nehmen, gern werde ich bekennen, daß ich der allein schuldige Theil bin.

Meine Stellung schien sich nach und nach besser zu gestalten, das Mißtrauen gegen Preußen, was ich überall bei meiner Ankunft hier antraf, war fast ganz gewichen, und selbst der Kurfürst hat sich in dieser Weise mehrfach gegen mich ausgesprochen. Als besonderen Beweis, wie sehr Se. K. H. wünschen, wieder in ein intimeres Verhältniß mit Preußen zu treten, mag folgender Umstand dienen. Als ich vorgestern Abend den Minister Hassenpflug zur Rücksprache über mehrere Angelegenheiten besuchte, fragte mich derselbe, ob Se. M. der König nach Meiningen zur Taufe reisen würden, da der Kurfürst für diesen Fall entschlossen wäre, sich auch dorthin

*) Ehedem preußischer Justizminister.

zu begeben. Auf meine Entgegnung, daß, soviel ich erfahren, Se. M. nicht nach Meiningen, sondern nach Strelitz zu reisen beabsichtigten, äußerte der Minister, daß dies dem Kurfürsten gewiß sehr leid sein würde, da er sehnlichst gewünscht hätte, dem Könige die Aufwartung zu machen. Diese Gelegenheit ergreifend, schlug ich dem Minister Hassenpflug vor, den Kurfürsten zu vermögen, eigenhändig an den König zu schreiben, um auf diese Weise die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen wieder fester und inniger zu knüpfen. Se. K. H. hätten um so mehr Veranlassung dazu, als Se. M. zuletzt eigenhändig einen vertraulichen Brief an Höchstdieselben geschrieben. Hassenpflug ging sehr lebhaft auf diesen Vorschlag ein und versprach, alles Mögliche anzuwenden, um den Kurfürsten dazu zu bewegen.

Auch der überwiegende Einfluß Oesterreichs schien sich mit dem Wachsen des Vertrauens zu Preußen immer mehr zu mindern, obgleich er noch jetzt unbedeutend ist, doch fängt man an einzusehen, daß ein Losreißen Hessens von dem Bündniß mit Preußen, mit dem es durch seine Geschichte, Sitte, Religion, Verwandtschaft der Dynastien, seine geographische Lage und auch rücksichtlich seiner materiellen Interessen auf das Innigste verwachsen ist, die unseligste Politik wäre, die das hessische Gouvernement verfolgen könne.

Viele und lange Unterredungen habe ich deshalb nicht nur mit dem Minister Hassenpflug und anderen hochgestellten Personen, sondern selbst einmal mit dem Kurfürsten gehabt, der sehr zustimmend in die Sache einging. Ja, ich habe bei diesen Gelegenheiten auch darauf aufmerksam gemacht, daß Preußen in der Noth doch der beste Freund sein würde. Denn sollte von Frankreich aus ein neues Ungewitter ausbrechen, so würde Oesterreich in Italien und Ungarn selbst vollauf zu thun haben, während Preußen mit einem wohlorganisirten Heere überall zu Hülfe eilen könne, wie die neueste Geschichte bewiesen habe. Diese Unterredungen schienen einige Wurzel gefaßt zu haben.

Allein Ew. Excellenz Reskript vom gestrigen Tage, was ich soeben erhalten habe, wonach dennoch die Ediktalien*) wider den Minister Hassenpflug erlassen worden, hat mich ungemein miß-

* Näheres über diesen vor einem preußischen Gericht schwebenden Proceß gegen Hassenpflug siehe Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 301 u. 372.

muthig gemacht, und die Folgen vermag ich noch gar nicht zu berechnen. Meine früheren desfallsigen Anträge wegen Erhebung des Kompetenzkonfliktes sind mit dem wenig schonenden Ausdruck als unzulässig zurückgewiesen, obgleich man mir als Jurist wohl hätte zutrauen sollen, daß ich nicht völlig unzulässige Anträge machen würde, wenn freilich der Erfolg, wie ich von vornherein selbst bemerkt habe, sehr zweifelhaft war. Allein man hätte Zeit gewonnen, und die wiegt zur Stunde sehr schwer.

Das jetzige Verfahren des Gerichts kann ich aber noch weniger gut heißen und am wenigsten das des Oberstaatsanwalts Friedberg. Er hätte die Beschwerde immerhin einlegen sollen, inzwischen hätte man von hier aus das Nöthige nachbringen und event. den Minister Hassenpflug bewegen können, dem Gerichte nochmals zu schreiben und um Ueberschickung der Vorladung zu bitten. Uebrigens hat Hassenpflug seinen Rechtsanwalt mit Vollmacht versehen und solches dem Gerichte angezeigt.

Allein dieser Unannehmlichkeiten ungeachtet können Ew. Excellenz von mir überzeugt sein, daß ich alles Mögliche aufbieten werde, Hassenpflug zu überzeugen, daß dem preußischen Gouvernement nichts dabei zur Last gelegt werden könne, was mir freilich schwerlich gelingen wird, da unzweifelhaft Aufreizungen von anderen Seiten nicht fehlen werden. Allein selbst wenn mir dies gelingen sollte, so steht zu befürchten, daß Hassenpflug bei dem Erlaß der Ediktalien seine jetzige Stellung schwerlich wird behaupten können, und leider wird der Kurfürst keinen Mann finden, der mit gleicher Energie das jetzt eingeschlagene, von dem Bunde gebilligte System durchführen wird. Hassenpflug ist die Seele des ganzen Ministeriums und er allein übt Einfluß auf den Kurfürsten aus.

Ew. Excellenz werden hiernach gewiß einsehen, wie peinlich meine Stellung durch dieses unangenehme Ereigniß geworden, und wie sehr dadurch der Einfluß, den ich mir erworben zu haben schmeichelte, paralysirt wird.

Aber dessenungeachtet werde ich wie ein guter Patriot aushalten, denn kein anderes Motiv hat mich zur Uebernahme dieser Mission bewogen; sollte aber von irgend einer Seite Mißtrauen gegen mich obwalten, dann wiederhole ich meine Bitte um baldige Abberufung."

Auch der österreichische Gesandte in Berlin, Frhr. v. Prokesch-Osten, hatte gerathen, den in Greifswald gegen Hassenpflug schwebenden Prozeß aus politischen Gründen niederzuschlagen. Der preußische Justizminister wollte aber hiervon nichts wissen.

- -

Hannover, den 5. Mai 1851. Der preußische Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Die Reise des Königs von Hannover nach Ludwigslust kann ich nur als ein sehr erfreuliches Ereigniß betrachten; ich hoffe, sie wird die völlige Wiederherstellung der stets bestandenen so freundschaftlichen Familienverhältnisse zur Folge haben und viele Mißverständnisse und Irrthümer berichtigen. Ich kann wohl sagen und versichern, daß eine große Opposition zu besiegen gewesen ist, um diese Reise wirklich zur Ausführung zu bringen; Alles, was den König umgiebt und Einfluß auf ihn hat, war dagegen, ein Theil aus Besorgniß für seine Gesundheit, ein anderer aus Furcht, das Zusammentreffen mit unserem König könne dem österreichischen Einfluß nachtheilig werden.

Ein gewisses inneres Bedürfniß des Königs, unsern gnädigsten Herrn wiederzusehen, sowie der Einfluß einiger, hier mit dem König gehabter Privatunterredungen meinerseits haben endlich allen Widerspruch besiegt und mich in den Stand gesetzt, dem General Gerlach in einem vertraulichen Schreiben Alles das mitzutheilen, was ich für eine erfolgreiche Besprechung der beiden Monarchen und die genaue Kenntniß der Eigenheiten des alten Herrn vorauszuschicken für nöthig und zweckmäßig erachtete; ich hoffe, er wird den gewünschten Gebrauch davon machen. Die guten Früchte werden nicht fehlen.

Der hannoversche Minister v. Münchhausen hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich einer, nach dem von Ew. Excellenz gemachten Vorschlag an den Bremer Senat zu richtenden energischen Aufforderung*) anzuschließen. Ich habe in der mit dem Minister gehabten Unterredung die Erreichung einer solchen Erklärung zu meiner vorzüglichsten Aufgabe gemacht, indem ich durch dieselbe den Anfang einer vollständigen Rückkehr des hiesigen Gouvernements zur preußischen Politik als faktisch angebahnt betrachte.

*) Es handelt sich vermuthlich um den Bremer Verfassungsstreit.

Durch die übersandte Bereitwilligkeit für die Theilnahme an einer dem Senat zu Bremen abzugebenden Erklärung ist ebensowohl die völlige Verschiedenheit mit den Ansichten der österreichischen Regierung wie der Entschluß ausgesprochen worden, nöthigenfalls in eine feindliche Stellung zu dem bis jetzt so befreundeten Senat von Bremen treten zu wollen. Beides kann für uns nur von großem Nutzen sein, und ich schmeichele mir vielleicht zu viel, wenn ich sage, daß eine Störung der bis jetzt bestandenen großen Sympathie des hiesigen Gouvernements zu den Hansestädten auch wohlthätig auf den Anschluß des Steuervereins an den Zollverein wirken wird."

Am 16. Mai unterzeichneten Fürst Schwarzenberg und Frhr. v. Manteuffel in Dresden die Punktationen des geheimen österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisses*) nachdem am Tage vorher die Dresdener Konferenzen in einer feierlichen Schlußsitzung mit dem einzigen Ergebnisse ihr Ende erreicht hatten, daß nichts übrig bleibe, als zum alten Bundestag zurückzukehren.

Die Thätigkeit des Bundestags war nach seiner Herstellung, wie man weiß, zunächst auf die Bekämpfung der letzten Reste der revolutionären Bewegung von 1848 gerichtet, und wenigstens in diesem Wunsche waren die Regierungen von Oesterreich und Preußen unter sich und mit ihren deutschen Verbündeten einig. Die Thätigkeit des Bundes sollte sich dabei nicht auf polizeiliche und militärische Vorkehrungen beschränken, sondern sich auch 1. auf die Beseitigung der mit den Grundgesetzen des Bundes nicht im Einklange stehenden Verfassungen und Landesgesetze, und 2. auf die Einschränkung der antimonarchischen, sozialistischen und kommunistischen Presse, und 3. auf die nöthigenfalls zwangsweise Beseitigung der aus der Revolutionszeit stammenden destruktiven inneren Verhältnisse in den kleinen Staaten durch organische Maßregeln der Bundesgewalt beziehen.

*) Am 10. Mai schrieb v. Prokesch-Osten dem Fürsten Schwarzenberg, er bestehe bei Manteuffel darauf, daß das Bündniß vor der Reise nach Warschau unterzeichnet werde. „Ich gab ihm selbst Dresden an, und er schien geneigt dazu. Inwieweit aber sein Wille aufrichtig und sein Können ausreichend ist, weiß ich freilich nicht." v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 218.



Potsdam, den 12. Mai 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Mein lieber Ministerpräsident Frhr. v. Manteuffel! In weiterem Verfolge der Mittheilungen, welche ich Ihnen mündlich über die Haltung gemacht habe, welche meine Regierung auf dem Bundestage der Revolution gegenüber annehmen, und die Forderungen, welche sie in dieser Beziehung stellen muß, will ich Ihnen noch Folgendes schriftlich eröffnen:

Der Bundestag wird sich zunächst klar machen müssen, welche Stellung er gegenüber der Demokratie im Allgemeinen und insbesondere derjenigen Thätigkeit derselben, durch welche sie in diesem Augenblicke die weitgreifendsten und zerstörendsten Wirkungen ausübt, der Presse, einnehmen muß. Man wird sich dabei vollständig überzeugen müssen, daß dies ein Feind ist, gegen den man sich mit allen Mitteln der Macht vertheidigen muß, und der durch die gewöhnlichen strafrechtlichen Kategorien nicht erreicht werden kann. Daß dieser Feind innerhalb des Staates sich befindet unter den eigenen Unterthanen, daß er nicht im Zustande des offenen Aufruhrs beharrt, sondern meist die Obliegenheiten der Unterthanen äußerlich vollständig erfüllt, und daß die Anhänger der Demokratie nicht scharf abgegrenzt sind, sondern in vielen Nuancirungen sich in andere Parteien verlieren, das erschwert die Aufgabe, schließt aber keineswegs die Richtigkeit des Princips aus. In Bezug auf die Presse ist aber dies Princip auch am leichtesten durchzuführen. Wenigstens demjenigen Theile der Presse, welche geradezu republikanische Lehren und die Aufhebung der Grundlagen der Gesellschaft predigt, muß ein offener Vertilgungskrieg angekündigt werden. Gegen die übrige böswillige Presse wird eine allgemeine Anwendung des preußischen Preßgesetzes genügen. Mit der Aufstellung dieser Grundsätze ist aber das Wenigste gethan. Die Hauptsache ist deren rückhaltlose Durchführung. In dieser Beziehung ist aber zu besorgen, daß die Regierungen nicht überall den rechten Eifer, nicht einmal den guten Willen zeigen.

Die Nachrichten, welche mir über die inneren Zustände der kleinen Staaten zukommen, lassen immer mehr und mehr deutlich hervortreten, daß eine wesentliche Besserung in denselben nach innen nicht eingetreten ist. Wenn auch hin und wieder in den oberen Regierungsbehörden ein günstiger Wechsel stattgefunden hat,

so hat es doch denselben fast überall an Kraft und der Fähigkeit gefehlt, der eingerissenen Desorganisation mit den rechten Mitteln entgegenzutreten. Die Frankfurter Grundrechte sind entweder formell oder doch in ihrer Anwendung in voller Gültigkeit; revolutionäre Gemeindeordnungen, aus den auflösendsten Wahlprinzipien entstandene Landesvertretungen, Geschworenengerichte, die aus einer Bevölkerung gewählt werden, welche von oben herab irre geführt und zu Grunde gerichtet worden ist, in religiöser Beziehung schon seit Jahrzehnten in politischer mindestens seit 1848, und die durch gewissenlose Richter und rabulistische Advokaten in ihrem Urtheile gänzlich verwirrt werden, unterwühlen von Tag zu Tag mehr alle übrig gebliebenen Stützen des Staates und der Gesellschaft. Die Eingriffe in das Eigenthum, welche mit der Plünderung des fürstlichen Eigenthums angefangen haben und darauf fortgegangen sind zu allgemeiner Beraubung aller Jagdberechtigten, zur unentgeltlichen Aufhebung einer Menge der bedeutendsten gutsherrlichen Rechte und zu einer Ablösung nach Sätzen, die in der That wie ein Spott gegen die Besitzenden sind, haben nirgends ihr Ende gefunden; im Gegentheil hat man von Neuem Angriffe auf die kärglichen, den Fürsten verbliebenen Einnahmen gemacht, und den Gutsherren und Kirchen wird die Geltendmachung der wenigen ihnen noch übrig gebliebenen Rechte durch Gerichte und Advokaten dermaßen erschwert, daß ein Zustand beinahe völliger Rechtsverweigerung eingetreten ist. Der Schutz, den die Verbrecher grundsätzlich genießen, ist durch die völlige Auflösung aller ländlichen Polizei faktisch dermaßen gesteigert, die Neigung zu Verbrechen durch die ungehinderte Verbreitung kommunistischer Lehren durch die von oben her durch die Gesetzgebung angerichtete Begriffsverwirrung und durch die gänzliche von der Regierung und der Geistlichkeit selbst verschuldete Mißachtung der Geistlichen dermaßen gewachsen, daß den Besitzenden bald nichts übrig bleiben wird, als zur gewaltsamen Selbsthülfe zu greifen. Endlich sind diese kleinen Staaten noch immer die Schlupfwinkel der politischen Verbrecher, der Lehrer des Atheismus und der niederträchtigsten Presse.

Der Zustand mancher der mittleren Staaten ist nicht viel besser. Diese Zustände sind desto gefährlicher, weil diese kleinen Staaten durch den völligen Mangel eines Widerstandes von irgend einer Seite her das scheinbare Bild der Ruhe und der Ordnung bieten,



und weil die Klagen der Besitzenden und der Einsichtigen nicht laut werden, und wenn sie laut werden, leicht den Stempel der Widersetzlichkeit gegen die Regierung erhalten.

Diese Lage der Dinge kann nicht länger geduldet werden. Nicht allein gehen diese Staaten selbst unaufhaltsam ihrem Untergange entgegen; es werden auch die großen Staaten durch diese Kontagien in ihren Grundlagen unterwühlt und in ihren Repressivkräften gelähmt. Der ganze Geist der deutschen Nation wird dadurch vergiftet, die Autorität der Regierungen vernichtet. Dieser Zustand ist aber durch die Regierungen selbst zum großen Theil geschützt, und eine Möglichkeit, aus demselben herauszukommen, kann daher nur durch die Thätigkeit des Bundestages gegeben werden. Organische Gesetze, welche die Regierungen der kleinen Staaten in den Stand setzen und unter Umständen zwingen, ihre innere Gesetzgebung zu reformiren und ihnen diejenige Hülfe gewähren, welche dieselben von der Unionsverfassung und -Gesetzgebung erwarteten, reichen dabei nicht aus; es wird auch die Bildung eines Bundesgerichts, die Organisation einer Central-Bundespolizei und die Bereithaltung einer Bundes-Militärexekutivmacht nicht ausreichen, da es eben oft darauf ankommen wird, den üblen Willen oder die Feigheit der Regierungen selbst zu brechen. Man wird vielmehr sich entschließen müssen, der Bundesgewalt das Recht beizulegen, in ähnlicher Weise, wie es vom Kaiser geschah, die Regierung einzelner Länder zu übernehmen, Kommissionen zu bestellen und Kuratelen anzuordnen, mit geringeren oder größeren Machtbefugnissen, je nachdem es die Umstände erfordern. Ein Verhältniß, wie es in Kurhessen mit Einwilligung des Landesherrn eingetreten ist, muß überall auch gegen den Willen der Regierungen und in viel weiterem Umfange, als es dort geschehen, durchgeführt werden können.

Ich wünsche, daß meine Regierung mit Vorschlägen dieser Art und mit Propositionen zur Unterdrückung der demokratischen Presse bei dem Bundestage die Initiative ergreift, und zwar ohne länger damit zu säumen. Friedrich Wilhelm."

Infolge der Vereinbarung zu Olmütz hatten sich Preußen und Oesterreich im Namen des Bundes einer Regulirung der Holsteiner Angelegenheit unterzogen. Hier gab es für die beiden Großmächte noch ein gutes Stück Arbeit.

Kiel, den 12. Mai 1851. Der preußische Kommissar für Holstein, General v. Thümen, an Manteuffel privat:

„Als Graf Sponneck*) auf seiner Rückreise nach Kopenhagen mich hier besuchte, war seine erste Frage, wann werden die deutschen Truppen das Herzogthum verlassen? Ich erwiderte ihm hierauf, daß es mir richtiger erscheine, daß ich diese Frage an ihn richtete, denn das Zurückziehen der Truppen werde erfolgen, wenn die königl. dänische Regierung die Bedingungen erfüllt haben würde, die auszuführen sie sich verpflichtet habe. Diese Wendung des Gesprächs schien dem Herrn Grafen nicht angenehm, denn er brach dasselbe ab, indeß mit dem Hinzufügen, daß die früheren Verhältnisse sich jetzt geändert hätten. Worauf er diese Aeußerung bezog, blieb mir unbekannt, indeß hatte sie für mich das Gute, daß ich durch sie im Nachgeben auf die dänischerseits gemachten stets neuen Anforderungen nur noch vorsichtiger gemacht worden bin. Ich habe hierin einen schweren Stand, denn vielleicht selbst aus politischen Gründen finde ich bei meinem österreichischen Kollegen hierbei gar keine Unterstützung. So oft derselbe bei seinen häufigen Reisen nach Hamburg ins österreichische Hauptquartier von dort zurückkommt, muß ich Vorwürfe hören, daß ich früher gegen die Statthalterschaft, jetzt gegen Holstein im Allgemeinen zu nachsichtig sei, woraus uns der Nachtheil erwachsen, daß die herangezogenen Truppen hier im Herzogthum nicht als Exekutionstruppen ernährt würden. Selbst von dänischer Seite habe ich während des Interimistikums des Barons v. Plessen dergleichen Aeußerungen hören müssen, denn der Haß der Dänen geht so weit, daß sie Holstein wünschen, wir würden zu ähnlichen Maßregeln gezwungen wie die, welche in Schleswig ausgeführt werden. Mein Gefühl sagt mir aber, daß das Herzogthum verlangen kann, daß es wenigstens preußischerseits nicht zu Exzessen geflissentlich geführt werde, und so lasse ich mich denn in meinem gemessenen Gange nicht irre machen. Der Erfolg hat meine Bemühungen gekrönt — bis jetzt ist nicht ein Exzeß, weder in der Armee noch im Lande, vorgekommen, und Alles geht seinen ruhigen gesetzlichen Gang; nur an den Dänen liegt es, wenn die Verhandlungen bisher zu keinem weiteren Erfolge geführt haben.

Sollte nun aber die hiesige Angelegenheit in ein neues Stadium getreten sein, sollte es wahr sein, was mir gestern Graf

* Dänischer Gesandter in Wien.

Reventlow auf meine Frage, ob denn während seiner Anwesenheit in Kopenhagen gar nicht von zu gebenden Garantien die Rede gewesen, mir vertraulich erwiderte, daß nach Eingang der Genehmigung der Vorlagen zu der Notablenversammlung von Seiten der Kabinette wohl keine Garantien von Dänemark zu erwarten wären, so dürfte diese Wendung in den Herzogthümern einen so tiefen Eindruck machen, daß jedes Vertrauen zu Deutschland hier für immer geschwunden sein wird. Wenn ich diese Aeußerung thue, so erkenne ich sehr wohl, daß politische Gründe obwalten können, welche die Ausführung gegebener Zusagen unmöglich machen. Kann ich mit meiner Person der königl. Regierung in dieser unangenehmen Lage nützlich sein, so bin ich gern bereit, mich als Opfer anzubieten. Ew. Excellenz können mich ja desavouiren, mich abberufen und mir dann einen Nachfolger geben, der mit neuen Instruktionen versehen wird. Die kurze Zeit, die ich noch meinem Vaterlande dienen kann, führt mich, so Gott will, noch auf ein anderes Feld, wo es mir vergönnt sein wird zu zeigen, daß ich wieder gut zu machen verstehe, was ich, nach dem Urtheil der Welt, hier verschuldet, mein Gewissen sagt mir ja doch, ich habe recht gehandelt. So stelle ich mich denn ganz zu Ew. Excellenz Verfügung, verfahren Sie, wie es Ihnen am geeignetsten erscheint, um aus dieser Verwickelung herauszukommen.

Nur eine Bitte habe ich. Dem Kaiser Nicolaus verdanke ich viel, ihn kenne ich wie nur Wenige, deshalb möchte ich auch nicht gern von ihm verkannt werden. Jede Veränderung, die in dienstlicher Beziehung in der letzten viel bewegten Zeit mit mir vorgegangen, hat er verfolgt, mir Muth einsprechen lassen, wenn ich in mißliche Lagen versetzt worden und ohne daß ich mir erlaubt ihm Mittheilung zu machen, wozu ich ohne königl. Erlaubniß nicht berechtigt war, mich nach glücklichem Erfolge beloben lassen. Ew. Excellenz gehen nach Warschau; gewiß wird dort von mir die Rede sein, dann nehmen Sie sich meiner wohlwollend an und sagen, daß die Energie, die ich sonst besessen, mich noch nicht verlassen, ich aber gelernt habe sie zu zügeln, wenn es meines Vaterlandes Nutzen und dessen Ehre erheische."

Ueber die Thätigkeit, welche der Gesandte v. Rochow*) in Frankfurt a. M. entfaltet hat, ist in dem Werke „Preußen im Bundestag" nichts Näheres enthalten, da die daselbst zum Abdruck gelangten Aktenstücke mit der Einführung Bismarcks in die Bundesversammlung am 27. August 1851 beginnen, während Rochow bereits im Mai in diese hohe Körperschaft eintrat. Es wird sehr willkommen sein, auch über die dreimonatliche Gesandtenthätigkeit Rochows etwas Näheres aus den Privatschreiben zu erfahren, welche derselbe aus Frankfurt a. M. an seinen Chef, den Minister Manteuffel, gerichtet hat.

Frankfurt a. M., den 12. Mai 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz muß ich schon heute mit einem Bericht behelligen, da ich mich mit dem Grafen Thun**) über den Punkt der Protokollnumerirung nicht habe verständigen können. Im Uebrigen fand ich ihn ausnehmend zuvorkommend, konziliant und versöhnlich, und auch bei diesem Differenzpunkte ließ er durchblicken, wie peinlich ihm der gedachte Anstoß sei. Graf Thun hat hin und her erwogen, ob nicht ein Auskunftsmittel erdacht werden könne: die mir ertheilten Weisungen sind indessen zu positiv, um auf irgend einen Ausweg ohne zuvorige Autorisation eingehen zu können.

* Nach der Darstellung des Wirklichen Geheimen Raths, Unterstaatssekretärs Justus v. Gruner, in der „Deutschen Revue", Aprilheft 1901, hatte der General v. Rochow, welcher schon früh aus der Armee zur Diplomatie übergegangen war, in früherer Zeit liberale Anflüge gehabt, sich derselben jedoch bald gründlich entledigt und war später, als preußischer Gesandter in Petersburg, ein unbedingter Verehrer und Bewunderer des Kaisers Nikolaus, dessen Wünsche ihm Befehle waren. „Die Sprache seiner aus Petersburg datirten Depeschen strotzte von Servilismus und Adoration für den russischen Kaiser. Unvergeßlich ist mir eine Stelle aus einer seiner Depeschen, welche er während der Anwesenheit des Kaisers Nikolaus in Warschau im September 1830 an den König richtete, der den Grafen Brandenburg nach Warschau geschickt hatte. »So ist«, schrieb General v. Rochow, »hier die Lage. Sie trägt große Schwierigkeiten und Gefahren in sich. Alles ist gegen uns, aber drei treue Anhänger zählen Ew. M. hier: Ihre Majestät die Kaiserin, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und mich, Ew. M. allerunterthänigsten treugehorsamsten Diener.«" General v. Rochow war ein Bruder des gleichnamigen, während der ersten Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. sehr einflußreichen Ministers des Innern.

** Graf Thun-Hohenstein, österreichischer Bundes-Präsidialgesandter, später Gesandter in Berlin.

Ueber die Auflösung der Bundeskommission*) werde ich morgen berichten. Ich fand den Generallieutenant v. Peucker in der allergrößten Verzweiflung und nervösen Aufregung. Frankfurt ist für unsere Militärs ein wahres Capua, gerade wie für die Russen Tiflis und Warschau.

Von der höchsten Wichtigkeit ist, daß die Ernennung eines Militärkommissars bald erfolge. Ob dem Generallieutenant v. Peucker nicht durch einen königl. Beweis der Gnade ein Zeichen der Zufriedenheit gegeben werden kann, dürfte vielleicht in der Allerhöchsten Berücksichtigung erwogen werden.

Sehr wünschenswerth bleibt, daß mein Eintritt in die Versammlung erfolge, bevor die Resultate der letzten Konferenz in Dresden hierher gelangen. Es sind mehrere der Bundestagsgesandten nach Dresden abgereist. Bevor diese zurückkehren und ich am 17. d. Mts. nach Warschau abgehe, müßte der Eintritt wohl stattgefunden haben."

Athen, den 27. Mai 1851. Der Gesandte in Athen L. v. Wildenbruch**) bittet Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben, in außerdienstlicher Form einige Anliegen vorlegen zu dürfen, welche geeignet sein könnten, das Verständniß einer später eintretenden Lösung der z. Z. in Athen schwebenden Frage***) zu erleichtern.

„Die Kammern sind bis zum 16. Juni vertagt. Bis zu diesem Tage muß der König sich entschlossen haben, ob er:

* Ueber diesen Punkt bestimmte die von Manteuffel Rochow ertheilte Instruktion vom 10. Mai 1851 (vgl. „Preußen im Bundestag", Band I, S. 1 ff.): „Ein ferneres Moment, in welchem sich die Fortdauer der bisherigen Frankfurter Versammlung geltend machen könnte, wäre das Fortbestehenlassen der bisher dort niedergesetzt gewesenen Kommissionen. Ew. Excellenz wollen daher auch dafur in geeigneter Weise Ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß die Bildung neuer Kommissionen erfolge. Denn ganz abgesehen von der streitigen Rechtsfrage, würde der Zutritt so vieler neuer Glieder der Versammlung schon genügenden Grund zu Erneuerung der Ausschüsse darbieten."

** Der Vater unseres Dichters Ernst v. Wildenbruch.

*** Nicht besonders erfreulich gestaltete sich die zweite Hälfte der Regierung des Königs Otto von Griechenland. Derselbe besaß nicht die Kraft, seinen Willen zur Geltung zu bringen; es fehlte ihm an militärischen Gaben und Unternehmungslust. Die Kinderlosigkeit seiner Ehe (vermählt 1836 mit Prinzessin Amalie von Oldenburg) verringerte noch die Chancen der Dynastie.

1. trotz des Senats das Ministerium halten, oder ob er 2. dasselbe in der Art modifiziren und ergänzen will, daß seine Regierung einer Majorität auch im Senat sicher wäre.

Um das ad 1 erwähnte Resultat zu erlangen, muß die Creirung von fast 20 neuen Senatoren erfolgen. Das Mittel an sich ist verfassungsmäßig. Der König kann die Zahl der Senatoren bis auf die Hälfte der Zahl der Deputirten zur zweiten Kammer erhöhen. Noch ist diese Zahl nicht erreicht. Das Mittel ist indeß häufig gebraucht worden und hat seinen Zweck stets nur auf kurze Zeit, d. h. zur Durchbringung einer bestimmten Frage, erfüllt. Die finanziellen Nachtheile sowie die administrativen, welche es mit sich führt, übergehe ich. Sie finden sich in meinen Berichten genugsam angedeutet und ergeben sich ohnedem von selbst.

Dennoch drängt die Königin, deren Einwirkung auf Regierungsangelegenheiten sich seit ihrer Regentschaft entschiedener zu gestalten scheint, um so mehr auf die Anwendung dieses Mittels hin, als sie in jeder Aenderung des Ministeriums, namentlich in der Entlassung des Finanzministers, einen Tadel ihrer Handlungen als Regentin zu sehen glaubt.

Ich denke nicht zu irren, wenn ich dieser energischen, aber über das Zureichende der vorhandenen Mittel (und solche Mittel sind zahlreiche und zuverlässige Soldaten und Geld!) wenig klaren Frau die Ueberzeugung zuschreibe, die besser, als ich sie geben kann, die Worte des Dichters aussprechen:

»— — — — was soll das Volk,
Was soll's mit den kahlköpfigen Tribunen?
Anhangend ihnen, weigert's den Gehorsam
Der höhern Obrigkeit. In einem Aufruhr,
Da nicht das Recht, nein, da die Noth Gesetz war,
Da wurden sie gewählt. — Zu bess'rer Zeit
Sagt von dem Recht nur kühn: Dies ist das Recht!
Und schleudert in den Staub hin ihre Macht.«

Die Königin sucht einen Konflikt und hätte ihn bei längerer Dauer ihrer Regentschaft provozirt. Der Einwirkung und dem Einflusse der vorzugsweise im Senate repräsentirten Primaten, Häuptlinge und Schildträger des Auslandes sucht sie die Ueberzeugung der Gebildeteren, denen der retrograde Gang der Angelegenheiten über den Werth einer nach belgischem Muster zugeschnittenen Verfassung für Griechenland die Augen geöffnet hat.

sucht sie den gesunden Sinn eines Volkes gegenüberzustellen, welches, in Gemeinde-Angelegenheiten sich selbst regierend, für allgemeinere und politische Strebungen stets dem Impulse Einzelner folgte, seine Gleichgültigkeit, ja Abneigung gegen die komplizirten, unbequemen und kostbaren Formen der jetzt bestehenden Verwaltung.

Wenn die Mittel in Etwas bedeutender wären, welche bestimmt sind, beim Ausbruche eines derartigen Konflikts auf Seiten der Regierung zu stehen, wenn die faktische Armee auf nur 6000 Mann gebracht, der jetzige Kriegsminister, zwar ein Haupturheber der September-Revolution, aber dem russischen Einflusse ergeben und auch aus anderen Gründen nicht gewinnbar, der Armee zu Gunsten der Regierung den Impuls gäbe, wenn endlich demjenigen, der sich an die Spitze einer solchen Reaktion stellte, die Liebe und das Vertrauen der Bevölkerung in dem Grade eigen wären, wie sie der König besitzt, wie sie der Königin indeß keineswegs zugewandt sind, so scheint mir das Gelingen ganz zweifellos. Ich berühre hier weder die moralische Seite einer bis zur Zurückführung der vor dem Jahre 1843 waltenden Zustände ausgedehnten Reaktion, noch Komplikationen mit dem Auslande die möglicherweise (wenn schon im Falle des Gelingens nicht wahrscheinlicherweise) entstehen könnten. Ich begnüge mich, die Möglichkeit zu erwägen und die Frage zu stellen, ob von einer Seite her der Gedanke gehegt worden ist, gehegt wird, die Lösung der sich immer ernstlicher verwirrenden Verhältnisse dieses Landes in dieser Weise zu versuchen, und ob diese Lösung dem Lande gegenüber möglich erscheint?

Der König scheint nicht geneigt, den von der Königin gezeigten Weg, einen Weg, der, wenn einmal die weitere Anwendung des Mittels der Senatoren aufhört, nothwendig zu einem Konflikte der Regierung mit der ersten Kammer führen muß, zu betreten. Er zieht es vor, den unter Ziffer 2 angeführten Ausweg zu ergreifen, d. h. sein Ministerium in der Art zu ändern und zu ergänzen, daß dasselbe, für eine Zeit lang wenigstens, mit dem Senate gehen kann, jenem Körper, dessen gegen alle Maßnahmen der Regierung gesicherte Stellung hauptsächlich dem Einflusse wohl meinender aber die aus dem griechischen Charakter zu ziehenden Konsequenzen ignorirender Rathgeber zuzuschreiben ist.

Bis gestern Abend waren die Versuche des Königs, neue Männer für das Ministerium zu gewinnen, vergeblich gewesen.

Er hatte sich an unabhängige, keiner politischen Partei angehörige, fremdem Einflusse nicht ergebene Männer gewandt; sie hatten es ablehnen müssen, mit den bisherigen Elementen in Verbindung zu treten.

Bei der Persönlichkeit des Königs, bei dem Einflusse, welchen die Königin ausübt, läßt sich über das definitive Resultat dieser Schwankungen durchaus nichts feststellen. Eins glaube ich mit Bestimmtheit voraussagen zu können, daß nämlich das erledigte, und von dem als Juristen tüchtigen Herrn Paikos ohne alle Kenntniß verwaltete Kultusministerium definitiv und bei seiner augenblicklich erhöhten Wichtigkeit durch einen der orthodoxen Partei angehörigen, dem Patriarchate zu Konstantinopel, d. h. dem russischen Einflusse, ganz ergebenen Mann, vermuthlich durch den tüchtigen aber altersschwachen Glavakis besetzt werden wird.

Ueber die kirchlichen, hier mehr noch als in anderen Ländern in das politische Gebiet übergreifenden Verhältnisse dieses Landes, über die Einwirkung des mit dem Patriarchate abgeschlossenen Konkordats, über die möglichen Folgen der der Geistlichkeit durch dasselbe gewährten Stellung, Fragen, die seit meinem Aufenthalte in dem einzig vom kirchlichen Standpunkte aus verständlichen Orient meine Aufmerksamkeit vielfach in Anspruch nehmen, und auch hier von Wichtigkeit sind, hatte ich eine Arbeit unternommen. Ich sehe indeß ein, daß ich, aller Hülfsmittel bar, welche Kenntniß der Sprache, Litteratur und des nur griechisch redenden Theils der Bevölkerung gewähren, ihre Vollendung einer Zeit aufsparen muß, wo Ew. Excellenz Güte mir die Mittel gewährt haben wird, die mir obliegenden Pflichten in minder unvollkommener Weise zu erfüllen, als mir solches in meiner jetzigen Hülflosigkeit und Neuheit gewährt sein kann."

Olmütz, den 31. Mai 1851. Fürst Schwarzenberg bemerkt in einem an Manteuffel gerichteten eigenhändigen Privatschreiben, er wäre dankbar für das Einverständniß Preußens zu dem Antrage, im Bundestag zum Schutze desselben ein kleines Korps in der Nähe von Frankfurt bereit zu halten.*)

*) Vgl. über diese Frage „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 6 bis 8, 10, und den S. 188 mitgetheilten Brief Rochows vom 19. Juni 1851.

„Es ist ein schüchterner Versuch, eine, wenn auch für den Anfang nur wenig bedeutende Macht zur unmittelbaren Verfügung der Bundesversammlung zu stellen; sollte ein Mehreres gewünscht werden, so sind wir gern bereit, zuzustimmen. Daß für den Augenblick keine österreichischen Truppen in dem eingeschickten Tableau vorkommen, hat seinen Grund darin, daß wir bereits drei Bataillone in Rastatt und 15 000 Mann in Holstein im Bundesdienste stehen haben.

Die gemeinschaftlich vorzulegende Proposition ist, ihrer Anwesenheit nach, in den betr. Kommissionsberichten als sehr wünschenswerth dargestellt, leider ist sie nicht so aufgefaßt worden, wie es die Umstände und die Wichtigkeit des Gegenstandes motivirt hätten. Da ich die nothwendigen Vorakten nicht bei der Hand habe, um eine irgendwie ausreichende Arbeit von hier abgehen zu lassen, muß ich Hochdieselben bitten, sich bis zur nächsten Woche gedulden zu wollen.

Der Kaiser von Rußland hat uns heute morgen verlassen, um nach Warschau zurückzukehren. Die Zusammenkunft der beiden Monarchen hat gewiß dazu beigetragen, die zwischen ihnen bestehenden Bande des Vertrauens und der Freundschaft noch enger zu knüpfen. Ich bitte Ew. Excellenz, überzeugt zu sein, daß von unserer Seite durchaus keine Neigung besteht, mit Preußen weder in einem kleinen noch in einem großen Kriege in gegenseitige Differenzen zu gerathen.*)

Graf Nesselrode und Baron Meyendorff haben Olmütz mit ausgesprochenem Willen verlassen, dem in Warschau wartenden Herrn v. Reedtz**) eine klare Sprache zu führen und das Uebel

*) Da Oesterreich von seinem Dislokationsplan nicht abgehen wollte, und auch der preußische Kriegsminister an seiner bisherigen Ansicht festhielt, so erklärte v. Bismarck dem Grafen Thun, daß er sich zwar dem Antrage auf Aufstellung eines Bundesarmeekorps von 12000 Mann zum Schutze der Bundesversammlung in dieser Form weder anschließen noch ihn unterschreiben könne, indessen diesen Umstand in der Bundesversammlung nicht zur Sprache bringen wolle, „um die kleineren Staaten eine Meinungsverschiedenheit der beiden Großmächte nicht durchblicken zu lassen". Infolge dieser Erklärung überging Graf Thun bei der Abstimmung v. Bismarck mit Stillschweigen und fing bei Bayern an, was deshalb um so weniger auffallend schien, weil Preußen als Mitantragsteller galt. Es wurde beschlossen, über die Sache Instruktion innerhalb 14 Tagen einzuholen. Wegen Erledigung dieser Streitfrage siehe S. 270, unter dem 24. November 1851.

**) Dänischer Minister.

da zu fassen, wo es eigentlich liegt, d. h. in dem ultradänischen Ministerium, über dessen Tendenzen und Verfahren man zur vollkommenen Einsicht gelangt zu sein scheint."

Frankfurt a. M., den 1. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mit Freuden haben wir hier vernommen, daß des Königs Majestät die Reise*) im Allerhöchsten Wohlsein zurückgelegt haben. Unser Allergnädigster König und auch Excellenz werden sich hinreichend überzeugt haben, wie meine amtlichen Versicherungen aus St. Petersburg sich insofern völlig bestätigt haben, als der Kaiser Nicolaus uns gewiß für die Zukunft nachdrücklich und aufrichtig unterstützen wird, soweit dies nämlich ein fremder Souverän thun kann, ohne sich in die inneren Verhältnisse des Landes zu mischen. Der Aufenthalt in Warschau kann nicht ohne Einfluß bleiben. Ob dieser Einfluß dauernd ist, hängt von der innern Entwickelung unserer Zustände ab, die, Gott sei Dank! einen so korrekten Gang genommen haben.

In unserer Zeit ist es schon viel, wenn man einige Wochen oder Monate gewinnt.

Was die Stellung des preußischen Bundestagsgesandten anbelangt, so kann ich nur sehr dankbar der überall hervortretenden Bereitwilligkeit gedenken, mit welcher mir von allen Seiten entgegengekommen wird. Herr v. Schele**) und Herr v. Marschall***) haben mir Ihre Instruktionen gegeben und Ersterer versprach, die Flottenfrage sofort in Anregung zu bringen. Ich las seinen desfallsigen Vortrag, in welchem jedoch von einer Kompensation der Kosten mit den Beiträgen zur Unterhaltung der Bundesfestungen gar nicht die Rede ist. An vorkommenden Differenzen wird es nicht fehlen, doch darf man bei deren geschickter Beseitigung die allgemeinen Gesichtspunkte nicht aus den Augen verlieren und vor-

*) Am 18. Mai 1851 hatte der König von Preußen eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Nikolaus in Warschau.

**) Der hannoversche Bundesgesandte, demnächst Minister des Aeußern in Hannover.

***) Der badische Bundesgesandte, der Vater des Staatssekretärs des Auswärtigen unter Caprivi.



nehmlich durch individuelle Susceptibilität sich nicht irre führen lassen.

Der Ehrenmann soll frei und unumwunden seine Farbe bekennen; dies habe auch ich mir zur Aufgabe gestellt; daher zeige ich meine vernünftige preußische Gesinnung unverhohlen, achte jede loyale Meinung, jedes ehrlich ausgesprochene Bedenken und suche mit Ruhe und Geduld falsche Ansichten zu beleuchten. Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit werden immer den Sieg behalten. Von einer Mediatisirung Preußens unter Oesterreich durch Herrn v. Bismarck und mich ist daher nicht die Rede.

Die Zustände der süddeutschen, hiesigen und einheimischen Presse bilden ein Moment der ernstesten Aufmerksamkeit. Oesterreich hat hier keine geschickte Feder, und Graf Thun wünscht ein solches Talent nachgewiesen zu erhalten, um im Sinne der Eintracht Preußens und Oesterreichs gut zu wirken. Großen Einfluß haben die »Cölnische Zeitung« und das »Deutsche Frankfurter Journal«. Die Gothaer haben sich lächerlich gemacht; sie sind aber noch in großer Anzahl vorhanden. Wir sind jedoch unfehlbar die Stärkeren, denn die Macht ist in die Hände der Gewalt zurückgegeben; indessen — wie gesagt — wir haben noch Feinde im Innern, und ihre Kräfte darf man nicht zu gering schätzen. Die Anbringung derjenigen Vorschläge, so Ew. Excellenz von Warschau nach Wien geschickt haben, scheint beschleunigt werden zu sollen. Ich zweifle nicht, daß wir hier bald damit durchkommen werden, wie wir denn überhaupt mit Allem durchdringen werden, was von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich proponirt wird. Dieses Hand in Hand Gehen der beiden Großmächte hat offenbar imponirt, und ich rathe unmaßgeblich, das Eisen zu schmieden, so lange es glüht. Fürst Schwarzenberg hat dem Grafen Thun in Bezug auf den Austritt unserer Provinzen geschrieben und sich damit einverstanden erklärt; ich werde jetzt direkt vorgehen, ohne weitere Befehle abzuwarten.

In Bezug auf Hessen und Holstein sind für Graf Thun auch Weisungen eingelaufen, ich bin indessen noch nicht damit versehen.

N. S. Der Direktor der München-Aachener Feuersozietät, Hofrath Brüggemann, hat mich besucht und mir sehr wichtige Aufschlüsse über die Verhältnisse der Presse in den Rheinlanden gegeben. Derselbe wird sich vom 3. bis 7. Juni in Berlin aufhalten und in der Kommandantenstraße Nr. 81 wohnen. Ew. Excellenz empfehle

ich die Aeußerungen und Wahrnehmungen dieses achtbaren Mannes.

Die österreichische Militärmusik hat mir gestern Abend ein Ständchen gebracht, wozu sich Tausende von Menschen unter meinem Fenster versammelt hatten."

Frankfurt a. M., den 9. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz erlaube ich mir nachfolgend eine Mittheilung von einer Unterredung zu machen, welche ich mit dem badischen Minister v. Rüdt*) gestern in Heidelberg gehabt habe, der mich als alten Bekannten aus der Zeit unserer gesandtschaftlichen Stellung in Württemberg und der Schweiz zu einer Zusammenkunft dort aufgefordert hatte.

Ich habe in Herrn v. Rüdt den nüchternen, verständigen Mann wiedergefunden, als welchen er sich bewährt hat. Er eröffnete mir zunächst, daß das Verhalten des Herrn v. Savigny der Hauptgrund zur Entlassung des Ministers Klüber gewesen. Bis zu dessen Abgange war Herr v. Savigny die eigentliche Seele und Triebfeder des badischen Ministeriums. Diese Tutel habe den Großherzog wie auch alle Gutgesinnten gekränkt, und um nicht Baden in eine unbedingte Abhängigkeit von einem fremden Gesandten zu bringen, sei ein Personenwechsel nothwendig geworden. Er (Herr v. Rüdt) habe das Ministerium übernommen mit dem Wunsche, der Selbständigkeit Badens freilich nichts zu vergeben, aber auch in der zuversichtlichen Hoffnung, daß Preußen und Oesterreich auf die schwierigen Verhältnisse dieses Grenzlandes eine vorwiegende besondere Rücksicht nehmen würden. Er verkenne den Segen des Zollvereins nicht, er wisse recht gut, was Baden ihm zu danken habe, wie es ohne ihn kaum leben könne, ihn daher auch sicherlich nie aufgeben werde. Aber bei aller Anerkennung dieses von Preußen geschaffenen Werkes und überhaupt der preußischen Verhältnisse verhehle er sich nicht, daß zwischen Nord- und Süddeutschland doch eine große, nicht künstlich geschaffene, sondern natürlich bestehende Verschiedenheit in vielen wesentlichen Auffassungen und Zuständen vorwalte, welche bei der Politik nicht

* Frhr. Rüdt v. Collenberg-Bödigheim, badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

außer Ansatz bleiben könne. Ebenso sehr wisse er auch, daß Oesterreich sich niemals in dem Maße in die deutschen Verhältnisse würde hineindenken können, wie dieses von Preußen zu erwarten sei.

Der Ausmarsch der preußischen Truppen aus Baden habe große Verstimmung hervorgerufen; die Dankbarkeit gegen Preußen für die in so schwierigen Zeiten gewährte erfolgreiche Hülfe werde unverwelklich bleiben, und diese Pflicht der Erkenntlichkeit sei bei ihm persönlich noch gesteigert durch eine große Bewunderung der ausgezeichneten Mannszucht und des herrlichen Geistes, welcher die preußische Armee durchdringe. Sobald der Ausmarsch entschieden gewesen, sei von Wien aus die Aufforderung ergangen, sich österreichische Hülfe auszubitten; das badische Kabinet habe verneinend geantwortet. Als das Ansinnen von Wien und Frankfurt aus erneuert sei, habe man gegen eine geringe Besatzung von Rastatt keine Einwendungen erhoben, weil solche den Verträgen gewissermaßen entspreche.

Die Beschickung des Bundestages von Seiten Preußens habe das badische Kabinet mit freudiger Hoffnung auf eine Konsolidation der deutschen Zustände begrüßt, Baden habe aber geglaubt, eher als Preußen in den Bundestag eintreten zu müssen, um nicht die Annahme hervorzurufen, als sei Baden ganz abhängig von Preußen, dem es durch den früheren Eintritt mehr nützlich als nachtheilig geworden zu sein glaube, mit dem es auch zu Frankfurt in Uebereinstimmung zu handeln wünsche. Der badische Gesandte hierselbst sei deshalb auch angewiesen, sich über alle Hauptpunkte mit mir zu verständigen, so namentlich in der Flottenangelegenheit, in der schleswig-holsteinischen und hessischen Frage sowie bezüglich des Austritts unserer östlichen Provinzen.

Als in Dresden eine Hebung der Königreiche zur Sprache gekommen, habe das badische Kabinet sich entschieden dagegen erklären müssen, und auch bei dieser Gelegenheit habe Herr v. Rüdt wiederum erkannt, welchen Schutz Preußen allen zu Recht bestehenden deutschen Verhältnissen angedeihen lasse. Der Großherzog von Baden sowie er hätten mit dem in Baden-Baden anwesenden König von Württemberg mehrere Unterredungen gehabt. Se. M. seien unverändert geblieben, beständig alle Regierungen tadelnd und doch keine Gewähr leistend, daß er die seinige besser einzurichten und zu führen verstehe. Der König habe an der wahren Einigkeit zwischen Preußen und Oesterreich Zweifel gehegt und

gemeint, daß es im Grunde besser sei, wenn sie nicht bestehe. Auf eine Unterstützung der württembergischen Regierung hier ist nach Herrn v. Rüdts Ansicht wenig zu rechnen, er glaubt jedoch, daß die gemeinschaftlichen Vorschläge Preußens und Oesterreichs, wenn auch anfangs auf Hindernisse, doch später auf keine Schwierigkeiten stoßen würden.

Der Großherzog von Baden hat mich bitten lassen, bei Ew. Excellenz zu befürworten, daß, nachdem er gehört, dem Herrn v. Savigny sei unwiderruflich eine andere Mission zugedacht, ihm jeder preußische das Vertrauen des Herrn v. Manteuffel genießende Gesandte willkommen sein würde, nur erlaube er sich die Bemerkung, wie es ihm unmöglich wäre, mit Herrn v. Sydow in irgend ein Vernehmen zu treten, wenn etwa die Regierung Sr. M. Bedacht nehmen wolle, diesen für Karlsruhe zu bestimmen.*)

Herr v. Rüdt läßt den Fähigkeiten des Herrn v. Savigny alle Gerechtigkeit widerfahren, verhehlt sich aber nicht, daß seine gänzlich unveränderte Stellung seine Wirksamkeit nur beschränken könne.

Die badische Regierung wird den Obristlieutenant v. Krieg als Militärbevollmächtigten nach Frankfurt schicken. Herr v. Rüdt will ihn, weil er sehr intriguant ist, von der Person des Großherzogs entfernen.

Eine nähere Charakteristik der einzelnen Bundesgesandten und der ganzen Stimmung der Versammlung werde ich nach genauer Prüfung Ew. Excellenz vorlegen. Graf Thun hat unfehlbar guten Willen, ist aber flüchtig, kennt die Geschäfte nicht und daher abhängig.

Vorgestern hatten wir hier den Besuch des sächsischen Ministers v. Beust, ich habe mit ihm bei Graf Thun gegessen. Er scheint ein intelligenter, muthvoller und scharfsinniger Mann, nur zu Winkelzügen geneigt zu sein. Daß seine Pläne für erhöhtes Ansehen der kleinen Königreiche in Dresden nicht geglückt, sein Einfluß auf den Grafen Thun sowie seine Korrespondenz mit dem Fürsten Schwarzenberg hinter dem Rücken des gedachten Grafen nicht zu dem gewünschten Resultate führten, schien ihn sehr gekränkt zu haben. Meinen Wahrnehmungen nach ist mit ihm sowie mit dem hiesigen sächsischen Gesandten eine größere Bemessenheit nothwendig.

*) v. Sydow wurde Gesandter in Bern.

wogegen mit dem Herrn v. Scheele, der ganz auf dem Standpunkte korrekter Gesinnung, monarchischer Prinzipien und Aufrechthaltung jedes bestehenden Rechtes steht, unbefangen geredet werden kann. Vielleicht finden Ew. Excellenz Gelegenheit, durch den Gesandten v. Nostitz Se. M. den König von Hannover wissen zu lassen, daß ich sehr dankbar für Herrn v. Scheles Vertrauen wäre, und daß dieser bei der Kürze seines hiesigen Aufenthalts bereits die allgemeinste Achtung sich erworben habe.

Was meine eigene Stellung zu den einzelnen Gesandten anbetrifft, so darf ich solche Ew. Excellenz ohne Anmaßung und Ueberschätzung als eine dem königl. Dienste ersprießliche bezeichnen. Bevor ich hier eintraf, wußte ein Jeder, daß ich in meinen politischen Grundsätzen niemals geschwankt, zu keiner Zeit den Zeittendenzen zugänglich gewesen, sondern als treuer Diener meines Königs die Interessen desselben wahrgenommen, aber stets mit aller Offenheit und ohne Rückhalt gegen die Regierung mich ausgesprochen habe. Man ist mir daher von allen meinen Kollegen ungemein freundlich entgegengekommen, und dadurch, daß ich anfänglich die Herren zu mir bitten ließ, nicht um eine Gunst für Preußen warb, sondern die dringende Nothwendigkeit hervorhob, sich Preußen und Oesterreich anzuschließen, habe ich die Ueberzeugung erweckt, daß ich kleinlichen Intriguen durchaus fremd, nur darauf bedacht sei, durch Preußen und Oesterreich das wahre Wohl Deutschlands zu befördern. Glauben aber Ew. Excellenz hiernach nicht, daß ich die speziellen Aufträge vernachlässigt oder das wahre preußische Interesse hintenangesetzt habe.

Das Vertrauen zu Preußen ist mächtig gehoben worden durch die neuesten Maßregeln des Herrn Ministers des Innern rücksichtlich der Provinzialvertretung.*) Die unnachsichtliche kräftige Durchführung dieser weisen Anordnungen wird das Ansehen von Preußen überall heben, und je mehr Preußen auf diesem Wege fortschreitet, um so schneller wird das durch frühere Schwankungen so tief erschütterte Vertrauen sich wieder herstellen lassen. Für unsere Beziehungen zum südlichen Deutschland aber betrachte ich aus meinem untergeordneten Standpunkte für eine gebieterische Nothwendigkeit, die diplomatischen Organe an den süddeutschen Höfen in einer Weise zu ändern, daß dort nur Personen angestellt sind, auf welche Ew. Excellenz unbedingt zählen können. Die

*) Vgl. Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. II. S. 24.

preußische Politik, soll sie Nachdruck haben, kann nur wie aus einem Gusse betrieben werden. Entschuldigen Sie, hochverehrter Herr Ministerpräsident, diese freimüthige Auslassung, ich glaube aber bestimmt, daß ich Ew. Excellenz Absichten nicht vorgegriffen, sondern nur Worte gegeben habe.

Der Aufenthalt des Herrn v. Savigny in Baden, die Individualität der obersten Civilbehörden am Rhein scheinen auch ernst ins Auge gefaßt werden zu sollen; so wie es jetzt ist, wie die Umtriebe stattfinden, wie selbst geheime Zusammenkünfte mit Gleichgesinnten nicht gescheut werden, scheint es mit den Interessen Sr. M. des Königs gänzlich unvereinbar zu sein. Ich werde diese letzte Andeutung vielleicht nächstens näher motiviren können, da Herr v. Bismarck die Gefälligkeit hat, sich nach Baden zu begeben, um sich daselbst zu orientiren.

Ew. Excellenz werden nach dem Inhalte dieses ganz vertraulichen Berichts ermessen, ob Sie es der Mühe werth erachten, dem Herrn Generallieutenant v. Gerlach vielleicht Kenntniß von demselben zu geben."

Sanssouci, den 13. Juni 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Theuerster Manteuffel! Es ist mir (natürlich an sich schon, aber um vieler anderer Ursachen Willen) von großer Wichtigkeit, klar über den Stand der Dinge zu sein, die wir in Politicis in letzter Zeit beendet, decretirt, depeschirt etc. haben.

Zunächst stellen sich die Dinge dar, die wir im Conseil beredet und beschlossen haben.

1. Unsere Anträge an den Bundestag wegen Behandlung der democratischen Umtriebe, das bundesgesetzliche Unterdrücken der democratischen Preßorgane und die Interdiczion der bekannten Arbeiten an diesen Organen. (Hier dürfte von Oesterreich kein Widerspruch zu befürchten sein, und harre ich ängstlich auf unser Hervortreten damit zu Frankfurt.)

2. Unser Antrag auf einen Bundesbeschluß, nach welchem trotz 1848 und Folgen das Verhältniß des Bundes gegen Dänemark unverändert, dessen einzige Grundlage folglich keine andere ist und bleibt als König Christians VIII. Ver-

sicherungen von 1846 und die feierliche Annahme derselben durch den Bundestag vom selben Jahre. (Hier bemerke ich, daß die Grundlage noch nicht das Gebäude selbst ist, und daß auf derselben sehr Verschiedenartiges zu bauen ist. Nur darf nie **daneben** gebaut werden.)

3. Die deutsche und bundesgemäße Behandlung der dänischen Successionsfrage.*) Hier bleib' ich unwandelbar dabei, nur einen schleswig-holsteinischen Familienschluß anerkennen zu können. Der europäische Theil der Frage mag (nach vollendetem legalen Familienschluß, wie deutsches Fürstenrecht ihn fordert, d. h. zwischen Dänemark, Rußland, Oldenburg, Gottorp und den zwei apanagirten Linien Augusten- und Glücksburg aufgestellt) in London die europäische Sanczion erhalten. Nie aber vorher. (Dies scheint auf gutem Wege zu sein, was den russischen Willen betrifft. Der Modus scheint aber dort noch nicht klar begriffen. Wir müssen darum pedantisch deutlich sein.)

4. Die kurhessische Sache im Verhältniß zur Bundesthätigkeit.**) (Diese ist jetzt vorzüglich unsern und Oesterreichs Händen übergeben. Da verlange ich aber von unserer Seite Klarheit, thätiges und energisches Vorschreiten.)

*) In einer Zusammenkunft mit den Kaisern von Rußland und Oesterreich hatte Friedrich Wilhelm IV. im Mai 1851 sich mit dem russisch-dänischen Plane einverstanden erklärt, dem Prinzen Christian von Glücksburg die Erbfolge im dänischen Gesammtstaate zu übertragen, und verhieß, künftig an einer europäischen Anerkennung derselben theilzunehmen, unter der Bedingung, daß darüber ein nach deutschem Fürstenrechte legaler Familienschluß des Oldenburger Hauses vorher zu Stande käme. Zugleich sprach er seine Bereitwilligkeit aus, zur Erreichung dieses Zieles seinen ganzen Einfluß auf den Herzog von Augustenburg wirken zu lassen, daß er seine persönlichen Ansprüche dem Interesse des europäischen Friedens unterordne.

** Die kurhessische Frage war, als der Bundestag in Frankfurt a. M. wieder vollzählig zusammentrat, in dem Maße versumpft, daß der preußische Kommissar in Cassel, der vormärzliche Justizminister Uhden, keinen besseren Ausweg wußte, als durch den Bundestag eine Art Diktatur der Regierung unter seiner und des österreichischen Kommissars, des Grafen Leiningen, votiren zu lassen. Infolge des Widerspruchs, welchem dieser Vorschlag in Frankfurt a. M. begegnete, kam es am 11. Juni 1851 zu einem Bundesbeschluß, dahin lautend, die fernere Leitung der kurhessischen Angelegenheiten und deren Vorbereitung zur definitiven Erledigung Oesterreich und Preußen zu übertragen und die Dauer dieses Kommissariats vorläufig auf 6 Wochen festzusetzen. Wäre die Angelegenheit dann noch nicht zur Erledigung reif, so erwarte die Bundesversammlung Bericht und behalte sich die weitere Beschlußnahme vor.

Außer den beregten politischen Dingen, über deren Lage ich erschöpfenden Bericht erwarte, sind einige andere Gegenstände im Schreiben, die mich gewaltig ergreifen. Zwei davon sind mir im Moment die wichtigsten, und ich erwähne sie hier:

1. Die Anmaßungen der Staatsanwaltschaft in Preßsachen und deren Einschreiten der Polizei gegenüber, welche jede Maßregel Letzterer und jedes Leben (vernünftiges, zeitgemäßes Leben heißt das) der Gesetzgebung illusorisch macht. Das muß für Berlin gründlich geändert werden. Ich will vor versammelten Staatsministern Selkes*) und Hinkeldeys**) Vorträge vernehmen und dann in und mit dem Conseil feste Beschlüsse fassen.

2. Die Sache der evangelischen Kirche zu Florenz. Darüber enthält die »National-Zeitung« einen Bericht, der Einem die Haare zu Berge treibt.***) Der Pfarrer verjagt! Der Adjunct in Ketten

*) Staatsanwalt beim Kammergericht.

**) Polizeipräsident von Berlin.

***) In der „Nat.-Ztg." Nr. 207 vom 12. Juni 1851 stand aus der Feder von Lothar Bucher: „Das Verfahren der toskanischen Regierung gegen die Protestanten in Florenz und das Verhalten des preußischen Gesandten, Herrn Alfred Reumont (der beiläufig selbst Katholik ist), bei dieser Gelegenheit erregt hier großes Aufsehen. Man kann dieses Verhalten des Repräsentanten des mächtigsten protestantischen Staates auf dem Kontinent, trotz aller Vorgänge neuester Zeit, nicht recht begreifen. Die betreffenden Thatsachen sind in diesen Blättern schon früher mitgetheilt worden. Die dortige Regierung verlangte die Ausschließung aller Italiener von dem Gottesdienst der schweizer-protestantischen Kirche. Diese, die unter dem unmittelbaren Protektorat des Königs von Preußen steht, wandte sich deshalb an den Gesandten und an den König selbst um Schutz, und das Resultat der Verhandlungen und Korrespondenzen war — daß die intoleranten Forderungen der toskanischen Regierung Recht behielten. »Daily News« berichtet hierüber ausführlich und erhebt eine förmliche Anklage gegen den preußischen Gesandten. In seinem Bericht an den König von Preußen habe er ganz Partei für die florentinische Regierung genommen und das Konsistorium getadelt, weil es nicht einwilligen wollte, den Gottesdienst bei verschlossenen Thüren zu halten, jedem Italiener den Zutritt zu verbieten u. s. w. Unterdessen ist der Pastor der protestantischen Kirche des Landes verwiesen, sein Gehülfe zu Fuße und in Ketten nach Sarzana geschleppt und in einen Kerker geworfen worden. »Alles dieses«, bemerkt die »Daily News«, »findet in Italien, dem Lande der römischen Katholiken statt, die in England ein so gewaltiges Geschrei über die Intoleranz der englischen Regierung erheben.«" Näheres über den Vorfall und die sich an denselben knüpfenden Konsequenzen findet man in dem Buche „Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen" von Alfred v. Reumont, S. 388 f.

nach Sarzana geschleppt! ! ! — Ist das Lüge, so befehle ich die amtliche und schleunige Widerlegung in der »National-Zeitung« sowohl als den gelesensten Blättern Berlins, des In- und Auslandes. Wäre es aber Wahrheit — was Gott verhüte, so befehl' ich Alles das, was die Ehre der Confession und meiner Stellung zur evangelischen Kirche erfordert, sofort aufs Energischste vorzunehmen, um dem Gräuel ein Ende zu machen. Auf Englands Hülfe dürfen wir bauen, und die muß im Nothfall erfordert werden.

Friedrich Wilhelm.

P. S. Ich erwähne noch der Hamburger Sache. Preußen muß bei Gelegenheit des Hülferufs der Conservativen Hamburger an den Bundestag auf demselben den Grundsatz zum Beschluß zu erheben trachten, »daß die alte, von Kaiser und Reich garantirte Stadt- und Staatsverfassung jener Stadt zum Bundestage in demselben Garantie-Verhältnisse stehe.«

Wäre nicht die Aufregung der Stadt in allen ihren Classen, die seit dem Pfingsttage besteht, in allen Ehren auszubeuten, um den preußischen conservativen Ansichten mehr Anhänger in Hamburg zu gewinnen?"

Der Minister Manteuffel war in der Lage, dem Könige in Bezug auf alle zur Sprache gebrachten Punkte befriedigende Erklärungen abzugeben:

„Hinsichtlich der dänischen Successionsfrage habe ich den zu Ew. M. Kenntniß gebrachten Privatbrief des Grafen Nesselrode an Baron Budberg nach den mir gewordenen Allerhöchsten Befehlen unter dem 14. d. Mts. beantwortet und überreiche anbei eine Abschrift meines Antwortschreibens. Es ist darin ausdrücklich hervorgehoben, daß die künftige Successionsordnung in Dänemark auf einem Familienschluß sämmtlicher Linien des holsteinischen Hauses beruhen müsse, und daß Ew. K. M., wenn die Grundzüge eines solchen Familienschlusses zwischen den regierenden und den paragirten Zweigen des Hauses entworfen seien, Allerhöchstihren Einfluß auf den Herzog von Augustenburg zur Erwirkung seines Beitritts geltend machen würden. In gleichem Sinne sind Ew. K. M. Gesandten zu Wien und London Instruktionen über die dänische Successionsfrage zugegangen." In der kurhessischen Angelegenheit habe der Bundestagsgesandte v. Rochow die ihm in dieser Sache von seiner Regierung zugegangenen Instruktionen ausgeführt, und es seien infolgedessen die beiden deutschen Großmächte mit der Ordnung der kurhessischen Verfassungsangelegenheit betraut. (Bundesbeschluß vom 11. Mai 1851).

Wenngleich nach der etwas kurzen Frist von 6 Wochen eine neue ausführliche Mittheilung über die Angelegenheiten von dem Bundestage vorbedungen worden sei, so gewähre der Beschluß doch das Mittel, den besonders drängenden Punkt wegen des Eides der kurhessischen Offiziere auf die Verfassung zu erledigen, somit die kurhessische Armee selbst zu rehabilitiren und überhaupt weitere Maßnahmen für die Ordnung der Verhältnisse im Kurfürstenthum vorzubereiten.

„Der in den deutschen, insonderheit den deutschen demokratischen Blättern enthaltene Artikel aus Florenz über die Verfolgungen denen die evangelische Kirche zu Florenz ausgesetzt sein soll, ist aus dem überaus radikalen Londoner Blatte »General Daily News« entnommen Es läßt sich mit Zuversicht behaupten, daß die darin vorgetragenen Thatsachen sämmtlich entweder ganz erfunden oder völlige Verdrehungen der Wahrheit sind. Die Ew. K. M. vorgelegten gesandtschaftlichen Berichte ergaben nichts, was zu der Annahme berechtigte, daß die von Ew. K. M. unterstützte und als Gesandtschaftskapelle bezeichnete Kirche in Florenz Beeinträchtigungen ihrer Rechte erfahren habe. Um indeß ganz sicher zu gehen, habe ich den Gesandten v. Usedom angewiesen, bei seiner bevorstehenden Ankunft in Florenz den Thatbestand genau festzustellen und darüber zu berichten.“

Hinsichtlich der Hamburger Verfassungsfrage bemerkte Manteuffel, es sei der General v. Rochow bereits mit Instruktion versehen, die beim Bundestage zu erhebende Einsprache der konservativen Partei in Hamburg gegen die Einführung der pp. Neuen Verfassung kräftig zu unterstützen. „Gleichmäßig ist Graf Arnim in Wien hiervon zur Mittheilung an Fürst Schwarzenberg in Kenntniß gesetzt. Auf die Mitwirkung des österreichischen Bundestagsgesandten zu Gunsten der alten Hamburger Institutionen wird um so schwerer zu rechnen sein, als die Vorfälle des Pfingsttages dem Wiener Kabinet Anlaß gegeben haben, dem Senate der freien Stadt gegenüber keine besonderen Rücksichten zu nehmen.“

Frankfurt a. M., den 16. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Was Frankfurt betrifft, so ist die Individualität der Bundesgesandten meiner Auffassung gemäß nicht bedeutsam.*) Mit Aus-

*) Wir erhalten hier ein interessantes Seitenstück zu der berühmten Bismarckschen Charakteristik seiner Kollegen, abgedruckt in „Preußen im Bundestag“, Bd. I. S. 254 f.

nahme des Gesandten Thun ist Niemand von frischem Geist unter meinen Kollegen. Herr v. Schele hat eine korrekte Gesinnung, verfolgt gute Grundsätze und hat einen achtungswerthen Charakter. Sein politischer Horizont ist rein hannöverisch und sein Urtheil juristisch. Herr v. Nostitz*) ist als guter Beamter bekannt und war immer ein fleißiger Berichterstatter. Eine selbständige Meinung hat er nicht. Er ist der Geschäftsadjutant vom Grafen Thun. Herr v. Oertzen**) scheint ein unterrichteter Edelmann mit vorherrschend juristischen Ansichten zu sein. Herr v. Eisendecher***) gefällt mir durch seine praktische Geschäftskenntniß und seine offene Sprache. Höchst begabt, aber mehr pfiffig als loyal möchte Herr v. Bülow†) sein. Herr v. Marschall ist in den Bundesfragen sehr orientirt durch Herrn v. Blittersdorff††) seinen Vorfahren; er wird großklug referiren und gewissenhaft arbeiten, aber macht stets einen krummen Rücken und ist im Worte ganz frei, im Handeln sehr reservirt. Den Grafen Thun kann man in seinem ganzen Verfahren durchaus nicht vorbereitet nennen; er faßt leicht, ist empfänglich für fremde gute Ansichten, hat gewissermaßen eine österreichisch-liberale Färbung. In seinem Redestoff ist er immer klar und logisch, zuweilen platzt er nicht rechtzeitig los, er weiß jedoch immer die prägnante Seite hervorzuheben, und es fehlt ihm nie an scharfen, sogar schlagenden Argumenten, um Philistereien der Herren v. Scherff, v. Fritsch†††) und Genossen aus dem Felde zu schlagen. Er will niemals Effekt machen, es ist ihm nur um die Sache zu thun.

Darf ich mir ein weiteres Urtheil über meinen österreichischen Herrn Kollegen erlauben, so wünschte ich, daß er in seinem äußeren Auftreten etwas gemessener sein möchte, denn er ist zu wenig bedacht; auf Landpartien springt und voltigirt er und geht den halben Tag im bloßen Kopf umher, dabei spielt er mit Passion. Bei alledem mache ich die Parität nicht geltend.

*) Sächsischer Gesandter.

**) Mecklenburgischer Gesandter.

***) Gesandter für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg.

†) Der Gesandte für Holstein und Lauenburg. Vater des jetzigen Reichskanzlers.

††) Der frühere badische Bundestagsgesandte.

†††) v. Scherff, niederländischer Gesandter; v. Fritsch, Gesandter für Weimar und die sächsischen Herzogthümer.

Ich beabsichtige, nächsten Donnerstag nach dem Johannisberg zu gehen, und werde Ew. Excellenz über meine Unterhaltung mit Fürst Metternich*) Bericht erstatten."

Zu den unerquicklichsten Vorgängen im Schoße des reaktivirten Bundestags zählte der Streit über die im Jahre 1848 geschaffene deutsche Nordseeflotte, welcher lange Monate hindurch die hohe Bundesversammlung in Athem hielt und aus einem hartnäckigen Feilschen um eine unbedeutende Geldsumme allmählich zu einem Streite über die fundamentalen Fragen der ganzen Bundesverfassung heranwuchs, bis sich endlich die Gegensätze in dem kläglichen Geständniß löften, daß unter dieser Verfassung Deutschland mit einer Flotte nichts Anderes zu beginnen vermochte, als sie in öffentlicher Versteigerung unter den Hammer zu bringen. Am lebhaftesten agitirte für die Erhaltung der Flotte Hannover, welches durch seinen Bundestagsgesandten, v. Schele, am 11. Juni 1851 in Frankfurt a. M. eine Denkschrift überreichen ließ, worin beantragt war, die Bundesversammlung wolle die Anerkennung jener Flotte als Eigenthum des Bundes aussprechen und die Niedersetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung eines Beschlusses verfügen über die Frage, ob die Nordseeflotte als Flotte des Bundes beizubehalten oder ob solche aufzulösen und wie gegebenenfalls diese Auflösung zu bewerkstelligen sei. Demgegenüber brachte der preußische Gesandte v. Rochow, den eine gesunde Beschleunigung der ganzen Angelegenheit bezweckenden Antrag ein, vor Allem über die Hauptfrage zu beschließen, ob es nämlich in der Absicht des Deutschen Bundes liege, die Nordseeflotte ferner beizubehalten und hiermit auch den dazu erforderlichen Kostenaufwand in seinem ganzen Umfange für den Augenblick sowie bleibend zu übernehmen.

Potsdam, den 17. Juni 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Bester Manteuffel! Ich lese aus Rochows Depeschen, daß er nach Referenten und Commissions-Mitgliedern in Sachen der deutschen Flotte sucht, welche gegen deren Beibehaltung stimmen. Dies widerspricht meiner Ansicht und meinen Ueberzeugungen in hohem Grade. Es stand uns wohl an, in dieser Sache, die für Preußen von größter Wichtigkeit

*) Fürst v. Metternich, ehemaliger österreichischer Haus-, Hof- und Staatskanzler. — Der Bericht folgt S. 190.

ist, nicht die Leidenschaftlichen, Drängenden und Vielredenden zu spielen. Darum votirte ich für eine passive Behandlung der Sache durch unseren Gesandten und warnte vor der Wärme, welche Widerspruch erzeugt. Die Beibehaltung der Flotte ist meiner Meinung nach aber eine Ehrensache und eine Sache höchsten Interesses zugleich für Deutschland im Allgemeinen und für Preußen insbesondere. Nur das Fortsetzen des 1848er Enthusiasmus stand uns schlecht und mußte in Frankfurt sorglich vermieden werden. Ich bitte, danach Rochow zu instruiren.

Ich lese auch aus Werthers*) Bericht aus Kopenhagen eine neue Diatribe des Ministers Moltke**) gegen den status quo in den Herzogthümern. Wenn das bei mir ohne Verwunderung geschehen, so ist doch die höchste Verwunderung bei mir vorhanden, daß Werther von seiner Antwort schweigt. Das ist geradezu unverzeihlich. Sie haben ihn kräftigst dahin zu instruiren, daß er ähnlichen Aeußerungen ruhig aber fest und bestimmt mit der Behauptung entgegentritt: »Es gäbe keine andere Basis der Verständigung als den status quo, da Deutschland selbstredend ausschließlich auf Christians VIII. Zusagen in seinen Verhältnissen zu Dänemark sich gründen könne, und weil diese Zusagen den status quo ante in sich schlössen wie die Kirsche den Kern.« Ich bemerke aufs Neue, was ich mündlich so oft berührt, daß das Aufnehmen dieser Lebensfrage durch unsere Gesandten an den betreffenden Höfen (Petersburg, London, Kopenhagen) mir von unerträglicher Gleichgültigkeit zeuge. Hier muß une bonne foi klarer Wein eingeschenkt werden. Auf Wiedersehen.

Friedrich Wilhelm."

Sanssouci, den 18. Juni 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Soeben 3/4 11 Uhr erhalte ich Ihre Antwort von gestern, bester Manteuffel, und bin sehr gespannt, des Näheren über die eigenthümliche Lage der deutschen Flotte zu erfahren. Aus Rochows Bericht war ich im Fall zu glauben, dieselbe solle aufgelöst werden. Dazu geb' ich nie meine Zustimmung. Sollte nicht der schnellste und gründlichste Weg, um Oesterreichs Anmaßungen zu beseitigen,

* Karl Frhr. v. Werther, preußischer Gesandter in Kopenhagen.
** Graf v. Moltke, dänischer Minister für Schleswig.

der sein, daß wir den Vorschlag ihrer Erhaltung und gleichmäßigen Bezahlung machen und zugleich auf die (gewiß leicht zu erhaltende) Erklärung dringen, »daß nur die pecuniären Theilnehmer auch Mitberechtigte sein sollen?« Vielleicht schlagen wir Oesterreich von vorn herein vor, »sich daran offiziell unbetheiligt zu lassen, da bei Bestand der eigenen Flotte, das Bezahlen zweier Flotten unbillig, oder wenigstens nicht zu prätendiren erschiene — selbstredend aber die Flotte nur denen gehörte, die sie bezahlten«. Argumentum ad hominem unwiderlegbarer Art!

Sind wir denn mit Oesterreich einig über die Grundlagen unserer Unterhandlungen mit Dänemark wegen Holstein? Ist dem also, so ist, kraft der Verlängerung unseres Commissorii durch den Bundestag, auf dieser einzig möglichen und anständigen Basis sogleich explicite und energisch vorzugehen. Die Anerkennung derselben durch den Bundestag ist aber unumgänglich. Im Bejahungsfall macht es uns zehnfach stärker, im Verneinungsfall erfährt ganz Deutschland, daß es Preußens Schuld nicht ist, wenn nicht logisch und würdig mit Dänemark verhandelt wird. Das Beste erscheint, daß wir aus der Zustimmung Frankfurts zu unserer Ansicht die conditio sine qua non der Fortführung unseres Commissorii machen. Vale! Friedrich Wilhelm."

Der Minister Manteuffel beruhigte den König (30. Juni): der Bundesgesandte v. Rochow habe die demselben in der holsteinischen Angelegenheit ertheilten Allerhöchst gebilligten Instruktionen ausgeführt, und es sei durch Bundesbeschluß vom 11. Juni 1851 die Bevollmächtigung der beiden großen deutschen Mächte für die Weiterführung dieser Angelegenheit erzielt worden. Bei der Anwesenheit des dänischen Ministers v. Reedtz wollte der Minister Manteuffel mit ihm die Lage des Herzogthums Holstein, wie die ganze Stellung des Deutschen Herzogthums zu Schleswig, zum Deutschen Bunde und zu Dänemark besprechen und die von dem König ausgesprochenen Grundsätze geltend machen.*)

Frankfurt a. M., den 19. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulichst:

*) Am 20. September sprach Manteuffel mit Gerlach über die dänische Sache, die ihm große Bedrängniß verursachte. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 668.

„Ew. Excellenz habe ich amtlich über die Bildung eines gemischten Korps zum Schutze der Bundesversammlung zu berichten den Vorzug gehabt. Hochdemselben kann ich's kaum verbergen, wie ich's fast für eine Schmach ansehen muß, zu dem gedachten Behuf und ausdrücklich unter dem Vorwand des Schutzes der Bundesversammlung eine die jetzige, zu diesem Zweck vollständig hinreichende Garnison übersteigende Truppenzahl zu designiren. Um Frankfurt mit seiner allerdings schlechten Umgebung im Zaum zu halten, sind die jetzt hier stationirten Truppen mehr denn genügend, und wenn ich mich auch nicht gerade anheischig machen möchte, den Frankfurter Stadt- und Landpöbel mit meinen hochweisen Herren Bundestagskollegen aus dem Felde zu schlagen, so betheuere ich Ew. Excellenz doch, daß ich an der Spitze des Personals der Militärkommission, nicht mit dem Degen, sondern einer Scheuerkelle in der Hand alles Gesindel, welches den Sitz der hohen Bundesversammlung allenfalls bedrohen möchte, zu Paaren treiben würde.

Die deßfallsigen Befehle sind nun aber erlassen, und ich muß mich ihnen anschließen. Was nun die Uebertragung des Kommandos eines solchen Korps anbelangt, so wollen Ew. Excellenz mir verstatten, Hochdero Beurtheilung meine Ansicht im engsten Vertrauen darzulegen.

Wenn durch stattgehabte unabänderliche Begebenheiten vielfach die Meinung hat zur Geltung gebracht werden wollen, Preußen im Allgemeinen, in specie aber die königl. Armee habe manche schmerzliche Erfahrung machen müssen, so hat thatsächlich die falsche Ansicht für und wider Fuß gefaßt, daß Preußen sich von Oesterreich mehr, als recht und gut sei, dominiren lassen. Es hat unleugbar ein solches Thema der immer wachen und thätigen Opposition Gelegenheit geboten, in verschiedenen achtbaren oder verirrten Gemüthern ein Gefühl zu steigern, was sich auf mannigfache Weise verletzt glaubte. Für den Uneingeweihten könnte es daher auffallend erscheinen, fast alle wichtigen Posten unter österreichischer Führung zu erblicken. In Holstein kommandirt ein kaiserl. General; in Kurhessen und Frankfurt ebenfalls; bei dem Bunde hat Oesterreich nach altem Recht das Präsidium, und ein österreichischer General dirigirt die Bundes-Militärkommission. Derselbe General ist auch Kommandeur der Truppen in Frankfurt. Zufällig hat auch Oesterreich in dieser Zeit das Gouvernement der Bundesfestung

Mainz. Würde das Truppenkorps zum Schutze der Bundesversammlung nun auch unter einen österreichischen General, z. B. den vom Gouvernement von Mainz gestellt, so findet sich in keiner Spitze ein preußisches Organ. Es fragt sich nun, ob bei Ausführung dieser Idee die Mißstimmung in der Armee nicht neue Nahrung finden und der nie ruhenden Opposition nicht Gelegenheit gegeben würde, unter dem Vorgeben, das Ehrgefühl des Heeres sei verletzt, von Neuem wieder aufzuregen?

Ziemlich vertraut mit dem Geiste, der in unsern rheinischen Truppen von Zeit zu Zeit auftaucht, nicht minder mit den Umtrieben unserer Gegner, habe ich nicht Anstand nehmen dürfen, Ew. Excellenz weiser Beachtung diese Bedenken zu empfehlen.

Da man in Oesterreich auf alle derartigen Auswüchse Rücksicht nehmen muß, so kann es kaum im wahren Interesse der kaiserl. Regierung liegen, derartige Verlegenheiten hervorzurufen. Im Gegentheil sollten sich die beiden hohen Regierungen verpflichtet fühlen, Alles aufzubieten, die beiderseitigen Heere in vollständigster Einigkeit zu wissen."

Frankfurt a. M., den 21. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz wollen aus dem nachstehenden Vortrage Kenntniß von einer Unterredung nehmen, welche ich mit dem Fürsten Metternich am 19. d. Mts. auf dem Johannisberge gehabt habe.

Ich fand den Fürsten mit seiner Gemahlin, welche den Besuch der Frau Herzogin von Cambridge hatte, auf einer Veranda im Freien sitzen; die Bewohner von Johannisberg nahmen mich wie einen alten Freund auf, und die Fürstin war so gerührt, daß sie meine Hand eine ganze Weile in der ihrigen hielt.

Eine Unterhaltung mit dem Fürsten ist schwer, da er sehr taub geworden, weshalb man ihn fast ausschließlich sprechen lassen muß. Seine Auffassung der politischen Lage ist von aller Bitterkeit frei, er betrachtet die Dinge aus dem welthistorischen Gesichtspunkte, fern von jedem Tadel, im Gegentheil entschuldigt er diese oder jene Handlungsweise. Er meinte, Deutschland sei aus dem Fieberparoxysmus heraus, aber es komme ihm vor, um einen Vergleich zu gebrauchen, wie von einem Erdbeben erschüttert; es handle sich nicht um Ausbesserungen, sondern um Neubau auf den alten

Grundlagen mit Benutzung des alten Materials; nur wären zu viele Baumeister und die besten in der Minderzahl. Man habe ihm über die Behandlung der deutschen Angelegenheiten in früheren Jahren viele Komplimente gemacht; diese könne er aber nicht annehmen, denn sicherlich seien auch zu seiner Zeit große Fehler begangen, welche vielleicht nur nicht so auffallend und einschneidend gewesen seien, weil er stets auf die größte Ruhe und sorgsamste Vorsicht Bedacht genommen habe. Das Verdienst eines dreißigjährigen Friedens falle ihm nicht zu, sondern den Männern, welche mit ihm die Grundbestimmungen des Jahres 1815 feststellten, deren Werth eben jetzt neben den Versuchen auf Neugestaltung recht anerkannt wäre. Das Schlimmste seien die Experimente und die Sucht, sich für den Ausfluß der alleinigen Klugheit zu halten, ohne bei der Erfahrung bewährter Männer anzufragen. In dem Urtheile über Staatsmänner und Regierungen müsse man billig sein. Das Haupterforderniß für das Wohl Deutschlands setzte Fürst Metternich in die Einigkeit zwischen Preußen und Oesterreich.

Ich erwiderte, die Durchführung dieses Grundprinzips möge nicht so schwer sein, wenn man mit Männern von solcher Erfahrung zu thun habe, wie der Staatskanzler sei. Er bemerkte, man sei in Oesterreich etwas schnell, soldatisch -- das habe freilich auch sein recht Nützliches gehabt; er stehe zwar den Handlungen fern, glaube aber versichern zu können, daß ihm die Kenntniß der Absichten nicht fehle; »dieses aber kann ich Ihnen, lieber General, heilig versichern« — fuhr der Fürst bewegt fort -- »die Einigkeit mit Preußen will man nicht nur aufrichtig, sondern sieht sie als gebieterische Nothwendigkeit an. Lassen Sie sich durch Nichts irremachen; die Stellung der beiden deutschen Großmächte ist durch die politische Erfahrung der Jahrhunderte begründet, durch die Freundschaft zweier Monarchen befestigt, von denen keiner den irdischen Schauplatz verlassen, ohne in seinem Testamente die Einigkeit zwischen Oesterreich und Preußen als die Hauptbedingung für Deutschlands Wohlfahrt hinzustellen. Niemand ist mehr davon erfüllt als Ihr König. Man muß es mit Dankbarkeit anerkennen, daß er es hauptsächlich gewesen, welcher nie wankend geworden in seiner richtigen Auffassung der wahren Existenz der beiden Monarchien.«

Der Fürst reihte an diese Bemerkungen einige Worte der Verehrung für den König und die Königin, denen die Fürstin sich mit Lebendigkeit und Wärme anschloß.

Wir kamen dann nochmals auf die Verhältnisse in Frankfurt zurück, wo der Fürst einige schmeichelhafte Worte über meine politische Vergangenheit hinzufügte. Ich entgegnete, daß das Ziel meiner Thätigkeit in Frankfurt sei, nicht für Preußen zu werben, sondern die Nothwendigkeit der Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich zur Ueberzeugung zu bringen. »Da haben Sie ganz Recht«, fiel der Fürst ein, »das ist um so wahrer und richtiger, als die kleinen Kläffer, wenn man so fortfährt, aufhören werden sich zu winden, um den Versuch zu machen, auf Unkosten des Einen beim Anderen sich zu heben.« Der Fürst war der Ansicht, daß die mittleren Staaten nur einer Bundespolitik und damit dem Gange von Oesterreich und Preußen folgen müßten. Der Fürst mißbilligte den Ausdruck »Metternichsches System«, er habe kein System gehabt, aber Grundsätze, die schienen jetzt zu fehlen, die Menschen hätten Ideen, Gedanken, aber seien prinzipienlos.

Die Lage Frankreichs hält der Fürst für gefährlich; je länger die Republik dauere, je übler sei es für Deutschland, die Regierungen müßten darum fleißig sein im Aufbauen und keine Zeit versäumen. Frankreich sei gesund an Geist und Leib, nur der Kopf fehle. Alle besonnenen Staatsmänner seien übrigens dort zu der Ansicht gekommen, welche die östlichen Mächte immer geltend gemacht, daß Louis Philipps Politik unhaltbar gewesen, weil der Grundlagen entbehrend; Berryer, Changarnier, Carlier, Guizot seien jetzt auch dieser Ansicht, Letzterer nicht mehr so doktrinär, sondern praktisch. Belgien fürchte den Sieg der Legitimisten in Frankreich und eine längere Dauer nicht konsolidirter Zustände in Deutschland.

Durch die Anwesenheit der Herzogin von Cambridge hielt es schwer, auf diese Materien einzugehen. Der Fürst hat mich deshalb auch zu einem ferneren Besuche eingeladen. General v. Schack aus Mainz hatte mich dieses Mal begleitet; als der Staatskanzler erfuhr, er sei der Schwager des verstorbenen Generals v. Rauch, sprach er von dessen Verdiensten mit großer Anerkennung.

Den Helm des Generals v. Schack setzte sich der Fürst auf und nannte ihn »eine schöne antike Kopfbedeckung«, wozu ich bemerkte, sie sei nach einer eigenhändigen Zeichnung des Königs gefertigt.

Der Verkehr zum und auf dem Johannisberg ist sehr bedeutend, der Fürst hat Freude darüber, daß so Viele ihn aufsuchen,

und die Bewohner des Rheingaus äußern sich auch freudig zufrieden über die vermehrte Frequenz der Reisenden; sie begegnen dem Fürsten und seiner Familie überall mit großer Achtung."

Sanssouci, den 21. Juni 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Mein bester Manteuffel! Nachdem ich die Reumontschen Berichte über die evangelische Kirchenangelegenheit in Florenz*) gelesen, muß ich die discrete, kluge und gute Art der Behandlung durch denselben anerkennen. Dagegen ist ein Punkt dieser Behandlung, von dem ich sagen muß, daß er sich zuviel Schwierigkeit gemacht und doch dadurch die Sache momentan etwas gefährdet hat. Das ist die Frage über den italienischen Gottesdienst. Die Capelle ist nämlich offiziell kraft der Stiftung und den Bedingungen der Anerkennung unter Fossombroni's Administrazion »K. Preuß. Gesandtschafts-Capelle des Evangl. Bekenntnisses« — daraus und aus dem bekannten Grunde, daß die Evangl. Religion weder deutsch, noch französisch, sondern universell ist, folgt von selbst, daß wir uns über die Sprache der Predigt in keiner Weise, weder eine Vorschrift noch eine Nachfrage gefallen lassen, noch Auskunft darüber geben dürfen. Wenn die Capelle zu politischen Conventikeln, zum Tafeln oder Tanzen gemißbraucht würde, so stünde dem toskanischen Gouvernement allerdings eine Anfrage frei. Solange sie aber zum evangelischen Gottesdienst ausschließlich verwendet bleibt, hat dasselbe nichts zu sagen und zu fragen, gerade so wenig wie über das Walten meines Gesandten in seinem Hause.

Dies muß die unverwandelbare Basis unserer Verhandlungen über den evangelischen Dienst in meiner Capelle zu Florenz sein, und danach ist meine Mission daselbst zu instruiren. Friedrich Wilhelm."

Der Umsicht Alfred v. Reumonts gelang es bald darauf, die Streitfrage den Wünschen des Königs gemäß zu erledigen.

* Siehe S. 182.

Frankfurt a. M., den 22. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Ew. Excellenz überreiche ich heute einige Notizen über meinen Besuch bei dem alten Fürsten Metternich.*) Ich gehe im Laufe der Woche noch einmal zu ihm.

Graf Thun hat noch immer keine Weisungen in Bezug auf die Dresdener Verhandlungen; ihre Ueberweisung an die Bundesversammlung muß der anderen gemeinschaftlichen Mittheilung in Polizei- und Preßsachen vorausgehen. Man wird hierbei nicht mit Milde und Nachsicht auftreten und diese wichtigen Fragen nicht umgehen oder gar hinausschieben dürfen. Die Einwirkung oder vielmehr die Aufsicht der königl. Regierungen von Seiten des Bundes ist in diesem Augenblick die wichtigste aller Fragen und brennt bedeutend auf den Fingern.

Hinsichts der hessischen Frage höre ich, daß Herr Minister Uhden nun bestimmte Anweisungen erhalten, wie dies der Graf Leiningen sehr wünschte. Die holsteinische Frage scheint in Bezug auf die Succession im guten Gange. Ueber die Flottenfrage berichte ich heute an den König, werde aber erst morgen einen anderen Bericht an Ew. Excellenz abgehen lassen, in welchem ich ganz unumwunden meine Wahrnehmungen und Bedenken darlege, die für die Allerhöchste Person nicht geeignet sind und dort vielleicht Alarm verursachen könnten.

In dem heutigen Immediatbericht finden Ew. Excellenz einen Antrag Mecklenburgs wegen der Stärke der Bundeskontingente. Ich empfehle ihn ganz besonderer Berücksichtigung hinsichts der Militärkonvention und in Bezug auf die Prozente der Aushebung. Ueber die Hamburger Verfassungsfrage ist bei Graf Thun noch nichts eingegangen. Ueber den Austritt unserer östlichen Provinzen werde ich morgen das Uebrige auch im Bericht folgen lassen. Ohne Oesterreich können wir in dieser Hinsicht nichts durchsetzen.

Den General Bonin habe ich in Wiesbaden länger gesprochen. Er ist zwar noch ein lebhafter Anbeter der Presse, ist aber doch ein traitabler, ehrenwerther Mann. Herr v. Bismarck war in Wiesenthal zur Einweihung des Monumentes und hat sich viel mit dem klugen Herrn v. Savigny unterhalten. Er ist zwar kein Ver-

*) Siehe S. 190.

theidiger des jetzigen Ministeriums, allein er fügt sich unter ihm geduldig."

Frankfurt a. M., den 24. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Es freut mich ungemein, daß Ew. Excellenz Gelegenheit genommen, dem Herrn Fürsten Schwarzenberg über gewisse Dinge vertraulich zu schreiben. Was helfen alle Versicherungen, gemeinschaftlich mit uns zu gehen, wenn dieser Weg von jener Seite nur lau verfolgt und stillgeschwiegen wird, sobald das rein österreichische Element nicht in dem Vordergrund steht. Die Konvention vom 16. Mai cr.*) ist weit nützlicher für Oesterreich als für uns, und deshalb sollte der Wiener Hof auch mit Eifer und Nachdruck den von uns beantragten Austritt unserer östlichen Provinzen unterstützen.

Es hätte vielleicht den Anschein haben können, als wäre es für die preußische Bundestagsgesandtschaft und namentlich meine Wenigkeit möglich gewesen, schon kräftiger und einschneidender aufzutreten. Ich habe aber absichtlich nicht die Dinge auf die Spitze treiben wollen, um erst festen Fuß zu fassen, die Leute an Preußens redliche Absichten zu gewöhnen und uns Vertrauen zu erwerben, d. h. das Vertrauen zu Preußen wiederherzustellen, welches durch die Sprache des großen Weltweisen in Erfurt**) gründlich erschüttert war. Dabei zog ich in Betracht, daß bei vielen Bundesgliedern des Südens die Hoffnung noch nicht aufgegeben ist, die Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich wäre doch nur oberflächlich und würde leicht zu lösen sein. Ich glaubte erst, zeigen zu müssen, daß wir zur ehrlichen Bekämpfung der Revolution mit Oesterreich aufrichtig verbündet sind, und ich darf versichern, daß heute zwar Niemand mehr daran zweifelt, aber immer noch die Hoffnung genährt wird, eine Trennung der beiden Großmächte oder auch nur eine Spaltung zu erwirken. Kraft und Entschiedenheit zu zeigen, dazu wird noch gar oft eine geeignete Veranlassung gefunden werden, und ich persönlich werde hierzu mit wahrer Genugthuung die Hand bieten, sobald sich der Augenblick dazu geschickt zeigt. Man darf die Patronen nicht zu früh verschießen und kann immer noch die rauhe Seite hervorthun.

* Gemeint ist das am 16. Mai in Dresden abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und Preußen.

** General v. Radowitz.

Mit lebhaftem Interesse habe ich von Ew. Excellenz Circulardepesche infolge der Warschauer Reise Kenntniß genommen, womit Hochdieselben eine Solidarität aller Regierungen zur Bekämpfung der Revolution hinstellen. Daß Ew. Excellenz über den Zustand Ihrer Gesundheit klagen, thut mir herzlich leid, und ich wünsche aufrichtig, daß Ihnen ein Bad zusagen möge; auch ich bin immer leidend und hätte wohl nöthig, ernstlich für meinen alten, morschen Körper zu sorgen, doch ich beuge mich und nähre im Stillen die Hoffnung, bald ganz und gar meiner Gesundheit leben und kräftigeren und energischeren Männern Platz machen zu können.

Dem Geheimen Legationsrath Borcke habe ich unmaßgeblich zu rathen mir erlaubt, mit dem Grafen Bernstorff vorsichtig zu sein und ihm nicht Recht in seinen Klagen zu geben. Ich wiederhole den Opponenten stets, daß der König nur gerade solche Männer gebrauchen darf, welche unbedingt der jetzigen Verfassung sowie Regierung ergeben sind. Mein erster Gehülfe, der große Debattenvirtuose,*) arbeitet sich ein. Sein Verdienst ist nicht bloß rhetorisch, er ist auch glücklich in Auseinandersetzung und Widerlegung, und ich bemühe mich, ihm sein künftiges Operationsterrain vorzubereiten. Den Fleiß und die Bereitwilligkeit des Herrn v. Gruner**) sowie die Erfahrung und Einsicht des Herrn v. Wangenheim***) habe ich noch bestens zu rühmen. Der Oberst Graf Waldersee†) ist ein trefflicher, geschulter und achtungswerther Mann, der in einem sehr guten Vernehmen mit dem etwas sich zurückhaltenden, aber tüchtigen, wahrhaft militärisch gesinnten General Schmerling steht.

Wir haben hier immer mit der Vergangenheit zu kämpfen, denn die rücksichtslose Verfahrungsweise des Obersten Fischer gegen den Reichsverweser und alle österreichischen Offiziere, die Mattigkeit von Herrn Oberpräsident Boetticher††) und die Zweifelhaftigkeit

*) scil. Bismarck.

**) v. Gruner, Wirklicher Legationsrath, zeitweilig bei der Bundesgesandtschaft beschäftigt. Vgl. „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 18.

***) v. Wangenheim, preußischer Oberst.

†) Graf Waldersee, preußischer Bevollmächtigter in der Bundes-Militärkommission.

††) Dr. Boetticher, Oberpräsident, preußisches Mitglied der Centralgewalt in Frankfurt a. M., der Vater des jetzigen Oberpräsidenten in Magdeburg.

von General Peucker sowie die Gehässigkeit des Grafen Goltz*) und des Herrn v. Rosenberg**) haben unserm Ansehen und dem Vertrauen zu der preußischen Loyalität sehr und zwar mehr geschadet als alle Maßnahmen des Herrn v. Radowitz; des Letzteren Fehler werden Ew. Excellenz im Großen gut machen, wir untergeordneten Organe haben mehr mit jenen kleinlichen Vorurtheilen zu kämpfen."

Berlin, den 25. Juni 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Aus einer Depesche des Generals v. Rochow sehe ich, welche festen Garantien er von Ihnen in Betreff der matrikularmäßigen Beiträge zur deutschen Flotte erhalten hat.

Wenn er bisher nicht reüssirte, unsere ebenso billigen wie gerechten Forderungen durchzusetzen, so liegt dies wohl nur an seiner Individualität, die ihm sagt, daß Preußen für seine deutsche Politik seit 1848 bluten könne. Dies wird er noch oft dokumentiren, und dabei bleibe ich, er paßt nicht nach Frankfurt a. M. Ich bin überzeugt, daß er Ihnen privatim zum Nachgeben rathen wird in der Flottenfrage, — was aber der Himmel verhüten möge.***)

Ihr Prinz von Preußen."

Berlin, den 26. Juni 1851. Manteuffel giebt dem Gesandten in Paris, Grafen Hatzfeldt, in einem eigenhändigen Privatschreiben Aufklärung über sein Verhältniß zu einem gewissen Langenschwarz, welchem der Prinz von Preußen zu einer Reise nach Paris einen Kredit eröffnet hatte. Manteuffel glaubt, daß dabei etwas Maçonnerie mitspielt.

„Im Ganzen gehen unsere inneren Verhältnisse gut und nicht so konfus, als der gänzlich konfuse Korrespondent des »Journal des débats« schildert."

* Robert Heinrich Ludwig Graf v. der Goltz, Legationsrath, Protokollführer der Bundes-Centralkommission in Frankfurt a. M., später Gesandter in Paris.

** v. Rosenberg, Geschäftsträger in Darmstadt.

*** Ueber die weitere Entwickelung der Flottenangelegenheit verbreiten sich die folgenden Rochowschen Berichte vom 28. Juni, 2., 5., 8., Juli 1851 und Bodelschwinghs unten folgendes Schreiben vom 19. August 1851.

Frankfurt a. M., den 28. Juni 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Es wird unbezweifelt unsere hiesige Stellung in jeder Beziehung erleichtern, wenn es möglich sein könnte, von Seiten Preußens den matrikularmäßigen Antheil von der beantragten Umlage von 532 000 Gulden für die einstweilige Erhaltung der Flotte gezahlt zu sehen. Da diese Sache erst Sonnabend, also heut über acht Tage, zur Sprache kommt, so werde ich bis dahin schweigen und sehe weiteren günstigen Instruktionen entgegen. Daß der Grundsatz der Einzahlung der Rückstände unbedingt festzuhalten ist, versteht sich. Bei der Beurtheilung des v. Schelesschen Referats über die Flottenangelegenheit werde ich genöthigt sein, doch schon scharf einzuschneiden und die Wahrheit rückhaltslos aber mit Anstand zu sagen.

In der Angelegenheit des Austritts unserer östlichen Provinzen werde ich Ew. Excellenz morgen durch den Cölner Schirrmeister Meldung erstatten. Graf Thun empfing eine desfallsige Instruktion, die, soweit ich sie kenne, und wenn er keine geheime hat, gut ist. Er soll uns unterstützen, vorausgesetzt, daß wir bei dieser Gelegenheit keine Argumente gegen den Gesammteintritt zu Hülfe nehmen. Graf Thun wollte noch einmal nach Wien berichten, ich habe ihm jedoch unseren Antrag formulirt, und jetzt steht er davon ab. Er meint, die Kleinen wären stutzig. Ich erklärte meinem österreichischen Kollegen ganz unumwunden, daß die Stellung Oesterreichs zu Preußen seit dem 16. Mai*) eine ganz andere sei; Oesterreich wäre jetzt verpflichtet, uns nachdrücklich zu unterstützen. Wenn er mir einwende, fuhr ich fort, daß man die kleinen Regierungen berücksichtigen müsse, so wollte ich dieselben keineswegs vor den Kopf stoßen, wo es sich um Recht und Gerechtigkeit handle, aber diese kleinen Regierungen hätten letzteres nicht, sondern nur kleinliche Konvenienzen im Auge; sie würden unbedingt thun, was Preußen und Oesterreich wollten, wenn diese nur ohne jeglichen Rückhalt aufrichtig und loyal Hand in Hand gingen; die Bemerkung, daß Preußen sich durch den betreffenden Antrag nur populär mache, falle ganz auf den Boden, da Preußen den Teufel nach Popularität frage.

*) Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und Preußen.

Ich kann nur wiederholen, daß Graf Thun zwar besser ist als vielleicht jeder andere Oesterreicher, daß ich seine Loyalität jedoch nur bedingungsweise anerkennen kann und daß wir von Oesterreich eine entschiedene Mitwirkung erwarten sollten. In Deutschland ist nun einmal nichts zu erzielen, was nicht zwischen Preußen und Oesterreich ehrlich und fest abgemacht ist.

Ueber das lange Ausbleiben der Dresdener Verhandlungen entstehen schon manche Besorgnisse.

Ew. Excellenz vermag ich gar nicht auszusprechen, wie wenig ich von der Mehrzahl meiner Herren Kollegen halte. Krumme Rücken machen sie; sie zeigen sich sogar als gehorsame Diener und thun doch nichts, ohne erst zu forschen, wie sie nur gefällig für Wien sein können; selbst der weimarische Herr v. Fritsch läuft zu Graf Thun und dienert dort. Sachsen ist ganz schlecht, und Hannover flößt mir auf die Dauer auch kein Vertrauen ein, vielleicht daß man den Hannoveraner durch jedwede Begünstigung für den Zollverein gewinnen könnte? Dabei ist nicht zu sparen."

Auf die am 6. Juni 1851 erfolgte Verleihung des Großkreuzes des St. Stephans-Ordens an Manteuffel erfolgte alsbald eine gleich hohe Auszeichnung Schwarzenbergs.

Wien, den 1. Juli 1851. Fürst Schwarzenberg dankt Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben für die sympathischen Worte, mit denen derselbe die königl. Gnadenbezeugung an Schwarzenberg begleitet hatte:

„Die Dekorirung der beiden Minister hat, das Ehrenvolle für die Individuen bei Seite lassend, eine politische Bedeutung, die weder in Deutschland noch in Europa verkannt werden wird und unsere Feinde, worunter die falschen Freunde den ersten Platz einnehmen, besonders hart treffen wird.

Was Frankfurt anbetrifft, erlaube ich mir für jetzt noch um etwas Geduld zu bitten. Der Bund ist eine unbequeme, für den wahren Fortschritt nicht konstruirte Maschine — nun ist er aber einmal da, und wo wir den Beweis nicht in Händen haben, daß mit ihm nichts auszurichten ist, halte ich es nicht für gerathen, an dem alten, kaum zur Noth wieder zusammengeleimten Zeug zu zerren

und zu rütteln. Versagt uns die Majorität das absolut Nothwendige, so dürfte es noch immer an der Zeit sein, das entsprechende Verfahren eintreten zu lassen.

Binnen sehr wenig Tagen hoffe ich Ew. Excellenz ein ziemlich ausgearbeitetes Projekt über die Bundes-Central-Polizeibehörde — ihre Organisation, ihren Wirkungskreis, ihr Verfahren u. s. w. — vorlegen zu können, welches im Falle Hochdero Genehmigung in Frankfurt durchzubringen wäre. Mit Leipzig sind wir einverstanden, und in Sachsen ist man es auch. Bevor man nicht mit etwas Fertigem hervortreten kann, glaube ich, daß in Frankfurt nichts über diesen Gegenstand zu berathen wäre; es würde, so viel ich das dortige Terrain kenne, zu vielen Worten und zu keinem oder nur einem halben Resultat führen. Die philanthropischen, humanen deutschen Regierungen würden noch schwerlich den Muth finden, einen Polizeigegenstand — parole pardon — ernstlich anzufassen; sie glauben nach dem Rechtsstaate streben zu müssen, bis ihnen der Kommissarius die Häuser über den Köpfen anzündet.

Die Hamburger haben angekündigt, sich beim Bunde beklagen zu wollen, was wir in aller Ruhe abwarten können — inzwischen ist die Ruhe vollkommen hergestellt und mit Ausnahme des hohen Senats und der Canaille besteht zwischen unseren Truppen und den Einwohnern das beste Einvernehmen.

Wir gehen mit Spannung der Entwickelung der Dinge in Kopenhagen entgegen. Herr v. Reedtz hat den eingegangenen Verbindlichkeiten gemäß gesprochen. Die erreichten Resultate werden Ew. Excellenz vor uns erfahren, sich aber im günstigsten Falle nicht mehr darüber freuen als wir, denn der Tag, an dem der König von Dänemark wieder in den Besitz seines wirklich pazifizirten Herzogthums Holstein treten, unsere Kommissare, unsere Truppen nach Hause gehen und der Kaiser aus den Komplikationen heraus sein wird, gedenke ich als einen der schöneren meines Lebens zu feiern."

Frankfurt a. M, den 2. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig, privat und vertraulich:

„Ueber den Eindruck, welchen der Austritt unserer östlichen Provinzen aus dem Bunde hervorgerufen, habe ich bereits Meldung

zu erstatten Gelegenheit gehabt. Wir müssen hierbei aber unbeirrt vorwärts. Was mich am meisten quält und belästigt, das ist die Flottenfrage. Bei ihr steht Preußen ganz allein. Mit Hülfe des einsichtsvollen und unermüdlichen Obersten v. Wangenheim habe ich ein voluminöses Korreferat zu der dickleibigen v. Scheleschen Arbeit zu Stande gebracht.

Alles würde sich in dieser Hinsicht durchführen und vertheidigen lassen, wenn nur die in Dresden versprochenen und die neuerlich beantragten Vorschüsse unsererseits gezahlt würden.

Die Dresdener Verhandlungen sind dem Grafen Thun immer noch nicht zugegangen. Er hat gestern Abend per Courier daran erinnert und den Fürsten Schwarzenberg dringend gebeten, die desfallsige Ueberweisung zu beschleunigen. Geschieht dies endlich, so können wir auch ungesäumt mit dem vom Bunde gegen demokratische Bestrebungen zu ergreifenden Maßregeln gemeinschaftlich hervortreten. Der Schlußsatz aus Ew. Excellenz telegraphischer Instruktion vom 29. d. Mts. genügt vollkommen.

Mündlich werde ich die übrigen Aeußerungen benutzen.

Nichts übt einen besseren Einfluß, treibt und schreckt, als wenn die Bundesversammlung sieht, daß Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich zu Werke gehen.

Es ist daher bedenklich, den übrigen Bundesmitgliedern nur entfernt eine Divergenz durchblicken zu lassen.*) Vereint und gemeinschaftlich setzen wir mit Beharrlichkeit und Geschick Alles durch, einzeln nichts. Die Gouvernements und besonders die Höfe sind meist alle für Oesterreich, sollten sie sich in Rede oder Schrift auch noch so ergeben für Preußen zeigen; sie glauben für ihre Souveränität von Oesterreich nichts besorgen zu dürfen, während sie bei Preußen immer noch Radowitzsche Gedanken im Hinterhalte wähnen und die Furcht äußern, dieselben möchten über kurz oder lang doch wieder Geltung finden;**) in Summa, sie halten die

*) Die nachstehenden Ausführungen bis zu den Worten: „Doch wer wird noch" u. s. w. sind gleichfalls bereits von Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 646 abgedruckt.

**) Unter dem Eindruck dieser Raisonnements, welche offenbar auch dem General v. Gerlach zu Ohren kamen, bemerkte derselbe in einem an den Minister Manteuffel gerichteten Schreiben aus Sanssouci, 5. Juli 1851: „Ob es nicht gut wäre, Sr. M. dem Könige das Mißtrauen, was die deutschen Fürsten fortwährend von der Unionszeit her in unsere Politik setzen, zu zeigen, gebe ich ge

jetzigen Zustände in Preußen noch nicht für konsolidirt und setzen voraus, daß der Prinz von Preußen, K. H., energisch gegen die Richtung des dermaligen Ministeriums arbeite. Unter »Radowitzsche Gedanken« verstehen sie, daß man durch die Völker gegen die Regierungen gewisse Zwecke durchzusetzen trachte. Diese Voraussetzung ist natürlich grundfalsch, hat aber bezüglich der vermeintlichen Sympathie für das im Bundesstaat sich befindende Preußen insofern etwas für sich, als die Völker mehr als die Regierungen nach Preußen hinneigen. Doch wer wird noch auf Volkssympathien zählen. Aber so viel steht felsenfest, die königl. deutschen Höfe sind sehr schlecht.

Herr v. Meysenbug*) ist heute früh nach Berlin abgereist. Er trifft daselbst morgen abend ein.

Der brave Herr v. Otterstedt**) tritt morgen seinen Urlaub an und wird sich Ew. Excellenz Freitag vorstellen. Er ist ein sehr redlicher und ganz zuverlässiger Diener; was ihm vielleicht an hervorragendem Talent abgeht, hat er reichlich an Treue, Gewissenhaftigkeit, Ergebenheit und preußischer Gesinnung ersetzt. Ich bin so dreist, Herrn v. Otterstedt Ew. Excellenz ganz besonderem Wohlwollen zu empfehlen, weil Hochdieselben auf ihn unbedingt zählen können."

Frankfurt a. M., den 5. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz hatten Anfang Mai d. Js. die Gewogenheit, im Allerhöchsten Auftrage mir die zeitweise Mission nach Frankfurt a. M. zur Anknüpfung der Theilnahme Preußens an der Vervollständigung der Wirksamkeit eines allgemeinen deutschen Centralorgans mündlich anzukündigen und dabei zu bemerken, daß

horsamst anheim zu beurtheilen. Ich füge noch ein Schreiben des Majors Deetz mit Bitte der Rückgabe bei. Die Urtheile über Bismarck und Waldersee müssen wohl noch für jetzt auf sich beruhen."

* Gemeint ist wohl Dr. jur. Emil Frhr. v. Meysenbug, im Ministerium des Innern angestellt und im litterarischen Kabinet beschäftigt, ein Bruder des badischen Gesandten in Berlin. Berichtigend bemerke ich, daß unter dem im Namenverzeichniß von „Manteuffels Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 231, 301, 302 erwähnten Frhrn. v. Meysenbug nicht der badische Gesandte in Berlin dieses Namens, sondern sein vorerwähnter Namensvetter zu verstehen ist.

** Frhr. v. Otterstedt, preußischer Ministerresident in Darmstadt.

die Dauer dieses vertrauensvollen Auftrages des Königs sich auf etwa sechs Wochen ausdehnen sollte. Dieser Zeitraum ist jetzt abgelaufen, und ich bin so frei, Ew. Excellenz zu bitten, einen Nachfolger für mich bei dem Bundestage zu wählen und ihn mit Vollmachten zu versehen, damit ich auf meinen Posten nach Rußland, wie es der Allerhöchste Wille des Königs zu sein scheint, abgehen kann.

Als ich den Vorzug hatte, Ew. Excellenz nach Warschau zu begleiten, gestatteten Hochdieselben mir den unmaßgeblichen Vorschlag, mein Verbleiben in Frankfurt a. M. bis zu dem Moment zu verlängern, wo der Verwaltungsausschuß des Bundes, dessen Wirksamkeit auf sechs Wochen festgesetzt war, seine Aufgabe erfüllt haben würde. Dieser Ausschuß hat mit unablässiger Thätigkeit gearbeitet; es ist anzunehmen, daß er der Bundesversammlung in etwa zehn Tagen Bericht erstatte, daß ihm dann nur noch eine kurze Zeit bleiben wird, einzelne Geschäftszweige abzuwickeln. Außerdem sind wichtige Vorlagen für die Bundesversammlung zwischen Sr. M. Regierung und dem k. k. österreichischen Kabinet verabredet, und es waltet weder Grund noch Zweifel ob, daß solche in kürzester Frist zur Sprache gebracht werden können, und wenn ich endlich noch hoffen darf, daß der diesseitige Antrag wegen Austritt unserer Ostprovinzen sowie die Flottenfrage in Bälde einer Schlußfassung zuzuführen sind, so scheint mir alsdann der Augenblick gekommen, wo diejenigen Einleitungen getroffen sind, zu deren Behuf des Königs Majestät mich hierher geschickt und wonächst bessere Kräfte gewählt werden müssen, an den Bundestagsarbeiten theilzunehmen.

Ew. Excellenz bitte ich daher, die eingangs beantragten Einleitungen bald treffen zu wollen, damit ich mit dem Ablauf dieses Monats Frankfurt verlassen und demnächst einer anderen Bestimmung wieder zueilen kann.

Da nach des Königs Allerhöchsteigenen mündlichen huldreichen Aeußerungen die fernere Wahl für den hiesigen Posten schon feststeht, so dürfte es nicht bloß überflüssig, sondern sogar anmaßend scheinen, wollte ich mich noch erkühnen, mir in dieser Beziehung unvorgreifliche Andeutungen zu erlauben.

Was unter den jetzigen Verhältnissen in Deutschland nützlich und möglich ist, was sich hier wird erzielen lassen, wie die einzelnen Vertreter der Bundesglieder zu behandeln sind, und was mithin

dazu gehört, Preußens Rechte und Interessen wahrzunehmen, das hat Ew. Excellenz Scharfblick längst übersehen. Es gehören dazu ganz vornehmlich: Entschiedenheit und Festigkeit des Charakters, Würde und Anstand im Lebenswandel, Wohlwollen im Umgang, reife Menschenkenntniß, Vorsicht im Ausdruck, die Gabe, Vertrauen zu erwecken und Achtung sich zu erwerben sowie Geschäftserfahrung. Der ausgezeichnete Mann,*) welchen des Königs Majestät für die hiesige dornenvolle Aufgabe in Allerhöchstihrer Weisheit aus der Zahl mehrerer wahrer und hingebender Patrioten auszuersehen geruht, besitzt so hervorleuchtende Verstands- und Charaktereigenschaften, daß er das, was ihm vielleicht für den nächsten Moment an Erfahrung noch abgehen möchte, durch andere überwiegend nützliche Eigenschaften und selten anzutreffende große Gaben hinreichend ersetzt. Derselbe ist ganz unstreitig eine Zierde der preußischen Ritterschaft, ein Stolz derjenigen Wohlgesinnten, welche mit Muth und Hingebung für den Glanz der Krone sowie für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes unablässig arbeiten, ja, ich möchte nicht anstehen, die Behauptung auszusprechen, daß eine solche Persönlichkeit in vieler Hinsicht für den hiesigen Posten zu gut ist, insofern nämlich so bewährte Eigenschaften mehr für ein thatkräftiges Einschreiten, für eine höchste Stelle im Innern des Vaterlandes vorzugsweise berufen zu sein scheint, unterdessen hier weniger glänzende Fähigkeiten genügen, wenn nur der preußische Bundestagsgesandte mit positiver konservativer Gesinnung und allen solchen Qualitäten ausgerüstet ist, die einem tüchtigen Geschäftsmann, dem ehrenwerthen, kräftigen Diener des Königs, einem wahren Preußen unentbehrlich sind. Wenn ich so frei war, die Eigenthümlichkeit und Befähigung meines designirten Nachfolgers sehr hoch anzuschlagen und auf den wesentlichen Nutzen aufmerksam zu machen, den derselbe im inneren Staatsdienst würde leisten können, so will ich damit gar nicht gemeint haben, daß er nicht auch hier und überhaupt im Auslande den Allerhöchsten Erwartungen des Königs und Ew. Excellenz persönlichem Vertrauen vollständig entsprechen würde.

Ew. Excellenz waren so wohlwollend, zur Unterstützung meiner geringen publizistischen Kenntnisse einen vortragenden Rath aus dem hohen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten mir bei-

*) scil. Bismarck.

zugeben. Ich habe diese Begünstigung, von einem so hochgestellten Beamten unterstützt zu werden, mit Dank erkannt und darf der Geschäftskenntniß, der korrekten Auffassung und der wahren patriotischen Gesinnung des Herrn Geheimen Legationsraths v. Gruner nur das größte Lob zollen; da derselbe aber wohl schwerlich in Berlin entbehrt werden dürfte, auch schon um Ertheilung eines Urlaubs eingekommen ist, so wage ich Ew. Excellenz zu ersuchen, sich damit beschäftigen zu wollen, Herrn v. Gruner durch einen tüchtigen Geschäftsmann, der gründliche publizistische Kenntnisse besitzt, und welcher vielleicht eine lange Reihe von Jahren sich den hiesigen Arbeiten wird widmen können, zu ersetzen. Es scheint dies eine für die Verwaltung des Frankfurter Postens unentbehrliche Rücksicht, und Ew. Excellenz werden sich von der Richtigkeit dieser Auffassung zu überzeugen belieben, wie auch über die Besetzung der Bundesrathsmission entschieden werden mag.

Als ich mich hierher begab, habe ich sowohl dem Könige als Ew. Excellenz unverhohlen ausgesprochen, daß ich selbst mich für die Sendung hierher nicht gewählt haben würde, und wenn ich demgemäß den Voraussetzungen über meine Tauglichkeit in Bezug auf Frankfurt nicht genügt, so fällt mir wenigstens nicht die hohe Schuld zu. Ich habe hier mühevolle Tage verlebt, aber mit treuer Unterwerfung den höheren Geboten gehorcht. Einer recht baldigen Entscheidung sehe ich vertrauensvoll entgegen."

Wien, den 8. Juli 1851. Der Gesandte Graf Arnim*) an Manteuffel eigenhändig privat vertraulich.

„Nach den hier verbreiteten Nachrichten soll Ihre M. die Königin von Preußen den 25. d. Mts. nach Ischl abreisen und entweder über Wien gehen oder erst auf der Rückreise Wien berühren.

*) Das Urtheil, welches Sybel, „Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I.", Bd. II, S. 74, über den Nachfolger des Grafen Bernstorff in Wien, den Grafen Arnim-Heinrichsdorff fällt, ist für denselben wenig schmeichelhaft; er nennt ihn den „beinahe unfähigsten unter den damaligen preußischen Diplomaten". Eine bessere Meinung über denselben hatte sein Zeitgenosse, der Legationsrath Küpfer, der ihn als einen ruhigen, konzilianten und mit der Politik der großen Höfe vertrauten Gesandten bezeichnete; als solcher präsentirt er sich auch aus der fleißig geführten eigenhändigen Privatkorrespondenz, welche er mit dem Minister Manteuffel unterhielt.

Ew. Excellenz würden mich dankbar verpflichten, wenn Sie mir darüber eine bestimmte Nachricht zugehen lassen wollten. Auch würde ich gern einer Weisung entgegensehen, ob ich mich nach Ischl begeben soll, um Ihre M. dort zu empfangen, wie ich es im Jahre 1847 gethan habe. Da Fürst Schwarzenberg den Kaiser nach Galizien begleitet und später wahrscheinlich auch nach Ischl geht,*) so würde in geschäftlicher Beziehung wohl durch meine Abwesenheit von hier nichts versäumt werden.

Mit Fürst Schwarzenberg bin ich auf einem guten Fuße. Er zeigt mir Vertrauen, soviel bei seiner zurückhaltenden Natur ihm solches möglich ist. Anfangs gefiel es ihm, mitunter einige unangenehme Bemerkungen über uns zu äußern. Dies hat er jetzt ganz unterlassen, sei es, daß das, was ich ihm ziemlich spitz darauf erwiderte, ihn zurückhält, oder daß bei den jetzigen guten Verhältnissen er keine Veranlassung dazu findet. Da ich ihn überdies schon seit langer Zeit kenne, so sind wir ganz gut miteinander. Man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Er arbeitet wie ein Pferd, von morgens früh bis abends spät, geht gar nicht aus und macht nur des Sonntags eine Exkursion in die nahen Berge, um sich für die ganze Woche Bewegung zu machen. Er hat sich in alle Sachen gut hineinstudirt, namentlich in die deutschen, die ihm früher ganz fremd waren."

Frankfurt a. M., den 8. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ueber die »Cölnische Zeitung« erlaube ich mir heut einige Bemerkungen vorzulegen. Meiner Ansicht nach müßte der Herr Regierungspräsident v. Möller kräftig einschreiten und den jetzigen Skandal nicht länger dulden.

Die Flottensache molestirt mich gewaltig, und lebe ich deshalb in stetem Kampf. Er wird hier mit Bitterkeit betrieben. Frankfurt ist überhaupt ein niederträchtiges Loch.

*) Am 17. August 1851 telegraphirte der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg aus Wien an den k. k. Gesandten in Berlin, Frhrn. v. Prokesch-Osten, er werde den Kaiser nach Ischl begleiten, sollte Baron Manteuffel mit dem König hinkommen, so würde der Kaiser sich sehr freuen, seine Bekanntschaft zu machen.



Ueber die Proteste von Frankreich und England gegen die Veränderung der Bundesgrenzen von 1815 berichte ich an den König. Die österreichischen Blätter werden jetzt schreien, Preußen zöge seine Provinzen auf Befehl der fremden Mächte zurück. Der Fürst v. Leiningen, seit einem Jahr ganz österreichisch gesinnt, hat mit tiefster Verehrung von dem Benehmen Sr. K. H. des Prinzen von Preußen in England gesprochen und an dritte Personen hier versichert, daß Höchstderselbe mit der größten Weisheit und Vorsicht sich in England geäußert haben. Der König der Belgier ist der Ansicht, daß Frankreich sich ohne Bürgerkrieg nicht werde aufrichten können; ein solcher werde kaum schaden, wenn nur die drei Mächte mit England zusammenhielten.

Soeben geht mir Ew. Excellenz hochgeehrte Zuschrift vom 4. d. Mts. über Cöln zu. Ich empfange damit Hochdero Ansichten über die Presse und habe gerade darüber heut genau berichtet. Nun, ich denke mir, Ew. Excellenz können nicht genug Notizen erhalten. Ich hatte gestern mit Graf Thun in der Ausschußsitzung eine sehr heftige Szene. Ich blieb bei der Sache, ruhig und kalt. Er fühlte, daß ich ihm durch Erfahrung und Ruhe weit überlegen war."

Frankfurt a. M., den 11. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz beehre ich mich nachstehend eine vertrauliche Mittheilung über eine längere Unterredung mit Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen zu machen.

Der Prinz traf gestern Abend 10 Uhr 25 Minuten hier ein, sehr erkältet und heiser, empfing die zur königl. Gesandtschaft gehörigen Personen und die Stabsoffiziere des Militärs, denen sich General v. Bonin angeschlossen hatte, und fuhr dann in sein Hotel, Russischer Hof, auf der Zeil, wo ungeachtet des starken Regens eine Masse Menschen versammelt war. Se. K. H. geruhten, mich vom Bahnhofe mitzunehmen und bis gegen 12 Uhr bei sich zu behalten, während welcher Zeit ich eine Uebersicht der Vorgänge und Verhandlungen am Bundestage geben konnte. Ich finde den Prinzen weit ruhiger als früher und sich in die Nothwendigkeit schickend; freilich sind Höchstdieselben mit Manchem nicht zufrieden, was im Vaterlande geschieht, doch tritt keine scharfe oppositionelle Ansicht hervor. Se. K. H. sind noch immer besorgt, daß die Selbständigkeit und Ehre des Vaterlandes nicht nach allen Seiten

gehörig gewürdigt werde, wollten über diesen Gegenstand mit dem Könige und Ew. Excellenz mehrere Gespräche gehabt haben und versicherten, von beiden Seiten die beruhigendsten und für den König überzeugendsten Aeußerungen zu besitzen.

Ich erlaubte mir, dem Prinzen offen zu bekennen, daß die Ehre der Krone und des Vaterlandes in der That bei jeder Gelegenheit geschützt sei, wenn Hochdieselben aber glaubten, daß Preußen allein stehen und den Ton in Europa gewissermaßen angeben könne, so scheine diese Auffassung irrthümlich. In Gemeinschaft mit Oesterreich und Rußland korrekte Grundsätze befolgen, heiße noch nicht, sich von diesen Mächten abhängig machen; es scheine bei solcher Beurtheilung vornehmlich nothwendig, wohl zu überlegen, nicht was man wolle, sondern was man könne.

Der Prinz waren mit den Vorlagen an den Bundestag im Wesentlichen einverstanden, nur ein Bedenken äußerten Hochdieselben rücksichtlich der zu bildenden Bundes-Central-Polizeibehörde, fürchtend, daß diese eine Art schwarzer Kommission werde und uns unpopulär mache. Wir bedürften einer derartigen Maßregel nicht, das habe der Aufschwung und die Ergebenheit der Nation im November v. Js. gezeigt. Oesterreich dagegen könne bei seinen Zuständen ohne eine solche Behörde nicht bestehen und suche die Gemeinschaft mit Preußen und alle Vortheile für sich zu gewinnen und den Haß einer solchen Einrichtung von sich allein abzuwälzen.

Se. K. H. täuschen sich meines unmaßgeblichen Erachtens; jene Maßregel ist ja weder für Oesterreich noch Preußen allein, bei der Schwäche der Regierungen in den kleineren deutschen Ländern ist sie eine Nothwendigkeit und soll auch nur vorübergehend, aber kräftig sein.

Herrn v. Bismarck haben Se. K. H. sehr freundlich begrüßt; als ich mit Hochdemselben zum Hotel fuhr, fragten sie: »Und dieser Landwehrlieutenant soll Bundestagsgesandter werden?« »Allerdings«, entgegnete ich, »und ich glaube, die Wahl ist gut, Herr v. Bismarck ist frisch, kräftig und wird gewiß allen Anforderungen Ew. K. H. entsprechen.«

Der Prinz konnte darauf nichts entgegnen und hatte im Allgemeinen eine gute Meinung von diesem ausgezeichneten Vorkämpfer für Recht und wahre preußische Gesinnung. Ich glaube, Se. K. H. wünschen Herrn v. Bismarck nur mehr Jahre und graue Haare; ob man mit diesen Attributen gerade die Ansprüche des Prinzen durchführen kann, wage ich nicht zu entscheiden."

Frankfurt a. M., den 12. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz verfehle ich nicht im Verfolg meiner gestrigen Mittheilung anzuzeigen, daß Se. K. H. der Prinz von Preußen heute vormittag 10 Uhr 10 Minuten abgereist sind.

Ich habe gestern und heute noch mehrere Unterredungen mit Höchstdemselben gehabt, welcher sich der eigenen Aeußerungen zufolge zwar der jetzigen Regierungsrichtung unterordnet, aber doch manche Bedenken über dieselbe hegt, ob auch seine vermeintlich bessere Ansicht dem Vaterlande und der Ehre Preußens mehr Nutzen schaffen würde. Die Ehre Preußens, welche wir Alle, die wir dem Könige treu dienen, gleich warm im Herzen tragen, hat gewiß keinen edleren Beschirmer als den Prinzen, allein er hält diese Ehre oft für gefährdet, wo es nicht der Fall ist, und daraus entspringen Klagen und Befürchtungen, welche mir nicht gegründet erscheinen. Se. K. H. glauben, daß die deutschen Staaten nur deshalb besonders Oesterreich sich fügen, weil dieses rücksichtslos zu Werke gehe und sie intimidire. Ich erlaubte mir Sr. K. H. zu entgegnen, daß ich einen solchen Weg für Preußen nicht rathsam erachten könne, wir müßten Recht und Gesetz festhalten, mit solcher Maxime würden wir schon seiner Zeit wieder Anklang finden. Ganz besonders beschäftigt Se. K. H. die Nothwendigkeit, für die Armee durchgreifende Maßregeln zu treffen und Alles aufzubieten, den Geist zu beleben und die jetzt noch vorhandene Spannkraft nicht erlahmen zu lassen. Höchstdieselben wollen über diesen Gegenstand Sr. M. ausführliche Betrachtungen vorgelegt haben.

Herrn v. Bismarck hat der Prinz sehr gütig behandelt und ihn abends mit in das Theater genommen. Heute früh sprach er aber doch seine ernstlichen Bedenken über Herrn v. Bismarcks hiesige Anstellung aus, worüber den Prinzen zu beruhigen ich mich bemühte.

Bei Vorstellung der Bundestagsgesandten trat Se. K. H. sehr würdig auf, gedachte mit keiner Silbe der Politik, benahm sich überhaupt mit großer Vorsicht. Zu leugnen ist nicht, daß Hochdieselben eine sehr auffallende Kälte gegen die österreichischen Organe an den Tag legten. Des Prinzen K. H. haben mich ersucht, einen Besuch in Baden-Baden abzustatten; ich durfte nicht verhehlen, daß meine Zeit sehr in Anspruch genommen sei und ich kaum wagen könnte, eine Nacht von Frankfurt fortzubleiben; bei dem baldigen

Ende der hiesigen Wirksamkeit würde es mir indessen hoffentlich noch vergönnt sein, meine Ehrfurcht in Baden bezeugen zu können."

Frankfurt a. M., den 23. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulichst:

„Ew. Excellenz habe ich die Ehre zu melden, daß ich den letzten Sonntag zu einer sehr flüchtigen Exkursion nach Baden-Baden verwendete, um der Einladung des Prinzen von Preußen zu genügen. Ich fand Höchstdenselben leider noch unwohl, sehr heiser, angegriffen und in ärztlicher Behandlung. Ueber innere und äußere politische Fragen geruhten sich der durchlauchtigste Prinz leidenschaftslos, ruhig und mild auszusprechen; der Prinzessin von Preußen aufzuwarten hatte ich nicht das Glück.

Bei meinem nur wenige Stunden dauernden Aufenthalte in Baden vermochte ich mich auf Beobachtungen irgend welcher Art nicht einzulassen, doch fand ich Gelegenheit, mich mit dem Gesandten v. Savigny und dem Herrn Generallieutenant v. Peucker zu unterhalten. Ersterer scheint ein junger Mann von Talent und Doktrin sowie ziemlich vertraut mit den süddeutschen Zuständen und Eigenthümlichkeiten zu sein. Soweit derselbe sich gegen mich offenbarte, ist er dem Gange des jetzigen Ministeriums ergeben, hat aber bei der badischen Regierung wenig Kredit. Er wünscht im vaterländischen Interesse lebhaft, daß ihm die Mittel zur Ueberwachung und Benutzung der Presse weder entzogen noch zu karg bemessen werden möchten, und versichert, daß ihm einige litterarische Kräfte und sogar zwei bis drei einflußreiche Landesjournale zu Gebote ständen.

Ich erlaube mir, auf mehrere meiner Berichte von hier aufmerksam zu machen; meine darin vorgetragenen Ansichten und Vorschläge stützen sich auf eine langjährige Erfahrung in der Schweiz und im südwestlichen Deutschland. Von dem Jahre 1835 bis 1841 hatte mir der damalige Minister des Innern Mittel gegeben, eine Aufsicht zu führen, als aber kein Polizeiministerium mehr bestehen sollte, mußte ich meine desfallsige Thätigkeit ruhen lassen; doch bald fühlte Graf Arnim-Boitzenburg, daß namentlich eine zweckmäßige Benutzung der süddeutschen und bayerischen Presse unerläßlich sei, weshalb derselbe mir kurz vor meiner Sendung nach Rußland Anträge machte und Gelder zur Disposition stellte. Daß

etwas Aehnliches aufs Neue im rein preußischen Interesse und womöglich unter einem Hut für das südliche Deutschland eingerichtet werden muß, davon wird ein Jeder durchdrungen sein, der das Terrain in jenen Gegenden nur einigermaßen kennt.

Den General v. Peucker fand ich ausnehmend deprimirt, über Gesundheit, Geschick und Behandlung klagend. Er bat mich, da ich ohne allen Einfluß und in keiner Hinsicht maßgebend und ungern hervortretend bin, Gelegenheit zu suchen, Ew. Excellenz anzudeuten, daß es in seiner Absicht liege, gegen den Schluß seines Urlaubs bei Ew. Excellenz die Bitte zu deponiren, ihn dem Könige zu einer Gesandtschaftsstelle in Vorschlag zu bringen, sei es in Stuttgart, Karlsruhe, Stockholm oder Konstantinopel, indem er voraussetzt, daß alle diese Missionen binnen Kurzem erledigt werden dürften. Herr v. Haenlein*) hat sich seiner Zeit für die Vertretung Preußens bei dem Bunde zur Disposition gestellt; ich darf daher wohl hoffen, daß Ew. Excellenz auch die Anträge des allerdings bei Weitem geschäftsfähigeren Herrn Generals v. Peucker mit gleicher Nachsicht und Wohlwollen anhören werden.

Graf Robert v. der Goltz hielt sich einige Tage hier auf und begab sich gestern nach Baden-Baden. Derselbe war in seinen Aeußerungen im höchsten Grade korrekt, und ich habe von ihm nur sehr richtige Urtheile fällen hören. Graf Goltz gehört unfehlbar zu den allerbegabtesten jungen Beamten, welcher unter Aufsicht und in entsprechender Stellung viel zu leisten im Stande sein würde."

Frankfurt a. M., den 29. Juli 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz eigenhändige Zuschrift vom 25. d. Mts. habe ich gestern abend empfangen, nachdem ich mehrere telegraphische Depeschen mit dem Herrn Unterstaatssekretär v. Le Coq über mein Abgehen und Hierbleiben gewechselt hatte.

Nach dem Inhalt Hochdero Aeußerungen ist der Wunsch des Königs, mich noch hier zu finden, natürlich ein bestimmter Befehl für mich, und ich habe demnach sofort meine Einrichtungen dergestalt getroffen, daß ich meine Funktionen am Bundestage bis

*) v. Haenlein war lange Jahre preußischer Gesandter in Hamburg, der Vorgänger von v. Kamptz. Im November 1848 wurde er in den Ruhestand versetzt.

gegen den 18. bis 20. k. Mts. fortsetzen, aber, auf Ew. Excellenz Wohlwollen und Rücksicht bauend, zuversichtlich darauf zähle, daß es mir vergönnt bleibe, bevor ich alsdann nach Rußland zurückkehre, meine Familie auf acht Tage zu sehen. Ebenso fest glaube ich auf Ew. Excellenz mir mehrmals mündlich ertheilte Zusicherung rechnen zu dürfen, nämlich, daß es mir gestattet werde, im November oder Dezember d. Js. aus Rußland nach Berlin zurückzukehren. Es sind dies keine Bedingungen, welche ich mir zu stellen etwa herausnehme, sondern nur billige Berücksichtigung meiner persönlichen Verhältnisse. Niemand wird besser fühlen wie Ew. Excellenz, daß eine etwaige Trennung von meiner Familie, zu der ich mich nun schon seit drei Jahren verdammt sehe, auf die Dauer gar nicht durchzuführen ist. Deshalb bitte ich Ew. Excellenz, mir auf diese Weise die Möglichkeit zu geben, des Königs Befehle noch zu befolgen, wenn nämlich Allerhöchstdieselben und Ew. Excellenz von meiner Treue und meinen Erfahrungen Gebrauch machen können.

Der Geh. Legationsrath v. Bismarck ist erst vorgestern abend spät nach vierzehntägiger Abwesenheit zurückgekehrt; ich mußte gestern früh zwei Ausschußsitzungen beiwohnen und bin aus denselben nach dem Johannesberg gefahren, um bei dem alten Fürsten Metternich zu essen. Der würdige und noch höchst interessante Staatsmann wünscht lebhaft Ew. Excellenz persönliche Bekanntschaft zu machen und hat mir viel Empfehlungen für Hochdieselben aufgetragen. Er bleibt bis Mitte August d. Js. auf seinem Rabenberge und kehrt alsdann nach Wien zurück, wo er bestimmt den nächsten Winter zubringen wird. Vielleicht könnten Ew. Excellenz ihn sehen, im Falle — wie ich dringend wünsche und wie es fast unabwendbar ist — Hochdieselben den König auf der Reise nach dem Stammschloß Hohenzollern begleiten. Ueber diese Reise, vornehmlich jedoch über den beabsichtigten Besuch in der Paulskirchenstadt, behalte ich mir bei mehrerer Muße vor, einige Bemerkungen Ew. Excellenz Ermessen vorzulegen.

Ich freue mich aufrichtig, daß Ew. Excellenz sich etwas ausruhen und erholen können. Gott schenke Ihnen nur Ruhe und stärke Ihre Gesundheit, damit Hochdieselben dem Könige und Vaterlande erhalten werden. Wir brauchen Sie mehr denn je, weil uns ruhige Weisheit, praktische Auffassung der Verhältnisse, kernige Ausdauer und feste Ausführung wohl erwogener Beschlüsse nöthig sind."

Frankfurt a. M. (ohne Datum). Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz eigenhändige Zuschrift, welche ich durch den Legationsrath Wentzel*) empfangen habe, kann ich nicht besser beantworten, als daß ich Herrn v. Bismarck ersuche, das Gegenwärtige an Hochdieselben zu überreichen und Ew. Excellenz gleichzeitig zu versichern, daß ich meine bescheidenen Wünsche über Beendigung meines hiesigen Kommissoriums nur darauf beschränke, daß ich für die königl. Regierung sowie für mich mit Anstand und Ehre abgehen kann. Ew. Excellenz stelle ich demnach anheim, mir die von des Königs Majestät vollzogene Ernennung des Herrn v. Bismarck anzuvertrauen, und es mir zu überlassen, den geeigneten Augenblick gegen das Ende dieses Monats zu wählen, wo ich sodann abtrete und Herr v. Bismarck Preußen in der Bundesversammlung repräsentirt.

Herrn Wentzel*) werde ich mich bemühn, mit den hiesigen Geschäften vertraut zu machen, aber dazu bedarf ich des Herrn v. Gruner durchaus noch auf einige Tage. Die Anstellung des Herrn v. Bardeleben kommt mir, wenn — wie Ew. Excellenz zu bemerken belieben — derselbe nicht recht taktvoll und ganz unbedingt zuverlässig ist, sehr bedenklich vor. Ist er nicht ganz korrekt, erprobt, fest, nicht intriguant und namentlich dem Ministerium nicht unbedingt ergeben, so würde ich vorziehen, ihn hier nicht angestellt zu sehen.**)

Hier wird von allen Seiten spionirt, jedes einzelne Wort, was man sagt, wird abgewogen und ihm ein oft falscher Sinn beigelegt; man kann daher nicht vorsichtig und bemessen genug in seinen Aeußerungen und seinem Verfahren sein. Ich ziehe in der That etwas weniger Verstand vor, wenn ich nur Konsequenz, Disziplin und Takt erblicke. In Frankfurt ist die strenge Beobachtung der Formen unentbehrlich, denn sonst ist der Posten des Bundestagsgesandten untergeordneter Natur, da ja die Geschäfte nicht hier, sondern jedenfalls zwischen Berlin und Wien abgemacht werden. Aus dieser Hinsicht halte ich in der That Herrn v. Bismarck für zu gut.***) Er würde mit seinen Fähigkeiten, mit seinem Scharf-

*) v. Wentzel, Legationsrath bei der preußischen Gesandtschaft am Bundestag.

**) Die Anstellung v. Bardelebens in Frankfurt a. M. und überhaupt im auswärtigen Dienste unterblieb.

***) Urtheile Bismarcks über Rochow finden sich in „Preußen im Bundestag“, Bd. IV, S. 11, 32 und 103.

sinn sowie mit seiner Redegewandheit und seiner unverwüstlichen Laune im Innern des Vaterlandes bei Weitem mehr nützen, als wenn er sich hier doch gewissermaßen den Mund wird schnüren müssen und genöthigt ist, auf Socken zu gehen. Oder aber er müßte mit seiner Energie Alles fortreißen, der Spiritus in dem Eis phlegmatischer Maschinen werden und eine neue Ordnung der Dinge hervorzaubern wollen. Wenn man aber den Bundestag möglichst negativ und das förderative Band sehr locker oder lose halten möchte, so sind Fähigkeiten, Kräfte und Geistesfunken, wie wir sie bei Herrn v. Bismarck ehren und lieben, hier vergeudet.

Der Oberst Graf Waldersee ist zwar sehr schnell und kratzbürstig, ehrgeizig und leicht verletzbar, aber von wahrem militärischen Feuer beseelt, ein thätiger und praktischer Soldat. Er wird immer im Zaum gehalten werden müssen; ich ließ ihn etwas vorwärts schießen, um den alten Schlendrian aufrütteln zu lassen. Er läßt sich immer wieder einfangen.

Herr Assessor Rudloff*) ist ein gescheidter, wohlgesinnter und korrekter Mann. Ich halte ihn hier für überflüssig. Er ist Ew. Excellenz sehr treu ergeben, dabei lobt man seine Zuverlässigkeit.

Herrn K . . . wünschte ich dringend fort von hier, hätte ich Vollmacht, ich würde ihn auf der Stelle wegsenden. Er ist zudringlich, frech, kompromittirend und plump.

Graf Bernstorff hat eine ziemlich lange Audienz bei dem Prinzen von Preußen gehabt. Er hat bisher immer noch auf die Verleihung der Bundestagsgesandtschaft gerechnet und den Prinzen gegen Herrn v. Bismarck aufgeredet. Graf Bernstorff wird wohl vor des Königs Reise nach Hohenzollern in Berlin sein und Sr. M. sehr zusetzen."

Frankfurt a. M., den 13. August 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulichst:

„Graf Thun hat gestern eine reichhaltige Courierexpedition aus Wien erhalten. Soweit ich sie bei der ersten flüchtigen Durchsicht kennen gelernt, stimmt ihr Inhalt in fast allen Punkten mit meinen Instruktionen überein.

*) Assessor Rudloff, bereits aus der früheren Darstellung bekannt (vgl. Anmerkung auf Seite 60), war eine Zeit lang auch der preußischen Bundesgesandtschaft attachirt.

Graf Wilhelm v. Pourtalès, ein Gelbschnabel, hat bei seiner Durchreise laut und unpassend über die Politik Preußens, wo er und seine ganze Familie so ausgezeichnet werden, tadelnd sich ausgelassen. Das würde an und für sich von keiner Bedeutung sein, allein seine unschicklichen Aeußerungen stimmen mit denen seines ältesten Bruders*) und des Grafen Goltz, in deren Gesellschaft er einige Tage auf Schloß Reineck bei Herrn v. Bethmann-Hollweg**) zugebracht, überein. Wollte man diesen Schreiern, zu welchen ich auch den Grafen Bernstorff rechnen muß, und die allenfalls Talent aber keine Grundsätze haben und welche mehr aus Ehrgeiz wie aus echtem preußischen Patriotismus dienen, diejenigen Posten geben, so der eine oder der andere zu haben wünscht, so werden sie auf der Stelle zufrieden mit der Gegenwart und mild über vergangene Fehler urtheilen. Würde man den Grafen Bernstorff nach London, den Grafen Albert v. Pourtalès nach Paris und den Grafen Goltz an den Bundestag schicken können, so würden sie nichts mehr gegen die dermalige Politik Preußens einzuwenden haben. Fragt man diese Kritiker nach speziellen Gründen ihres Tadels, so führen sie nur Allgemeinheiten an, denn sie kennen den inneren Zusammenhang ebenso wenig wie die gebotene Nothwendigkeit. Solch preußisches Tadeln und Unzufriedensein, ohne einen richtigen Begriff von den politischen Zuständen zu besitzen, ist oft lächerlich, im Ganzen aber im höchsten Grade schädlich und verwerflich. Alle diese Tadler sollten nur einmal die Staatsmaschine selbst leiten, und bald würden sie sich überzeugen, daß — wie sie sagen — Preußen nicht schlecht behandelt wird, daß aber die Politik, der sie noch immer anhängen, uns ins Verderben geführt haben würde.

Ich persönlich glaube doch auch eine ziemlich richtige Vorstellung und ein warmes Gefühl für Preußens Ehre zu besitzen, und dem Minister Uhden wird man doch auch wahre patriotische Gesinnung einräumen, und wir Beide, die solche Aeußerungen jetzt so oft vernehmen, können uns nicht genug wundern über den tollen Uebermuth der Einen und die krasse Unwissenheit der Andern. Ew. Excellenz werden zwar keinen großen Werth auf derartige Urtheile legen, es ist aber vielleicht doch gut, daß Hochdieselben Notiz davon

* Graf Albert v. Pourtalès, der bekannte preußische Diplomat.

** Moritz August v. Bethmann-Hollweg, der Chef der in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" mehrfach erwähnten Streberfraktion.

nehmen, wenn sie von Personen ausgehen, die zu Ew. Excellenz Ministerium gehören."

Bald darauf kehrte Herr v. Rochow auf seinen Posten nach Petersburg zurück. Am 29. August überreichte Bismarck dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen Thun seine Vollmacht.

Hannover, den 19. August 1851. Der preußische Gesandte Graf v. Nostitz theilt Manteuffel mittelst Privatschreibens einen an ihn gerichteten Brief des russischen Staatskanzlers Grafen v. Nesselrode mit.

„Er enthält so viel Wahres und Anerkennendes für Höchstdieselben, daß ich mir das Vergnügen nicht versagen konnte, es zu Ihrer Kenntniß zu bringen. Ew. Excellenz werden wohl die Güte haben, es mir nach geschehener Durchsicht wieder zurückzusenden.

Merkwürdig ist, daß in diesem Augenblick hier in der Stadt und, wie ich höre, auch in Braunschweig noch nichts über die abgeschlossenen Verhandlungen ins Publikum gedrungen; auch der König beobachtet das größte Stillschweigen darüber, und da man seine frühere so oft ausgesprochene entschiedene Abneigung gegen den Zollverein kennt, so gewährt dies auch allen übrigen Gegnern eine große Beruhigung über die Unausführbarkeit eines solchen Anschlusses.

Was die inneren politischen Verhältnisse von Hannover anbetrifft, so bin ich fest überzeugt, daß diese nur durch den Bund auf einen wirklich konservativen Weg geführt werden können; Herr v. Münchhausen wird ohne fremden Einfluß sich niemals zu kräftigen Maßregeln in dieser Richtung verstehen, eine Veränderung des Ministeriums aber ist bei der Vorliebe des Königs für Herrn v. Münchhausen und dem großen persönlichen Einfluß, welcher sich bei allen Gelegenheiten für ihn geltend macht, wenigstens in diesem Augenblick völlig unausführbar, darin stimmen Alle überein, denen die hiesigen persönlichen Verhältnisse bekannt sind."

Der erwähnte Brief des russischen Reichskanzlers Grafen Nesselrode an den Grafen Nostitz aus St. Petersburg, 30. Juli/11. August 1851, lautet:

„Ihren freundschaftlichen Brief vom 19. Mai erhielt ich, lieber Graf, in Warschau im Augenblick meiner Abreise nach Olmütz. Bei

meiner Rückkehr wurde ich höchst traurig durch die Nachricht überrascht, daß mein Sohn sich bei einem Sturz vom Pferde den Arm gebrochen und sich in Lebensgefahr befände. Ich reiste also gleich ab und habe nun zwei Monate unter Sorge und dazu noch überhäuften Geschäften hier vollbracht. Dies sind, bester Freund, die Ursachen, welche mich abgehalten haben, Ihren Brief früher zu beantworten. Jetzt geht es, Gott sei Lob und Dank, ganz gut mit meinem Sohn; in der politischen Welt ist auch eine Art von Windstille eingetreten, die ich benutze, um Ihnen, bester Freund, meinen aufrichtigsten Dank für Ihr so herzliches Andenken abzustatten. Daß Sie sich in dem traurigen Jahre 1848 zurückgezogen haben, begreift Niemand mehr als ich, so wie jeder rechtschaffene Mann sich nicht genug darüber freuen kann, daß die Verhältnisse in Ihrem Vaterlande sich in der letzten Zeit um so Vieles gebessert haben, und Ihnen daher gestattet haben, mit gutem Gewissen wieder in Thätigkeit zu treten. So lange, als solche wohldenkenden, talentvollen Männer wie der Baron Manteuffel an der Spitze des preußischen Kabinets stehen, können wir bestimmt darauf rechnen, daß die verrückten Ideen und Pläne des Jahres 1848 nach und nach gänzlich verschwinden werden, und die gesunde praktische Vernunft in der Leitung der Staatsgeschäfte die Oberhand behalten wird. Ein wahrer Genuß ist es für mich gewesen, Ihren vortrefflichen Minister in Warschau kennen gelernt zu haben. Wir haben Gelegenheit gehabt, uns recht auszusprechen und sind über die jetzt schwebenden politischen Hauptfragen vollkommen einverstanden; dem Könige Ernst August wäre es zu wünschen, einen solchen Rathgeber zu finden, alsdann würden die Sachen in Hannover auch besser stehen.

Und nun leben Sie wohl mein lieber alter Kriegsgefährte. Im künftigen Jahre komme ich vielleicht nach Deutschland, und nichts würde mir angenehmer sein, als die Gelegenheit zu haben, Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigen Freundschaft persönlich zu erneuern."

Berlin, den 19. August 1851. Der Finanzminister v. Bodelschwingh an Manteuffel eigenhändig privat:

„Zu meinem Bedauern habe ich von Herrn v. Le Coq erfahren, daß Ew. Excellenz vor Ihrer Abreise nicht mehr die Zeit gefunden, mit ihm über die unglückliche Flottenangelegenheit*)

* Am 8. Juli 1851 hatte die Bundesversammlung gegen den Antrag Preußens mit Stimmenmehrheit beschlossen, zur Erhaltung der Flotte im zweiten Halbjahr 1851 den Betrag von 532000 fl. nach der Matrikel „als Vorschuß" umzulegen (Protokoll 1851 § 52 und 65.) v. Rochow hatte also nicht verhindern

und unsere Beiträge für dieselbe zu reden, so daß ich nun der Gewißheit entbehre, wie Ew. Excellenz die Sache persönlich auffassen und meine mündlich in Sanssouci mitgetheilten Bedenken ansehen. Weit größere Summen als die fraglichen verlangte Herr v. Le Coq aber noch von mir für Bundesausgaben des ersten Semesters 1851; ob mir möglich, solche ohne Weiteres zu gewähren und event. zu beschaffen, oder wie die Sache anzufassen, weiß ich noch nicht."

Ischl, den 2. September 1851. Der preußische Gesandte am Petersburger Hofe v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz werden bei Hochdero Rückkehr nach Berlin einen Bericht von mir aus Frankfurt vorfinden, in welchem ich mir erlaubte, auf die gebietende Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, diejenigen Gelder ungesäumt anweisen zu lassen, zu deren Zahlung sich die königl. Regierung in Dresden bereit erklärt hat.*) Ich darf zwar zuversichtlich annehmen, daß Ew. Excellenz dieser Angelegenheit eine weise Berücksichtigung geschenkt haben, möchte indessen aus meinen in Frankfurt gewonnenen Erfahrungen noch einmal darauf hindeuten, daß die baldmögliche Erfüllung jener Verpflichtung eine Ehrensache ist. Ich würde das wohlwollende Vertrauen, mit dem Ew. Excellenz mich beehren, zu mißbrauchen glauben, wollte ich mich erkühnen, die Gründe, welche für die Zahlung sprechen, noch näher zu entwickeln, doch darf ich dreist versichern, daß ein längeres Vorenthalten jener Gelder unserer mühsam erworbenen guten Stellung in Frankfurt nur im höchsten Grade nachtheilig sein würde.**)

Den jetzigen Herrn Bundestagsgesandten habe ich bei meinem Abgange in Frankfurt dringend ersucht, Ew. Excellenz diese Angelegenheit zu empfehlen."

können, daß Preußen in dieser wichtigen Frage überstimmt wurde und noch dazu den unliebsamen Anschein bekam, die rasche Auflösung der populären Flotte habe fördern zu wollen.

*) Im vorliegenden Falle handelte es sich um die Flottengelder.

**) Auch Bismarck schloß sich der Auffassung Rochows in dieser Beziehung an, vgl. dessen Bericht an den Minister v. Manteuffel, d. d. Frankfurt a. M., 12. September 1851.



Frankfurt a. M., den 19. September 1851. Der preußische Kommissar Uhden an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz hielten es bei Ihrer letzten hiesigen Anwesenheit für bedenklich, schon jetzt bei der Bundesversammlung den Antrag zu stellen: eine definitive Entscheidung über die von der kurhessischen Regierung beantragte Verfassungsrevision zu treffen und demnächst die Garantie dieser Verfassung zu übernehmen.

Diese Bedenken völlig anerkennend, habe ich in der Denkschrift zwei Präjudizialfragen gestellt, nämlich: 1. ob und in wie weit die Bundesversammlung ebenso berechtigt wie verpflichtet ist, in die inneren Verfassungsangelegenheiten des Kurstaates eingreifend, eine solche Entscheidung zu fällen und die so von Bundes wegen revidirte Verfassung unter ihre Garantie zu stellen? und sodann 2. event. ob die Bundesversammlung es nicht für räthlicher hält, zwar ihre vorläufige Zustimmung zu den von der kurfürstlichen Regierung beantragten Verfassungsveränderungen, vielleicht unter gewissen Modifikationen, zu ertheilen, sich ihre definitive Entscheidung aber sowie die Uebernahme der Garantie bis dahin vorzubehalten, als die auf Grund dieser vorläufig genehmigten Verfassung einzuberufende neue Ständeversammlung über dieselbe gutachtlich gehört sein wird?

Die Bejahung beider Fragen habe ich umständlich zu motiviren gesucht. Auf diese Weise hoffe ich, daß die aufgestellten Bedenken beseitigt werden. Vor Allem wird Zeit gewonnen und dadurch der weiteren politischen Entwickelung, die sich jetzt allerdings zum Besseren zu neigen scheint, Raum gegeben und derselben keine positive Schranke gesetzt. Sodann wird diese Maßregel im Lande selbst mehr Vertrauen erwecken, wenn die wahren Vertreter des Volks und unter ihnen alle Sommitäten darüber gutachtlich vernommen werden, und wenn, wie wir verhoffen, in allen Wesenheiten ihre Zustimmung erfolgen sollte, so wird man dann die Verfassung nicht mehr als eine fremde, nur äußerlich aufgedrungene, sondern als eine selbst mitgeschaffene ansehen, was ein lebendiges Interesse und Vertrauen erwecken würde.

Endlich wird die Bundesversammlung eher auf ein solches Provisorium eingehen, als sogleich eine definitive Entscheidung treffen und in deren Folgen die Garantie übernehmen.

Herr v. Bismarck, mit dem ich gestern abend hierüber konferirte, ist mit dieser Ansicht vollkommen einverstanden, und auch der

Graf v. Thun, mit dem ich vor Kurzem ganz im Allgemeinen darüber sprach, verspricht sich davon den günstigsten Erfolg."

Auch Manteuffel billigte im Gegensatz zu dem Fürsten Schwarzenberg diese Ansicht, die schließlich auch im Bundestage zum Siege gelangte.

Ueber die bereits mehrfach berührte Frage des Austritts von Posen, Ost- und Westpreußen aus dem Deutschen Bunde*) fand während dieselbe am Bundestag schwebte, eine Korrespondenz des Ministers Frhrn. v. Beust mit dem königlich sächsischen Bundes-Gesandten v. Nostitz statt,**) welche durch den Prinzen Johann von Sachsen zur Kenntniß des Königs Friedrich Wilhelm IV. gelangte.

Sanssouci, den 22. September 1851. General v. Gerlach übersendet im Allerhöchsten Auftrage Manteuffel eigenhändig die erwähnte Korrespondenz, mit dem Beifügen, daß hiernach der Gedanke und die Absicht des Königs bei der Ankündigung des Austritts Preußens mit seinen nichtdeutschen Ländern aus dem Bunde gänzlich mißverstanden worden sei.

„Se. M. wollten mit dieser Ankündigung nur rechtlich feststellen, daß mit der Erneuerung des alten Bundes nunmehr von selbst der unter ganz anderen Bedingungen erfolgte Eintritt von Preußen und Posen als nicht mehr existirend zu betrachten wäre, und dabei zugleich einen Beweis ihrer völligen Uneigennützigkeit geben. Se. M. waren aber weit entfernt, eine allgemeine Zustimmung der deutschen Staaten zu dem sogenannten Austritt erlangen zu wollen, würden vielmehr in der Deklaration der deutschen Staaten gegen die preußische Maßregel einen Maßstab für die jetzige Konsideration Preußens in Deutschland im Gegensatz zu der Zeit im November 1850 gefunden haben.

Se. M. stellt es Ew. Excellenz anheim, zu überlegen, inwieweit jenes Mißverständniß zu redressiren ist; jedenfalls wäre aber das Ausscheiden der nichtdeutschen preußischen Länder zu beschleunigen

*) Vgl. die oben mitgetheilten Rochowschen Berichte vom 24., 28. Juni und 2. Juli 1851.

**) Dieselbe enthielt Depeschen des Staatsministers v. Beust an den königl. Bundestags-Gesandten v. Nostitz, d. d. Gastein, 7. Juli 1851, 20. Juli 1851 und Dresden 22. August 1851.

und dabei, wenn es thunlich, zu erklären, daß die Bitten um Zustimmung auf einem Mißverständniß beruht hätten.*)

Endlich sind Se. M. der Ansicht, daß es ganz gut wäre, über die preußisch-österreichischen Noten in der Hamburger Sache einen Zeitungsartikel zu veranlassen, weil nach der Aussage der Hamburger Stübbe und Weber der Senat sorgfältig diese Noten vor dem der neuen Verfassung feindlichen Kollegium erfahrungswidrig sekretirt hat."

Im Jahre 1848 hatte Preußen das aus dem oranischen Erbe ihm zugefallene und nach dem Sturze Napoleons ihm zurückgegebene Fürstenthum Neuenburg thatsächlich an die Eidgenossenschaft verloren. Die schweizerischen Bundesbehörden hatten es jedoch versäumt, rechtzeitig den König von Preußen zum vollständigen Verzicht auf seine Rechte zu bewegen, und so kam es, daß dessen formales Recht auf das Fürstenthum fortbestand. Von nun ab war dem König Friedrich Wilhelm IV. jede Gelegenheit erwünscht, wo es galt, die Schweiz seine Macht fühlen zu lassen.

Potsdam, den 28. September 1851. Der Kabinetsrath Niebuhr reicht Manteuffel einen ihm zugänglich gemachten interessanten Brief des Dr. Konstantin Frantz**) zurück, nachdem er denselben Sr. M. theils vorgelesen, theils auszugsweise mitgetheilt. Niebuhr bat Manteuffel, resumiren zu dürfen, wie Se. M. über den Brief urtheilen, und was sonst an denselben sich knüpfte.

„Eine sehr frappante Wahrheit in demselben ist, daß die Politik der Regierungen gegenüber der Revolutionspolitik nunmehr aus der Defensive heraustreten und in eine Offensive übergehen muß, und zwar nicht in eine negirende Offensive, sondern in eine mit positiven Zwecken. Es ist ferner augenscheinlich, daß die Schweiz ein Hauptobjekt einer solchen positiven Politik sein muß.

Mit großer Wahrheit entwickelt der Brief den Satz, daß nicht vorübergehende Zustände, Personen und dergleichen das Uebel in der Schweiz sind, sondern die Existenz der Schweiz an sich, als eines

*) Erfreulicherweise wurde Preußen in dieser Angelegenheit in Frankfurt a. M. ein Konflikt erspart, der Bundestag genehmigte den Antrag auf Austritt der östlichen Provinzen aus dem Bunde (Prot. 1851 § 178).

**) Der Verfasser der im Jahre 1858 erschienenen Broschüre „Quid faciamus nos“.

gesonderten Staatenkörpers, daß die Schweiz an sich Radikalismus ist. Eine Restauration der Schweiz mit Hülfe der dortigen Parteien innerhalb der gegebenen Formen versuchen zu wollen, kann nur zu einer Anerkennung und Verstärkung des Radikalismus führen.

Was erstrebt werden muß, ist ein Bouleversement der Schweiz mit vollkommenster Achtung der ehrwürdigen und echt konservativen Kantonalfreiheit. Ob das Ende dieses Bouleversements die Hinüberziehung in den Deutschen Bund sein kann und sein wird, ist eine spätere Frage. Der Gedanke, an sich vollkommen richtig, muß in petto behalten werden.

Daß der Deutsche Bund, um zu leben, sich erweitern muß, ist ein neuer und sehr schöner Gedanke. Dieses Bouleversement herbeizuführen, giebt es zwei Handhaben. Nur die eine, die Neutralität, hat Dr. Frantz hervorgehoben. Er hat übersehen, daß die andere, Neuenburg, viel wirksamer und leichter zu fassen ist.

Um die Schweiz bei der Neutralität anzufassen, bedarf es neu zu schaffender Basen. Einverständniß mit Frankreich und Sardinien. Eine Grenzsperre, bei der Sardinien nicht konkurrirt, die Schweiz nicht von Genua abgeschnitten ist, wird Deutschland mehr schaden als der Schweiz. Dagegen bietet Neuenburg eine schon völlig bereite Handhabe.

Durch die Usurpation Neuenburgs hat die Schweiz die rechtliche Basis ihrer Existenz aufgegeben. Sie hat die Verträge gebrochen, sie kann also auf den Schutz der Verträge nicht mehr Anspruch machen. Ihre Neutralität beruht seit dem März 1848 nicht mehr auf den Verträgen; sie ist bloß noch ein faktisches Zugeständniß. Die Neutralität ist nicht bloß ein Recht, sie ist eine Pflicht. Wer erobert, ist nicht mehr neutral.

Ihre Grenzen sind nicht mehr geschützt. Die vor 1802 zum Reich gehörig gewesenen Gebirgstheile — Bisthum Basel, das Fricktthal, die Herrschaft Tarasp — gehören der Schweiz nicht durch Spezialverträge, sondern durch die allgemeinen europäischen Verträge, dieselben, welche Neuenburg der Krone Preußen garantirt haben. Sind diese gebrochen, so kann auch Oesterreich und der Bund jene Gebietstheile zurücknehmen.

Ebenso wenig ist der innere Bestand der Schweiz noch in irgend einer Weise geschützt. Was die Bundesverfassung betrifft, so versteht sich das von selbst. Aber auch die Kantonalgrenzen können keinen europäischen Schutz mehr finden. Sollte es dem Kanton Bern

einfallen, seine alten Provinzen wiederzuerobern, was in Verbindung mit den auf Berns Uebermacht sich stützenden Unionisten keineswegs undenkbar ist, so würden die neuen Kantone allein ihre Unabhängigkeit zu wahren haben.

Daß man in den dreißiger Jahren den schmählichen Bruch der Verträge durch die Beraubung Basels zugab, ist sehr zu beklagen, bildet aber für den viel ärgeren Bruch durch die Usurpation Neuenburgs kein hinderndes Präcedenz.

Diese Baseler Sache giebt übrigens ein Argument dafür, daß die Idee des Dr. Frantz, daß die Schweiz dem Deutschen Bunde inkorporirt werden müsse, nicht ganz in der Luft steht. Hätte man damals eine aktive und durchdachte Politik verfolgt, so würde ohne Frage Basel dem Bunde beigetreten sein.

Die bloße entschiedene Rückforderung Neuenburgs wird der Schweiz ihren ganzen rechtlichen Boden entziehen. Die Wiederbesitznahme sprengt die Union und öffnet dem Föderalismus ein Schlachtfeld, das ihm jetzt gänzlich verschlossen ist. Die Einheitspartei wird als rein revolutionär und usurpatorisch hingestellt.

Eine offensive Politik muß also — ganz abgesehen von dem preußischen Standpunkte — sich mit aller Entschiedenheit auf Neuenburg werfen. Sie kann nebenbei das Ziel verfolgen, mit den übrigen Nachbarstaaten sich über die richtige Auffassung und Behandlung der schweizerischen Neutralität zu einigen.

Aber die Hauptsache ist, daß dem Schweizer Radikalismus die lügenhafte Maske der Loyalität abgerissen wird. In dem daraus wahrscheinlich folgenden Kampfe wird es vielleicht gelingen, die Schweiz zu dismembriren, und dann kann daran gedacht werden, sie dem Deutschen Bunde zu erwerben. Basel und Schaffhausen bieten sich hierzu zunächst dar.

Erlauben Ew. Excellenz, daß ich hieran noch einen eigenen Gedanken knüpfe, den ich schon lange gehegt habe.

Wer den Zustand der kleineren mitteldeutschen und süddeutschen Truppen betrachtet, wird zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese kleinen Armeen eine Pest Deutschlands sind. An ihre Stelle müssen Soldtruppen treten. Auch Preußen bedarf einer geworbenen Truppe. Das Bereithalten mobiler Kolonnen verträgt sich nicht mit seinem Wehrsystem. Für diese Soldtruppen bietet sich zunächst ein treffliches Material in dem Gesindel, das bis 1806 in den deutschen Heeren nutzbar gemacht wurde und jetzt die Mannschaften

zu den Revolutions-Armeen bietet. Aber das schließt nicht aus, daß auch Fremdentruppen angenommen werden.

Man möge daher Schweizer Regimenter errichten. Das sind einmal die besten geworbenen Truppen. Dann aber verschafft man sich dadurch einen Keil, den man in die Schweiz hineintreiben kann. Wodurch hat Frankreich sich seinen unermeßlichen Einfluß auf die Schweiz verschafft? Hauptsächlich dadurch, daß es immer Schweizertruppen — vor 1792 vierzehn Regimenter — unterhielt. Die entlassenen Soldaten kehrten als halbe Franzosen heim, und dadurch ist das Schweizer Militärwesen ganz französisch geworden. Neapel ist zu fern und zu fremd, um solchen Einfluß zu üben. Ständen aber 8000 Schweizer in preußischem Solde, so würde das sehr bald den größten Einfluß auf die Schweiz üben. Die Propaganda Preußens ist immer auf militärischem Wege vorangegangen, und so würde es auch hier sein. Nur müßte man diese Schweizer anders behandeln als das Neuenburger Bataillon. Sie müßten mit großer Sorgfalt gehalten werden, einen besonderen Dienst haben, z. B. zum Frankfurter Observationskorps verwendet werden, so daß ihnen ohne Zurücksetzung der Nationaltruppen höherer Sold bewilligt werden könnte.

Dies und die Unterhaltung eines kleinen preußischen Korps in Neuenburg würde so viele preußische militärische Elemente in die Schweiz bringen, daß die politischen Folgen nicht lange auf sich warten lassen würden. Um nur ein Beispiel anzuführen. Die Schweiz würde in die Alternative kommen, den eidgenössischen Stab entweder mit preußischen und neapolitanischen Offizieren zu füllen, oder ihn in Unbrauchbarkeit verkommen zu lassen. Denn die in französischen Schulen gebildeten Offiziere sterben nach und nach aus. Der eidgenössische Stab ist aber bisher Hauptträger des französischen Wesens gewesen. Wird er deutsch — denn das neapolitanische Element würde sich nothwendig dem preußischen anschließen — so würde er an seinem Theile dem deutschen Elemente in der Schweiz zum Siege verhelfen und dessen künstliche Isolirung aufheben."*)

*) Vgl. unterm 26. Oktober 1851 S. 238.

Berlin, den 3. Oktober 1851. Manteuffel an den königl. sächsischen Minister Frhrn. v. Beust eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz habe ich bei meiner sehr eiligen Durchreise durch Dresden im Anfange vorigen Monats leider nicht sprechen können, und ich leite aus dieser Ungunst der Umstände ein Recht für mich, Ihnen auf diesem formenlosen Wege zunächst meinen aufrichtigen Gruß zu senden und sodann die Versicherung hinzuzufügen, daß es mir aufrichtig leid gethan hat, damals in der Unmöglichkeit gewesen zu sein, mich Ihnen persönlich vorzustellen.

Herr v. Lemaistre, der sich der Ueberbringung dieser eiligen Zeilen gütigst unterziehen will und für dessen Anhersendung ich Eurer Excellenz meinen verbindlichsten Dank sage, wird Ihnen erzählen, wie wir hier denken. Nichts ist uns mehr fern, als irgend eine Ueberhebung oder die Anmaßung eines Einflusses auf das Nachbarhaus, das wir schätzen und achten, und dem wir deshalb vor Allem die zum Wohlergehen nothwendige Autorität des Hausherrn in vollstem Maße wünschen und deren heilsame und kräftige Handhabung gern anerkennen. Aus den vertraulichen Mittheilungen, welche Herr v. Lemaistre über Ew. Excellenz Auffassung der Verhandlungen mit Hannover und des hannoverschen Vertrages gemacht hat, muß ich leider entnehmen, daß Sie diese Gesinnung in dieser Angelegenheit nicht von uns bethätigt zu sehen glauben. Ich theile diese Auffassung nicht; ich bin der Meinung, daß die Sache nicht anders zu machen war, und daß wir uns eine uns nicht zukommende Autorität angemaßt hätten, wenn wir namens des Zollvereins aufgetreten wären; allein ich bin weit entfernt, meine Ansicht für die unzweifelhaft richtige aufdrängen zu wollen, und halte überhaupt dafür, daß die Erörterung dieser Frage heute unfruchtbar geworden ist. Dagegen hoffe ich, daß die weitere Behandlung der Sache von preußischer Seite den thatsächlichsten Beweis liefern wird, daß wir nichts weniger wünschen, als unsern Genossen im Verein irgend Gewalt oder auch nur Unangenehmes zuzufügen.

Ebenso unrichtig ist die Annahme, daß wir die Abschließung des Vertrags als einen gelungenen Coup gegen Oesterreich betrachten. Wir würden es aus vielen Gründen als einen großen Uebelstand betrachten, wenn irgendwo diese Ansicht zur Geltung käme, die der unsrigen ganz entgegen ist.

nehmen, wenn sie von Personen ausgehen, die zu Ew. Excellenz Ministerium gehören."

Bald darauf kehrte Herr v. Rochow auf seinen Posten nach Petersburg zurück. Am 29. August überreichte Bismarck dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen Thun seine Vollmacht.

Hannover, den 19. August 1851. **Der preußische Gesandte Graf v. Nostitz theilt Manteuffel mittelst Privatschreibens einen an ihn gerichteten Brief des russischen Staatskanzlers Grafen v. Nesselrode mit.**

„Er enthält so viel Wahres und Anerkennendes für Höchstdieselben, daß ich mir das Vergnügen nicht versagen konnte, es zu Ihrer Kenntniß zu bringen. Ew. Excellenz werden wohl die Güte haben, es mir nach geschehener Durchsicht wieder zurückzusenden.

Merkwürdig ist, daß in diesem Augenblick hier in der Stadt und, wie ich höre, auch in Braunschweig noch nichts über die abgeschlossenen Verhandlungen ins Publikum gedrungen; auch der König beobachtet das größte Stillschweigen darüber, und da man seine frühere so oft ausgesprochene entschiedene Abneigung gegen den Zollverein kennt, so gewährt dies auch allen übrigen Gegnern eine große Beruhigung über die Unausführbarkeit eines solchen Anschlusses.

Was die inneren politischen Verhältnisse von Hannover anbetrifft, so bin ich fest überzeugt, daß diese nur durch den Bund auf einen wirklich konservativen Weg geführt werden können; Herr v. Münchhausen wird ohne fremden Einfluß sich niemals zu kräftigen Maßregeln in dieser Richtung verstehen, eine Veränderung des Ministeriums aber ist bei der Vorliebe des Königs für Herrn v. Münchhausen und dem großen persönlichen Einfluß, welcher sich bei allen Gelegenheiten für ihn geltend macht, wenigstens in diesem Augenblick völlig unausführbar, darin stimmen Alle überein, denen die hiesigen persönlichen Verhältnisse bekannt sind."

Der erwähnte Brief des russischen Reichskanzlers Grafen Nesselrode an den Grafen Nostitz aus St. Petersburg, 30. Juli/11. August 1851, lautet:

„Ihren freundschaftlichen Brief vom 19. Mai erhielt ich, lieber Graf, in Warschau im Augenblick meiner Abreise nach Olmütz. Bei

Bei dem Kaiser Nikolaus soll der Aufenthalt in Olmütz und der Umgang mit dem jungen Kaiser einen sehr guten Eindruck zurückgelassen haben.*) »Se. M. hält große Stücke von dem Kaiser Franz Joseph und ist besonders durch die große Bescheidenheit der ausgezeichneten österreichischen Generale, welche sich doch so hohe Verdienste erworben, angenehm berührt worden. Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit erhöhen ja das Verdienst großer Männer.«

Den Grafen Henkel**) hat mir Graf Nesselrode gelobt. Er renoncirt bei der vorgerückten Jahreszeit auf einen Urlaub. Ich erlaube mir, ihn Ew. Excellenz Beachtung zu empfehlen. Er ist ein treuer, zuverlässiger und wohlgesinnter, gescheiter Beamter und in meinen Augen unendlich mehr werth als alle protegirten Pourtalès, Perponcher, Sydow, Savigny und Goltz.

Wir erwarten Sonntag oder Montag den Kaiser; Graf Münster wird wohl am 11. a. cr. nach Berlin abreisen können. Durch ihn behalte ich mir vor, wieder zu berichten. Die Kaiserin hat mir den Grafen Münster gelobt, meinend, er hätte sich mit dem Kaiser ganz gut gestellt, nur spreche er zuweilen unnöthig. Der gute Graf Nesselrode läßt mir durchblicken, daß der Graf Münster sich zu viel mit Politik befasse und dabei nicht immer den richtigen Takt habe. Mit Politik soll sich allerdings nur derjenige befassen, dessen wahrer Beruf es ist. Leider ist es aber bei uns nur zu oft der Fall, daß jeder Leutnant und Major seine eigene Politik hat und nach seinem falschen Maßstabe das Ministerium tadelt. Der Prinz Carl hat hier sehr gefallen, und Se. K. H. scheinen sich mit großem Takt benommen zu haben.

Der Herr v. Budberg wird unfehlbar am 6. Dezember zum Gesandten ernannt.

Der Reichskanzler widmet Ihnen das unbedingteste Vertrauen sowie die aufrichtigste Verehrung. Er äußerte sich mit Allem einverstanden, was von Seiten des königl. Kabinets in neuester Zeit geschehen. Mit Kopenhagen ist er gar nicht zufrieden und klagt ausnehmend über das dortige Ministerium. Des Fürsten Schwarzenberg Verdienste erkannte Graf Nesselrode zwar an, jedoch

*) Am 29. Mai 1851 hatte der Kaiser Nikolaus eine Konferenz mit dem Kaiser Franz von Oesterreich in Olmütz abgehalten.

**) Graf Henkel fungirte während der Abwesenheit Rochows von Petersburg als Geschäftsträger.

ist derselbe mit der Geschäftsleitung und der zuweilen hochmüthigen, rücksichtslosen Sprache der Wiener Depeschen nicht recht zufrieden.

Ew. Excellenz habe ich vergessen zu melden, daß ich den Herrn Kriegsminister mündlich gebeten, den Hauptmann Bergmann in Frankfurt abzuberufen. Derselbe steht fortwährend mit Herrn v. Radowitz in Verbindung."

St. Petersburg, den 10. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz erhalten durch den Grafen zu Münster eine Höchstdieselbe befriedigende Expedition.

Der Ueberbringer kann noch Manches hinzufügen. Im Allgemeinen ist es aber wünschenswerth, daß sich der königl. Militärkommissar nicht allzuviel mit Politik befasse. Zur Ergänzung meiner heutigen Sendung möchte ich mir noch erlauben hinzuzufügen, daß mir der Kaiser ausdrücklich empfohlen hat, seine über Hochdieselben mir gemachten Aeußerungen zur Kenntniß des Königs zu bringen. Den Charakter Sr. M. kennend, durfte ich hierbei nur vorsichtig zu Werke gehen und glaubte, ohne mich nur entfernt Ew. Excellenz Verdiensten an die Seite stellen zu wollen, einige von Seiten des Kaisers gemachte schmeichelhafte Bemerkungen, meine untergeordnete Person betreffend, mit aufnehmen zu sollen.

Der Kaiser hat sich aufrichtig gefreut, Ew. Excellenz persönliche Bekanntschaft gemacht zu haben.*) Sie haben ihm sehr gefallen, und Se. M. setzt in Ew. Excellenz Muth, Entschiedenheit und Einsicht das unbedingteste Vertrauen, was nach anderer Seite leider ganz und gar nicht befestigt ist. Der Kaiser rechnet mit Zuversicht darauf, daß das königl. Ministerium unter Hochdero Führung den Kammern gegenüber mit aller Entschlossenheit die Rechte der Krone vertheidigen und die konservativen Grundsätze zur Geltung bringen lassen werde. Der Kaiser meint in Ew. Excellenz Charakter und Erfahrung die sicherste Bürgschaft für seine Voraussetzungen zu haben.

*) Am 18. Mai 1851 hatte der König von Preußen eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Nikolaus in Warschau. Die Minister Manteuffel und Nesselrode begleiteten ihre Souveräne.

Die Stimmung des Kaisers ist für uns im Allgemeinen gut, doch trägt er den Schwierigkeiten, welche durch persönliche Eigenthümlichkeit veranlaßt werden, keine genügende Rechnung. Mit den politischen Ansichten des preußischen Kabinets ist er zufrieden gewesen.

Ueber Oesterreich, und zwar über dessen innere Verhältnisse, lebt der Kaiser in einer großen Täuschung, ungeachtet der treffliche Meyendorff nicht unterläßt, die vorhandenen Mängel, Gebrechen und Schwächen aufzudecken. Der Graf Nesselrode ist unbefangen und hat einen richtigen Blick.

Meine Schilderung der deutschen Verhältnisse hat den Kaiser beruhigt, doch ist er jetzt sehr aufgebracht gegen die kleinen Fürsten. Eine ganz richtige Beurtheilung der deutschen Zustände darf man von dem Kaiser niemals erwarten.

Die »Kreuzzeitung« hat zu viel doktrinäre Tendenzen, läßt sich von ihnen hinreißen und gewährt dem Ministerium keine Unterstützung. Ich habe mich schon bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin überzeugt, daß die Gerlachs weniger antikonstitutionell sind, als sie es sein sollten.

Möchten diese Erscheinungen nur vorübergehende Wolken sein und im gegebenen Moment die konservative Presse mit dem Ministerium gemeinschaftliche Sache machen.

Aus Frankfurt und über die Bundessitzungen und die dortige Thätigkeit höre ich gar nichts mehr."

St. Petersburg, den 10. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Von dem Grafen Nesselrode erhielt ich heut abend ein Billet, welches ich in Abschrift anschließe.*) Dasselbe nimmt Bezug auf einen Leitartikel im Morgenblatt des »Wiener Lloyd« Nr. 231 vom 1. Oktober a. cr., ist theils gegen die »Kreuzzeitung«, theils gegen die bekannte Broschüre des russischen Reichsrathes Tegoborsky**) gerichtet. Ich kann dem Herrn Warrens nicht in allen seinen Aeußerungen und Argumenten beipflichten, allein im höchsten Grade nachtheilig erachtete ich längst die Polemik der »N. Pr. Zeitung« gegenüber Oesterreich. Ich habe hierüber vergeblich mit ihrem Protektor, dem Herrn v. Bismarck, sowohl als mit dem

* Gelangt umstehend zum Abdruck.

** Derselbe hatte eine Broschüre über Oesterreich geschrieben.

Dr. Beutner in Frankfurt gekämpft. Ich weiß sehr gut, daß diese Zeitung kein Organ der Regierung ist, indessen unbestreitbar wird sie im Auslande dafür angesehen. Da sie in Zeiten der Schmach mit ebenso viel Muth als Einsicht die Interessen der Regierung vertheidigte, so begreift man nicht, weshalb sie jetzt, wo Preußen und Oesterreich würdig Hand in Hand gehen, so provozirend gegen letztere Regierung auftritt. Ich billige gewiß sehr Vieles nicht, was in Oesterreich noch besteht und geschieht oder von dort ausgeht, allein die Ueberklugheit und die doktrinäre Prinzipienreiterei der »Kreuzzeitung« verursacht uns ganz entschieden großen Nachtheil. Wo bleibt da der wahre Patriotismus? Noch am Abend vor meiner Abreise von Berlin habe ich dem Dr. Beutner ein mahnendes Wort zugerufen, aber, wie es scheint, in den Wind geredet.

Die Beschützer der »Kreuzzeitung« sollten Einsehen haben und der Regierung und ihrer guten Sache, was dasselbe ist, keine Schwierigkeiten bereiten.

Diese Männer sind gewiß von hohem Werth, denn wir werden noch manche Kämpfe zu bestehen haben, und wenn die Ansicht die richtige ist, daß Preußen im Innern wieder erstarken muß, um nach außen stark und kräftig zu sein, so sollte jede Zersplitterung der Kräfte vermieden werden.

Wenn wir nicht noch einmal nach Gotha gehen wollen, um das Volksbewußtsein, nach dem Herrn v. Radowitz, zu verwirklichen, so muß sich die Regierung auf die Partei zuversichtlich stützen können, deren Gesinnungen und Grundsätze in der »Kreuzzeitung« ausgedrückt waren.

Ueberall sprossen Keime für die wahre gute Sache, sie kommen aber nicht auf, wenn der Parteigeist so unduldsam sein Unkraut ausstreut."

Das zu Eingang des Briefes erwähnte Billet Nesselrodes vom 28. September (10. Oktober) lautet:

„Die unglückliche, taktlose Broschüre von Tegorborsky, worüber mir Meyendorff jetzt erst geschrieben, hat einen Artikel im ›Lloyd‹ veranlaßt, den ich Ihnen, lieber General, einliegend mittheile. Auch die ›Kreuzzeitung‹ thäte wohl, Oesterreich in Ruhe zu lassen. Durch solche Polemik kommt nichts Gutes heraus; sie zwingt oft Staatsmänner, aus bloßer Eigenliebe zu thun, was ihnen die gesunde Vernunft untersagt. Ich fürchte, daß dies der Fall mit dem Eintritt der österreichischen

Monarchie in Deutschland sein wird, darum billige ich ebenso wenig die unzeitigen, englischen und französischen Protestationen, als daß Tegorborsky so unvorsichtig gewesen ist, diese Frage in seiner Broschüre zu berühren.

Diese unangenehme Sache bleibt übrigens, lieber General, ganz unter uns. Der Ihrige Nesselrode."

St. Petersburg, den 11. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Ew. Excellenz möchte ich anheim zu stellen mir erlauben: ob Hochdieselben nicht vielleicht die Beilage den Herrn General v. Gerlach einsehen lassen wollten? Ich liebe und ehre diesen trefflichen, uneigennützigen und gescheuten Mann von ganzem Herzen, allein er ist auch in sehr vielen Beziehungen ein Doktrinär und überklug. In Hinsicht der »Kreuzzeitung« und der gar nicht mehr zeitgemäßen »Rundschau« theile ich seine Ansicht nicht. Es wäre nicht übel, ihn zu überzeugen, daß die »Kreuzzeitung« doch auch sehr taktlos ist. Eine gewisse Klasse ganz achtbarer Männer in unserm Vaterlande glaubt sich allwissend und steigert sich in ihrem Hochmuth, daß es ein Jammer ist.

Herr v. Prokesch ist hier schlecht angeschrieben, zumal er kürzlich eine sehr heftige Scene mit Baron Budberg gehabt hat. Man wartet nur darauf, ihm etwas an dem Kragen zu flicken und wird uns gern helfen, ihn los zu werden.

Der Kaiser hat die Verhöre von Bakunin*) gelesen und ist beschämt darüber, wie die Umsturzpartei im Jahre 1848 so fest auf die Schwäche der deutschen Fürsten gerechnet und hierin nicht getäuscht worden ist.

Deutschlands Hauptgefahren sind die schwachen Fürsten und die korrumpirten Beamten. Letztere könnte eine strenge Zuchtruthe bessern; die andern graben sich selbst ihr Grab, bis eine große Bewegung sie fortnimmt und mediatisirt.

*) Michael Bakunin, russischer Agitator, im Mai 1849 an dem Dresdener Aufstand hervorragend betheiligt, nach dem Fall von Dresden und Chemnitz auf den Königstein gebracht und zum Tode verurtheilt, jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Später wurde derselbe an Oesterreich und schließlich an Rußland ausgeliefert.

Die schlaffen, mit der Revolution kokettirenden Regierungen muß die Eintracht Oesterreichs und Preußens zur Raison bringen; diese erbärmlichen Regierungen allein beschwören die Gefahr herauf. Für die bevorstehende Noth im westlichen Deutschland muß Rath geschafft werden; Aufstände züchtige man scharf; die Verführer des Volks lasse man schonungslos bluten; Nachsicht gegen sie ist Grausamkeit gegen das Volk; unliebsame Kammern schicke man nach Hause.

Ew. Excellenz möchte ich endlich noch bitten, mir durch die dritte Hand über die Gunst und Ungunst schreiben zu lassen, welche dem Vertrag vom 7. September widerfährt, ob Oesterreich offen oder unter der Hand dagegen manövrirt und Sachsen, wie es den Anschein hat, sich dazu gebrauchen läßt.

Bei der hiesigen Stimmung gegen die kleinen Fürsten und gegen die Anmaßung der Königreiche wird es mir ganz nützlich sein, wenn ich vertraulich unterrichtet werden könnte, welche Stellung sie gegenüber Preußen bei den obschwebenden Fragen einnehmen, und ob Hannover seit dem 7. September etwas besser geworden ist. Der Kaiser will immer etwas Neues hören, und da ich zur Stunde keine einigermaßen orientirten Korrespondenten habe, so muß ich mich immer noch darauf beschränken, das selbst Gesehene zu wiederholen, obwohl die Dinge täglich weiter fortschreiten."

Der Minister Manteuffel hatte diesen Brief Rochows dem General v. Gerlach mitgetheilt.*) Bei Rücksendung der beiden vorerwähnten Briefe schrieb Gerlach am 17. Oktober aus Sanssouci eigenhändig an Manteuffel:

„Darf ich noch zwei Gedanken an die Seite setzen in Bezug auf die Rochowschen Briefe? Loben wir die schlechte innere österreichische Politik oder nöthigen wir die Zeitungen, das zu thun, so verlieren wir unser Vertrauen in Deutschland und erklären Oesterreich gegenüber, was keck und muthig die Revolution bekämpft, als schwach und feige. Wir müssen den Geist des Rechts und der Freiheit geltend machen der

*) In Bd. I, S. 675, a. a. O., reproduzirt Gerlach die ihn betreffende Stelle aus Rochows Briefe und bemerkt dazu: „Was denkt sich Rochow dabei. . . ? Ich werde übrigens Rochow gehörig antworten."

bei uns herrscht. Nostitz fürchtet auch, daß er in der hannoverschen Provinzial-Ständesache das Ministerium dort beleidigen könnte. Es ist doch aber die Sache, die wir bei uns begünstigen, wir können also doch nicht dagegen kämpfen."

Berlin, den 12. Oktober 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„In allen zu meiner Einsicht gekommenen Dépêchen habe ich keine einzige aus Wien gefunden über den Eindruck, den der Handels- und Zollvertrag daselbst gemacht hat. Ich darf bitten, mir dieselben nachträglich mitzutheilen, da sie vielleicht vor meiner Ankunft hier eingegangen sind. Dieses wichtige Ereigniß giebt Ihrem Ministerium Veranlassung, sich stark zu zeigen, indem es zum Wohle ganz Deutschlands gereicht und zugleich keine Feindseligkeit gegen Oesterreich ist, indem es die Brücke werden muß, daß Oesterreich zum Zollverein in einen, gegenseitige Erleichterung gewährenden Handelsvertrag tritt, was wir ja seit 15 Jahren herbeiwünschen. In diesem Sinne muß Graf Arnim die Sache darstellen, scheint mir.

Durch die Dépêche des Herrn v. Sydow vom 7. mit den Einlagen der bayerischen Zeitungen bin ich von Neuem aufmerksam auf die Machinationen geworden, die Oesterreich durch Bayern und Sachsen gegen uns auf dem Zollverein losläßt; also Attention!"

Berlin, den 12. Oktober 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Indem ich Ihnen für die schnelle Erfüllung*) meines Wunsches meinen verbindlichsten Dank sage, bemerke ich nur, daß mir die Arnimsche Antwort auf ihre excellente Instruction vom 3. d. Mts. ungemein lau vorkommt, als wenn zwischen den Zeilen zu lesen wäre, daß der v. Arnim selbst den Vertrag vom 7. September nicht gern sähe und man namentlich zu verstehen geben

*) Die Antwort Manteuffels ist in dessen hinterlassenen Papieren nicht erhalten.

will, man möge ja nicht auf Hamburg wirken, um Wien nicht zu verschnupfen! Ah! Dieser werthe Diplomat repräsentirt uns bei Fürst Schwarzenberg!"

Berlin, den 13. Oktober 1851. Manteuffel an den Gesandten Grafen Hatzfeld in Paris eigenhändig privat:

„Was sagen Sie zu der beiliegenden Depesche? Daß Léon Faucher zurücktritt,*) wird mir von anderer Seite bestimmt gemeldet. Welche neue Politik beabsichtigt man im Elysée? Wird man vielleicht schon jetzt in die soziale Phase eintreten?

Carliers Rücktritt würde ich im Interesse unserer Sicherheit sehr bedauern."

Zarskoje-Selo, den 17. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz finden in meiner nächsten Expedition, welche durch einen französischen Kabinetscourier morgen über Stettin abgefertigt wird, wenig interessantes Material. Ich habe drei Tage in Zarskoje-Selo zugebracht und viel mit dem Kaiser gesprochen. Er fängt an, gerechter zu werden, und empfindet die große Freude über jede gute Nachricht; daß die Depeschen des Barons v. Budberg, welche in dem besten und zwar versöhnlichsten Sinne abgefaßt sind, wesentlich dazu beitragen, darf ich nicht verschweigen; die geschickte Arrestation eines russischen Postbeamten, welcher mit einer Kasse durchgegangen war, durch unsere Polizei verursacht ebenfalls Befriedigung. Ueber die Ovationen, welche man in England dem Kossuth bereitet, geht man ziemlich leicht weg; auf Frankreich ist man aufmerksam, wartet ab und glaubt, daß das Mandat des jetzigen Präsidenten verlängert werde. Ueber Oesterreichs innere Zustände täuscht man sich, d. h. nur der Kaiser, und Allerhöchstderselbe bildet sich ein, daß der junge Monarch Alles zum Allerbesten machen möchte.

*) Léon Faucher, französischer Nationalökonom, wurde nach der Wahl Napoleons zum Präsidenten am 10. Dezember Minister des öffentlichen Bauwesens, 29. Dezember Minister des Innern, legte am 14. Mai 1849 sein Portefeuille nieder, das er jedoch am 10. April 1851 wieder übernahm. Am 26. Oktober 1851, kurz vor dem Staatsstreich, zog er sich aus dem politischen Leben zurück.

Der Kaiser hat, wie mir Se. M. gesagt, dem Grafen Münster aufgetragen, Ew. Excellenz herzlich zu grüßen und Ihnen zu sagen, daß er unbedingt auf Hochdero Muth, Kraft und Einsicht baue. Als der Kaiser mir vorgestern dies wiederholte, fragte er: »Wird man sich nicht bei Ihnen durch die Kammern einschüchtern und durch einzelne Redner überrumpeln lassen?« Ich versicherte Sr. M., daß man bei uns nachgerade die Kammern zu behandeln verstehe; man werde sich weder durch die wilde Freiheit der Presse, noch durch hohle Phrasen einzelner Redner, noch durch Volksschmeichelei oder Verläumdungen irre führen lassen, sondern zuversichtlich die Ehre und Rechte der Krone vertheidigen und lieber zehnmal die Kammern nach Hause schicken oder auflösen, als nur einmal nachgeben.

Man hatte dem Kaiser eingeredet, daß, wenn etwa der Kriegsminister*) abgehen sollte, Ew. Excellenz auch Ihr Amt niederlegen würden. Ich nahm keinen Anstand, dem Kaiser zu antworten: ich wisse allerdings, daß Ew. Excellenz ein hohes Gewicht auf die Erhaltung des Generals v. Stockhausen legten, indessen unser Ministerium sei jetzt so gut komponirt, daß es Ew. Excellenz möglich sein werde, mit den übrigen Kollegen Ihren Weg weiter zu gehen.

Der erfolgte Austritt unserer östlichen Provinzen aus dem Deutschen Bunde**) hat hier sehr gefallen, aber man fürchtet immer noch, daß Fürst Schwarzenberg sich mit dem Gesammteintritt beschäftige.

Die einzige Angelegenheit, welche dem hiesigen Kabinet sehr ernst am Herzen liegt, ist die dänische, und bei derselben ist man im höchsten Grade erkenntlich für Ew. Excellenz Antwort. Ueber Kopenhagen herrscht Unzufriedenheit.

Die Abreise des Barons Brunnow***) dürfte nicht vor Mitte der nächsten Woche erfolgen."

*) Der Kriegsminister v. Stockhausen suchte bereits seit längerer Zeit einen Vorwand zum Rücktritt.

**) Näheres über diese Frage findet man in meinem Werk: „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 9*, 10*, 5, 18, 19.

***) Frhr. v. Brunnow, russischer Gesandter in London, später am Bundestag.

Letzlingen, den 22. Oktober 1851. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Ihren Brief, theuerster Manteuffel, hab' ich eben bei der Rückkehr von der Jagd empfangen. Die Dinge in Dänemark sind nach Werthers Depesche sehr übel. Das »In-Athem-halten« für die gute Sache des Petersburger Cabinett scheint mir jetzt die Hauptsache und bitte ich, das durch Rochow und Budberg lebhaft zu betreiben und mit beiden Kaiserhöfen einen Operazions-Plan zu machen. Der Frankfurter Mordversuch kann sehr zum Guten benutzt werden, und kann ich Ihren Gedanken darüber nur höchlichst billigen. Was sagt Prokesch? Dom Miguel muß man antworten, wie man auf einen Brief eines Prinzen und Königssohnes antwortet. Ich hoffe, am Sonnabend zur Mittagsmahlzeit um drei Uhr in Sanssouci zu sein, und hoffe Sie zur Tafel dort zu begrüßen. — Der Tod der Dauphine geht mir sehr nahe! — Das Geschrei beim Einzuge des Kaisers in Lemberg macht mir gerade so wenig Effekt als das bei meiner Durchfahrt durch Magdeburg.

Ich erwarte in der nächsten Plenar-Sitzung des Conseils den Vortrag über die Anwendung des Bundestagsbeschlusses vom 23. August auf die preußischen Dinge.

Gott gebe uns ein frohes Wiedersehen! Vale!

Friedrich Wilhelm."*)

St. Petersburg, den 24. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ich vermag meine heutigen amtlichen Meldungen durch Nichts zu ergänzen. Hier geht Alles seinen ruhigen Gang vorwärts, des Kaisers Stimmung ist ruhig, des Kanzlers Ansicht und Urtheil gerecht und rücksichtsvoll, so daß ich ganz zufrieden in dieser Beziehung bin. Ich bemühe mich, den Kaiser immer mehr mit unseren Verhältnissen zu versöhnen und das Vertrauen,

---

*) An demselben Tage (22. Oktober) schrieb der Prinz von Preußen eigenhändig an Manteuffel:

„Anliegend sende ich Ihnen ein Schreiben des Herzogs von Augustenburg, das einige Fingerzeige in der dänischen Politik enthält, die doch der Beachtung sehr werth erscheinen. Ich bitte um Remission derselben, indem ich dem Herzog antworten muß."

mit welchem Se. M. auf unser vortreffliches Ministerium blickt, zu befestigen. Die fernere Entwickelung der Dinge und das kräftige, entschiedene Auftreten des solidarisch einigen Ministeriums wird meine Bestrebungen unterstützen.

Man darf nicht zu viel auf einmal fordern; es ist schon viel geschehen, und ich hoffe, daß dies allseitig im Lande dankbar anerkannt wird. Die Konservativen müssen nur nicht unzeitig und bevor die Dinge reif sind, Doktorfragen aufrühren, sondern aufrichtig dem Ministerium die Hand reichen. Es ist ein großes Unglück, daß so viele ehrliche Männer superklug sein wollen, und dadurch die Zustände nur verschlimmern, unnöthig die Gemüther aufregen und der guten Absicht der Regierung hindernd in den Weg treten. Welch Unheil das Parteiwesen stiftet, wie gefährlich die individuelle Eitelkeit wird, sehen wir leider in Frankreich. Herr v. Brunnow wird Mitte der kommenden Woche ganz bestimmt Petersburg verlassen und in den ersten Tagen des November in Berlin eintreffen. Er wird sich in jedem Fall Ew. Excellenz vorstellen und Ihnen Grüße sowohl vom Kaiser als dem Herrn Grafen Nesselrode bringen; Letzterer wünscht aber, daß Se. M. der König geruhen möchte, den Baron Brunnow vor seiner Abreise nach London zu empfangen.

Ich gehe morgen früh zwei Tage nach Zarskoje-Selo und werde, im Fall ich dort etwas erfahren sollte, Mittwoch durch den englischen Courier über Lübeck schreiben.

Von nun ab sind mir aber durch Aufhören der Dampfschifffahrt die sicheren Gelegenheiten zur unbefangenen Korrespondenz sehr beschränkt."

Einen wesentlichen Vortheil versprach sich der König von einer Anerkennung seiner Ansprüche auf Neuenburg durch die Großmächte. Als der Gesandte Bunsen den Auftrag erhielt, die Neuenburger Sache in England von Neuem anzuregen, äußerte sich der Gesandte über diesen Schritt in ungünstigem Sinne. Palmerston würde sich dagegen aussprechen, auf den Volkswillen Bezug nehmen u. s. w. Manteuffel hatte dem König vorgeschlagen einen Anderen zur Betreibung dieser Sache hinzuschicken, und als der König dies mit der Erklärung abgelehnt hatte, Bunsen würde immer noch mehr ausrichten als ein Anderer, hatte er an Bunsen einen sehr derben Brief geschrieben. Ob in Antwort darauf oder von selbst, kurz, Bunsen rechtfertigte gegen den König seine Depesche

in einem Privatbriefe. Diesen zeigte der König nur Niebuhr, aber nicht Manteuffel und nicht einmal Gerlach, damit diese beiden nicht Avantage über Bunsen erhalten sollten.*)

Sanssouci, den 26. Oktober 1851. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Sie sagten mir, daß Sie dem Könige bei Veranlassung der schlechten Bunsenschen Depesche über Neuchatel gerathen hätten, Jemanden behufs dieser Verhandlung besonders nach England zu schicken. Der König hat diesen Vorschlag damals abgelehnt; ich habe Gründe, zu glauben, daß Se. M. jetzt darüber etwas anders denkt, und möchte anheimgeben, den Vorschlag, aber jedenfalls ohne sich irgendwie auf mich zu beziehen, zu wiederholen. Das ist ja bei der Wichtigkeit an sich ganz natürlich."**)

St. Petersburg, den 27. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ich bin heut zur Stadt gekommen, um Mittwoch einer Einladung der kaiserl. Herrschaften nach Gatschina zu folgen, wohin der Hof sich auf eine Woche begiebt. Baron Brunnow hat seine Abreise auch aufschieben müssen, weil er gleichfalls nach Gatschina gehen soll; er gedenkt aber von dort über Warschau nach Berlin weiter zu reisen, ohne noch mal Petersburg zu berühren. Ew. Excellenz kann ich nur ebenso dringend als gehorsamst bitten, sich ausführlich mit ihm unterhalten zu wollen. Baron Brunnow ist ein erfahrener und gewandter Geschäftsmann, der die Interessen seines Hofes mit Geschick zu vertreten weiß, der nichts übereilt, nicht einseitig die Dinge auffaßt, sondern solche aus einem allgemeinen höheren Gesichtspunkt beurtheilt und nichts verwickelt. Er wird Hochdenselben in vielen laufenden Fragen die Ansichten

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 683.

**) Am 24. Mai 1852 zeichneten Preußen, Oesterreich, England und Rußland (auch Frankreich erklärte seine Beistimmung) in London ein Protokoll, worin erklärt war, daß auch nach den Vorgängen des Jahres 1848 der König von Preußen der legitime Souverän in Neufchatel sei, wie es durch Artikel 23 der Wiener Kongreßakten bestimmt war. Einen anderen als papiernen Werth hatte dieses Aktenstück aber nicht, zumal keiner der Protokollstaaten daran dachte, für die preußischen Ansprüche auch nur einen Finger zu rühren.

und Grundsätze des hiesigen Kabinets noch näher entwickeln können, als ich's bisher vermocht. Ich habe ihn, der mein Kollege in Stuttgart gewesen und der mir stets sehr viel Vertrauen geschenkt, dringend engagirt, die Zustände Frankreichs dem Kaiser gegenüber zu berühren. Ueber die Stellung, welche England dabei nehmen dürfte, will sich Baron Brunnow mit irgend einer Sicherheit noch nicht aussprechen können. Soweit stimmt er mir jedoch jetzt schon bei, daß England sich für Belgien immer interessiren wird.

Es ist mir gelungen, Ihre M. die Kaiserin zu vermögen, den Grafen Hompesch zu empfangen; dies wird immer aber erst nach der Rückkehr von Gatschina der Fall sein können, und ich fürchte, daß er sich mit der Jammergestalt seiner Frau im Gasthause auffrißt. Der Graf Nesselrode will heute dem Kaiser über ihn reden und wird dem Grafen Hompesch demnächst erklären, daß Rußland nicht im Stande ist, sich seiner Privatangelegenheiten anzunehmen, der Kaiser den Reichskanzler jedoch ermächtigt hätte, dem Baron Budberg aufzutragen, vertraulich mit Herrn Nothomb zu Gunsten des Herrn Reklamanten zu sprechen.

Frankreich erheischt gewiß alle Achtsamkeit. Graf Pozzo sagt wohl von den Franzosen: »Ils sont fou, c'est vrai, mais ils le sont beaucoup.« Dieses beaucoup gebietet alle Berücksichtigung. Am nächsten würden sich die Franzosen auf den Oberrhein und Mittelrhein wenden, wo sie auf Sympathien zählen und wodurch sie Deutschland zu theilen hoffen.

Wenn nur unsere Presse taktvoll und klug, ja patriotisch sein wollte und nicht Alles ausplauderte, was das Ausland gar nicht zu wissen braucht."

St. Petersburg, den 28. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Mein hiesiger englischer Kollege Sir George Hamilton Seymour, ein zuverlässiger, gescheuter Mann, der zehn Jahre in Belgien gewesen und nicht nur mit den bedeutendsten Personen daselbst sehr vertraut gewesen, sondern auch die innern Verhältnisse jenes Landes genau kennen gelernt und selbst in vielfacher Verbindung mit dem König Leopold gestanden, hat mir in letzter Zeit

oft über die dortigen Zustände mit großer Offenheit gesprochen und dabei nicht verhehlt, daß die Urtheile des Grafen Hompesch, der ihm in allen seinen verschiedenen Erscheinungen nicht fremd ist, doch einigermaßen übertrieben wären, und zwar nicht ohne Einfluß von Parteiansichten. Sir Hamilton-Seymour wünscht, daß man niemals vergesse, wie in Belgien, weder im Lande noch in der Armee, irgend welche Sympathie für Frankreich herrsche, dagegen müsse man sich immer vergegenwärtigen, daß die Belgier an und für sich mißtrauisch, immer noch der Besorgniß Raum geben, die Verträge zu Gunsten dieser neuen Monarchie würden von den Mächten nicht ehrlich gemeint, im Gegentheil dürften dieselben die nächste Gelegenheit ergreifen, das Königreich Belgien aus der Reihe der selbständigen Staaten zu streichen. Es erscheine daher gewiß der Mühe werth und sogar im wahren Interesse der Nachbarländer zu liegen, dem Könige Leopold sowie den hervorragendsten Personen Muth und Ausdauer einzureden und Vertrauen einzuflößen und ihnen namentlich das feste Versprechen zu ertheilen, im Fall eines Angriffs von Seiten Frankreichs mit Nachdruck beizustehen; dabei könne man sie aber doch darauf aufmerksam machen, daß, wenn sie nicht treu, ehrlich und kräftig die Partei der Mächte ergriffen, ihre Rolle ausgespielt wäre; siegten nämlich die Franzosen, so würden diese Belgien unwiderruflich mit Frankreich vereinigen, fiele der Sieg auf Seiten der Mächte, so würden sie im Fall einer feindlichen Stellung Belgiens natürlich dasselbe auch nicht bestehen lassen können. Sir Hamilton-Seymour behauptet, in dem König Leopold jederzeit viel Verstand, Weisheit und Geschick gefunden zu haben. Eine ruhige, ernste, besonnene und eindringliche Sprache hätte niemals einen guten Eindruck auf den König der Belgier verfehlt. Mein britischer Kollege ist ferner der Meinung, daß ein tüchtiger, gewandter und Vertrauen erweckender Mann noch sehr viel in Belgien ausrichten würde, indem ein solcher sich auch der Männer wie Lebeau, Rogier und selbst Goblet bedienen müßte.

Diese Erörterungen gehören zwar durchaus nicht zu meinem Geschäftskreis, und ich muß Ew. Excellenz um Entschuldigung bitten, daß ich mir erlaubt, solche zu berühren; ich habe jedoch geglaubt, im gegenwärtigen Augenblick die Erfahrungen eines gescheuten und gewiegten Diplomaten nicht überhören, sondern sie Ew. Excellenz vortragen zu sollen.

Es ist möglich, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um von ihnen Gebrauch zu machen, es ist sogar wahrscheinlich, daß Hochdieselben Aehnliches schon vorher eingeleitet und viel Besseres angeordnet haben, immer gehe ich indessen von der Voraussetzung aus, daß ein so hochgestellter Staatsmann wie Ew. Excellenz die politische Revelation aus allen Enden der Welt mit Nachsicht anhören."

Wien, den 28. Oktober 1851. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Was zuvörderst die vom Baron Prokesch mitgetheilte Depesche betrifft,*) so ist allerdings der belehrende Ton nicht passend. Es scheint mir aber das Passendste, darauf gar nicht zu antworten. Gegen mich hat Fürst Schwarzenberg nie dergleichen geäußert, seit ich ihm gleich in den ersten Tagen meines Hierseins einmal scharf auf einige spitze Bemerkungen geantwortet habe. Er ist gegen mich äußerst höflich und artig, und ich habe nicht mit den Diplomaten der kleinen Höfe, die er grob und scharf anfährt, zu klagen. Ich bemerke hierbei, daß die Höfe von München und Stuttgart besonders ungehalten auf den Fürsten Schwarzenberg sind, da er sie erstlich in Bregenz und dann auch später angeführt hat.

Daß Bernstorff und Pourtalès gegen Ew. Excellenz agitiren, wird ihnen hoffentlich nichts helfen und ihnen nur Nachtheil bringen. Die Zeitungen nennen General Peucker für Konstantinopel.

Heute wird Graf Solms auch seine zukünftige Schwiegertochter kennen lernen, eine Original-Siebenbürgerin: ich bin neugierig, wie sie ihm gefallen wird.

Der Kaiser, heißt es, wird übermorgen hier zurück sein, doch ist dies ungewiß. Der polnische Adel in Galizien hat sich sehr demonstrativ gezeigt, ist aber in polnischer Nationaltracht erschienen.

Sonst wüßte ich nichts Neues, berichte daher heute nicht an Se. M. den König.

In den Zoll- und Steuerangelegenheiten bin ich bei dem besten Willen nicht im Stande, Ew. Excellenz bestimmte Auskunft über

*) Um welche Frage es sich handelt ist nicht ersichtlich.

die österreichischen Pläne zu geben. Der v. Hock*) ist nach Frankfurt abgegangen. Da er aber immer noch den neuen Tarif nicht mitbringt, so wird er wenig ausrichten. Es ist wahrscheinlich, daß von hier aus die süddeutschen Höfe dahin bearbeitet werden, daß sie aus dem Zollverein austreten sollen. Ich bezweifle doch, daß es gelingen wird. Von Württemberg weiß ich, daß es darin verbleiben wird, überdies wünscht, die Spannung mit uns beseitigt zu sehen, der König weiß aber nicht, wie er die Sache einleiten soll. Herrn v. Sydow wünscht er nicht wieder zum Gesandten zu haben. Daß Herr v. Beust sich so albern benimmt, ist zu bedauern; Sachsen kann am wenigsten aus dem Zollverein treten; der Handelsstand in Leipzig und ganz Sachsen würde gewaltiges Geschrei erheben. Wie ich höre, findet Sachsen, daß das an Hannover bewilligte Präcipuum zu hoch ist, da der Verbrauch von Hannover zu hoch angeschlagen und nicht auf den bedeutenden Schmuggel, der von dort aus in die Zollvereinsstaaten stattfindet, Rücksicht genommen ist. Ferner wird es unbillig gefunden, daß, nachdem Sachsen die Nachsteuer sich zur Zeit hatte gefallen lassen müssen, solche an Hannover erlassen werden soll. Herr v. Beust hat sich überdies dadurch verletzt gefunden, daß Ew. Excellenz auf Ihrer Durchreise von Wien durch Dresden nach Berlin weder den König von Sachsen noch ihn gesehen haben, um Mittheilung des mit Hannover abzuschließenden Vertrages zu machen. Herr v. Könneritz versichert, daß in Dresden gar keine Rede davon sei, aus dem Zollverein zu treten. Uebrigens habe ich mit diesem nur ganz oberflächlich davon gesprochen."

St. Petersburg, den 30. Oktober 1851. **Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel** eigenhändig privat:

„Herr v. Tegorborsky,**) ein guter Finanzmann und mit den inneren Zuständen vorzüglich, aber mit den Handelsverhältnissen Oesterreichs genau vertraut, hält eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein jetzt noch für völlig unausführbar. Der neue

*) Ritter v. Hock, österreichischer Ministerialrath.

**) Vergl. Anmerkung auf S. 229.

österreichische Tarif soll zwar mit künftigem Jahre ins Leben treten, die Regierung wird mit ihm aber auf große Hindernisse stoßen und viel Mühe haben, ihn im eigenen Lande durchzusetzen. Da nun der Zollverein, zumal nach Gewinnung der Nordsee durch den segensreichen Vertrag vom 7. September seinen Tarif unmöglich erhöhen kann, so ist vorläufig an Durchführung eines allgemeinen deutschen Zolltarifs gar nicht zu denken.

Die desfallsigen Verhandlungen in Frankfurt werden zu Nichts führen; man muß sie nur zur Beruhigung des Publikums weiterführen. Den österreichischen Ministerialrath Hock, mit welchem Herr v. Tegorborsky viel zu thun gehabt, hält er nicht einmal für einen einsichtsvollen, praktischen Geschäftsmann, sondern für einen Phantasten à la Bruck,*) der nur unnöthige Schwierigkeiten macht.

Der beabsichtigte Aufenthalt in Gatschina ist wegen eines leichten Unwohlseins der Kaiserin verschoben, was mir wegen des schlechten, kalten Wetters sehr willkommen ist. Des Baron Brunnows Abreise verzögert sich dadurch auch aufs Neue; ich aß gestern mit ihm bei dem Kanzler, und dieser bat mich, Ew. Excellenz zu ersuchen, sich doch mit dem Baron Brunnow auch über die Verhältnisse in England und namentlich über das dortige Ministerium etwas näher unterhalten zu wollen, da derselbe die dortigen Zustände, Tendenzen und persönlichen Eigenthümlichkeiten mit großer Sach- und Menschenkenntniß aus einer langen Erfahrung und mit ebenso viel Scharfblick als Ruhe beurtheile.

Ew. Excellenz ist die Broschüre des russischen Reichsrathes Tegorborsky über Oesterreich bekannt und Hochdieselben wissen, daß der Fürst Schwarzenberg und Minister Bach sehr entrüstet darüber waren. Graf Nesselrode hat die Publizirung derselben auch getadelt und solche dem Verfasser ernstlich verwiesen. Was indessen den Inhalt dieser ganz lesenswerthen Schrift anbelangt, so findet der Kanzler sehr viel Wahres darin, und er hofft aufrichtig, daß nach dem Handschreiben des Kaisers von Oesterreich vom 20. August, und seitdem Preußen mit seinen östlichen Provinzen aus dem Deutschen Bunde getreten, der Gesammteintritt Oesterreichs aufgegeben werde. Man wünscht hier Oesterreich

*) Frhr. v. Bruck, österreichischer Finanzminister.

mächtig und fest geordnet, als mächtige konservative Stütze für Europa, aber nicht mächtiger als nöthig, und zwar um in keiner Weise dadurch Preußens Macht und Ansehen zu beeinträchtigen. Es liegt ganz und gar im Interesse und in der Sympathie Rußlands, Preußen seinen wichtigen Platz in dem europäischen Staatssystem unangefochten erhalten zu sehen.

Wir haben hier festen Winter. Die Schlittenfahrt ist etablirt, und der Wladimir*) ist, etwa 10 Uhr, noch nicht angekommen."

St. Petersburg, den 31. Oktober 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz habe ich für eine sehr reichhaltige und mir höchst willkommene Expedition vom 25. d. Mts. zu danken. Sie kam mir durch den Wladimir gestern endlich zu. Der Reichskanzler ist ungemein mit Allem zufrieden, was ich ihm heut vorgetragen. Ew. Excellenz wollen geneigen, das aus meiner amtlichen Meldung zu entnehmen. Den Grafen Benckendorff sah ich noch nicht. Der Graf Hompesch**) soll von Ihrer M. der Kaiserin empfangen werden, diese liegt aber zu Bett, und so kann der arme Mann noch lange aufgehalten werden. Der Reichskanzler hat ganz vortrefflich zu seinen Gunsten an Baron Budberg geschrieben, um sich für den Reklamanten bei dem Herrn Nothomb***) zu interessiren. Eine gleiche Demarche geschieht in Wien. Auf diese Weise hat der Graf Hompesch mehr erreicht, als er hoffen durfte.

Da der Winter nun so schnell gekommen und sich so festgesetzt hat, so werde ich Ew. Excellenz wohl nur alle vierzehn Tage durch englische oder französische Couriere schreiben können.

Die hiesige Existenz ist fast nicht zu ertragen, und ich bin oft in großer Verzweiflung, so getrennt von den Meinen zu leben und so abgeschieden zu sein von Allem, was mir werth und theuer ist. Es ist eine harte Aufgabe!

*) Der Ueberbringer einer Expedition des Ministers Manteuffel, wie aus der Fortsetzung der Korrespondenz erhellt.

**) Von der Reklamation des Letzteren ist in der folgenden Rochowschen Berichterstattung noch mehrfach die Rede.

***) Der belgische Gesandte in Berlin.

Von hier ist nicht viel Neues zu berichten, also bitte ich um Nachsicht, wenn meine Depeschen langweilig und trocken ausfallen."

Am 14. Juli 1851 hatte in der französischen Nationalversammlung die Berathung über eine Abänderung des Artikel 45 der Konstitution vom 4. November 1848 begonnen, welcher Artikel die Wiedererwählung des nach vierjähriger Amtsführung abgetretenen Präsidenten der Republik untersagte. Da die vier Jahre der Präsidentschaft Louis Napoleons am 3. Mai 1852 abliefen, so wünscht man in Frankreich allgemein, daß dieser Paragraph abgeändert werde, damit Louis Napoleon in seinem Amte bleiben könne, und nicht neue Verwirrung im Lande eintrete. Allein die Republikaner in der Nationalversammlung widersetzten sich einer Abänderung dieser Bestimmung hartnäckig, und der Paragraph blieb in Kraft. Als am 4. November 1851 die seit dem 10. August vertagte französische Nationalversammlung wieder eröffnet wurde, war die ganze Nation in Bewegung über das, was kommen sollte. Alle Parteien hatten ihre Pläne; die Legitimisten wollten den Grafen Chambord, die Orleanisten den Prinzen Joinville, die Fusionisten Changarnier, die Sozialisten Carnot an die Präsidentschaft bringen. Die große Mehrzahl der Franzosen wünschte den Fortbestand der Präsidentschaft Napoleons, um Anarchie und Bürgerkrieg zu vermeiden.*)

Ein Vorgehen der Großmächte gegen Frankreich befürchtete man in Frankreich nicht; denn erstens würde, so bemerkte der General Redeau dem Dr. Bamberg, einem Vertrauensmann der preußischen Gesandtschaft gegenüber**) in den letzten Tagen des Oktober 1851 — keine Veranlassung dazu gegeben werden, da man der Anarchie im Lande selbst die Stirn bieten würde; zweitens hätten die auswärtigen Mächte bisher den Feind noch fortwährend im Inneren, könnten deshalb ihre Länder nicht bloßstellen, und was russische Truppen auf fremdem Boden vermochten, hatte man in Ungarn gesehen, wo ohne das Verhalten von Görgey der Feldzug im Winter vielleicht sehr schlimm ausgefallen wäre. Uebrigens möchte man sich im Auslande über die Stimmung in Frankreich und namentlich über die der Armee nicht täuschen. Er (Redeau) sei ein Mann der strengsten Disciplin, aber wenn Frankreich bedroht

*) Ghillany, Europäische Chronik, II. Bd., S. 366.

**) Die von dem Gesandten Hatzfeldt vertraulich dem Minister Manteuffel eingereichte Bambergische Aufzeichnung hat später auch dem König Friedrich Wilhelm IV. vorgelegen. Redeau war Vicepräsident der National-Versammlung und der Permanenzkommission.

würde, ginge er an die Grenze und wenn „Lumpe" an der Spitze der Regierung ständen. Die meisten Generale dächten wie er.

„Der General ist der Ansicht", so fährt Dr. **Bamberg** in seiner Aufzeichnung fort, „daß die ganze Krisis in Frankreich ruhig ablaufen werde,*) und zwar dadurch, daß erstens die Kammern die Revision der Verfassung aufs Neue verweigern, und daß dann zweitens der Präsident nicht gewählt wird. »Ich kann mir,« sagte er, »nicht denken, daß mein Vaterland Gesetz und Ordnung so durchaus verleugnen, einem Manne zu Liebe, der am Ende doch wenig für sein Wohl gethan und der, wie man gestehen muß, viele Feinde hat.« Man bilde sich nur nicht ein, daß der Präsident auf die Armee zählen könne: die Armee sei für keine Partei, sie sei national."

Persigny**) habe, da alle afrikanischen Generale auf Seiten des Parlamentes stehen, den Plan erdacht, die jüngeren afrikanischen Generale kommen zu lassen und ihnen die Leitung der Armee zu übergeben. Diese Generale seien früher Offiziere in den Regimentern der älteren Generale gewesen; es sei daher nicht schlecht erdacht, Offiziere, die in der Regel eifersüchtig auf ihre Obersten wären, jetzt in die Lage zu bringen, diesen im feindlichen Lager gegenüberzustehen. Aber Alles das nütze nichts, eine Vergangenheit läßt sich nicht machen, und die Soldaten werden immer mehr zu dem halten, unter dessen Befehlen sie den Feind besiegt haben, als zu den Säbelschleppern des Elysée.

„»Wie sollte ein Staatsstreich ausgeführt werden können? Gehen wir die strategischen Fälle durch. Der Präsident kann keine bedeutende Truppenmacht zusammenziehen, ohne daß wir es wissen; dann müßte er doch offenbar mit einer Besetzung des Parlamentsgebäudes anfangen. Wie ist diese aber auszuführen? Die Wachen werden jeden Tag gewechselt, können also nicht bestochen werden. Gesetzt nun, irgend ein Truppenkorps erscheint vor dem Hause und verlangt eingelassen zu werden. Die Wache versagt; die Ankommenden müssen somit Gewalt brauchen. Können Sie sich nun denken, daß es in ganz Frankreich einen Soldaten giebt, der auf einen anderen, weil dieser seinen Posten behauptet, schießt? Dies setzte ein solches Zerstören aller bestehenden Zucht und Ordnung voraus, daß es ungereimt wäre, daran glauben zu wollen. Wenn so etwas geschehen könnte, dann wären wir noch in ganz anderer Weise in Gefahr.

*) Weniger optimistisch war der General v. **Gerlach**. Am 6. September 1851 schrieb derselbe am Schlusse eines an den Minister **Manteuffel** gerichteten Briefes: „Ich möchte noch zur Erwägung anheim geben: Keine Zusammenkunft mit zwei, sondern mit drei Kaisern. Festhalten an England, Oesterreich quand même. Die Wolken ziehen sich immer mehr zusammen."

**) Graf Persigny, später französischer Minister des Innern

Bei dieser Gelegenheit erzählte mir der General eine wirklich höchst charakteristische Anekdote. Als neulich der General Magnan bei dem Präsidenten war und dieser ihm das Kriegsministerium nur mit Beibehaltung des Befehles über die Truppen von Paris vorschlug, weigerte sich der General, weil diese beiden Funktionen gesetzlich nicht von ein und derselben Person bekleidet werden dürfen. Der Finanzminister Fould der bekanntlich zu den Intimen des Elysée gehört, sagte darauf beim Herausgehen: »Wenn solche Lumpe wie Magnan (dieser ist nämlich kein reicher Mann) solche Skrupel haben können, so giebt mir dies eine schlechte Meinung von der Armee.« Welch eine schreckliche Verwirrung in den Ideen; Herrn Fould bringt die Disziplin der Armee eine schlechte Meinung von ihr bei."

Paris, den 1. November 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt überreichte Manteuffel mittelst ganz vertraulichen Privatschreibens zwei aus zuverlässigster französischer Quelle stammende Aktenstücke über die Krisis in Frankreich. Der bis vor Kurzem in hoher amtlicher Stellung in Paris stehende Verfasser der beiden Aktenstücke hatte danach Alles aufgeboten, um den Präsidenten der Republik von Einschlagung der von ihm beliebten neuen Bahn womöglich noch abzuhalten. Der Verfasser war der Ansicht, daß der Präsident sich durch sein neuestes Verfahren persönlich den größten Schaden zugefügt habe. Im Elysée sei man im Anfang gegen ihn sehr aufgebracht gewesen, man beginne aber dort bereits zu fühlen, daß man einen falschen Weg eingeschlagen habe. Es sei dem Verfasser von dem General Changarnier angeboten worden, sich mit ihm zu besprechen. Er habe es jedoch abgelehnt, indem er erwidert, daß er sich zwar von dem Präsidenten habe trennen müssen, aber nicht geneigt sei, mit dessen systematischen Gegnern gemeinschaftliche Sache zu machen.

„Nach Herrn N. haben sich die Chancen des Präsidenten zwar bedeutend vermindert, Letzterer würde aber, wenn er sich ganz entschieden als Bekämpfer des revolutionären Prinzips hinstellen wollte, trotz seiner in dieser Beziehung neuerlich bezeigten Unentschiedenheit doch immer noch die meiste Aussicht haben, über den Frühling des Jahres 1852 hinaus an der Spitze der Regierung zu bleiben."

Hannover, den 2. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz theilt Manteuffel eigenhändig ganz vertraulich und privat mit, Herr v. Steinberg habe während seines Aufenthalts in Dresden ein Schreiben an den Minister v. Münchhausen gerichtet, worin derselbe sagt, es sei ihm von dem Minister v. Beust der Auftrag geworden, dem Minister v. Münchhausen eine Besprechung über den Anschluß an den Zollverein zu proponiren, welche er bei Gelegenheit seiner Durchreise durch Hannover zu haben wünsche.

„Die dem Herrn v. Steinberg darauf ertheilte Antwort lautet wörtlich:

»Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß die königl. Regierung nicht gemeint sein kann, ohne Vorwissen der königl. preußischen Regierung Verabredungen zu treffen, welche, den Bestimmungen des gedachten Traktats zuwiderlaufend, eine Abänderung bezwecken.«

Ew. Excellenz werden daraus entnehmen, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Minister v. Münchhausen den gegen uns eingegangenen Verpflichtungen zu genügen bemüht ist und das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigt. Oben gedachtes Antwortschreiben hat zur Folge gehabt, daß Herr v. Beust nicht hier gewesen, auch keine Besprechungen gehabt hat.

Uebrigens ist es außer allem Zweifel, daß Intriguen aller Art gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover im Gange sind, und daß man sich alle Mühe giebt, den ganzen Zollverein zu einer Angelegenheit des Bundes zu machen. Man betrachtet ihn nämlich nach den zu erfolgenden Kündigungen und der einseitigen Aufnahme des Steuervereins als faktisch aufgelöst und will bei der neuen Organisation dem Bundestag eine einflußreichere Rolle zuwenden; zu diesem Zwecke werden jetzt die Staaten des Zollvereins bearbeitet, und ist auch Oldenburg veranlaßt worden, mit seiner Erklärung noch zu warten, obgleich es sich früher sehr willfährig erklärt. Nachdem man sich hinlänglich überzeugt, daß keiner der Zollvereinsstaaten aus dem Bunde zurücktreten kann, und selbst, wenn die Regierungen es wollten, die Opposition des Landes selbst es unmöglich machen würde, hat man, wie mir scheint, den oben angedeuteten Schlachtplan entworfen, als letztes Mittel, um dem durch den Beitritt Hannovers so gesteigerten politischen Einfluß von Preußen entgegenzuwirken. Obgleich ich

völlig überzeugt bin, daß unsere Stellvertreter in Frankfurt am sichersten beurtheilen werden, ob überhaupt und auf welchen Wegen man gegen den Traktat vom 7. September intriguirt, so habe ich es doch für Pflicht erachtet, meine Wahrnehmungen mitzutheilen.

Im Allgemeinen ist es mir sehr lieb, wieder hier zu sein, indem es mir schon gelungen, so manche nachtheiligen Gerüchte zu widerlegen und Wahrheiten Bahn zu brechen.

Mit dem Befinden Sr. M. des Königs geht es eigentlich nicht besser, indem die Kräfte nicht zunehmen. Vorgestern war ich des Abends von 9 bis 11 Uhr bei ihm und freute mich, ihn geistig stark und theilnehmend zu finden; seit dieser Zeit ist aber kein Fortschritt wahrzunehmen, was zu großen Besorgnissen berechtigt, wenn auch nicht so schnell."

St. Petersburg, den 6. November 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Nur noch mit zwei Worten spreche ich Ew. Excellenz die feste Ueberzeugung aus, daß, solange die vier Mächte einig sind und gemeinsam, übereinstimmend handeln, von Frankreich nichts zu besorgen ist. Aber man darf sich auch nicht entfernt den Anschein geben, als hätte man Besorgniß oder gar Furcht. Sobald die Franzosen so etwas merken, haben sie Oberwasser. Aus dem Grunde ist mir die Sprache unserer Zeitungen so zuwider.

Die Franzosen sind sehr darüber in Sorge, wie die von denselben beabsichtigten Schritte von den Mächten aufgenommen werden. Man kann ihnen daher ganz dreist entgegentreten, ohne sie zu verletzen. Das hilft mehr, als sie mit Sammethandschuhen anzufassen. Es freut mich ungemein, aus Ew. Excellenz letzter vertraulicher Zuschrift zu entnehmen, daß Sie auf Alles vorbereitet und gerüstet sind. Darin liegt die sicherste Garantie für Erhaltung des Friedens. Ew. Excellenz haben wohl die Gewogenheit, meinen heutigen konfidentiellen Bericht dem Herrn Gesandten Baron v. Budberg zu zeigen."

Hannover, den 8. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz macht Manteuffel privat und eigenhändig einige vertrauliche Mittheilungen angesichts des hoffnungslosen

Zustandes des Königs von Hannover und der nach seinem Ableben muthmaßlich eintretenden Eventualitäten.

„Herr v. Schele, der hannoversche Bundestagsgesandte in Frankfurt, ist von dem Kronprinzen bestimmt worden, an die Spitze eines künftigen Ministeriums zu treten und die Bildung desselben zu übernehmen; auch hat sich, wie man als gewiß versichert, während seiner hiesigen Anwesenheit Herr v. Schele dazu bereit erklärt und dieserhalb sehr vertrauliche Besprechungen mit dem Oberstaatsanwalt Herrn Bacmeister gehabt, welcher in dies neu zu bildende Ministerium als Justizminister einzutreten versprochen. Herr Bacmeister ist ein durch Verstand, gelehrtes Wissen und seltene Charakterfestigkeit ausgezeichneter Mann und würde daher eine Hauptperson in dem neuen Ministerium sein; ich stehe mit ihm in sehr freundschaftlichem Verhältniß und kann mich des Besitzes seines vollen Vertrauens rühmen; hierauf bauend, habe ich ganz offen mit ihm gesprochen und gefragt, welche Verabredungen er vorläufig mit Herrn v. Schele in Betreff der ersten Schritte bei Uebernahme der Verwaltung getroffen, worauf er mir mit aller Offenheit den nachfolgenden Plan mitgetheilt.

Er sagte: Der Gang, den eine konservative Regierung unseres Landes einzuschlagen und festzuhalten haben würde, ist im Ganzen sehr einfach, und er verspricht, wenn man furchtlos gegen König und Vaterland seine Pflicht thun will, sicheren Erfolg.

Zuerst muß man nicht mit Oktroyirungen beginnen, wenn man das gewünschte Ziel auf dem gewöhnlichen Wege erreichen kann, was jederzeit vorzuziehen; erweist sich der Versuch erfolglos, so bleibt jenes andere Mittel immer noch übrig.

Vor allen Dingen würden die Stände bald einzuberufen sein. Es macht einen guten Eindruck und kräftigt den Glauben an die Stärke der Regierung, wenn man sieht, daß man die Stände nicht fürchtet.

Diesen Ständen würde aber nur zweierlei vorzulegen sein:

1. Der Vertrag vom 7. September,

2. die Organisationsfrage.

Anlangend den Vertrag vom 7. September 1851, so ist dessen baldige Erledigung um deswillen durchaus nothwendig, damit Preußen sich von dem Ernste überzeugt, mit welchem Hannover die einmal eingegangenen Engagements erfüllen will.

Soll die konservative Richtung in diesem Lande siegen, so bedarf es dazu des moralischen Beistandes Preußens, diesen kann man aber nur erringen, wenn man seine Verpflichtungen gegen Preußen treu erfüllt.

Daß die Stände den Vertrag annehmen, leidet keinen Zweifel; es herrscht zwar kein Enthusiasmus für denselben, allein die bei Weitem größere Mehrzahl der Einwohner ist ihm aus Interesse gewogen. Ostfriesland, Osnabrück, Grubenhagen und der Harz sind entschieden für ihn; Göttingen, Hildesheim und Lüneburg größtentheils, weil sie bedeutende Grenzstrecken an Preußen haben; zweifelhaft ist Calenberg, abgeneigt Bremen und Norden. Diese Abneigung bleibt aber ohne Bedeutung, weil sie durch andere Faktoren aufgewogen wird, nämlich durch die deutschem Gefühl entsprechende Idee von der Vorzüglichkeit der größeren Zolleinigungen, durch das Gewicht des Präcipuums und durch den Einfluß der eigenen Regierung."

Durch den hannöverschen Gesandten in München v. Knesebeck erfuhr der Gesandte Graf Nostitz fernerhin, der König von Bayern habe sich in einer Unterredung sehr mißfällig über den Zollanschluß und sehr warnend über die freundliche Annäherung Hannovers an Preußen geäußert, sich auch sehr angelegentlich danach erkundigt, ob Graf Nostitz noch hier und sein Einfluß noch immer derselbe sei.

„In einer anderen Besprechung zwischen Herrn v. Knesebeck und dem Minister v. der Pfordten heißt es, daß er für den Traktat, welchen Preußen mit Hannover abgeschlossen, nicht stimmen könne, daß bedeutende Aenderungen darin stattfinden müßten, da er vorzüglich den Punkt der nicht zu zahlenden Rücksteuer tadele. Endlich habe er erklärt, daß, wenn Preußen dem Zollverein nun kündigen und bei der Zusammenberufung der Betheiligten Hannover mit einführen und daran theilnehmen ließe, Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden, höchstwahrscheinlich auch Oesterreich als Theilnehmer vorstellen würden.

Ich kann sagen, daß ich selten etwas Abgeschmackteres gehört habe als eine solche Drohung, und daß es uns eine große Beruhigung gewähren kann, zu sehen, daß die Gegner in solche Geistesverwirrung gerathen, um zu solchen Mitteln zu greifen. —

In der Organisationsfrage würden folgende Gedanken leitend sein:

Festhaltung der verfassungsmäßigen Grundprinzipien, dagegen Ausscheidung aller demokratischen Einrichtungen und Bestimmungen, welche nicht durch das Verfassungsgesetz garantirt sind; dadurch gelangt man schon zu einem konservativen Organismus. Motivirt wird dies durch die veränderte Lage wegen der Bundesbeschlüsse in Sachen der Provinzial-Landschaften, wodurch ein wesentlicher Ring aus der großen Kette der Organisation wegfällt, von welcher man überhaupt durchblicken lassen muß, daß sie nie ins Leben treten wird. Nach einigem Sträuben und vielen Phrasen werden die Stände nachgeben; ist dies geschehen, so werden die Kammern entlassen und im Juni wieder versammelt. Diesen würde dann Folgendes anzusinnen sein:

1. Aenderung der ersten Kammer, 2. Einführung von mindestens zweijährigen Budgetperioden, 3. Aenderung des § 102 in der Verfassung, 4. Aufhebung der Ueberordnung der richterlichen Gewalt über die Administration.

In den Bestrebungen, diese dringend erforderlichen Abänderungen eintreten zu lassen, würde man sich hoffentlich der Hülfe des Bundestags zu erfreuen haben, und mit diesem, wenn auch nur moralischen Gewicht scheint die Aufgabe gelöst werden zu können. Vor Allem aber gehört dazu eine feste Stütze an den beiden deutschen Großmächten, sie würden mit ihrem Einfluß die hiesige Regierung zu stützen haben.

Dies ist das ungefähre Programm des in Aussicht stehenden künftigen Ministeriums, wie ich es aus der mündlichen Besprechung mit dem zukünftigen Justizminister im Gedächtniß festzuhalten gesucht. Ew. Excellenz werden gewiß damit einverstanden sein, daß einer Verwaltung mit solchen Vorsätzen und kräftigem Willen zur Ausführung man gern die unterstützende Hand bietet."

Hannover, den 10. November 1851. Der dem preußischen auswärtigen Ministerium angehörige Geh. Legationsrath Philipsborn an Manteuffel vertraulich privat:

„Die Aeußerungen des Herrn v. Münchhausen lassen mir keinen Zweifel darüber, daß er durch den hannoverschen Gesandten bei den Zollvereinsstaaten vortrefflich über die Stimmung der letzteren

in der Zollvereinsfrage unterrichtet ist. Es ist sehr denkbar, daß die Minister, insbesondere in Dresden und München, sich rückhaltloser gegen die hannoverschen Gesandten aussprechen, als gegen die preußischen. Nach den hier eingegangenen Nachrichten soll man in München, Dresden und Stuttgart gemeinsam beschlossen haben, sogleich nach Empfang unserer Kündigungsnote, auf welche man vollkommen gefaßt ist, dahin anzutragen, daß, gleich wie wir einen hannoverschen Kommissarius in die Zollvereins-Konferenzen einführen, dortseits ein österreichischer Kommissarius eingeführt werden möge. Dies ist natürlich sogleich der äußerste Versuch, der gewiß nur mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden kann. Außerdem werden noch Intriguen aller Art vorbereitet. Herr v. Münchhausen spricht darüber ganz offen und loyal und wiederholt, daß wir uns auf Hannover verlassen könnten; er theilt das auch Alles an den Herrn Grafen v. Nostitz mit. Diese Mittheilungen werden aber von uns unausgesetzt und ebenso offen zu erwidern sein, und ich würde daher Ew. Excellenz im Interesse der Sache bitten, anzuordnen, daß die auf den Vertrag vom 7. September und auf die Zollvereinsfrage von nun an eingehenden Berichte der königl. Gesandten möglichst bald in Abschrift oder im Auszuge zur Kenntniß des Herrn Grafen v. Nostitz gebracht werden, der solches mit großem Dank erkennen würde. Was den Beitritt von Oldenburg betrifft, so ist vor einigen Tagen ein Schreiben aus Oldenburg hier eingegangen, worin es heißt: man sei oldenburgischerseits bereit, beizutreten; man bitte, daß Hannover dies nach Berlin erklären möge; man wünsche indeß die nähere Verständigung wegen einiger Modifikationen mit Preußen und Hannover gemeinsam kommissarisch zu besprechen.

Herr v. Münchhausen erwiderte darauf, daß von Modifikationen nicht die Rede sein könne, daß also der einfache Beitritt zunächst zwischen Hannover und Oldenburg festzustellen sei, und daß erst dann Beschluß gefaßt werden könne über etwa nothwendige kommissarische weitere Berathungen mit Preußen und Hannover

Herr v. Münchhausen will dies sogleich nach Berlin mittheilen und bitten, daß wir nach Lage der Sache nach Oldenburg schreiben und die schleunige Regulirung mit Hannover empfehlen, um die Sache nur erst festgemacht und jedenfalls bis zum Zusammentritt unserer Kammern geordnet zu sehen.

Dies ist wohl der richtigste und einfachste Weg. Herr Klenze*) soll die Verhandlungen mit Oldenburg führen, und ich habe keinen Grund zu der Besorgniß, daß es anderweiten Einflüssen gelingen sollte, dazwischenzutreten.

Auf jeden Fall dürfte es unsererseits zu vermeiden sein, irgendwen nach Oldenburg zu senden; ein eindringliches Schreiben auf Anlaß des Wunsches von Hannover (der, wie bemerkt, nächstens nach Berlin geäußert werden soll) wird genügen.

In Bezug auf etwaige Entsendung des Herrn Dach nach München würde ich nur noch bitten, daß bei der Beschlußnahme darüber Herr Delbrück gehört werden möge, wegen der Bemerkungen, die Klenze darüber gegen ihn in Frankfurt hat fallen lassen. Klenze wünscht gern selbst nach München zu gehen; das hat aber seine Bedenken; es würde aussehen, wie Separatverhandlungen zwischen Hannover und Bayern. Herr v. Münchhausen selbst wird dies kaum sonderlich wünschen können, nachdem er soeben Herrn v. Beust abgewiesen hat. Auf jeden Fall scheint es aber nothwendig, daß, wenn von Berlin Jemand nach München gehen soll, dies in Hannover mitgetheilt werde, damit es nicht aussieht, als handelten wir hinter dem Rücken von Hannover. Herr Graf v. Nostitz legt hierauf den größten Werth und will es dann übernehmen, die Sache hier in das rechte Licht zu setzen."

Hannover, den 10. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Der König geht einer langsamen, aber unzweifelhaft baldigen Auflösung entgegen.

Das Wahrscheinliche über die von dem Kronprinzen zu ergreifenden ersten Regierungsmaßregeln sowie über den Gang, welchen das von ihm beabsichtigte Ministerium einzuschlagen gedenkt, habe ich mir ebenfalls soweit als nöthig anzudeuten erlaubt. Eine Instruktion, welche mir für den Fall des Todes Sr. M. des Königs als Richtschnur dienen könnte, will ich mir nicht erbitten, weil ich weiß, daß es unmöglich ist, eine Vorschrift für alle die

*) Der hannoversche Steuerdirektor Klenze hatte mit Delbrück in Magdeburg die einzelnen Artikel des Septembervertrages ausgearbeitet.

Eventualitäten zu geben, welche bei dem Regierungsantritt des Kronprinzen eintreten können. Ich kenne die Grundsätze, welche die Politik Sr. M. des Königs unseres gnädigsten Herrn leiten, ebenso kenne ich den Eifer und die Thätigkeit, mit welchen Ew. Excellenz für die Geltendmachung derselben wirken und handeln; sie sind vollständig auch die meinigen, und so werde ich in jedem vorkommenden Falle sie nach bester Ueberzeugung festzuhalten wissen. Irre ich in den Mitteln, so werden Ew. Excellenz kein zu strenger Richter sein!

Sobald der König von Hannover die irdische Laufbahn vollendet hat, wünsche ich, daß unser König den Prinzen Friedrich, als Stiefbruder des Kronprinzen, dazu ausersehen möge, das Allerhöchste Kondolenzschreiben hierher zu bringen. Die Anwesenheit dieses Prinzen hier und die Stellung, welche ihm gelingen wird, in einer für den Kronprinzen so entscheidenden Epoche als theilnehmender Verwandter, als Freund und Rathgeber einzunehmen, werden entscheiden, ob die Idee, welche ich mich unterstanden habe Sr. M. unserm König vorzutragen, ausführbar ist oder nicht. Ew. Excellenz kennen dieselbe, ich will also mit keiner Wiederholung ermüden. Hätte die Vorsehung dem Leben des Königs hier noch ein längeres Ziel gesteckt, so würde Alles viel leichter gewesen sein, allein das Schwierigere kann und wird mich nicht abschrecken; erst aber muß ich klar sehen, wie die Verhältnisse sich gestalten und welche Stellung der Kronprinz in den ersten Tagen seines Regierungsantritts einnimmt.

Die Artikel, welche Ew. Excellenz in der »Hannoverschen Zeitung« gegen den Zollverein gelesen, stammen aus der Feder des ehemaligen hiesigen Ministers Braun und sind von Stüve diktirt. Man hat sie in diese Zeitung aufgenommen, um sie durch passende Widerlegung, welche bald kommen wird, unschädlich zu machen. Klenze arbeitet daran.

Es würde mir sehr angenehm sein, wenn Ew. Excellenz die Gewogenheit haben wollten, mir die Berichte unserer Gesandten an deutschen Höfen mitzutheilen, welche über die Stimmung für oder gegen den Zollvereinsanschluß von Hannover handeln.

Der Geheime Rath Philipsborn hat sein Geschäft zur größten Zufriedenheit des hiesigen Ministeriums beendigt und ist heut abgereist. Man erkennt dies Alles sehr dankbar an."

St. Petersburg, den 10. November 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz kann ich abermals nichts Bedeutendes mittheilen, wiewohl ich vier Tage in Zarskoje-Selo war und viele vertrauliche Gespräche mit dem Kaiser gehabt habe, wobei ich die Behauptung Sr. M. bestritt, daß wir mit einem Defizit von vier Millionen vor die Stände treten würden. Der Kaiser lobt Oesterreich wegen des Muths, ohne finanzielle Hülfsquellen so große Unternehmungen zu machen. Er wollte, daß Preußen dessen Beispiele folge und namentlich eine Citadelle in B. baue*) und Gott weiß was für Ausgaben machte. Ich versicherte dem Kaiser, daß meine Regierung sich niemals von dem Grundpfeiler der preußischen Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Ordnung entfernen werde; die bis dahin beobachtete Sparsamkeit hätte uns gehoben, unsere Stellung unter den europäischen Mächten gesichert und uns Vertrauen und Achtung verschafft. Unverhältnißmäßige Ausgaben in Vorschlag zu bringen, ohne auf die nöthigen Geldmittel rechnen zu können, werde kein preußisches Ministerium thun; wenn Oesterreich die Rechnung ohne den Wirth mache, so könne ich das nicht billigen. Schon jetzt zeige es sich ganz deutlich, daß man in Oesterreich innere Organisationen und Finanzen von dem Zustande des Auslandes abhängig machen müsse.

Neulich schrieb ich dem ehrenwerthen General Gerlach bei Gelegenheit der als viel zu wichtig ausgebeuteten Broschüre v. Bethmann-Hollweg, wie ich den Beruf Preußens in Deutschland ansehe. Ich glaube gewiß ein guter und vollgesinnter Preuße zu sein, aber ich habe nicht den heillosen Dünkel, nach dem jeder Lieutenant sein eignes System über die äußere und innere Politik des Vaterlandes aufstellen will. Das ist unsere Hauptkrankheit. Ich möchte doch nur wissen, wo sich unsere Politik auf eine unwürdige Weise gezeigt hat? Weder in Olmütz, noch in Dresden oder Frankfurt!

Ueber die französischen Zustände ist der Kaiser ganz merkwürdigerweise gar nicht in Aufregung, wie es sonst wohl bei ähnlichen gewesen ist. Graf Orloff**) und Graf Nesselrode sind selbst

*) Ein ähnliches Verlangen äußerte der Kaiser bereits im Mai 1851 in Skierniewice dem General v. Gerlach gegenüber. Vgl. Gerlach, a. a. O., Bd I, S. 632.

**) Graf Alexei v. Orloff, russischer General und Staatsmann.

darüber verwundert. Sie beklagen, daß der Kaiser nicht schon jetzt die Dinge in Frankreich tiefer beurtheilt und ihnen nicht die Aufmerksamkeit schenkt, welche sie unbedingt in allen Regierungen in Anspruch nehmen. Graf Nesselrode sagte mir noch erst heut, daß er sehr besorgt sei und alles Unheil in Frankreich erwarte. Er liest mit Interesse die Korrespondenzartikel aus Paris in der »Preußischen Zeitung«, glaubt aber, daß die Erklärungen in den beiden gewissen Leitartikeln über Frankreich etwas zu apodiktisch wären. Von Meyendorff sind heute interessante Depeschen eingelaufen. Er beschäftigt sich ernst mit Frankreich.

Die Mittheilung über die kurhessische Angelegenheit hat der Reichskanzler mit Aufmerksamkeit gelesen und findet die Vorschläge höchst rationell.

In Summa, der Graf Nesselrode billigt Alles, was in neuester Zeit unter Ew. Excellenz weiser Leitung vom Berliner Kabinet aus geschehen, und setzt ein ganz unbedingtes Vertrauen in Hochdero Charakter und politische Einsicht. Ebenso der Kaiser, den kleine Vorfälle leicht verdrießen können, der aber nach meinen ruhigen, gründlichen, leidenschaftslosen Aufschlüssen, an denen ich's gewiß nicht fehlen lasse und bei welchen ich oft eine gute Portion Geduld zu bewahren suchen muß, mit der Hauptrichtung der königl. Regierung zufrieden ist.

Graf Nesselrode ist empört über die nichtswürdigen Artikel im »Globe«, welche natürlich von seinem Patron*) selbst ausgehen. Jeder anständige Engländer muß über das Treiben seiner Landsleute mit Kossuth erröthen. Auch über diesen Punkt ist der Kaiser ungewöhnlich ruhig; er sieht wohl die Gefahren, welche in der Folge daraus erwachsen, schweigt aber für den Moment.

Mit Ew. Excellenz Auseinandersetzung über die Konvention vom 7. September cr. und über die falschen Ansichten Sachsens sprach sich Graf Nesselrode ganz einverstanden aus und sagte bei dieser Gelegenheit: »Sie wissen ja, daß alle Sachsen von Natur mißtrauisch sind; mein langer Schwiegersohn Seebach ist es ebenfalls. Man kann immer auf kleinliche Einwürfe Sachsens gefaßt sein, muß sich nur dadurch nicht von seinen Wegen ablenken lassen.«

*) Palmerston.

Es ist hierher geschrieben, daß unser Kabinet von Oesterreich aufgefordert worden, bei der großbritannischen Regierung wegen der Flüchtlinge Anträge*) zu machen. Graf Nesselrode ist der Meinung, daß man sich bei solchen Maßregeln immer fragen müsse, welch ein Resultat man von ihnen erwarten könne? In Bezug auf Lord Palmerstons Charakter könne er mit Bestimmtheit antworten, daß dergleichen Demarchen völlig fruchtlos bleiben würden, weshalb es dem Reichskanzler rathsam scheine, still zu schweigen und sich auf andere Weise zu helfen. Fürst Schwarzenberg wolle den Engländern das Reisen in Oesterreich erschweren und keinen einzigen nach Ungarn lassen; solche Anordnungen wären schwer durchzuführen und hätten auch für das eigene Land manche Nachtheile.

Graf Hompesch hat, nachdem er nun auch der Kaiserin vorgestellt und von ihr sehr gnädig aufgenommen ist, Alles erlangt, was hier für ihn durchzusetzen war. Mit der offiziösen Verwendung des Grafen Nesselrode ist er auch sehr zufrieden, allein jetzt tritt er mit einer Anleihegarantie hervor, die ihm der Kaiser gewähren soll. Ich habe ihm gerathen, sobald als möglich die Rückreise anzutreten, fürchte aber, daß er mir noch viel zu thun machen wird. Ich habe dies vorausgesehen und deshalb seine Anherkunft beklagt. Wie kann er nur glauben, daß der Kaiser ihm auf sein Mahagoniholz in Mittelamerika einen Vorschuß von beiläufig 200 000 Silberrubeln machen wird! Die Frau thut mir unendlich leid, denn ihr Gemahl hat sie um ihr ganzes Vermögen gebracht."

Hannover, den 12. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

Der Zustand des Königs sei von der Art, daß einige Tage früher oder später die Geschicke Hannovers den Händen des ganz erblindeten Kronprinzen anvertraut würden. Nach der Thronbesteigung desselben gedachten Nostitz und der österreichische Gesandte General v. Langenau dem Könige gegenüber die Erwartung auszusprechen, derselbe theile die Ueberzeugung ihrer beiderseitigen

*) Die Gefahren, welche die Anwesenheit der politischen Flüchtlinge in England für den Kontinent herbeiführen konnte, veranlaßten die dortigen Kabinette wiederholt zu diplomatischen Schritten gegenüber der englischen Regierung. Wegen der im Jahre 1853 erfolgten diplomatischen Aktion vgl. „Preußen im Bundestag", Bd. V, S. 212, 220, 221.

Monarchen, daß nur auf echt konservativer Bahn das Heil der Völker zu gründen und zu erhalten sei.*)

Hannover, den 14. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz theilt Manteuffel eigenhändig privat mit, er wolle nach dem Ableben des Königs den Anforderungen des Augenblicks gemäß handeln und nicht versäumen, der von Preußen befolgten Politik Geltung zu verschaffen.

„Schon ist es mir gelungen, durch dritte Personen so auf den Kronprinzen zu wirken, daß er bereits heute durch den Telegraphen den Herrn v. Schele aus Frankfurt hierher berufen hat. Dies ist, wie ich glaube, ein entscheidender Schritt, denn ist Herr v. Schele hier, so wird sich alles Andere leicht finden, und ich betrachte dies schon als eine große Bürgschaft für den Anfang einer neuen, völlig konservativen Richtung, welche durch die beiden deutschen Großmächte gestärkt und befestigt werden muß.

Sobald Herr v. Schele hier ist, werde ich mit ihm die nöthigen Besprechungen haben und ihm, als altem Freund und Gleichgesinntem, so nützlich sein, als meine Kräfte gestatten.

Aus meinem früheren Schreiben werden Ew. Excellenz ersehen haben, daß auch der Wechsel des Ministeriums hier für die Aufrechterhaltung unseres Zolltraktats keinen nachtheiligen Einfluß üben wird. Auch andere Art der Regierungspolitik bedarf der Geldmittel, diese gewährt ihm der Traktat besser und leichter als jede andere Maßregel und schon deshalb, wenn es auch nicht aus Pflichttreue geschieht, wird man den Traktat vom 7. September festhalten.

Ich erlaube mir ein Blatt der gestrigen hiesigen Zeitung beizulegen, welches der Anfang für die Widerlegung der früheren so boshaften Artikel ist; etwas schwerfällig geschrieben, athmet das Ganze der beiliegenden Widerlegung doch einen guten Geist und wird von Nutzen sein.

Herr Stüve**) hat heut mit seinen früheren Kollegen eine Zusammenkunft in einer benachbarten Stadt gehabt, Herr Benningsen war dabei; man hat sich besprochen

*) Der Minister Manteuffel erklärte sich mit diesem Vorhaben einverstanden.

**) Johann Karl Bertram Stüve, hannoverscher Politiker.

1. Was man thun will, wenn der Kronprinz sie wieder als neues Ministerium beruft. 2. Was sie für den Fall für eine Politik befolgen wollen, wenn der Kronprinz das jetzige Ministerium behält oder ein anderes ernennt. Die gefaßten Beschlüsse kenne ich noch nicht, werde aber darüber unterrichtet werden und Ew. Excellenz Mittheilung machen. Die Herren wollen sich wichtig machen und sind es nicht."

St. Petersburg, den 14. November 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Daß der Fürst Schwarzenberg nicht einsehen will, daß ein Belagerungszustand von Frankfurt mit einem Umkreis von vier bis sechs Meilen durchaus nöthig ist, scheint sehr auffallend. Oesterreich sucht zu vermeiden, den kleinen deutschen Regierungen wehe zu thun; es faßt deren traurige Verhältnisse mit Glacéhandschuhen an, weil sie zum Zollverein gehören, und Oesterreich hofft, sie in diesem Zollbündniß zu erlocken.

Mit dem Prinzen von Augustenburg kommt auch nichts zu Stande, das ist zunächst Dänemarks Schuld. Sollte der Herzog sich aber nicht erkühnen, auf den Prinzen von Preußen zu zählen? Ich kann es kaum glauben, halte es indessen nicht für unmöglich.

Zum bevorstehenden Landtage erlaube ich mir, Ew. Excellenz Geduld zu wünschen und eine kräftige entscheidende Unterstützung des Königs. Fehlt Ihnen diese nicht, so erwarte ich mir von Ew. Excellenz Energie und Frische alles Gute.*)

Meine gegenwärtige Expedition ist voluminös, langweilig und kein großes Interesse gewährend. Vieles aus meinen Berichten dürfte Ew. Excellenz schon auf anderem Wege zugegangen sein; ich erlaube mir aber, dennoch davon zu reden, damit Ew. Excellenz übersehen können, von was und wie weit ich unterrichtet bin.

Mit dem Fürsten Schwarzenberg ist man hier im Allgemeinen nicht zufrieden, findet ihn übergreifend, anmaßend, zu scharf und rücksichtslos nach außen, nachgebend nach innen. Die Konflikte zwischen ihm und hier werden und können mit der Zeit nicht ausbleiben.

* Der folgende Text bildet ein am 14. November geschriebenes Postskriptum zu Rochows oben mitgetheiltem Brief vom 10. November 1851.

Oesterreich hat hier immer nur noch einen sehr untergeordneten, beschränkten Geschäftsträger. Das ganze Geschäft zwischen Wien und hier macht Meyendorff. Das ist allerdings für Fürst Schwarzenberg sehr bequem, da dieses ausgezeichneten Mannes Worte hier vollgültig sind."

Hannover, den 15. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Nach meiner Ueberzeugung kann, wenn es richtig und mit der nöthigen Ruhe angefangen wird, die Verwandlung und Umgestaltung der bisherigen demokratischen Verfassung in eine konservative, dem Throne und dem Lande heilbringende herbeigeführt werden, ohne gewaltsame Maßregeln von innen und außen zu bedürfen. Sollten aber dennoch wider mein Erwarten Umstände eintreten, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung das Heranziehen unserer und der österreichischen Truppen nöthig machten, so werde ich mich der mir gegebenen Vollmacht mit all der Vorsicht bedienen, welche unsere politische Stellung in Deutschland und Oesterreich gegenüber nothwendig erheischt.

Es ist mir völlig gelungen, dem hiesigen österreichischen Gesandten General v. Langenau die Ueberzeugung zu geben, daß unsere beiden Regierungen bei Allem, was sich hier ereignen kann, nur einen Zweck und ein Ziel verfolgen, so daß nun von einem eifersüchtigen Mißtrauen nicht mehr die Rede ist. Der General hat in diesem Sinne auf meine Veranlassung auch an den General v. Prokesch ein Schreiben beigelegt, was, wie ich hoffe, dazu dienen wird, diesen sonst so argwöhnischen Diplomaten zu beruhigen, und Ew. Excellenz dieserhalb einige Erleichterung zu verschaffen.

Eine Verlegung der Residenz des Kronprinzen nach Herrenhausen ist in diesem Augenblicke nicht rathsam, weil es einen allgemein üblen Eindruck in der Stadt, vielleicht im ganzen Lande machen und als Beweis der Furcht und des Mißtrauens in die zu Gebote stehenden Mittel angesehen werden würde. Ich habe daher den Vorschlag gethan, die hier nur schwachen Bataillone vollzählig zu machen und als Veranlassung dieser Maßregel ganz öffentlich die Nothwendigkeit auszusprechen, einem stets so militärisch gesinnten König auch eine würdige militärische Begräbnißfeier zu bereiten. Die Einberufung der nöthigen Mannschaft kann

natürlich erst nach dem Ableben Sr. M. erfolgen, dies ist aber früh genug, denn in zwei Tagen wird die Kompletirung der Bataillone erfolgt sein, und da in dieser Zwischenzeit nichts zu besorgen ist, so werden dann die Mittel vorhanden sein, einer eintretenden Unordnung ohne fremde Hülfe zu steuern."

Hannover, den 16. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat, der Zustand des Königs lasse jeden Augenblick das Aeußerste befürchten.

„Herr v. Schele ist von Frankfurt hier eingetroffen und schon hat er, von mir dazu aufgefordert, mit General Langenau und mir gemeinschaftlich eine Konferenz gehabt. Wir haben ihn von den politischen Ansichten unserer Gouvernements und dem Beistande vollständig in Kenntniß gesetzt, dessen sich Se. K. H. zu erfreuen hat, wenn er bei dem Antritte seiner Regierung den Entschluß faßt, die bisherige so liberale Richtung des hiesigen Gouvernements in eine wirklich konservative umzuwandeln. Herr v. Schele sprach sich mit großem Rückhalt über die zu fassenden Beschlüsse des Kronprinzen aus, für uns aber dennoch hinlänglich verständlich, um uns die Ueberzeugung zu gewähren, daß der Entschluß des Kronprinzen bereits gestärkt ist, und er die Bildung eines neuen Ministeriums übernehmen würde. Als wir hierauf das bei dem Antritte der Regierung zu unterzeichnende Patent zur Sprache brachten und auf das Gefährliche dieser Maßregel aufmerksam machten, entgegnete uns Herr v. Schele, daß dies eine unerläßliche Handlung des Kronprinzen sein würde, theils weil derselbe bereits früher die Verfassung nach den Wünschen des Königs schon einmal beschworen, theils weil dieser Akt den künftigen Maßregeln keine Störung bereiten könne, indem, wie ich auch Ew. Excellenz früher berichtet, der § 2 der Verfassung ein volles Recht gebe, alles dem deutschen Bundesgesetze Widerstrebende aus der Verfassung zu verbannen. Herr v. Schele sprach den Wunsch aus, daß wir in dieser Hinsicht unsere bez. Regierungen völlig beruhigen möchten, indem er die feste Ueberzeugung habe, daß die Vollziehung des Patents kein Hinderniß für die Erreichung des beabsichtigten Ziels abgeben könne.

Herr v. Schele war übrigens sehr erstaunt über die von uns erhaltenen Mittheilungen und versicherte, sie würden die Beschlüsse

des Kronprinzen kräftigen und fester begründen; ebenso war er von der Zweckmäßigkeit meines Vorschlags durchdrungen, die hiesige Garnison unter dem Vorgeben ansehnlich zu verstärken, daß nur so ein wirklich würdiges militärisches Begräbniß Sr. M. des Königs stattfinden könne. Ich machte bei dieser Gelegenheit noch geltend, daß dies auch das sicherste Mittel sein werde, ein mögliches Eintreten von Störungen der Ordnung ohne fremde Hülfe zu unterdrücken. Dies wirkte vorzüglich."

Paris, den 16. November 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:*)

„Ich habe vor einigen Tagen den General Changarnier gesehen. Er hat mir nicht den Eindruck hinterlassen, als ob er des Erfolges in seinem Kampfe gegen den Prinzen Louis ebenso sicher sei, wie er es vor meiner Abreise nach Berlin stets zu sein schien. General Changarnier behauptet, daß Alles gerettet sei, wenn die Nationalversammlung den Antrag der Quästoren**) annimmt, welcher den Präsidenten ohnmächtig machen würde. Er ist noch immer der Meinung, daß, wenn die Nationalversammlung nichts in Bezug auf das Heer thut, die Partie für das Parlament verloren ist.

*) Das Originalschreiben Hatzfeldts ist in französischer Sprache abgefaßt.

**) Am 6. November hatten die Quästoren der Nationalversammlung den nachstehenden Antrag gestellt: „Art. 1. Der Präsident der Nationalversammlung ist beauftragt, über die innere und äußere Sicherheit der Nationalversammlung zu wachen. Er übt im Namen der Nationalversammlung das durch den Art. 32 der Verfassung der gesetzgebenden Gewalt anvertraute Recht aus, die Stärke der militärischen Streitkräfte für ihre Sicherheit zu bestimmen, darüber zu verfügen und den Befehlshaber derselben zu bezeichnen. — Zu diesem Behuf hat er das Recht, die bewaffnete Macht und alle Behörden, deren Mitwirkung er für nöthig erachtet, zu requiriren. Seine Requisitionen können direkt an alle Offiziere, Befehlshaber oder Beamten gerichtet werden, die unter den gesetzlichen Strafen zu augenblicklichem Gehorsam gehalten sind. Art. 2. Der Präsident kann sein Requisitionsrecht an die Quästoren oder an einen derselben übertragen. Art. 3. Gegenwärtiges Gesetz wird der Armee in einem Tagesbefehl bekannt gemacht und in allen Kasernen auf dem Gebiete der Republik angeschlagen werden." Dieser Antrag war gleichbedeutend mit der Uebertragung der Militärdiktatur an die Legislatur und mit der Entwindung der bewaffneten Macht aus den Händen Napoleons, also eine offene Kriegserklärung gegen denselben

Ich erfahre von anderer Seite aus sicherer Quelle, daß General Lamoricière, wie Changarnier ein Feind des Prinzen Louis, über die Haltung der Truppen hinsichtlich der Nationalversammlung sehr beunruhigt ist.

Ich weiß von einigen Personen, welche Beziehungen zur rothen Partei (Parti rouge) haben, daß letztere ihre Vorbereitungen trifft und sich für den Fall bereit hält, daß zwischen dem Präsidenten und der Versammlung ein materieller Konflikt ausbricht.

Die Herren de Falloux und Berryer, zwei Häupter der Legitimisten, welche bis dahin ziemlich geneigt waren, ihrer Partei eine versöhnliche Haltung gegenüber dem Präsidenten anzurathen, können gegenwärtig zu den erbittertsten Gegnern des Prinzen Louis gezählt werden. Vielleicht muß dieser Wechsel dem Umstande zugeschrieben werden, daß sich bei ihnen die Ueberzeugung gebildet hat, General Changarnier werde sich gänzlich der legitimistischen Partei ergeben. Vielleicht muß man den Wechsel auch der Haltung zuschreiben, welche der Prinz Louis seit dem 9. Oktober d. Js. beobachtet."

St. Petersburg, den 18. November 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Es geht morgen der englische Courier ab, und da ich mich morgen früh nach Zarskoje-Selo begeben muß, um dort einige Tage zu verbleiben, so sehe ich mich genöthigt, Ew. Excellenz schon heut die Versicherung zu ertheilen, daß ich Hochdemselben in der That auch gar nichts Neues zu melden habe.

Graf Nesselrode hatte in der Nacht vom 14. auf den 15. einen Podagraanfall und ist von ihm ziemlich stark erfaßt. Ich werde den Reichskanzler also vor Ende der Woche nicht sprechen.

Unterdessen bleiben die Flüchtlingsfrage sowie die Umtriebe gegen uns in der Zollvereinsangelegenheit liegen.

Hinsichts der ersteren habe ich Ew. Excellenz schon vorgetragen, was Graf Nesselrode mir nach Empfang der österreichischen Expedition vom 3. cr. gesagt; vielleicht finde ich Gelegenheit, den Kaiser darüber zu sprechen und auf Se. M. einzuwirken. Bezüglich der anderen Fragen war ich so frei, Ew. Excellenz Langmuth eine individuelle Ansicht vorzutragen. Da ich ziemlich genau weiß, in welcher Weise der Kanzler über diese Materie urtheilt, so darf ich

mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß er bereit sein wird, seine Stimme nach Wien und Dresden hören zu lassen, und ich werde Sorge tragen, daß er im tiefsten Baßton dabei spricht.

Aus Dänemark hat mir soeben Baron Plessen ein Schreiben des Herrn v. Bille*) nach Berlin vom 5. vorgelesen, wonach zu wünschen bleibt, daß Herr Dr. Bluhme**) seine redlichen Absichten durchsetzt.

Baron Brunnow hat aus Berlin noch nichts von sich hören lassen. Aus Wien schreibt Baron Meyendorff hauptsächlich von der Anwesenheit des Großfürsten Constantin und daß er und seine Gemahlin mit einem sehr zahlreichen Gefolge im Palais zu Venedig ganz freigehalten werden sollen.

Die von uns gewünschte Erleichterung in dem Handelsverkehr mit Rußland durchzusetzen wird sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein. Die Erleichterung des Verkehrs aus und nach Rußland von und nach andern Landen ist eine Sache der höchsten Wichtigkeit für die hiesigen Behörden, und sollten diese etwa einige Bereitwilligkeit zeigen, so ist der Kaiser ganz entschieden nicht dafür. Was sind ihm erweiterter Handel, Erhebung der Industrie in dem Vergleich zu der Besorgniß, daß ein schlechtes Subjekt sich in Rußland einschleicht. Dagegen helfen auch nicht mal die trefflichsten Vernunftsgründe. Die hiesigen Maximen sind unsern Wünschen, auch unsern Interessen entgegen aus Vorsicht und in Betracht der moralischen Interessen der russischen Unterthanen. Man kann leicht sagen, das sei absurd, aber es ist und bleibt doch so. Uebrigens höre ich, daß auch Oesterreich auf vermehrte Uebergangspunkte antragen will."

Hannover, den 19. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat. Mittheilung über das nunmehr erfolgte Ableben des Königs Ernst August (demselben folgt sein Sohn Georg V.):

„Se. M. der König wird sich ganz bestimmt dahin gegen Herrn v. Münchhausen aussprechen, daß er die Regierung in ganz konservativem Sinne geführt wissen wolle. Herr v. Münchhausen wird darauf höchstwahrscheinlich erwidern, daß dies stets seine Ab-

*) Graf v. Bille-Brahe, dänischer Kammerherr.
**) Bluhme, dänischer Minister des Aeußeren.

sicht und Bestreben gewesen und er auf verfassungsmäßigem Wege dahin arbeiten werde.

Wenn der König ob dieser Erklärung nur sein Wohlgefallen ausdrücken kann, so wird er als Beweis für das Gesagte verlangen, daß die bisher angedeuteten und zur Unterschrift vorliegenden Organisationsgesetze für die innere Verwaltung im Königreich, als eine Schöpfung des Jahres 1848, nicht zur Ausführung gebracht werden würden.

Dieser königl. Zumuthung wird sich ohne allen Zweifel Herr v. Münchhausen auf das Bestimmteste widersetzen und befürworten, daß er zwar sehr gern bereit sein wolle, nach und nach die demokratischen Elemente aus der Verfassungsurkunde zu entfernen, daß dies jedoch nur nach und nach auf gesetzlichem Wege geschehen könne, und um das Vertrauen des Landes sowie der Kammern zu erhalten, es dringend nöthig sei, die gegebene Zusicherung in Betreff der inneren Organisation auch zu erfüllen und mit Einführung derselben den neuen Regierungsantritt zu beginnen.

Da nun, wie ich zu erwarten berechtigt bin, der König solchen leeren Zusicherungen keinen Glauben schenken kann, sondern Thaten statt der Worte verlangen wird, so bleibt dem Minister v. Münchhausen nichts übrig, als seine Stellung niederzulegen. Der König wird, so hoffe ich, diesem Entschlusse seine Sanktion ertheilen und den Moment eintreten lassen, wo er Herrn v. Schele mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Ew. Excellenz habe ich mir hier erlaubt, die Stufenfolge anzudeuten, auf welcher man von dem jetzigen Ministerium zu einem neuen gelangen wird. Ob mein Urtheil richtig ist, wird die nächste Zukunft lehren, mir scheint aber, daß sich in dieser Art die ministerielle Krisis hier lösen wird.

Herrn v. Schele habe ich in den vorigen Tagen mehrmals gesprochen; er ist entschlossen, die Bildung eines neuen Ministeriums zu übernehmen, hat auch, wie ich zu glauben berechtigt bin, seine Kollegen bereits gewählt und ist ihres Beitritts gewiß; in dieser Hinsicht habe ich, wenn der König seinem Entschlusse treu bleibt, was ich zu erwarten mir schmeichele, keinen Zweifel, daß binnen wenig Tagen der Ministerwechsel eintreten wird.

Man kann leicht zu der Besorgniß kommen, daß ein neues Ministerium dem Zollvertrage nicht so günstig als das bisherige

sein werde; um auch hierüber zu einer Gewißheit zu kommen, habe ich ebenso offen als bestimmt mit Herrn v. Schele gesprochen, um seine Meinung über die Schritte zu hören, welche er zu thun beabsichtige, wenn er die Verwaltung des Königreichs übernimmt. Darauf hat mir derselbe ganz im Einklange meines früheren Berichts versichert, wie er die Festhaltung des Traktats bestimmt vor Augen haben und dies die erste den bald zusammengerufenen Kammern zu machende Vorlage sein werde. Herr v. Schele geht von der Ansicht aus, daß er diesem Traktat nie seine Zustimmung gegeben hätte, daß er aber jetzt, nachdem derselbe abgeschlossen, Alles thun würde, nicht nur ihn festzuhalten, sondern auch trotz allem Widerspruche die nöthige Geltung zu verschaffen. Er hat mir versichert, in diesem Sinne auch in Frankfurt gesprochen und gegen jede Opposition nach Kräften gekämpft zu haben. Als Grund dieses Verfahrens fügte er die erlangte Ueberzeugung hinzu, daß jede Opposition gegen das Fortbestehen des Zollvereins mit dem Zutritte von Hannover aufs Neue Deutschland in Parteien zerreißen und der angestrebten Einigkeit gerade entgegenwirken werde.

Da ich nun Herrn v. Schele als einen Ehrenmann kenne, so zweifle ich nicht daran, daß er das halten wird, was er mir versprochen, um so mehr, da davon das gute Einverständniß zwischen Preußen und Hannover abhängt; ich bin daher auch über die faktische Ausführung unseres Traktats ohne Sorgen.

Der Prinz Friedrich von Preußen ist um 1¾ Uhr mittags hier eingetroffen; ich habe mit ihm und dem Prinzen Alexander Solms eine Besprechung gehabt, welche sich jedoch nur auf ein festzustellendes Urtheil über den jungen König, seinen Charakter und die von ihm festzuhaltenden politischen Ansichten erstreckte. Beide Herren bestätigten die früher von mir gehabte Auffassung, daß der König vollkommen konservativ sei, eine hohe Meinung von seiner Befähigung zur Lösung der schwierigen ihm gewordenen Aufgabe und den festen Vorsatz habe, eine gewisse Selbständigkeit durch Vermeidung allen fremden Einflusses festzuhalten.

Ob dies Alles Wahrheit oder eine Selbsttäuschung ist, wird die nächste Zukunft beweisen.

Den Befehl über die Armee hat sich der König selbst vorbehalten. Die Garnison von Hannover ist bereits unter dem Vorgeben einer größeren Begräbnißfeier ansehnlich verstärkt worden, und da dieselbe einem sehr tüchtigen Manne, dem General Brandis, anvertraut

ist, so zweifle ich nicht, sie wird auch ohne fremde Hülfe stark genug sein, die Ordnung zu erhalten."

Hannover, den 21. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Die Angelegenheit hier geht, was die Ministerkrisis anbetrifft, einer baldigen Entscheidung entgegen; Herr v. Schele hat, um die Beschlüsse Sr. M. des Königs zu beschleunigen, gestern abend eine erbetene Audienz bei Allerhöchstdemselben gehabt und die dringende Nothwendigkeit vorgestellt, früher als irgend ein Regierungsakt vollzogen würde, sich über den Wechsel oder die Beibehaltung des Ministeriums zu entscheiden. Wie ich aus zuverlässiger Quelle gehört, hat Se. M. der König dem Herrn v. Schele gesagt, er wolle, um allen Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, für den folgenden Tag eine Besprechung in Höchsteigener Gegenwart zwischen ihm und Herrn v. Münchhausen veranlassen, wozu er Herrn v. Schele gestatte, ein paar seiner Freunde sowie dem Minister v. Münchhausen einige seiner Kollegen mitzubringen. Nach dieser Besprechung erwarte man als Resultat derselben die königl. Entscheidung.

Die Besprechung hat, wie man mir gesagt, heute stattgefunden, und ich hoffe noch mit der heutigen Post etwas über deren Resultat mittheilen zu können.

Ich erlaube mir, noch eine Bemerkung beizufügen; der König von Hannover ist ganz blind, er ist nach meiner Ueberzeugung in diesem traurigen Zustande noch übler daran als Blindgeborene, weil man ihn seit dem 10. Jahre, wo diese gänzliche Abnahme der Sehkraft eingetreten, nicht wie einen Blinden, sondern wie einen Sehenden behandelt, also nicht so erzogen und nicht mit allen den Hülfsmitteln unterstützt hat, mit welchen den Blindgeborenen ihr Verkehr mit anderen Menschen und die Möglichkeit, Geschäfte zu führen, so sehr erleichtert wird. Diese dem Könige bereitete schwierige Stellung stammt aus der früheren Erziehung, der ununterbrochenen ärztlichen Behandlung, der stets genährten Hoffnung der Wiedererlangung des Augenlichts und des Bestrebens von Vater und Mutter her, bis zur Erfüllung dieses so ersehnten Zeitpunktes den wirklichen Zustand des Sohnes möglichst zu verbergen. Dieses Vorhergegangene erschwert dem König die Lösung der ihm gewordenen Aufgabe und wird sie ihm für die Zukunft unmöglich

machen, wenn ihm nicht das Glück bereitet ist, einen Mann zu finden, welcher mit seinem vollen Vertrauen auch das des Landes verbindet und behält.

In diesem Augenblick ist Herr v. Schele bei mir gewesen und hat mir gesagt, er habe nicht mit den jetzigen Ministern vereint, wohl aber mit dem Könige eine einzelne vertraute Besprechung gehabt und sei völlig zufrieden mit den Entschließungen des Herrn. Als ich ihn fragte, ob er zur Erlangung des Sieges noch der Mitwirkung der Hülfe von den beiden Gesandten Oesterreichs und Preußens bedürfe, antwortete er mir: der König habe ihm aufgetragen, wir möchten uns nur noch etwas gedulden, es würde unsern Wünschen vollkommen entsprochen werden.

Nach dieser Erklärung sehe ich der Entlassung des jetzigen Ministeriums und der Ernennung eines Ministeriums Schele mit Gewißheit entgegen und suche die Verzögerung nur in der von der königl. Frau Mutter ererbten Neigung zu langem Ueberlegen und angewöhnter langsamer Entschließung; dagegen versichert mich Herr v. Schele, daß man desto sicherer auf die Festhaltung eines einmal gefaßten Entschlusses rechnen könne. Also noch kurze Zeit, und die obwaltende Krisis wird sich zu der Zufriedenheit beider großen deutschen Staaten lösen, so sagte mir Herr v. Schele, und ich bin berechtigt, der Wahrheit seiner Aussage vollen Glauben zu schenken.

Da ich nun bei allen politischen Fragen die materiellen des Zollvereins nie außer Acht lasse, so habe ich Herrn v. Schele auch in der heutigen Besprechung bemerkbar gemacht, wie ich hoffe, daß er, als vielleicht bald an der Spitze eines neuen Ministeriums stehend, die abgeschlossenen Traktate ebenso heilig wie seine Vorgänger halten werde; hierauf erwiderte er mir, daß dies seine erste Pflicht sein werde, und für den Fall dies nicht mit der jetzigen Kammer durchzusetzen sei, woran er jedoch nicht zweifele, doch mit einer anderen zum Ziele führen werde."

Am 30. September 1851 beschloß die Bundesversammlung die Aufstellung des Bundes-Armeekorps. In Ansehung der Dislokation der Truppen blieb weitere Bestimmung nach Einholung eines Gutachtens der Militärkommission vorbehalten. Mit dieser modifizirten Fassung war auch Preußen einverstanden.

Berlin, den 24. November 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Aus militärischen und politischen Interessen fragte ich heute noch einmal beim Kriegsminister an, ob es denn nicht möglich sei, die Aufstellung der Bundestruppen um Frankfurt a. M. aufzugeben und sie in ihren Garnisonen marschbereit zu halten. Er erwiderte mir, daß er ganz meiner Ansicht sei, es wäre aber Bundesbeschluß, und somit könne er nichts thun, wies mich aber gleichzeitig an Sie. Ich weiß, daß Bismarck in dem von mir gewünschten Sinn instruirt war und auch so votirt hat, bis Oesterreich peremptorisch seinen Willen durchgesetzt hat. Nun sind bereits über zwei Monate seit jenem Beschluß verflossen, die Truppen sind nicht aufgestellt und auch keine Spur der Nothwendigkeit zu ihrer Aufstellung ist jetzt wie damals vorhanden! Ich sollte glauben, dies giebt hinlängliche Motive an die Hand, um jenen Bundesbeschluß zu modifiziren, und muß Preußen darin die Initiative ergreifen. Was Sie von mir im Mai als richtig anerkannten, sollten Sie erneuert nur beantragen, also alle Truppen sind in der Garnison marschfertig bereit zu halten, sie müssen Frankfurt a. M. in 48 Stunden erreichen können. General Schreckenstein nimmt sein Hauptquartier in Frankfurt a. M. Er inspizirt die Truppen, wann er will, und findet er Ausstellungen zu machen, so muß er ein für alle Mal die Befugnisse vom Bundestag haben, zur betreffenden Regierung sich in Person zu begeben und mündlich mit dem Kriegsminister das Nöthige zu reguliren. Dadurch bekommt der preußische General eine Einwirkung auf die Militärverhältnisse anderer Staaten, was Schreckensteins Persönlichkeit sehr vortheilhaft werden kann.

Ueberlegen Sie sich die Sache recht genau nochmals. Oesterreich hält sich fein zurück von dieser Maßregel und wälzt das Odium derselben allein auf Preußen, das an die Spitze derselben sehr geschickt geschoben worden ist."

Angesichts des bereits vorliegenden Bundestagsbeschlusses vom 30. September war diese Vorstellung ohne Ergebniß.

Wien, den 25. November 1851. Fürst Schwarzenberg spricht in einem eigenhändigen Privatschreiben dem Minister Manteuffel gegenüber die Erwartung aus, der Thronwechsel

in Hannover, der auch zugleich ein Systemwechsel sein solle, werde, ohne ernsthafte Erschütterung und ohne bedeutende Schwierigkeit überwinden zu müssen, vor sich gehen.

„Ich gründe diese Meinung auf die Ueberzeugung, daß in jeder Angelegenheit, die Preußen und Oesterreich in aufrichtigem Einverständniß einem bestimmten Ziele zuführen wollen, dieses Ziel unfehlbar erreicht werden muß. Von Ew. Excellenz Weisungen nach Frankfurt und Hannover hat mir Baron Prokesch seiner Zeit summarisch Kenntniß gegeben, und wir haben von unserer Seite nicht die geringste Bemerkung beizufügen.

Links wird der König von Hannover nicht gehen, darin liegt aber noch wenig Trost, und wir glauben, daß die Aufgabe des Bundes und insbesondere unserer beiden Regierungen die ist, daß er entschieden rechts gehe; ein schwankendes Benehmen, ein unsicherer Gang kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als genügend betrachtet werden. Die Wahl der Minister ist hier von besonderer Wichtigkeit; wir sind mit den dortigen Persönlichkeiten zu wenig bekannt, um uns mit Bestimmtheit für die eine oder andere aussprechen zu wollen. Wir haben eine im Allgemeinen günstige Meinung von Herrn v. Schele, dem wir gute Gesinnung und Grundsätze, Talent und Kenntnisse zuerkennen, und seine Ernennung läßt bloß Gutes hoffen. Meine übrigens ganz unmaßgebliche Privatbesorgniß sieht einen vielleicht etwas zu starren Juristen in dem Manne, der das Ruder zu führen bestimmt ist. Ich bitte, diese Worte nicht so zu deuten, als ob ich eine Politik, die nicht auf dem strengsten Recht basirt wäre, für zulässig hielte, indessen sehe ich einen wesentlichen Unterschied zwischen wirklichem Recht und dem, was die Revolution für solches zu erklären beliebt hat. In einem Lande, wo die Revolution während mehrerer Jahre Muße gehabt hat, Gesetze zu ihrem Nutzen und Gebrauche zu machen, kann man, wenn es sich darum handelt, Ordnung und Moral wiederherzustellen, nicht alles dasjenige als Recht anerkennen, was eine gewisse Anzahl von Männern der Konfusion in Artikeln und Paragraphen zusammengeschrieben hat. Diese Ansicht ist leider nicht allgemein gültig, und wenn es sich als nothwendig ergiebt, die wahre, oft allein zum Ziele führende, aber mit Dornengestrüpp überwachsene Bahn einzuschlagen, geräth der starre Jurist leicht in verlegenes Zaudern und entwickelt nur schwer die zur Erreichung des Zwecks nothwendige Thatkraft.

Unsere kleine, an der Elbe bereitstehende Brigade ist dahin instruirt, beim Eintreten der von Ew. Excellenz bezeichneten Eventualitäten in das hannöversche Gebiet einzurücken, wird aber wahrscheinlich nicht in den Fall kommen, sich bewegen zu müssen.

Die Nachrichten aus Kopenhagen scheinen uns noch immer unbefriedigend. Bei dem vollkommenen Mißtrauen, welches das in Parteien gespaltene dänische Kabinet einflößen muß, können wir leider den so oft zugesagten Erklärungen über die künftige Gestaltung von Gesammt-Dänemark nur wenig Werth beilegen, was für uns um so empfindlicher ist, als wir hier mit Ungeduld dem Augenblicke entgegensehen, wo unsere Truppen »re bene gesta« nach Oesterreich zurückkehren können.

Ich sende heute eine Expedition an Baron Prokesch, aus deren Inhalt Ew. Excellenz unsere Ansichten und Wünsche in der hochwichtigen deutschen Handels- und Zollfrage entnehmen werden. Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß Deutschlands Wohlfahrt nur durch allseits befriedigende Regelung dieser Angelegenheit dauernd begründet werden kann. Wir haben in der letzten Zeit redlich dahin gewirkt, den Fortbestand des Zollvereins, soviel an uns liegt, sicherzustellen, wir betrachten den Anschluß des Steuervereins an den Zollverein als einen nützlichen, dem großen Zweck förderlichen Schritt. Die gesetzliche Hinausgabe der neuen Zolltarife setzt uns in die erfreuliche Lage, im Augenblicke wichtiger Entscheidungen uns an dieser Angelegenheit thätig zu betheiligen. Unsere Aufgabe ist es nun, Oesterreich auch hierin nicht außerhalb Deutschlands stehen zu lassen und den Artikel 19 der Bundesakte zur Wahrheit zu machen. Ich brauche wohl nicht beizusetzen, daß wir die sicherste Bürgschaft für das Gelingen des großen Werks, für die Lösung dieser das Wohl und die Macht Deutschlands bedingenden Aufgabe in der bundestreuen Gesinnung und dem wirksamen Beistande Preußens erkennen würden.

Obwohl ich mich wegen Mangel an Zeit und aus instinktiver Abneigung gegen das Zeitungswesen nur wenig um Journale kümmere, kann ich Ew. Excellenz versprechen, daß meine Mitwirkung nicht fehlen soll, um den schändlichen Tendenzen und der manchmal ungeziemenden Sprache unserer Presse Preußen gegenüber in den Weg zu treten. Wenn Hochdieselben sich die Mühe auferlegen wollten, die Wahl dem Zufall überlassend, einige Blätter der »Breslauer-«, »Oder-«, »Cölnischen-« und auch der »Kreuzzeitung«

zur Hand zu nehmen, so bin ich überzeugt, daß die Defensive unserer Journalisten, wenn auch nicht vollkommen gerechtfertigt, doch wohl durch die Heftigkeit und Gehässigkeit der immer wiederkehrenden Angriffe der preußischen Blätter erklärlich und theilweise entschuldigt erscheinen dürfte."

Der König von Preußen, welcher nach Hannover gereist war, um dem König Ernst August die letzte Ehre zu erweisen, brachte von dort in Bezug auf den Septembervertrag gerade keine günstigen Nachrichten zurück.

Randbemerkungen des Königs auf einen Bericht vom 27. November 1851:

„Graf Bernstorff-Gartow und Konsorten in Hannover behaupten, mit Schele unter einer Decke zu stecken. Danach ist das Spiel so, daß das neue Ministerium die Sache des Zollvereins offiziell sehr warm den Ständen empfehlen, dabei aber so arbeiten wird unter der Hand, daß die Majorität die Konvention vom 7. September kassirt.

»Niedliches Volk, die sogenannten Menschen.« (Tiecks gestiefelter Kater.) Friedrich Wilhelm."

Hannover, Ende November. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mit der größten Aufmerksamkeit habe ich die Berichte des Grafen Galen und Herrn v. Bockelberg gelesen; ich verdenke es weder dem Herrn v. Beust noch dem Herrn v. der Pfordten, die Wichtigkeit ihrer respektiven Staaten und ihre damit verbundene Persönlichkeit in so hohem Grade geltend zu machen, als es aus den Berichten hervorgeht, es scheint mir aber, daß es nicht schwierig sein könnte, ihnen den Standpunkt klar zu machen, den sie naturgemäß Preußen gegenüber einnehmen und künftig einnehmen werden. Dies werden Preußens Vertreter an den respektiven Höfen wohl auch thun.

Wie ich gehört habe, werden die Kammern zum 3. Dezember hier einberufen werden; man will ihnen gleich den Traktat vom 7. September zur Genehmigung vorlegen und hofft denselben durchzubringen; dies ist mir von Herrn v. Schele und auch von

dem Oberstaatsanwalt Bacmeister versichert worden, welches einige Garantie gewährt, da besonders Letzterer ein Mann von großer Energie ist und diesen Traktat sehr begünstigt. Mir scheint, daß ebenso hier, wie in jedem konstitutionellen Staat es dem Ministerium angenehm sei, über größere Geldmittel disponiren zu können; da nun der Traktat die Gelegenheit dazu bietet, wird man ihn schon festzuhalten suchen."

Hannover, den 29. November 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Die heut mit dem Minister Schele gehabte Besprechung hat mir die vollständige Ueberzeugung gegeben, daß das ganze Ministerium entschlossen ist, den Traktat vom 7. September kräftig zu unterstützen und durchzuführen, es kann daher nur eine allgemeine Mißstimmung gegen das Ministerium die Veranlassung geben, sich gegen den Traktat zu erklären."

Berlin, Ende November 1851. Der zu einer Besprechung mit Bismarck und dem Chef dorthin berufene Gesandte Graf Nostitz theilt Manteuffel eigenhändig ganz vertraulich und privat mit, der König von Hannover sage in einem an ihn (Nostitz) gerichteten Schreiben wörtlich:

„»Es thut mir herzlich leid, Sie sind nicht hier, jetzt da ich den Herrn v. Schele von Frankfurt hierher bestellt, um mit ihm über Frankfurt zu sprechen, da mir scheint, wir verlieren gräßlich viel Zeit mit dem Schlendrian, wie dort Alles getrieben wird, und es ist unmöglich, Alles schriftlich zu machen.«

Ew. Excellenz werden hieraus die eigentliche Veranlassung der Ankunft des Herrn v. Schele in Hannover erkennen und leicht ermessen, daß dieses Hinrufen eines Mannes, welcher als Ministerpräsident von der Adelspartei für ein künftiges Ministerium bezeichnet wird, im Publikum als ein Beweis der baldigen Entlassung des jetzigen so mißliebigen angesehen worden ist.

An einen wirklichen Wechsel des Ministeriums von Hannover kann ich in jetzigem Augenblick nicht glauben, und wenn, wie Herr v. Arnim sagt, eine Veränderung der übrigen Minister außer Herrn v. Münchhausen stattfinden sollte, so würde eine solche nur vortheilhaft für uns sein und dem Ministerium mehr Kraft verleihen

können, ich besorge daher nichts für das Durchdringen des Traktates in den Kammern.

Daß man österreichischerseits mit dem Traktat vom 7. September nicht ganz einverstanden ist, habe ich wohl vorhergesehen und in dieser Hinsicht auch beantragt, daß die Bereitwilligkeit als von Hannover ausgehend bezeichnet werde, was auch geschehen ist, und durch die Reise der Minister nach Berlin zur Unterzeichnung noch mehr an Glaubwürdigkeit gewonnen hat, ich glaube daher, daß man in Wien mehr gegen Hannover als gegen uns empfindlich sein wird; auch glaube ich, daß es Oesterreich doch auch natürlich finden muß, wenn Preußen eine für seine Politik so günstige Gelegenheit zweckmäßig benutzt hat; es würde für sich in ähnlicher Lage gewiß dasselbe gethan haben."

Zarskoje-Selo, den 30. November 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz eingehende Zuschrift vom 20. cr.*) hat mir Graf Münster heut früh aus der Stadt gebracht, wo er gestern nachmittag nach sehr schneller und glücklicher Reise mit seiner Gemahlin angekommen war.

Es dient mir dies zur größten Genugthuung und Ehre, wenn Ew. Excellenz sich mit meinen bescheidenen politischen Ansichten einverstanden erklären, und ich bin Hochdemselben für alle Aeußerungen aufs Dankbarste verpflichtet. Ich liebe auch nicht die Hiebe in die Luft, sondern suche, wenn ich mich schlagen muß, meinen Gegner zu treffen, und gerade wie Ew. Excellenz glaube auch ich keinem meiner klugen Landsleute an Patriotismus nachzustehen, wiewohl man mich noch vor einem Jahre für einen Landesverräther hielt. Aber ich bin kein thörichter Preuße, sondern suche das Wollen mit dem Können in Einklang zu bringen. Mit einer solchen ruhigen Ansicht werden wir höher gestellt; Niemand verkennt unsere Bedeutung und unseren Einfluß, sobald wir mit Klugheit und Vernunft unser Gewicht in die Wagschale legen. Wie oft hatte mich Graf Münster hier getadelt, behauptend, ich ginge nicht genug ins Geschirr. Ich ließ ihn immer reden und ging meinen Weg unbeirrt weiter. Preußens Ansehen ist gehoben trotz jener Anklagen,

*) In den von Manteuffel hinterlassenen Papieren nicht vorhanden.

und das jetzige Ministerium hat durch sein weises, konsequentes Verfahren wesentlich mit dazu beigetragen, weil es den ganz richtigen Gesichtspunkt verfolgt, nämlich dem modernen Konstitutionalismus die ersten Stände gegenüberzustellen und auf diese Weise ohne Eidbruch und Staatsstreich zu den naturgemäßen Zielen zu gelangen. Gott stärke die unerschrockenen Männer, verleihe ihnen Ausdauer und mache, daß weder S. M. der König, noch der Prinz von Preußen K. H. sich vor den Kammern fürchten.

Ich thue es in keiner Weise und freue mich aufrichtig, daß Ew. Excellenz so guten Muths sind. In diesem Muth und in Ihrer Ruhe und Klarheit liegt der Grund, weshalb Sie in Wien ebenso wie hier in so hoher Achtung stehen und Hochdenselben das ganze Vertrauen der beiden Kabinette gehört; Herr Baron v. Meyendorff sagt in einer Depesche vom 18.: »Le Prince de Schwarzenberg se trouve inférieur de Mr. de Manteuffel, qui montre une loyauté et un esprit de conciliation et de prévoyance au dessus de toute éloge.« Fürchtete ich nicht, Ew. Excellenz zu belästigen, so würde ich auch Aeußerungen von Baron Brunnow aufzeichnen, die sehr gerecht und wahr sind.

Ich bin sehr weit davon entfernt, zu erwarten, Ew. Excellenz könnten jeden meiner vertraulichen Privatberichte beantworten. Ich weiß den Vorzug der freien Korrespondenz mit Hochdenselben sehr wohl zu würdigen. Und in diesem Sinne bitte ich, mir auch nicht unmittelbar zu antworten, wenn ich die Ehre habe, Hochdenselben zu melden, daß meine jüngste Tochter sich mit dem ältesten Sohne meines Vetters Adolf v. Rochow auf Stülpe verlobt hat. Ich sehe das Schicksal meiner Tochter gesichert, da sie einen redlichen, wohlgesinnten und treuen Mann bekommt, und kann nun mit großer Fassung erwarten, was Gott über mich und meine arme kranke Frau bestimmt.

Daß der alte Nostitz*) noch so gute Dienste leistet, freut mich ausnehmend. Der Kaiser sagte mir soeben, daß Herr v. Schele bereits eingetreten sei. Ich schätze ihn als wohlgesinnten Mann, als gründlichen Juristen, aber er ist Hannoveraner.

Wegen der Umtriebe in Wien und Sachsen gegen den Zollverein und die Konvention vom 7. September hat Graf Nesselrode eine sehr gerechte Auffassung. Er gab dem Kaiser einen Extrakt aus der

*) Der preußische Gesandte in Hannover.

deshalb an mich gerichteten Depesche und erbat sich die Autorisation, sowohl nach Wien als nach Dresden und München seine Bemerkung zu unseren Gunsten auszusprechen. Es ist dies in geeigneter Weise geschehen. Der Graf hat mich aber außerdem gebeten, dem Herrn v. Meyendorff ausführlich zu schreiben, was ich ebenfalls durch einen russischen Feldjäger, ohne meine Regierung zu kompromittiren, gethan.

Graf Nesselrode, zwar immer noch leidend, sieht mich doch fast täglich und fährt fort, mir ein sehr gütiges Vertrauen zu schenken. Er hofft zum Namenstage des Kaisers die Ernennung des Barons Budberg zum Gesandten durchzusetzen."

Paris, den 1 Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Durch das am 17. d. Mts. erfolgte Votum über den Quästorenantrag*) ist bei mehreren der bisherigen hervorstehendsten Gegner des Präsidenten ein mehr oder minder starker Umschwung in der Auffassung der Verhältnisse herbeigeführt worden.

Der stets sehr bedächtige und für konziliatorisches Verfahren gestimmte Graf Molé war neuerlich durch die von dem Präsidenten gegen das Wahlgesetz vom 31. Mai 1850 unternommenen Angriffe so in Aufregung versetzt worden, daß er den Quästorenantrag für nothwendig hielt und geneigt war, den materiellen Kampf mit Louis Bonaparte aufzunehmen. Während der ersten Hälfte des November war Graf Molé der Meinung, daß der Präsident sehr gesunken sei und seine Chancen ungewiß würden. Gegenwärtig hält er die Partie der Nationalversammlung gegen die Exekutivgewalt für verloren und findet, daß das Parlament sich so ruhig als möglich verhalten muß, da die öffentliche Meinung nun einmal gegen dasselbe ist. Graf Molé wünscht jetzt, Louis Bonaparte möge je eher je lieber einen coup d'état machen und der Existenz der Nationalversammlung ein Ziel setzen; da er der Ansicht ist, daß es nichts Herabwürdigenderes giebt als die Stellung, in welcher sich gegenwärtig das Parlament befindet, welches, ohne strafen zu können,

*) Am 17 November hatte die Nationalversammlung mit 408 gegen 300 Stimmen die Inbetrachtnahme des Quästorenantrags (siehe Anmerk. auf S. 263) verworfen

Reden wie die des Präsidenten und Angriffe wie die der Elysäischen Journale dulden muß. Früher gehörte Graf Molé zu denen, welche wünschten, daß man bald die Wahlen für die neue Nationalversammlung, die im Mai zusammentreten sollte, vornehmen möchte. Jetzt hält er überhaupt allgemeine Wahlen für höchst gefährlich, da sie nach ihm gegenwärtig, selbst wenn das Wahlgesetz vom 31. Mai noch bestehen könnte, und um so mehr, da man ein neues machen muß, wahrscheinlich eine Versammlung hervorbringen würden, in welcher die Sozialisten und Rothen die Mehrheit bildeten, was Letzteres nicht ausschließen würde, daß Bonaparte gleichzeitig als Präsident wieder gewählt würde. Für den Augenblick sei es daher besser, daß die parlamentarische Gewalt durch Bonaparte beseitigt werde und Letzterer die Regierung des Landes vorläufig allein in Händen behalte. Er fürchtet keineswegs, daß der Präsident, wenn er Herr werden sollte, sich den politischen Revolutionärs oder der demagogischen Partei nähern würde, aber er hält es für wahrscheinlich, daß Bonaparte seine Ideen, die manchmal einen sozialistischen Charakter trugen, auf die Finanzverfassung des Landes wird anwenden wollen. Graf Molé hält es für nützlich, das Verantwortlichkeitsgesetz soweit als möglich hinauszuschieben.

Herr Thiers, welcher meist die von dem Parlament gegen den Präsidenten zu machenden Angriffe organisirt hat, ist gegenwärtig so entmuthigt, daß er versucht hat, die übrigen Häupter der Majorität für die Ansicht zu gewinnen, es sei für die der Ordnungspartei angehörenden Feinde Bonapartes am besten, sich aus der Nationalversammlung zurückzuziehen, da letztere doch nichts mehr gegen den Präsidenten vermöge. Die anderen Parteiführer haben sich jedoch nicht geneigt finden lassen, jene Meinung zu der ihrigen zu machen. Herr Thiers spricht sich nunmehr dafür aus, daß die Nationalversammlung überhaupt mit großer Mäßigung verfahre und Alles zu vermeiden suche, was in den Augen des Publikums den Anstrich haben könnte, als sei das Benehmen des Parlaments gegen den Präsidenten provocirender Natur und als sei Letzterem eine Art Veranlassung zum Staatsstreich gegeben worden. Herr Thiers räth besonders dazu, die Diskussion über das Verantwortlichkeitsgesetz soweit als möglich hinauszuschieben und jedenfalls nicht vor dem 15. Januar künftigen Jahres zu beginnen.

Diejenigen unter den afrikanischen Parlamentsgeneralen, welche für den Fall eines materiellen Konfliktes zwischen dem Parlament und dem Präsidenten zuversichtlich auf die Besiegung Louis Bonapartes rechneten, nähren gegenwärtig nicht mehr ganz dieselben Ansichten wie früher, sie geben zu, daß seit dem Votum über den Quästorenantrag die Nationalversammlung sehr an Macht und Ansehen verloren hat und nicht mehr mit Sicherheit auf die Armee rechnen könne, selbst wenn der Präsident etwas Konstitutionswidriges unternähme. Eine gewaltsame Auflösung der Nationalversammlung halten sie übrigens auch jetzt noch für ein unendlich schwieriges und gefährliches Unternehmen, zu dessen Ausführung der Präsident wohl keine Truppen finden würde. Was sie jedoch vollkommen anerkennen, ist, daß es für jetzt unmöglich geworden, seitens der Nationalversammlung etwas gegen den Präsidenten zu unternehmen und Letzteren wegen seiner gegen die Konstitution gerichteten Pläne gewaltsam zu beseitigen. Sie behaupten übrigens, daß, wenn man Zeit gewinnt und der Präsident, wie sie hoffen, Fehler begeht, die in Frankreich leicht bewegliche öffentliche Meinung, die jetzt gegen das Parlament ist, sich wieder ändern kann.

Nach ihnen muß man wünschen, ruhig bis zu dem gesetzlichen Zeitpunkt der neuen Präsidentenwahl zu gelangen, indem sie sich schmeicheln, daß Bonaparte sich über das Resultat dieser Wahl verrechnen könnte. Im letzten Augenblick würde alsdann die Kandidatur des Prinzen von Joinville, die man jetzt schlafen läßt, wieder auftauchen. Man könnte demnächst vielleicht hoffen, daß Joinville, der legitimistische Kandidat (welcher Changarnier sein würde) und der Kandidat der Rothen dem Prinzen Louis soviel Stimmen entzögen, daß Letzterer nicht die absolute Majorität sämmtlicher für die Präsidentenwahl abgegebenen Voten erlangte. Gelänge es nun aber Louis Bonaparte nicht, die absolute Majorität aller Stimmenden auf sich zu vereinigen, so ginge das Recht, den Präsidenten zu wählen, auf die Nationalversammlung über und diese würde gewiß nicht den jetzigen Präsidenten beibehalten, wenn Letzterer auch mehr Stimmen als seine Konkurrenten bei der Wahl gehabt hätte. In diesem Falle würde Bonaparte aber nicht mehr auf die Armee zählen können, da die Truppen ihn nicht mehr als den Repräsentanten der Majorität der Nation betrachten würden

Ich habe im Uebrigen Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß noch Andere unter den heftigsten Gegnern des Präsidenten neuerlich sehr kleinmüthig geworden sind, und wenn sie auch nicht alle Hoffnung aufgeben, daß durch bedeutende Fehler des Prinzen Louis die Konjunkturen sich wieder ändern könnten, so geben sie doch Alle zu, daß für jetzt fast alle Chancen für den Präsidenten sind."*)

In der zweiten Kammer in Berlin cirkulirte am 2. Dezember 1851 unter den Kammermitgliedern folgende telegraphische Depesche:

„Paris, 2. Dezember morgens. Die Nationalversammlung ist gesprengt, Changarnier verhaftet, Louis Napoleon hat das Regiment in Händen."

Die Sache hatte ihre Richtigkeit. Bereits seit 14 Tagen hatte Napoleon die Ausführung des Planes mit dem Grafen Morny, dem Kriegsminister St. Arnaud und dem Polizeipräfekten Maupas bis in die Details verabredet und den 2. Dezember als einen Tag guter Vorbedeutung gewählt. (Am 2. Dezember wurde Napoleon I. zum Kaiser gekrönt, und ein 2. Dezember war es, wo er die Schlacht bei Austerlitz gewann.)

Paris, den 2. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:**)

„Man versichert mir in diesem Augenblick, daß die 150 Deputirten, welche sich in der Mairie versammelt hatten, sämmtlich arretirt und durch Militär nach einer Kaserne transportirt worden sind. Der General Oudinot, der Herzog von Broglie, die Herren Molé, Berryer sollen sich unter diesen in Arrest gesetzten Deputirten befinden. Bis jetzt kündigt nichts eine Volksbewegung zu Gunsten des Parlaments oder der Verfassung an. — Ein großes

*) Am 3. Dezember 1851 theilte der Kabinetsrath Niebuhr aus Potsdam dem Minister Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, der König habe vor einigen Tagen wieder einen Brief des Comte de Circourt erhalten. „Der Frankreich betreffende Theil war von geringerem Interesse und ist nun völlig antiquirt. Dagegen haben Se. M. ganz besonderes Interesse an einer unser Verhältniß zu Nordamerika betreffenden Ausführung genommen, und erlaube ich mir, Abschrift der betreffenden Stelle Ew. Excellenz zu überreichen." Niebuhr gab diesen Brief des Herrn v. Circourt auch dem General v. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 685.

**) Das Original des Hatzfeldtschen Briefes ist wiederum in französischer Sprache abgefaßt.

diplomatisches Diner, welches bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten stattfinden soll, war bis vier Uhr nachmittag nicht abgesagt."

Berlin, den 9. Dezember 1851. Manteuffel an den Gesandten Grafen Hatzfeldt in Paris eigenhändig privat:

„Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß namentlich Seitens des französischen Gesandten in Hannover gegen das Zustandekommen des Vertrages vom 7. September d. Js. gewirkt wird. Ich vermag die Richtigkeit dieser Behauptung nicht zu verbürgen, sehe mich indeß doch veranlaßt, Ew. Hochgeboren auf diese Nachricht aufmerksam zu machen, damit Sie, je nachdem Zeit und Gelegenheit sich bieten, die Ansichten dort geltend machen, welche uns leiten und welche nach meiner eigenen Ueberzeugung auch für das französische Gouvernement maßgebend sein sollten. Die von uns angestrebte Zolleinigung mit dem Steuerverein hat materiell zunächst gar keinen Nachtheil, sondern nur erhebliche Vortheile für Frankreich. Die etwas höheren Zollsätze des Zollvereins gegen die der Steuer sind keine Folge des Vertrags vom 7. September d. Js., vielmehr sind diese Sätze fast durchgängig zu einer Zeit, wo man noch nicht an die Zolleinigung dachte, von der hannoverschen Regierung den dortigen Kammern vorgeschlagen und von diesen angenommen worden. Dagegen sind infolge des Vertrags wesentliche Verbrauchsgegenstände des Zollvereins mit geringeren Steuern belegt; dahin gehört namentlich der wichtigste Gegenstand der Ausfuhr Frankreichs, der Wein. Dieser Artikel ist um ¼ ermäßigt allein zum Vortheil von Frankreich und zum Nachtheil der preußischen, bayerischen und nassauischen Weinproduzenten. Kommt der Vertrag nicht zu Stande, so versteht sich von selbst, daß der Zollverein den alten Zoll beibehält, Frankreich also einen sehr erheblichen, ohne allen Entgelt ihm angebotenen (worüber man uns schon Vorwürfe macht) Vortheil in dem weiten Gebiet des Zollvereins verliert.

Allein abgesehen von dieser in Zahlen nachzuweisenden Benachtheiligung Frankreichs bei dem Nichtzustandekommen des Vertrages giebt es noch einen anderen höheren Standpunkt, der Frankreich demselben günstig machen sollte. Offenbar macht Oesterreich, Frankreichs alter Gegner, jetzt den Versuch, uns auf dem Felde der Handelspolitik zu demüthigen und sich unterzu-

ordnen. Ich hoffe, dies wird ihm nicht gelingen, aber es läßt sich nicht verkennen, daß das Scheitern des Vertrages vom 7. September uns eine empfindliche Wunde beibringen und Oesterreich stärken würde. Dies herbeizuführen, liegt gewiß nicht in dem Interesse von Frankreich. Neigt Letzteres seit einigen Monaten dahin, von seinem jetzigen Prohibitivsystem abzugehen, so wird es mit uns sehr leicht einen vortheilhaften Handelsvertrag abschließen können, mit Oesterreich nimmermehr. Wir haben in diesem Augenblicke mit Holland einen Vertrag zu Stande gebracht, der beiden Theilen sehr vortheilhaft sein muß.

Ueberhaupt liegt es meines Erachtens in unserem Interesse, mit Frankreich, so lange es gegen die Demokratie Front macht, gut zu stehen, und wir würden sehr unklug handeln, wollten wir dies nicht anerkennen und danach handeln.

Ich wünschte demnach auch, daß Ew. Hochgeboren sich gegenüber dem dermaligen Gouvernement in Frankreich möglichst freundlich zeigen, und daß Sie mir, wenn Sie den Moment gekommen glauben, wo man in dieser Richtung irgend eine offizielle Demarche machen könnte, darüber Vorschläge machen. Ich weiß sehr wohl, daß die Schwierigkeiten dort noch nicht besiegt sind und Niemand für die Zukunft einstehen kann, allein nach meiner innigen Ueberzeugung sind alle Kontinentalstaaten für das, was dort schon geleistet worden ist, zu lebhaftestem Dank verpflichtet, denn die beiden Köpfe des dem Throne feindlichen Ungeheuers, das Parlament wie die Demokratie, haben empfindliche und geschickt ausgeführte Streiche erhalten, von denen sie sich sobald nicht erholen werden; dies ist ein wahres Verdienst, welches anzuerkennen man keinen Anstand nehmen darf."

Die Regelung der schleswig-holsteinischen Sache zog sich noch hinaus, da das dänische Kabinet am 6. Dezember 1851 eine Erklärung darüber an die Kabinette von Wien und Berlin gab, die keineswegs befriedigte.

Coblenz, den 12. Dezember 1851. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Aus dem heutigen Depeschenextrakt ersehe ich, was p. v. Werther unter dem 6. über die dänischen Anträge berichtet,

die p. Bille nun wohl schon in Berlin eingebracht hat. Sie erscheinen mir völlig unannehmbar zu sein, da sie gar keine der Hauptforderungen der Großmächte sowie des Bundesbeschlusses von 1846 enthalten. Keine Angabe der Grundzüge über die Organisation der Gesammtmonarchie, keine gemeinschaftlichen, administrativen Einrichtungen für die Herzogthümer, Beibehalt der Zolleinigung zwischen Jütland und Schleswig und dafür Abmarsch der Bundestruppen; es ist doch ein wahrer Hohn, nicht einmal Rendsburg soll okkupirt bleiben, um doch etwas als Aequivalent zu behalten!

Dem dänischen Hartkopf müssen wir und Oesterreich auch einen Hartkopf entgegensetzen."

Paris, den 12. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Der General Graf v. Flahault, welcher gegenwärtig hier einen großen Einfluß ausübt, war während der Juli-Regierung Gesandter in Berlin, Botschafter in Wien u. s. w. Er gilt dafür, in sehr intimen Verhältnissen zu der Mutter des Präsidenten*) gestanden zu haben und der Vater des Herrn v. Morny**) zu sein, welch Letzterer fast anerkanntermaßen Sohn der Duchesse de St. Leu.

Ich weiß aus sicherer Quelle, daß kürzlich Lord Normanby***) und Graf Flahault eine Unterredung gehabt haben. In derselben äußerte der Botschafter unter Anderem die Ansicht, daß man in Frankreich unmöglich längere Zeit ohne das konstitutionelle Repräsentativsystem regieren könne. Graf Flahault erwiderte hierauf, wie man hier sehr wohl wisse, daß die neue Ordnung der Dinge England nicht gefalle. Er fügte hinzu, daß man hier aber beanspruche, die inneren Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken zu ordnen und sich durch die Stimmung Englands nicht werde beherrschen lassen.

Er sagte dem Botschafter ferner, daß er die englischen Einrichtungen in England sehr bewundere, daß diese aber nicht für den Kontinent und besonders nicht für Frankreich passend seien.

* Die Königin von Holland.

** Graf v. Morny war also der natürliche Bruder Louis Napoleons.

*** Der englische Botschafter in Paris.

In den gouvernementalen Regionen ist man augenblicklich sehr mißgestimmt gegen England und sehr unzufrieden über die Haltung des Lord Normanby.

Der englische Botschafter war am Montag Abend ebenfalls im Elysée. Umstehende wollen bemerkt haben, daß er sehr kühl von dem Präsidenten empfangen worden sei. Lord Normanby hätte eigentlich gewünscht, daß kein Empfangstag bei dem Präsidenten stattgefunden hätte; da dies aber dennoch der Fall war, so glaubte er sich ins Elysée begeben zu müssen. Er sagte mir übrigens, daß er befürchte, bei der in England herrschenden Stimmung in der dortigen Presse wegen jenes Besuches angegriffen zu werden. Ich habe durch meine verschiedenen Gespräche mit dem Botschafter die volle Gewißheit erlangen können, daß er mit den neuen hier eingetretenen Verhältnissen gar nicht zufrieden ist. Da Lord Normanby früher eifriger Anhänger des Präsidenten war und gewöhnlich geneigt ist, sich mit denen, welche die Macht haben, gut zu stellen, so muß ich glauben, daß ihm seine gegenwärtige Haltung vorgeschrieben ist oder er dieselbe nach der allgemeinen in England herrschenden Stimmung abmißt.

Nach vertraulichen Aeußerungen der Herren Kisseleff*) und Hübner**) haben diese Notizen, wonach Lord Palmerston den französischen Botschafter in London gegenüber in vertraulichen Gesprächen sehr zuvorkommend ist und das hier Geschehene nicht tadelt. Die beiden kaiserl. Gesandten erklären dies durch die große Besorgniß Lords Palmerston, Louis Bonaparte dürfte sich den nordischen Großmächten ganz anschließen. Sie meinen, daß, während der englische Botschafter hier eine der Stimmung Englands entsprechende Haltung beobachtete, um dadurch gegen die neue Regierung zu wirken, Lord Palmerston im Geheimen durch seine Aeußerungen unter vier Augen dem Grafen Walewski***) gegenüber den übeln Eindruck, der hier entstehen und die englischen Interessen im Auslande gefährden könne, zu verwischen suche.

Die Herren Kisseleff und Hübner fahren fort, die Richtung, welche die hiesige Regierung seit dem 2. Dezember eingeschlagen hat, als sehr vortheilhaft für die antiliberalen Kontinentalmächte

*) Graf v. Kisseleff, russischer Gesandter in Paris.

**) Frhr. v. Hübner, österreichischer Gesandter in Paris.

***) Graf v. Walewski, französischer Minister des Auswärtigen.

zu halten. Sie wünschen, daß der Präsident auf dem betretenen Wege konsequent und energisch fortschreite.

Herr Hübner ist nicht ganz entfernt, es für möglich anzunehmen, daß Louis Bonaparte, durch das Interesse seiner Selbsterhaltung dazu angetrieben werden könne, den demagogischen Zuständen in der Schweiz ein Ende zu machen. Er deutete mir an, daß, wenn solches der Fall sein sollte, die Neuenburger Angelegenheit auf diese Weise vielleicht am zweckmäßigsten erledigt werden könnte."

Paris, den 13. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Ich habe in den letzten Tagen mehrfache Unterredungen mit dem Ew. Excellenz persönlich bekannten Herzoge von Noailles gehabt. Dieser sprach sich in vertrauter Weise ungefähr folgendermaßen gegen mich aus.

Die legitimistische Partei könne natürlich die Befestigung der Gewalt Louis Bonapartes nicht mit Freuden sehen; da sie sich einigermaßen geschmeichelt habe, infolge von Konjunkturen, die die Regierungsmacht in die Hände des Generals Changarnier gebracht hätten, durch diesen die Wiederaufrichtung des Thrones Heinrich des Fünften zu erlangen. Diese Eventualität sei nun aber einmal durch den Staatsstreich vom 2. Dezember vorläufig beseitigt. Bei dem Zustande des Landes, wie es sich durch die Ereignisse in den Departements darthue, dürften die Legitimisten nicht an der Erschütterung der faktisch bestehenden Staatsgewalt arbeiten, da, wenn diese jetzt fiele, für den Augenblick nichts als die Anarchie die Folge sein könnte. Abgesehen davon, daß der Präsident in seinem persönlichen Interesse so verfahre, wie er es thue, wären die Regierungsmaßregeln, welche er ergreife, im Allgemeinen bisher der Art, daß sie der legitimistischen Partei zum Vortheil gereichten. Der Sozialismus und die Demagogie wären so gefahrdrohend, daß ein Vernichtungskampf gegen sie Nothwendigkeit wäre. In diesem Kampf sei der Präsident jetzt begriffen, und wenn er denselben glücklich zu Ende führe, so werde dadurch dem Lande ein großer Dienst geleistet. Es wären ferner im Laufe der Zeit manche Institutionen in Frankreich eingeführt worden, mit welchen das Land nicht zu regieren sei. Diese scheine der Präsident beseitigen zu wollen, wenn auch nur im Interesse seiner

Selbsterhaltung, da sich sonst die ihm feindlichen Parteien dieser Institutionen bedienen würden, um ihn anzugreifen. Auch hierin müsse man den Präsidenten gewähren lassen, indem dadurch ebenfalls jeder nachfolgenden Regierung ein großer Dienst geleistet werde. Der legitime König und die legitimistische Partei, gegen welche die Mehrheit der Nation stets das Mißtrauen hege, daß sie Kirche und Adel bevorzugen wollten, hätten die Reaktion gegen die revolutionirenden Tendenzen in dem Grade, wie sie nothwendig wäre, nie machen können, falls sie zur Herrschaft gelangt wären, ohne daß vorher der Boden gereinigt wurde. Die Legitimität müsse dem modernen Frankreich, wie es die Revolutionen gestaltet, dadurch annehmbar gemacht werden, daß sie als ein milderes Regiment auf ein ultraregressives folge. Hätte der General Changarnier den legitimen Thron wiederherstellen wollen, so hätte er mit der Diktatur beginnen müssen. Die Erlangung dieser würde aber dem General Changarnier wahrscheinlich schwieriger geworden sein als dem Präsidenten, weil jener sich auf das Parlament hätte stützen müssen, um sich emporzuschwingen. Eben die Hülfe des parlamentarischen Elements hätte den General Changarnier wohl verhindern dürfen, dieses zu beseitigen und überhaupt so durchdringende Maßregeln zu nehmen, wie gegenwärtig der Präsident. Da Letzterer nun einmal die Macht in Händen habe, so sei es zu wünschen, daß er dieselbe gebrauche, um einen Boden zu machen, auf welchem hoffentlich später der legitime Thron wieder aufgebaut werden könne. Das Verderblichste würde sein, wenn Louis Bonaparte auf halbem Wege stehen bliebe und die Aufgabe, die revolutionären Institutionen zu vernichten, nicht ausführte. Die fremden Regierungen müßten es sich angelegen sein lassen, ihren Einfluß anzuwenden, um den Präsidenten zur Vollführung dieses Werkes anzutreiben.

Ich fragte den Herzog von Noailles, ob seine eben angedeuteten Ansichten auch von den übrigen Häuptern der legitimistischen Partei und namentlich von den parlamentarischen Notabilitäten in derselben getheilt würden. Er erwiderte mir, daß diese Häupter im Ganzen derselben Meinung wären wie er, obwohl diejenigen, welche Mitglieder des aufgelösten Parlaments gewesen, natürlich erbitterter gegen den Präsidenten seien und daher jene Ansichten noch nicht so ruhig wie er in sich aufzunehmen vermöchten. Er

fügte hinzu, daß überhaupt die legitimistische Repräsentation im Parlamente nicht stets der richtige Ausdruck der Stimmung der legitimistischen Partei im Lande geblieben wäre."

Karlsruhe, den 13. Dezember 1851. Der Gesandte v. Savigny an Manteuffel eigenhändig privat: In Süddeutschland wolle alle Welt die Fortdauer des Zollvereins mit Preußen, soweit die aus der Erneuerung dieses Verhältnisses erwarteten materiellen Vortheile wiederum für einen Jeden auf eine Reihe von Jahren gesichert hervorgehen sollten.

„In Bayern und Württemberg wünscht man allerdings gleichzeitig, auch in der handelspolitischen Hegemonie von Deutschland, zum angeblichen Schirme der eigenen Unabhängigkeit, den Dualismus der beiden Großmächte repräsentirt zu sehen, und diesen Zweck glaubt man damit erreichen zu können, daß man eine Formel aufzustellen sucht, vermöge deren Oesterreich in allen Verhältnissen des Zollvereins zu den außerdeutschen Staaten als ein staatsrechtlicher Genosse des deutschen Handelsbundes angesehen werde. Baden betheiligt sich bei diesem Bestreben nicht, sondern hier wünscht man nur die Fortdauer des Zollvereins gesichert zu wissen, ohne darüber mit Oesterreich in Konflikte zu gerathen. Oesterreich endlich verfolgt nicht allein unverdrossen sein Ziel der allmählichen Entwurzelung allen und jeden Ansehens von Preußen in Deutschland und darum auch die möglichst vollständige, wenn anfangs auch nur scheinbare Mediatisirung des Zollvereins, einer, in seiner handelspolitischen Aktion bisher als geschlossen und selbständig anerkannten Macht, sondern es will auch zu Gunsten seiner national- und staatsökonomischen Reorganisation Hülfsmittel und Kräfte aus dem geordneten deutschen Handelsgebiete schöpfen und darum um jeden Preis sich den Eintritt in unser national-ökonomisches Gemeinleben mit dem übrigen Deutschland für die Zukunft sicherstellen. Das Ungestüme in diesem letzteren Verlangen erschreckt die süddeutschen Staaten aus sehr nahe liegenden Gründen. Gegen die Realisation solcher österreichischen Wünsche rechnen sie auf Preußens entgegenstehendes Interesse und auf den Umstand, daß noch Jahre darüber hingehen müssen, ehe man sich vollständig

uniren könnte. Augenblicklich sichergestellt gegen diese Gefahr werden die beiden Königreiche aber einstweilen redlich agitiren gegen uns, nach dem jedesmaligen Kommando von Oesterreich. Dazu werden sie getrieben, theils aus unberechtigtem dynastischen Haß gegen Preußen, theils aus Furcht vor dem allmählichen Wiedererwachen des normalen Einflusses von Preußen auf ganz Deutschland.

Das gemeinsame Bestreben, in welchem sich alle unsere Antagonisten innerhalb und außerhalb des Zollvereins vorläufig vereinen werden, geht vorläufig, wie gesagt, dahin, daß Preußen in seinen internationalen handelspolitischen Beziehungen zu anderen Staaten Deutschland nicht mehr allein repräsentire, sondern daß es in dieser Beziehung wenigstens an Oesterreich gebunden erscheine. Daher das Verlangen einer mit Oesterreich gemeinsamen Konsularvertretung für ganz Deutschland und daher auch die besonderen Verträge einzelner deutscher Zollvereinsstaaten, welche im Auslande sich speziell den Schutz der österreichischen Vertreter für ihre Unterthanen zusichern, statt wie bisher auf Grund der Zollvereinsverträge den von Preußen zu beanspruchen.

Dieser letzte Punkt ist mit Recht von Oesterreich schon längst als die bedeutendste Errungenschaft Preußens seit dem Jahre 1815 anerkannt worden. Aus eigener vieljähriger Erfahrung weiß ich, wie sehr das moralisch-politische Ansehen Preußens in ganz Europa und auch in Amerika auf dem Umstande beruht, daß wir die ausschließlichen Vertreter und Negotiatoren des größten Theils von Deutschland in allen Handelsfragen sind. Ebenso wenig ist mir der stete Neid Oesterreichs wegen dieses Momentes in unserem Ansehen entgangen, und endlich hat man mir auch jetzt noch direkt von Wien gerade diesen Punkt als denjenigen bezeichnet, welchen Oesterreich um jeden Preis in seinem Sinne zu beseitigen verlange.

Daß der preußische Staat unter Ew. Excellenz Leitung an dieser legitimen Errungenschaft unverbrüchlich festhalten werde, daran fällt es mir nicht ein zu zweifeln. Allein von anderen Seiten her macht man sich darüber Illusionen. Man rechnet einmal auf den außerordentlichen Zusammenfluß von gleichzeitigen Sorgen bei dem Berliner Kabinet, welches vor Allem seine Stellung im eigenen finanziellen Interesse bei der Verschmelzung des Steuervereins in den bisherigen Zollverein sicherzustellen haben werde

gegen tausenderlei stürmisches Verlangen der Mitinteressenten von innen und außen; ferner auf die Wirkung einer zahlreichen, unseren Antagonisten dienstbaren Presse, die geflissentlich alle handelspolitischen Verhältnisse in Deutschland als in Frage gestellt schildern muß, was wiederum seine Rückwirkung auf die Meinung des preußischen Publikums nicht verfehlen werde; schließlich auf die verschiedenen Parteigruppirungen selbst in der konservativen Partei in Berlin, denen gegenüber das gegenwärtige Kabinet die nöthige Kälte und Ruhe in den Verhandlungen nach außen hin nicht werde behaupten können. Ich sage, man scheint auf diese Umstände zusammengenommen zu rechnen, wenn man annimmt, das preußische Kabinet werde in eine sogenannte Transaktion mit Oesterreich über die handelspolitische Frage unter der Hand willigen, eine Transaktion, zu der meines Erachtens jede und alle Veranlassung fehlt und die daher nur aus freiwilligen Zugeständnissen von Preußen und Oesterreich bestehen könnte. Dies macht man sich im Auslande nicht klar, man glaubt, daß leere Prätensionen und Desiderien, weil sie in dieser und jener Form, bald in Dresden, bald in Frankfurt oder in Wien ausgesprochen und gleichzeitig in allen Zeitungen ventilirt werden, schon darum als thatsächlich berechtigte Forderungen angesehen werden müssen, die man nur durch einen angemessenen Vergleich beseitigen könne.

Ew. Excellenz haben es jederzeit in der Macht, diese Illusionen zu Schanden zu machen. Das feste und sichere Auftreten Preußens im Bewußtsein seiner ganzen Kraft und des unbestrittenen Uebergewichts, welches ihm nicht allein die geographische Lage des Staats, sondern auch seine glänzenden inneren Verhältnisse gewähren, wird bald die künstlich verdunkelte Atmosphäre auf dem handelspolitischen Felde in Deutschland aufklären, und jeder alte und neue Genosse unseres Handelsbundes wird sich wiederum an der geeigneten Stelle bei unserer Fahne ordnen, auch diejenige Disziplin von Neuem zu beobachten haben, welche die Macht des Zollvereins bisher ausschließlich unserer Leitung anvertraute.

Durch Lärmen und Schreien von allen Seiten hofft man Preußens stolze Ruhe und Geduld erschüttern zu können. Man wird sich getäuscht haben, wenn Preußen wie ein Fels im Meere steht und unbeweglich ausharrt, bis der Sturm sich gelegt hat, und dann erst an die Lösung der ihm ausschließlich in Deutschland zugefallenen Aufgabe von Neuem die Hand legt.

Vergeben mir Ew. Excellenz diesen langen Vortrag mein patriotischen Wünsche; Eines wenigstens erhellt daraus, daß i auf die gesicherte Zukunft der preußischen Machtentwickelung f vertraue, wenn wir nur nicht um ein Haar breit weichen von de mühsam errungenen Standpunkte, den wir bis zum Jahre 18 durch Deutschland zu Europa eingenommen haben."

Hannover, den 14. Dezember 1851. Der Gesand Graf Nostitz theilt Manteuffel mittelst eigenhändige Privatschreibens mit, daß die Wahlen der Kommission zur Prüfun des Traktats vom 7. September sehr günstig ausgefallen seie

„Von den sieben Mitgliedern der ersten Kammer sind fü für und nur zwei gegen denselben. Die Mitglieder in der zweite Kammer sind sämmtlich für den Traktat, und da die gewählte Mitglieder beider Kammern sich zu einer vereinten Kommissio verbinden, so ist das numerische Verhältniß zwölf für und zw gegen. Stüve, welcher meinem früheren Bericht zufolge zuer die Wahl in Minden ausgeschlagen, hat jetzt das Mandat an genommen, nachdem man ihn von jedem zu machenden Versprech entbunden. Wahrscheinlich wird Herr Stüve nun seinen Pla in der Kammer nehmen, sich aber, wie ich aus ziemlich sichere Quelle weiß, nicht gegen den Traktat aussprechen, insofern ein Einigung wegen der Osnabrücker Bahn erfolgt, was ich nach de mir von Ew. Excellenz gemachten telegraphischen Mittheilung nun mehr mit Zuversicht hoffe.

Herr v. Schele, welcher gestern nach der Kammersitzung mi einen Besuch machte, erwähnte der großen Opposition, welche di Regierungsvorlagen in den Kammern gefunden, glaubt aber, da durch ein ruhiges und konsequentes Festhalten der von den Ministerium eingeschlagenen Bahn auch die Kammern zu eine richtigen Anschauung des wahren Landesinteresses gelange würden. Man hat die Absicht, für die Zeit, welche die Kommissio zur Prüfung des Traktats vom 7. September bedarf, die Kammer zu vertagen, dies wird vielleicht schon nächsten Dienstag, vielleic erst Donnerstag geschehen, und hofft man, daß durch diese Ve

tagung, in welcher die Deputirten ins Land zurückkehren, sie wenigstens theilweise eines Besseren belehrt werden sollen.

Im Laufe des heutigen Tages sind die Minister Bacmeister und Windthorst bei mir gewesen; Beide äußerten in Betreff ihrer Stellung zu den Kammern die Ansichten, welche ich von Herrn v. Schele gehört. Man will ruhig abwarten, in welcher Stimmung die Kammern nach der Vertagung sein werden; sollte sich dieselbe nicht verbessert haben, so will man sie auflösen und neue Wahlen veranlassen; wenn auch dies Mittel nichts hilft, erst zu weiteren Maßregeln schreiten. Im Allgemeinen ist die Hoffnung auf den Bund gegründet; man rechnet darauf, daß durch seine Hülfe und Autorität eine Revision der hiesigen Verfassung erzielt werden wird, und wird sich sehr gern zum Vollstrecker von Bundesbeschlüssen machen.

Aus dem hier Gesagten werden Ew. Excellenz abnehmen, daß in diesem Augenblicke das Ministerium noch keine feste Stellung eingenommen, und zu beklagen ist, daß selbst die Partei, aus deren Mitte die meisten Mitglieder genommen worden, ihr keine eigentliche Stütze gewähren, weil ihnen, wie die neue »Bremer Zeitung« sich ausspricht, das Auftreten des Ministeriums nicht kräftig erscheint. Soviel ist gewiß, daß dasselbe aus sehr klugen und rechtlichen Männern zusammengesetzt ist, es sind aber Alles Juristen, denen jedes Oktroyiren ein Gräuel ist und die sich nur auf gesetzlichem Wege vorwärts helfen wollen; ob dies nun gehen wird, muß die Zeit lehren."

Paris, den 11. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt theilt Manteuffel in einem Privatschreiben mit, die Polemik der »Kreuzzeitung« gegen Napoleon käme ihm äußerst ungelegen, sei ihm übrigens auch unverständlich.

„Ein Bonapartistischer Despotismus braucht ihr nicht zu gefallen, aber die antirevolutionären Maßregeln, welche derselbe ergreift, sollten von einem Organ der Reaktion nicht angegriffen werden. Ueberdies greift die »Kreuzzeitung« den Grafen v. Chambord und die legitimistische Partei an, und die beiden

Vergeben mir Ew. Excellenz diesen langen Vortrag meiner patriotischen Wünsche; Eines wenigstens erhellt daraus, daß ich auf die gesicherte Zukunft der preußischen Machtentwickelung fest vertraue, wenn wir nur nicht um ein Haar breit weichen von dem mühsam errungenen Standpunkte, den wir bis zum Jahre 1848 durch Deutschland zu Europa eingenommen haben."

Hannover, den 14. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Nostitz theilt Manteuffel mittelst eigenhändigen Privatschreibens mit, daß die Wahlen der Kommission zur Prüfung des Traktats vom 7. September sehr günstig ausgefallen seien.

„Von den sieben Mitgliedern der ersten Kammer sind fünf für und nur zwei gegen denselben. Die Mitglieder in der zweiten Kammer sind sämmtlich für den Traktat, und da die gewählten Mitglieder beider Kammern sich zu einer vereinten Kommission verbinden, so ist das numerische Verhältniß zwölf für und zwei gegen. Stüve, welcher meinem früheren Bericht zufolge zuerst die Wahl in Minden ausgeschlagen, hat jetzt das Mandat angenommen, nachdem man ihn von jedem zu machenden Versprechen entbunden. Wahrscheinlich wird Herr Stüve nun seinen Platz in der Kammer nehmen, sich aber, wie ich aus ziemlich sicherer Quelle weiß, nicht gegen den Traktat aussprechen, insofern eine Einigung wegen der Osnabrücker Bahn erfolgt, was ich nach der mir von Ew. Excellenz gemachten telegraphischen Mittheilung nunmehr mit Zuversicht hoffe.

Herr v. Schele, welcher gestern nach der Kammersitzung mir einen Besuch machte, erwähnte der großen Opposition, welche die Regierungsvorlagen in den Kammern gefunden, glaubt aber, daß durch ein ruhiges und konsequentes Festhalten der von dem Ministerium eingeschlagenen Bahn auch die Kammern zu einer richtigen Anschauung des wahren Landesinteresses gelangen würden. Man hat die Absicht, für die Zeit, welche die Kommission zur Prüfung des Traktats vom 7. September bedarf, die Kammern zu vertagen, dies wird vielleicht schon nächsten Dienstag, vielleicht erst Donnerstag geschehen, und hofft man, daß durch diese Ver-



gemacht (der ganz demüthig von Belgien [per Schub] hierher von seinem Feldzuge zurückgekommen ist). Es ist sehr ärgerlich, daß er hier eine Tribüne gefunden, um Schimpfreden zu führen; es scheint mir jedoch würdiger, dergleichen zu verachten, als ihn »wie eine Macht« zu behandeln und um seinetwillen die Politik zu verderben. Jedenfalls bleibt die Thatsache gewiß Ew. Excellenz Scharfblicke nicht verborgen: will Oesterreich sich dafür an den reisenden Engländern rächen, so bezahlen wir allein die Zeche, und man wird die Redensart von der Katze und den Kastanien auf uns anwenden. Ein wenig Geduld, und Palmerston stürzt, wenn man ihn nur ruhig fallen läßt! Die Königin ist nicht die am wenigsten Beleidigte und Aufgebrachte!

Ich würde fürchten müssen, Ew. Excellenz eine viel zu weitläufige Antwort auf die Frage zu senden, welche Sie mir die Ehre erzeigt haben, an mich wegen einer hiesigen Verfassungsfrage zu richten, wäre ich nicht überzeugt, daß Sie immer die volle Wahrheit wissen wollen. Die Art, wie England regiert wird, ist vollkommen verfassungsmäßig, aber traditionell: nirgends steht ein Wort darüber geschrieben, und sehr wenige Menschen wissen es, die nicht Premierminister hier gewesen sind.

Ich darf nicht hinzufügen, daß, wenn Ew. Excellenz über diesen Punkt oder irgend einen andern irgend eine Auskunft für Ihren persönlichen Gebrauch wünschen, ich mich sehr glücklich schätzen werde, wenn ich im Stande sein sollte, Ihnen bisweilen einige Minuten des Nachschlagens oder Nachfragens zu ersparen."*)

Paris, den 16. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Da ich, wie schon erwähnt, gehört hatte, daß die Polemik der »Kreuzzeitung« hier sehr verletzte und theilweise so ausgelegt wurde, als rühre sie von unserer Regierung her, so habe ich mich bemüht, diesen Eindruck zu verwischen. Ich begab mich zu dem Ende unter Anderem gestern zu Herrn Turgot.**) Nachdem ich ihm im Allgemeinen gesagt, daß die fremden Regierungen und unter diesen die meinige gewiß denjenigen Maßregeln, welche hier

*) Manteuffels Erwiderung findet sich S. 313, unterm 29. Dezember 1851.

**) Turgot, seit dem 3. Dezember der auswärtige Minister Napoleons.

gegen das revolutionäre Prinzip ergriffen würden, Beifall zollten und nur wünschen müßten, daß man auf diesem Wege fortschreite, fügte ich einige Worte über die Polemik in den Berliner Zeitungen hinzu. Die Aufnahme seitens des Ministers war überaus kalt, und er beschränkte sich darauf, mir zu erwidern, daß er genöthigt sei, meine Erklärungen anzunehmen. Ich konnte leicht erkennen, daß der Minister vorgefaßte Eindrücke hatte, und drängte ihn daher in freundschaftlicher Weise, sich offen und vertraulich gegen mich zu äußern. Er sagte mir demnächst, man sei zwar hier überzeugt, daß mein Ministerium nicht feindlich, sondern so denke, wie ich es andeutete, aber man könne nicht außer Acht lassen, daß die »Kreuzzeitung« das Organ einer Partei sei, deren Mitglieder sich theilweise in hohen Aemtern und in der nächsten Umgebung des Königs befänden. Er fügte hinzu, daß mithin wohl anzunehmen, daß, wenn Se. M. die geäußerten Ansichten völlig mißbillige, die Polemik des gedachten Zeitungsblattes nicht so sein würde, wie sie wäre. Es wurde mir bald klar, daß der Minister über diesen ganzen Gegenstand eine Menge Details, Notizen und Suppositionen empfangen hatte, die wohl nur aus einer Quelle geflossen sein konnten, der das Berliner Terrain nicht ganz fremd ist. Ich glaube nicht nöthig zu haben, anzuführen, in welcher Weise ich die vorgefaßte Meinung des Ministers zu berichtigen gesucht und ihm dargethan habe, daß der König und sein Kabinet natürlich nur dieselbe Anschauungsweise hegen könnten. Der Minister wurde demnächst ganz freundlich und zutraulich gegen mich.

Er äußerte sich im vollsten reaktionären Sinne. Er sagte mir, von einer wirklichen Preßfreiheit dürfe keine Rede sein, und der Präsident beabsichtige nicht die Wiedereinführung eines anderen als des unschädlichen Repräsentativsystems, wie es der erste Konsul eingerichtet habe. Er deutete mir an, daß die Regierung die Orleanisten für ihre Hauptfeinde halte, wogegen sie sich mit der legitimistischen Partei, mit Ausnahme der parlamentarisch Gesinnten in derselben, zu verständigen hoffe.

Durch die Polemik der »Kreuzzeitung« war der Leitartikel in Nr. 144 der »Preußischen Zeitung« wohl nöthig geworden. Meiner Ansicht nach würde es im Allgemeinen gut sein, daß die »Preußische Zeitung« als Regierungsorgan in Bezug auf die französischen Verhältnisse meist nur thatsächliche Notizen enthielte

und sich demgemäß darauf beschränkte, den hier ergriffenen antirevolutionären Regierungsmaßregeln Beifall zu schenken. Auch die aufzunehmenden Korrespondenzartikel scheinen mir sorgfältig überwacht werden zu müssen.

Ich habe es verschieben müssen, wegen des hannoverschen Vertrages Erkundigungen einzuziehen oder Schritte zu thun, da ich es mir zuvörderst angelegen sein lassen mußte, den Eindruck gänzlich zu verwischen, den ich zu Anfang dieses Briefes angedeutet habe.

Im Laufe meiner Unterredung mit dem Minister Turgot sprach mir derselbe auch von der Angelegenheit der Herzogthümer und äußerte, daß die deutschen Großmächte zu viel von Dänemark verlangten. Ich muß voraussetzen, daß Schritte in diesem Sinne von hier aus geschehen sind. Der Minister wies es ab, näher mit mir in diesen Gegenstand einzugehen."

Paris, den 16. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat und vertraulich:*)

„Hochgeneigtem Ermessen stelle ich anheim, ob Hochdieselben es für passend halten, an mich einen französischen Privatbrief ungefähr folgenden Inhalts zu richten:

1. Anerkenntniß der von dem Präsidenten der Sache der Ordnung geleisteten Dienste, indem er die anarchischen Schilderhebungen in Paris und in den Provinzen energisch bekämpft hat. 2. Aeußerung der Hoffnung, er werde durch seine ferneren politischen Maßregeln das revolutionäre Prinzip zu ersticken suchen und die Revolution fortdauernd bekämpfen. 3. In der Voraussetzung des unter Nr. 2 Gesagten könnte man die Sympathien und ein beifälliges Anerkenntniß, die den Präsidenten bei Vollführung dieses Werkes seitens der königl. Regierung begleiten würden, durchblicken lassen.

Von dem Staatsstreiche selbst dürfte natürlich keine Erwähnung zu thun sein.

*) An diesem Tage notirt Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 706: „Es ist doch merkwürdig, wie der Bonapartismus sein Haupt erhebt. Manteuffel und Quehl sind von ihm gefangen und glauben, daß schon Alles in Frankreich fertig ist. Der König ist ganz korrekt und billigt vollkommen die „Kreuzzeitung", was ihm viel Ueberwindung gekostet haben mag."

Im Falle Ew. Excellenz es für rathsam erachten sollte, mir einen solchen Brief zuzusenden, werde ich um die Ermächtigung bitten, demnächst nach Gutdünken und je nach den Umständen den Inhalt desselben an Personen, die an dem Gouvernement Theil haben, mittheilen zu dürfen."

Der Minister Manteuffel ging auf diesen Gedankengang bereitwillig ein und richtete unterm 21. Dezember eigenhändig an den Grafen Hatzfeldt eine lettre particulière, welche in der von uns angefertigten Uebersetzung, wie folgt, lautet:

„Wiewohl mein amtlicher Schriftwechsel Sie schon über den Gesichtspunkt unterrichtet hat, von welchem aus wir die letzten Ereignisse in Frankreich betrachten, so liegt mir daran, Ihnen direkt und für meine Person zum Ausdruck zu bringen, daß das Kabinet des Königs gern die wesentlichen Dienste anerkennt, welche der Präsident der Republik der Sache der Ordnung und der Sicherheit der Regierungen geleistet hat, indem er die Umtriebe der Feinde der Staatsgewalt durchschaute und durch geschickt ersonnene und mit Energie durchgeführte Maßnahmen die aufrührerischen Bewegungen, welche in Paris und in den Departements ausgebrochen waren, unterdrückte. Je mehr wir stets überzeugt waren, daß die politischen Parteien, deren Helfer auf den Straßen kämpfen, niemals Beweisgründen oder der Autorität der Gesetze zugänglich sind, desto mehr zollen wir der Entschlossenheit Beifall, mit welcher Prinz Louis Bonaparte ihre Anschläge aufgedeckt und zerrissen und gegen sie die bewaffnete Macht gebraucht hat, um einen Sieg davonzutragen, der im voraus durch die Festigkeit, mit der die Truppen der Regierung den Kampf aufnahmen, gesichert war. Die Vernichtung der anarchistischen Partei ist eine unbestreitbare Wohlthat für Frankreich, welches nach so vielen Erschütterungen, nach so vielen unfruchtbaren Debatten endlich zu erkennen scheint, daß das erste Erforderniß eines Landes eine starke und entschlossene Regierung ist, welche nicht zaudert, sich selbst zu vertheidigen, um die öffentliche Ordnung und die Interessen Aller zu sichern.

Aber der Erfolg des Präsidenten der Republik wird auch den fremden Regierungen Vortheil bringen, wenn er, woran wir nicht zweifeln, muthig seinen Weg weiter schreitet, und wenn er auf die Unterdrückung der Partei, welche er in Paris niedergeschlagen, aber noch durchaus nicht vernichtet hat, beständig seine Anstrengungen richtet. Diese Aufgabe schreibt ihm der errungene Sieg vor. Das Kabinet des Königs ist überzeugt, daß er sie übernimmt und zu Ende führen wird. Indem er so handelt, wird sich Prinz Louis wohlverdient um

sein Land machen, das Wohlergehen und Gedeihen desselben sichern, und die französische Regierung wird unter den Auspizien ihres gegenwärtigen Leiters unter den europäischen Mächten den Rang einnehmen der ihr zukommt und den sie bei dem Siege der Irrlehren und der anarchistischen Partei unfehlbar verloren haben würde."

Hatzfeldt machte, wie wir später sehen werden, zunächst nur von der offiziellen Depesche Gebrauch und behielt sich vor, bei passender Gelegenheit noch den Inhalt der lettre particulière zur Kenntniß von Personen zu bringen, die in Paris an der Macht waren.

Frankfurt a. M., den 17. Dezember 1851. Frhr. v. Canitz, als Ministerresident beglaubigt bei den Höfen Darmstadt, Wiesbaden und dem Senat in Frankfurt a. M. an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ueber die unsern Interessen feindlichen Einwirkungen, die in Darmstadt, hier und in Nassau schon vor meiner Herkunft stattgefunden, sind Ew. Excellenz durch Herrn v. Bismarck bereits unterrichtet.

In Nassau hat neben der mit Bayern vielfach in verwandtschaftlicher Beziehung stehenden Aristokratie und den Kanälen, welche die Garnison in Mainz geboten, auch der Erzherzog Stephan, der da auf dem Lande lebt und sich gern in Wien rehabilitiren möchte, in dem Sinne gewirkt. Der Herzog ist diesen Einflüssen sehr zugänglich und hat leider Niemand um sich, der mit Entschiedenheit ihm gegenüber auftrete, um ihn in der seinen wahren Interessen entsprechenden Bahn zu erhalten.

Ich habe alle Ursache zu hoffen, daß mein persönliches Verhältniß zum Herzog sich günstig gestalten werde. Sobald ich ihm erst näher bekannt bin, werde ich daran gehen, um womöglich manche Illusionen zu verscheuchen.

Die Pariser Ereignisse haben für den Augenblick bei den kleinen Herren das den augenblicklichen Verhältnissen nicht entsprechende Gefühl von Selbständigkeit gestärkt.

Herr v. Wintzingerode*) hat die besten Absichten, in der schwebenden Frage aber wenig Einfluß.

* Der Präsident des nassauischen Staatsministeriums.

Eine Unterredung mit einem näheren Bekannten aus meiner Münchener Zeit, den ich hier gefunden und der die dortigen Verhältnisse genau kennt, hat mich in der Ueberzeugung bestätigt, daß es dort nicht an Leuten in hoher amtlicher Stellung fehlt, welche den Austritt Bayerns vom Zollverein für eine große Kalamität ansehen.

Er sagte mir: »Hätten wir gar keine Verhandlungen mit Wien, so würden wir gezwungen sein, Alles anzunehmen, was man uns in Berlin diktirt. Hier in Frankfurt hält die große Majorität im Senat entschieden am Zollverein fest. Man möchte aber in der Form gegen Niemand anstoßen.«"

Paris, den 18. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat vertraulich:

„Herr Guizot*) sprach sich gestern in vertraulicher Weise ungefähr folgendermaßen gegen mich aus:

Wenn der Präsident konsequent und energisch auf dem eingeschlagenen Wege fortschreite, d. h. die Demagogie erdrücke und gefährliche Institutionen beseitige, so leiste er Frankreich und Europa einen großen Dienst. Man müsse ihn also gewähren lassen, ihm gegenwärtig keine Opposition machen und nur wünschen, daß er auch die Aufgabe, hier reinen Boden zu machen, löse. Das Bonapartistische Regiment möge nun so lange dauern, wie es könne. Nach ihm würde es ein Vortheil für eine Monarchie sein, reinen Boden zu finden und von dem Regressivsystem etwas nachlassen zu können. Der jetzige Zustand werde dazu dienen, die Einigung zwischen den Anhängern der beiden Bourbonischen Linien zu befördern. Die Gefahr einer Orleanistischen Restauration habe bestanden und diese wäre das Schlimmste gewesen. Er glaube nicht, daß die jetzt emporgekommene Gewalt eine sehr lange Dauer haben werde, aber auf sie könne Besseres folgen, als wenn der gegenwärtige Zustand gar nicht eingetreten wäre. Die fremden Mächte hätten allen Grund, mit dem, was hier vorgehe, zufrieden zu sein, und in Frankreich müßten die verschiedenen Fraktionen der Ordnungspartei der Regierung keine Opposition machen, solange sie antirevolutionär verfahre und ihre Aufgabe nicht gelöst habe."

*) Guizot, der bekannte französische Schriftsteller und Parlamentarier.



(Eigenhändig.) „Ich habe gestern eine längere vertrauliche Unterredung mit Herrn v. Persigny gehabt. Abgesehen von manchen interessanten Notizen, welche sich auf die Vorbereitungen zum Staatsstreich vom 2. Dezember beziehen, die ich mir vorbehalten muß, später gelegentlich zur Kenntniß Ew. Excellenz zu bringen, hat mir die gedachte Unterredung erlaubt, Manches von den Plänen der neuen Regierung näher aufzuklären.

Herr v. Persigny sagte mir unter Anderem, daß, was die Presse angehe, die Ansichten der Regierung über das innezuhaltende Verfahren ziemlich festständen. Die Censur biete einerseits keine hinlängliche Garantie dar, da es fast unmöglich wäre, eine große Anzahl tüchtiger Censoren zu finden, und andererseits wäre das Wort Censur sehr unpopulär. Man werde es daher vorziehen, die Presse der administrativen Willkür der Regierung zu unterwerfen. Wenn ein Journal wisse, daß sein Fortbestehen einzig und allein von dem bon plaisir des Gouvernements abhänge und daß dieses nicht gesonnen sei, sich angreifen zu lassen, so würde die Presse hierdurch noch mehr als durch die Censur gezügelt werden. Strenge Strafgesetze gegen Preßvergehen würden natürlich überdies erlassen werden. Da Herr v. Persigny sich rücksichtlich der Presse ungefähr in derselben Weise wie Graf Flahault gegen mich geäußert hat, so ist wohl anzunehmen, daß in Bezug auf diesen Punkt der Plan der Regierung ziemlich feststehend ist.

Ich machte Herrn v. Persigny bemerklich, daß meiner Ansicht nach die Regierung gut thun würde, die Feststellung der neuen Konstitution nicht zu übereilen und sich Zeit zu lassen, wohl zu überlegen, welche Institutionen sie dem Lande geben wolle, da, wenn sie in dieser Beziehung Fehlgriffe thäte, die nachtheiligen Folgen später schwer zu beseitigen sein würden. Herr v. Persigny erwiderte, daß dies freilich richtig sei, man jedoch andererseits die gegenwärtige Stimmung des Landes benutzen müsse, um die neuen Institutionen festzustellen, da später gewisse Einrichtungen vielleicht nicht mehr so leicht und gut aufgenommen werden würden. Ich glaubte aus dieser Aeußerung folgern zu müssen, daß der Präsident und seine Vertrauten die Absicht haben, nicht sehr lange mit der Promulgation der neuen Konstitution zu zögern.

Ich bemerkte, daß, da der Präsident sich durch die von ihm schon eingeschlagene Bahn nothwendig die Anhänger des parlamentarischen Prinzips und die Männer der Presse zu fast unver-

söhnlichen Feinden gemacht habe, ich der Ansicht sei, daß seine Regierung sich nicht lange werde halten können, wenn sie gestatte, daß man sie entweder von einer parlamentarischen Tribüne oder im Wege der Presse diskutire. Was die Presse anbetreffe, so scheine die Regierung sich von derselben nicht angreifen lassen zu wollen; es bliebe demnächst aber ein zweiter Hauptpunkt zu berücksichtigen, nämlich der der Gestaltung der Volksrepräsentation.

Herr v. Persigny sprach mir hierauf von einem Senat, dessen Mitglieder durch den Präsidenten ernannt werden würden. Was die Wahl der Mitglieder eines zweiten parlamentarischen Körpers anbetreffe, so müsse diese das allgemeine Stimmrecht zum Grunde haben. Er deutete an, daß die direkte Wahl der Deputirten einer durch manche Abstufungen vorzuziehen sei. Die Kammer werde keine eigene Initiative besitzen, sondern nur Vorlagen der Regierung zu prüfen haben. Man sei noch ungewiß darüber, ob die Kammerverhandlungen öffentlich oder geheim sein würden, ferner darüber, ob jeder einzelne Deputirte das Recht haben würde, die Regierungsvorlagen zu diskutiren oder ob nur, nach der Konstitution der Konsularzeit und des Kaiserreichs, die Diskussion sich darauf beschränken würde, daß Bevollmächtigte der Regierung die Vorlagen derselben vertheidigten, während von der Kammer ernannte Kommissarien ein Gutachten darüber vorzutragen hätten.

Die Beseitigung des Instituts der Nationalgarde stellte Herr v. Persigny als sich von selbst verstehend in Aussicht. Er wies ferner darauf hin, daß gegen die Demagogie in regressiver Hinsicht schon Vieles geschehen sei, aber noch mehr geschehen werde.

Er sprach mit großer Besorgniß von der dem Leben des Präsidenten drohenden Gefahr, indem derselbe gegen etwaige meuchelmörderische Attentate nicht hinlängliche Vorsichtsmaßregeln nehmen wolle. Er deutete an, daß namentlich die Generale sehr besorgt über die Zustände wären, welche eintreten könnten, wenn gegenwärtig dem Leben des Präsidenten plötzlich ein Ziel gesetzt würde. Ich glaubte bemerken zu müssen, daß mir in dieser Beziehung auch schon von anderer Seite her Andeutungen zugegangen sind. Es wird einestheils behauptet, daß die bedeutende Kommandos führenden Generale sich über die Maßnahmen zu verständigen suchten, welche zu treffen sein würden, wenn dem Leben des Präsidenten plötzlich ein Ende gemacht würde. Anderentheils glaubten



einige Personen, daß der Präsident selbst für diesen Fall Einrichtungen zu treffen suchte.

Den Gedanken eines Krieges mit auswärtigen Mächten wies Herr v. Persigny, als den gegenwärtig hier bestehenden Verhältnissen gar nicht entsprechend, gänzlich zurück.*)

Ich höre auf Privatweg, daß denjenigen unserer Offiziere, die Urlaub nach Frankreich hatten, der Befehl gegeben ist, die Grenze nicht zu überschreiten. Mir scheint diese Maßregel kaum geeignet, da, wie ich glaube, Alles vermieden werden muß, was einen feindlichen oder auch nur unfreundlichen Charakter gegen hier trägt.

Personen, die mit dem Elysée in Verbindung stehen, haben gegen den Herrn Kisseleff die Aeußerung gethan, daß, wenn Preußen vielleicht den Entschluß faßte, Neufchatel wieder in Besitz zu nehmen, dies für Frankreich ein guter Prätext sein könnte, Genf zu besetzen und dem dortigen Unwesen ein Ende zu machen. Während Herr v. Hübner die eventuelle reaktionäre Einmischung des jetzigen Frankreichs in der Schweiz und sogar in Belgien nicht mit Mißfallen ins Auge zu fassen scheint, ist Herr Kisseleff der Ansicht, daß man die hiesige Regierung ja nicht durch auswärtige Fragen von ihren inneren Angelegenheiten abziehen darf, da das, was sie im Innern thun solle, später auch für das Ausland entscheidend."**)

Hannover, den 20. Dezember 1851. Der Regierungsassessor Rudloff berichtet privatim dem Minister Manteuffel über Gespräche mit verschiedenen dortigen Notabilitäten.

„Ich erlaube mir, von der Ueberzeugung geleitet, daß die österreichischen Sympathien durch ein vorsichtiges und überall berechnetes Benehmen Preußens zu besiegen sein werden, zu Ew. Excellenz Kenntnißnahme die mir schon vielfach vorgehaltene Thatsache zu bringen, daß in der letzten Zeit Gesuche hannoverscher Familien um Zulassung ihrer Söhne zum preußischen Militärdienst meist

* Unterm 19. Dezember 1851 notirt Gerlach, a. a. O., Band I, S. 709: „Der König hat Briefe von dem Prinzen von Preußen, der auch für Napoleon eingenommen ist. Man vergißt, daß der Onkel fürstete die Bürstenbinder und bürstete die Fürstenkinder."

** Die Antwort Manteuffels findet sich S. 306, unterm 24. Dezember 1851

abgeschlagen, während dieselben in Oesterreich erfüllt seien. Es befinden sich augenblicklich etwa fünfzig Hannoveraner aus den angesehensten Familien in der kaiserl. Armee, welche, mit besonderer Aufmerksamkeit dort behandelt, unverkennbar einen für Oesterreich günstigen Einfluß auf ihre Angehörigen ausüben.

Gegen Ew. Excellenz habe ich das offene und vertrauensvolle Entgegenkommen der Herren Minister v. Schele, Bacmeister und Windthorst zu rühmen. Herr v. Schele sprach über die Schwierigkeit der Verhältnisse und die Nothwendigkeit seitens des Bundestages, zunächst für die kleineren nördlichen Staaten die Unmöglichkeit anzuerkennen, mit den noch geltenden Verfassungen ein festes konservatives Regiment zu führen. Obwohl Minister Windthorst und Bacmeister kein Vertrauen zu der Mehrzahl der Bundestagsgesandten äußern, so hoffen sie doch wesentlich eine Besserung hiesiger Zustände vom Bundestage. Ich weiß nicht, ob es Ew. Excellenz hohen Intentionen entsprechen würde, wenn ich bei weiteren Unterredungen den Gedanken suppeditirte, genauer auf die Wien—Berliner Rathschläge zu achten, als auf den nach eigener Ansicht ungewissen Bundestag zu hoffen. Meines unmaßgeblichen Erachtens werden die Minister, wenn sie den Kabinetten von Wien und Berlin vertrauen, eher zu energischen Maßregeln zu bewegen sein, welche durchaus nothwendig sind, während die Hoffnung auf eine spätere Entscheidung des Bundestages augenblicklich die Neigung zu Palliativmitteln erleichtert. Auch dürfte es innerhalb des Prinzips des Dualismus liegen, den mittleren Staaten beständig die leitende Regierung Deutschlands durch die beiden Großmächte vorzuführen und so die Nothwendigkeit des Anschlusses an die eine oder die andere klar zu machen.

Minister Bacmeister setzt die schwierige Lage des Ministeriums hauptsächlich in die provinzialständische Frage, weil einzelne Herren von der Ritterschaft entschieden weiter in ihren Forderungen gingen, als das Ministerium den Rechten der Krone gegenüber einräumen dürfe. Eine Verständigung durch Kommissarien des Ministeriums, der allgemeinen Stände und der Provinziallandschaften soll versucht werden, man zweifelt aber schon vor dem Beginne an dem Gelingen und sieht eine Entscheidung des Bundes voraus."

Berlin, den 21. Dezember 1851. Manteuffel an Graf Hatzfeldt in Paris eigenhändig privat:

„Ew. Hochgeboren erhalten heute das gewünschte französisch abgefaßte Schreiben;*) ich wünsche, daß es dem Zweck entsprechen möge.

Ew. Hochgeboren habe ich noch eine unangenehme Sache mitzutheilen.

Herr Mervin**) hat hierher geschrieben, nicht an mich, wohl aber an den König und an den Polizeipräsidenten. Ich kenne beide Briefe, obwohl Se. M. mir den an Höchstsie gerichteten nicht gegeben haben. Sie sind fast gleichlautend und schildern die Situation in Frankreich höchst ungünstig, wie es mir scheint, ohne alle thatsächliche Motivirung. Heute vormittag nun war Herr Lefèbre***) bei mir, um mich über den Vertrag wegen Ausschließung des Nachdrucks zu unterhalten. Wenn mich nicht Alles trügt, so kennt er den Inhalt eines dieser Schreiben und, wie es mir scheint, auch den Verfasser. Er war sehr gereizt, sprach von unberufenen Berichterstattern und deutete auf den italienisch klingenden Namen hin. Ich habe erwidert, daß ich außer Ew. Hochgeboren keinen Berichterstatter habe, daß Ihre Berichte mir vollkommen genügten, daß ich aber voraussetzen müsse, daß hiesige Zeitungen dort Berichterstatter hätten, welche mir indeß unbekannt seien. Die Entgegnung war ablehnend, so daß ich wohl merkte, es handle sich nicht um einen Zeitungskorrespondenten, sondern um einen Kavalier. Dies paßt nun zwar nicht ganz auf Mervin, kann aber auf seine Verbindungen sich beziehen.

Ich werde morgen Sr. M. von der Sache Kenntniß geben und hoffe, daß Herr Mervin infolge meiner gestrigen telegraphischen Weisung Paris und Frankreich verlassen haben wird."

* Gemeint ist der oben S. [illegible] abgedruckte Brief Manteuffels.

** Ein politischer Agent Preußens in Paris.

*** Armand Lefèbre, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Frankreichs in Berlin.

Hannover, den 23. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Nostitz an Manteuffel eigenhändig privat:

„Die jetzt von Hannover gemachten Anerbietungen in Betreff der Eisenbahn*) werden von uns angenommen werden müssen, wenn wir nicht den Traktat vom 7. September in Frage stellen wollen, dagegen haben mir sämmtliche Minister die Versicherung gegeben, daß nach Beendigung dieser Eisenbahnangelegenheit die Annahme desselben von den Kammern gesichert sei."

St. Petersburg, den 23. Dezember 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz lege ich heut Alles vor, was von hier zu berichten der Mühe werth ist.

Ich hoffe zuversichtlich, daß Hochdieselben mit der Ernennung des Herrn v. Budberg zum Gesandten**) zufrieden sind. Obgleich ich so dreist gewesen, Sr. M. dem Kaiser dafür schon zu danken, so haben Ew. Excellenz doch wohl noch die Gewogenheit, mir einen besonderen Auftrag dazu durch eine französische Depesche zu ertheilen. Des Baron Budberg sämmtliche Depeschen sind ganz ausgezeichnet gut, vornehmlich waren es die letzten vom 13./1. cr. Auch General Graf Benckendorff ist ganz vortrefflich für uns gewesen, und beide jungen Männer sind nicht besser für uns zu wünschen. Nur Graf Münster hat stets über sie zu klagen. Er mag bedenken, daß Beide sehr gerecht im Urtheil und sehr behutsam sind. Sie klatschen niemals und ziehen die Wahrheit dem Wunsche, dem Kaiser etwa zu gefallen, vor. Ich kann in der That darüber besser urtheilen, wie Graf Münster, da ich alle ihre Depeschen lese und selbst die Privatbriefe an den Grafen Nesselrode. Es ist ein großes Unglück, so klug zu sein wie Graf Münster; es kann

*) Es handelte sich um den hannoverschen Bau einer Eisenbahn von Emden bis zur Grenze und von Osnabrück nach Löhne, um den preußischen Bau der Strecke von Münster nach Osnabrück sowie um Verabredungen über den Eisenbahnbetrieb von Münster nach den Niederlanden und von Emden bis Löhne theils unter ausschließlich preußischer, theils ausschließlich hannoverscher Verwaltung.

**) scil. in Berlin.

ihm Niemand recht machen, und über Alles hat er zu tadeln. Ich bin in meiner Beschränktheit glücklicher!

Graf Hompesch quält mich aufs Neue, und die Gräfin bombardirt die Kaiserin mit Briefen und der Bitte, den Kaiser dahin zu vermögen, an Ew. Excellenz zu schreiben und Hochdieselben zu veranlassen, ernster zu des Grafen Hompesch Gunsten einzuschreiten und eine Anleihe von 100 000 Rubel zu garantiren. Des Kaisers Wille wäre bei uns Befehl u. s. w. Sie beschwert sich sehr über die in Berlin herrschende Unentschlossenheit und das Schwanken der Ideen. Des Grafen Hompesch Benehmen gegen Herrn Nothomb und seine falsche Auslegung des Schreibens an Graf Nesselrode lassen noch besorgen, daß dieser rheinisch-belgische Graf das klare Urtheilsvermögen verloren hat.

Mit der »Kreuzzeitung« bin ich ausnehmend unzufrieden. Es ist ganz unglaublich, welche Konfusion in den Köpfen der deutschen Journalisten herrscht.

Man schreibt mir, daß Herr v. Bismarck im Januar wieder nach Berlin kommen soll, und der Geschäftsträger Herr v. Canitz*) statt seiner bei dem Bundestag beglaubigt werden soll. Ich besorge, wenn Ew. Excellenz auf diese Ideen eingehen sollten, Oesterreich gleich auch einen zweiten Bundestagsgesandten ernennt, und daß Preußen alsdann niemals das Präsidium erhält. Ich glaube, daß wir dies zu vermeiden haben. Ich darf wohl hoffen, daß Ew. Excellenz mir diese unberufene Bemerkung nicht übel nehmen werden. Herr v. Bismarck mag uns allerdings sehr in Berlin fehlen, allein die Gefahr, die ich in seiner Entfernung von seinen Posten voraussehe, ist gewiß vorhanden.

Ew. Excellenz werden mit dem, was Graf Nesselrode nach Wien über des Fürsten Schwarzenberg rücksichtsloses Benehmen gegen Preußen geschrieben, zufrieden sein. Der Reichskanzler ist überhaupt nicht mehr ganz zufrieden mit dem Fürsten Schwarzenberg und sagte mir vorgestern abend: »Ich fürchte, daß es mit dem Fürsten Schwarzenberg auf die Länge nicht gehen wird.« Schon jetzt ist der Fürst ein kontinentaler Palmerston, er bindet nach allen Seiten an und ist vornehmlich sehr grob und voreilig.

Meinem amtlichen Berichte über die Art, wie man hier die Ereignisse in Frankreich ansieht, habe ich nichts hinzuzufügen. Der

*) [illegible] Anmerk. auf S. 90.

Kaiser sieht weder zu rosenfarb noch zu schwarz und ist dies ganz und gar im Gleichgewicht."

- - -

Berlin, den 24. Dezember 1851, abends 10½ Manteuffel an Graf Hatzfeldt in Paris eigenhä privat:

„Ew. Hochgeboren beehre ich mich auf das Schreiben 18. d. Mts.*) durch sich soeben darbietende Couriergelegenheit gendes zu erwidern:

Nach diesseitiger Auffassung hat Preußen sich zur Zeit j Einmischung in die dortigen Verhältnisse möglichst zu enthal Wenn aber der Fall eintritt, welchen man nicht herbeizufül hat, daß die dort vertretenen Mächte sich auf die Seite des K stitutionalismus oder auf die andere Seite zu stellen haben, muß Preußen entschieden auf dieser letzten stehen. Denn haben zwar eine Konstitution, welche wir auch nicht mit Gew beseitigen wollen, aber die Regierung und alle Vernünftigen Lande sind der Ueberzeugung, daß die eigentliche parlamentari Regierung für alle Kontinentalländer und ganz besonders Preußen verderblich ist; deshalb hat auch der gesunde Sinn unse Volkes die parlamentarische Regierung, welche doch die Konsequ des Konstitutionalismus ist, bisher abgewehrt, und wir sind Zuversicht, daß derselbe gesunde Sinn des Volkes uns in Stand setzen wird, jenes ohnehin abgelebte und verbrauchte Prin ohne Staatsstreich verfassungsmäßig aus unserem Lande zu bannen, indem wir die Vortheile konserviren, welche eine gesu einheitliche Vertretung des Landes gewährt. Indem wir die inneren Kampf im friedlichen und im Wege der Ueberzeugung du kämpfen, würde es thöricht sein, uns dort unter die Fahne Konstitutionalismus zu stellen. Im Gegentheil werden wir Stärkung, welche wir aus den Handlungen des dortigen Gouv nements entnehmen können, ohne sie nachzuahmen, dankbar gegennehmen und auch aus diesem Dank kein Hehl machen.

Anlangend die auswärtige Politik des Prinzen-Präsiden so theile ich mehr die Ansicht des Herrn Kisseleff als die des He Hübner. Es liegt nicht in unserem Interesse, das Reifwerden

*) Vgl. S. 298.

dortigen inneren Entwickelungen durch auswärtige Komplikationen zu unterbrechen. Dagegen wird es gut sein, sobald die Frage nahe tritt, darüber keinen Zweifel zu lassen, daß wir weder für die Schweiz, welche uns wie Frankreich ein höchst gefährlicher und schwer zu ertragender Nachbar ist, noch für Belgien, den Sitz der Falschmünzerei des englischen Liberalismus und das ebenso verführende als trügerische Vorbild parlamentarischen Regiments Sympathie haben und dafür den Handschuh aufzunehmen gedenken. Für Belgien werden wir dies um so weniger zu thun Veranlassung haben, als hier in erster Linie England auftreten wird, und wir die Ereignisse in zweiter Linie abwarten können. Will der Prinz-Präsident den Mißbrauch des Asylrechts in der Schweiz rügen, so werden wir auf dem Bundestage, dem bereits Anträge der badischen Regierung vorliegen, beistimmen, unsererseits aber möchten wir die Initiative schon um deshalb nicht nehmen, weil man uns gleich Neuenburger Hintergedanken beimessen würde. Diese Angelegenheit wünschen wir in der eingeleiteten Weise ganz friedlich weiter gefördert zu sehen, freilich unter Benutzung der sich darbietenden Vortheile der Situation, aber ohne alle Aussicht auf Waffenentscheidung. Kommt eine solche aus anderen Gründen, dann werden wir die Gelegenheit wahrnehmen, auch wegen dieser Sache unser Gewicht geltend zu machen.

In Summa, wir wünschen nicht, daß Frankreich jetzt in auswärtige Fragen verwickelt werde, wir wünschen, daß es seinen inneren Kampf gründlich durchkämpfe und durch die Art, wie dies geschieht, mit den ultraliberalen und demokratischen Regierungen gespannt, aber vor der Hand nicht in Krieg gezogen werde."

Paris, den 24. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel vertraulich privat:

„Da Ew. Excellenz mir mittelst des vertraulichen Schreibens vom 15. d. Mts. freistellten, dem Minister Turgot den Inhalt der offiziellen Depesche Nr. 25 mitzutheilen, so habe ich dies um so mehr thun zu müssen geglaubt, als ich unter der Hand in Erfahrung gebracht habe, daß gestern Herr Hübner ebenfalls dem Minister Turgot Mittheilung einer umfangreichen freundlichen Depesche des Fürsten Schwarzenberg gemacht hat. In welcher Weise sich Herr Turgot gegen mich ausgesprochen hat, als ich ihm

die Depesche Nr. 25 vorlas, werden Ew. Excellenz aus meinem
ziellen Berichte ersehen.

Demnächst berührte Herr Turgot noch einen anderen Pu
jedoch mit dem Bemerken, daß solches nur in ganz vertrauli
Weise geschehe. Er sagte mir, die auswärtigen Mächte möchten
nicht so ungeduldig sein und nicht sofort infolge der hiesigen Er
nisse auf allen Punkten eine reaktionäre Umwälzung hervorr
wollen. Letztere werde sich in den kleineren Nachbarstaaten Fr
reichs von selbst machen. Auf dem Kontinent seien seit sechzig Jah
die politischen Ideen und die Veränderungen in den Regierun
formen anderer Staaten stets durch die französischen Ereignisse
dingt worden. Es sei also wohl anzunehmen, daß, wenn in Fr
reich Alles umgewandelt werde und Institutionen verschwänden,
sich eben von hier aus über andere Länder verbreitet hätten, dies n
ohne Rückwirkung auf die nächsten Nachbarn Frankreichs blei
könne. Gäbe man sich aber den Anschein, als müßten die kleine
Staaten unverzüglich ihre Verfassungen umwerfen, weil Frankr
ihnen keinen moralischen Halt mehr gewähre, und als müßten
daher den Anforderungen ihrer größeren Nachbarn gehorchen,
verletze man das Nationalgefühl und führe letzteres dem libera
Prinzip zum Bundesgenossen zu. Durch zu große Ungeduld la
man Gefahr, die sonst nothwendig eintretende Reaktion zu k
promittiren. Man möge das Beispiel Frankreichs und die Rü
schläge des letzteren wirken lassen.

Ich erwiderte dem Minister auf diese Bemerkungen, daß
Ansichten, die er mir ausspreche, offenbar durch Wahrnehmun
über die Dispositionen gewisser Kabinette hervorgerufen sein müßt
Wenn er auf kleinere Nachbarstaaten hindeute, so könnten da
wohl nur Belgien, die Schweiz und Sardinien gemeint sein.
wisse nun aber bisher nicht, daß seitens meiner Regierung
geduld bezeigt werde, die in jenen Ländern herrschenden Zustä
unverzüglich beseitigt zu sehen. Es wäre mir daher auch schn
die Anwendbarkeit der von ihm gemachten Aeußerungen recht c
zufassen. Der Minister sprach sich demzufolge in einer Weise ge
mich aus, die mir keinen Zweifel darüber lassen ka
daß österreichischerseits bereits Eröffnungen über die V
hältnisse in den zwischen beiden Großmächten liegenden Staa
gemacht worden sind. Ich vermuthe, daß diese Eröffnungen
sowohl auf Sardinien als auf die Schweiz beziehen, und wird n

wahrscheinlich zuvörderst zu gemeinschaftlichem Sprechen und, sollte dies nicht fruchten, zu gemeinschaftlichem Handeln die Bereitwilligkeit haben durchblicken lassen. Die oben bezeichneten Eindrücke des Ministers Turgot müssen offenbar bei ihm durch eine Mittheilung seitens irgend einer fremden Großmacht hervorgerufen worden sein. Da mir dies einleuchtete, so stellte ich meine Fragen in der Art, daß der Minister bald damit herausrückte, es seien österreichische Eröffnungen, und zwar solche, die sich besonders auf eine Beseitigung der konstitutionellen Zustände in Sardinien bezögen (wie ich glaube, ist auch von der Schweiz gesprochen worden), die seine vertrauliche Aeußerung obiger Ansichten gegen mich hervorgerufen hätten.

Wenn ich mich nicht täusche, so ist die hier herrschende Empfindung ungefähr folgende: Man will zwar die Reaktion in den kleinen Nachbarländern, aber man zieht vor, daß sie infolge des moralischen Eindruckes der hiesigen Ereignisse erfolge, als sie durch ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Oesterreich (wodurch natürlich das Ansehen des Letzteren wenigstens formell wachsen würde) hervorzurufen.

Ganz zufällig, indem mir der Minister den Wunsch ausdrückte, Preußen möge sich bereitwillig finden lassen, einen Vertrag gegen den fremden Nachdruck litterarischer Werke abzuschließen, erwähnte derselbe, daß Belgien jetzt sehr eifrig das Zustandekommen eines neuen Handelsvertrages mit Frankreich betreibe und, während es früher sehr zähe in letzterer Beziehung gewesen sei, gegenwärtig gemäßigter in seinen Forderungen auftrete."

Paris, den 25. Dezember 1851. Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Ich habe soeben eine Unterredung mit Lord Normanby gehabt, aus der ich klar entnommen, daß die von mir geäußerte Ansicht richtig. Palmerston ist gestürzt,*) weil das Whig Ministerium Alles, was hier vorgefallen, mißbilligend, nicht in gutem Einvernehmen mit Frankreich leben zu können glaubt und daher Palmerston be

*) Am 22. Dez. 1851 war Palmerston zurückgetreten infolge der übereilten, ohne die Genehmigung der Königin oder des Kabinets ertheilten Anerkennung des französischen Staatsstreichs vom 2. Dezember 1851.

seitigen wollte, um seine Beziehungen zu den nordischen Mächten weniger feindlich und gereizt gestalten zu können.

Graf Flahault reist heute ganz unerwartet nach London.

Hübner ist sehr sanguinisch in Erwartung aller der schönen Reaktionsresultate, die die hiesigen Begebenheiten in andern Ländern hervorrufen sollen. Es ist klar, daß Oesterreich sich sehr eifrig Frankreich zu nähern sucht und schon allerlei Pläne auf diese Annäherung baut. Kisseleff ist viel reservirter, obwohl er das Gute nicht unterschätzt, was durch das hier Geschehene erzeugt werden kann.

Allem Anscheine nach werden hier in nicht ferner Zeit große Veränderungen in der Organisation der Ministerien und in den Personen, welche denselben vorstehen, eintreten. Mehrere Ministerien sollen ganz eingehen, unter anderen, wie man glaubt, das des öffentlichen Unterrichts. Rücksichtlich des letzteren soll man sehr durchgreifende Maßregeln vorhaben und namentlich das Staatsmonopol abschaffen wollen. Es heißt, Graf Flahault werde sich entschließen, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Herr v. Morny äußert sich dahin, er werde wohl an die Spitze eines Ministeriums treten, das die Verwaltung des öffentlichen Unterrichts in sich schließe, ohne diesen Namen zu führen, und werde dann dafür Sorge tragen, unter den Professoren und Schullehrern aufzuräumen. Als Direktor der politischen Abtheilung soll der Gesandte in München, Thouvenel, bestimmt sein."

Paris, den 27. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel vertraulich und privat:

„Kurz nach Beendigung meines vertraulichen Privatschreibens vom gestrigen Datum, den Sturz Lord Palmerstons betreffend, war der englische Botschafter bei mir. Er sprach sich ganz vertraulich in folgender Weise gegen mich aus:

Nach den hier eingetretenen großen Ereignissen wäre vorläufig der Wille des Präsidenten das Frankreich allein leitende Prinzip. Diese Sachlage müsse Bedenken erregen, und habe das englische Kabinet daher darauf Rücksicht nehmen müssen, für eventuelle Fälle diejenigen Hindernisse hinwegzuräumen, welche sich freundschaftlichen Verhältnissen zwischen England und gewissen nordischen Großmächten entgegenstellten. Ein solches Haupthinder-

niß sei Lord Palmerston gewesen, da derselbe den Haß der meisten Kontinentalkabinette auf sich gezogen hätte, und sei es daher nöthig geworden, den gedachten Minister zu beseitigen. Als ich bemerkte, daß der Prinz Louis die Entfernung Lord Palmerstons bedauere, so erwiderte mir der Botschafter, wie solches insofern natürlich sei, als der gedachte Minister sich persönlich in vertraulichen Unterredungen sehr beifällig über den Staatsstreich und dessen Folgen ausgesprochen habe. Er fügte hinzu, wie er, der Botschafter, durch dieses Benehmen Lord Palmerstons in eine sehr schiefe Stellung gebracht worden sei, indem der erwähnte Minister natürlich nicht habe wagen dürfen, ihm schriftliche Instruktionen in Betreff der hiesigen Verhältnisse zu geben, die im Einklang mit den Aeußerungen desselben gegen Graf Walewski gestanden hätten, da letztere nicht den Ansichten der übrigen Mitglieder des englischen Kabinets und der allgemeinen Meinung in England entsprochen hätten. Aus diesem Umstande sei aber gefolgt, daß man das von ihm, Lord Normanby, beobachtete zurückhaltende Verfahren hiesigerseits so ausgelegt habe, als rühre dasselbe von einer persönlichen Mißstimmung des Botschafters her. Auf meine Frage, ob der allgemeine Unwille in England gegen das hier seit dem 2. Dezember Vorgehende wirklich so groß sei, als man behaupte, erwiderte Lord Normanby, dies sei in der That der Fall, da man in England einen alle Gesetze über den Haufen werfenden Staatsstreich und eine reine Willkürherrschaft nicht beifällig aufnehmen könne. Was übrigens seine Regierung anbetreffe, so sei diese der Ansicht, sie habe über hiesige innere Verhältnisse keine Meinung zu äußern. Er fügte hinzu, daß er sich freue, aus Notizen, die ihm von seinem Gouvernement zugingen, zu entnehmen, daß mein Kabinet in dieser Beziehung ebenso denke wie das englische. (?) Ich hielt mich nicht für verpflichtet, auf diese Bemerkung etwas zu antworten, obwohl ich glaubte, daß in der Auffassungsweise der jetzigen französischen Zustände seitens des Berliner und Londoner Kabinets ein bedeutender Unterschied besteht. Wenn Ew. Excellenz übrigens dabei keinen Uebelstand sehen, so würde es mir angenehm sein, gelegentlich einige Mittheilungen über das, was die königl. Regierung aus England vernimmt, zu erhalten. Lord Normanby erwähnte, es sei davon die Rede, die frühere Sitte wieder einzuführen (die seit 1848 aufgehört hat), daß der **Doyen du corps diplomatique** am 1. Januar eine Rede an den Staatschef richte. Der Botschafter

sprach sich sowohl hiergegen als gegen die Idee, das diplomati
Korps könne einem Tedeum beiwohnen, ziemlich entschieden a
Schließlich ließ Lord Normanby durchblicken, daß er seinen hiesi
Posten wohl nicht mehr lange behalten werde, indem er hoffe, G
neralgouverneur von Indien zu werden.

Der hier sehr einflußreiche Graf Flahault hat sich über d
Sturz Lord Palmerstons folgendermaßen geäußert: Bei der V
liebe des Prinzen Louis für englische Gebräuche und Sitten, hä
die beifällige Sprache den Präsidenten in der Hoffnung bestärk
können, es sei möglich, ein recht gutes Einvernehmen zwisch
einer Regierung, die sich in einer solchen Richtung wie die seini
bewege, zu erhalten. Ein Einfluß Englands hierselbst würde a
jedenfalls schädlich gewesen sein, und es sei insofern gut, daß Lo
Palmerston, der seine freundschaftlichen Beziehungen zum Pr
sidenten vielleicht benutzt haben würde, um Manches hierselbst Not
wendige zu verhindern, gestürzt worden sei."

Charlottenburg, den 28. Dezember 1851. Han
billet des Königs an Manteuffel:

„Theuerster Manteuffel! Aus Doctor Bunsens langer u
interessanter Depesche entnehme ich einen sehr gewichtigen Wi
für uns, den ich Ihnen in Form meiner neu gewordene
Ansicht hier mittheile in der Ueberzeugung, daß Sie selbst d
darin liegende Wahrheit erkannt haben. Es erscheint sehr wichti
daß wir zuerst aussprechen: daß alle Motive, die uns b
wogen, uns den Noten Oesterreichs und Rußlands hinsichtlich d
Flüchtlingsangelegenheit anzuschließen, durch Lord Palmersto
Austritt beseitigt seien; wir daher von diesem Schritte zurüc
treten. Es ist für unser Verhältniß zu England (dessen G
wicht mit jeden vierundzwanzig Stunden wächst) sehr entscheiden
wenn wir Zeit und Raum benutzend, die Ersten sind, die da
aussprechen. Die zwei anderen Großmächte werden ohne Zweif
nachfolgen, denn Ihre Absicht, Lord Palmerston zu stürzen, ist
über alle Erwartung erreicht. Eilen wir also — ich bi
dringend darum — und lassen Sie noch heut nacht zwei Zeilen

Bunsen abgeben, die das besagen, und dann die offizielle Note morgen folgen.*) Ich lege auf Beides den allergrößten Werth. Vale! Friedrich Wilhelm."

Charlottenburg, den 28. Dezember 1851, abends. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Bester Manteuffel! Ich habe im Drange meiner Ueberzeugung sogleich selbst Hand ans Werk gelegt und Bunsen geschrieben. Lesen Sie diese flüchtigen Zeilen an ihn, siegeln Sie dieselben und senden Sie (noch in dieser Nacht) ab, versteht sich mit einem Briefe von Ihnen, wenn Sie das gut finden. Vale!
Friedrich Wilhelm."

Berlin, den 29. Dezember 1851. Manteuffel an den Gesandten Bunsen in London eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz Schreiben vom 15. d. Mts.**) hat mir Veranlassung gegeben, in Betreff des v. Stechau die erforderliche Warnung nach Hannover gelangen zu lassen.

Der Wirksamkeit des Herrn Laspée wünsche ich allen möglichen guten Erfolg, kann indeß nicht bergen, daß ich dabei einige Bedenken habe, welche durch die mir über ihn inmittelst von anderen Seiten zugegangenen Mittheilungen gesteigert worden sind.

Der Fall in Betreff des Königsberger Falschmünzers ist hier in einer Weise geschildert worden, welche die Schuld des Mißlingens auf Laspée fallen läßt. Ich bin weit entfernt davon, mich zum Schiedsrichter zwischen den hierbei betheiligten sauberen Persönlichkeiten aufwerfen zu wollen, rathe aber zu großer Vorsicht, damit man nicht mit theurem Gelde eine Schlange bezahlt.

Was Ew. Excellenz von den Londoner Flüchtlingen sagen, ist vom dortigen Standpunkte aus gewiß sehr richtig, wennschon die neuesten Nachrichten aus England und Amerika einige Zweifel gegen die gänzliche Mittellosigkeit der Agitatoren aufkommen lassen. Für den diesseitigen Standpunkt aber ist die zwar beschämende aber darum nicht weniger wahre Thatsache nicht weg-

*) Näheres über diese Mittheilungen an Bunsen enthält der folgende Brief Manteuffels an Bunsen vom 29. Dezember 1851.

**) Vgl. S. 292.

zuleugnen, daß im Jahre 1848 eine Anzahl Aventuriers die Regierungen tief erschüttert und die Bevölkerung in einen sehr verderblichen Schwindel versetzt haben. Inmittelst haben nun zwar unsere Nerven an Reizbarkeit verloren und unsere Polizeisehnen an Straffheit gewonnen, immerhin aber muß man sich hüten, sich dem Vergessen und der Sicherheit so schnell zu überlassen. Als eine der guten Folgen des Pariser Ereignisses betrachte und acceptire ich es (so wenig ich die ganze Sache für nur irgend nachahmungswerth halte), daß dadurch der Zauber demokratischer Wichtigkeit wesentlich gebrochen ist. Wenn man dem rücksichtslosen Auftreten nur rücksichtslos entgegentritt, in dem Augenblicke der Gefahr sich nicht mit feinen Distinktionen zwischen Verführer und Verführten beschäftigt, wenn man seine Zeit nicht darauf verwendet, den Satansbaum zu okuliren, sondern ihn mit kräftiger Hand abhaut, dann würde die rechtmäßige Obrigkeit immer noch und viel sicherer als eine improvisirte das Heft in Händen behalten, und wenn sie das nicht thut, so ladet sie schwere Sündenschuld auf sich und trägt mit Recht Schmach und Schande davon.

Ew. Excellenz werden vor Empfang dieses Schreibens eine telegraphische Depesche erhalten haben, welche Ihnen in der Flüchtlingsangelegenheit Weisungen ertheilt. Denselben Gegenstand betrifft das hier beigefügte Schreiben Sr. M. des Königs,*) dessen Inhalt mir bekannt ist. Ich erlaube mir erläuternd noch zwei Worte hinzuzufügen, welche im engsten Vertrauen nur für Ew. Excellenz bestimmt sind. Bei meinem letzten Vortrage habe ich mich verpflichtet erachtet, Se. M. auf eine Gefahr aufmerksam zu machen, welche ich zwar als noch nicht wirklich bestehend, aber doch als möglich und vielleicht schon in dem Bildungsprozesse begriffen, bezeichnen zu müssen glaubte. Es ist nämlich sehr auffällig, wie zuvorkommend und geflissentlich das österreichische Kabinet sich dem imperialistischen Frankreich zu nähern bemüht ist, ja es sind Anzeichen vorhanden, daß man sogar zum Handeln nach außen drängt.

Unter den Motiven dürfte wohl das Bestreben, sich von der russischen Abhängigkeit frei zu machen, mitwirken. Die Erfolge eines gemeinsamen Auftretens lassen sich aber bei den großartigen

*) Gemeint ist das in dem zweiten Briefe des Königs erwähnte Handbillet Friedrich Wilhelms IV.

Kräften und bei den in Betracht kommenden aventureusen Situationen und Charakteren kaum berechnen und würden Preußen sehr nahe berühren. Unter solchen Umständen muß uns an der Freundschaft Englands sehr viel gelegen sein.

Diese anzuknüpfen, giebt uns Palmerstons Rücktritt eine erwünschte Gelegenheit, der Schritt in der Flüchtlingsangelegenheit soll ein Anfang sein; jeden Wink, den Ew. Excellenz mir in der Folge in dieser Beziehung zu geben die Güte haben, werde ich dankbar benutzen. Vermeiden müssen wir nur, daß wir uns als Champions ultraliberaler Ideen und der eigentlich parlamentarischen Regierung hinstellen. Ich denke, man wird in England mit Palmerston das Prinzip, die Völker durch Konstitutionen zu beglücken und ihnen par force einen Trank beizubringen, der dem Engländer vortrefflich bekommt, Andern aber den Magen verdirbt, aufgegeben haben.

Meines Erachtens thut man am besten, wenn man hier wie überall ganz bei der Wahrheit stehen bleibt, welche darin besteht, daß man die Bewahrung der Kontinuität des Rechtes unserer verfassungsmäßigen Zustände nach unserem klar zu erkennenden Bedürfniß und durch eigene Kraft ausbaut, Niemand zu Liebe und Niemand zu Leide, und dies, ohne damit zu prahlen, wenn man danach gefragt wird, ausspricht.

Damit verletzen wir auch unseren zweiten zuverlässigen Alliirten, Rußland, nicht.

Ew. Excellenz haben die große Freundlichkeit, sich meiner Familie zu erinnern und mir Mittheilungen über die Maedevilles in Aussicht zu stellen. Sofern dies Letztere ohne alle Mühe für Ew. Excellenz geschehen kann, werde ich derartige Mittheilungen dankbarlichst entgegennehmen, um sie vielleicht, wenn ich, meinem Wunsche gemäß fern von Staatsgeschäften, dem Ackerbau obliege, zum Gegenstande meiner Betrachtungen zu machen.

Vor der Hand kann ich freilich an mich und an das Meinige wenig oder gar nicht denken, zumal jetzt, wo ich in den Kammern mich mit Herrn v. Vincke und der Partei Bethmann-Hollweg, von deren Bestrebungen ich Ew. Excellenz als hinreichend unterrichtet voraussetzen darf, herumbeißen muß und zwei dänische Bills auf dem Halse habe.

In der dänischen Sache werden wir von allen Seiten im Stich lassen. Oesterreich sucht trotz aller schönen Redensarten uns im

Stiche zu lassen und mit allen anderen Großmächten zu verhetzen. Von Hause aus habe ich nie gehofft, von dieser Saat des Jahres 1848 Segen zu erwarten. Dennoch glaube ich nicht aus der Sache scheiden zu können, ohne wenigstens das selbständige ständische Leben der Herzogthümer und dessen Konsequenzen gerettet zu haben. Diese unglückliche Sache haftet wie ein Bleigewicht an unseren Füßen und kann noch ein Anlaß zu französischen Händeln werden."*)

St. Petersburg, den 29. Dezember 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Ew. Excellenz geneigten aus meinem neuesten amtlichen Bericht genugsam zu entnehmen, daß man hier mit dem Fürsten Schwarzenberg nicht immer einverstanden und zufrieden ist, ihn vielmehr theils bezüglich der französischen Ereignisse zu lebhaft theilnehmend für den coup d'état von Louis Napoleon findet, theils der Meinung ist, daß er bei Behandlung der Flüchtlingsfrage zu vorschnell gehandelt hat, indem er, ohne auf die Kooperation der übrigen Mächte zu warten, einseitig vorgeschritten ist. Außerdem billigt man hier durchaus nicht das Verfahren des österreichischen Kabinets in den deutschen Zoll- und Verkehrsfragen.

Der Herr Reichskanzler tadelt, mit allerdings gemäßigten Ausdrücken, die Handlungsweise des österreichischen Ministerpräsidenten gegenüber Preußen; bei den öfteren ganz vertraulichen

*) Leider blieb das Erreichte hinter dem Erstrebten weit zurück. Preußen und Oesterreich brachten im Sommer 1852 als Mandatare des Bundes mit Dänemark ein Abkommen zu Stande, welches den nationalen Wünschen nur wenig entsprach. Es sollte danach der dänische König in den Herzogthümern absolute Regierungsgewalt haben, in jedem Herzogthum Provinzialstände des alten Systems mit berathender Stimme stattfinden, jede politische Verbindung Schleswigs und Holsteins gelöst sein, ebenso wenig aber auch eine Inkorporirung Schleswigs in das dänische Königreich erfolgen. Die Stimmung der Bundesversammlung gegenüber der von dem Grafen Thun und v. Bismarck am 29. Juli 1852 bei derselben eingebrachten holsteinschen Vorlage war die denkbar ungünstigste, da die Bundesgesandten, und hinter ihnen ihre Regierungen, sammt und sonders unter dem Drucke der öffentlichen Meinung standen, diese letztere aber in dem Ausgange der Sache eine Schmach für Deutschland und einen Sieg der europäischen Reaktionspolitik erblickte.

Unterhaltungen, die ich mit dem Grafen Nesselrode habe, sowie in dessen Korrespondenz mit dem Baron v. Meyendorff, welche mir der Kanzler fast immer vorliest, hält derselbe mit seinem Urtheil durchaus nicht zurück; er hat sogar dem Baron Meyendorff noch erst vorgestern aufgetragen, bei allen Gelegenheiten den Fürsten Schwarzenberg mehr zur Ruhe, Ueberlegung und Billigkeit anzumahnen.

Der russische Gesandte in Wien kennt die guten Eigenschaften des Fürsten, mit denen er seiner Zeit für Oesterreich so nützlich gewesen, aber seinem richtigen und scharfen Blick sind auch die hervorragenden und leicht verletzenden Fehler jenes Staatsmannes nicht fremd geblieben, und man verhehlt sich hier nicht, daß dieselben einst große Gefahren zu verursachen drohen. Bisher nahm Se. M. der Kaiser den Fürsten Schwarzenberg stets in Schutz, er hat seinem persönlichen Charakter eine große Achtung gezollt.

Es war hauptsächlich die Entschiedenheit und Ausdauer des Fürsten, welche dem Kaiser zusagten, aber jetzt müssen sich Se. M. sowohl als Graf Nesselrode eingestehen, daß des Fürsten Eigensinn und sein herrisches, brüskes Wesen leicht einmal auch die Beziehungen zu Rußland stören könnten.

Wenn mir von beiden Seiten beunruhigend über den österreichischen Ministerpräsidenten gesprochen wurde, bin ich, was die Person desselben betrifft, stets zurückhaltend und vorsichtig geblieben; indessen nahm ich niemals Anstand, wie den Kaiser so auch den Kanzler auf die entschiedenen politischen Fehlgriffe der österreichischen Regierung aufmerksam zu machen, recht gut wissend, daß der Superlativ des Lobes und der Uebereinstimmung nicht lange dauern werde. Der Anfang hierin ist bereits eingetreten, und ich freue mich jetzt doppelt, daß ich niemals das gehörige Maß der Vorsicht überschritten habe, denn der Kaiser hat mich parteilos, leidenschaftslos und gerecht gefunden und spricht sich nun auch in seinem Unmuthe über den Fürsten Schwarzenberg offen gegen mich aus. Ein neuer Beweis, daß man die Sache und die Person niemals verwechseln soll.

Letthin bei Tafel äußerte sich Se. M. ungefähr folgendermaßen gegen mich: »Hören Sie einmal, ich fürchte, daß es mit dem Fürsten Schwarzenberg doch auf die Länge nicht gehen wird. Er fällt stets mit der Thür ins Haus und ist verflucht grob. Sein Verfahren gegen Sie in der Zollsache ist abscheulich. Ich kann die Art, wie

Stiche zu lassen und mit allen anderen Großmächten zu verhetzen. Von Hause aus habe ich nie gehofft, von dieser Saat des Jahres 1848 Segen zu erwarten. Dennoch glaube ich nicht aus der Sache scheiden zu können, ohne wenigstens das selbständige ständische Leben der Herzogthümer und dessen Konsequenzen gerettet zu haben. Diese unglückliche Sache haftet wie ein Bleigewicht an unseren Füßen und kann noch ein Anlaß zu französischen Händeln werden."*)

St. Petersburg, den 29. Dezember 1851. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Ew. Excellenz geneigten aus meinem neuesten amtlichen Bericht genugsam zu entnehmen, daß man hier mit dem Fürsten Schwarzenberg nicht immer einverstanden und zufrieden ist, ihn vielmehr theils bezüglich der französischen Ereignisse zu lebhaft theilnehmend für den coup d'état von Louis Napoleon findet, theils der Meinung ist, daß er bei Behandlung der Flüchtlingsfrage zu vorschnell gehandelt hat, indem er, ohne auf die Kooperation der übrigen Mächte zu warten, einseitig vorgeschritten ist. Außerdem billigt man hier durchaus nicht das Verfahren des österreichischen Kabinets in den deutschen Zoll- und Verkehrsfragen.

Der Herr Reichskanzler tadelt, mit allerdings gemäßigten Ausdrücken, die Handlungsweise des österreichischen Ministerpräsidenten gegenüber Preußen; bei den öfteren ganz vertraulichen

*) Leider blieb das Erreichte hinter dem Erstrebten weit zurück. Preußen und Oesterreich brachten im Sommer 1852 als Mandatare des Bundes mit Dänemark ein Abkommen zu Stande, welches den nationalen Wünschen nur wenig entsprach. Es sollte danach der dänische König in den Herzogthümern absolute Regierungsgewalt haben, in jedem Herzogthum Provinzialstände des alten Systems mit berathender Stimme stattfinden, jede politische Verbindung Schleswigs und Holsteins gelöst sein, ebenso wenig aber auch eine Inkorporirung Schleswigs in das dänische Königreich erfolgen. Die Stimmung der Bundesversammlung gegenüber der von dem Grafen Thun und v. Bismarck am 29. Juli 1852 bei derselben eingebrachten holsteinschen Vorlage war die denkbar ungünstigste, da die Bundesgesandten, und hinter ihnen ihre Regierungen, sammt und sonders unter dem Drucke der öffentlichen Meinung standen, diese letztere aber in dem Ausgange der Sache eine Schmach für Deutschland und einen Sieg der europäischen Reaktionspolitik erblickte.

ist aber empört über die »Kreuzzeitung«, auf welche auch der Kaiser schlecht zu sprechen ist. Ich bin lange schon nicht mehr mit ihr einverstanden, weil sie in allen politischen Fragen ganz korrupt ist. Das ist ganz natürlich in einem Lande des Dünkels, wo jeder Lieutenant und jeder Assessor seine politische Ansicht als die allein richtige ausgiebt und durchgesetzt sehen will. Leider sind auch einige Majore ebenso anmaßend und reden nur von Politik, während sie sich um ihre Militaria bekümmern sollten. Es versteht sich, daß ich dem Grafen Nesselrode nichts von der abweichenden Meinung des trefflichen Generals Gerlach gesagt habe. Derselbe ist, wie es jetzt so vielfach angetroffen wird, in der Reflexion heimischer als in der Welt der That.

Der gute und ehrliche dicke General ist in der Umgebung des Königs unentbehrlich, allein er sollte mit dem Ministerium, das er doch aufrichtig verehrt, einen Pakt schließen, dahin gehend, daß, sobald er mit demselben übereinstimmt, was die Regel ist, er die Meinung des Ministeriums dem Könige gegenüber mit aller seiner eigenthümlichen Geisteskraft vertheidigt, daß er jedoch im Fall einer entgegengesetzten Auffassung schweigt.

Mit dem sternenhellen Dunkel des Weisen von Erfurt würden wir wohl nicht von der Stelle kommen, sondern vielleicht untergehen.

Beim Wechsel des Jahres erlaube ich mir, Ew. Excellenz um die Fortdauer Ihres Vertrauens zu bitten und die Bezeugung vorzüglichster Verehrung zu gestatten."

Da eine baldige Entscheidung der handelspolitischen Lage in allseitigem Interesse war, hatte Preußen am 15. November 1851 die Zollvereinsverträge auf den 1. Januar 1854 gekündigt und gleichzeitig die sämmtlichen Vereinsstaaten schon für den ersten Monat des Jahres 1852 zu Konferenzen in Berlin eingeladen. Die nächsten Verhandlungen über die handelspolitische Frage sollten aber gleichwohl nicht in Berlin, sondern in Wien gepflogen werden. Unmittelbar nachdem durch kaiserliches Patent vom 6. November 1851 ein neuer Zolltarif für die Ein-, Aus- und Durchfuhr in Oesterreich veröffentlicht worden war, erfolgte vermittelst einer österreichischen Cirkulardepesche vom 25. November die Einladung an die Regierungen sämmtlicher deutscher Bundesstaaten

zu Unterhandlungen in Wien über einen Zoll- und Handelsvertrag, durch welchen a) mittelst Zollbefreiungen und Zollnachlässen zu Gunsten der gegenseitigen Erzeugnisse und mittelst ähnlicher Maßregeln ein enges Verhältniß zwischen den betreffenden Zollgebieten begründet; b) ein gegenseitig bestimmender Einfluß auf den Zolltarif und Zollmanipulation eingeräumt würde, der die prinzipielle Entfremdung der verschiedenen Systeme zu verhüten geeignet wäre, und c) die nöthigen Garantien für das dereinstige Zustandekommen einer sofort in ihren Grundsätzen festzustellenden deutsch-österreichischen Handels- und Zolleinigung dargeboten würde.

Wiewohl die preußische Regierung unterm 5. Dezember 1851 die Theilnahme an den Wiener Verhandlungen für jetzt und bis zur erfolgten neuen Feststellung des Zollvereins abgelehnt hatte,*) wurden die Verhandlungen in Wien gleichwohl (4. Januar 1852) eröffnet, und zwar unter Vorlage von zwei Vertragsentwürfen a) eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Oesterreich und b) eines bereits die spätere Zolleinigung aussprechenden Vertrages.**)

Wien, den 31. Dezember 1851. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Es bedarf wohl nicht erst meiner Versicherung, daß ich die hier zu eröffnenden Zollkonferenzen aufmerksam im Auge haben werde. Was ich bis jetzt erfahren habe, wollen Ew. Excellenz aus meinem heutigen Berichte ersehen. Ich werde mich bemühen, in Erfahrung zu bringen, was in der Konferenz vorgeht, was aber nicht leicht sein dürfte, wenn den Mitgliedern das Geheimniß empfohlen werden sollte. Meinem Berichte habe ich noch zuzufügen, daß Oesterreich zwei Epochen vorschlagen wird, den 1. Januar 1854, um die Zolleinigung vorzubereiten, und den 2. Januar 1858, um sie in Ausführung zu bringen. Dies ist also noch lange hin; ich bin übrigens fest davon überzeugt, daß die Verhandlungen zu keinem Resultate führen werden, und ich finde es ganz zweck-

* Der Gesandte Graf Nostitz in Hannover rieth dem Minister Manteuffel in dem oben S. 301 erwähnten Schreiben vom 23. Dezember 1851 zu den Wiener Konferenzen vom 2. Juni 1852 doch wenigstens eine befähigte Persönlichkeit nach Wien zu schicken, „um unter irgend einem Vorwande die dortige Gesellschaft zu beaufsichtigen und der hirtenlosen Schar uns befreundeter Zollstaaten und deren Bevollmächtigten zum Anhaltspunkte zu dienen. — Herr Geheimrath Philipsborn wäre ein dazu geeigneter Mann; es fragt sich nur, ob man einen plausiblen Grund zu seinem Aufenthalt in Wien zu finden im Stande ist.“

** Weber, Geschichte des deutschen Zollvereins, 2. Aufl. S. 301 ff.

mäßig, daß unsererseits kein Bevollmächtigter hergesandt worden ist. Seine Abwesenheit wird zur Erfolglosigkeit wesentlich beitragen.

Ich habe Gelegenheit genommen, gestern mit Fürst Schwarzenberg darüber zu sprechen. Ich fragte ihn zuerst, ob er vielleicht ein Privatschreiben von Ew. Excellenz bekommen habe. Er bejahte dies und setzte hinzu, Ew. Excellenz seien aber etwas unverständlich gewesen, so daß er nicht wisse, was Sie eigentlich meinten: Sie sprächen von der Handelssache, und da begriffe er nicht, woher es komme, daß man bei uns gegen die hiesige Konferenz wäre.

Ich erwiderte ihm, ich glaubte, ich könne ihm über Ew. Excellenz Ansichten näheren Aufschluß geben, und würde dies im Vertrauen mit größter Offenheit thun. Ich sagte ihm hierauf, daß es natürlich eine Empfindlichkeit habe zu Wege bringen müssen, daß in dem Augenblicke, wo der Zollverein aufs Neue abgeschlossen werden solle, Oesterreich sich mit der hiesigen Konferenz dazwischen werfe und ein Zustandekommen eines neuen Vereinsabschlusses verhindern zu wollen scheine. Fürst Schwarzenberg erwiderte, dies sei eine unrichtige Ansicht. Seit langer Zeit wäre es die Absicht gewesen, dem Zollverein beizutreten, deshalb habe man einen neuen Tarif ausgearbeitet und möglichst dem des Zollvereins angepaßt. In dem Augenblicke, wo wir den Zollverein gekündigt hätten, habe man hier den günstigen Moment erblickt, den Anschluß an den Verein zu bewirken. Dies sei der einzige Grund, weshalb die hiesige Konferenz jetzt zusammenberufen sei. Ich erwiderte darauf, ich müßte ihm wiederholen, daß die Kündigung des Zollvereins in der Natur der Sache liege, daß diese Kündigung nur eine nothwendige Form gewesen sei, daß eine Auflösung des Vereins durchaus nicht beabsichtigt sei, sondern im Gegentheil eine Erneuerung desselben mit Einschluß von Hannover und Oldenburg. Auch wisse er ja, daß wir bereit seien, eine Verständigung mit Oesterreich herbeizuführen, vorerst aber den Zollverein neu begründen müßten, da uns sonst jede Basis fehlen würde, auf der man unterhandeln könnte. Fürst Schwarzenberg versicherte aufs Neue, daß er nie gegen den Zollverein gearbeitet habe, sondern dessen Erneuerung wünsche, auch allen Staaten anrathe, in demselben zu bleiben.

Ich erwiderte hierauf, daß wir auch hofften, daß der Verein neu begründet werden würde, und nicht fürchteten, daß die hiesigen

Konferenzen ein Hinderniß bringen würden, denn ich wäre fest davon überzeugt, daß diese Konferenzen zu keinem Resultate führen könnten. Fürst Schwarzenberg schien auch zu glauben, daß nichts dabei herauskommen würde; indem er dies sagte, fügte er hinzu, es werde doch immer gut sein, die Sache zu besprechen.

Daß Fürst Schwarzenberg über Palmerstons Fall erfreut ist, habe ich schon berichtet. Gestern sagte er mir, er beabsichtige, die österreichische Note nebst der abschriftlich angebogenen Note Lord Palmerstons an den amerikanischen Gesandten in die Zeitungen einrücken zu lassen, und fragte, ob ich etwas dagegen habe, wenn er die von Bunsen übergebene Note mit abdrucken ließe. Ich habe ihm ausweichend geantwortet, da ich Ew. Excellenz Ansicht darüber nicht kenne und nicht vorgreifen will. Ich stelle, was darüber etwa zu veranlassen ist, anheim.

Hierauf theilte ich Ew. Excellenz Erlaß vom 26. d. Mts., die deutsche Flottensache betreffend, mit und nahm daraus Veranlassung, ihn zu bitten, den in Frankfurt entstandenen Zänkereien ein Ende zu machen. Ich bat ihn, die Sachen aus einem höheren Standpunkte zu betrachten und im Auge zu behalten, wie nicht nur in deutschen Sachen, sondern bei der Lage der Dinge in Frankreich ein Zusammenhalten von Preußen und Oesterreich nur allein zu einem guten Ziele führen könne und dringend nothwendig sei, sowohl um am Bunde etwas durchzusetzen, als auch um gegen das Ausland wirksam auftreten zu können.

Was nun Frankfurt beträfe, so nähme ich keinen Anstand, ihm vertraulich zu sagen, daß die Persönlichkeit des Grafen Thun viel Schaden thue. Dieser sei ein brüsker, rüder, abstoßender Mann, dessen Benehmen Niemandem zusagen könne. Fürst Schwarzenberg nahm diese Aeußerung gar nicht übel; ich habe den Vortheil, ihn schon lange zu kennen und kann ihm mehr sagen als jeder Andere, auch weiß er, daß ich ihm immer offen meine Meinung sage. Ich wüßte auch, daß schon von mancher Seite privatim Klagen über Thun eingelaufen sind. Er äußerte über denselben nichts. Er sagte, Oesterreich und Preußen wären in allen Fragen ganz einig bis auf die Handelssache.

In Beziehung auf Frankreich scheint mir Fürst Schwarzenberg zu rosenfarbig zu sehen, wie Ew. Excellenz aus meinem heutigen Immediatbericht ersehen wollen.

Ew. Excellenz bitte ich, mir bald einen Feldjäger zu schicken. Sehr dankbar würde ich es erkennen, wenn Sie mich zugleich au courant der Verhältnisse setzen wollten.

Wegen Schluß des Jahres bitte ich Ew. Excellenz, meine besten Wünsche genehmigen zu wollen, und mir auch ferner Ihr gütiges Wohlwollen zu erhalten. Die Kammersession wird hoffentlich gut ablaufen, ich weiß zwar nicht, wie die Sachen stehen, da die Kammern aber das letzte Mal, namentlich am Schlusse ziemlich gut waren, so hoffe ich, daß sie dieses Mal ebenso sein werden."

Paris, den 31. Dezember 1851. Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Herr v. Hübner hat schon Instruktionen aus Wien erhalten für den Fall, daß der Präsident hier einen anderen und etwa den Kaisertitel annehmen sollte. Der Gesandte soll danach, bei Eintritt einer derartigen Eventualität, vorläufig auf seinem Posten verbleiben, indem er seinen offiziellen Charakter als erloschen betrachtet. Er sollte demnächst neue Instruktionen von seinem Hofe erwarten und indessen Paßvisas u. s. w. ertheilen lassen.

Die Betreibung der Geschäfte soll er in offiziöser Weise fortsetzen, indem er eine freundliche Zurückhaltung (en observant une réserve bienveillante) beobachtet. Fürst Schwarzenberg bemerkte, indem er diese Instruktionen ertheilte, daß die Mächte rücksichtlich des unzuhaltenden Verfahrens nicht ganz frei sind, indem gewisse Bestimmungen der Traktate sich auf den Fall beziehen, daß ein Mitglied der Familie Bonaparte die Regierungsgewalt in Frankreich in Besitz nimmt. Er bemerkt ferner, daß hiernach eine Verständigung zwischen den Großmächten herbeigeführt werden muß, macht jedoch gleichzeitig darauf aufmerksam, daß jene Bestimmungen der Traktate unter ganz anderen Umständen als die jetzigen getroffen worden sind und eigentlich schon gegenwärtig thatsächlich das Verhältniß hier eingetreten ist, worauf sich diese Stipulationen der Verträge beziehen.

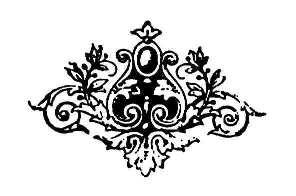
Ich darf nicht unerwähnt lassen, daß ganz neuerlich und seitdem die Abstimmung im Lande sich so günstig herausgestellt hat.*)

*) Am 20. und 21. Dezember stimmten 7½ Millionen Wähler für die vorgeschlagenen Neuerungen Napoleons, danach war er auf zehn Jahre Präsident der französischen Republik.

manche Stimmen sich unter den Anhängern der Regierung erheben, um die Nothwendigkeit der Wiedereinführung einer monarchischen Regierungsreform unter der Leitung des Prinzen Louis anzudeuten. In dieser Weise äußerte sich unter Anderen ein bekannter Marschall gegen mich.

Aus einer Unterredung mit Herrn Kisseleff habe ich folgern können, daß derselbe zwar in Betreff seines Verhaltens, wenn der Fall der Annahme eines monarchischen Titels eintreten sollte, und in Erwartung demnächstiger Instruktionen, ungefähr dieselben Anweisungen wie Herr Hübner erhalten hat, aber daß von einer vorgeschriebenen Beobachtung einer »réserve bienveillante« dabei nicht die Rede ist.

Wenn ich mich nicht täusche, so dürfte doch ein kleiner Unterschied zwischen den in Wien und in St. Petersburg bestehenden Dispositionen in Betreff eines etwa auftauchenden Kaiserthums obwalten. In Wien scheint man mir überhaupt ausnehmend freundlich für den Prinzen Louis und dessen Regierung gestimmt zu sein."



1852.



Um die Jahreswende war von Wien ein langes Promemoria über das Verhältniß zu Frankreich gekommen und die Aufforderung, daß sich die drei Mächte darüber einigen möchten. Nach der Analyse, welche Gerlach über dieses Aktenstück giebt, beurtheilte derselbe die französischen Verhältnisse ebenso oberflächlich als willkürlich: „Die Monarchie wird nicht der Anarchie oder der Republik, sondern dem Konstitutionalismus, oder vielmehr den parlamentarischen Verfassungen entgegengesetzt. Frankreich soll gegen England, die absolute Monarchie gegen die parlamentarische gebraucht werden. Die Rechtmäßigkeit des Monarchen kommt gar nicht in Betracht. Die Bourbons seien für Europa viel unbequemer als Bonaparte, weil dieser absolutistisch, jene aber für das parlamentarische Regiment sind."

Paris, den 2. Januar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel vertraulich privat:

„Ich bin überzeugt, daß das Wiener Kabinet die Absicht hat, mit Louis Bonaparte die allerfreundlichsten Verbindungen zu unterhalten, so lange die Regierung des Letzteren in politischer Beziehung reaktionär verfährt.

Oesterreich würde gewiß dem Präsidenten die Freundeshand reichen, um mit demselben gemeinschaftlich in den Zwischenländern Reaktion zu machen. Oesterreich wird sich hierin nicht durch Legitimitätsbedenken irre machen lassen, sondern sein augenblickliches Interesse allem Uebrigen vorangehen lassen. Ich glaube mithin auch, daß, wenn der Präsident hier einen monarchischen

Titel annehmen sollte, Oesterreich kein Bedenken tragen wird, ihn anzuerkennen.

Der Artikel 2 des Pariser Vertrages von 1815 stellt sich einer solchen Anerkennung zwar entgegen, aber im Grunde ist die Eventualität, auf welche sich der gedachte Artikel bezieht, schon seit dem 2. Dezember im vollsten Maße eingetreten; denn Niemand wird leugnen können, daß le pouvoir suprême en France gegenwärtig sich in den Händen Louis Bonapartes befindet. Wollte man die Relationen mit Frankreich abbrechen, wenn der Präsident einen anderen Titel annimmt, so könnte dies wohl bald Krieg zur Folge haben. Ob letzterer wünschenswerth, lasse ich dahingestellt sein. Man kann aber auch boudiren. Dies würde keine so bedeutenden Folgen nach sich ziehen können, aber es würde dann doch wünschenswerth sein, daß es gleichmäßig seitens der drei nordischen Großmächte geschehe. Ich bin wenigstens der Ansicht, daß es für das an Frankreich grenzende Preußen nicht sehr vortheilhaft sein würde, sich mit ersterem schlecht oder wenigstens sehr frostig zu stellen, wenn andererseits Oesterreich mit der Regierung Louis Bonapartes liebäugelt. Der russische Koloß, weit entfernt und abgelegen, kann, wie er es zur Zeit Louis Philipps that, boudiren, ohne sich besonderen Schaden zuzufügen."

St. Petersburg, den 4. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Im Grunde ist der Kaiser mit dem Staatsstreich und der dabei gezeigten Energie und Kraft zufrieden, und Se. M. möchte sich nicht davon überzeugen, daß die unausbleiblichen Schwierigkeiten und Gefahren bald beginnen dürften. Noch schwerer aber ist es Allerhöchstdemselben, anzunehmen, daß diese Schwierigkeiten hauptsächlich von der Armee ausgehen werden und daß gerade diese ihn eher als alles Andere an den Rand des Abgrundes führen kann.

Es ist ganz unvermeidlich, daß allmählich eine Art Opposition in der Armee auftauchen wird, und dann bleibt dem Präsidenten der Beweis zu liefern, daß es kein gefährliches Ding ist, sich nur auf Soldaten zu stützen.

Schon heute besteht eine Spaltung in der französischen Armee, und zwar zwischen den Truppen in Afrika und denen im Inlande.

Egoismus, Ambition werden das Ihrige thun. Für den Präsidenten ist solche Zwietracht bedenklich, für das Ausland kann sie nützlich werden.

Stört Oesterreich nicht muthwillig die Einigkeit der beiden Großmächte in Deutschland und sind uns Belgien und Holland versichert, so mögen die Franzosen herauskommen. Mir ist es lieber, wenn es nicht geschieht.

Die Franzosen können den Rhein nicht erreichen, ohne Belgien zu nehmen, und England läßt Antwerpen nie in französischen Händen."

Wien, den 6. Januar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Vorerst danke ich Ew. Excellenz, daß Sie die Güte gehabt haben, den Dr. Lembke herzuschicken, um die Handelsangelegenheiten zu überwachen. Es wird mir die Arbeit dadurch erleichtert; ich werde aber fortfahren zu berichten, was zu meiner Kenntniß gelangt, wenn ich übrigens mich auf Dr. Lembke verlasse, da er kein anderes Geschäft hat. Er hat sich bereits mit den Zollbevollmächtigten in Verbindung gesetzt. Ich habe bis jetzt nur Gelegenheit gehabt, mit dem braunschweigischen Geh. Legationsrath v. Arnsberg zu sprechen, der mir sehr einsichtsvoll und ganz für den Zollverein gesinnt scheint.

In Betreff der Zeitungspolemik, so haben die Artikel der »Preuß. (Adler) Zeitung« hier großes Aufsehen im Publikum und auch den Zollbevollmächtigten erregt. Sie sind insofern zu bedauern, als daraus auf eine große Spannung und beinahe Bruch zwischen uns und Oesterreich geschlossen wird. Solche Polemik erbittert nur gegenseitig und führt zu Nichts. Es ist mir daher lieb, daß Ew. Excellenz sie sistirt haben. Ich habe dies gestern dem Fürsten Schwarzenberg gesagt und die Voraussetzung ausgesprochen, daß er auch die hiesigen Blätter in Ordnung halten werde.

Es ist schwer zu begreifen, was Fürst Schwarzenberg mit allen seinen kleinen Machinationen eigentlich will. So begreife ich ihn in der Flottenfrage nicht, und ebenso wenig in folgendem Vorgange, dessen ich offiziell nicht habe erwähnen wollen, da ich

ihn nicht verbürgen kann, den ich Ew. Excellenz aber vertraulich mittheilen will.

Als der Kurfürst von Hessen hier war, ist von Politik so gut wie nicht gesprochen worden. Um ihn zu gewinnen, hat man ihm ein Regiment gegeben. Kaum ist er in Cassel zurückgewesen, so fordert Oesterreich ihn auf, zusammen mit dem Großherzog von Hessen ein Korps von 10 000 Mann aufzustellen, worüber der Prinz Emil von Hessen den Oberbefehl führen würde. Wozu dieses Korps dienen solle, ist schwer zu begreifen, es wäre denn, daß es ein Gegenstück zu dem Korps zum Schutz des Bundestages sein sollte, wobei aber auch Truppen von beiden Hessen stehen. Der Kurfürst hat das Ansinnen zurückgewiesen; dies hat man hier übel genommen, und jetzt sollen ärgerliche Noten darüber gewechselt werden. Die Sache scheint mir unglaublich, ich berichte sie aber Ew. Excellenz, da ich sie aus guter Quelle erfahre und es Ihnen leicht sein wird, zu ermitteln, was daran ist. Hassenpflug und Baumbach*) sind ganz österreichisch, aber auch die Einzigen. Für Hessen-Darmstadt und den Prinzen Emil arbeitet hier der hessen-darmstädtische Gesandte Generalmajor v. Drachenfels."

St. Petersburg, den 7. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz schicke ich heut schon wieder eine voluminöse Expedition. Ein Theil davon ist schlecht von mir geschrieben, weil ich meine armen Beamten am heutigen zweiten russischen Feiertage nicht stören wollte. Die Berichte aus Wien, von welchen ich Einiges erzählte, sind sehr bezeichnend und lassen immer mehr besorgen, daß der Fürst Schwarzenberg doch wohl, wie der Graf Nesselrode meint, ein kontinentaler Palmerston werde.

Baron Meyendorff sowohl als Graf Nesselrode geben dem Fürsten in der Differenz mit Preußen (wie in den meisten anderen Fragen) der Sache nach unrecht. Ersterer hält auch das Zustandekommen der österreichischen Zollpläne für Hirngespinnste, zu deren Realisirung der Fürst und der jüdische Phantast Hock**) Hoffnung machen. Baron Meyendorff hält den Zollverein für unerschütterlich

*) Alexander v. Baumbach, kurhessischer Minister des Auswärtigen.

**) Ritter v. Hock, österreichischer Ministerialrath.



und hätte nur deshalb gern einen preußischen Fachmann in Wien gesehen, welcher durch Zahlen die Unhaltbarkeit der österreichischen Vorschläge hätte nachweisen müssen.

Die französische Denkschrift, durch welche die russische Anfrage, Frankreich betreffend, österreichischerseits beantwortet ist, gefällt dem Reichskanzler in vieler Beziehung. Er glaubt aber, daß der Kaiser damit nicht einverstanden sein wird, er ist sehr gespannt auf die Berliner Antwort. Er ist der Meinung, daß es gar nicht möglich wäre, auf dergleichen Doktorfragen auf der Stelle zu antworten. Graf Nesselrode glaubt, daß eine Verständigung im Mai zu Berlin oder Sanssouci erfolgen müsse, wo die beiden Kaiser dem Könige ihren Besuch zu machen hätten. Ein solcher sei zwar noch nicht festgesetzt, aber man solle darauf hinarbeiten. Herr v. Meyendorff ist ganz vortrefflich für uns und in Wien nützlicher als in Berlin, wo wir doch jetzt auch einen sehr vernünftigen jungen Mann besitzen.

Von Herrn v. Kisseleff ging ein langer und etwas breiter Bericht ein. Er findet, daß Herr Hübner zu schnell und leicht berichte, ohne erst die Nachrichten zu prüfen und ohne mit seinen Kollegen gesprochen zu haben. Er lobt daher sehr die ruhige und korrekte Haltung des Grafen Hatzfeldt. Hübner sei unzweifelhaft weit talentvoller wie Graf Hatzfeldt, dem indessen mehr Takt, Geradheit und Besonnenheit beiwohne als dem österreichischen Herrn Gesandten.

Il se laisse quelquefois emporter en affaires par son imagination, son trop de zèle et son activité un peu nerveuse. La tête est une laboration d'idée et de conception variée qu'il importe du reste aussi en grande partie et avec une adroite facilite à d'autres; mais il va parfois trop vite etc.

Herr Hübner hat namentlich das französische Gouvernement gegen die liberal konstitutionellen Nachbarländer Belgien, Schweiz und Piemont aufreizen wollen, während es jetzt vor Allem die Aufgabe sei, Frankreich seine Mission im Innern ausführen zu lassen, wo es bisher nur umgestürzt habe.

Dieser Meinung ist auch der Kaiser ganz und gar, und zwar dahin que le gouvernement français ne devait pas user son attention et sa force, à s'occuper des affaires des autres

* [illegible]

avant de bien faire et de bien terminer les siennes. Unterdessen denkt doch Herr v. Kisseleff que quelques uns des chefs (milit.) commençaient à trouver que le rôle n'était pas digne d'eux et qu'il fallait à l'armée de plus nobles aliments.

Herr v. Meyendorff glaubt, daß das Einvernehmen in Frankfurt zwischen Preußen und Oesterreich nicht gut sei. Sowohl Herr v. Bismarck als Graf Thun scheinen mehr gewillt, sich zu duelliren, als die Interessen ihrer Länder zu assimiliren.

Ich sehe keinen anderen und besseren Ausweg aus allen diesen Verwickelungen, als daß Ew. Excellenz recht bald wieder mit dem Fürsten Schwarzenberg persönlich zusammenkommen. Sie Beide werden sich dann für die nächste Zeit verständigen, aber es wird immer sehr schwer halten, mit Fürst Schwarzenberg auszukommen."

Wien, den 9. Januar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Ich benutze diese Gelegenheit, um mich vertraulich über einige Gegenstände zu äußern, die, meiner Meinung nach, besser auf diese Weise als offiziell zu Ew. Excellenz Kenntniß gelangen.

Vorerst überreiche ich ein Memoire über die hiesige Lage der Dinge. Es ist mit großer Sachkenntniß abgefaßt und vollkommen wahr. Es ist von Klindworth, der jetzt in württembergischem Privatdienste des Königs in Auftrag hier ist. Es ist Ew. Excellenz wohl bekannt, daß er vom Fürsten Metternich viel gebraucht worden ist und noch gebraucht wird. Er ist auf dessen Veranlassung mit hier, um dem Fürsten Schwarzenberg über Preußens Zustände Aufschlüsse zu geben. Früher wurde er von Guizot zu publizistischen Arbeiten und zu Aufträgen gebraucht, er kennt daher Frankreich genau, war kürzlich in Paris, wo er auch den Präsidenten öfter gesehen hat. Er malt die dortige Lage der Dinge in den düstersten Farben, will mir einen sehr interessanten Brief von einem Manne mittheilen, der die Situation genau kennt. Sobald ich ihn erhalte, werde ich ihn Ew. Excellenz mittheilen. Um nun wieder auf hier zu kommen, so hat der Klindworth die Fürsten Metternich und

* scil. die Sendung eines amtlichen Berichts durch den Kammerdiener Arnims nach Ratibor.

Schwarzenberg viel gesehen, mit ihnen über Vieles, auch über die Handelssachen, gesprochen, in denen er sehr korrekt ist.

Wenn er nach Stuttgart zurückgeht, will er seinen Weg über Berlin nehmen. Ich werde ihm dann einen Brief für Ew. Excellenz mitgeben, da es interessant ist, ihn zu sprechen. Vielleicht kann durch ihn dann die fatale Sache mit dem Könige von Württemberg abgemacht werden, die in der Handelssache sehr störend ist. Er hat großen Einfluß auf den König von Württemberg und ist am ersten im Stande, ihn zu bewegen, die verlangte Satisfaktion zu geben.

Jetzt soll die Rede davon sein, daß Oesterreich und Frankreich gemeinschaftlich die Schweiz besetzen.*) Fürst Schwarzenberg soll nicht abgeneigt sein; der Vorwand ist der, die Flüchtlinge fortzuschaffen und Ordnung zu machen. Fürst Metternich ist gegen dies Projekt, er will es nur zugeben, wenn Preußen und Rußland damit einverstanden sind, und wenn vorher Alles präcisirt ist, die Besetzungslinie, ferner was weiter geschehen soll. Es ist dabei zu besorgen, daß Frankreich ein Stück von der Schweiz haben will, da der Präsident einmal Land erobern will. Wenn es wahr ist, daß er Spanien und Belgien um Zahlung ihrer Schuld angeht, so beweist es, daß er die Absicht hat, etwas zu thun, um sich damit rühmen zu können, und Land statt Geld zu nehmen.**)

In der Zollsache ist Fürst Schwarzenberg sowie in einigen anderen Fragen sehr gegen uns gereizt. Jetzt ist es darauf abgesehen, die Zollkonferenzmänner zu überrumpeln und etwas mit ihnen abzuschließen. Ob diese dazu Vollmacht haben, bezweifle ich; mehrere, die ich gesprochen habe, sind deshalb in großer Verlegenheit und wissen nicht, was sie thun sollen. Ich habe ihnen meine Ansicht dahin zu erkennen gegeben, daß sie Alles ad referendum nehmen sollen, ferner daß hier nichts abgeschlossen werden kann, auch nichts mit dem Zollverein zu Stande gebracht wird, da der Hauptheilnehmer des Vereins, Preußen, nicht dabei konkurrirt. Ich habe sie auch darauf aufmerksam gemacht, in welche Lage sie sich setzen würden, wenn sie ihre Regierungen kompromittirten und welche Verlegenheit entstehen würde, wenn unsererseits zu dem etwa Verabredeten die Zustimmung versagt würde.

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 718.

**) Am 19. Januar notirt Gerlach (Bd. I, S. 728): „Der König erzählte, wie der französische Gesandte eingeräumt habe, daß Frankreich mit Oesterreich übereingekommen d'épurer la Suisse."

Sollte Fürst Schwarzenberg es gegen uns zu weit treiben, so ist Fürst Metternich entschlossen, zum Kaiser zu gehen und Vorstellungen zu machen. Ich habe Ew. Excellenz schon neulich von den österreichischen Intriguen in Cassel gesprochen.*) Jetzt wird an der Instruktion für den neuen Gesandten Grafen Ingelheim gearbeitet. Dieser soll ein sehr unbedeutender Mann sein.

Die französischen Zustände scheint Fürst Schwarzenberg doch jetzt weniger günstig zu betrachten,**) das Zirkular, welches der hiesige französische Gesandte ihm mitgetheilt hat, scheint, nach einigen Aeußerungen zu urtheilen, ihm doch zu Bedenken Anlaß zu geben. Oesterreichs Verhältnisse zu Frankreich sind eigener Natur.

Kurz vor der Schlacht von Novara wurde von Frankreich an Oesterreich der Vorschlag gemacht, ihm Savoyen zu überlassen, wogegen Parma an Oesterreich fallen sollte. Eine Geldentschädigung für den Herzog würde Frankreich übernehmen. Dieser Antrag wurde von hier nicht ganz abgewiesen; nach der Schlacht von Novarra war aber nicht wieder die Rede davon. Es geht hieraus hervor, daß der Präsident Land haben will.

Schlimmer aber noch sind seine sozialistischen Ideen. Er will der Armee durch unmäßige Besteuerung der Reichen helfen, überhaupt Gewaltstreiche ausführen, und nöthigenfalls solche durch Appell an das Volk sanktioniren lassen. Gutes haben wir uns von ihm nicht zu versehen, nur Böses. General Flahault wird Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wenn er es nicht schon in diesem Augenblicke ist.

Verzeihen Ew. Excellenz, wenn ich Ihnen vielleicht Bekanntes schreibe. Graf Hatzfeldt ist gut unterrichtet und gescheit, er wird gewiß schreiben, wie es dort aussieht, und es ist nicht an mir, mich darüber zu äußern. Wenn ich es thue, geschieht es nur, um zu zeigen, was für Nachrichten hierher gelangen, und wie sie aufgenommen werden.

Ein unter den Augen des Herrn Guizot unmittelbar abgefaßtes und sehr ausführliches Schreiben über die Zustände, welche der Staatsstreich vom 2. Dezember in Frankreich hervorgebracht, wurde

* Vgl. oben S. 329.

**) Noch am 9. Januar klagte Gerlach (Bd. I. S. 721 u. 722) über den österreichischen Bonapartismus; am folgenden Tage konstatirt derselbe, daß man in Wien anfange, die Gefahr des Bonapartismus einzusehen.

gestern dem Fürsten Metternich im Originale und durch diesen dem Fürsten Schwarzenberg vorgelegt. Dasselbe hat auf beide Herren sowie auch auf Graf Münch einen tiefen Eindruck gemacht."

Wien, den 13. Januar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz werden vielleicht finden, daß ich zu oft mit Privatschreiben beschwerlich falle, ich sehe mich indessen doch veranlaßt, über diese Besorgniß hinwegzusehen, und Ihnen ein paar Worte zu schreiben.

Fürst Schwarzenberg, den ich gestern im Bette fand, der aber heute, wie ich eben erfahre, wieder auf ist, sprach mir über die Handelssache. Er äußerte, was ich schon früher berichtet habe, und ich erwiderte ungefähr das Nämliche, was ich nicht wiederholen will. Dann fing er an, von der Gehässigkeit der norddeutschen Blätter gegen Oesterreich in dieser Sache zu sprechen und gab mir zu verstehen, daß diese Artikel von unserer Regierung ausgingen. Ich stritt ihm dies rund ab und sagte, er wisse, wie es bei Preßfreiheit zugehe, und daß Ew. Excellenz, auch wenn Sie es wollten, dabei nichts thun könnten. Nach längerem Hin- und Herreden bat er mich, Ew. Excellenz hierüber zu schreiben, was ich versprochen habe und hiermit thue.

Dann äußerte er, Ew. Excellenz hätten sich noch gar nicht über seine Rede bei Eröffnung der Zollkonferenz geäußert, er glaube nicht, daß Sie in derselben etwas zu erinnern finden könnten. Warum sollten Sie ihm auch darüber schreiben?

Hiernächst ging er auf die französischen Zustände über und fand, daß man in Berlin annähme, er sähe die Zustände in einem zu günstigen Lichte, in Berlin sehe man sie dagegen zu schwarz und fürchte einen Krieg, woran er jedoch fürs Erste nicht glaube. Ich habe darauf lange über diese Zustände gesprochen, ihm auseinandergesetzt, daß der Staatsstreich vom 2. Dezember nothwendig gewesen, daß jetzt aber die Schwierigkeiten erst anfingen; mit Ausnahmemaßregeln könne nicht immer regiert werden, Napoleon wolle etwas Eklatantes thun, um sich eine gloriole zu machen; auch müsse er die Armee, seine Hauptstütze, befriedigen, deshalb müsse man gewärtig sein, daß er einmal einen coup de tête mache

Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, daß, wie ich erfahre, der Graf Chambord in schlechtem Zustande ist. Er ißt sehr stark, hat keinen guten Arzt, und sollen sich Spuren eines Anfanges von Wassersucht bei ihm zeigen. Auch soll er auffallend dick werden. Wenn er stürbe, so würde ich es für ein Unglück halten, da er doch für Napoleon und die Orléans ein épouvantail ist.

In der »Kreuzzeitung« vom 9. stand, ich wäre infolge eines Schlagflusses in so schlechtem Zustande, daß ich um meine Abberufung einkommen würde. Zufällig hatte ich meinem Bruder am 7. d. Mts. geschrieben und erwähnt, ich befände mich besser als seit langer Zeit. Mein Bruder ging zum Redakteur der »Kreuzzeitung« und verlangte eine Berichtigung der falschen Nachricht. Es wurde ihm erwidert, jene Notiz sei ihm aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugekommen, und ehe er eine Berichtigung einrücke, müsse er erst anfragen, ob man sie genehmige.

Ich habe keinen Augenblick geglaubt, daß, wenn es ein Fingerzeig für mich sein sollte, abzugehen, er von Ew. Excellenz ausgeht, denn da ich gar nicht an meinem Posten hänge, so würde ich gleich abgehen, wenn Ew. Excellenz mir deshalb den Wunsch zu erkennen gäben, und ich denke, Sie würden es mir geradezu sagen. Ich glaube aber Ew. Excellenz auf diesen Vorgang aufmerksam machen zu müssen, wenngleich die »Kreuzzeitung« in ihrem Blatt vom 11. die Berichtigung aufgenommen hat. Gleich hinter dem mich betreffenden Artikel steht, Graf Bernstorff werde nächstens eine große Gesandtschaft erhalten. Dies bringe ich in Verbindung und nehme an, daß Rochow Petersburg gegen Wien vertauschen möchte und durch Beamte des auswärtigen Departements jene Artikel hat einrücken lassen. Auch wußte ich bisher nicht, daß Ew. Excellenz Ministerium mit der »Kreuzzeitung« in Verbindung steht.

Daß der Vertrag vom 7. September 1851 von den hannoverschen Kammern angenommen ist, hat mich sehr gefreut. Wenn Ew. Excellenz an dem bisher verfolgten Wege festhalten, so werden die Vereinsstaaten sich uns wieder zuwenden und Oesterreich mit seinen Intriguen das Nachsehen haben. Der Antrag auf Absendung eines österreichischen Bevollmächtigten zu den in Berlin zu eröffnenden Konferenzen wird ganz gewiß gestellt werden, so unsinnig er auch ist."

St. Petersburg, den 13. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz geneigen aus meinen amtlichen Berichten zu ersehen, daß der Baron Budberg fortfährt, in einem höchst versöhnlichen Sinne hierher zu schreiben. Aus seinen Privatbriefen an den Grafen Nesselrode habe ich mich überzeugt, daß er auch unser guter und thätiger Advokat in Wien ist, indem er den Baron Meyendorff über alle Fragen gehörig aufklärt und diesen trefflichen und klugen Mann in den Stand setzt, uns auch dort ersprießliche Dienste zu leisten. Der Kaiser ist ganz damit zufrieden, und der Reichskanzler billigt dieses Einverständniß der russischen Gesandten in Berlin und Wien nicht nur, sondern er begleitet ihre einsichtsvolle Thätigkeit mit den aufrichtigsten Wünschen. Der Reichskanzler ebenso wenig wie der Kaiser sind mit dem Auftreten des Fürsten Schwarzenberg einverstanden. Bei einer Unterhaltung, die ich mit dem Grafen Nesselrode beim Grafen Orloff hatte, suchte ich auch Letzteren über den Stand der Dinge zu unterrichten. Er sagte mir: »Der Kaiser tadelt Schwarzenberg.*) Sie sehen, daß die alten Gesinnungen und Sympathien für Preußen wieder feste Wurzel geschlagen haben. Es war dem Kaiser schon schmerzlich genug, als er sich von der Politik Preußens abwenden mußte, jetzt ist seine Stimmung gleichmäßig, gerecht und ganz wie sie sein soll.« Alles, was ich selbst sehe und höre, bestätigt diese Aeußerung.

Schon durch den Grafen Benckendorff war ich so frei, Ew. Excellenz oberflächlich zu melden, daß das österreichische Memorandum über die französischen Verhältnisse hier nicht gefallen hat. Wenn ich die Angabe des Barons Budberg über den Eindruck erwäge, welchen jene Denkschrift in Berlin hervorgerufen haben soll, so glaube ich versichern zu können, daß die hiesigen mit den Berliner Ansichten in dieser Hinsicht ziemlich verwandt sind; denn auch der Kaiser Nicolaus sieht den Grafen Chambord als den einzigen rechtmäßigen Prätendenten von Frankreich an. Aber er selbst wäre kein Verlangen, in den Besitz seines Reichs zu kommen. Die Nation mache keine Anstalten, ihn herbeizurufen; dagegen hätte die französische Nation in einer so überwiegenden Weise durch die Wahl von fast acht Millionen Stimmen sich für eine gewisse Zeit

* Unterm 6. Januar 1852 notirt Gerlach a. a. O., S. 722: „Der Kaiser von Rußland erklärt, daß Schwarzenberg sich infam gegen uns benehme."

eine faktische Obergewalt gewählt, daß die fremden Regierungen dagegen nichts einzuwenden hätten. Würde diese oberste Exekutivgewalt sich nun Kaiser, Sultan oder Schah nennen, so würden diese fremden Regierungen so lange auch hiergegen nichts auszustellen haben, als die oberste Gewalt keine neue Dynastie bilde; denn in den Augen der Mächte könne über die Rechtmäßigkeit des Grafen Chambord auf den Thron kein Zweifel obwalten. Derartige Ideen hat der Kaiser nur erst so hingeworfen;*) sie sind noch nicht völlig zur Reife gekommen, und deshalb ist auch Graf Nesselrode der Meinung, die Antwort nach Wien und Berlin noch bis dahin zu verschieben, daß man über den Zustand von Frankreich mit etwas mehr Sicherheit ein Urtheil werde fällen können. Herr v. Budberg schreibt, daß der König beabsichtige, an mich dieserhalb zu schreiben.

Hierher gelangten Nachrichten zufolge scheint der Präsident in der That keine Dynastie begründen zu wollen, insofern es nämlich seine Absicht sein soll, sich mit einer Dame aus einer englischen Familie zu vermählen. Beiläufig bemerkt, hat Castel-Bajac**) im Auftrage des Präsidenten schon einen sehr reichen Zobelpelz für seine zukünftige Gemahlin angekauft."

St. Petersburg, den 15. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mit der Ansicht des königl. Kabinets über das gewisse Memorandum wird man hier, das kann ich vorher sagen, nicht einverstanden sein. England hinzuziehen, hält man für ganz unmöglich. Man will England nicht abstoßen, sondern an sich zu ziehen suchen; aber das jetzige England ist himmelweit unterschieden von dem Großbritannien des Jahres 1815. Mit dem jetzigen britischen Ministerium kann man nicht in solche Unterhandlungen treten, ohne Alles zu verderben; ich habe gerade diesen Punkt sehr genau mit Graf Nesselrode durchgesprochen, dessen Meinung ich vorstehend nur niederschreibe.

Ich werde nichtsdestoweniger Alles aufbieten, die Ansichten Sr. M. durchzubringen. Der Kaiser denkt über gewisse Ereignisse und Persönlichkeiten wie Fürst Schwarzenberg.

*) Auch Gerlach wußte davon bereits am 10. Januar 1852. (Band I, S. 721.)

**) Vgl. die Anmerkung auf S. 134

Ich speise heut bei dem Kaiser und werde Alles unmittelbar zur Kenntniß des Kaisers bringen, aber zuvor erst mit Graf Nesselrode reden.

Ich sollte gestern schon wieder bei der Kaiserin speisen; die Einladung verfehlte mich indessen, obwohl ich bis 3 Uhr zuhause geblieben war. Ich werde nun wohl heute dort sein und mit dem Kaiser alle vorliegenden Materien vertraulich besprechen können. Es ist nur schade, daß ich erst nach Verlauf von vierzehn Tagen wieder über eine sichere Gelegenheit gebieten kann. Die letzten Zeitungen brachten die Rede des Fürsten Schwarzenberg.*) Sie ist nicht herausfordernd, aber geht von der falschen Ansicht aus, die Niemand glaubt, daß Oesterreich durch seinen neuen Tarif schon viel für Deutschland gethan, während es doch noch einige Staaten giebt, welche jenen Tarif als dem Prohibitivsystem angehörend betrachten. Ich bin ganz überzeugt, daß wir den Wiener Zollkongreß ganz ruhig ansehen können, daß wir wenig riskiren, Oesterreich aber einen Fehlschuß thun wird.

Der Fürst Schwarzenberg ist stets provokant, im ersten Augenblick untraktabel, er giebt aber nach, sobald man ihm mit Bestimmtheit und Mäßigung entgegentritt. Ew. Excellenz haben dies schon oft erfahren.

Sehr auffallend ist es mir, daß auf einmal die Mehrzahl der Bundestagsgesandten feindlich gegen Preußen und ganz abhängig von Oesterreich sein soll, ja, daß Oesterreich allein in Frankfurt unumschränkt herrschen soll. Das muß eine Lüge sein; aber woran liegt dies, wenn es wirklich der Fall sein sollte, wie hierher geschrieben wird? Ein solches Uebergewicht hat Fürst Schwarzenberg in Deutschland nicht erlangt, eine solche Stellung kann sich Graf Thun nicht verschafft haben. Die österreichischen Intriguen, die hauptsächlich von Sachsen und Hessen unterstützt werden, sind allerdings sehr neckend und unbequem. Aber da Preußen offenbar und Allen erkenntlich das Rechte, Gute, Nützliche und Mögliche beabsichtigt, weshalb sollen sich, wie Briefe und Zeitungen versichern, alle Stimmen gegen Preußen aussprechen? Daß anfangs ein Mißtrauen von der Zeit Erfurts her obwaltete, war begreiflich, aber weshalb uns noch jetzt Anmaßungen zutrauen? Frankfurt war immer ein ganz niederträchtiges Loch und es wird

*) Näheres über diese Rede s. Weber, „Der deutsche Zollverein", S. 303, Leipzig 1869.

es immer bleiben, weil sich die Persönlichkeiten dort stets reiben, und deshalb war ich so sehr darauf bedacht, vorzuschlagen, in Frankfurt nichts, sondern Alles zwischen Berlin und Wien abzumachen. Nach Frankfurt darf und kann, was schon fertig ist. Ich halte Frankfurt für einen untergeordneten Posten, zu dem nur Würde, Ruhe und Festigkeit gehören. Aber so lange der Baron Prokesch in Berlin ist, kann nichts Ordentliches durchgeführt werden. Ueberhaupt ist der Fürst Schwarzenberg weit leichter zu behandeln wie seine Organe im Auslande, die viel Unheil stiften.

Da man hier sehr lebhaften Antheil an Preußen nimmt und dieses Interesse sich sehr gesteigert hat (wenn auch die Depesche vom 31. v. Mts. an Herrn Bunsen einen sehr dunklen Schatten auf die aufgehende Sonne der Eintracht geworfen), so wird es meine Aufgabe sehr erleichtern, wenn Ew. Excellenz die hohe Gewogenheit haben wollten, mir durch irgend einen Herrn Sekretär einige Notizen über die neue Armeeorganisation, über die Ernennung des neuen Kriegsministers*) sowie auch über die Aussicht des Wiener Zollkongresses**) zugehen zu lassen. Es sind dies Gegenstände, welche den Kaiser im höchsten Grade interessiren.

Der Herr Niebuhr schreibt sich die Finger an Graf Münster ab; dieser läuft mit der Berichterstattung des Geheimen Sekretärs Sr. M. zum Kaiser und liest ihm die geistreichen Briefe vor.

N. S. Soeben und zwar kurz vor Abfertigung meiner Expedition durch den französischen Courier geht mir Ew. Excellenz politischer Erlaß vom 8. d. Mts. Nr. 2 zu und gleichzeitig Hochdero drei vertrauliche Schreiben vom 29. v. Mts., 7. und 8. cr.***) Ich werde künftig immer von dem Wirklichen Geh. Rath Bunsen reden.†) Der Minister Eichhorn, der Oberpräsident Merkel nannten sich stets Doktor; mir ist es gleich; ich habe Doktor gewählt der Kürze wegen.

Ich danke Ihnen für das Avertissement sowie für die sehr inter-

*) Am 15. Januar hatte Bonin, der Nachfolger Stockhausens den ersten Vortrag beim König.

**) Vgl. S. 320.

***) In dem litterarischen Nachlaß Manteuffels sind diese Schriftstücke nicht zu ermitteln. Rochow kommt auf Manteuffels Schreiben vom 8. Januar in seinem Briefe vom 17. d. Mts. (nebenstehend) zurück.

†) Rochow sprach bisher, ebenso wie der König, von dem „Dr. Bunsen“.

essante Aufklärung in Bezug auf unsere Stellung zu Oesterreich. Ich werde diese Ansicht geltend machen und habe es eigentlich schon immer gethan."

Paris, den 16. Januar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ich glaube, daß das Wiener Kabinet disponirt ist, mit Louis Napoleon sehr freundschaftlich zu stehen und vielleicht, wenn er sich konsolidirt und gegen das parlamentarische Wesen fortreagirt, mit ihm sehr weit zu gehen. Schwarzenberg ist kein Mann, der, wie mir scheint, viel auf Formen und Theorien von Prinzipien giebt. Der Umstand, daß Louis Bonaparte nicht der legitime König, wird glaube ich in Wien nicht sehr hoch angeschlagen, und demnächst vermuthe ich, daß man sich dort sagt, die französische traditionelle Monarchie sei fast stets der Widersacher des Hauses Oesterreich gewesen, und man brauche sich daher nicht so überaus eifrig für sie zu interessiren. Der Präsident richtet sich natürlich danach, wer für ihn am freundlichsten. Ich wünsche, daß die Unterhandlungen zwischen den nordischen Großmächten ein gleichmäßiges Verhalten in Bezug auf die Person des Louis Bonaparte und etwaige Titel herbeiführen. Das Schlimmste wäre, wenn wir genöthigt würden, Thatsächliches anzuerkennen, vorher aber ein saures Gesicht gemacht hätten, während Oesterreich indessen sofort geliebkost hätte, denn dann hätte das Wiener Kabinet hier präponderirenden Einfluß. Es scheint mir sehr klar, daß bald zwischen den drei nordischen Großmächten hierüber verhandelt werden müßte, damit ein Jeder seine Absichten offen darlege."

St. Petersburg, den 17. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

Ew. Excellenz eigenhändiges Schreiben vom 8.*) ist mir am 15. cr. richtig zugekommen und hat mir sehr wesentliche Dienste geleistet

*) S. Anmerkung auf S. 340

Als ich am nämlichen Tage bei der Kaiserin speiste, hatte der Kaiser eben die Rede des Herrn Fürsten Schwarzenberg bei Eröffnung der Zollkonferenzen gelesen und äußerte sich darüber folgendermaßen: »Es ist erlaubt, über die Möglichkeit der Ausführbarkeit der österreichischen Projekte verschiedener Meinung zu sein, selbst wenn dieselben auch erst in zehn Jahren zur Anwendung kommen sollten; man begreift ferner ganz gut, daß jene Projekte für chimärisch und jedes vernünftigen Grundes entbehrend angesehen werden können; aber aufrichtig gestanden, das verstehe ich nicht, daß in Preußens Gouvernement eine Presse von der Ansicht ausgeht, es sei gegen die Ehre und die Interessen Preußens, die Vorschläge Oesterreichs bloß anzuhören. Ich kann mich auch ganz und gar nicht damit einverstanden erklären, daß die preußischen ministeriellen Blätter täglich die boshaftesten Artikel nicht bloß gegen das Verwaltungssystem und den Finanzzustand Oesterreichs, sondern auch gegen dessen ganze Politik bringen. Im Vergleich zu solchen Extravaganzen«, fuhr der Kaiser fort, »fällt die Mäßigung und der Anstand in der Rede des Fürsten Schwarzenberg sehr vortheilhaft in die Augen.«

Diese Aeußerungen boten mir die gewünschte Gelegenheit, von Ew. Excellenz Aufklärungen sofort einen passenden Gebrauch zu machen und Sr. M. aufs Bestimmteste zu versichern, daß die Allerhöchstdemselben aufgefallene Sprache gewisser Blätter nur eine sehr lange zurückgehaltene Nothwehr gegen die unverschämtesten österreichischen Verläumdungen gewesen sei, daß aber jetzt, nachdem unsere Vertheidigung Früchte gebracht, ein gegenseitiges Schweigen eintreten werde. Diese Aeußerung beruhigte den Kaiser, da Se. M. auf Ew. Excellenz Versprechen und Worte den höchsten Werth legt.

Wenn ich die Berichte aus Wien lese, so erblicke ich darin gewiß immer ein sehr gediegenes Urtheil und eine treffliche Gesinnung von Seiten des ehrenwerthen Berichterstatters, allein ich vermisse doch eine genauere Kenntniß der wahren Sachlage, welche natürlich Herr Baron Budberg nicht immer in der Lage ist dem Herrn Baron Meyendorff zu geben. Diese Aufgabe sollte sich der Herr Gesandte Sr. M. des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, in Wien stellen, welchem nicht unbekannt ist, daß Baron Meyendorff in Wien einen großen Einfluß ausübt und daß seine Angaben und Aeußerungen hierher über alle deutschen Verhältnisse maßgebend sind. Ist man hier durch Berichte von Wien einmal zu einer be-

stimmten Meinung gekommen, so hält es schwer, diesen Eindruck auszuwischen. Deshalb kann ich nur wünschen, von dem Gange der Zollverhandlung mit Oesterreich und unseren alten Zollverbündeten durch Ew. Excellenz Vertrauen zeitig unterrichtet zu werden, um irrthümlichen, oft falschen oder ungerechten Nachrichten vorbeugen oder ihnen begegnen zu können. Ich möchte hierdurch Niemand anklagen, indessen scheint es besser zu sein, daß man selbst die Sachen aufklärt, als daß sie von Dritten und, wie gesagt, leicht in einem uns weniger günstigen Lichte beleuchtet werden.

Gleich nachdem ich unser Verhalten gegen den Kaiser gerechtfertigt hatte, begab ich mich zu dem Reichskanzler, ging mit ihm die Nachrichten aus Wien durch und las demselben Hochdero Schreiben vom 8. vor. Dasselbe hat den Grafen Nesselrode vollkommen befriedigt. Er tadelt das Verfahren Oesterreichs, noch mehr aber die peremptorische Weise des Fürsten Schwarzenberg sowie die Sprache seiner unglücklich gewählten Organe in Berlin und Frankfurt. Er hält alle drei Organe für herausfordernd und ist der Ueberzeugung, daß die jetzt in Wien stattfindenden Zollverhandlungen unnütz und fruchtlos sein werden, da ja Oesterreich selbst noch nicht einmal wisse, wie es seine eigenen neuen Tarifsätze würde durchführen können. Die ganze Sache sei mit Uebermuth, Leichtsinn und Unkenntniß unternommen.

Was ich schon so oft gesagt, wiederholte ich auch diesmal, nämlich, daß Preußen das Maß der Rücksicht für Oesterreich seit einem Jahre gewissenhaft eingehalten, daß aber dessen Betragen fast unerträglich werde.

Der Reichskanzler ist sehr erfreut über Ew. Excellenz Gruß und er erwidert ihn von ganzem Herzen, Sie bittend, Ihre Langmuth gegen Oesterreich nicht aufzugeben. Der Kaiser hat mir aber noch ganz ausdrücklich aufgetragen, Ew. Excellenz in Erinnerung zu bringen, daß er das höchste Vertrauen auf Ihre gute Absicht, Gesinnungen und Klugheit hege und stets bereit wäre, diese zu unterstützen."

St. Petersburg, den 19. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat.

„Der Kaiser Nicolaus hat die Ereignisse in Frankreich als Bekämpfung der Unordnung mit Genugthuung begrüßt und ist von der Ueberzeugung erfüllt, daß auf anderem Wege in Frankreich,

wo weder Moral herrsche, noch Recht Geltung finde, der Anarchie nicht hätte vorgebeugt werden können. Frankreich verdiene gar kein anderes Regiment. Das parlamentarische Wesen mit doppelter Gewalt sei dort nicht ausreichend gewesen; der Präsident behandle die Schwätzer und Agitatoren nach ihrem Werthe; die Hauptverbrecher wären exportirt, die Phrasenmacher beseitigt, die rechtsverdrehende Assemblée weggeschickt. In diesem Sinne hat der Kaiser seine Freude nicht zurückgehalten, wie er Alles billigt, wobei die Soldaten eine kräftige und zur Entscheidung führende Rolle spielen. Aber Se. M. haben doch nicht die Folgen, die unfehlbar daraus erwachsen müssen, außer Acht gelassen, wiewohl nach meinem Gefühl hierbei der sonst so praktische Blick des Kaisers nicht tief genug hineingedrungen ist. Doch theilen Se. M. keineswegs die ungebührliche Freude des Fürsten Schwarzenberg; es gab aber Allerhöchstderselbe auch nicht allen den Befürchtungen Raum, welche Sie mir vorführen. Um einen Mittelweg einzuschlagen, nämlich sich der korrekten Auffassung in Berlin zu nähern und die Aufwallung in Wien zu bemeistern, erließ der Kaiser Depeschen nach Paris sowie nach Berlin und Wien, welche ihm nicht kräftig genug vorkommen, die aber in Paris einen großen Eindruck gemacht haben.

Hier ist man der Meinung, daß man in der Politik wie im gewöhnlichen Leben nichts beginnen solle, was man nicht ganz bestimmt durchsetzen kann; man soll nach den Umständen handeln und sich wohl vorsehen, keine Doktorfragen zur Sprache zu bringen.

So lange die Wiener Verträge nicht gebrochen werden, betrachtet man sie auch in Frankreich für anerkannt und befürchtet das Gegentheil, wenn man jetzt gerade Frankreich zur förmlichen Anerkennung der Verträge auffordern wollte. Man ist hier der Meinung, daß Frankreich dies im gegenwärtigen Augenblick gar nicht thun könne.

Ueberhaupt hält man es für rathsam, daß man Frankreich in seiner jetzigen Krisis so wenig als möglich auf die Verhältnisse zum Auslande hinweist; weit besser sei es, dasselbe zu ermuntern, sich im Innern zu befestigen. Deshalb wird man sich hier, wie ich befürchte, nicht damit einverstanden erklären, in Gemeinschaft mit Frankreich die Angelegenheiten der Schweiz zu reguliren, und Basel zum Ort der Verhandlungen wählen. Bevor man mit Frank-

reich in solchen wichtigen Fragen unterhandeln kann, müßten die Dinge dort noch mehr Konsistenz erlangen.

Im Allgemeinen möchte man gerade Frankreich gegenüber faule Stellen in der Politik nicht aufrühren, da Frankreich selbst die hauptfaule Stelle ist. Wollte Frankreich Piemont dahin bringen, die radikalen politischen Flüchtlinge zu expulsiren und sich die dortige schlechte Verfassung abzuschütteln,*) so werde Rußland Sardinien dazu von ganzem Herzen Glück wünschen, nur dürfte Frankreich dort nicht thatsächlich interveniren. Rußland stützt diese Aeußerungen auf die alte Regel, sich in andere Angelegenheiten unberufen nicht zu mischen. Der Kaiser Nicolaus sieht die Beseitigung jeder modernen Verfassung, in welcher die Macht der Fürsten ungebührlich beschränkt und den Schwätzern ein wesentlicher Theil der Regierungsgewalt überlassen ist, für einen Gewinn an.

Was nun die Hinzuziehung Englands zu der großen Anerkennungsfrage anbelangt, so findet zwischen Berlin und hier eine vollkommene Uebereinstimmung statt. Man hat nach London bereits Eröffnungen gemacht, ist jedoch dabei mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen, weil man sich scheut, sich ganz blindlings mit dem jetzigen Ministerium einzulassen; dasselbe sei noch nicht einmal vollständig besetzt, stütze sich auf die radikale öffentliche Meinung, und man könne daher noch gar nicht mit irgend welcher Sicherheit übersehen, welchen Weg das englische Ministerium Frankreich gegenüber einschlagen könne!

Ich meinestheils habe den übereilten und nicht überdachten Beifall Oesterreichs zu dem Staatsstreich gründlich getadelt, aber ich kann, nach Allem, was ich aus Wien gelesen, durchaus nicht annehmen, daß Oesterreich gewillt sei, durch oder mit Frankreich Mittel zu erlangen, die dem Gange und vorzüglich den Verhältnissen mit Preußen schädlich sein könnten. Dies wäre eine zu falsche Berechnung, um sie dem Wiener Kabinet zuzutrauen, denn solch Verfahren müßte zum eigenen Schaden umschlagen. Wie man hier über den Fürsten Schwarzenberg denkt, ersehen Sie aus meinen vielen Berichten.

*) Nach Gerlach (Bd. I, S. 728) wurde ein Antrag auf Abschaffung der [illegible] Verfassung zwar vorgebracht, aber von Frankreich abgelehnt.

In Rußland hat man noch eine lebendige Erinnerung von den Gefahren, der Schande und dem Elend zur Zeit der Napoleonischen Herrschaft. Diese wird man nicht wieder aufkommen lassen. Aber wir dürfen uns sagen, daß Frankreich selbst mit seiner jetzigen Existenz ein ganz anderes Frankreich ist, als zur Zeit des 18. Brumaire, und daß der Neffe nicht der Onkel ist. Also können wir auch nicht von dem Standpunkte ausgehen, auf welchem Frankreich sich damals befand. Auch halte ich die Erneuerung des Rheinbundes, sowenig ich von einigen Fürsten Deutschlands halte, für jetzt nicht wahrscheinlich.

Wir sollen uns von Frankreich nichts, aber auch gar nichts gefallen lassen, wir dürfen es aber auch nicht herausfordern und unnöthigerweise weder Streit noch Verhandlungen mit ihm beginnen, von denen wir vorher wissen, daß sie kein Resultat haben.

Ohne sich vielen Hypothesen zu überlassen, dürfte es unsere Aufgabe sein, das jetzige Frankreich genau zu beobachten, untereinander fest zusammenzuhalten und in dieser Gemeinschaft, zu der, wo immer möglich, England zu ziehen ist, dahin zu trachten, das Wiederzustandekommen der früher stattgehabten Bündnisse Frankreichs theils mit Italien, theils mit einzelnen deutschen Staaten, zu verhindern.

Ich betrachte, trotz aller falschen Wege und nicht rechtlichen Intriguen, die Fürst Schwarzenberg betreibt oder betreiben läßt, ohne ihnen zu steuern, die Allianz der drei Mächte als gesichert und finde darüber in allen hierher kommenden Depeschen aus Wien eine Bestätigung. Ich halte es aber für unerläßlich, auf ein möglichst gesichertes Einverständniß mit Großbritannien mit gehöriger Vorsicht und mit einer unschädlichen Klugheit hinzuarbeiten, möchte aber glauben, daß diese Aufgabe, wenn man nämlich das richtige Maß einhalten und sich nicht kompromittiren will, die diffizilste sei. Das jetzige England ist gleichfalls ein ganz anderes als zur Zeit des alten Napoleon, weil es einen großen Theil von dem, was es damals in seinen egoistischen Interessen erstreben wollte, faktisch erreicht hat und deshalb seine Theilnahme für eine neue Koalition nicht so lebhaft, nachhaltig und ergiebig sein würde, wie zu jener Zeit.

Was Louis Napoleon Bonaparte nächstens thun wird, scheint außer Zweifel. Wie sich die Mächte dabei zu verhalten haben,

ist eine andere Frage; ich habe in meinem letzten Bericht an Se. M. den König, welchen ich morgen abschicke, alles hier darüber Besprochene gewissenhaft referirt. Ich bin mit Ihnen über die Gefahren eines neuen Kaiserreichs ziemlich einverstanden, erlaube mir aber anzuführen, daß Frankreich als Republik mit einem Präsidenten auch gefährlich wäre."*)

St. Petersburg, den 20. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Am Schlusse meines Privatschreibens vom 15. d. Mts.**) war ich gleich nach Empfang der politischen Depesche Nr. 2 vom 8. cr. so frei, die Bemerkung zu machen, daß man hier schwerlich darauf eingehen werde, bei der Verhandlung unter den drei Mächten über die französischen Angelegenheiten England so ganz unbedingt zuzuziehen. Ich habe mich nicht geirrt. Graf Nesselrode hatte zwar dem Baron Brunnow die mit Preußen und Oesterreich begonnenen Besprechungen mitgetheilt, es aber seiner Einsicht überlassen, ob man dem neuen Minister schon jetzt gleich so hochwichtige Kommunikationen machen könne. Hochdieselben werden aus dem Bericht, mit welchem ich Ew. Excellenz Kopie meines Schreibens an des Königs Majestät sandte, zu ersehen belieben, daß England zur Anerkennung geneigt ist, den Artikel II des Vertrages vom 20. November 1815 ungefähr wie Oesterreich auslegt und Lust zu haben scheint, seine Zustimmung zur Kaisererklärung nicht nach Tagen oder Stunden, sondern nach Minuten und Sekunden zu berechnen.

Ich habe die Depesche von Lord Granville an Sir Hamilton Seymour gelesen, bevor Letzterer sie dem Kanzler zeigte, und General Castel-Bajac brachte mir soeben die Aufzeichnung seiner gestrigen Unterhaltung mit dem Kaiser. Se. M. haben dem Präsidenten sehr viel Anerkennendes sagen, aber auf die großen und bedenklichen Gefahren aufmerksam machen lassen, die für ihn persönlich, für Frankreich und ganz Europa daraus entstehen müßten, wollte er die sich selbst gestellte Grenze seiner Aufgabe überschreiten.

*) Eine Kopie des obenstehenden Briefes sandte Rochow an den General v. Gerlach.

**) Bd. 2 S. 358.

Der französische Gesandte will den Grafen Nesselrode bitten, das Brouillon seines nach Paris bestimmten Berichtes Sr. M. dem Kaiser vorzulegen, um auch sicher zu sein, daß er des Kaisers Ansicht und Auftrag ganz richtig aufgefaßt. Demungeachtet glaube ich bestimmt, daß wir die Kaiseranerkennung von England ganz gewiß, wahrscheinlich von Oesterreich und auch am Ende bedingungsweise von Rußland erleben werden. Hier wird man sich noch wehren und Alles aufbieten, einen solchen Skandal zu verhindern, der Skandal wird aber doch geschehen!

Heut arbeitet der Kanzler mit dem Kaiser und wird noch im Laufe dieser Woche seine Antworten nach Berlin und Wien abgehen lassen. In meiner heutigen Expedition finden Ew. Excellenz die Andeutung der Grundzüge zu den nächsten, diesen wichtigen Gegenstand betreffenden russischen Erklärungen. Sie können sich nach den neuesten Kommunikationen aus London, die mit den Berichten des Barons Brunnow haarklein übereinstimmen, vielleicht modifiziren, doch glaube ich Ew. Excellenz des Kaisers Ansicht richtig vorgetragen zu haben.

Ueber die politische Depesche Nr. 42 vom 31. v. Mts. und Js., die Flüchtlingsangelegenheit betreffend, kennen Sie des Grafen Nesselrode abweichende Ansicht. Ich vermeide, dem Kaiser davon zu sprechen; dies that auch der Kanzler; wir wissen, wie sehr ihn diese Maßregel traurig und mißtrauisch machen wird, und haben ihn jetzt nicht in seinen guten Dispositionen stören wollen.

Aus England erhebt man gewaltiges Geschrei, daß sich im Großherzogthum Baden eine Expedition gegen die Schweiz präparire, auch schreibt man von einer Unterredung, die Graf Hatzfeldt mit dem Präsidenten gehabt haben soll.

Letzterer hätte nämlich auf die Differenz zwischen Preußen und Oesterreich angespielt, worauf der preußische Gesandte erwiderte, daß allerdings in der Handelsfrage eine Verschiedenheit der Ansichten bestehe, aber in allen übrigen politischen Fragen herrsche eine vollkommene Uebereinstimmung, so daß er doch rathe, auf die ganz ungetrübte Kraft Preußens und Oesterreichs mit Deutschland zu zählen.

Als der hiesige englische Gesandte gestern den Kanzler verließ, sagte dieser ihm: »Halten wir uns alle vier fest zusammen wie in den Jahren 1813, 14 und 15, so wird der Sieg auch diesmal unser sein.« Diese Aeußerung will mein englischer Kollege

zum Stoff seines nächsten Berichts wählen, den er in diesen Tagen nach London abgehen läßt.

Graf Nesselrode hat Sir Hamilton Seymour einige Berichte des Barons Brunnow vorgelegt und er äußerte sich gegen mich sehr frappirt über die Richtigkeit und Wahrheit der Auffassung und Berichterstattung.

Zürnen Ew. Excellenz mir nicht, daß ich Ihnen Alles so weitläufig schreibe, ich wünsche Hochdenselben die hiesige Stimmung möglichst treu zu schildern.

Ew. Excellenz finden in einem meiner amtlichen Berichte erwähnt, daß Baron Budberg über eine Depesche Sr. Excellenz des Wirklichen Geh. Raths Dr. Bunsen berichtet. Als mir der Herr Graf Nesselrode das Original überschickte, schrieb er mir einige Worte, welche ich Hochdemselben im engsten Vertrauen in umstehender Abschrift*) mitzutheilen die Ehre habe.

S. M. Allerhöchstenorts diese Mittheilung vorzulegen, würde die Sache eher verderben als bessern."**)

St. Petersburg, den 22. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Ew. Excellenz habe ich gestern durch einen englischen Courier die Anzeige von dem Abgang der russischen Erklärung bezüglich des österreichischen Memorandums und unserer Rückäußerung vom 8. cr. gemacht. Seit Absendung jenes Berichtes hatte ich die Ehre, den Kaiser zu sprechen und Se. M. wie immer in den erhabensten Gesinnungen und gescheitesten Auffassungen zu finden.

Die Lage der Dinge in Europa ist der allerernstesten Beachtung werth, vorzüglich in Betreff der Mächte Frankreich gegenüber. Sichtbar drängt Louis Napoleon Bonaparte ganz gewaltig nach dem Kaisertitel. Er hat gute und wesentliche Dienste geleistet, aber nur erst den achten Theil seiner Aufgabe gelöst, und wir

*) Das Nesselrodesche Billet besagte, von dem, was Bunsen behauptete, daß es der russische Gesandte in London, v. Brunnow, nach Petersburg berichtet habe, sei kein Wort wahr.

**) Dies war nur die Einleitung zu einem Gewitter, das sich über Bunsen bald [illegible] zusammenzog. Vgl. S. 358, unterm 7. Febr. 1852.

müssen abwarten, ob es ihm möglich sein wird, seinen Zusagen zu genügen. Wer kann jetzt mit irgend einer Wahrscheinlichkeit absehen, wie lange das Reich des Präsidenten noch dauert? Ich lebe der Ueberzeugung, daß eine allgemeine Konflagration der Anfang vom Ende sein wird und daß ein solcher in ein bis zwei Jahren uns bevorsteht.

Betrachtet man die Lage der europäischen Hauptmächte, so stellt sich heraus, daß England sich außerordentlich schwach fühlt und deshalb nicht nur Vertheidigungsanstalten macht, sondern sich entschlossen erklärt, eine Kaisertitel-Anerkennung auszusprechen. Oesterreich setzt alle Verträge, alle Prinzipien sowie die wohlbegründeten, unbestreitbaren Rechte Anderer bei Seite, neigt zur Anerkennung und zeigt dadurch, wie arm und schwach es ist. Die Lage Oesterreichs ist aber auch eine höchst bedenkliche, vornehmlich mit Rücksicht auf Italien. In Rom steht immer noch ein französisches Korps.*) Lassen wir vorkommendenfalls nur eine Division Franzosen in Piemont einrücken und sich mit den Truppen des Königs von Sardinien vereinigen, so ist ganz Italien unter französischer Leitung in Aufregung; Oesterreich ist dort ganz auf sich allein verwiesen, es bedarf daselbst unter den dermaligen Umständen 150 000 Mann; es schlug zwar zuletzt die Piemontesen mit 40 000 Mann, aber damals waren die Franzosen nicht dort.

Rußland ist zwar weit entfernt, aber um deshalb nicht theilnahmsloser und ruhig überlegend wie jeder andere seiner Alliirten. Daher trägt das russische Kabinet in seiner bekannten Weisheit den Betrachtungen der in naher Berührung mit Frankreich stehenden Mächte vollkommen Rechnung. Der Kaiser Nicolaus verdient unser Vertrauen. Der Kaiser ist nicht nur ein sehr entschlossener und mächtiger, sondern auch ein ungemein kluger und ehrlicher Mann und ganz besonders ehrlich und gut für Preußen. Also können wir in der Anerkennungsfrage unbedingt Hand in Hand mit demselben gehen. Die ganze Sache ist so unendlich wichtig für unsere Lage, daß wir auf die gute und edle Intention und

*) Am 29. Juni 1849 waren die Franzosen unter Oudinot in Rom eingerückt, nachdem dieselben seit dem 21. Juni gegen die Italiener unter Garibaldi gekämpft hatten. Am 1. Juli wurde die Kapitulation unterzeichnet, welche den Kirchenstaat wieder der Autorität des Papstes unterwarf. Am 4. April 1850 kehrte Pius IX. wieder nach Rom zurück, woselbst eine französische Besatzung zu seinem Schutze verblieb.

die Unterstützung sehen müssen, die uns der Kaiser bieten kann und wird. Ich halte mich daher vollkommen ermächtigt, im vorstehenden Sinn mich gegen Se. M. auszusprechen, und selbst wenn ich von der Meinung des Kaisers abwiche, würde ich mich in keine Kontroverse einlassen, sondern die Hauptrichtung des Kaisers festhalten.

Oesterreich kann, wenn es Geld hat, über eine Armee von 400 000 Mann disponiren. Es muß so schnell als möglich die Kräfte in Italien kompletiren. Für die Ruhe in Ungarn und Galizien sorgt Rußland. Zwei Armeekorps des Kaisers Nicolaus stehen außerdem auf der nämlichen Höhe, wie unser erstes Armeekorps.

Wie ist aber unsere momentane Armeeeinrichtung beschaffen? Die letzte Mobilmachung hat Mängel dargelegt, und die Zeitungen schrieben darüber, ja die wenigen wohldenkenden unter ihnen machen dem Gouvernement täglich Vorwürfe. Solche Dinge machen die Fremden aufmerksam.

Es soll uns hauptsächlich die nöthige Zahl von Offizieren fehlen; sind diese in ein bis zwei Jahren zu beschaffen? Ich habe keine so große Besorgniß vor dem Rhein; lange nicht so wie vor Italien. Wenn es dort die Einheit und Freiheit Italiens gilt, machen die Franzosen selbst die Neapolitaner gegen Oesterreich marschiren. Am Rhein dagegen ist ein deutsches Element, ein großer Fluß, ein mächtiger deutscher Handel, außerdem befinden sich dort bedeutende Festungen, die nicht so unberücksichtigt bleiben können. Kurzum, es fehlt nicht an den Mitteln, den Rhein zu halten, bis Rußland herein rückt. Alle diese Dinge sind von hoher Bedeutung, und Ew. Excellenz werden entschuldigen, wenn ich sie Hochdenselben ausspreche, damit Ew. Excellenz prüfen wollen, ob ich den richtigen Ton angeschlagen habe.

Die Ernennung des Generalmajors v. Bonin zum Kriegsminister hat keinen guten Eindruck gemacht. Die entgegenkommenden Bestimmungen, welche dem englischen Kabinet in Bezug auf die Flüchtlingsfrage gemacht sind, haben den Kaiser sehr bedenklich gemacht; ganz so wie ich's schon anzudeuten die Ehre gehabt.

St. Petersburg, den 26. Januar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Der französische Gesandte hat durch den in der Nacht vom 23. zum 24. cr. hier angekommenen Kabinetscourier zwei Piecen über die Anzeige der durch den Prinzen Louis Napoleon Bonaparte übernommenen Exekutivgewalt von Frankreich erhalten, wie solche sechs bis sieben Tage früher wohl in Berlin ebenfalls abgegeben worden sein dürften. Soviel ich weiß, sind sie dem Reichskanzler übergeben worden; ich hatte Gelegenheit, Kenntniß davon zu erhalten. Es sind darin einzelne Ausdrücke, Bezeichnung und ganze Stellen, die allerdings auffallen, obgleich der wesentliche Charakter dieser Eröffnungen friedlicher Natur ist. Man entschuldigt die etwas hochtrabende Redaktion beider Aktenstücke mit der Neuheit im Geschäft sowohl des auswärtigen Ministers als des Herrn Thouvenelle, der, wie mir dünkt, sich die Sprache des seligen Kaisers Napoleon angemaßt hat.

Es ist sehr übel, daß die Entfernung der drei Kabinette voneinander so groß ist, sonst würde es unfehlbar gut gewesen sein, hätte unter ihnen eine gleichmäßige Antwort verabredet werden können, weil einzelne Ausdrücke in den französischen Erklärungen doch wohl eine Relevirung verdienen. Das hätte übrigens mit aller Höflichkeit geschehen können. Ueberhaupt ist man hier der Meinung, daß, ohne den Präsidenten zu flattiren, man doch vermeiden sollte, seine Stellung zu verderben. Das Préambule zur französischen Verfassung*) hat hier sehr gefallen, weil der Präsident ohne jede Furcht offen seine Absicht ausspricht und die Dinge bei ihrem wahren Namen nennt. Wenn ich mich nicht täusche, hat der Kaiser in Allerhöchstseinem gewohnten Scharfblick eine entschieden gute Meinung von den friedlichen Absichten des Präsidenten und die zuversichtliche Ueberzeugung gewonnen, daß derselbe seine Entschlüsse durchführen und Frankreich mittelst der neuen Verfassung zur Ordnung bringen werde. Gelinge es ihm, die bisher befolgten politisch falschen Doktrinen und Grundsätze auszurotten und dagegen mit voller Kraft und gutem Gewissen das Beste und Mögliche zu wollen, so gebe er gewiß dem Auslande keine Ursache, ihm zu mißtrauen oder gar ihn zu verletzen und zu demüthigen.

*) Am 14. Juni publizirte Napoleon die neue Verfassung, welche er Frankreich gegeben hatte. Sie war eine Kopie der Verfassung vom 23. Dez. 1799.

Se. M. sind weit besorgter über England als über Frankreich und sehen dort ein schweres Sturmwetter im Anzuge. Das Ministerium sei schwach und unzuverlässig und zum Umsturz hinreichende Keime im Lande ausgestreut.

Ich weiß zu gut, welchen hohen Werth Ew. Excellenz auf die erhabenen Ansichten des Kaisers legen, um mir nicht die Freiheit zu nehmen, solche, soweit ich sie kennen lernen kann, zu Hochdero Kenntniß zu bringen.

Im Allgemeinen entnehmen Ew. Excellenz die Auffassungen des kaiserl. Kabinets durch die verschiedenen Depeschen aus Paris und Wien, welche in vollem Vertrauen auf gänzliche Uebereinstimmung mit der Regierung Sr. M. des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, in Berlin kommunizirt wurden. Soviel ich aus Wien erfahren, hat man sich dort in Bezug auf Frankreich etwas kalmirt und vielleicht redressirt, in Summa das einigermaßen verlorene Gleichgewicht wiedererlangt. Das Richtige übt, wie die Wahrheit immer, eine unwiderstehliche Gewalt über die Gemüther und selbst die leidenschaftlichsten. Allem Anschein nach ist Herr Hübner in Paris zu weit gegangen.

Zu meinem konfidentiellen Schreiben vom 22./10. cr., welches ein russischer Feldjäger mitgenommen, habe ich weiter nichts hinzuzufügen.

Die letzte Depesche des Barons v. Budberg ist vom 14. und wie immer ganz vortrefflich, gescheit, wahr und einsichtsvoll. Es macht mir stets eine große Freude, diesen klugen und gut redigirten Bericht zu lesen."

Paris, den 26. Januar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Bei dem Empfange des diplomatischen Korps, welcher vorgestern abend in den Tuilerien dem Balle voranging, bezeigte zwar der Präsident im Allgemeinen den Gesandten der drei nordischen Großmächte eine größere Aufmerksamkeit als den übrigen fremden Repräsentanten, zeichnete jedoch unter jenen Herrn Hübner besonders aus, indem er zu verschiedenen Malen längere Gespräche mit dem österreichischen Gesandten führte. Es hatte den Anschein,

als wolle der Präsident seine freundliche Stimmung gegen den österreichischen Gesandten besonders darthun.

Herr Hübner hat die Güte gehabt, mir heute in ganz vertraulicher Weise Nachfolgendes über sein Gespräch mit dem Präsidenten mitzutheilen.

Der Präsident hat ihn gefragt, ob etwas Wahres an dem Gerüchte sei, Oesterreich verstärke seine Truppen in Italien. Er fügte hinzu, wie sehr er es bedauern würde, wenn die fremden Mächte den Behauptungen seiner Feinde, als sei die Herbeiführung eines Krieges durch Frankreich zu besorgen, den geringsten Glauben schenkten. Er deutete an, daß die exilirten Orleanisten das Ausland aufzuregen suchten, indem sie überall die Ansicht verbreiteten, daß, wenn selbst er, der Präsident, den Krieg nicht wünsche, er doch bald durch innere Verlegenheiten dazu getrieben werden würde. Der Präsident setzte demnächst auseinander, wie er und Frankreich gerade des Friedens bedürften und dieses fühlten, um die inneren Schäden zu heilen. Herr Hübner hat hierauf geantwortet, daß sein Gouvernement den friedlichen Gesinnungen des Präsidenten vollkommen Glauben schenke und überhaupt keine Besorgniß vor Kriegen hege, weil letztere den ersten und entschiedensten Interessen des Prinzen Louis widersprechen würden. Was die Vermehrung der österreichischen Truppen in Italien anbetreffe, so sei ihm hiervon nichts bekannt.

Der Präsident bemerkte noch, daß, wie er vernehme, die diplomatischen Repräsentanten deutscher Staaten an den verschiedenen anderen deutschen Höfen sich feindlich gegen ihn und seine Regierung äußerten. Herr Hübner hat mir nicht gesagt, was er auf diese Bemerkung geantwortet, ich vermuthe jedoch, daß er dem Präsidenten erwidert haben wird, wie wohl österreichische Repräsentanten hierin nicht einbegriffen sein würden. Der weitere Fortgang des Gesprächs soll demnächst in folgender Weise stattgefunden haben.

Der Präsident sagte: »Vous le voyez, les classes élevées m'abandonnent, elles se liguent contre moi et c'est pourtant moi qui les ai sauvées. Il n'y a que le peuple qui soit pour moi.«

Der Gesandte erwiderte: »Ne craignez-Vous pas, Monseigneur, d'en avoir excité l'appétit par l'usage que Vous avez

annoncé de vouloir faire des biens confisqués de la famille d'Orléans?«

»Oh non«, antwortete der Präsident, de l'air de quelqu'un qui a pris son parti là-dessus et ne veut pas entrer en discussion sur des mesures bien arrêtées dans son esprit.«"

Wien, den 27. Januar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz bin ich für Ihr Privatschreiben vom 24. d. Mts.*) dankbar verbunden. Ich sehe daraus, daß meine vertraulichen Ergießungen Ihnen einiges Interesse bieten, und fahre daher fort, mich rückhaltlos mit vollem Vertrauen zu äußern.

Ew. Excellenz werden in meinem Immediatberichte eine Andeutung finden, daß Fürst Schwarzenbergs Stern im Abnehmen ist. Der Einfluß des Fürsten Metternich ist dagegen im Zunehmen, und wir können hoffen, daß derselbe günstig auf das Verhältniß zwischen uns und Oesterreich wirken wird.

Als Beitrag hierzu will ich Ew. Excellenz einen Vorfall erzählen der sich vor einigen Tagen zugetragen hat. Fürst Schwarzenberg ist bekanntlich ein großer Freund des schönen Geschlechts. Es war hier eine schöne Griechin, Victorine Ceci, für die er sich sehr interessirte. Vorigen Donnerstag aß Schwarzenberg bei mir, und ich merkte bald, daß er höchst verdrießlich war. Den folgenden Tag erhielt ich Aufschluß darüber. Die schöne Griechin war, ohne daß Schwarzenberg etwas ahnte, auf Allerhöchsten Specialbefehl plötzlich verhaftet, nach Triest zur Einschiffung nach Griechenland abgeführt worden.

Ich höre aus guter Quelle, daß der Kurfürst von Hessen die Absicht hat, in Berlin einen Besuch zu machen. Es scheint mir dies eine günstige Gelegenheit, um sein Verhältniß zu uns wieder in guten Gang zu bringen. Um dies aber zu bewirken, wird es unumgänglich nöthig sein, das Vorgefallene ganz der Vergessenheit zu übergeben und den Kurfürsten gut zu empfangen. Ich darf mich der Hoffnung überlassen, daß bei der Wichtigkeit des zu er-

*) In den hinterlassenen Papieren Manteuffels nicht vorhanden.

reichenden Zweckes Ew. Excellenz nach Möglichkeit mitwirken werden.

Lord Westmoreland hat mir erzählt, wie Bunsen ohne Autorisation eine offizielle Note in London übergeben hat, worin er erklärt, Preußen werde nicht wie Oesterreich die Verfassung abschaffen. Mich wundert zwar nichts von Bunsen, dies scheint mir denn aber doch zu arg. Ist denn keine Hoffnung, daß wir ihn loswerden? Ich sollte denken, daß man Allerhöchstenorts doch über ihn mit der Zeit aufgeklärt sein müßte und die Nachtheile einsähe, die eine unbefugte Einmischung bringen muß.

Die Berliner Kammern treiben die parlamentarische Initiative offenbar zu weit. Es kommt bei derselben selbst bei den besten Absichten nichts heraus. Die Anträge der Linken haben hoffentlich nicht die geringste Chance.

In Paris sieht es bunt aus. Die Konfiskation oder der Zwangsverkauf der Orleansschen Güter wird den schlimmsten Eindruck machen und dem Präsidenten viel Schaden thun. Er will die Güter für sich nehmen, das ist mir klar. Persignys Ministerium hat glücklicherweise nicht mehr die Bedeutung, seit alle politischen Sachen vom Ministerium des Innern auf das der Polizei übergehen. Ist es wahr, daß Hatzfeldt in schlechten Gesundheitsumständen ist? Ich hoffe, daß die darüber umlaufenden Gerüchte ebenso unbegründet sind als die, die über meine Wenigkeit cirkulirten."

Paris, den 29. Januar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Das Journal »Le Constitutionnel« ist schon seit einiger Zeit ein lebhafter Vertheidiger des Präsidenten geworden.

»L'Union« ist eins von den hervorragenden Blättern der legitimistischen Farbe, aber eben infolge letzterer befindet sich der Kreis ihrer Leser hauptsächlich in den höheren Schichten der Bevölkerung, in welchen meist schon vorgefaßte Meinungen vorauszusetzen sind."

Wien, den 3. Februar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Herr Lembcke*) berichtet ausführlich über die Handelskonferenz; ich will nur hinzufügen, daß der Kaiser neulich die Mitglieder zur Tafel gezogen hat, wobei auch die betreffenden Gesandten anwesend waren. Bei dieser Gelegenheit hat Fürst Schwarzenberg mehreren der Bevollmächtigten gesagt, er habe gute Nachrichten aus Berlin, man gäbe dort nach. Ich weiß nur nicht, was Prokesch geschrieben haben kann, ich habe aber gesagt, wir hielten fest auf dem bisherigen Standpunkte. Die Zollmänner waren durch Schwarzenbergs Aeußerung stutzig geworden.

Mit Sehnsucht erwarte ich zu hören, daß Ew. Excellenz die Einladungen zur Zollkonferenz erlassen haben.

Ein zweiter Punkt, den ich mich zu Ihrer Kenntniß zu bringen veranlaßt sehe, ist folgender. Fürst Schwarzenberg hat mir neulich ganz vertraulich gesagt, er höre, daß Herr v. Bismarck von Frankfurt weggehe und Graf Bernstorff an seine Stelle kommen werde. Er sei über diese beabsichtigte Ernennung wirklich erschrocken und hoffe, daß die Nachricht falsch sei. Ich habe ihm erwidert, ich wisse davon gar nichts, habe auch nicht einmal in den Zeitungen diese Nachricht gefunden. Ew. Excellenz wissen, daß Graf Bernstorff hier verhorrescirt wird, sollte er für Frankfurt bestimmt sein, so würde man dies hier für feindselig halten, und deshalb hoffe ich, daß die dem Fürsten Schwarzenberg zugekommene Nachricht nicht begründet ist.

Die »Kreuzzeitung« widerspricht dem Gerücht, als sei Herr v. Bismarck für Wien bestimmt.

Aus einem gestern erhaltenen Erlaß sehe ich, daß Herr v. Kamptz**) angeblich auf Grund eines Berichts des hiesigen Hamburger Residenten nicht glauben will, daß die Oesterreicher Hamburg räumen werden. Er will sogar wissen, daß sie Bremen besetzen wollen. Ich kann nur wiederholen, daß Fürst Schwarzenberg mir positiv gesagt hat, alle österreichischen Truppen würden nächstens zurückgezogen werden. Ich glaube dies um so mehr, als er mir schon öfter gesagt hat, wie die Okkupation Hol-

*) [illegible] der Dresdener Konferenzen.

**) Kamptz, preußischer Ministerresident bei den Hansestädten.

steins monatlich 200 000 Gulden mehr als die gewöhnliche Ausgabe koste, und er die Beendigung der dänischen Sache herbeiwünsche, um die Truppen nach Hause kommen zu lassen. Prokesch wird gewiß die Zurückziehung bestätigen. Früher war allerdings die Absicht, Bremen zu besetzen, um dort Ordnung zu machen, jetzt ist aber davon keine Rede.

Der Kurfürst von Hessen wird die Gräfin Schaumburg nächstens zur Fürstin von Hanau machen. Er läßt jetzt hier unterhandeln, daß sie auch von Oesterreich einen Fürstentitel erhält. Zu diesem Zwecke will er noch mehr Güter hier im Lande ankaufen.

Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß der König von Württemberg auf die hiesigen Handelsprojekte nicht eingehen, sondern fest am Zollverein halten wird. Er fühlt jetzt das Bedürfniß, sich mit Preußen auszusöhnen, und wird geneigt sein, Satisfaktion zu geben."

St. Petersburg, den 11. Februar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz habe ich zu meinen amtlichen Berichten keine Ergänzungen zu liefern. Der Kaiser ist zwar noch immer lebhaft für den Präsidenten der Republik eingenommen, allein wir können demungeachtet ganz sicher auf ihn zählen; auch wird sich das allmählich verlieren. Graf Nesselrode sieht mit seinem praktischen Verstande alle Bedenken ein, welche das Verfahren des neuen französischen Machthabers erzeugen müssen. Seine Weisheit und Erfahrung werden uns auch fernerhin die besten Dienste leisten.

Uebrigens schreiten die Dinge in Frankreich schnell vorwärts. Jetzt muß man über die kleinen Plackereien des Augenblicks hinweg auf die große Aufgabe der Staaten sehen. Unsere Presse, d. h. die »Kreuzzeitung«, wird zu persönlich. Diese persönlichen Attacken erbittern, helfen jedoch wenig. Bei dem Reichskanzler erweckte die Nachricht, daß Graf Hatzfeldt und Graf v. Kisseleff Hand in Hand gehen, große Genugthuung, und er beklagt, daß Herr Hübner seinen eigenen Weg einzuschlagen scheint; doch wird er bald bessere Instruktionen aus Wien erhalten; Herr v. Meyendorff ist aufgefordert, darauf hinzuwirken. Der Kaiser hat gestern das

Schreiben an den Präsidenten unterzeichnet, aber in der Anrede hinter prince **Louis Napoléon Bonaparte** noch **président** de la république setzen lassen. Die Depeschen des Baron Budberg bleiben vortrefflich.

Der Kaiser kann sich immer noch nicht über die Ernennung des Generals v. Bonin beruhigen, obgleich auch hierbei der russische Herr Gesandte sehr gescheit berichtet hat. Ebenso bleibt unsere Verfassungsurkunde dem Kaiser ein Dorn im Auge. Eine jede Kammerverhandlung, ein jeder Artikel in der »Kreuzzeitung« zu Gunsten dieser Urkunde sowie Alles, was jetzt über die Bildung der ersten Kammer geschrieben und diskutirt wird, rühren den alten Groll auf. Der Kaiser glaubt, daß man dadurch die Revolution befestige, und weist auf Oesterreich und Frankreich hin. Dort habe man Muth gezeigt. Es hält schwer, dem Kaiser eine andere Ansicht*) beizubringen. Das thut aber nichts; ich halte Stand, habe aber darüber an Baron Budberg vertraulich geschrieben und ihm angedeutet, in welchem Sinne er durch seine Depeschen beruhigend und beschwichtigend wirken kann.

Ein bei Weitem größerer und traurigerer Uebelstand ist der hier zu Tage tretende Mangel an Vertrauen zu unserer obersten Spitze. Auch das wird sich allmählich finden, wenn die königl. Regierung, wie gar nicht anders zu erwarten steht, in allen großen europäischen Fragen vorsichtig, nicht einseitig und nicht zu schnell zu Werke geht. Obgleich als die Nächsten dem Anlauf ausgesetzt und ganz besonders berufen, die unverletzten Grundsätze des wahren Rechts aufrecht zu erhalten, können wir doch ganz gewiß der kräftigen Unterstützung unserer Alliirten versichert sein. In diesem Bewußtsein sind wir vollkommen in der Lage, ohne Uebereilung mit gebotener Vorsicht und Besonnenheit sowie im Einverständniß mit den Verbündeten zu verfahren. England sucht man hier sehr zu engagiren, geht aber mit ihm mit großer Reserve um.

Ich werde suchen, Ew. Excellenz die Arbeit des Herrn v. Tegorborsky über die Wiener Zollvorlagen zu schicken.

Fahren Ew. Excellenz gewogentlichst fort, mit mir Geduld zu haben."

* Er sprach dieselbe dem General v. Gerlach gegenüber bereits im Mai 1851 in Skierniewice aus. Vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 632.

St. Petersburg, den 7. Februar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Der Herr Reichskanzler expedirt heut den früher bei der kaiserl. Gesandtschaft in Wien angestellt gewesenen, jetzt der Mission in London zugetheilten Grafen Bludow über Berlin und Paris nach seinem Bestimmungsort und giebt demselben für den Herrn Gesandten Freiherrn v. Budberg behufs Kommunikation an Ew. Excellenz nachfolgende Piecen mit:

1. Abschrift der Antwort des Kaisers auf des Präsidenten der französischen Republik Zuschrift vom 12. v. Mts. Das Original geht erst heut nach Paris ab.

2. Kopie einer sehr wichtigen Expedition nach Wien, mit deren Inhalt Ew. Excellenz sehr zufrieden sein werden. Die darin entwickelten Ansichten sind ganz besonders auf die Stimmungen im österreichischen Kabinet berechnet. Die Auseinandersetzung ist einleuchtend, korrekt und bestimmt, mir aus dem Herzen gesprochen und vollkommen geeignet, die Höfe von Berlin und Wien zu überzeugen, welche entschiedene Stellung der hiesige Kaiserhof gegenüber sowohl von Frankreich als den beiden verbündeten Gouvernements eingehalten hat und festhalten will.

Graf Nesselrode erwies mir gestern das Vertrauen, jene vortreffliche Depesche mir vorzulesen. Ich zweifle nicht daran, daß der Kaiser sie heut genehmigt haben wird, und bemerke, daß Ew. Excellenz Alles, was ich Hochdemselben in der neuesten Zeit berichtet, darin vollständig bestätigt finden werden. Nach den neuesten Berichten des Herrn Barons v. Meyendorff vom 29. v. Mts. scheint der Fürst Schwarzenberg von seinen Hoffnungen doch sehr zurückgekommen zu sein, welche derselbe auf den Präsidenten nach seinem ersten Staatsstreich gesetzt. Man sieht ihn seit dem 23. v. Mts. nicht mehr für einen ange sauveur an, und selbst der Kaiser Franz Joseph hat sich in diesem Sinne gegen den russischen Gesandten auszulassen geruht.

Fürst Schwarzenberg fühlt vollkommen die Nothwendigkeit einer Solidarität seitens der drei hohen Mächte in Sprache und Handeln und hat zugesagt, über alle kleinen Streitigkeiten, sei es in Zollfragen, sei es in Frankfurt a. M., hinweg sich der Politik Preußens anzuschließen.

Der russischen Expedition vom 9./21. v. Mts. soll der k. k. Ministerpräsident die lebhafteste Aufmerksamkeit geschenkt und

darauf erklärt haben, daß er sich mit einer gründlichen und befriedigenden Antwort sofort beschäftigen werde.

Nachdem ähnliche Mittheilungen von hier auch nach Berlin gegangen sind, so darf ich wohl die Hoffnung nähren, bald durch eine eingehende Beantwortung von Ew. Excellenz beehrt zu werden. Von Seiten des österreichischen Kabinets ist die abermalige Anzeige eingegangen, daß Se. k. k. Apostolische Majestät den Generalmajor Graf Mensdorff-Pouilly zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem hiesigen Hof ernannt hat.

Die russischen Gesandten in London, Wien und Berlin haben sich bewogen gefunden, über eine Verfahrungsweise des königl. Repräsentanten in London zu berichten. Ich habe diese Beschwerde gelesen und mich überzeugt, daß Ew. Excellenz das Faktum eingeräumt, und daß man in Wien darüber im höchsten Grade erbittert ist. Der Kaiser findet diese Stimmung im österreichischen Kabinet vollkommen gerechtfertigt, und nachdem schon vor mehreren Wochen von hier aus bewiesen, daß die Berichte des Gesandten Sr. M. des Königs am Hofe von S. James das Gegentheil von dem enthalten, was der Wahrheit gemäß ist, so hat sich der Kaiser bewogen gefunden, mir sowohl mündlich zu erklären als durch den Reichskanzler aussprechen zu lassen, daß, so lange Se. M. der König geruhten, den jetzigen diplomatischen Vertreter in London zu belassen, es bei dem besten Willen dem hiesigen Kabinet unmöglich sei, mit dem unsrigen über gemeinschaftliche Schritte in England in einen vertrauteren Verkehr zu treten, vielmehr sehe sich der Kaiser zu seinem großen Bedauern der Möglichkeit beraubt, dem Hofe von Berlin Kommunikationen zu machen, die auf die gemeinsamen politischen Interessen Bezug hätten.

Als der Kaiser mir diese Aeußerung machte, bat ich ihn, solchen Auftrag durch seinen Gesandten in Berlin ausrichten zu lassen, welcher Weg der geeignetste schiene, da meine Regierung mich von dem Vorfall nicht unterrichtet, und ich daher mit irgend welchem Fundament keine bestimmten Angaben machen könne. Der Kaiser ließ sich nun in eine ausführliche Anführung der Thatsachen ein und schilderte dieselben so bedenklich und im Einverständniß mit dem einseitigen Fallenlassen der Flüchtlingsfrage für so nachtheilig in Bezug auf die Entente unter den drei Mächten, daß Allerhöchstderselbe in hohem Maße besorgt schien, indessen der Meinung war, daß der gewählte Weg durch meine Vermittelung der

schonendste scheine. Graf Nesselrode fühlte indessen die Richtigkeit meiner Bemerkung und hält es auch für passend, daß er den Baron Budberg, welcher auch mir der diesfallsige Berichterstatter ist, mit dem Auftrage versieht. Er würde gern meiner Bitte Gehör geschenkt haben, die Sache fallen zu lassen, allein er hält den Vorfall für viel zu gefährlich und bedrohlich für die allgemeinen politischen Interessen, um nicht die Befehle des Kaisers pünktlich auszuführen.

Ew. Excellenz hiervon gewissenhaft Meldung zu machen, halte ich für eine unerläßliche Pflicht und darf mir schmeicheln, daß Hochdieselben mit meinen dem Kaiser gemachten Ausstellungen zufrieden sein werden. Ich kenne den Vorgang nur durch fremde Hand und würde in eine Erörterung mit dem Kaiser gar nicht eingegangen sein, wäre ich nicht überzeugt, daß Ew. Excellenz dem Baron Budberg das Faktum nicht abgestritten."

St. Petersburg, den 11. Februar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Ew. Excellenz ist es bekannt, daß der Reichskanzler mir aus besonderem persönlichen Vertrauen öfters eingehende gesandtschaftliche Berichte mitzutheilen pflegt. Es geschieht dies natürlich nur in der Voraussetzung unbedingter Diskretion.

Wenn ich bei der Bedeutung einzelner Gegenstände von diesem Grundsatze abgegangen, so sah ich mich nur in dringenden Fällen dazu veranlaßt und rechnete auch meinerseits auf strenge Bewahrung des Geheimnisses. Dies vorausschickend, erlaube ich mir heut eine Materie zu berühren, bei deren Besprechung mir Graf Nesselrode eine strenge Beobachtung unseres Abkommens zur Pflicht gemacht.

Es handelt sich nämlich um die herrschenden Stimmungen in Wien gegen Preußen. In dieser Beziehung habe ich einige Schriftstücke vor Augen gehabt, aus denen ich leider entnommen, daß Fürst Schwarzenberg durch falsche Berichte aus Berlin und Frankfurt a. M. zu dem Glauben gelangt ist, Preußen wolle in Deutschland wieder einen getrennten Weg gehen. Es dürfte diese irrige Voraussetzung durch das Referat über eine Unterredung entstanden sein, die Ew. Excellenz mit dem Baron Prokesch gehabt haben

sollen, aus welcher der Schluß gezogen wird, Preußen denke gar nicht daran, den Beschlüssen des Bundestages zu folgen, es betrachte diese einzig noch vorhandene Autorität für Deutschland nicht mehr als bindend und werde thun, was ihm beliebe; der Bundestag möge beschließen, was er wolle. Ich meine mich nicht zu täuschen, wenn ich bemerke, daß diese Auslegung sich auf die Flottenfrage*) bezieht. Thatsache bleibt immer, daß der österreichische Ministerpräsident durch die Berichte aus Berlin und Frankfurt Feuer gefaßt und dem Glauben Raum giebt, Preußen werde die Ideen des Jahres 1848 wieder aufnehmen, der Prinz von Preußen treibe dahin, selbst Se. M. der König scheine seines Herrn Bruders Ansichten nicht zurückzuweisen, und die Tendenzen der Bethmann-Hollwegschen Partei gewännen immer mehr Terrain, die wohlgesinntesten Männer der preußischen Konservativen fühlten sich durch die Bundesrücksichten gehemmt in ihrem Bestreben, Preußens Umfang und Ansehen in Deutschland auszubreiten. Der hochgeachtete Staatsmann, gegen welchen der Fürst sich ausgesprochen, las demselben als Antwort Ew. Excellenz Aeußerungen bei der Kammerverhandlung über den Beselerschen Antrag vor. Obgleich der Fürst daraus einige Ausdrücke relevirte, betrachtet er solche doch mehr als eine captatio benevolentiae für die Kammer, mochte sich darauf nicht hinreichend widerlegt halten und kam immer wieder auf die Berichte aus Berlin zurück.

Als der Fürst über Preußens Verfahren in allen Bundesangelegenheiten geklagt, nahm man Veranlassung, ihn an ein Abkommen zu erinnern, dahin zielend, daß nämlich in Frankfurt a. M. nichts vorgebracht werden solle, was nicht schon in Berlin und Wien zur Reife gediehen wäre. Hierauf antwortete der österreichische Herr Ministerpräsident, daß Oesterreich dies gewissenhaft festgehalten, wogegen Preußen bei jeder Gelegenheit protestire und, ohne eine gemeinschaftliche Verabredung abzuwarten, in Frankfurt allen Grundsätzen widersprechend handele, so bei der Veröffentlichung der Bundesprotokolle und bei jeder anderen Frage. Man hat hierauf dem Fürsten dringend gerathen, sich doch unmittelbar an Ew. Excellenz zu wenden und nicht ausschließlich seine Annahme auf die Heftigkeit und Vorurtheile der österreichischen Organe in Berlin und Frankfurt zu stützen; der Fehler scheine doch nicht allein auf Preußens Seite zu liegen.

*) Vgl. oben S. 322.

Hier nahm man Kenntniß von den Auslassungen des Fürsten Schwarzenberg und bedauert es schmerzlich, daß so trübe Wolken sich aufthürmten; jetzt, wo es mehr denn je darauf ankomme, im Interesse von Deutschland den Bund zu kräftigen und ihn nicht durch Streitigkeit zwischen Preußen und Oesterreich herabzuwürdigen; Graf Nesselrode, immer gerecht und billig und stets leicht den wahren Kern der Sache auffindend, war der Ansicht, daß das Gewitter sich leicht verziehen würde, wollte nur Fürst Schwarzenberg den Frhrn. v. Prokesch von Berlin entfernen; dieser phantastische Mann müsse schlechte Quellen haben und mit wer weiß was für Leuten umgehen, jedenfalls sei er seiner Aufgabe, die Beziehungen beider Staaten zu vermitteln und die Schärfe im Verkehr zu mildern, nicht gewachsen.

Ich versicherte dem Grafen Nesselrode mit reinem Gewissen, daß, seitdem ich Frankfurt verlassen, in den Grundsätzen unserer deutschen Politik nichts verändert worden. Die Klagen, welche Fürst Schwarzenberg erhebe, wären durch die Flottenfrage entstanden; auch hierbei sei Preußen in vollem unbestreitbarem Rechte; Preußen stehe auf derselben korrekten Linie, welche es in Frankfurt seit dem 12. Mai v. Js. beobachtet.

Der Kaiser, nicht so vertraut mit den deutschen Verhältnissen wie sein Kanzler, glaubt, Oesterreich sei hauptsächlich um deshalb aufgeregt und gereizt, weil Preußen sich nicht an dem Zollkongreß zu Wien betheiligt habe. Se. K. M. stimmt auch in gewisser Hinsicht den Andeutungen des Fürsten Schwarzenberg bei, und zwar insofern, als der Kaiser ebenfalls behauptet, es gebe ganz bestimmt in Preußen eine Partei, welche Alles aufbiete, eine Störung in den Verhältnissen der beiden deutschen Großmächte herbeizuführen: zu dieser Partei rechnet der Kaiser auch den Prinzen von Preußen.*) Der Kaiser, welcher bei solchen Gelegenheiten oft über das richtige Maß hinausgeht, sieht schon ein helles Feuer zwischen Oesterreich und Preußen ausbrechen. Ich bemühe mich, diese Annahme mit aller Kraft zu bestreiten und mit voller Ueberzeugung zu versichern, daß wir wahrlich Oesterreich keine gerechtfertigte Klage gegeben hätten. Dennoch ist der Kaiser sehr besorgt; ich habe ihn nicht zu beruhigen vermocht, aber mit Bestimmtheit gerade herausgesagt,

*) Bereits im Mai 1851 klagte der Kaiser von Rußland dem General v. Gerlach gegenüber über die Haltung des Prinzen. Gerlach, a. a. O., Bd. I. S. 629.

daß Oesterreich es sei, welches das Feuer schüre, indem es mehr den Interessen der kleinen Regierungen folge, als sich derjenigen von Preußen anzunehmen.

Hier will man wissen, Fürst Schwarzenberg glaube, daß Preußen sich in seiner Stellung im Bunde unbehaglich fühle; auch der Fürst soll weit davon entfernt sein, die Einrichtungen des Bundes zu loben, aber er frage, wer denn in Dresden gegen die bessere Reform aufgetreten sei? Sei dies nicht Preußen gewesen? Als mir dies vorgehalten wurde, konnte ich mich nicht zurückhalten und schilderte den wahren Hergang der Verhandlungen in Dresden sowie unser korrektes Verfahren in Frankfurt a. M. Se. M. vermochte mir nicht zu bestreiten, daß wir in der That im Bunde sehr vernünftig zu Werke gegangen seien, doch beharrt Allerhöchstderselbe dabei, daß der jetzige Bundestagsgesandte*) sich kein Vertrauen und Ansehen zu verschaffen wisse, denn an Etwas müsse es doch liegen, daß Preußen alle Regierungen gegen sich habe. Ich mußte diese Ansicht ernstlich bestreiten, worauf aber geantwortet wurde, wie man von allen Seiten höre, daß Preußen mißtrauisch und empfindlich sei, sich überall verletzt fühle und immer der Meinung sei, sich vertheidigen zu müssen.

Obgleich ich bereits den meisten Anklagen oder Beschuldigungen mit allem Nachdruck entgegengetreten, so würde es unter so bewegten Umständen doch ersprießlich sein, wenn Ew. Excellenz mir eine Uebersicht unserer Stellung in Frankfurt geben wollten, nicht vertheidigend, denn wir haben uns gegen Niemand weder zu entschuldigen noch zu vertheidigen, sondern aufklärend, ohne Oesterreich anzuklagen, doch aber unser Verfahren mit dem von Oesterreich zusammenhaltend, um den unparteiischen und gerechten Richter selbst einen Schluß ziehen zu lassen. Ich würde nur den Wunsch aussprechen, daß sich in dieser Arbeit keine Anspielungen auf meine heutigen streng konfidentiellen Andeutungen finden dürften. Von den kleinen Regierungen hat sich niemals eine überhoben und auch die Königreiche verhehlen sich nicht, daß der einzige wahre Schwerpunkt in Preußen und Oesterreich liegt; sie benutzen aber jeden Zwiespalt zwischen beiden, um sich darein zu legen und diese Uneinigkeit in einer oder der anderen Weise für sich auszubeuten.

*) Bismarck-Schönhausen.

Auf Oesterreich lastet dermalen aber die Schuld, daß es sich mehr zu den Königreichen wendet als zu Preußen. Bleiben wir ruhig und fest, halten wir uns streng in den Grenzen der Bundesgesetzgebung, stoßen wir Niemand von uns ab, suchen vielmehr die Mindermächtigen durch Gerechtigkeit und Kraft an uns zu fesseln, so wird sich Alles in unserem Interesse aufklären.

Was ich immer gesagt, trifft wirklich ein, der Zollkongreß in Wien läuft ohne Resultat ab, und nach des Baron Meyendorffs Berichte blamirt sich die österreichische Verwaltung durch Unkenntniß dabei. Wir hatten leider ein Erfurt, Oesterreich hat jetzt sein Wien. Nun hat uns Oesterreich gar nichts mehr vorzuwerfen.

Da sich der Fürst Schwarzenberg nach seinem letzten Krankheitsunfall unwohl fühlt und für seine schlechte Gesundheit etwas thun muß, so beabsichtigt er, im Frühjahr sich auf sechs Wochen zu entfernen. Herr v. Meyendorff hat ihm dringend angerathen, alsdann Berlin zu berühren. Der kaiserl. russische Gesandte fand den Fürsten in der That angegriffen; er schreibt nicht mehr selbst, läßt sich die eingegangenen Depeschen vorlesen, geht früher schlafen und macht sich täglich Bewegung. Als er den Baron Meyendorff besuchte, trug er ihm die mitgebrachten Papiere nicht selbst vor, sondern bat ihn, solche allein zu lesen. Der Fürst soll daran denken, sich einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu wählen und sich das Präsidium des Ministeriums vorbehalten, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er den Grafen Buol hereinzieht.

Fürst Schwarzenberg, sonst von so unbedingtem Vertrauen zu Ew. Excellenz beseelt, scheint in der That durch des Herrn v. Prokesch phantastisch-romantische Visionen zu der Besorgniß zu neigen, Hochdero treffliche Grundsätze möchten doch durch andere Eindrücke deborbirt werden.

Eine solche Besorgniß hat man hier keineswegs, im Gegentheil besteht das Vertrauen zu Ihnen ganz unerschüttert. Fürst Schwarzenberg genießt hier wenig Achtung, und ich sehe aus der Korrespondenz zwischen hier und Wien, daß der Reichskanzler sich darüber ganz unverhohlen gegen Baron Meyendorff ausgesprochen. Dieser sagt unter Anderem: »Sie sind mit Schwarzenberg nicht zufrieden, tadeln ihn und beklagen seinen Leichtsinn und seine vorschnellen Urtheile. Sie haben Recht, aber sagen Sie mir, wer an seine Stelle zu setzen sei?«

Die hiesige oberste Spitze befürchtet gewissermaßen, daß man weder in Berlin noch in Wien die auftauchenden Leidenschaften gehörig bekämpfe und nicht die gehörige Ruhe und das erforderliche kalte Blut besitze, um alle kleinen Antipathien zum Schweigen zu bringen. Wie könne mit dem jetzigen gegenseitigen gereizten Mißtrauen eine glückliche Koalition stattfinden und wie könne man von den kleinen deutschen Regierungen Gehorsam fordern, wenn die beiden größeren sich überall streitend gegenüberständen? Dies beklagenswerthe traurige Verhältniß müsse so schnell wie möglich zur Sprache und Ausgleichung gebracht werden, und Scenen der Zwietracht dürften nicht Wurzel fassen."

Paris, den 12. Februar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Herr Kisseleff hat mir vor einigen Tagen mitgetheilt, daß der Präsident gegen ihn die Meinung ausgesprochen habe, es herrschten in Berlin gegen seine Person und seine Regierung höchst unfreundliche Gesinnungen, welche wahrscheinlich auch von Sr. M. dem Könige Allerhöchstselbst genährt würden. Der Präsident hat bei dieser Gelegenheit auf die feindliche Polemik in der Berliner Presse und besonders der »Kreuzzeitung« hingedeutet und die Bemerkung gemacht, daß letzteres Blatt als Organ einer bei Hofe einflußreichen Partei sich wohl nicht so aussprechen würde, wenn ein derartiges Auftreten die Allerhöchste Mißbilligung fände. Herr v. Kisseleff hat mich versichert, daß er dem Präsidenten begreiflich zu machen gesucht hat, wie er auf die Aeußerungen der Berliner Presse kein Gewicht legen müsse und wie aus solchen gar keine Folgerungen rücksichtlich der Gesinnungen des Königs und des preußischen Kabinets zu ziehen seien; da in Preußen die Presse frei sei und wahrscheinlich oft der dortigen Regierung selbst höchst unbequem wäre.

Andererseits hat sich Herr v. Hübner heute vertraulich gegen mich dahin geäußert, wie die hiesige Regierung garnicht zufrieden mit der von Preußen gegen sie beobachteten Haltung sei.

Der kaiserl. russische Gesandte hat mir in ganz vertraulicher Weise Nachfolgendes mitgetheilt.

Um womöglich auf hiesige etwaige Beschlüsse in Betreff der Annahme des Kaisertitels in einer den Ansichten seines Hofes entsprechenden Weise zu wirken, hat Herr v. Kisseleff eine sich darbietende passende Gelegenheit ergriffen und dem Minister Turgot Kenntniß des größten Theiles des Inhalts der an ihn unter dem 10. Januar gerichteten Depesche des Grafen Nesselrode gegeben. Es hat diese Mittheilung zuvörderst einige ziemlich heftige Entgegnungen des französischen Ministers hervorgerufen; Herrn v. Kisseleff ist es jedoch gelungen, dem Marquis Turgot begreiflich zu machen, daß eine derartige Aufnahme freundschaftlicher und vertraulicher Meinungsäußerungen eines fremden Kabinets den diplomatischen Gebräuchen nicht entspreche und mithin in beiderseitigem Interesse ungeeignet sei. Der Minister Turgot hat demnächst dem Präsidenten von den vertraulichen Mittheilungen des russischen Gesandten wenigstens bis auf einen gewissen Grad Kenntniß gegeben. Wenige Tage darauf, am 7. d. Mts., befand sich Herr v. Kisseleff zur Tafel im Elysée. Nach Tische sprach ihm der Präsident von der Note, die er dem Minister Turgot vorgelesen habe. Der Gesandte erwiderte, daß solches keine Note, sondern eine an ihn gerichtete Depesche sei, die er gar nicht beauftragt wäre, hier mitzutheilen, von deren theilweisem Inhalt er dem Präsidenten aber gelegentlich Kenntniß geben wolle, wenn Letzteres diesem erwünscht wäre. Der Präsident erklärte Herrn v. Kisseleff, daß er eine derartige Mittheilung nicht wünsche. Es wurde darauf von der Unterredung gesprochen, welche früher zwischen dem Prinzen Louis und Herrn v. Kisseleff stattgefunden hat, und deren die russische Depesche vom 10. Januar Erwähnung thut. Der Präsident bemerkte, daß, wenn er es gewollt hätte, ihm nichts leichter gewesen wäre, als sich nach dem 2. Dezember sofort zum Kaiser zu machen. Er sprach demnächst von den ganz friedlichen Dispositionen, die er und die französische Nation hegten, bemerkte jedoch, daß letztere sowie er selbst rücksichtlich der Independenz Frankreichs sehr empfindlich seien und eine Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht zuzugeben im Stande wären. Der Gesandte wies die Absicht einer solchen Einmischung natürlich ab und deutete an, daß nur von freundschaftlichen Rathschlägen die Rede wäre. Das Gespräch blieb im Uebrigen in den besten und gemäßigtsten Formen.

Herr v. Kisseleff glaubte, daß ungeachtet der Art und Weise, wie man sich hier den Anschein gegeben hat, sie aufzunehmen, die Meinungsäußerungen seines Hofes nicht verfehlt haben, hier einen gewissen Eindruck hervorzubringen."

Paris, den 12. Februar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig:

„Als ich vor einigen Tagen eine vertrauliche Unterredung über die Neufchateller Angelegenheit mit dem Direktor der politischen Abtheilung hatte, wandte sich unser Gespräch auch auf die allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz.

Herr Thouvenel erzählte, daß man hiesigerseits der Schweiz sehr scharfe Forderungen gestellt habe. Abgesehen davon, daß man die sofortige Ausweisung einer gewissen Kategorie politischer Flüchtlinge beanspruche, verlange man auch, daß die Schweiz sich verbindlich mache, jedem Franzosen den Aufenthalt daselbst zu verweigern, dessen Ausweisung in der Zukunft von Frankreich gewünscht werde, und zwar ohne daß die schweizerische Regierung die Befugniß habe, selbst zu untersuchen, ob ein solcher Wunsch durch das Betragen des speziell namhaft gemachten Flüchtlings gerechtfertigt werde. Herr Thouvenel erzählte mir ferner, daß man hiesigerseits auch noch Forderungen in Bezug auf die Preßgesetzgebung und die Existenz der geheimen Gesellschaften in der Schweiz stelle.

Ohne mir den Schein zu geben, als legte ich einen besonderen Werth darauf, fragte ich im Laufe des Gespräches Herrn Thouvenel, ob denn dem hiesigen Kabinet seitens Oesterreichs ein bestimmter klarer Vorschlag gemacht worden sei, gemeinschaftlich bewaffnet in der Schweiz zu interveniren. Herr Thouvenel erwiderte mir, daß das Wiener Kabinet die Initiative ergriffen habe, um dem hiesigen einen ganz klaren und bestimmten Vorschlag in diesem Sinne zu machen. Er fügte hinzu, daß man es hier jedoch für bedenklich erachtet hätte, diesen Vorschlag anzunehmen, weil man im Allgemeinen gar keine Neigung dazu habe, die französischen Truppen die Grenze überschreiten zu lassen, und überdies der Ansicht gewesen sei, daß man, abgesehen von einem militärischen Einschreiten, noch andere Mittel in Händen habe, um die Schweiz nachgiebig zu machen. Er deutete an, daß vorerst Frankreich der

Schweiz manche Vortheile, welche es dieser bisher zugewandt, entziehen könne. So seien im ganzen Oriente die Schweizer unter den Schutz der französischen diplomatischen Agenten gestellt, was man aufhören lassen könne. Ferner seien durch den Handelsvertrag mit der Türkei die Schweizer Baumwollwaaren den französischen gleichgestellt. Frankreich könne diesen Vortheil jeden Augenblick der Schweiz entziehen, wodurch dieser ein Schaden von ungefähr einer Million Franken jährlich erwachsen würde. Herr Thouvenel sagte mir, daß Frankreich noch viele ähnliche Mittel besitze, die Schweiz seine Unzufriedenheit fühlen zu lassen. Reichten derartige Entziehungen von Vortheilen demnächst nicht aus, um die Schweiz zur Nachgiebigkeit zu bringen, so würde eine kommerzielle Grenzsperre geeignet sein, der Schweiz zu imponiren. (Ich muß annehmen, daß der Gedanke an eine Grenzsperre hier ziemlich beschäftigt, da nicht allein Herr Thouvenel, sondern auch der Minister Turgot mir nun davon gesprochen hat.)

Nachdem Herr Thouvenel mir bemerkbar gemacht, daß seine vorstehenden Mittheilungen natürlich keinen amtlichen Charakter hätten, äußerte er sich dahin, daß im Uebrigen das französische Kabinet keinen Grund habe, seine Auffassungsweise der Schweizer Verhältnisse zu verheimlichen, und daß es daher auch kürzlich eine Depesche über diesen Gegenstand an seinen Gesandten in Berlin gerichtet habe."

Berlin, den 14. Februar 1852. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Den Bericht des Herrn v. Savigny habe ich auf Befehl Sr. M. des Königs dem Minister v. Raumer zugeschickt und ihn im Allerhöchsten Auftrage aufgefordert, sich schleunigst darüber zu äußern, ob es nicht angemessen wäre, einen Kommissarius zu den Verhandlungen über die römisch-katholischen Kirchen-Angelegenheiten in der oberrheinischen Kirchenprovinz abzuschicken."

St. Petersburg, den 15. Februar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz eigenhändige Zuschrift vom 7. cr. habe ich gestern durch den englischen Courier zu erhalten die Ehre gehabt und die Beilage dem Herrn Reichskanzler behändigt, ihm aber auch die mir gemachte Mittheilung kommunizirt, was unerläßlich schien.*) Graf Nesselrode ist sehr dankbar für Hochdero Brief und ist auch mit Ew. Excellenz persönlichen Ansichten vollkommen einverstanden, nur scheint es ihm, daß diejenigen von höchster Stelle nicht ganz damit in Einklang stehen. Er behält sich eine Beantwortung vor. Ich habe an Ew. Excellenz Langmuth ein langes Referat in Privatform gerichtet und überschwemme Sie ohnedem mit einer Fluth von Berichten.

Das an Baron Budberg in der Bunsenschen Sache**) abgehende Schreiben las mir der Kanzler vor. Er hat die Aeußerungen des Kaisers sehr mild vorgetragen. Se. M. hält die Beseitigung des Wirklichen Geh. Raths Bunsen für unerläßlich und besteht darauf, wiefern noch ein vertrauter Austausch über allgemeine politische Angelegenheiten zwischen Preußen und Rußland stattfinden soll. Der Kaiser sprach mir sein Verlangen sehr kraß aus. Ich glaube aus Rücksicht für meinen allergnädigsten Monarchen diese delikate Sache in einem Immediatschreiben vortragen zu sollen, und ich hoffe, daß Ew. Excellenz dieses Verfahren nicht mißbilligen werden.

Indem ich Hochdenselben das Schreiben an Se. M. offen überüberreiche, lege ich noch ein zweites kürzeres bei und stelle es Ew. Excellenz weisem Ermessen anheim, welches von beiden Hochdieselben abgeben lassen wollen.

Ueber unsere Kammern vernehme ich nur Klagen des Kaisers. Er meint, daß man viel zu viel Umstände mit ihnen mache. Nachdem Se. M. gehört (ich weiß nicht von wem, gewiß nicht von Herrn v. Budberg, vielleicht von einem sehr klugen, allzuweisen Manne), daß Se. M. der König die Herren Bethmann-Hollweg und Mathis mit Herrn v. Kleist-Retzow und Professor Stahl zu sich beschieden, fürchtet Allerhöchstderselbe, daß dem ganzen konstitutionellen Wesen zu viel Bedeutung beigelegt und der König leicht

*) Dem Anschein nach handelt es sich bei den betreffenden Piecen um die Anerkennung des Kaisers Napoleon.

**) Vgl. S. 361.

in den seit 1789 so oft wiedergekehrten Fehler verfallen werde, nämlich seine besten, treuesten Freunde von sich zu stoßen, um die Feinde zu gewinnen und von diesen minirt zu werden.

Wenn der Kaiser eine Bekämpfung der Revolution nur durch einen entschieden muthigen, vor Europa und den Unterthanen gerechtfertigten Schritt des Königs erwartet, so suche ich die Nothwendigkeit jeder solcher Kraftaufwendung zu bestreiten, aber der Kaiser meint dessenungeachtet, daß immer noch viel zu viel mit dem Parlamentarismus geliebäugelt werde. Das geschehe lediglich nur, um hinzuhalten, zu zaudern, den Feinden zu gefallen, aber nicht die Guten zu unterstützen; auf die Dauer werde dem Könige eine Allianz mit einer konstitutionellen Monarchie doch unmöglich."

Die Neigung zu einer vorherrschenden Allianz mit Großbritannien entstehe bloß aus der Hoffnung, daß England das System der Lüge, der Eitelkeit und der Schwätzer unterstützen werde. England frage den Teufel nach den preußischen Tribünenhelden, es werde seine engherzigen Interessen im Auge haben und uns schaden, wo es nur könne. Alle Augenblicke höre ich den Kaiser klagen, daß man England immer noch für das England hält, was es war. Jeder, der einmal in London gewesen, ein Blatt Geschichte gelesen, von der Magna Charta gehört und sich mit einem englischen Rasirmesser den Bart geschoren, habe nur die große, feine, englische Institution im Munde.

Ew. Excellenz werden aus allen diesen Andeutungen einen kleinen Begriff bekommen, daß auch ich etwas geplagt bin. Ein Jeder hat seine Sorgen, und ich will gern mitleiden, wenn es nur nach Hochdero Wunsch geht und Sie nicht zu sehr behindert werden."

Von Rochows in seinem vorstehenden Briefe erwähnten Schreiben an den König über Bunsen gelangte keines in die Hände des Königs oder auch nur in den Geschäftsgang; der Minister Manteuffel scheint die Angelegenheit vielmehr mündlich und unter der Hand erledigt zu haben. Hätte Bunsen auf Drängen des Kaisers von Rußland seine Londoner Stelle verloren, so wäre das ein vorübergehender Sturz gewesen, der ihn als Märtyrer hätte erscheinen lassen, während er so zwei Jahre später an den Folgen seiner politischen Kurzsichtigkeit und Leidenschaftlichkeit zu Grunde gegangen ist, ohne sich von dem Falle je wieder erholen zu können.*)

*) Rochow kommt auf die Bunsensche Episode noch in den unten (S. 378 u. S. 386) folgenden Berichten vom 17. Februar und 15. März 1852 zurück.

Paris, den 16. Februar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Die unter dem 9. Januar durch den Grafen Nesselrode an den Baron Meyendorff gerichtete Instruktion besagt unter Anderem:

»Les Puissances alliées pourraient prendre les résolutions suivantes, pour servir de règle à leur conduite et à leur langage, si l'éventualité indiquée ci-dessus devait se réaliser.«

»Elles arrêteraient nommément entre elles.«

Hierauf folgen die Vorschläge des russischen Kabinets.

Nach obigem Wortlaute erscheint es mir zweifelhaft, ob nach der Ansicht der russischen Regierung die Vorbehalte der Großmächte, eintretendenfalls offenkundig und dem französischen Gouvernement offiziell ausgesprochen werden, oder ob dieselben nur den Gegenstand einer geheimen Verabredung über die von den Kabinetten in einem zukünftigen Falle innezuhaltende gemeinschaftliche Haltung bilden sollen.

Wäre letztere Auslegung die den Ideen Rußlands entsprechende, so würde sich ein ähnlicher Gedanke schon in dem österreichischen Memoire vom 29. Dezember vorfinden, indem es in diesem heißt:

Si Louis Napoléon prétendait instituer en France une nouvelle dynastie de Napoléonides, nos Souverains, ce nous semble, ne devraient prendre sous ce rapport aucun engagement.

Es würde alsdann die russische Absicht nur dahin gehen, sich nicht durch ausdrückliche Erklärungen für die Zukunft die Hände zu binden.

Wäre andererseits aber die erstere Auslegung die richtige, so würde prinzipiell eine öffentliche und offizielle Erklärung der Vorbehalte eigentlich einer Verweigerung der Anerkennung etwaiger neuer Regierungsformen überhaupt gleichkommen, und, von dem Standpunkte Frankreichs und des Präsidenten aus betrachtet, wohl eins und das andere ziemlich auf demselben Prinzip beruhen. Es scheint mir im Uebrigen etwas ganz Natürliches zu sein, wenn legitime Regierungen sich dafür entscheiden, selbst mit Waffengewalt die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des legitimen Thrones in einem anderen Lande herbeizuführen. Dies ist die Vertheidigung eines Prinzips, und ich bedauere namentlich, daß

solche nicht im Jahre 1830 erfolgt ist. Wenn aber unter Anerkennung selbst eines monarchischen Kaisertitels beabsichtigt würde, Frankreich offiziell zu erklären:

»que toutefois cette reconnaissance d'un fait accompli purement transitoire ne saurait, dans aucun cas préjudicier au principe de la légitimité et aux droits imprescriptibles de la Maison des Bourbons,« so dürfte hierin zwar etwas das französische Nationalgefühl Verletzendes liegen können, indem die Neigung dadurch angedeutet wird, ihm die Herstellung des legitimen Thrones aufzudrängen, ohne daß doch im Grunde die Herbeiführung dieses gewiß allein wünschenswerthen Resultates dadurch wirklich erleichtert werden möchte.

Wenn Louis Napoleon sein persönliches Interesse wirklich erkennt, so steht übrigens zu hoffen, daß er weder die Idee eines erblichen Kaiserthums noch selbst die der Annahme eines lebenslänglichen Kaisertitels zur Ausführung bringen wird. Als Präsident ist er sehr mächtig, während der Kaisermantel wahrscheinlich zu schwer auf seinen Schultern lasten dürfte.

Nach der Art und Weise, wie Herr v. Kisseleff*) sich vertraulich gegen mich geäußert hat, glaube ich annehmen zu können, daß er seinem Kabinette nunmehr die Meinung ausgesprochen hat, daß, da die Ansichten des Kaisers in Betreff einer Titelveränderung dem Präsidenten sowohl durch seine Gespräche mit Letzterem als durch den den Herren Turgot und Thouvenel theilweise mitgetheilten Inhalt der russischen Depesche vom 10. Januar hinlänglich bekannt geworden seien, um, insofern es überhaupt möglich, hier einzuwirken, es ferner rathsam sein dürfte, auf diesen Gegenstand, dem Prinzen Louis gegenüber, nicht weiter zurückzukommen. Zur Begründung dieser seiner Meinung dürfte Herr v. Kisseleff angeführt haben, daß bei der von dem Präsidenten an den Tag gelegten Empfindlichkeit die Independenz Frankreichs zu wahren und einen jeden Versuch fremder Mächte, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen, entschieden zurückweisen zu wollen, man Gefahr laufen könne, durch zu oft wiederholte Vorstellungen und Rathschläge den Prinzen Louis vielleicht mehr zur eifrigeren Verfolgung des in Rede stehenden Zieles anzuspornen als davon abzuhalten. Der russische Gesandte glaubte übrigens nichtsdestoweniger, daß die von ihm unter Beobachtung aller noth-

*) Vgl. Anmerk. auf S. 284.

wendigen Formen, herbeigeführte Kundgebung der Ansichten des Kaisers doch nicht stattgefunden habe, ohne Eindrücke bei dem Präsidenten zurückzulassen. Herr v. Kisseleff glaubte ferner, daß der Präsident nicht die Absicht habe, irgend etwas zu übereilen, und daß wahrscheinlich eine geraumere Zeit verstreichen dürfte, als man bisher nach den äußeren Umständen hätte erwarten können, ehe der Prinz Louis etwaige Entschlüsse zur Ausführung zu bringen geneigt sein möchte.

Ich habe mir schon die Frage gestellt, ob die Eindrücke, welche hier über unsere Stimmung gegen die französische Regierung bestehen sollen, nicht theilweise durch Aeußerungen der Allerhöchsten Person herbeigeführt sind. Diese thun oft vielen Schaden.

Wenn ich neuerlich die Ansicht aussprach, es hätte den Anschein, als würde die in Wien für hier herrschende Vorliebe etwas weniger warm, so lassen mich meine letzten Wahrnehmungen an der Richtigkeit der ersteren wieder einigermaßen zweifelhaft werden."

(Vertraulich.) „In meinem Privatschreiben vom 12. d. Mts.*) habe ich davon Erwähnung gethan, wie die Herren v. Kisseleff und Hübner sich gegen mich über die Eindrücke geäußert, welche hier in Bezug auf die in Berlin gegen den Präsidenten vorhandenen Gesinnungen beständen. Seitens der Mitglieder des diplomatischen Korps spricht sich im Allgemeinen in neuester Zeit die Meinung gegen mich aus, die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich seien wenig freundlicher Natur und es werde hiesigerseits darüber geklagt. Ich bestreite natürlich stets die Richtigkeit dieser Meinung. Ew. Excellenz werden besser als ich zu beurtheilen im Stande sein, ob, abgesehen von der Haltung eines Theiles der preußischen Presse in Berlin Verhältnisse stattfinden, die zu derartigen Gerüchten und Interpretationen über die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen irgend welche gegründete Veranlassung geben können.

In einem vertraulichen Gespräche hat Herr v. Hübner mir kürzlich angedeutet, daß man in Wien höchst ungehalten darüber sei, daß das königl. Kabinet, nach dem Sturze Lord Palmerstons, einseitig und ohne darüber mit Oesterreich und Rußland Rücksprache zu nehmen, die Reklamationen sistirt und zurückgenommen

*) Vgl. S. 369.

habe, welche die drei Mächte früher gleichzeitig in der Angelegenheit der politischen Flüchtlinge an England gerichtet hatten. Herr v. Hübner bemerkte, daß es gerade Preußen gewesen sei, welches die Initiative ergriffen hätte, um bei den beiden anderen nordischen Großmächten darauf zu dringen, daß dem englischen Kabinet energische und komminatorische Vorstellungen rücksichtlich des Unfuges des Flüchtlingswesens übermacht würden, und daß es mithin um so auffallender sei, wenn das Berliner Kabinet, wie geschehen, sich einseitig aus der Sache zurückziehe."

Wien, den 17. Februar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz wollen mir erlauben, heute wieder ein paar vertrauliche Worte an Sie richten zu dürfen.

Die nächste Veranlassung dazu ist eine Aeußerung des Fürsten Schwarzenberg. Er sagte mir gestern (versteht sich ganz vertraulich), er wisse, daß wir jetzt Sardinien sehr kajolirten und Oesterreich einen Pfeil in die Ferse setzen wollten. Er lege darauf kein Gewicht, wünsche aber doch, daß ich Ew. Excellenz schreiben möge, daß er dies wisse.

Ich erwiderte ihm, daß, wenn Prokesch dergleichen berichte, ich davon nichts glaube, da er aus Erfahrung wissen müsse, daß Prokesch oft Unsinn schriebe, und ich demselben nicht das Geringste glaube.

Er behauptete, Prokesch habe davon nichts geschrieben, er wisse es von anderer Seite. Ich setzte ihm darauf auseinander, daß ich durchaus nicht einsehen könne, warum wir Sardinien schmeicheln und gegen Oesterreich aufhetzen sollten. Ich müsse dies also entschieden bestreiten, und zwar um so mehr, als ihm bekannt sei, wie Graf Redern*) beauftragt gewesen sei, dem Könige von Sardinien direkte Vorstellungen zu machen, er auch wisse, daß wir bereit seien, Oesterreich gegen jeden Angriff zu vertheidigen. Es würde also ganz widersinnig sein, wenn wir es aufhetzten; damit war die Unterredung über diesen Gegenstand aus.

Es ist wirklich übel, daß Fürst Schwarzenberg so mißtrauisch ist. Dies thut vielen Schaden, da er dem Kaiser auch Mißtrauen

*) Heinrich Alexander Graf v. Redern, preußischer Gesandter in Turin.

einflößt. So hat der Kaiser dem Herzog von Coburg gesagt, Preußen wolle aus dem Bunde treten. Ich habe nicht gesäumt, den Herzog vollständig darüber zu beruhigen und ihm bestimmt versichert, daß wir mit Oesterreich in allen politischen Fragen vollständig übereinstimmten, nur in der Flotten- und der Handelssache eine Divergenz stattfinde.

Was diese letzte betrifft, so wollen Ew. Excellenz aus den Lembckeschen Berichten ersehen, daß die Ansicht, die ich von Anfang an gehabt habe, daß bei dem hiesigen Zollkongreß nichts herauskommen würde, sich bestätigt. Die Konferenz scheint in sich zu zerfallen und wird kein Resultat haben.

Eben war Herr Witt v. Döring*) bei mir und fragte, ob ich nicht einen Brief von Ew. Excellenz für den Fürsten Schwarzenberg habe. Ich habe solchen nicht erhalten. Ich kenne den Witt Döring nur von seiner früheren revolutionären Reputation. Er sagte, Ew. Excellenz beehrten ihn mit Vertrauen, auch Fürst Schwarzenberg kenne er gut. Hat er hier Aufträge?

Nach Briefen, die hier eingegangen sind, soll der König, unser Herr, seit einiger Zeit sehr verstimmt sein, und in Berlin scheint man zu glauben, Radowitz schreibe ihm oft und gewinne Einfluß. Ich hoffe, daß dies nicht wahr ist.

Wie es in den Kammern geht, ob Bethmann-Hollweg intriguirt, wie es mit Bildung der ersten Kammer gehen wird, darüber weiß ich nichts außer den widersprechenden Nachrichten, die ich in den Zeitungen finde. Es wäre zu viel verlangt, wenn ich Ew. Excellenz bäte, mir darüber zu schreiben. Es würde aber doch [illegible] gut sein, wenn Ew. Excellenz Jemand beauftragen wollten, mir darüber eine Notiz zu geben, ich würde dann leichter hierher [illegible] Nachrichten über Stellung und Absichten Ew. Excellenz Ministerium berichtigen können.

P. S. Haben Ew. Excellenz den Staatsrath Klindworth gesehen? Ich hatte ihm zwei Worte der Empfehlung mitgegeben?"

*) Witt v. Döring ist bereits aus Bd. I. S. 268 bis 270 von Manteuffels „Denkwürdigkeiten" bekannt.

St. Petersburg, den 17. Februar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz erlaube ich mir zu melden, daß der Kaiser von Hochdero Schreiben sowohl an den Herrn Reichskanzler als an den Herrn Grafen Arnim*) Kenntniß genommen hat.

Allerhöchstderselbe sagte mir gestern abend: »Ich habe die Briefe vom Minister Manteuffel gelesen und finde sie vortrefflich. Mit ihm bin ich ganz und gar einverstanden, aber nicht mit den andern Einflüssen. Ich bin zu alt geworden, um derartige Dinge zu verstehen, wundere mich zwar durchaus nicht darüber, beklage sie aber sehr und sehe noch viel Unheil von dieser Seite voraus.«

Dem Herrn v. Le Coq schrieb ich durch einen russischen Courier des Kaisers Ansichten bei Gelegenheit der Bildung der ersten Kammer. Mit dem guten Ausgang der dänischen Frage ist Se. M. sehr zufrieden.

Der Kaiser billigt nicht Alles, was Louis Napoleon Bonaparte gethan, achtet indessen seine Kraft, seine Entschiedenheit und seinen unverdrossenen Muth. Die Franzosen wären nur mit Gewalt einigermaßen in Ordnung zu halten. Von den Friedensversicherungen des Präsidenten hält der Kaiser die Absicht für unrichtig.

Von dem englischen Ministerium verspricht sich Se. M. wenig und hält dasselbe von keiner Dauer, giebt den Rath, mit England sehr vorsichtig und nicht hingebend zu sein, ohne es vor den Kopf zu stoßen. Eine vernünftige Politik weise einen Mittelweg nach. Der Kaiser glaubt, daß in England sehr bald eine Krisis der ärgsten Art eintreten müsse. Baron Brunnow sieht sie zwar noch nicht so nahe, allein auch er ist entschieden der Meinung, daß die radikalen Elemente sich mächtig verbreitet haben.

Den Fürsten Schwarzenberg achtet der Kaiser ganz und gar nicht, hält ihn für zu leichtsinnig, vorschnell und gallig, verkennt jedoch nicht, daß er Europa große Dienste geleistet. Der Kaiser giebt ihm in der Zollfrage entschieden unrecht, tadelt aber, daß Preußen keinen Abgesandten nach Wien geschickt, wenn auch die Art der Vorladung nicht schicklich geschienen. In solchen Zeiten müsse man alle Empfindlichkeit bei Seite setzen.

*) Um welche Frage es sich darin handelte, hat nicht festgestellt werden können. Muthmaßlich um die handelspolitische Differenz zwischen Preußen und Oesterreich.

Des Herrn Gesandten Bunsen Entfernung aus London betrachtet der Kaiser für ganz unerläßlich, wenn nämlich das Kabinet von Berlin einen Werth darauf lege, mit dem hiesigen in einem vertrauensvollen Verhältniß zu bleiben.

Von dem Herrn Grafen Münster kann ich Ew. Excellenz nur Gutes sagen. Er hat das große Unglück, gar zu klug zu sein und sich für weit gescheiter und erfahrener wie den Kaiser und unsere Regierung zu halten; ich bin natürlich in seinen Augen ein Hornochse.

Des Herrn Baron Budberg Depeschen sind fortwährend ganz ausnehmend gut. Sie unterstützen mich aufs Allerbeste. Auch die Meldungen des trefflichen Grafen Benckendorff sind im nämlichen Sinne abgefaßt."

Paris, den 20. Februar 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Mich gestern bei dem Minister Turgot befindend, ergriff ich die Gelegenheit, um der seitens der Schweiz erfolgten Antwort auf die französischen Forderungen Erwähnung zu thun. Der Minister wollte anfangs nicht recht auf den Gegenstand eingehen, wurde jedoch demnächst etwas offener und sagte mir, indem er mich ersuchte, solches als ganz vertrauliche Privatäußerungen seinerseits zu betrachten, daß in der That eine nicht befriedigende Antwort seitens der Schweiz eingegangen sei. Er deutete an, daß, wenn, wie gegenwärtig, jetzt in der Schweiz die Regierung in den Händen von Demagogen ruhe, den billigen und gerechten Forderungen der Nachbarländer schwer Gehör geschenkt würde. Er fügte hinzu, daß, wenn die großen Kontinentalmächte einig sein wollten und den Mißtrauen gegen Frankreich säenden Einflüsterungen Englands keinen Einfluß auf ihr Verhalten gestatteten, es ein Leichtes sein würde, die unheilvollen Zustände in der Schweiz zu beseitigen. Ich erwiderte dem Minister, daß wohl sämmtliche großen Kontinentalmächte in dem Wunsche übereinstimmen würden, bessere Zustände in der Schweiz herbeizuführen. Ich machte ihm bemerkbar, daß, mit Rücksicht auf das ihr zugestandene völkerrechtliche Privilegium der Neutralität, die Schweiz die Ausübung des Asylrechtes nicht in derselben Weise wie andere Staaten beanspruchen könne. Ich fügte hinzu, daß es jedoch namentlich für

Frankreich in Betracht der ihm gewiß mit Unrecht zugeschriebenen Kriegsgelüste wünschenswerth sei, es zu vermeiden, allein in ernstere Mißhelligkeit mit der Schweiz verwickelt zu werden. Der Minister erwiderte mir, daß man hiesigerseits gewiß nichts übereilen werde und überhaupt mit großer Vorsicht und Besonnenheit verfahren werde. Er deutete an, daß besonders ein militärisches Einschreiten den hiesigen Absichten nicht entspreche, und ließ von Neuem den Gedanken an eine kommerzielle Grenzsperre durchblicken. In Bezug auf letztere sagte ich dem Minister, daß diese ein wahrscheinlich erfolgreiches Mittel sein würde, die Schweiz zur Vernunft zu bringen, jedoch nur in dem Falle, wenn die Grenzsperre eine in allen Nachbarländern gleichzeitig ergriffene Maßregel wäre."

Berlin, den 21. Februar 1852. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Hier die Copie meines Briefes an Kaiser Nicolaus.*) Copiren Sie die Copie und senden Sie mir die Original-Copie zurück. Ich bitte Sie, bester Manteuffel, daß Sie Rochow in Kenntniß der Copie selbst oder ihres Inhaltes setzen und ihn scharf anweisen, dem Geist meines Briefes entsprechend in der Reichs-Canzelley und im Winterpalast zu reden und zu wirken. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Wien, den 24. Februar 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz zwei Privatschreiben vom 16. und 20. d. Mts.**) verpflichten mich zu aufrichtigem Danke, und erkenne ich lebhaft, daß trotz der vielen Geschäfte Sie noch Zeit finden, um mir zu schreiben. Diese Mittheilungen sind für mich und für die Geschäfte von größtem Interesse. Ich säume auch nicht, davon den besten Gebrauch zu machen.

So habe ich mich gleich zum Fürsten Schwarzenberg begeben, ihn daran erinnert, daß seine Andeutungen, als kajolirten wir Sardinien, gleich von mir als durchaus unbegründet zurückgewiesen

* Um welche Angelegenheit es sich handelte, ist nicht bekannt.

** Der Inhalt läßt sich aus dem litterarischen Nachlasse Manteuffels nicht feststellen.

waren. Dann habe ich ihm Ew. Excellenz Schreiben mit Weglassung der Stellen, worin stand, daß Herr v. Budberg Ihnen die Mittheilung gemacht habe, vorgelesen, auch ihm die zwischen Ew. Excellenz und Herrn v. Beust geführte Korrespondenz ganz vertraulich mitgetheilt. Fürst Schwarzenberg, der von Natur mißtrauisch ist, war über Alles, was er erfuhr, sehr erfreut, und ich glaube, daß er von seinen Impressionen ganz zurückgekommen ist. Nach ein paar Worten, die er fallen ließ, waren ihm von Paris aus die Nachrichten zugegangen. Ich weiß nicht, ob von Hübner oder von wem sonst. Ersterer sollte Besseres zu thun haben, als solche Nachrichten zu geben. Als ich zu der Stelle kam, wo Ew. Excellenz äußern, daß wohl R. diese Klatscherei gemacht habe, ließ er sich auf das Stärkste gegen diesen aus. Er sagte mir, daß dieser auf der Rückreise von Berlin zwei Tage hier gewesen sei, und da er ihm gar nicht traue, so habe er der Polizei aufgegeben, ihn zu überwachen.

Ich habe dem Fürsten Schwarzenberg auch die Stelle aus Ew. Excellenz Briefe, die Aeußerungen des Herrn v. Bismarck in Frankfurt betreffend, vorgelesen. Er sagte mir darauf, wie Ew. Excellenz es auch schreiben, daß die Sachen dort besser gehen und die Flottenfrage einer günstigen Lösung entgegensieht. Auch habe er von ihm erfahren, daß Herr v. Bismarck nach Berlin gereist ist und den bayerischen Gesandten substituirt hat.

Bei Gelegenheit der Flottenfrage habe ich ihm den mir mitgetheilten Bericht vom Grafen Seckendorff vorgelesen, um ihm zu beweisen, welchen schlechten Eindruck der zwischen uns über diese Sache ausgebrochene Streit an den fremden Höfen macht, und wie nachtheilig solcher sein müßte. Ich habe ihm wiederholt dringend ans Herz gelegt, wie solche, in Hinsicht auf die große Politik, kleinlichen Sachen zu Ende gebracht werden müßten, wenn nicht nachtheilige Folgen daraus entstehen sollten, wenn die Staaten glaubten, wir würden noch miteinander in Krieg gerathen, statt uns in Hinsicht auf kommende Eventualitäten zu verständigen und zusammenzuhalten.*)

Von Ew. Excellenz Rede in der Kammer, worin Sie gesagt hatten, Oesterreich brauche Preußen mehr, wie wir Oesterreich, hatte Fürst Schwarzenberg mir zur Zeit gesprochen. Ich hatte seine Induktionen aber gleich zurückgewiesen, und da er keinen Werth auf

*) Auch dieser Appell war vergebens.

die Sache legte, so hatte ich es für überflüssig gehalten, davon zu schreiben. Ich habe ihm aber doch den betreffenden Passus aus Ew. Excellenz Briefe vorgelesen.

Es ist mir angenehm gewesen, zu erfahren, daß Ew. Excellenz den Herrn Klindworth gesehen haben. Was er über Metternichs Einfluß gesagt hat, ist übertrieben. Er hat einigen Einfluß auf den Kaiser, und Schwarzenberg bespricht sich öfter mit ihm. Allein ich finde, daß seine Taubheit sehr zunimmt und er merklich stumpfer wird. Wenn man 79 Jahre ist, kann man sich darüber nicht wundern.

Ich hoffe, daß die württembergische Sache*) zu Ende gehen wird. Klindworth will Alles dazu thun, und da er die rechte Hand des Königs von Württemberg ist, so hoffe ich ihre Erledigung.

Was Ew. Excellenz mir über die Kammer-Angelegenheit sagen, hat mich lebhaft interessirt. Ich begreife jetzt, warum hinsichtlich der Bildung der ersten Kammer keine Ministerialvorlage gemacht ist, bedaure aber, daß man die parlamentarische Initiative vorgezogen hat.

Neues habe ich sonst nicht zu melden. Der neue spanische Gesandte d'Ayllon hat gestern seine Antrittsaudienz gehabt, sowie der Kaiser auch den Fürsten Ligne empfangen hat. Aufträge hat derselbe nicht."

St. Petersburg, den 27. Februar 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Der Kanzler ist über die leider dem Anschein nach noch immer obwaltenden Differenzen zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien sehr traurig, besonders, da der Fürst Schwarzenberg seine ungerechten Vorwürfe gegen Preußen auf erbärmliche Kolportage gründet und wohl fühlt, daß nicht eher Ruhe eintreten kann, als bis der Herr v. Prokesch von Berlin entfernt sein wird.

Er giebt dem österreichischen Ministerpräsidenten ganz entschieden Unrecht sowohl in der Flotten- als in der kommerziellen Frage; doch giebt er sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß alle trüben Wolken sich verziehen werden, wenn die Monarchen im nächsten Maimonat in Berlin eine Zusammenkunft gehabt haben.

*) Gemeint ist die seit 1819 zwischen Preußen und Württemberg bestehende Entfremdung.

Alsdann müsse man dafür gründliche Vorsorge treffen, daß die jetzt beunruhigende, nichtswürdige Kleinigkeit keine Ursache zu ferneren Verwickelungen mehr geben könne.

Mir wird die Vergünstigung, fast alle Briefe des Kanzlers nach Wien und die Berichte von dort zu lesen, ich kann daher mit Bestimmtheit versichern, daß hiesigerseits mit gutem Willen und triftigen Gründen für uns gestritten wird. Hier setzt man seine ganze Hoffnung auf ein Zusammentreffen Ew. Excellenz mit dem Fürsten Schwarzenberg. Der Kaiser Nicolaus ist zwar gar nicht zufrieden mit dem österreichischen Hof, allein Se. M. haben doch immer noch Ihre Mißstimmungen gegen unsere höchste Spitze. Das wird sich schwerlich ändern.

Die Berichte des Fürsten Gortschakoff aus Frankfurt sind ganz interessant; er giebt in den dortigen Mißhelligkeiten den beiden ersten Repräsentanten*) Schuld, meinend, daß Beide noch sehr jung und unreif in den Geschäften wären. Daß man sich in Frankfurt streitet, ist begreiflich, und dort wird man niemals ganz einig sein, aber, daß man in Wien so komplett ungerecht gegen uns ist, muß beklagt werden. Auffallend bleibt es jedenfalls, daß gleichzeitig mit des Herrn v. Kisseleff**) Verdächtigungen gegen die österreichische Politik in Paris auch aus Hannover privatim geschrieben wird, daß Herr Minister v. Schele sich äußerst bedenklich über Oesterreichs Verfahren vis-à-vis von Frankreich ausgesprochen hat. Der Kanzler hält es für ganz unmöglich, daß Fürst Schwarzenberg eine so falsche Politik befolgen könnte, und glaubt nicht daran. Auch Baron Meyendorff, welcher den Fürsten durchaus nicht schont, hält ihn in dieser Beziehung nicht für falsch.

Der Kaiser gefällt sich noch darin, bei dem Präsidenten friedliebende Absichten vorauszusetzen, und ist im höchsten Grade entrüstet über den Gedanken, daß von Berlin aus der Antrag auf ein neues Offensiv- und Defensivbündniß gestellt werden soll. Ich war so frei, amtlich über diesen Punkt zu berichten.

Graf Nesselrode hat mir das beifolgende Schreiben für Ew. Excellenz anvertraut, und ich beeile mich, es Hochdenselben auf sichererem Wege zu überreichen.

Der Reichskanzler legte diese Korrespondenz dem Kaiser vor

*) Also des Herrn v. Bismarck und des Grafen Thun-Hohenstein.

**) Vgl. Anmerk. S. 2[illegible]1

und richtete dieselbe dergestalt ein, daß es in Ew. Excellenz Ermessen steht, sie auch dem Könige zu unterbreiten.

Der Herr Graf bittet nur um Entschuldigung, daß er das Couvert nicht eigenhändig geschrieben, und rechnet darauf, daß Hochdieselben die Gewogenheit haben werden, seinen Brief den Herrn Baron v. Budberg lesen zu lassen."

Paris, den 2. März 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Die Wahl des Barons de Varenne (scil. zum Gesandten der Republik an dem preußischen Hof) erregt hier in manchen politischen Kreisen Verwunderung, indem man behauptet, daß er geistig etwas abgenutzt sei.

Marquis Turgot sagte mir in Bezug hierauf heute, als ich ihm die Antwort Ew. Excellenz mittheilte, Folgendes:

»On prétend que j'aurais pu choisir quelqu'un de plus fort et de plus habile, mais je trouve que l'essentiel était d'avoir à Berlin un homme tranquille, ayant de l'expérience et non pas un faiseur d'affaires.«

Hiermit konnte ich mich nur ganz einverstanden erklären, indem ich der Ansicht bin, daß das preußische Interesse bloß erfordert, daß der französische Gesandte kein Händelmacher sei. Wenn er etwas alt und matt ist, so scheint mir dies kein Uebelstand. Er soll etwas persönliche Eitelkeit haben, welche mithin einigermaßen zu schonen sein dürfte."

St. Petersburg, den 3. März 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz habe ich die Ehre, heut durch den englischen Courier eine ziemlich sichere Andeutung dessen zu berichten, was der Kaiser auf das Allerhöchste Handschreiben unseres allergnädigsten Königs antworten wird. Es hält sehr schwer, dem Kaiser eine milde Auffassung abzugewinnen. Das Alles wird sich besser gestalten, wenn nur erst der Kaiser in Berlin gewesen ist.

Daß Baron v. Prokesch fort muß, hält man hier für durchaus nöthig; Graf Nesselrode hat auch in dieser Beziehung sehr eindringlich nach Wien geschrieben.

Ew. Excellenz hatten mir verstattet, schon um Weihnachten nach Berlin zu gehen. Die Bedeutung der eingetretenen Ereignisse hielt mich ab, von dieser Erlaubniß Gebrauch zu machen. Da nun Alles zwischen den drei Mächten geordnet ist,*) so hoffe ich mit voller Zuversicht darauf, daß Ew. Excellenz die Gewogenheit haben wollen, mich zu ermächtigen, gegen Ostern nach Berlin zu gehen."

Es war eine Folge der mannigfachen Einflüsse, welche unter Friedrich Wilhelm IV. sich in der auswärtigen Politik geltend machten, daß diese Politik selbst nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden konnte. Der König dagegen liebte es, auf eine doppelte Weise berichtet zu werden, durch den ordentlichen Gesandten und einen nebenbei in spezieller geheimer Mission an den betreffenden Hof gesandten Vertrauensmann. Die außerordentlichen Missionen des Grafen Usedom und des Grafen Wedell während des Krim-Krieges sind die markantesten Fälle dieser Art. Dieselben stehen aber nicht vereinzelt da; so war in der hier behandelten Zeit der Gesandte Graf Nostitz einmal sehr mißgestimmt, daß man in seiner Abwesenheit während der Zollvereinskrisis den Grafen Alvensleben nach Hannover gesandt hatte.**)

Während die Kaiserfrage in Paris spielte, wurde auch dem Grafen Hatzfeldt ein zweiter Berichterstatter beigesellt, dieses Mal ein militärischer, der Oberst v. Olberg. Derselbe hat dem Gesandten die schwersten Stunden bereitet.

Paris, den 10. März 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Es gehen mir Gerüchte zu, als sei wieder von einer Sendung im Genre Nero hierher die Rede.***) Ew. Excellenz brauche ich nicht in Erinnerung zu bringen, welche Weiterungen die damalige Sendung hervorgerufen hat. Mit aller persönlichen Bescheidenheit halte ich mich doch zu hoch, um persönlich dadurch verletzt zu werden, aber es schadet dem königl. Dienste. Wie oft hat man mir zu verstehen gegeben, ich repräsentirte vielleicht ganz richtig die Ideen

*) Scil. in der Anerkennung des Kaisers Napoleon.

**) Siehe Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 842.

***) Bismarck spricht in einem Briefe vom 2. März 1855 von dem System, „Pilatus durch Herodes zu kontrolliren". „Bismarcks Briefe an den General v. Gerlach", Ausgabe von Horst Kohl, S. 198.

des königl. Kabinets, aber nicht andere, wichtigere. Wenn in anderen Staaten ein Gesandter nicht volles Vertrauen erregt, so ruft man ihn ab.

Der russische Gesandte glaubt nicht an die Idee, hier beabsichtige man, polnische Offiziere anzustellen. Wollte die hiesige Regierung eine polnische Legion bloß für den Dienst in Algier bilden, so würde solches Herrn Kisseleff ganz angenehm sein."

– –

St. Petersburg, den 15. März 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Ew. Excellenz werden sich aus den Berichten, die ich am Donnerstag abzuschicken gedenke, überzeugen, daß hier fast Alles recht gut steht.

In Bezug auf Herrn Bunsen hatte ich letzthin dem Könige unmittelbar geschrieben.*) Obwohl ich leider versäumt, Hochdenselben jenes Schreiben vorzulegen, so darf ich doch mit Bestimmtheit hoffen, daß Ew. Excellenz damit zufrieden gewesen sein würden.**)

Graf Hatzfeldt wird von Herrn v. Kisseleff und Lord Cowley***) im höchsten Grade geachtet, und Beide loben ihn ausnehmend. Lord Bloomfield schreibt in einem sehr guten Sinne über Berlin hierher. Dagegen sind die in Berlin lebenden Franzosen sehr aufgebracht, und schimpfen dieselben auf die »Kreuzzeitung«; auch haben sie einige unbedachte Aeußerungen des Prinzen von Preußen aus den Umgebungen Sr. M. aufgefaßt und nach Paris gemeldet. Herr Lefèbre versichert, daß Ew. Excellenz und Baron Budberg die einzigen besonnenen Leute in Berlin wären. Des Herrn Niebuhrs Nachrichten aus England, so hierher gekommen, sind ganz richtig, aber sein Urtheil über den Minister und die konservative Rechte parteiisch. Er ist zwar sehr unzufrieden über die Annäherung von Bethmann-Hollweg, aber er will die Konstitution durchaus erhalten. Der Mann scheint entsetzlich eitel und taktlos zu sein.

*) Vgl. S. 371.

**) Einen Erfolg hatten diese Demarchen gegen Bunsen nicht; er hat es offenbar verstanden, den König von der Richtigkeit seines Verhaltens zu überzeugen.

***) Vgl. Anmerk. auf S. 61.

Sonst glaube ich an seine Klugheit und ausgezeichnete Gesinnung. Aber ich liebe die allezeit fertigen Splitterrichter nicht.

Die Kammerverhandlungen in Bezug auf die Bildung der ersten Kammer haben hier einen trüben Eindruck gemacht. Bei aller Billigung Ihres Verfahrens hat hier die Achtung für Oben nicht gewonnen. Die Aussicht der Möglichkeit eines Zusammentreffens ist leider in den Hintergrund getreten."

Paris, den 15. März 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mein österreichischer Kollege hat mir in ganz vertraulicher Weise Kenntniß von einer durch den Fürsten Schwarzenberg an ihn gerichteten Depesche gegeben. Der Fürst erwähnt darin, daß der französische Gesandte ihm neuerlich ganz in dem Sinne einer Veränderung der Regierungsform hierselbst, in monarchischer Richtung, gesprochen habe. Der Fürst fügt hinzu, daß er hierauf sich unter Darlegung verschiedener, auf die inneren Verhältnisse Frankreichs bezüglicher Motive dahin geäußert habe, wie er glaube, daß der Prinz Louis mehr in seinem wohlverstandenen Interesse handeln würde, wenn er seine gegenwärtige Stellung nicht aufgäbe, um zur Errichtung einer Monarchie zu schreiten. Herr de Lacour*) soll, nach dem Eindrucke des Fürsten Schwarzenberg, diese von Letzterem dargelegte Meinung nicht besonders gut aufgenommen haben. Der österreichische Ministerpräsident giebt dem Herrn Hübner von dem Vorgefallenen Kenntniß, damit derselbe für den Fall, daß Herr de Lacour in einem unrichtigen Sinne über diesen Gegenstand berichte, sich im Stande befinde, den Aeußerungen des Fürsten Schwarzenberg ihren wahren Charakter zu bewahren.

Herr Hübner hat mir, in ganz vertraulicher Weise, den Inhalt einer von dem Fürsten Schwarzenberg an ihn gerichteten Depesche mitgetheilt. In Erwiderung auf einen Bericht des Gesandten, worin dieser bemerkt hatte, daß der Minister Turgot ihm von einer durch den König Leopold dem Prince de Ligne übertragenen politischen Mission an die Höfe von Berlin und Wien gesprochen habe, ermächtigt der Fürst Schwarzenberg Herrn Hübner, hier zu erklären, daß weder der Kaiser noch er selbst mit dem Prince de Ligne über irgend einen politischen Gegenstand verhandelt haben,

*) Der französische Gesandte in Wien.

und überhaupt dem Wiener Kabinet nichts davon bekannt sei, daß Letzterer einen politischen Auftrag für den kaiserl. Hof gehabt habe.

Schon vor einiger Zeit hat mir der Minister Turgot gesagt, wie er mit Befriedigung vernommen habe, daß Se. M. der König dem Prince de Ligne gegenüber, welcher von dem König Leopold beauftragt gewesen sei, bei Allerhöchstdemselben Besorgnisse in Betreff kriegerischer Absichten seitens Frankreichs anzuregen, gesucht habe, den belgischen Abgesandten von der Grundlosigkeit jener Befürchtungen zu überzeugen.

Ich kann einmal für jetzt keinen Grund zu Kriegsbesorgnissen sehen, wenn man aber in gewissen Regionen ängstlich ist und meinen Wahrnehmungen nicht traut, so erlaube ich mir, Ew. Excellenz folgende Idee vorzutragen.

Der General Schreckenstein dürfte wohl alle Eigenschaften vereinigen, um einen tüchtigen militärischen Beobachter zu liefern, der überdies den Takt hätte, nicht zu kompromittiren und auch im Stande wäre, politische Anschauungen in sich aufzunehmen. Da er mein Schwager ist, so wäre nichts natürlicher, als daß er mich hier besuchte. Dies würde Niemandem auffallen. Er würde bei mir wohnen, und ich ihm alle Mittel und Wege erleichtern, um klar sehen zu können, was ein Anderer, in den ich nicht dasselbe Vertrauen setzen könnte, freilich nicht erwarten könnte. General Schreckenstein würde wenigstens Ansichten abgeben können, von denen ich annehmen würde, daß sie Werth hätten und keine Verwickelungen und Uebelstände hier hervorrufen, die später schwer wieder ausgeglichen sind."

Der Ausweg mit dem General v. Schreckenstein wurde vom Könige nicht beliebt; an seiner Stelle meldete sich vielmehr eines Tages bei dem Grafen Hatzfeldt der S. 385 genannte Oberst v. Olberg.

Wien, den 18. März 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz Schreiben vom 14. d. Mts.*) habe ich durch den rückkehrenden Geh. Sekretär Wustrow erhalten und benutze heute die Gelegenheit, die der Braunschweigische Finanzdirektor v. Arns-

*) Der Inhalt ist nicht festzustellen, ebenso wenig, welches Benehmen von Prokesch in dem folgenden Absatz gemeint ist.

berg mir bietet, um einige Worte darauf zu antworten. Der v. Arnsberg hat mit dem Minister v. der Heydt zu thun, kehrt aber noch wieder zur hiesigen Zollkonferenz zurück.

Prokeschs Benehmen ist ganz unglaublich. Ich danke Ew. Excellenz, mir von seiner Unterredung mit Dr. Tögel*) Kenntniß gegeben zu haben, und habe geglaubt, im Interesse des guten Vernehmens dem Fürsten Schwarzenberg davon Kenntniß geben zu müssen.

Da ich gestern mich etwas besser fühlte, so bin ich gegen die Vorstellung des Arztes aufgestanden und zu Schwarzenberg gefahren. Ich konnte ihn nicht sehen, da eine Konferenz stattfand. Ich wollte nun heute hin, allein dies ist mir unmöglich, denn wenn auch die Halsentzündung beseitigt ist, so liegt mir die Grippe doch noch im Körper und macht mich recht leidend.

Ich habe daher heute dem Fürsten Schwarzenberg ein Billet geschrieben und ihm Ew. Excellenz Schreiben originaliter zugeschickt und mit einigen Bemerkungen begleitet.

Ich weiß, daß die Sache dem Fürsten Schwarzenberg sehr unangenehm ist, daß er einsieht, daß er den Prokesch nicht in Berlin lassen kann. Er ist aber in Verlegenheit, wo er mit ihm hin soll. Es fehlt hier überhaupt an brauchbaren Leuten. Fürst Schwarzenberg ist auch in schlechtem Gesundheitszustande. Man glaubt, er leide am Herzen oder am Rückenmark. Sollte er einmal abgehen, so wird die Verlegenheit, ihn zu ersetzen, groß sein. Einen der vormärzlichen Minister würde der Kaiser schwerlich nehmen.

Die »Kreuzzeitung« ist wegen der Angriffe auf den Minister Bach hier verboten worden.

Dr. Lembcke ist auch an der Grippe erkrankt und kann nicht ausgehen."

St. Petersburg, den 18. März 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz hatte ich die Ehre, gestern durch den englischen Courier eine Anzahl amtlicher Berichte zu überreichen. Ich wartete damit nicht die heutige Expedition des Geh. Hofrathes Weymann ab, besorgend, derselbe könne leicht wegen Unwohlseins auf der beschwerlichen Reise erkranken. Ich darf zuversichtlich annehmen,

* Verfasser der Schrift: „Preußen und die deutsch-österreichische Zolleinigungsfrage". Vergl. Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. II. S. 101 ff.

daß im Wesentlichen meine letzte Berichterstattung Hochdenselben willkommen sein werde. Ich bin so frei, heut noch einige Angaben nachzuholen.

Die Reise der beiden jungen Großfürsten hat eine Aenderung erlitten. Sie gehen von Wien nach München und Stuttgart; am letzteren Ort bringen sie die heilige Woche zu. Später begeben sie sich nach Venedig, Rom und Neapel. Das ist wohl nur deshalb geschehen, weil Familienrücksichten in Berlin den Besuch der jungen Herrn nicht haben wünschen lassen; die Sache ist nicht durch meine Hände gegangen, ich habe indessen davon gehört und enthalte mich jedes Urtheils.

In einem Privatschreiben an Sir Hamilton Seymour erzählte Lord Bloomfield, daß Ew. Excellenz ihm von einem in Berlin gewünschten neuen Vertrage der Kontinentalmächte mit England gesprochen. Mein hiesiger britischer Kollege, darüber erschreckt und die alten Verträge für ganz ausreichend haltend, die Bedenklichkeit neuer abzuschließender Verträge erkennend, wendete sich an Graf Nesselrode, welcher ihn beruhigte und die vorhandenen als genügend und für alle Theile bindend erklärte.

Ueber die hiesige Stimmung gegenüber Frankreich enthalten meine Berichte Alles, was ich darüber zu sagen habe. Ich speiste gestern mit dem Reichskanzler zu drei bei dem Kaiser. Obgleich zur Bedingung gemacht wurde, kein Wort von Politik zu reden, so brach der Kaiser doch zuerst das Gebot. Se. M. erzählte uns seine Unterhaltung mit dem französischen Gesandten, über welche ich gestern berichtet habe.

Der gute Marquis hatte sich gewissermaßen über Herrn v. Kisseleff beschwert, weil er der Meinung ist, er setze zu wenig Gewicht in die friedlichen Versicherungen des Präsidenten. Der Kaiser erblickt darin nur gute Absicht. Se. M. hat dringend zur Besonnenheit angerathen. Da die Franzosen ihm selbst vorsagen, daß der Kaiser allein Einfluß auf den Präsidenten habe, so hoffen sie von den Aeußerungen desselben nur eine gute Wirkung. Doch scheint außer allem Zweifel, daß der Präsident nicht nur verschlossen, sondern grundfalsch ist. Ich erlaubte mir dies gestern auszusprechen. Der Kaiser ist auch dieser Meinung.

Baron Meyendorff ist mit der dermaligen Stimmung im Wiener Kabinet zufriedener. Er hatte in Venedig mehrere Unterhaltungen mit dem jungen Kaiser und fand Se. M. in sehr guten

Intentionen. Obwohl heiser und erkältet, hat derselbe doch Audienzen ertheilt, alle öffentlichen Anstalten besucht, die Marine-Etablissements für die Truppen inspizirt und dann wieder unermüdlich gearbeitet, ganz seinen erhabenen Pflichten mit Gewissenhaftigkeit und Ausdauer lebend. Baron Meyendorff hält sehr viel von den Einsichten und von der Willenskraft des Kaisers.

Ueber den Gesundheitszustand des großfürstlichen Paares äußert sich der russische Herr Gesandte sehr befriedigend. Von hohem Interesse sind ihm die Gespräche gewesen, die er mit dem Marschall Marmont kurz vor dessen plötzlichem Tode über Frankreich gehabt. Den Feldmarschall Radetzky fand er rüstiger als in Olmütz. Im Ganzen ist er mit der Stimmung in Oberitalien gar nicht zufrieden.

Auch in der römischen Legation, in Parma und Toskana sei sie schlecht. Das größte Uebel bleibe die Erbärmlichkeit der kleinen Fürsten. Ueber die Intention des Turiner Hofes hat der alte Feldherr eine weniger günstige Meinung als das Wiener Kabinet.

Da Ew. Excellenz dem trefflichen Baron Meyendorff ein freundschaftliches Wohlwollen bewahren, so darf ich wohl bemerken, daß er sich erholt fühlt.

Wie ich kaum anders erwarten kann, werden Ew. Excellenz mir wohl verstatten, Anfang April abzureisen. Ich gehe dann mit der Ueberzeugung fort, daß für uns hier Alles gut steht und wir immer sicher auf die kräftigste Unterstützung des Kaisers rechnen können. Dabei ist mit Geschick und Vorsicht ein zweckmäßiges Vernehmen mit England angebahnt. Der Kaiser hat Scheu, in Bezug auf Großbritannien viel Gewicht auf Persönlichkeiten zu legen, weil diese so oft wechseln. Er ist der Ansicht, man solle von England nichts Anderes fordern, als was das Interesse des Landes und der Nation erlaube, dann könne man den Sturz dieses oder jenes Staatsmannes mit Ruhe sehen, die neuen, ans Ruder gelangenden Minister müßten doch das, was ihre Vorgänger gemacht, bestätigen. Es sind hier Briefe von Lord Melbourne und Lord Aberdeen mitgetheilt, von denen der Letztere dem Ministerium Derby keine lange Dauer giebt. Es muß hierbei freilich bedacht werden, daß Lord Aberdeen kein reiner Tory ist, sondern zu den Peeliten übergegangen war. Graf Nesselrode ist der Meinung, das jetzige Ministerium werde sich wenigstens bis in die nächste Parlamentsperiode hinüber halten.

Was die beabsichtigte Reise des hiesigen Kaisers und der Kaiserin nach Preußen betrifft, so ist wohl immer viel die Rede davon, und die Kaiserin hofft auch Schlangenbad gebrauchen zu können. Die Vorfälle wegen Bildung der ersten Kammer, die Begünstigung der Linken und namentlich der Bethmannschen Partei, welche so offenkundig und unverzeihlich Opposition gegen des Königs vortreffliches Ministerium genommen, haben Zweifel über die Ausführung erhoben. Doch wird sie zu Stande kommen.

Der Kaiser sieht mit wahrer Ungeduld den Entscheidungen über unsere Militärreorganisation entgegen. Se. M. beschäftigt sich ganz ausnehmend viel mit unserer Armee. Er kannte die beabsichtigte Proposition des Generals v. Stockhausen und setzte in seine Klugheit und Kenntniß das Vertrauen, daß er das Zweckmäßigste würde gefordert haben.

Als der General v. Bonin das Kriegsministerium übernahm, war sofort sehr viel von seinen beabsichtigten großartigen Abänderungen zu Gunsten des Heeres die Rede. Jetzt, äußerte sich der Kaiser, sei Alles wieder still, obgleich es doch das Ansehen habe, als sei man in Berlin mehr wie anderwärts auf einen nahen Krieg gefaßt.

Die Nachrichten, welche der Major Graf Münster ab und zu hierüber erhält, sind Ebbe und Fluth, und so fürchtet der Kaiser, daß wenig zu Stande kommen werde. Ich bitte Se. M., nur mit Vertrauen abzuwarten. Es scheint mir geeigneter, dem Kaiser nur die Versicherung zu ertheilen, daß das Ministerium seine Pflicht thun werde.

Die Theilnahme des kaiserl. Kabinets für unser Interesse in Deutschland wird in Wien zu erkennen gegeben und dort berücksichtigt."

Paris, den 25. März 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt meldet Manteuffel eigenhändig privat, der Oberst v. Olberg dränge mit einer Zähigkeit, die dem Gesandten unangenehm zu werden beginne, auf einen persönlichen Empfang bei dem Prinzen Louis.

„Ich halte mich auch nicht für veranlaßt, einen Landsmann zu den französischen Ministern einzuführen, da sich hier zu diesen

nur solche Fremde begeben, die Geschäfte bei ihnen haben, es sei denn, daß große Feste stattfinden."*)

Oberst v. Olberg erreichte demnächst doch, daß er am 28. März der Pariser Parade in Uniform beiwohnen durfte. An demselben Tage wurde er vom Präsidenten zur Frühstückstafel geladen.

Charlottenburg, den 31. März 1852. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Hier, theuerster Manteuffel, sind Herrn v. Olbergs erste Berichte, die mir auf verschiedenen Wegen theils in Stenographie, theils unter Form von Handelsbriefen zukommen. Einer meiner Sekretäre hat den Schlüssel und schreibt es ins Reine, wie Figura zeigt. Ich brauche Sie nicht darauf aufmerksam zu machen, daß die Bewahrung des strengsten Geheimnisses hier sehr Noth thut. Studiren Sie es, so gründlich Sie wollen, und senden Sie mir es in etwa acht Tagen spätestens zurück. Lassen Sie mich wissen, ob ich Sie heut Abend erwarten soll und ob Sie das Conseil in Bellevue am Donnerstag oder Freitag vorziehen? Vale! Friedrich Wilhelm."

Berlin, den 2. April 1852. Manteuffel an den Gesandten Grafen Hatzfeldt in Paris eigenhändig privat:

„Ew. Hochgeboren erwidere ich auf das Schreiben vom 25. v. Mts.,**) daß die Erfahrungen, welche Sie mit Herrn v. Olberg gemacht haben, dasjenige bestätigen dürften, was ich Ihnen im voraus über diese Persönlichkeit mitgetheilt hatte. Leider kann ich Ihnen, verehrter Herr Graf, nur sagen, daß man an der Stelle, von welcher die Mission ausgegangen ist, dieselbe Ansicht, welche dieselbe diktirt hat, noch festhält. Die erstatteten Berichte, welche ich eingesehen habe, enthalten eine Menge zum Theil sich widersprechender Aeußerungen verschiedener zum Theil bedeutender Persönlichkeiten ohne alle eigene Ansicht und haben mich nicht im Geringsten klüger gemacht. Ich kann nur rathen, die gedachte Persönlichkeit diplomatisch zu behandeln, d. h. immer mit Handschuhen, wenn auch mit Glacéhandschuhen, anzufassen und sich damit zu

* Die Antwort Manteuffels findet sich unterm 2. April 1852.

** Vgl. S. 392.

trösten, daß die Sache nicht zu lange dauern wird; fragliche Leute laufen sich am sichersten selbst todt; meinerseits werde ich dazu die Wege ebnen; Widerstand würde das Gegentheil erwirken.

Große Sorge macht mir die Krankheit von Graf Arnim in Wien. Ich halte sie für unheilbar und einen Ersatz für unerläßlich. Aber wen sollen wir senden?

Einen gewaltigen Anlauf wird Herr v. Rochow machen, allein ich halte ihn in Petersburg für unersetzlich. Ich habe schon an Graf Nostitz gedacht, dieser ist Ihr Schwager, ich möchte Sie, verehrter Herr Graf, daher nicht zu einer Aeußerung veranlassen; wollen Sie sich aber darüber aussprechen, so wird es mir lieb sein.

Neulich ist mir aus englischer Quelle die Nachricht zugegangen, man trage sich im Elysée mit der Nachricht, daß wir die Absicht hätten, mit Oesterreich in der Schweiz bewaffnet zu interveniren. Dies kann nur durch eine diesseitige Depesche veranlaßt sein, worin ich nach Wien gesagt habe, daß eine etwaige Operation nicht, ohne uns zuzuziehen, stattfinden werde. Ich kann nicht in Abrede stellen, daß unser Herr sehr gern seine Fahne in der Schweiz würde wehen sehen mit Rücksicht auf Neufchatel; inzwischen liegt zwischen einer solchen Phantasie und der Wirklichkeit bekanntlich sehr viel, und was Sie als gewiß behaupten können, ist, daß wir an ein Anerbieten zum bewaffneten Einschreiten unsererseits nicht gedacht haben, ein solches Anerbieten von anderer Seite uns niemals gemacht ist.

In der dänischen Erbfolge-Angelegenheit hat der König die unglückliche Idee, den Deutschen Bund zuziehen zu wollen. Die Sache wird indeß voraussichtlich scheitern. Für Preußen tritt der König dem Protokollentwurf der dänischen Regierung bei."*)

Paris, den 2. April 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz habe ich schon letzthin einige Mittheilungen über einen hier anwesenden preußischen Obersten v. Olberg zugehen lassen.**) Das ganze Auftreten dieses Mannes ist von Anfang derartiger Natur gewesen, daß es seitens mancher Personen eine

*) Die Antwort des Grafen Hatzfeldt findet sich unterm 9. April 1852, S. 396.
**) Vgl. S. 392, 393.

gewisse Aufmerksamkeit rege machen mußte. Es wird gesprochen, nachgefragt, kurz, ich fürchte, daß ich in den Fall versetzt werden kann, wenn auch nur vertraulich, an Ew. Excellenz darüber zu berichten. Heute erhalten Hochdieselben in amtlicher Weise ein Schreiben, welches der französische Kriegsminister in Betreff des Herrn v. Olberg an mich gerichtet. Beifolgend ein Artikel aus der »Kreuzzeitung« vom 28. März,*) dessen Inhalt, wenn er hier bekannt würde, höchst eigenthümlich wirken könnte."

Paris, den 2. April 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Mit Rücksicht auf das im Allgemeinen von mir zu beobachtende Verfahren ist es für mich von überaus großem Interesse, darüber aufgeklärt zu sein, ob ich dafür gelten soll, von einem einer bekannten Person**) ertheilten Auftrag etwas zu wissen oder nicht. Das Dafürgelten, gewußt zu haben oder nicht gewußt zu haben, bezieht sich natürlich nur auf dasjenige, was eine bestimmte Individualität über diesen Gegenstand denken kann. Die Person, welche ich meine, ist nicht etwa die, welche hier angekommen ist, sondern der etwaige Auftragsertheiler. Insofern Ew. Excellenz meine Lage verständlich erscheint, so würde ich höchst dankbar sein, wenn Hochdieselben mir bloß ein schriftliches Ja oder Nein ohne weiteren Zusatz zugehen lassen wollten. Dies würde für mich hinreichend sein."***)

Der Minister Manteuffel machte zu der Frage die Randbemerkung „Nein".

Am 29. März 1852 hatte in den Tuilerien die Eröffnung der Session der französischen Volksvertretung mit einer bedeutsamen Rede des Prinzpräsidenten stattgefunden.+ Sehr beachtet wurden die darin enthaltenen Friedensversicherungen. Die Politik des Friedens war allerdings davon abhängig gemacht, daß die Ehre Frankreichs dabei nicht

* Der Artikel lautet: „Auch in diesem Frühjahr werden von dem Kriegsministerium mehrere Offiziere nach Paris gesendet werden."

** Gemeint ist der Oberst v. Olberg.

*** Vgl. umstehend den Bericht Hatzfeldts vom 6. April 1852.

\+ Vollständig abgedruckt in der „Politischen Zeitung" Nr. 78 vom [illegible] März 1852.

in Frage stehe. Nun sei aber der Begriff Ehre bei einer Nation, zumal einer so heißblütigen und ehrgeizigen wie die französische, als sehr weit gefaßt worden. Weniger bestimmt lautete der Passus über das Kaiserthum; Napoleon erklärte, dasselbe nur dann einführen zu wollen, wenn er dazu „durch eine offenbare Nothwendigkeit gezwungen werden würde".

Coblenz, den 5. April 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Louis Napoleons Eröffnungsrede ist meisterhaft geschickt gemacht. Das Kaiserreich ist annoncirt — das ist der kurzen Rede langer Sinn! Die Friedensliebe und der unausgesetzte Pferdeaufkauf harmoniren nicht ganz. Da Krieg-Bregenz und Zoll-Wien nicht zum Ruhme Preußens führten, so ist der Weg über Paris und Brüssel noch möglich, wie wir es in unserer Konferenz besprachen!"

Paris, den 6. April 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Ich kann zwar nicht leugnen, daß mir die Olbergsche Sache*) große Mißstimmung verursacht und dieses wie ähnliche Zeichen des Mißtrauens einem die Lust, nach Kräften zu dienen, benehmen müßten, wenn nicht an das Vaterland zu denken wäre. Da ich jedoch gewohnt bin, Ew. Excellenz Vorschriften zu befolgen, so lasse ich den Mann gewähren. Ich will wünschen, daß sein Verfahren hierselbst keinen Schaden bereiten möge.**)

Nostitz***) hat in Hannover Proben seiner Geschicklichkeit abgelegt. Er könnte daher wohl auch in Wien zu brauchen sein. Klug und aktiv ist er gewiß, nur steht er in hohem Alter, und ich weiß nicht, ob solches ihm längere Zeit erlauben würde, so vielfache Geschäfte wie in Wien zu führen. Nähme er eine solche Stellung an, so würde er sie auch ausfüllen."

Paris, den 9. April 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt schreibt an Manteuffel in Erwiderung auf dessen Zuschrift vom 2. d. Mts.†) eigenhändig privat:

*) Vgl. S. 392.
**) Vgl. den Bericht Hatzfeldts vom 21. April 1852 S. 400.
***) Vgl. Manteuffels Brief an Hatzfeldt vom 2. April 1852, S. 393.
†) Vgl. S. 393.

„Ich habe hier in keiner Weise Gelegenheit gehabt zu bemerken, daß man im Elysée den Glauben hege, wir hätten die Absicht, mit Oesterreich bewaffnet in der Schweiz zu interveniren. Mein Bericht Nr. 65 vom 2. April spricht sich über die hier bestehende Auffassungsweise in Betreff der Dispositionen der großen Kabinette rücksichtlich der Schweiz aus. Die Notizen, welche mir zu diesem Immediatbericht gedient haben, wurden mir direkt durch Herrn Thouvenel geliefert, flossen also aus der besten Quelle. Danach findet man hier vielmehr, daß in Berlin ebenso wenig als in St. Petersburg Neigung an den Tag gelegt worden ist, es möchten die Schweizer Verhältnisse gegenwärtig zu etwas Ernstlichem führen. Für jetzt ist übrigens diese ganze Sache ins Wasser gefallen."

Anfang September 1851 erhielt Bismarck den Auftrag, den Herzog von Augustenburg zum Verzicht auf seine Erbrechte gegen eine Geldentschädigung zu bestimmen. Noch ehe der Herzog Ende April 1852 seine Annahme der Entschädigung erklärte, hatte Friedrich Wilhelm IV. ein weiteres Begehren gestellt, von dessen Erfüllung er seinen Beitritt zu der in London beabsichtigten europäischen Anerkennung der neuen dänischen Erbordnung abhängig machte. Er forderte, daß zu der Londoner Konferenz der Großmächte außer Dänemark und Schweden auch der Deutsche Bund als solcher einen Vertreter absende, und am 4. April erging an Bismarck die Frage, welche Aussichten am Bundestage selbst ein solcher Antrag haben würde. Indessen zeigte sich sofort eine entschiedene Abneigung der fremden Großmächte, namentlich Rußlands, gegen eine solche Maßregel, von der man endlose Weitläufigkeiten und Verschleppungen besorgte, und Bismarck konnte nicht umhin, sich in einem Briefe aus Frankfurt in negativem Sinne zu äußern. Dieser Brief Bismarcks gab der Minister v. Manteuffel auch an Gerlach, um den König für die darin enthaltene Auffassung zu gewinnen.

Charlottenburg, den 12. April 1852. General v. Gerlach schreibt an Manteuffel bei Rücksendung des Bismarckschen Votums eigenhändig:

„Se. M. geruhten, als ich diesen Brief vorlas, zu bemerken, daß Sie völlig überzeugt wären, daß Herrn v. Bismarcks Vermuthungen ihre völlige Richtigkeit hätten und daß der Vorschlag, einen Gesandten des Deutschen Bundes nach England zu den dort

festgesetzten dänischen Verhandlungen zu schicken, nicht durchgehen würde. Dessenungeachtet halten es Se. M. für Pflicht gegen Deutschland und der Ehre Preußens und des Deutschen Bundes angemessen, diesen Vorschlag zu machen. Wenn dann die mittleren und kleinen Staaten diesen Vorschlag zurückwiesen, so sei dies ihre Schuld."

- -

Charlottenburg, den 17. April 1852. General v. Gerlach*) an Manteuffel eigenhändig:

„Den Kaisertitel kann ich nicht für ein Wort halten; er ist eine Realität, die die Verträge von 1815 zerschlägt, einen Abenturier den Kaisern und Königen gleichstellt, diese also herunterzieht und jenen erhöht. Ew. Excellenz erkennen die Macht, welche Bonaparte sich verschafft hat, für gefährlich an. Wodurch hat er sie aber erobert, doch allein durch die Analogien mit dem Onkel, diese Analogien sind also doch nicht bloß doktrinär. Jeder, der sich an Louis Bonaparte anschließt, weiß dadurch, was er findet und was er zu erwarten hat, und dieser Anhang nöthigt dann auch Louis Bonaparte, die Wege des Onkels zu gehen.

Das Parteinehmen der römischen Kirche und der französischen Klerisei für Bonaparte hat nach allen Nachrichten dem Katholicismus in Frankreich Schaden gethan."

Charlottenburg, den 19. April 1852. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Gestern ist mir die Mittheilung eines Reisenden aus Frankreich und Belgien zugegangen, die ich doch für so wichtig halte, daß ich nicht verfehle, dieselbe Ew. Excellenz mitzutheilen.

Der Reisende, der ein umsichtiger und gescheiter Mann ist, fand in Holland Alles höchst montirt in der Voraussetzung einer nahe bevorstehenden Invasion der Franzosen in Belgien, die Holländer sollen nach der Meinung des Reisenden fest entschlossen sein, sich bis

*) Gerlach, erwähnt den obenstehenden Brief in seinen „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 751. Veranlaßt war derselbe durch einen Manteuffelschen Brief vom 15. April 1852, worin der Letztere bemerkte, den Kaisertitel fürchtet er nicht, „in unserer an Redensarten reichen Zeit kommt es nicht auf ein Wort an, wohl aber auf Macht".

zum Aeußersten gegen Louis Bonaparte zu wehren, der König selbst jedoch in vertrauter Verbindung mit Bonaparte stehen. Die Holländer sollen laut darüber raisonniren, und der König soll weder geliebt noch geachtet sein.

In Belgien soll die Geistlichkeit sich den jetzigen französischen Zuständen in bedenklicher Weise zugewendet haben und König Leopold bereits sehr isolirt dastehen, da die Armee, von der die polnischen Elemente entfernt sind und auch die revolutionären französischen Elemente entfernt werden sollen, sich Sympathien für Louis Bonaparte hingiebt, dessen muthig positives Wesen sie von dem Unfug der Kammern befreien würde, dessen die belgischen Truppen herzlich satt sein mögen. Der Reisende glaubt, daß der kluge König Leopold gewiß bereits ganz gefaßt darauf sei, sich den Rücken zu sichern, um sich möglichst bald einschiffen zu können. Sowohl in Belgien als in Frankreich glaubt kein wohlunterrichteter Mann, daß der Friede zwischen beiden Ländern lange bestehen könne. Man denkt, daß in spätestens zwei Monaten die Eroberung Belgiens in etwa acht Tagen bewerkstelligt sein würde.

In Frankreich sollen die Truppen für Bonaparte schwören, mit Ausnahme der Artillerie, die für das konstitutionelle Wesen ist. Alle gescheiten Leute halten Bonaparte für einen Lump, aber für einen Menschen von großer Energie und Muth.

Graf Hatzfeldt soll nach der Erzählung des Reisenden körperlich und geistig sehr angegriffen sein. Während die eine Hand krank in der Binde getragen werde, trete das eine Auge auf der scheinbar kranken Seite bedeutend aus der Augenhöhle hervor, und der Mund stehe halb geöffnet in schiefer Form und Richtung. Das Ganze gebe eine höchst traurige Erscheinung. Die Auffassung des Grafen sei dem Reisenden, soweit er durch Beobachtung der diplomatischen Verhältnisse und des äußeren Zustandes es zu beurtheilen vermöge, als eine schwache und befangene erschienen.

Soweit der Reisende, dessen Bericht ich Ew. Excellenz auf Allerhöchsten Befehl im Auszuge mittheile.

Ich erlaube mir hierzu folgende Bemerkungen.

1. Es ist dringend nöthig, einen ganz zuverlässigen jungen Offizier nach Belgien zu schicken, der sich genau unterrichtet a) über den Zustand der Armee und ihre Zuverlässigkeit, b) über die Fortifikationsarbeiten. (Aber nicht Oberst Olberg.)

2. Scheint es mir doch nöthig, zu überlegen, ob Hatzfeldt, dessen Schwiegervater*) jetzt ganz eng mit Bonaparte verbunden ist, noch ein angemessener Vertreter unseres Kabinets in Paris ist."

Paris, den 21. April 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Am 19. d. Mts. habe ich durch den Feldjäger ein eigenhändiges, zwei Seiten langes Schreiben des Königs, datirt den 4. April, erhalten. Der Inhalt Olberg. Der König fordert vertraulichen Bericht, warum der Oberst nicht durch mich beim Präsidenten angemeldet worden sei. Unter Gebrauch sehr gnädiger Ausdrücke für mich und gleichsam zu dem Zwecke, als wolle der König Olberg einen Verweis geben, will der König Aufklärung über den Thatbestand. Ich habe zwischen den Zeilen lesen zu können geglaubt, daß Olberg mich verklagt hat, und der König hat erst hören wollen, was ich sagte. Der König bemerkte, daß Ew. Excellenz mir den Obersten auf seinen Befehl empfohlen hätten. Indem er sich demnächst überhaupt günstig über Olberg äußert, ergreift er die Gelegenheit, um ihn mir noch ganz besonders zu empfehlen. Ich habe so verstanden: Du bist ihm entgegengetreten, obwohl du wahrscheinlich gewußt, daß Ich, der König, den Obersten protegire. Ich will nun hören, ob du, Gesandter, dich rechtfertigen kannst, und ferner dir ausdrücklich und Allerhöchstselbst bemerkbar machen, daß du, Gesandter, für die Zukunft dem Obersten in seinem Wirken nicht allein nicht hinderlich sein, sondern ihn unterstützen sollst.

In Antwort auf das Allerhöchste Handschreiben habe ich sofort unter dem Datum des 19. d. Mts. an den König einen mehrere Bogen langen Bericht erstattet. Letzterer theilt sich in zwei Theile. In dem ersten rechtfertige ich mein Benehmen in Betreff der Vorstellung beim Präsidenten, was leicht war, da ich alle gewöhnlichen Formen beobachtet habe. Da Ew. Excellenz mir auf meine Anfrage erwidert haben, daß ich nicht dafür gelten könne, etwas von der dem v. Olberg gegebenen Mission zu wissen und die offizielle Empfehlung, welche Hochdieselben dem Obersten mitgaben, vom König keine Erwähnung thut, so habe ich in meinem vertraulichen Bericht an Se. M. bemerkt, daß der Oberst bisher

*) Graf Castelane.

in meinen Augen nur für einen zu seinem Vergnügen Reisenden habe gelten können.

In dem zweiten Theil meines Berichts habe ich mir nicht versagen können, dem Könige meine Meinung über das hiesige ganze Auftreten des Obersten auszusprechen und anzudeuten, daß ein derartiges Vordrängen mir bisher seitens eines königl. Dieners noch nicht vorgekommen sei. Ich habe nicht verfehlt anzudeuten, daß mich solches sehr unangenehm berührt hat und schon Veranlassung gegeben habe zu Nachforschungen über die Stellung des Mannes. Schließlich sage ich dem König, daß, nachdem er mir den Olberg Allerhöchstselbst ganz besonders empfohlen, ich mich von nun an für verpflichtet erachten würde, dem Obersten jedwede Unterstützung, die er beanspruchen sollte, zu leisten, ohne mich auf eine Beurtheilung des von dem v. Olberg etwa Gewünschten ferner einzulassen. Es ist möglich, daß der König meine Aeußerungen mißfällig aufnimmt, obwohl dieselben den Charakter der größten Unterthänigkeit tragen. Einmal dazu veranlaßt, mich auszusprechen, konnte ich es jedoch nicht über mich gewinnen, es zu verhehlen, welchen Eindruck diese Persönlichkeit auf mich hervorgebracht hat und wie ich das Wirken einer derartigen Individualität für gefährlich halte.

P. S. Aus Preußen hier kürzlich angelangte Reisende erzählen ganz unbefangen als eine feststehende Thatsache, daß v. Olberg mit einer Mission seitens des Königs betraut ist. Wenn solches sich noch mehr herumspricht, so dürfte die fremde Diplomatie, die schon einigermaßen aufmerksam geworden ist, aber doch bisher der gedachten Persönlichkeit keinen großen Werth beilegte, vielleicht geneigt werden, Bedeutenderes hinter der Sache zu suchen, als in der That vorhanden. Es ist unter Anderem zu russischen Ohren gelangt, in welch freundlich annähernder Weise sich der Oberst Olberg im Elysée geäußert, und wie, als man ihm dort von Heirathsgedanken gesprochen, er beifällig die deutschen Prinzessinnen nachgewiesen habe, auf welche der Präsident etwa seine Augen richten könne. Alle solche Geschichten haben nichts zu bedeuten, so lange man den v. Olberg nicht für eine Vertrauensperson Sr. M. hält, nehmen aber im entgegengesetzten Falle eine andere Gestalt an.

Olberg ist gegenwärtig in Brüssel, wird aber demnächst bald wieder hier sein. Für mich kann er nun provisorisch hier bleiben

so lange er will. Ich habe gethan, was ich für Pflicht hielt, und will mir wegen dieses Herrn persönlich keine Unannehmlichkeiten mit dem König bereiten. Ich habe bisher keinen Grund, anzunehmen, daß ein Plan bestehen könnte, wonach der v. Olberg etwa dauernd hier verwendet werden sollte (vielleicht als Militär-Kommissarius). Würde eine solche Eventualität aber jemals eintreten, dann würde mir wohl nichts übrig bleiben, als um meine Abberufung von dem hiesigen Posten nachzusuchen und mich in die Ruhe zu begeben."

Mit dem im Vorstehendem gemeldeten Hatzfeldtschen Berichte an den König scheint sich der Gesandte wenigstens vorläufig*) den lästigen Aufpasser vom Halse geschafft zu haben.

Während man in Preußen in der handelspolitischen Differenz die gegenüber den widerstrebenden Staaten (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Nassau) einzuschlagende Taktik berieth, waren diese nicht müßig geblieben. In eingehenden Berathungen hatten sie erst zu Bamberg (25. März) und sodann zu Darmstadt (4. April) beschlossen, sofort bei Eröffnung der Zollkonferenz in Berlin auszusprechen, daß man eine Verhandlung mit Oesterreich unter Zugrundelegung der in Wien beschlossenen Zollentwürfe für nothwendig halte und, solange diese Verhandlung nicht stattgefunden habe, auch die Verhandlungen wegen Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins nicht zum Abschluß bringen wolle.

Paris, den 2. Mai 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel privat:

„Niemand erkennt besser als ich alle die Schwierigkeiten an, mit denen Ew. Excellenz nach so verschiedenartigen Seiten hin zu kämpfen haben. Sowohl im Innern muß sehr Vieles beseitigt werden, als auch in unseren Beziehungen zum Auslande viele

*) Olberg hat dem Gesandten Hatzfeldt später noch einmal ähnlichen Kummer bereitet. Darauf bezieht sich die Stelle in Bismarcks Bericht vom 14. September 1855, in dem Werke „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 238. Vgl. auch „Leopold v. Gerlachs Briefe an Bismarck" im Bismarck-Jahrbuch Bd. II, S. 199, 202, 223 und „Bismarcks Briefe an Leopold v. Gerlach", Ausgabe von Horst Kohl S. 198 und 247.

Aenderungen eintreten, ehe wir die unheilvollen Spuren der Jahre 1848 bis 1851 verwischen.

Ich fürchte, in den Berliner Konferenzen*) wird über den Fortbestand des Zollvereins vorläufig nichts zu Stande kommen. Es ist noch viel Zeit zum Besinnen bis zum 31. Dezember 1853. Zuletzt möchte der üble Wille der süddeutschen Regierungen aber doch wohl den Interessen weichen. Im schlimmsten Falle ziehen wir uns auf den Norden zurück, der für uns besser taugt als der Süden. Preußen diese Rückzugslinie geschaffen zu haben, das ist ein großes Verdienst, welches sich Ew. Excellenz um den Staat erworben haben.

Hier glaubt man an die Beseitigung v. der Pfordtens. Der hier anwesende bekannte Dönniges**) aus München glaubt auch, daß, wenn nicht jetzt, doch später die Einigung über den Zollverband erfolgen wird."

Am 8. Mai 1852 ließ der König dem Londoner Protokoll bezüglich der dänischen Thronfolge und Erhaltung der dänischen Gesammtmonarchie auch die preußische Unterschrift hinzufügen. Der Bundestag hatte die Genugthuung, mit einer Beschlußfassung in der Sache verschont zu werden.

Kopenhagen, den 12. Mai 1852. Der Gesandte Frhr. C. v. Werther beglückwünscht in einem privaten Schreiben Manteuffel aus Anlaß der Beendigung der dänischen Fragen.

„Niemand ist mehr in der Lage als ich, es schätzen zu können, wie es hauptsächlich Ihren Entscheidungen und Einwirkungen zu verdanken ist, daß diese verwickelten Verhandlungen zu einer befriedigenden Erledigung geführt worden sind. Ich bin dabei von der Ansicht durchdrungen, daß Ew. Excellenz dadurch vor Allem unserm König und unserm Vaterlande einen neuen großen Dienst geleistet haben."***)

*) Näheres über deren Eröffnung am 19. April 1852 in Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. II. S. 109.

**) Ein Günstling des Königs Max II., später bayerischer Gesandter in Bern, der Vater von Helene Dönniges, wegen welcher Lassalle im Duell erschossen wurde.

***) Ungerechte Vorwürfe erhebt Bernhardi in seinen Tagebüchern (Bd. V, S. 150) gegen Manteuffel wegen der unter ihm erfolgten Unterzeichnung des Protokolls vom 8. Mai 1852.

Paris, den 16. Mai 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz Zeit ist jetzt wahrscheinlich noch mehr als gewöhnlich durch die Anwesenheit der russischen Herrschaften*) in Anspruch genommen. Es freut mich, den Kaiser in Berlin zu wissen, da er wohl in manchen Dingen guten Rath ertheilen wird. Sollte auch der Kaiser von Oesterreich kommen, so würde diese Zusammenkunft wohl hier kaum Befriedigung erregen.

Ich verfahre hier fortwährend im besten und intimsten Einverständniß mit Kisseleff. Das Kaiserreich wird jedoch hier wohl nicht zu vermeiden sein, es hat jedoch den Anschein, als werde es wenigstens in den nächsten Monaten nicht kommen. Ist denn zwischen den drei nordischen Großmächten schon etwas über die alsdann zu beobachtende Haltung vereinbart? Muß man anerkennen, was wohl nicht zu vermeiden ist, so würde ich keinen Nutzen dabei finden, besondere Vorbehalte hinzuzufügen, die eigentlich an der Sachlage nichts ändern und bloß ohne Vortheil bleiben.

Mit einer Familie, wie die des Präsidenten ist, scheint es mir übrigens nicht, als könne man Aussicht haben, irgend etwas Dauerndes zu gründen. Die Behandlung, welche die auswärtigen Mächte dem hiesigen Regenten angedeihen zu lassen haben, muß übrigens stets, wenigstens theilweise, von seinem Verfahren abhängig sein.

Ein Verwandter von mir, ein Baron Heeckeren, ist von hier nach Wien. Aller Wahrscheinlichkeit nach mit persönlichen Aufträgen des Präsidenten."

Berlin, den 18. Mai 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Nesselrode fordert das Gegentheil von dem, was Sie bei Eröffnung der Zollkonferenz vor der ganzen Welt offiziell erklärt haben. Eine solche Forderung kann nur gestellt sein, weil man weiß, daß wir in der elften Stunde nachgeben werden. Wer spielt diese heillosen Intriguen hier und in Wien? ? ?

*) Am 17. Mai 1852 traf der Kaiser von Rußland, begleitet von dem russischen Reichskanzler, zu mehrtägigem Aufenthalt in Berlin ein.

Wenn wir diese unsere letzte Position auch noch aufgeben, dann haben wir alles Ansehen verloren und werden mit Recht verachtet.

Ich habe dem Könige dasselbe geschrieben. Er und Sie haben nur zu wählen, ob wir noch Selbständigkeit behalten sollen oder Alles zu opfern, selbst die Ehre, bereit sind.

Ihr Prinz von Preußen."

Berlin, den 18. Mai 1852. In Beantwortung des vorstehenden Handbillets übersendet Manteuffel dem Prinzen von Preußen Abschrift einer tags zuvor, und zwar nach der Unterredung mit Graf Nesselrode, von ihm nach Wien gerichteten Depesche, worin die bestimmte Erklärung enthalten war, daß die preußische Regierung fest entschlossen sei, den Standpunkt zu behaupten, den sie bei Beginn der Berliner Zollverhandlungen eingenommen hatte.*)

„Ew. K. H. geruhen mich mit drei Fragezeichen zu fragen, wer hier diese heillose Intrigue spiele? Ich antworte darauf unterthänigst, daß ich das nicht weiß, daß ich aber auch die logische Nothwendigkeit einer solchen hier gespielten Intrigue nicht einzusehen vermag. Ich finde es sehr einfach, daß man in Wien dem Grafen**) die Sache vom österreichischen Standpunkt aus dargestellt hat, und daß er von dort kommend in diesem Sinne mit uns spricht; wir werden dagegen unseren Standpunkt geltend zu machen und auch, wenn Rußland ihn nicht theilen sollte, festzuhalten haben.

Von einer Forderung des Grafen Nesselrode in dieser Sache ist mir übrigens nichts bekannt, und bezweifle ich, daß ein so besonnener Staatsmann wie Graf Nesselrode Forderungen auf einem Felde stellen sollte, wo ihm dazu jede Berechtigung fehlt.

In Verhandlungen dieser Art ist es mit dem Muth allein nicht abgethan, es gehören dazu auch Ausdauer und Zähigkeit, um die in den Weg geworfenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Unsere Achillesferse ist zur Zeit noch Oldenburg; ist dort die Genehmigung erfolgt, so wird man hier eine andere Sprache führen können. Ew. K. H. würden sich ein Verdienst erwerben, wenn Höchstsie bei der An-

*) Vgl. Weber, a. a. O. S. 341.

**) Am [illegible] Mai 1852 hatte der russische Kaiser Nicolaus mit dem Grafen Nesselrode den Kaiser Franz Joseph in Wien besucht.

wesenheit des Großherzogs von Oldenburg diesen Herrn recht kategorisch zur endlichen Erledigung dieser lange hingehaltenen Sache auffordern möchten.

Was die am Schlusse Ew. K. H. gnädigen Handschreibens gestellte Alternative betrifft, so würde ich darauf jedem Anderen in einer Weise antworten, daß kein Zweifel darüber möglich, ob ich die Ehre zu opfern bereit sei. Ew. K. H. kann ich in dieser Weise nicht antworten und ich beschränke mich daher darauf, Ew. K. H. gnädiger Erwägung ehrerbietigst zu unterstellen, ob es nicht vorzuziehen sein möchte, anstatt mir Dinge zu sagen, die ich unbeantwortet lassen muß, bei des Königs Majestät meine Entlassung zu beantragen, welche ja nur von einem Winke meines königl. Herrn abhängt."

Berlin, den 18. Mai 1852, nachts 11 Uhr. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Mit einem Fuß im Wagen stehend, um nach Stettin zu fahren, schrieb ich Ihnen in der höchsten Eile die Zeilen von heute früh und konnte gar keine Details geben. Nesselrodes Mittheilungen waren aber der Art, daß ich glaubte, keinen Moment säumen zu dürfen, Sie davon in Kenntniß zu setzen. Er sagte wörtlich: »Eine Verständigung ist sehr leicht. Oesterreich hat nachgegeben, daß es keinen Bevollmächtigten zur Berliner Zollkonferenz sendet; jetzt ist das Nachgeben auf Preußens Seite, und wenn dasselbe jetzt einwilligt, gleichzeitig in Berlin und Wien zu unterhandeln, so ist Alles abgemacht.«

Ich erwiderte, daß er ja wisse, daß wir zum Unterhandeln bereit seien, wenn wir nur erst wüßten, wer mit Oesterreich unterhandeln solle? So lange keine Rekonstruktion des Zollverbandes festgestellt sei, fehle der eine Faktor zum Unterhandeln. Oder ob er etwa wünsche, daß sechsundzwanzig Regierungen separat mit Wien unterhandelten? Solange die Darmstädter Beschlüsse nicht aus der Welt geschafft seien, könne der Zollverband nicht hergestellt werden, solange fehle also auch der zweite Faktor.

Graf Nesselrode antwortete, daß die Darmstädter Beschlüsse Unsinn seien und keine Beachtung verdienten, worauf ich ihn auf seine lange Diplomatenkarriere aufmerksam machte, die unmöglich erlaube, dergleichen Aktenstücke zu ignoriren. Er schwieg. Wenn-

gleich ich Ihnen nur die Quintessenz dieser Unterredung mittheile, die übrigens sehr freundlich geführt ward, so werden Sie doch begreifen, wie ich erstaunt und erschreckt sein mußte, solches Ansinnen von Rußland an uns gestellt zu sehen, dazu die Anwesenheit des Kaisers! Mir schien Gefahr im Verzuge.

Da ich Kenntniß von Oesterreichs Forderungen vom 7. d. Mts. hatte, worüber die mir soeben von Ihnen mitgetheilte Antwortsdepesche handelt, und ich in der nächsten Umgebung des Königs Aeußerungen vernahm, die auf ein Eingehen der geforderten Unterhandlungen hinwiesen, so vermochte mich dies zu der Annahme einer heillosen Intrigue hinter Ihrem Rücken, da ich mir sonst die Insolenz nicht erklären konnte, daß Oesterreich nach Ihrer offiziellen Erklärung bei Eröffnung der Zollkonferenz doch noch seine Forderungen dem entgegen offiziell stellte, wenn es nicht sous main benachrichtigt war, daß es reussiren werde. Ich bin überzeugt, daß diese meine Voraussetzung richtig ist. Daß Sie darauf nicht eingehen würden, hoffte ich bestimmt und darum schrieb ich, ob man Preußens Ehre opfern wolle. Daß Sie nicht im Amte bleiben könnten, wenn Ihnen diese Nachgiebigkeit zugemuthet würde, begreife ich vollkommen. Darum aber warne ich Sie vor Leuten, die diese Nachgiebigkeit beim König durchsetzen könnten und wollen. Nach dieser Auseinandersetzung verschwindet hoffentlich aller Grund zum Schluß Ihres Schreibens.

Wegen des Großherzogs von Oldenburg werde ich das Meinige thun; ich glaubte, seine Stände und nicht er machten Schwierigkeiten. Ihr Prinz von Preußen."*)

London, den 19. Mai 1852. Der Gesandte Bunsen an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz verfehle ich nicht zu melden, daß ich in Beantwortung eines königl. Handschreibens über die Protokollfrage**) mich auf meinen heutigen amtlichen Bericht zu beziehen mir erlaubt habe, zugleich Sr. M. meine persönliche Ueberzeugung aus-

*) Die Antwort Manteuffels liegt nicht vor. Der Prinz von Preußen kam auf diesen Brief noch zurück. Vgl. S. 408, 4. Juni 1852.

**) Gemeint ist das Protokoll bezüglich der dänischen Thronfolge, vgl. S. 163

sprechend, daß durch ein solches besonderes Instrument, wenn dasselbe auch zu erlangen gewesen wäre (die einzige mögliche Form wäre ein Paragraph im Protokolle der Sitzung gewesen), weder für die Person des Königs noch für die Sache etwas hätte gewonnen werden können, wohl aber diese Form manchen Nachtheil hätte bringen dürfen. Für die Unterzeichnung des Protokolls über Neuenburg am nächsten Sonnabend ist Alles vorbereitet; meine Kollegen, der französische Botschafter an der Spitze, sind über Alles einverstanden."

Paris, den 24. Mai 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Wie ich höre, stellt der Präsident in Abrede, als sei durch ihn dem Baron v. Heckeren eine besondere diplomatische Mission übertragen worden.

Der Minister Turgot machte kürzlich mir gegenüber eine verhüllte Anspielung auf die zur Sprache gebrachte Idee von Frankreich, eine allgemeine ausdrückliche Anerkennung der bestehenden Verträge zu verlangen, und drückte die Meinung aus, daß man hiesigerseits auf eine solche Zumuthung antworten werde, daß das ganze Verfahren der hiesigen Regierung genügen müsse, um jedes Mißtrauen in ihre Absichten zu beseitigen und wie man daher hoffen dürfe, daß man von anderer Seite her unbegründete Chikane vermeiden werde.

Die neuerliche Diskussion im englischen Parlamente in Betreff der spanischen Konstitution liefert wiederum ein Anzeichen, wie seitens Englands stets ein Hinwirken auf Verbreitung und Aufrechthaltung des parlamentarischen Systems in anderen Ländern zu erwarten ist. Solches dürfte doch einige Aufmerksamkeit verdienen. Hier glaubt man allgemein, daß binnen nicht langer Zeit Palmerston Chef oder wenigstens Mitglied eines Ministeriums sein wird."

Weimar, den 4. Juni 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Sie werden sich der Stelle meines zweiten Briefes vom 18. v. Mts.*) erinnern, in welcher ich Ihnen sagte, es müsse hinter

*) Vgl. oben S. 406.



Ihrem Rücken intriguirt werden, um die Zollunions-Regierungen zur Festigkeit in ihren Forderungen zu bestärken, weil Preußen dann in der zwölften Stunde nachgeben werde, indem sich sonst die Wiederholung von Anträgen nicht erklären ließe, die Preußen durch Ihren Mund vor der ganzen Welt bereits entschieden abgelehnt habe. Ich habe jetzt hier zu dieser Vermuthung eine entschiedene Bestätigung erhalten, indem General Radowitz mir sagte, daß der nachträgliche Zutritt Badens zu der letzteren Forderung der Darmstädter Minister lediglich dadurch herbeigeführt sei, daß man dem Prinz-Regenten die Mittheilung gemacht habe, Preußen werde nachgeben, wenn es eine Einmüthigkeit der früher bereits gestellten Forderung sehe. Diese Mittheilung ist dem General Radowitz durch Quellen geworden, die er durch seine frühere Stellung in Baden noch besitzt. Von wem diese Mittheilung dem Regenten zugegangen ist, weiß man nicht; es kann aber nur von der sogenannten Kamarilla herrühren oder von noch intimerer Seite, die ich nicht zu bezeichnen wage.

Da ich hier von Geheimrath Thon hörte, daß am 7. Sie die Antwort Preußens auf die erneute insolente Forderung der Darmstädter geben werden, so wollte ich Sie doch von diesem Faktum noch schnell benachrichtigen.

Ihr Prinz von Preußen."*)

Die in dem Briefe des Prinzen von Preußen vom 4. Juni erwähnte preußische Antwort auf die Prätensionen der Darmstädter Verbündeten erfolgte in der Sitzung der Zollkonferenz vom 7. Juni und fiel ganz nach dem Wunsche des Prinzen von Preußen aus. Preußen lehnte die Verhandlung über den Vertrag B (Zolleinigungs-Vertrag mit Oesterreich) unbedingt ab und stellte die Verhandlung über einen Handelsvertrag mit Oesterreich erst in Aussicht, sobald die Erneuerung des Zollvereins gesichert sei.

In die Zeit dieser Zollwirren fällt die außerordentliche Sendung Bismarcks an den Wiener Hof (vom 3. bis 29. Juni 1852), über welche bis zum Erscheinen der Publikation „Preußen im Bundestag" vielfach falsche Vorstellungen verbreitet waren. Allgemein betrachtete man diese Sendung als einen Versuch Preußens, aus der bisherigen beiderseitigen

*) Die Antwort Manteuffels liegt nicht vor.

Negation einen Ausweg zu finden und direkt mit Oesterreich sich über einen Handelsvertrag zu verständigen.*)

Berlin, den 6. Juni 1852. Manteuffel an den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Buol**) eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz wollen mir gestatten, daß ich Ihnen durch diese Zeilen Herrn v. Bismarck, der beauftragt ist, während der Abwesenheit des Grafen Arnim von Wien daselbst seine Stelle zu vertreten, noch besonders zur gewogentlichen Aufnahme empfehle. Ohne von den sonstigen Eigenschaften des Herrn v. Bismarck zu sprechen, welche Ew. Excellenz ja bald werden kennen lernen, kann ich wenigstens die Versicherung abgeben, daß er ein gerader, offener und zuverlässiger Mann ist und eine genaue Kenntniß der hiesigen Verhältnisse und der Absichten des Gouvernements besitzt. Auf beide Eigenschaften glaube ich einen hohen Werth legen zu dürfen, denn es will mir scheinen, als ob der bei Weitem größte Theil derjenigen Differenzen, welche in neuester Zeit zwischen den beiden Großmächten zu meinem innigen Bedauern und zur Freude aller Böswilligen sich herausgestellt haben, weniger in der Sache, als vielmehr darin begründet sind, daß man sich gegenseitig mit gefärbten Brillen ansieht und die Grenze, wo die Form aufhört und die Sache anfängt, darüber mißkennt.

Glauben Ew. Excellenz nicht, daß ich hier in diesem im Vertrauen auf Ihre gütige Nachsicht geschriebenen Privatbriefe unsere Ansicht über die Zollvereinssache nochmals zu plaidiren beabsichtige. Ich glaube, daß wir darin im Rechte sind, ich räume aber andererseits auch ein, daß wir uns irren können. Nur zwei Betrachtungen wollen Ew. Excellenz hier Platz gönnen, weil sie unserem subjektiven Boden angehören und deshalb unwiderleglich sind. Zunächst sind wir fest entschlossen, dieser ganzen Frage einen politischen Charakter nicht beizulegen; wir erkennen die europäische Nothwendigkeit, mit Oesterreich in allen politischen Beziehungen eng verbündet zu bleiben, nicht sowohl in unserem speziellen Interesse, sondern im Interesse der konservativen Politik überhaupt, vollständig an und beklagen es gar sehr, wenn man in diese nach unserem Dafürhalten

*) Weber, „Der deutsche Zollverein", S. 314.

**) Nachfolger des am 5. April 1852 verstorbenen Fürsten Schwarzenberg Vgl. auch Anmerkung auf S. 52.

überwiegend finanzielle Frage irgend welche politischen Motive hineinträgt; uns sind und bleiben sie fern. Die zweite hiermit in Verbindung stehende Betrachtung ist die: Wir legen auf die Fortdauer des Zollvereins in unserem eigenen Interesse einen sehr geringen Werth. Nach den mir vorliegenden Nachweisungen würde uns dessen Auflösung, auch wenn Hannover den Vertrag nicht hielte, eine Mehreinnahme von etwa zwei Millionen Thaler bringen und unsere Industrie, welche überseeisch mehr als dreiviertel ihrer Ausfuhr absetzt, dadurch nicht nur keinen Verlust, sondern, wegen Wegfalles der sächsischen Konkurrenz in Preußen, sogar noch Vortheile haben. Niemand wird uns hindern können, unser Zollsystem auf uns zu beschränken; ein solches Verhältniß würde uns vollständig freie Hand zur Regelung unseres Tarifs und vielleicht die Aussicht gewähren, später einzelne unserer Zollgenossen zu uns zurückkehren zu sehen. Immerhin aber würde ich es aus vielen Gründen beklagen, einen Mittel- und Westdeutschen Zollverband entstehen zu sehen, schon weil derselbe sich als ein Keil zwischen Oesterreich und Preußen einschieben würde; daß die bezüglichen Staaten hierzu nicht gesonnen sind, davon glaube ich Beweise in Händen zu haben. Fragt man nun, wie aus dem gegenwärtigen Verhältniß herauszukommen sein möchte, so muß ich wohl bedauern, daß man beiderseitig einigermaßen sich verrannt hat. Thatsache ist, daß man die Frage so gestellt hat: Giebt Oesterreich nach oder thut es Preußen? Auf beiden Seiten dürfte es unmöglich erscheinen. Wie es mir scheint, giebt es aber doch einen Weg, den anzudeuten ich mir um so mehr erlauben darf, als wir hier schon vor zehn Jahren die Aufgabe der Rekonstruirung des Zollvereins gelöst und dabei einige Erfahrungen gemacht haben, welche in Wien vielleicht nicht in gleichem Maße bekannt sind. Damals nämlich hat man nach Diskutirung der vorliegenden Hauptfragen die Grundlage des Zollvereins erneuert und an diesen Akt unmittelbar fernere Konferenzen über vorbehaltene und noch zu regulirende Punkte, welche auch rückwirkend auf frühere Festsetzungen modifizirenden Einfluß übten, angeschlossen. Erkennen nun die hier vertretenen Staaten die Basis der Zollvereinigungs-Verträge und den darauf beruhenden Septembervertrag mit dessen Abweichungen an, so könnten ungesäumt die ferneren Konferenzen, und zwar unter Berücksichtigung des Wiener Entwurfs A und Zuziehung eines österreichischen Bevollmächtigten beginnen.

Herr v. Bismarck ist angewiesen, auch diesen Punkt, sofern Ew. Excellenz es wünschen, unter Eingehen auf die Materie zu besprechen.

Ew. Excellenz muß ich schließlich wegen dieses langen Privatschreibens um Verzeihung bitten, zu welchem es mir an jeder Berechtigung fehlt, wenn ich eine solche nicht aus der Erbschaft des dahingeschiedenen Fürsten Schwarzenberg herleite, der mir gestattet hatte, unmittelbar zu schreiben und mich mit Briefen von seiner Hand beehrte."*)

Berlin, den 11. Juni 1852. Manteuffel an den Gesandten Grafen Hatzfeldt in Paris eigenhändig privat:

„Ew. Hochgeboren erhalten heute die gewünschte Instruktion in Betreff der Kaiser-Eventualität. Sie ist die Folge sowohl eigener Erwägung als ausführlicher Rücksprache mit Herrn v. Budberg, der mir versichert, über diesen Punkt ganz genau die Intentionen des Grafen Nesselrode zu kennen.

Ueber unsere politische Lage wüßte ich Ew. Hochgeboren nichts zu sagen, was nicht schon durch Depeschen und Zeitungen bekannt wäre. Die handelspolitischen Dinge stehen jetzt im Vordergrunde. Unser Standpunkt ist durch unsere Erklärung vom 7. d. Mts. bestimmt bezeichnet und, wie mir scheint, unangreifbar, da wir entschlossen sind, erforderlichenfalls allein zu bleiben. Nachdem die Oldenburger Stände nunmehr den Septembervertrag genehmigt haben, scheint uns das Großherzogthum und Hannover sicher zu sein. Die Sendung des Herrn v. Bismarck hat keinen speziell handelspolitischen Charakter. Allerdings ist sie wesentlich dadurch veranlaßt, daß der Kaiser von Rußland und Graf Nesselrode auf eine Spezialmission nach Wien großen Werth legten. Da nun schon früher Arnim Urlaub erbeten hatte, mir es außerdem nützlich schien, daß Bismarck die Wiener Verhältnisse kennen lernte und er hier auch über die Handels- und Zollverhältnisse genau informirt werden konnte, so wurde seine Sendung nach Wien beschlossen. Er ist autorisirt, eingehend über die Handels- und Zollsachen zu verhandeln, aber immer unsern Standpunkt festzuhalten."

*) Die Erwiderung des Grafen Buol findet sich nebenstehend unterm 21. Juni 1852.

Paris, den 11. Juni 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Aus den Aeußerungen des Gesandten Kisseleff kann ich schließen, daß dessen Instruktionen detaillirter sind als die, welche mir durch die Depesche Ew. Excellenz Nr. 8 zugegangen sind. Ich glaube, daß es dem Sinne der russischen Instruktionen entspricht, daß, wenn der Fall der Annahme des Kaisertitels hier einträte, die Vertreter der drei nordischen Großmächte ohne weitere Anfrage bei ihren respektiven Kabinetten sogleich von der französischen Regierung die gewünschte Zusicherung in Betreff der Verträge und Territorial-Abgrenzungen zu fordern hätten.

Träte hier die Kaiser-Eventualität später ein, so würde es doch wünschenswerth sein, daß die Vertreter der drei nordischen Großmächte auch in den Formen ganz gleichen Schritt halten könnten."

Schloß Windsor, den 16. Juni 1852. Der Gesandte Bunsen an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz werden im heutigen Depeschenstoße meine Entschuldigung finden, daß ich mich in diesen Zeilen auf meinen Dank für das höchst beehrende und wichtige Privatschreiben beschränke, mit welchem Hochdieselben mich beehrt haben.*)

Ich hoffe, Ew. Excellenz werden finden, daß ich von dem, was davon hier zu verwenden war, einen guten Gebrauch gemacht.

Die Karten liegen jetzt hier sehr gut für Preußen.

P. S. Lord Granville kündigt mir für morgen eine vertrauliche Mittheilung an über eine von ihm, wahrscheinlicher aber von Mr. Heward gemachte Konfusion über meine mündliche Mittheilung, daß Preußen nicht die Verfassung umstoßen wolle."

Wien, den 21. Juni 1852. Der österreichische Ministerpräsident Graf Buol antwortet dem Minister Manteuffel auf sein Schreiben vom 6. d. Mts.**), nachdem er offenbar die Genehmigung des Kaisers zu seinem Antwortschreiben eingeholt hatte, gleichfalls eigenhändig und privat:

*) In den von Manteuffel hinterlassenen Papieren nicht zu ermitteln.

**) Vgl. S. 410.

„Ew. Excellenz haben mich durch das sehr geehrte Schreiben vom 6. d. Mts., welches ich durch Herrn v. Bismarck zu erhalten das Vergnügen hatte, zu dem lebhaftesten Danke verpflichtet. Diesen glaube ich nicht besser bethätigen zu können, als indem ich mir erlaube, dasselbe mit der größten Offenheit zu beantworten.

Ew. Excellenz muß ich vor Allem bitten, versichert zu sein, daß die Sendung eines so ausgezeichneten und mit dem vollen Vertrauen seines Königs beehrten Staatsmannes sowohl als auch die freundlichen Worte, deren Ueberbringer er war, hier nur recht aufrichtig gewürdigt werden konnten. Dabei aber darf ich nicht verbergen, daß die gleichzeitig von ihm mitgetheilte jüngste Erklärung an die zu Berlin tagenden Zollvereinsmitglieder und insonders die darin ausgesprochene Ablehnung der von den vorzüglichsten deutschen Regierungen projektirten Zolleinigung mit Oesterreich uns weniger angenehm berühren müßte.

Haben wir schon innig bedauert, daß die preußische Regierung an den Wiener Verhandlungen, in welchen wir ihr so gern das leitende Gewicht eingeräumt hätten, an welches es durch die in langer Praxis erworbene Erfahrung vollen Anspruch hat, sich nicht betheiligen wollte, so würden wir in dem jetzigen Stadium beklagen, daß nach den freundlichen Mittheilungen, die von dem Ergebnisse dieser Verhandlungen nach Berlin gemacht wurden, Preußen immer noch darauf beharren zu müssen glaubt, sich gegen das angebahnte Projekt einer Zolleinigung mit einer Bestimmtheit auszusprechen, die freilich eine Verständigung vorerst nicht zuläßt.

Allerdings ist der von Ew. Excellenz als ein Mittel zur Verständigung angedeutete Weg, nämlich sich vorerst über die Grundlagen zu einigen und daran rückwirkende Besprechungen anzuschließen, an sich zulässig und praktisch. Die Schwierigkeit aber läge in dem, wie mir scheint, daran geknüpften Bedingniß einer vorhergehenden Umgestaltung und Erweiterung des Zollvereins, und leider haben meine Gespräche mit Herrn v. Bismarck mir über diesen Punkt keine beruhigende Aufklärung gegeben. Es will uns bedünken, daß bei der von den bedeutendsten Zollvereinsstaaten ausgesprochenen Ansicht die Realisirung dieses Projektes auf wesentliche Hindernisse stoßen wird und daß die vorausgehende Festsetzung des Prinzips der Einigung mit Oesterreich weit eher die Verständigung über die infolge des Septembervertrages einzutreten habende Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins fördern würde.

Bloß auf diese Art wäre es uns möglich, unsern Einfluß auf unsere Verbündeten zum Behufe einer allseitigen Befriedigung geltend zu machen, während in der bisherigen Gestaltung der Frage ihre Lösung ebenso wenig in dem Bereiche unserer Kräfte liegt, als wir uns berufen fühlen können, auf die Ansichten der mit uns gleichgesinnten Regierungen in einem Sinne einzuwirken, der uns nicht zweckförderlich erscheint.

Noch eine Bemerkung muß ich mir erlauben Ihrer Beherzigung zu empfehlen. Ew. Excellenz sagen, daß Preußen nur einen geringen Werth auf die Fortdauer des Zollvereins, namentlich vom finanziellen Standpunkte aus, zu legen berufen sei. So wenig wir nun im Stande sind, in letzterer Beziehung uns ein vollgültiges Urtheil zu erlauben, so muß ich jedenfalls bedauern, daß von einem allgemeineren Standpunkte aus unsere Ansichten mit den Ihrigen nicht zusammenstimmen. Wir glauben nämlich auf den Fortgang und die Erweiterung dieses Instituts vielmehr einen großen Werth legen zu müssen, soweit freilich damit nicht unsere Ausschließung gemeint ist, und wir verlangen nichts Besseres, als dieses Gefühl durch die That beweisen zu können. Dabei gehen wir allerdings so wenig vom finanziellen Gesichtspunkte aus, daß wir selbst bereit wären, pekuniäre Opfer zur Erreichung dieses Zweckes nicht zu scheuen. Wir glauben nämlich, daß der politische Charakter von dem Institute nun einmal nicht zu trennen ist, und legen eben in Betracht der politischen Konsequenzen einen so großen Werth auf seine Erhaltung. Wir sind überzeugt, daß das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen kein geregeltes sein kann, daß Deutschland seinen Beruf in der europäischen Politik nicht ausfüllen wird, sobald eine der beiden deutschen Großmächte, sei es nun Oesterreich oder Preußen, neben dem Bunde stehen wird. Die Anerkennung aber des Ausspruches, daß Deutschland mit Oesterreich in keine Zolleinigung treten darf, würde eine solche Konsequenz früh oder spät nach sich ziehen. Als weitere unerläßliche Folge einer so unnatürlichen Stellung würde die Zerrüttung aller sozialen und politischen Lagen nicht ausbleiben. Dieses Ergebniß aber zu verhindern, scheint mir die Aufgabe und der Beruf der beiden Großmächte, und es dürfte eben die Lösung dieser Handelsfrage ihnen hierzu das vornehmste und naheliegendste Mittel bieten.

Mögen die Fachmänner auf der einen Seite sich zu sanguinische Hoffnungen machen oder auf der anderen zu ernste Besorgnisse daran knüpfen, hierüber kann man streiten und Zweifel hegen.

Uns aber kommt wohl vor allem Anderen zu, den politischen Standpunkt ins Auge zu fassen und insonders zu beherzigen, daß, wo Oesterreich und Preußen nicht vereint und von demselben Standpunkte aus wirken, nichts Haltbares in Deutschland zusammenkommt. In dieser Richtung eifrig und aufrichtig mitzuwirken, wird das kaiserl. Kabinet stets bereit sein, und es hofft noch immer, sich dabei mit Preußen zu begegnen. Sollten wir uns aber hierin täuschen, sollte Preußen das vorliegende Werk ohne Oesterreich vollbringen und die materielle Spaltung verlängern wollen oder selbst keinen Werth auf die Forterhaltung eines Instituts legen, das sich seit einer Reihe von Jahren bereits als so heilbringend bewährte, dann freilich würde auch die politische Einigung bedroht sein, und auch wir, außer Stande, den Zollverein zu halten, nur mehr die zu gewärtigenden Zwischenfälle abzuwarten und aufrichtig zu wünschen vermögen, daß die Gefahren von Deutschland möglichst lange abgewendet bleiben, die ein fortgesetzt widerstrebender Gang der beiden Großmächte naturgemäß im Gefolge haben muß.

Ich werde es als einen mir überaus schätzbaren Theil aus der Verlassenschaft des verewigten und unvergeßlichen Fürsten v. Schwarzenberg ansehen, wenn Ew. Excellenz mir dasselbe Vertrauen und infolge hiervon dieselbe Gelegenheit zu vertraulichen Mittheilungen gewähren wollen, deren sich der verstorbene Ministerpräsident zu erfreuen hatte. Der unbescheidene Umfang dieses Schreibens dürfte selbst Zeugniß ablegen, wie zuversichtlich ich darauf zähle, daß den Intentionen, die meine Feder geleitet, Gerechtigkeit geleistet werden wird."

Berlin, den 25. Juni 1852. Manteuffel an den Gesandten in St. Petersburg General v. Rochow privat:

„Soeben erhalte ich von Sr. M. dem Könige aus Benrath die Benachrichtigung, der König von Württemberg habe durch einen Unterhändler*) (der Name wird mir nicht genannt) die Zusicherung ertheilt, er sei bereit, dem Zollvereine und dem Septembervertrage sofort beizutreten, wenn Herr v. Sydow nicht wieder als Ge-

* Vermuthlich der Staatsrath Klindworth.

sandter nach Stuttgart komme; Se. M. unser Herr sei bereit, hierauf einzugehen, und befehle mir, Ew. Excellenz, da Ihr Einfluß am württembergischen Hofe sich immer als sehr groß und entscheidend bewährt habe, zu veranlassen, schleunigst nach Stuttgart zu gehen, um dort die weiteren Unterhandlungen zu führen.

Indem ich diesem Allerhöchsten Befehl hierdurch nachkomme, erlaube ich mir folgende Bemerkungen hinzuzufügen:

Soviel ich weiß, ist der König von Württemberg zur Zeit nicht in Stuttgart, sondern in Baden, und da muthmaßlich Herr v. Neurath*) von der ganzen Negociation keine Kenntniß hat, so weiß ich nicht, ob Ew. Excellenz dort mit Erfolg würden verhandeln können. Ich habe daher dem Könige geschrieben, ich hätte Ew. Excellenz anheimgestellt, zunächst nach Frankfurt a. M. zu gehen, dort den Aufenthalt des Königs zu erkunden und entweder nach eigenem Gutdünken oder nach den dort vorzufindenden Befehlen des Königs Ihre Direktion zu nehmen.**)

Die früheren Anerbietungen des Königs von Württemberg waren sehr schwankender Natur; er sagte, er wolle der Darmstädter Koalition andeuten, daß er nicht in die äußersten Extreme des Bündnisses eingehen könne und, wenn es dazu kommen sollte, sich seine Entschließung vorbehalte; es wird darauf ankommen, sich, wie die Sachen jetzt liegen, mit so allgemeinen Redensarten nicht abspeisen zu lassen, vielmehr eine möglichst bestimmte Lossagung von dem Bündniß zu erlangen. Auch die Verheißung der gleichzeitigen Verhandlung über den Traktatsentwurf A wird nicht zuzusagen sein, da diese auch die Kenntniß von dem Bestandtheile des Zollvereins voraussetzt und nur störend auf die Berliner Verhandlungen

*) Frhr. v. Neurath, bald darauf württembergischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

**) Am 27. Juni, also zwei Tage später, meldete der General v. Gerlach dem Minister Manteuffel eiligst, daß er Rochows Brief an diesen gelesen und auch einen ähnlichen Inhalts von ihm erhalten habe. „Ich habe Herrn Nippraschk veranlaßt, chiffrirt nach Frankfurt zu telegraphiren, man solle sich genaue Auskunft über des Königs von Württemberg Aufenthalt verschaffen. Rochow hatte das ausdrücklich gewünscht. Rochow trifft am 29. d. Mts. hier ein, Ew. Excellenz ebenfalls. Ich glaube er muß, bevor er seine Mission antritt, sowohl Sie als Se. M. gesprochen haben. Das ist nöthiger, als einen Tag früher bei dem Könige von Württemberg ankommen.“ — Der in diesem Schreiben erwähnte Nippraschk war der Geheimsekretär des Ministers Manteuffel.

einwirkt, überdies auch dieser Entwurf mehrere sehr bedenkliche Bestimmungen rücksichtlich des Einflusses von Oesterreich auf den Zollverein enthält. Dagegen kann unsere Bereitwilligkeit, über den Traktat A dann zu verhandeln, zugesichert werden, wenn die Zollvereinsverträge neu abgeschlossen sind, wenn auch noch einzelne Punkte der Feststellung vorbehalten bleiben.

Sollten Erörterungen über die Zollfrage selbst dort noch stattfinden, so wollen Ew. Excellenz sich auf den Standpunkt stellen, daß wir Hannovers und Oldenburgs ganz sicher seien, aber selbst, wenn dies nicht der Fall wäre, auch ganz allein zu bleiben (was uns gewiß Niemand wehren könne) uns gefaßt gemacht hätten. Gerade in dem gegenwärtigen Moment kommt Alles auf Festigkeit an. Bismarck hat sich in Wien schon zu weit eingelassen und uns dadurch geschadet; ich schreibe ihm heute darüber. Auch aus Darmstadt habe ich die Nachricht, daß man dort an Umkehr denkt und nur abwarten will, ob man nicht hier noch nachgeben werde.

Für den Fall, daß Ew. Excellenz es für nöthig halten, über hier zu reisen, bemerke ich, daß ich morgen nachmittag nach der Lausitz reise und von da erst am Dienstag Abend zurückkehre. Von abends 9 Uhr den 29. d. Mts. stehe ich indeß hier zu Ew. Excellenz Befehlen; wünschen Sie mich eher zu sehen oder haben Sie noch eine Anfrage an mich zu richten, so bitte ich, mir nach Kümmritz bei Luckau zu schreiben und auf dem Brief zu bemerken, daß er mir durch Expressen zu senden ist. Wünschen Sie anderweite Information, so wollen Ew. Excellenz solche von Philipsborn, der von mir mit Anweisung versehen ist, einziehen. Im Allgemeinen aber glaube ich nicht rathen zu können, daß Ew. Excellenz über Spezialitäten verhandeln. Die Hauptsache scheint mir zu sein, daß durch Ihre Sendung die von mir immer vergeblich angestrebte Nichtsendung des Herrn v. Sydow festgemacht und dagegen die Trennung Württembergs von der Koalition ganz im Allgemeinen hingestellt wird.

Für sehr wichtig halte ich es, daß Ew. Excellenz Sendung geheim bleibt, namentlich in Dresden und Wien, damit nicht Gegenminen gelegt werden. Auch dem Grafen Galen würde ich über die Mission nichts sagen."

General v. Rochow unterzog sich der ihm anvertrauten Mission.*)

* Dessen Bericht aus Stuttgart findet sich nebenstehend unterm 6. Juli 1852.

Stuttgart, den 6. Juli 1852. Der in besonderer Mission nach Württemberg gereiste Gesandte in St. Petersburg General v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Seitenunterhändler sind stets unsicher, die, welche mich hierher geführt, non plus ultra unwahr; ich täuschte mich darüber weder in Dresden noch auf Stolzenfels und unternahm nur auf Allerhöchsten Befehl des Königs die Reise hierher. Man zeigte mir hier zwar wohl und ganz vornehmlich in den höchsten Spitzen den besten Willen, aber dennoch fand ich das Terrain, wie ich's vorher gesagt. Die mir ertheilte Ermächtigung benutzend, reise ich heute Nacht ab.

Des Königs von Württemberg Majestät haben sich entschlossen, den Staatsrath v. Neurath nach Kissingen zu dem Herrn Minister v. der Pfordten zu schicken, um demselben des Königs entschiedene Ansicht zu entwickeln und Vorschläge zu machen, welche auf Erhaltung des Zollvereins gerichtet sind. Herr v. Neurath lud seinerseits die betreffenden Minister von Baden, Hessen-Nassau u. s. w. ein, sich ebenfalls unverzüglich nach Kissingen zu verfügen,*) um eine Demarche nach Wien zu verabreden. Die Regierungen des Darmstädter Protokolls halten fest zusammen, und ich habe hier ebenfalls erklärt, daß Preußen von seinen Erklärungen nicht wanken und weichen werde.

Man drang sehr stark in mich, ebenfalls nach Kissingen zu gehen, meinend, ich würde dort wesentlich für Deutschlands Interessen wirken können. Doch ich mag mich der Ungewißheit des Gelingens und der Indiskretion der einzelnen deutschen Regierungsorgane in der Presse nicht preisgeben, ich habe also diesen Wunsch zurückgewiesen und ich darf hoffen, daß Ew. Excellenz mit mir fühlen werden, wie unangenehm mir schon diese letzte Mission gewesen."

Dresden, den 16. Juli 1852. Der Gesandte am St. Petersburger Hofe v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ueber die Zollangelegenheit habe ich bis jetzt nur gehört, daß man hier glaubt, die neuesten sächsischen Eröffnungen wären bei

*) Ueber diese Kissinger Zusammenkunft vom 9. Juli vgl. Weber, „Der deutsche Zollverein", S. 315

unserer Kommission unbeachtet geblieben. Ich erlaubte mir, dieser Auffassung zu widersprechen, da ich so glücklich gewesen war, von Ew. Excellenz eine ziemlich günstige oder doch wenigstens nicht ablehnende Aeußerung zu vernehmen.

N. S. Seitdem ich Ew. Excellenz am 13. d. Mts. nach der Messe nicht mehr gesehen, hatte ich noch mit dem Könige eine sehr ernste und wichtige Unterhaltung, von der ich mündlich Bericht erstatten werde. Auch der Kaiser forderte mich noch auf, ihm einige Dinge zu berichten. Ich glaube, daß ich Se. M. endlich beruhigt habe. Ihn interessirt die Zollangelegenheit sehr wenig und nur allenfalls insofern, als Se. M. besorgt, es könnte dadurch eine größere Spannung mit Oesterreich entstehen. Ich erlaubte mir, dem Kaiser zu versichern, daß, je ruhiger und fester wir bleiben, um so sicherer eine Verständigung mit Oesterreich erwirkt werden würde. Darauf komme es hauptsächlich in Deutschland an. Einzelne kleine malitiöse sogenannte Staatsmänner suchten uns noch Hemmnisse zu bereiten, sie würden aber auch beseitigt werden."

Paris, den 16. Juli 1852. Der Gesandte Graf Hatzfeldt an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz vertraulichen Erlaß vom 16. v. Mts. in Betreff der Kaiser-Eventualität habe ich erhalten. Vorläufig scheint die eventuelle Realisirung der letzteren wenigstens nicht in naher Aussicht zu stehen. Im Uebrigen glaube ich mich jedoch nicht zu irren, wenn ich fortdauernd annehme, daß Kisseleffs Instruktionen derart sind, daß er eintretendenfalls keine neuen einzuholen braucht. In neuester Zeit wird wieder viel an Heirathsprojekten für den Prinzen Louis gearbeitet. Es sollen wenigstens indirekte Schritte wegen der Prinzeß Wasa und einer spanischen Infantin, Schwester des Gemahls der Königin Isabella, geschehen sein."*)

*) Im weiteren Verlaufe seiner Korrespondenz empfahl Graf Hatzfeldt seinem Chef für den Fall eines größeren diplomatischen Stellungswechsels den Legationsrath Grafen Perponcher in London. „Ich glaube, unser diplomatisches Personal so ziemlich zu kennen, und meiner unmaßgeblichen Meinung nach ist Graf Perponcher unter denjenigen, welche noch keinen independenten Posten innehaben, einer der fähigsten und, wenn ich mich nicht täusche, wohl selbst wahrscheinlich der Begabteste."

Dresden, den 18. Juli 1852. Der Gesandte am St. Petersburger Hofe v. Rochow meldet Manteuffel eigenhändig privat, der Minister Frhr. v. Beust finde die verschiedenen Ansichten über die Zollfrage sich schon so nahe gerückt, daß eine geeignete Form zum Abschluß der Erneuerungsverträge wohl leicht gefunden werden müsse, wenn man nur den ernsten Willen habe, sich zu verstehen.

„Der Minister v. Zeschau*) hatte dem Herrn v. Beust den wesentlichen Inhalt Ew. Excellenz an denselben gerichteten Zuschrift kommunicirt, in welcher Letzterer jedoch noch nicht diese gewünschte Form der Verständigung gefunden haben will. Ich hatte gestern eine lange Unterhaltung mit dem königl. sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, bei der ich, ihn bittend, von mir als Preußen abzusehen und mich nur als Touristen zu betrachten, demselben meine Wahrnehmungen im südlichen Deutschland mitgetheilt und bei Erwähnung der Darmstädter Protokolle Herrn v. Beust gesagt, daß meine Regierung diese sog. Koalition an sich gänzlich ignorire, mit ihr nichts zu thun habe, sondern nur mit den einzelnen deutschen Regierungen unterhandle. Herr v. Beust äußerte sich sehr ungehalten über des Grafen Buol Schreiben vom 23. v. Mts. und meinte mit aller Zuversicht betheuern zu können, daß man es so ernst gar nicht in Wien meine; Oesterreich werde vielmehr die Forderung der allgemeinen Zolleinigung gern fallen lassen und sich mit einer nicht bindenden Phrase für die Zukunft begnügen; zunächst aber erwarte es von Preußen eine aufrichtige Erklärung, daß es einen Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollverein auch wolle. Der Minister v. Beust ließ die Absicht durchblicken, sich ehestens nach Wien begeben zu wollen, um den Grafen Buol zu billigeren Absichten zu bestimmen. Er klagte über den österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, behauptend, daß derselbe ganz und gar nichts von der Sache verstehe und durch seine krasse Unwissenheit ihr nur schade. Er werde ihn ferner auffordern, Herrn Hock bei Seite zu stellen, da dieser Phantast nur nachtheilig einwirke. Der königl. bayerische Ministerpräsident soll Herrn v. Beust ansehnlich herabgestimmt und von einem Theil seiner Illusionen geheilt haben. Wenn Herr v. Beust auch darauf zurückkommt, daß Sachsen am Ende ohne den Zollverein werde bestehen können, und mir hierüber eine Denkschrift des Dr. Bodemer

*) Sächsischer Minister.

vom 24. April cr. gegeben hat, in welcher der Verfasser das königl. sächsische Gesammtministerium bittet, sich von den Drohungen und Weisungen nicht einschüchtern zu lassen, so wird es je länger je mehr Alles aufbieten, den Zollverein zu erhalten und sich nicht von ihm zu trennen. Von dem König von Württemberg führte er an, daß es gerade dieser Fürst gewesen, welcher noch vor Kurzem am allermeisten zum Abschluß mit Oesterreich getrieben. Er äußerte sich auch mit sehr wenig Achtung über die Minister v. Linden und Neurath in Württemberg sowie über Herrn v. Rüdt in Baden. Ich habe ihm gegenüber diese Herren weder gelobt noch getadelt, Herrn v. Beust jedoch versichert, daß, sollte der Zollverein gelöst werden, die meisten Minister in den deutschen Kleinstaaten über die Klinge springen würden; ich sei weit davon entfernt, ihm ein gutes Wort zu geben, mit Sachsen bei dem Zollverein zu bleiben; die betreffenden Regierungen würden die wahren Interessen ihrer Unterthanen genau kennen, um zu wissen, wodurch sie den Wohlstand derselben befördern könnten. Preußen habe seine eigenen Interessen sorgfältig geprüft und beharre nicht eigensinnig auf seinem Standpunkte, wie man zu sagen pflege, sondern auf denjenigen Grundsätzen, mittelst deren es möglich werde, das wahre Wohl des Landes aus einem allgemein praktischen Gesichtspunkt zu befestigen. Herr v. Beust gedachte auch noch der den Darmstädtern günstigen Aeußerungen des Grafen Nesselrode. Ich konnte ihm mit guten Gewissen erwidern, wie ich des Kanzlers Depesche aus Kissingen gelesen. Niemand ehre und liebe den Kaiser und seinen Kanzler mehr wie ich, mein Gouvernement lege gewiß auch in allen großen europäischen Fragen den höchsten Werth auf die Meinung des russischen Kabinets, indessen in den deutschen und namentlich in den finanziellen Fragen befolge die Regierung des Königs ihre eigenen Ansichten. Auch seien Graf Nesselrode und der Kaiser erhaben genug, um sich nicht in unsere Händel zu drängen. Der Kaiser interessire sich nur für die Zollfrage, weil er fürchte, daß ein längeres Hin- und Herziehen eine neue Spaltung zwischen Preußen und Oesterreich verursachen könne, was Se. K. M. vermieden zu sehen wünsche. Wenn Herr v. Beust mir einwarf, daß Rußland doch im Jahre 1850 ein Wort mitgesprochen, so entgegnete ich ihm, daß es sich damals sehr ernstlich um die Störung der Ruhe in Europa gehandelt, während heut vornehmlich nur die erzgebirgischen und vogtländischen Weber und die Leipziger Messe

bedroht sind. Diese Gegenstände verursachten dem Kaiser keine schlaflose Nacht.

In Sachsen ist man weniger entschieden gegen eine allgemeine deutsche Zolleinigung wie im südlichen Deutschland mit Ausnahme des Herrn v. der Pfordten. Aber Herr v. Beust räumt doch ein, daß es jedes deutschen Staatsmannes Pflicht sei, zur Erneuerung des Zollvereins mit allen Kräften beizutragen."

St. Petersburg, den 29. Juli 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Bei meiner Durchreise durch Berlin war ich leider nicht so glücklich, Ew. Excellenz meine Verehrung zu bezeugen. Von einem heftigen Halsübel ergriffen, konnte ich mich kaum noch auf den Beinen erhalten, und nur mit Mühe schleppte ich mich nach Potsdam, um Sr. M. dem Könige mich zu empfehlen. Hierin mögen Ew. Excellenz geneigen, die Ursache zu finden, weshalb ich Hochdemselben nicht noch von Berlin aus geschrieben.

Gestern früh in Kronstadt angekommen, begab ich mich sofort nach Petershof und bin nun heut zur Stadt gekommen, um vom Grafen Henkel*) vor dessen Abreise die Geschäfte zu übernehmen. Schon morgen eile ich ins Lager, von wo ich kaum vor dem 1. August zurückkehren dürfte.

Daß ich Ew. Excellenz in Berlin verfehlt, thut mir in jeder Beziehung leid.

Wir stehen in einer ernsten Krisis, welche Ew. Excellenz nur durch große Festigkeit und Entschiedenheit entwirren können. Es handelt sich ganz einfach darum, ob die Regierung des Königs oder die politischen Parteien, welche eine wie die andere um den Sieg kämpfen, Meister bleiben sollen. Die letzteren machen Ansprüche, welche mit dem würdigen Bestehen jeder, vorzüglich aber einer konservativen Regierung unvereinbar sind. Diejenigen Männer, welche sich zu den konservativen Grundsätzen ausschließlich bekennen und das Vaterland allein gerettet, das Ministerium ausschließlich gehalten zu haben vermeinen, wollen das große Wort führen, die Direktion angeben und die Gesellschaft reglementiren.

*) Vgl. Anmerkung auf S. 227.

Ew. Excellenz erkennen das Gute und Tüchtige, was solche Männer seiner Zeit geleistet, gewiß dankbarer wie jeder Andere an, aber diese Männer treten anmaßlich aus ihren Schranken, wenn sie jetzt die Autorität der Regierung angreifen und über Verrath klagen, sobald man sich nicht ihrem einseitigen Willen unbedingt unterwirft. Eine jede Frage wird von ihnen zur Existenzfrage gestempelt. Heut ist es die Preß-, morgen die Zoll- und dann wieder eine Kultusfrage. Wären diese Männer nicht so entsetzlich weise und anmaßend, so hätte namentlich die Zollvereinsfrage nicht den politischen Charakter erhalten, zu welchem sie gelangt ist. Diese Partei will Alles besser wissen, versteht verdammt wenig und verwickelt, wo man debrouilliren sollte.

Bei dem aufrichtigen und lebhaften Interesse, welches ich so dreist bin als Patriot und guter Untergebener Ew. Excellenz zu widmen, durchschneidet mir die Stimmung, wie ich sie in gewissen Regionen sehe, das Herz. Sie erinnert mich an schon durchlebte Zeiten, wo die Sucht zu Intriguen Alles verdarb. Ich bin daher doppelt begierig, zu erfahren, wie sich die Sachen lösen werden.

Ew. Excellenz werden den Wunsch, hierüber Nachricht zu erhalten, gerechtfertigt finden und mich unendlich durch einige Mittheilungen verpflichten. Lassen Sie mir nur durch vertraute Feder sagen, wie die Dinge, die so drohend scheinen, sich abspinnen. Es wird hierher von anderer Seite, bald möchte ich sagen, vom jenseitigen Lager, so viel und fleißig und zwar so weise doktrinär geschrieben, daß es für meine Stellung von der höchsten Wichtigkeit ist, das Wahre und Nüchterne zu erfahren.

Den Grafen Arnim*) habe ich in Berlin sehr gut und höchst einsichtsvoll, auch ziemlich gesund gefunden. Er gehört zuverlässig zu den Wenigen, auf welche Hochdieselben unbedingt zählen können. Er ist weder Parteimann noch Intrigant, sondern ein guter Geschäftsmann, der die Ehre und den Vortheil des Königs nie aus den Augen verliert und schätzbare Erfahrungen besitzt.

Als ich mich bei dem Könige beurlaubte, habe ich mit Rücksicht auf Ew. Excellenz mündliche Zustimmung Sr. M. gesagt, daß ich im nächsten November wieder nach Berlin kommen würde. Ich rechne auch bestimmt darauf, daß Hochdieselben mich nicht im Stich lassen.

*) Der preußische Gesandte in Wien.

Diese Rückkehr nach Rußland ist das härteste Opfer, was ich dem Könige bringen kann. Seit der Anwesenheit des jetzigen Militärbevollmächtigten*) ist das hiesige Verhältniß unerträglich. Ich leide darunter vielleicht weniger, aber Graf Henkel und mein Nachfolger werden es kaum aushalten. Man hat immer gut zu machen und doppelte Arbeit. Mit Hochmuth und Anmaßung ist schwer zu kämpfen."

St. Petersburg, den 11. August 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Im Allerhöchsten Auftrage Ihrer K. M. habe ich unsern Allergnädigsten König bitten müssen, den bei dem Regiment zu Düsseldorf stehenden Sohn des Generallieutenants v. Schreckenstein hierher zu schicken und den Vater zu pflegen. Ich schrieb deshalb an den Oberkammerherrn Grafen Stolberg und stellte anheim, dem jungen Mann Geld und Paß zu verabreichen, damit er am 14. August von Stettin abreisen kann. Ich habe gestern den General**) in Zarskoje-Selo besucht und ihn den Umständen nach leidlich gefunden. Der Bruch der drei Rippen verursacht ihm wenig Schmerzen. Er wird gut gepflegt, und es geht ihm nichts ab.

Der General v. Wrangel traf gestern früh ein und hat die Seereise gut überstanden. Der Kaiser läßt heut das ganze Korps ausrücken, um es dem General zu zeigen. Die Abreise des Generals Putlitz ist definitiv auf den 14. cr. festgesetzt. Unser politischer Barometer steht auf Null. Mit dem gestrigen Dampfschiff kam nicht eine einzige politische Depesche, sondern nur ein Privatschreiben von Baron Budberg an.

Auf die letzte Kommunikation Englands, die Kaisertitelfrage betreffend, hat sich Oesterreich schon hierher ausgesprochen, und zwar ganz übereinstimmend mit der hiesigen Ansicht. Man erwartet nun auch eine Aeußerung von Berlin.

Nach den Nachrichten aus Kissingen will Graf Nesselrode von dort den 9. cr. abreisen, um nach Oberitalien zu gehen. Er kehrt

*) Graf Münster.

**) Der Generallieutenant v. Schreckenstein, im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm (nachmaligen Kaisers Friedrich) befindlich, war bei den Manövern vom Pferde gestürzt.

über Wien gewiß zurück; ob von da über Warschau oder Stettin scheint noch in Frage zu stehen.“

St. Petersburg, den 13. August 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Der Generallieutenant v. Prittwitz nimmt die gestrige Expedition mit. Er wird morgen abreisen, während wir zu den großen Feldmanövern zurückkehren, die bis zum 20. cr. fortgesetzt werden. Der gedachte General ist hier sehr ausgezeichnet worden und hat sich die allgemeinste Hochachtung erworben. Der Kaiser hat ihn durch ein ganz besonderes Vertrauen beglückt, ernannte ihn als Ausdruck Allerhöchstseiner Freundschaft und Hochschätzung zum Mitglied der Akademie der Militärwissenschaften und wird ihm beim Abschiede noch einen Degen schenken, auf welchem eine sowohl ihn als die von ihm befehligte Truppe ehrende Inschrift befindlich ist.

Der General der Kavallerie v. Wrangel ist hier ganz so wie wir ihn in Berlin kennen, erweckt jedoch bei Weitem nicht soviel Sympathie wie der anspruchslose gediegene General v. Prittwitz. Seine Umgebung ist, mit Ausnahme des jungen Brandenburg, eine solche, die nicht hierher paßt. Die Abreise des jungen Prinzen Friedrich Wilhelm ist auf den 24. cr. abends festgesetzt. Die Aerzte hoffen noch immer, daß der Generallieutenant v. Schreckenstein Se. K. H. werde begleiten können. Ich sah den Kranken vorgestern und fand denselben geistig sehr lebendig, doch hat er noch viel Schmerzen.

Der Prinz Albert von Sachsen bleibt bis zum 28. cr., der Thronfolger und Höchstseine Gemahlin gedenken am 31. cr. in Berlin einzutreffen. Ich werde dies dem Herrn Grafen Stolberg unmittelbar nach Putbus schreiben.

Da wir hier dermalen rein militärisch sind, und der Kaiser die Manöver selbst kommandirt, so sind wir auf dem Gebiete der Politik völlig unwissend, und ich muß Ew. Excellenz dringend bitten, mit meinen nüchternen und mageren Berichten nachsichtsvoll vorlieb zu nehmen.

Aus Stuttgart schreibt der dortige Prinz Friedrich dem hier anwesenden Prinzen August, daß das württembergische Ministerium

seine Entlassung gefordert, weil es an Darmstadt festhalten wolle, und der König werde in der Zollfrage doch nachgeben. Bis jetzt hatte er sein mir gegebenes Versprechen gehalten. Sehr begierig bin ich, zu hören, was Herr v. Beust in Wien ausgerichtet haben dürfte.

Der Graf Mensdorff*) gefällt mir ausnehmend.

N. S. Der Kaiser hat mir soeben gesagt, daß er gar nichts Neues erhalten hätte, der Thronfolger gedenkt drei Tage in Berlin zu bleiben und hofft währenddessen etwas vom Gardekorps zu sehen. Er und auch die Cäsarewna hoffen bestimmt, Ew. Excellenz Bekanntschaft zu machen, und ich wünsche sehr, daß Hochdieselben dies ausgezeichnete Fürstenpaar näher kennen lernen möchten. Der General v. Gerlach scheint nach seinem letzten Brief beruhigter, als ich ihn am 24. v. Mts. verließ."

-

Am 20. Juli 1852 wurde die Berliner Zollkonferenz bis zum 16. August vertagt. Mit dieser Vertagung verband die preußische Regierung die Erklärung, daß sie die Erledigung von zwei Punkten bei dem Wiederbeginn der Verhandlungen für den Fortgang der letzteren und für die fernere Betheiligung der einzelnen Regierungen an denselben für präjudiciell erachte, nämlich die definitive Erklärung über Annahme des Septembervertrages und die Zustimmung dazu, daß die auf einen Zoll- und Handelsvertrag zu beschränkenden kommerziellen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins eröffnet werden.

Baden-Baden, den 13. August 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Wir hören heute aus Stuttgart, daß es dem Grafen Rechberg**) gelungen sein soll, die Koalition dahin zu einigen, das Pfordtensche Projekt anzunehmen, d. h. Ratifikation des Zollvereins erst, wenn die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich zu einer Bestimmung geführt haben.

* Graf v. Mensdorff-Pouilly, österreichischer Gesandter in Petersburg.

** Graf v. Rechberg, damals noch Adlatus des Feldmarschalls Radetzky für die Civilangelegenheiten des lombardisch-venetianischen Königreiches, war zur Zeit in der handelspolitischen Krisis thätig. Vgl. „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 126.

Ich halte das Ganze für einen letzten Schreckschuß, um Preußen zur Inkonsequenz zu treiben, indem man uns vorspiegeln wird, Oesterreich wolle unter diesen Bedingungen vorläufig auf die Zollunions-Zeitbestimmung renonciren, so daß Preußen nun nicht anders könne, als seinerseits auch entgegenzukommen. Fürst Gortschakoff sprach mir heute bereits in diesem Sinne und bedauerte, daß wir diesen Pfordtenschen Vorschlag nicht wenigstens erörtert hätten. Ich erwiderte ihm, daß da nichts zu erörtern sei, indem, wenn jener Vorschlag nicht annehmbar befunden würde, der nicht vorher ratifizirte Zollverein völlig in der Luft schwebe, da Jeder dann erklären könne, nun nicht mehr zur Ratifikation verpflichtet zu sein. Einer solchen Chance dürfe Preußen sich nicht aussetzen. Er konnte nur erwidern, daß von unserem Standpunkte aus dies Raisonnement gegründet sei.

»Le fin mot« heißt nach wie vor: »Bange machen gilt nicht!« Halten Sie nur fest, mit Niemand ferner zu unterhandeln, der sich am 16. nicht klar ausspricht, auf unsere gestellten Bedingungen einzugehen. Die Stuttgarter Falle soll eine Entente darstellen ohne es zu sein. Württemberg und Baden können sich immer herausziehen, wenn sie diese Entente als letztes Mittel zugestehen, als einen Versuch, der, wenn er auch mißglückt — wie er denn mißglücken muß durch uns — sie zu Nichts engagirt hat. Dann kommen sie Alle auf unsere Seite.

Ihr Prinz von Preußen."

Im Jahre 1852 versuchte der französische Gesandte in Berlin, Baron Varennes, den 15. August demonstrativ zu begehen.*)

Putbus, den 14. August 1852. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Zur Vermeidung jeglichen Mißverständnisses befehle ich, daß einer etwaigen Feier des 15. August*) durch die französische

*) Am 18. August schrieb der General v. Gerlach aus Putbus an den Minister Manteuffel: „Ueber die Angelegenheit des 15. August ist der König etwas aufgeregt gewesen, ist aber gegenwärtig mit dem dabei beobachteten Verfahren, auch mit dem, was in Stettin stattgefunden hat, ganz einverstanden; besonders nachdem er von einem Schreiben Ihres Herrn Bruders an den Grafen Stolberg Kenntniß genommen hatte." Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 793.

Gesandtschaft ganz und gar nichts entgegenzuthun ist. Nur von einer etwa gewünschten Illuminazion ist abzurathen.

Friedrich Wilhelm."

Putbus, den 18. August 1852. Der in Begleitung des Königs befindliche General v. Gerlach läßt dem Minister Manteuffel ein die Zollangelegenheit betreffendes Schreiben des Majors Deetz*) aus Frankfurt a. M. zugehen.

„Der König hat mir befohlen, Ew. Excellenz zu schreiben, daß es seine Absicht sei, in keiner Weise bei den Zollverhandlungen nachzugeben, und daß namentlich die Unterschriften und bezw. die Ratifikationen ohne neue bedingende oder bindende Erklärungen, die von preußischer Seite gemacht werden, erfolgen müßten, so daß unsererseits nur das schon oft gegebene Versprechen erneut werden dürfte, daß sofort mit Oesterreich nach Abschluß der Zollvereins-Verhandlungen über einen Handelsvertrag verhandelt werden sollte.

Das Deetzsche Schreiben widerspricht darin den Klindworthschen Angaben, die Ew. Excellenz so gütig waren mir mitzutheilen, daß Württemberg der allgemeinen in Stuttgart beschlossenen Erklärung der koalirten Mächte nicht beitreten würde.

Nach meiner unmaßgeblichen Meinung könnte man, wenn die Gesandten ohne weitere Bedingung unterschreiben, dies ruhig amnestiren und es abwarten, ob die Mächte ihre Ratifikation an Bedingungen knüpfen wollen oder nicht. Stellen sie aber Bedingungen, wie es wahrscheinlich ist, so setzt man wiederum eine Frist zur Ertheilung der Ratifikation. Das Versprechen, auf eine Zolleinigung einzugehen, kann man meines Erachtens als voreilig abweisen.

Herr v. Prokesch, den ich in Berlin sprach, war sehr empfindlich darüber, daß der König ihm keine Audienz ertheilt, um sich für das Geschenk des Werkes über Egypten bedanken zu können.**) Er schob das auf die wenig günstige Stimmung Ew. Excellenz gegen ihn und meinte, daß ihm so etwas die Beibehaltung seines

*) Stadtkommandant in Frankfurt a. M.

**) Der König hatte Prokesch das Prachtwerk des Dr. Lepsius über Egypten geschenkt, ein Werk, das sich würdig der Napoleonischen Description de l'Egypte an die Seite stellte und mit königl. Munificenz ausgestattet war.

Postens unmöglich machte. Man würde es nach seinem Abgange mit Graf Thun oder Graf Rechberg probiren können, denn in Oesterreich wäre die Auswahl für die größeren Gesandtschaftsposten sehr gering. Der König hat mir befohlen, Herrn v. Prokesch zu schreiben, daß er nur durch den Andrang der Geschäfte verhindert worden wäre, ihn zu sehen, daß er ihm aber sehr gern nach der Rückkunft von seiner Reise eine Audienz ertheilen würde."

Zwischen dem 10. und 14. August 1852 hatten die Darmstädter Koalirten in Stuttgart für die Berliner Zollkonferenzen eine Erklärung vereinbart; dieselbe vermied jede Aufstellung einer Behauptung oder Forderung, welche als Anlaß zu einem Abbruch der Verhandlungen hätte benützt werden können.

Frankfurt a. M., den 19. August 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Bei Empfang dieser Zeilen ist die Koalitionsantwort bereits in Ihren Händen. Soviel ich vom Prinz-Regenten von Baden gehört habe, geht sie darauf hinaus, mit Preußen zwar abschließen zu wollen, doch vorher noch genauer als bisher zu erfahren, auf welcher Basis der einstige Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollverbande beruhen solle. Es ist dies also ungefähr die Ansicht, welche ich Ihnen im Anfang Juni schrieb.*) Damals kannte ich aber nicht die Bestimmungen des Protokolls von Wiesbaden vom 7. Juli 1851. Dieses ist in unserer Erklärung vom Juli d. Js., wo der 16. August als Termin festgesetzt wurde, angezogen worden, auf welchen nach Uebereinstimmung der Zollstaaten jener Handelsvertrag dereinst zu schließen sei. Somit scheint dies Protokoll also schon die Antwort auf die morgen abzugebende Erklärung der Koalition zu enthalten. Dies habe ich auch dem Prinz-Regenten geantwortet, als er mich bat, die Angelegenheit im bezeichneten Sinne zu unterstützen, und ich also annehmen konnte, daß man Weiteres sagen könnte; wenigstens schien mir ein neuer Aufschub unzulässig, wodurch neue Verhandlungen über quäst. Basis entstehen würden. Dies ist also die Ansicht, die ich Ihnen hiermit als die meinige mittheile. Zweimal haben wir um schleunige Antwort gebeten, ehe wir einen

*) Vgl. S. 408.

Termin setzten, jetzt kommt wieder ein Aufschubsversuch, also klar ist es, man will Zeit gewinnen, um unsere Geduld zu ermüden. Unsere Position ist aber heute besser wie je; Oesterreich sieht das Schwanken seiner Genossen; es refüsirt ihnen zugleich jede sichere Garantie ihrer Zukunft ohne Preußen; sie haben also keinen Rückzug mehr als zu uns, wenn wir fest erklären, daß das Wiesbadener Protokoll unsere Ansicht enthalte, und wer auf dasselbe hin nicht sofort in acht Tagen Abschließungsinstruktionen bringt, den betrachten wir als nicht im Zollverbande bleiben zu wollen.

Dies nur in aller Eile, da ich erst gestern in Karlsruhe und hier einige Details erfahre. Also nur Kraft und Energie, und der Sieg ist entschieden. Ihr Prinz von Preußen."

St. Petersburg, den 21. August 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Gestern abend spät von den zehntägigen Feldübungen heimgekehrt, habe ich die Ehre gehabt, in die amtlichen Berichte Alles aufzunehmen, was ich erfahren. Die Manöver waren ziemlich feldmäßig. Gewöhnlich saßen wir morgens um 4 Uhr zu Pferde und ritten unsere sechs Meilen. Es würde eine solche Zeit für unsere jungen Diplomaten, die gewöhnlich erst vor 12 Uhr aufstehen, eine gute Lehre gewesen sein. Graf Wrangel ist sehr munter und erträgt die Strapazen bewunderungswürdig. Die Abreise des Prinzen Friedrich Wilhelm bleibt auf den 24. festgesetzt, und General Schreckenstein wird Se. K. H. begleiten. Wir sind sehr neugierig zu erfahren, wie die Antwort vom 16. wird ausgefallen sein? Die Reise nach Stuttgart von Graf Rechberg ist ein Paroli auf meine dortige Anwesenheit. Wenn wir Hannovers und Oldenburgs ganz versichert sind, so mögen die Andern thun, was ihnen beliebt. Besser wäre es freilich, wenn der alte Zollverein bestehen bliebe.

Unsere Presse ist immer noch taktlos, und mit voller Zuversicht kann man behaupten, daß die »Kreuzzeitung« fortwährend der Regierung viel Schaden thut."

Berlin, den 22. August 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Soeben auf einige Stunden hier angekommen, ersuche ich Sie, mich mit zwei Zeilen nur wissen zu lassen, wie die Zollfrage steht. Ich fahre gleich nach dem Theater nach Babelsberg und werde Sie wissen lassen, ob ich morgen oder übermorgen früh in Berlin Sie sprechen kann.

Ihr Prinz von Preußen."*)

Mitte August fanden im Schoße des preußischen Ministeriums Berathungen statt über die Antwort, welche Preußen auf die Erklärung der Darmstädter Zollverbündeten abgeben sollte. Es lag diesen Berathungen eine wahrscheinlich in dem auswärtigen Ministerium angefertigte Denkschrift zu Grunde, welche ebenso klar als richtig die Sachlage vom Standpunkte Preußens als auch die Absichten der ihm Gegenüberstehenden entwickelte.

Berlin, den 22. August 1852. Der Finanzminister v. Bodelschwingh schreibt Manteuffel nach Einsicht dieser Denkschrift privat:

„Mit Ew. Excellenz beklage ich tief, daß unsere Zeit so vorzugsweise einen materiellen Charakter trägt, und daß die materiellen Interessen allen anderen vorgesetzt und wohl selbst höher erachtet werden als staatliche Ehre und Selbständigkeit. Meines Erachtens ist es die unabweisbare Aufgabe Preußens, diesem Zeitstrudel sich nicht willenlos oder gar mit vertrauensvollem Bewußtsein hinzugeben. Auch in der vorliegenden hochwichtigen Frage wird dies zu bethätigen sein, und bin ich nach Durchsicht der Anlage ganz sicher, nicht auch von Ew. Excellenz mißverstanden zu sein oder Ihre Mißbilligung mir zugezogen zu haben, als ich heute morgen der preußischen Ehre erwähnte und sie höher stellte als alle materiellen Verwickelungen und unangenehmen Folgen, welche die Sprengung des Zollvereins nach sich ziehen kann.

Hoffentlich ist mir vergönnt, vor Ankunft der hannoverschen Minister und unserer heute in Aussicht genommenen Vorberathung

*) Die Antwort Manteuffels liegt nicht vor.

noch allein mit Ew. Excellenz die so vielfach folgenreiche und wichtige Sache und die verschiedenen Antwortsentwürfe, wovon ich mir inzwischen Abschriften verschaffen werde, durchzusprechen."

Stettin, den 25. August 1852. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Gestern erhielt der König Ew. Excellenz Schreiben über Ihr Verfahren mit der Zollkonferenz in Bezug auf die hannoverschen Anträge. Der König war mit dem, was Sie gethan, ganz einverstanden und auch der Prinz von Preußen, dem Se. M. Ihren Brief mittheilten."

St. Petersburg, den 26. August 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz könnte ich nur Klagen aussprechen, wenn ich Sie von hier aus unterhalten wollte. Die Nachrichten von der Ernennung des Generals Radowitz*) hat hier große Bestürzung verursacht. Wir hoffen noch immer, daß Sie seine Anstellung rückgängig gemacht haben werden. Wäre das nicht der Fall, so sehe ich Unruhe, Unfrieden und Zwietracht statt des kaum wiedergewonnenen Vertrauens voraus. Der Kaiser glaubt an einen förmlichen Systemwechsel und an die Unmöglichkeit für Rußland und Oesterreich, Hand in Hand mit Preußen zu gehen. Ich habe diese Aeußerungen des Kaisers dem Könige in einem ganz unmittelbaren Bericht referirt. Der Kaiser sieht alle ihm in Potsdam gemachten Versprechungen in Frage gestellt und ein Ministerium Ladenberg im Anmarsch.

Möchten Ew. Excellenz mir bald beruhigende Nachrichten geben."

Berlin, den 8. September 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel.

„Soeben sehe ich in der Zeitung Ihre heutige Abreise auf das Land und ich kann daher meinen Wunsch, Sie heute zu sprechen,

*) weil zum Chef der Militär-Bildungsanstalten in Berlin. Vgl. über diese Personalfrage und deren Folgen Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 242.



nicht ausführen. Ich sage Ihnen daher schriftlich meine volle Zustimmung zu unserer Zollerklärung vom 30. August.*) Wir sind nun aber auch an die äußerste Grenze gelangt, und der Hinblick auf den 1. Oktober gebietet uns nun noch größere Entschiedenheit und meines Erachtens kein Eingehen auf irgend welches Hinausschieben der Entscheidung, das gewiß nochmals versucht werden wird.

Die »Kreuzzeitung« wird gewaltig schroff gegen Oesterreich; es ist dies aber eine schwache Repressalie einer freien Zeitung gegen die Ausfälle auf Preußen in den subventionirten kaiserlichen Zeitungen. Ich fürchte, Oesterreich giebt seinen (Schwarzenbergschen) Plan, Preußen vor das Jahr 1740 zurückzudrängen, nicht auf, der Kaiser, als Zögling Schwarzenbergs, giebt diese ihm beigebrachte Lehre nicht auf, und wenn der Anlauf in Verbindung von Donau und Seine auch stattfinden sollte! Wir müssen also mit Behauptung unserer Würde und Ehre, wie es in der Zollfrage geschehen ist, Oesterreich keine Veranlassung zum Bruche geben, um uns die öffentliche Stimme zu gewinnen, damit wir Rußlands und Englands sicher bleiben.

Ihr Prinz von Preußen."

St. Petersburg, den 16. September 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mit großer Freude habe ich unsere Erklärung vom 30. v. Mts.*) gelesen. Sie ist gewiß nicht korrekter und zweckmäßiger zu wünschen. Die Frist bis Mitte September war nicht zu vermeiden; der eventuelle Bruch der Verhandlungen ist angekündigt. Jetzt ist die Sache in ihr letztes Stadium getreten.

Die hannoversche Erklärung hat die Absicht der Gegner durchkreuzt und uns der schwierigsten Alternative im voraus überhoben. Was wird die Koalition nun machen? Ich weiß es nicht, meine aber, daß die politischen Betrachtungen leicht obsiegen und

*) Preußen erklärte am 30. August auf der Zollkonferenz sich damit einverstanden, daß der der Kollektiverklärung vom 25. Mai d. Js. beigefügte Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrags den nach Abschluß des Vertrags über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins mit der k. k. österreichischen Regierung einzuleitenden Verhandlungen in Form und Inhalt zu Grunde gelegt würde.

zum Bruche führen können. Dieser wird für uns jetzt nicht mehr so erheblich, und wie bedeutend er auch ausfallen mag, immer ist er besser als die Aufgabe unserer Selbständigkeit oder die fünfjährige Fortdauer des Schreckens. Oesterreich mag seine politischen Zwecke verfolgen und gern die Sprengung des Zollvereins wünschen, aber soweit wie die »Kreuzzeitung« gehe ich nicht in meinen Vorwürfen gegen Oesterreich. Dasselbe kann uns nicht nöthigen, eine Handelsvereinigung mit Ungarn, Kroatien, Galizien, der Lombardei und Venedig einzugehen. Auf welchen Paragraphen der Bundesverfassung wollte es diese Forderung gründen? Man ist hier noch immer im höchsten Grade gespannt über den Ausgang der Berliner Ministerkrisis und legt den höchsten Werth darauf, Ew. Excellenz in Ihrem Amte ferner zu sehen, da Hochdero tiefe Einsicht, Ihr Patriotismus sowie Ew. Excellenz aufopfernde Ausdauer die größte Verehrung erweckt haben."

St. Petersburg, den 16. September 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulichst:

„Was die Zollvereins-Angelegenheit betrifft, so bin ich sehr gespannt auf die Antwort der Koalitionsstaaten. Nach der Art, wie Oesterreich und unsere ehemaligen Zollverbündeten die Erklärung vom 30. v. Mts. aufgefaßt zu haben scheinen, könnte es wohl zum Bruch kommen. Wenn aber Hannover und Oldenburg bei dem Septembervertrag beharren, so können wir ruhig und unbesorgt bleiben. Ich würde über eine solche Lösung nicht einmal Empfindlichkeit äußern, denn thäten wir dies, so verursachten wir bei unseren Gegnern Freude. Im Allgemeinen genommen, bleibt ein Zollbruch für Deutschland immer ein Uebelstand; ich schiebe die Hauptschuld wesentlich Oesterreich zu, welches durch seine politischen Tendenzen die kommerziellen Bedürfnisse in den Hintergrund gedrängt hat. Es wird diese muthmaßliche kommerzielle Theilung von Deutschland gewiß nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die allgemeinen politischen Zustände Deutschlands bleiben, und wahrlich, diese vertragen keine neue Alteration.

Die »Kreuzzeitung« ist wieder sehr übergreifend. Sie thut ihrem Beileben wie der guten Sache großen Schaden.

Ueber unsere Zollsachen habe ich dem Kaiser noch am letzten Abend einen kleinen Vortrag gehalten, und zwar nach Maßgabe

der Instruktion vom 7. September, indem ich Se. M. auf die Erfahrungen in seinem eigenen Lande verwies. Außer dem Kanzler versteht Niemand von der Sache, und ich bleibe bei dem Vorschlag, daß Ew. Excellenz darauf Bedacht nehmen möchten, den Grafen Nesselrode genau informiren zu lassen, bevor er hierher zurückkehrt. Ich werde alle mir unter dem 30. August und 7. d. Mts. offiziell geschickten Piecen dem Reichsrath Geh. Rath Tegorborsky geben, der eben zurückgekehrt ist und der ein ruhiges und richtiges Urtheil hat und auf dessen Diskretion ich rechnen kann."

Babelsberg, den 18. September 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Ihr gefälliges Schreiben vom 16. d. Mts.*) ist mir erst gestern Abend in Berlin zugegangen, da ich mich dort seit vorgestern Abend befand, so daß jenes Schreiben über hier mir erst zukommen konnte.

Indem ich Ihnen für die sehr interessanten Mittheilungen danke, können Sie überzeugt sein, daß ich mit den ergriffenen Maßnahmen ganz einverstanden bin und mit Neugierde den Sprüngen der Koalition entgegensehe. Das württembergische Schreiben**) ist die dritte Sendung in acht Wochen; man muß den Herrn benutzen, ohne je auf ihn rechnen zu können.

Was unsere Festigkeit und Konsequenz uns in der politischen Welt eintragen wird, wird sich bald zeigen; unsere Aktien werden endlich steigen. Ihr Prinz von Preußen."

St. Petersburg, den 22. September 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz zeige ich an, daß Se. M. der König mir mittelst der Allerhöchsten Handschreiben, so ich durch Hochdero Güte erhalten, ein Schreiben für den Fürsten Tschernischeff überschickt hat mit sehr viel schmeichelhaften Aeußerungen für den ausgezeichneten

*) In dem litterarischen Nachlasse Manteuffels nicht zu ermitteln.

**) Wer der Verfasser desselben ist, hat sich nicht feststellen lassen; vermuthlich der Staatsrath Klindworth.

General und hochverdienten Staatsmann. Ich behalte mir vor, Ew. Excellenz mit dem abfahrenden »Adler« weitläufiger zu schreiben."

Babelsberg, den 23. September 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Für die interessante Depesche aus München sage ich Ihnen meinen besten Dank. Es ist eine ganz neue Logik, daß eine Erklärung, auf gewisser Basis unterhandeln zu können, mit großen Ausnahmen, der Beginn der Unterhandlungen selbst sei! Dies und die Refüs der zwölf Jahre brechen der ganzen Erwiderung der Koalition das Genick bei uns im voraus. Ich bin neugierig auf den Text dieser Erwiderung.

Ihr Prinz von Preußen."

Sanssouci, den 23. September 1852. Handbillet des Prinzen von Preußen an Manteuffel:

„Nur zwei Worte. Der König muß gewonnen sein zum Nachgeben, denn er will nicht auf die zwölfjährige Dauer des Zollvertrages eingehen. Um Alles in der Welt seien Sie standhaft gegen den König, es muß eine Kabinetsfrage werden.

Ihr Prinz von Preußen."

Zarskoje-Selo, den 24. September 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz kann ich gar nichts Neues melden. Mit der letzten Dampfschiffahrtspost ging mir ein längeres Schreiben des Generals v. Gerlach zu, in welchem derselbe mehrere politische Fragen behandelt, die Bezug auf die gegenwärtigen Momente haben. Ich bin dadurch genöthigt worden, dem gedachten Herrn General zu antworten, und ersuchte ihn, meinen Brief an Ew. Excellenz Prüfung vorzulegen. Ich erwähne darin auch einen Brief, den die Kaiserin vorgestern von dem Prinzen von Preußen erhalten. Se. K. H. kommt immer wieder auf den Werth derjenigen Staatsmänner zurück, die ein Luftgebäude aufführen wollen, das nur in der Theorie vorhanden sein kann. Nicht was an und für

sich, sondern was unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen möglich ist, soll der Maßstab sein, mit dem man das Geleistete messen soll."

St. Petersburg, den 29. September 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ich erfuhr, daß am 24. cr. die Münchener Antwort eingelaufen sei. Ich fürchte, wie Sie wissen, den Zollbruch nicht, stimme aber mit der plumpen, empörenden Sprache der »Kreuzzeitung« auch nicht überein. Viel bedenklicher als die Lösung des Zollvereins ist der Umstand, daß man sowohl von der einen wie der andern Seite zuviel Gewicht auf die mittleren Staaten gewälzt hat. Hier giebt gewissermaßen Hannover den Ausschlag, dort Bayern. Dieser Uebelstand wird sich später sehr fühlbar machen."

Am 27. September 1852 erklärte Preußen in einer Cirkulardepesche, daß es die Verhandlungen mit den Zollvereins-Regierungen als abgebrochen betrachte und künftig nur noch mit den einzelnen Regierungen verhandeln wolle.*) Der unerwartete Abbruch der Verhandlungen erregte ungeheueres Aufsehen und Bestürzung; die nächste Folge der preußischen Depesche war die Abreise der sämmtlichen Konferenz-Bevollmächtigten von Berlin, selbst Hannover rief seine Bevollmächtigten ab.

St. Petersburg, den 2. Oktober 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Was aus der hiesigen politischen Armuth zu melden ist, finden Ew. Excellenz in meinem amtlichen Berichte. Der gleichzeitig zurückkehrende Prinz August von Württemberg dürfte schwerlich etwas Bedeutendes hinzufügen können. Die neuesten Nachrichten vom Kaiser aus Tschoguzeff sind gut, die letzten Briefe des Kanzlers sind vom 13./1. cr. aus Castellamare. Ihnen zufolge wollte derselbe sich erst in Wien entscheiden, ob er über Warschau oder Berlin zurückkehren wird. Sie werden unterdessen seinen Sohn in Berlin gehabt haben.

*) Weber, „Der deutsche Zollverein", S. 322.

Ich zähle darauf, daß Ew. Excellenz die Reise des Grafen Nesselrode benutzen werden, ihm über die wahre Lage der Zoll- und Handelsfrage die erforderliche Auskunft geben zu lassen, damit er auch aus unserm Gesichtspunkt den Verlauf derselben kennen lerne. Aus den Depeschen und Broschüren kann er sich doch nicht gehörig zurecht finden, und wir dürfen nicht vergessen, daß er in Kissingen die ganze Koalition gesehen und in Wien gewesen ist. Auch über das gegenseitige Verhalten der Mächte bei dem immer näher kommenden Empire sind vielleicht noch einige Verabredungen zu treffen.

Ich erlaube mir, in Erinnerung zu bringen, daß im Monat Mai der Herr Handelsminister versprochen hat, dem Reichskanzler eine Denkschrift (in französischer Sprache) über den Anschluß der polnischen Eisenbahn an unsere Nordbahn sowie über daran zu knüpfende Handels- und Transport-Erleichterungen zu geben.

Ew. Excellenz werden alsdann wohl zu befehlen die Gewogenheit haben, daß ich von allen den Verhandlungen mit Graf Nesselrode in Kenntniß gesetzt werde.

Die »Kreuzzeitung« läßt ja den Grafen Bernstorff nach Berlin gerufen werden, um eine große Mission zu übernehmen. Sollte der schwer zu ersetzende Hatzfeldt kränker geworden sein?

Der Entwurf zur Antwort der Koalition auf unsere Erklärung vom 30. August cr. hat Herr v. Severin*) aus München eingeschickt. Ist er so geblieben, wie ich ihn gelesen, so kann er natürlich nicht angenommen werden. Wenn uns nur Hannover sicher ist?

Ich habe noch nicht gewagt, Ew. Excellenz über die Erweiterung Hochdero Befugnisse als Ministerpräsident**) zu sprechen. Außer dem Fürsten Hardenberg hatte noch kein preußischer Staatsmann ausgedehntere Vollmachten. Ich wünsche von Herzen, daß sie genügen mögen, Ew. Excellenz uns zu erhalten.

Die Schwierigkeiten bleiben noch immer sehr groß. Wer weiß, mit welchen Hindernissen Sie zu kämpfen haben. Der Erfolg ist nicht immer der Prüfstein der Weisheit vorhergegangener Maßregeln, wenn durch Einwirken vielfacher Umstände ihr natürlicher Ausgang verhindert wird."

* Dmitri v. Severin, russischer Gesandter in München.

** Durch die Kabinets-Ordre vom 8. September 1852. Vgl. Manteuffels „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 247. — Es ist dies dieselbe Kabinets-Ordre, die bei der Entlassung Bismarcks eine so große Rolle spielte.

St. Petersburg, den 9. Oktober 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Mit dem heutigen Dampfschiff vermag ich an Ew. Excellenz keine einzige politische Depesche zu richten. Durch Frau Gräfin Münster ging mir ein Allerhöchstes Handschreiben Sr. M. des Königs mit dem Auftrage zu, dem Kaiser von Rußland über Oesterreichs feindliche Absichten gegen Preußen vertraulich zu reden. die Antwort des Kaisers unmittelbar an Se. M. zu richten. Ich erlaubte mir, dem Könige zu bemerken, daß seine Angaben für mich vollkommen genügen, da er aber fordere, ich solle ihnen Eingang bei dem Kaiser verschaffen, so müsse ich bitten, mir noch einige nähere Nachrichten aus unverfänglicher Quelle zugehen zu lassen. Da der Kaiser erst den 20. cr. hier sein wird, so kann ich der nöthigen Antwort durch den am 16. cr. von Stettin abgehenden »Adler« entgegensehen. Wenn ich dem Kaiser so pure erzählen wollte, was mir unser allergnädigster König befohlen oder was der Prinz von Preußen geschrieben, so würfe mich der Kaiser aus der Thür und schickte mir die Pässe. Se. M. hat das festeste Vertrauen zu der Rechtlichkeit des jungen Kaisers und wird sich nur durch sehr sichere Angaben darin beirren lassen.

Und sind die geheimen Nachrichten Sr. M. nicht schon durch die »Kreuzzeitung« dem großen Publikum mitgetheilt? Sollte Oesterreich die heiligsten Verträge gerade jetzt verletzen wollen, wo wir sämmtlich auf Aufrechterhaltung derselben dringen. Die Streitkräfte, welche Oesterreich in Böhmen, Mähren und um Wien versammelt, sind nicht außergewöhnlich. Böhmen ist so groß wie Bayern und hat $4\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner. Dort war von jeher eine größere Truppenzahl konzentrirt. Die um Prag versammelten österreichischen Truppen haben im September ein Manöver vollführt. Sollte endlich in der That die letzte Anleihe negociirt worden sein, um flüssige Geldmittel behufs eines Krieges gegen Preußen zu haben?

Ich hoffe ganz bestimmt, daß Ew. Excellenz mir im engsten Vertrauen hierüber einige Andeutungen umgehend geben werden. Ich bitte Sie aber, Sr. M. dem Könige nichts von diesem Gesuche und meinem heutigen Schreiben zu sagen. Stehen die Dinge so, wie es mir von so hoher Stelle geschrieben wird, so ist keine Sekunde zu versäumen, damit dem Kaiser von Rußland und dessen Kabinet die Augen geöffnet werden. Offen muß ich Ew. Excellenz

bekennen, daß ich alle solche Gerüchte über einen Verrath von Seiten Oesterreichs bisher auf die Schultern der in dieser Hinsicht absurden »Kreuzzeitung« gewälzt habe, mir dabei sagend: Ist so etwas wahr, so werden die Zeitungen so patriotisch und klug sein, nicht davon zu reden, sondern der Regierung Zeit lassen, sich vorzubereiten.

Bei so wichtigen Materien und in so ernster Zeit darf man nicht leidenschaftlich, nicht mißtrauisch, nicht leichtgläubig sein, sondern man muß ruhig, kalt beobachten, gründlich erforschen und richtig kombiniren. Ich erlaube mir von hier aus durchaus kein Urtheil zu fällen und bin auch sehr bereit, dem Kaiser von Rußland die Aufträge meines Königs unbedingt auszurichten, denn, wie schon gesagt, die Sache ist zu wichtig.

Mit dem verbindlichsten Dank erhielt ich Ew. Excellenz Cirkular vom 27. v. Mts. und las auch mit Befriedigung den ruhigen, sachgemäßen Artikel in der »Preuß. Zeitung« vom 2. Oktober.

Obwohl man uns von Berlin schreibt, Graf Nesselrode werde die Rückreise zu Lande antreten und daher Berlin nicht berühren, so hoffen wir noch immer, daß Ew. Excellenz in jedem Fall den Kanzler sehen werden. Es würde sehr nützlich sein, könnten Sie sich mit ihm über so viele wichtige Gegenstände besprechen, damit er nicht vor seiner Rückkehr zuletzt in Wien gewesen.

Des Königs Brief vom 30. v. Mts. an mich ist remarquabel. Wenn Sie befehlen, werde ich Ew. Excellenz eine Abschrift schicken. Hochdieselben sind des Königs Mann, den Allerhöchstderselbe nicht lassen wird.

Den Herrn Legationsrath Grafen Henkel habe ich, so dünkt mich, Ew. Excellenz Wohlwollen bereits zu empfehlen die Ehre gehabt, es bleibt mir daher nur übrig, auch meine Wenigkeit Hochdero gütigem Andenken zu empfehlen, nachdem ich mir zuvor noch die Freude bereitet habe, zur Abberufung des Herrn Generals v. Prokesch Ew. Excellenz aufrichtig Glück gewünscht zu haben. Das ist eine höchst wichtige und gute Sache."

Anfang September 1852 war die Abberufung des Frhrn. v. Prokesch von seinem Berliner Posten in Wien bereits eine ausgemachte Sache;*) es fragte sich nur, wer denselben in Berlin ersetzen sollte, Frhr. v. Werner, Graf Rechberg oder Graf Thun.

Wien, den 12. Oktober 1852. Der österreichische Ministerpräsident Graf Buol an Manteuffel eigenhändig privat:

„Der Kaiser beabsichtigt, den Frhrn. v. Prokesch zu versetzen und ihm einen Nachfolger zu geben, der sich in gleichem Maße mit dem Allerhöchsten Vertrauen beehrt fände und dessen Bestrebungen sich auch zugleich einer unbezweifelten Anerkennung von Seiten des preußischen Kabinets zu erfreuen haben würden.

Zu diesem Behufe hat nun der Kaiser, mein gnädigster Herr, seine Augen auf den gegenwärtigen Bundespräsidialgesandten Grafen v. Thun geworfen und mich mit dem Auftrage beehrt, an Ew. Excellenz die Anfrage zu stellen, ob dieser Wahl die Billigung des Königs begegnen würde. Die erprobte Treue und der rege Eifer, mit denen Graf Thun stets seinem Kaiser diente, dürften ihm einige Ansprüche auf das königl. Wohlwollen geben; auch kann wohl Ew. Excellenz nicht entgangen sein, wie selbst in Momenten, wo manche äußeren Verhältnisse selbst eher hemmend einwirkten, sein dienstliches Bestreben stets von dem Grundgedanken einer möglichst engen Verständigung der beiden Großmächte geleitet ward. Dasselbe Ziel würde er aber gewiß mit gleichem Eifer in seiner neuen so wichtigen als ehrenvollen Stellung verfolgen.

Sollte dieser Idee, wie ich annehmen darf, die Billigung Sr. M. des Königs begegnen, so erübrigt mir nur noch der Wunsch, mir möglichst bald hiervon die Zusicherung zukommen lassen zu wollen, damit die Veränderung ohne Aufschub vor sich gehen könne.

Fassen wir die gesammte Lage Europas ins Auge, so müssen wir uns überzeugen, daß alle obschwebenden Fragen, Verhandlungen und Zerwürfnisse eine ernste Bedeutung haben, und es erscheint doppelt wichtig, Alles möglichst schnell zu beseitigen, was denselben Nahrung geben könnte. Bei allen denkenden Männern in Berlin wie hier muß doch immer der Satz feststehen, daß die aufrichtige Einigung zwischen Oesterreich und Preußen

*) Prokesch selbst fühlt, daß er in Berlin nicht mehr zu halten sei. v. Prokesch-Osten, a. a. O., S. 249, 254, 259, 268.

in Förderung aller großen nationalen Angelegenheiten die allein richtige Politik für beide Staaten ist. Daß ich besonders recht lebhaft von der Wahrheit dieses Satzes durchdrungen bin, bitte ich vor Allem überzeugt zu sein. Eine solche Einigung setzt aber ein Einverständniß über die natürlichen, wirklichen, berechtigten Interessen von beiden Seiten voraus. In einer einzigen, aber allerdings höchst wichtigen Frage bleibt dieses Problem noch zu lösen. Dazu wäre aber, so sollte mich bedünken, der Moment eben jetzt noch günstig, und es schiene mir selbst gewagt, durch allzu langes Hinhalten den Launen der Zukunft ein allzufreies Spiel zu lassen. Sollten wir nicht unsere häuslichen Geschäfte ordnen, um besser gerüstet dazustehen gegen mögliche äußere Stürme? Ganz Deutschland will, daß der leitende Einfluß Preußens auf seine kommerziellen Interessen unbeirrt fortdauere. Und warum sollte dies nicht unter gehöriger Beachtung allseitiger billiger Ansprüche ausführbar sein? Die Schwierigkeit liegt nicht in der Form, kaum in der Sache. Dürfte sie nicht eher darin liegen, daß wir uns in letzter Zeit nicht nahe genug gerückt sind, um uns zu überzeugen, wie wenig wir im Grunde uns fern sind?

Erlauben mir Ew. Excellenz die Hoffnung auszusprechen, daß die gegenwärtige Lage der Dinge Ihrerseits ein Gegenstand ernster Betrachtungen ist und Sie meiner willigen Mitwirkung, zur allseitigen Ausgleichung eines Zustandes, dessen bloß fremde Mißgunst sich erfreuen könnte, nach Kräften beizutragen, überzeugt sein wollen."*)

Zarskoje-Selo, den 15. Oktober 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Wiewohl so manche politischen Fragen einer näheren Besprechung bedürfen, so bin ich doch ganz außer Stande, Ew. Excellenz etwas nur einigermaßen Interessantes zu schreiben. Zu meinem großen Leidwesen hat der Gesundheitszustand des Grafen Nesselrode denselben genöthigt, seine Rückreise zu Lande zu machen. Wir erwarten ihn morgen und sehen der Ankunft des Kaisers auch im Laufe der nächsten Woche entgegen. Ich muß mir daher vorbehalten, Hochdenselben erst später etwas Lesbares anzubieten. Den Reichskanzler werde ich natürlich gleich sehen, sobald ich Sonn-

* Die Erwiderung Manteuffels findet sich S. 447, unterm 24. Oktober 1852.

tag oder Montag in die Stadt gehe; ob ich aber den Kaiser vor Abgang des »Adler« am 22. cr. schon gesprochen haben werde, steht dahin. Da man wichtige Materien bei Sr. M. nicht auf einmal in Angriff nehmen kann, vielmehr vorsichtig zu Werke gehen muß, so würde ich mir die Ermächtigung erbitten, nach dem Schluß der Dampfschifffahrt nöthigenfalls einen Expressen bis Tilsit zu schicken. Wenn Ew. Excellenz hiermit einverstanden sind, so haben Sie die Gewogenheit, mir gar nicht darauf zu antworten.

Da ich voraussetze, daß Baron Budberg in jedem Fall irgendwo den Herrn Grafen Nesselrode gesprochen haben wird, so dürften Ew. Excellenz wohl schon unmittelbar Nachrichten von demselben erhalten haben.

Die Kaiserfrage rückt immer näher. Der belgisch-französische Staat verdient alle Aufmerksamkeit.

Was die Zollvereins-Angelegenheit anbelangt, so werde ich solche nach Ew. Excellenz amtlichem Erlasse mit Hülfe der Auseinandersetzung vom 2. Oktober cr. zu schildern mich bemühen. Ich bin der unvorgreiflichen Ansicht, daß wir jetzt freie Hand haben und wieder Terrain gewinnen können."

Wien, den 16. Oktober 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Graf Buol hat mir gesagt, er habe Ew. Excellenz direkt geschrieben, um anzufragen, ob Graf Thun, der zu Prokeschs Nachfolger bestimmt sei, eine persona grata sei. Er ist auf Ew. Excellenz Antwort sehr gespannt und fragte mich, was ich darüber glaubte. Ich habe mich aber jeder Aeußerung enthalten und dagegen gefragt, wer, im Falle Graf Thun nach Berlin käme, nach Frankfurt geschickt werden würde. Darüber konnte mir Graf Buol indessen noch nichts sagen. Wenn Graf Thun nun auch keine angenehme Persönlichkeit ist, so scheint mir doch kein Grund vorhanden, ihn abzulehnen, da man solches nur aus triftigen Gründen thun kann und sonst den betreffenden Hof verletzt.

Was aus Prokesch wird, ist noch nicht bestimmt; ob er, wie er wünscht, nach Konstantinopel kommt, wird davon abhängen, was man in Petersburg dazu sagen wird, wo man früher den

Wunsch ausgedrückt hatte, man möge ihn nicht nach Konstantinopel schicken.

Ueber die Zollfrage habe ich absichtlich vermieden, mit Graf Buol zu sprechen, da ich ihm nichts darüber zu sagen hatte und eine Diskussion zu Nichts führen könnte. Es herrschen über die Absichten von Hannover so verschiedene Gerüchte, daß ich wohl wünschte, Ew. Excellenz ließen mir ein paar Worte darüber schreiben, bloß zu meiner Information, ob wir auf Hannover rechnen können und es beim Septembervertrage fest bleibt, wenn auch der Zollverein aufgelöst wird.

Graf Eberhard Stolberg hat mir geschrieben, um mich zu fragen, ob es mir recht sein würde, wenn sein Vetter, Prinz Reuß VII., Lieutenant im 8. Ulanen-Regiment, als Attaché hierher kommandirt würde. Ich habe ihm geantwortet, daß ich nichts dagegen haben würde, ich ihm aber bemerklich machen müsse, daß Wien äußerst theuer sei, ich daher voraussetzen müsse, daß der p. Reuß hinreichende Mittel habe; überdies sei eine solche Kommandirung bisher nicht üblich gewesen, erst Prinz Croy sei auf den Wunsch seines Vaters, der ihn aus Geldrücksichten einige Zeit aus Berlin entfernt haben wollte, hierher kommandirt worden. Eine solche Stellung sei indessen ohne allen Zweck und Nutzen, da solche jungen Leute nichts zu thun hätten, da die Geschäfte unter dem Gesandtschaftspersonale vertheilt seien, sie auch keine Kenntniß derselben hätten. Ich habe noch bemerkt, daß bisher nur Generalstabs-Offiziere bei den Gesandtschaften angestellt gewesen seien, um über militärische Sachen zu berichten, wie ich viele Jahre den Major v. Ebel in Paris gehabt hätte. Die ganze Sache ist eigentlich die, daß Prinz Reuß, dessen Regiment von Bonn nach kleinen Städten in Ostpreußen versetzt ist, nicht gern in einer kleinen Garnison stehen will, sondern in Wien sich besser zu amüsiren hofft. Ich fürchte aber, daß er dazu nicht Geld genug hat, denn Wien ist unglaublich theuer, theurer wie Paris, wie ich genau zu beurtheilen im Stande bin.

Sonst wüßte ich Ew. Excellenz nichts zu schreiben. Ich sehe mit keinem Vergnügen unserer Kammersession entgegen; es wird Lärm geben und Ew. Excellenz Verdruß genug zuziehen. Doch kenne ich unsere innere politische Lage zu wenig, um die Situation beurtheilen zu können."

St. Petersburg, den 23. Oktober 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Ew. Excellenz danke ich für das konfidentielle Schreiben vom 15. cr. Gleichzeitig hatte ich das Glück, ein Allerhöchstes Handschreiben Sr. M. des Königs zu empfangen, in welchem der Herr Präsident v. Hinckeldey als die sichere Quelle jener bewußten Nachrichten bezeichnet wurde, welchen der ruhige und gewissenhafte Graf Arnim widerspricht. Ew. Excellenz hiervon Anzeige zu machen, habe ich nicht verfehlen wollen.

Ein entsetzlicher Uebelstand ist die Tagespresse. Sie thut großen Schaden und sucht uns nach allen Seiten hin zu brouilliren. Für die Geschäfte sind so feurige Blätter wahre Kalamitäten. Kaum sind die Cirkulardepeschen unterzeichnet, so befinden sie sich auch schon publizirt, dadurch wird die Wirksamkeit der Gesandten vollständig anullirt.

Zu dem für Berlin designirten Herrn Grafen Thun kann ich Ew. Excellenz nur Glück wünschen. Ich kenne ihn ziemlich genau. Er ist ein gescheuter, ehrlicher und wahrer Mann. Hochdieselben werden seine Stellung nach dem ersten Empfang und der Art und Weise reguliren, wie Sie ihn behandeln. Einmal ein offenes und gerades Verhältniß mit ihm etablirt, werden Sie sich seiner rühmen dürfen. Dem Frhrn. v. Prokesch wünsche ich eine glückliche Reise, er hat unendlich geschadet.

Graf Nesselrode ist bezüglich der Zollvereins-Verhandlung mit uns nicht in solchem Maße einverstanden, wie ich's wünschte. Er findet aber darin, daß wir jetzt freie Hand haben, einige Hoffnung zur besseren Lösung der wichtigen Frage und setzt bei Ew. Excellenz Geneigtheit zu einem Arrangement mit Oesterreich voraus. Ich habe mit großer Gewissenhaftigkeit und mit kaltem Blut die Gesichtspunkte unserer Regierung, schriftlich auseinandergesetzt, dem Kanzler übergeben. Er betheuert, daß er stets zur Verständigung gerathen und noch zuletzt in Wien Alles aufgeboten habe, um nicht zur einseitigen Auffassung Raum zu lassen. Herr v. Meyendorff schickte den wesentlichen Inhalt desjenigen Schreibens hierher, welches Graf Buol an Ew. Excellenz gerichtet.*) Ist dasselbe so, wie ich's gelesen, so kann ich mich nur darüber freuen und

*) Vgl. oben S. 442.

hege die Hoffnung, daß Hochdieselben die dargebotene Hand angenommen. Unser Allergnädigster König sieht darin eine Falle, ich nicht, und wenn Oesterreich wirklich Hintergedanken haben sollte, was nicht unmöglich ist, so kann man sich zwar vorsehen und dennoch sich näher rücken.

Wenn uns nur Hannover bleibt! Ew. Excellenz sagen mir nichts darüber, doch General v. Gerlach baut auf Herrn v. Schele und auf seine Kollegen, weniger auf den König.

Graf Buol hat nach Absendung seines Briefes nach Berlin bemerkt, daß, wenn Preußen auf eine Verständigung mit Oesterreich eingehe, Bayern und Württemberg ihm die ärgsten Vorwürfe, wie nach Olmütz, machen würden. Diese Bemerkung scheint nicht ohne Bedeutung."

Berlin, den 24. Oktober 1852. Manteuffel schreibt dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Buol gleichfalls eigenhändig privat, die Eröffnungen des Letzteren vom 12. d. Mts.*) lieferten ihm zu seiner Befriedigung Beweise, daß die so lange bewährten Beziehungen des Vertrauens zwischen den beiderseitigen Höfen nicht aufgehört hätten, Gegenstand wechselseitiger sorgfältiger Pflege zu sein.

„Die Entschließung Sr. M. des Kaisers, dem Frhrn. v. Prokesch eine anderweite Bestimmung zu geben, gewährt, das darf ich ohne in eine mir nicht zuständige Kritik über das Verhalten dieses Gesandten einzugehen, aussprechen, eine Bürgschaft für ein erleichtertes Verhältniß zwischen beiden Höfen.

Ich freue mich, hinzusetzen zu können, daß Se. M. der König, mein Allergnädigster Herr, mit der Wahl des zeitigen kaiserl. Bundestagsgesandten Grafen v. Thun vollkommen einverstanden, diesen Nachfolger des Frhrn. v. Prokesch an seinem Hoflager gern empfangen würde. Der Graf kann schon als ein mit dem besonderen Vertrauen seines Souveräns beehrter Diener Sr. kaiserl. M. mit voller Zuversicht auf das bereitwilligste Entgegenkommen des königl. Kabinets rechnen. Es wird einer ausdrücklichen Versicherung von meiner Seite nicht bedürfen, daß ich es mir zur angenehmen Pflicht machen werde, dem Grafen Thun sein hiesiges Auftreten und alle seine Beziehungen zum hiesigen Kabinet möglichst

*) Vgl. oben S. 442.

zu erleichtern und ihm in jeder Beziehung meine Unterstützung zu gewähren. Ew. Excellenz werden mir zutrauen, daß ich Treue und Hingebung gegen den legitimen Souverän zu ehren weiß, wo ich ihnen begegne, und daß mich daran Reminiscenzen einer, gottlob vergangenen gewissen Zeit nicht beirren können.*)

Was Ew. Excellenz über die gesammte Lage Europas aussprechen, ist der allgemeine Ausdruck meiner eigensten innigsten Ueberzeugung, einer Ueberzeugung, welche, wie Ew. Excellenz mit Recht voraussetzen, hier von allen denkenden Männern getheilt wird. Daß eine aufrichtige Einigung zwischen Preußen und Oesterreich zur Förderung aller großen Angelegenheiten die wesentlichste Bedingung eines glücklichen Erfolges der Politik beider Staaten ist, davon ist das königl. Kabinet auf Grund vieljähriger Erfahrungen vollkommen durchdrungen. Wenn Ew. Excellenz Ihr Bedauern aussprechen, daß diese Einigung in einer schwebenden hochwichtigen Angelegenheit noch nicht erreicht sei, so theile ich meinerseits auch dies Bedauern.

Nicht in gleichem Grade stimme ich, wie ich freimüthig bekenne, mit der Ansicht überein, daß die Schwierigkeit, auch diese Angelegenheit zu einer befriedigenden Lösung zu bringen, darin beruhe, daß man sich in letzter Zeit nicht nahe genug gerückt sei; vielmehr meine ich, daß man sich beiderseits wohl gesucht, aber nur deshalb nicht gefunden hat, weil man sich nicht auf gleichem Felde befand.

Dort legt man uns Unionsbestrebungen unter und spricht von der Tendenz, Oesterreich aus Deutschland hinauszutreiben, man faßt also die Sache politisch auf. Wir unsererseits stehen auf dem materiellen Gebiete, wir scheuen uns, auf unabsehbare Eventualitäten hin der selbständigen Entwickelung unserer Handels- und Gewerbeverhältnisse sowie unseren finanziellen Kräften vertragsmäßige Fesseln anzulegen. Ich lasse dahingestellt, ob wir zu den dort gehegten Bedenken nicht durch unser früheres Verfahren Anlaß gegeben haben, die Versicherung aber vermag ich Ew. Excellenz der Wahrheit gemäß zu geben, daß wir von allen Unionsgelüsten gründlich kurirt sind; sie haben uns bittere Früchte getragen und würden uns meiner Ueberzeugung nach noch einen

*) Die Uebergabe des Abberufungsschreibens des Grafen Thun zog sich noch bis zum 11. December hinaus.

um so schlimmeren Schaden gebracht haben, je mehr wir auf jenem Wege fortgeschritten wären, auch wenn wir darauf keinen Widerstand gefunden hätten. An ein Herausdrängen des mächtigen Kaiserstaats aus Deutschland denken wir nicht, vielmehr sind wir der Ansicht, daß Deutschland des starken Armes seines ritterlichen Herrschers in mehr als einer Beziehung bedarf und bedürfen wird. Die politische Bedeutung Preußens wird sich in dem Maße heben, in welchem es sich zurückzieht und suchen läßt. So fest ich hiervon überzeugt bin, so wenig möchte ich doch eine so eigensüchtige Politik verfolgen. Nur glaube man nicht, bei uns, wenn man uns dahin drängen will, auf einen sehr starken Widerstand zu stoßen; man würde damit den Fehler eines Feldherrn begehen, der alle seine Kräfte zur Ueberwindung einer Position entbietet, auf welche der Gegner einen sehr untergeordneten Werth legt und die er nicht ungern preisgiebt. Da wir den Zollverein von seiner Entstehung an kennen und Jahrzehnte hindurch mit ihm zu thun gehabt haben, so dürfte keine Anmaßung darin liegen, wenn wir uns ein ziemlich richtiges Urtheil über seine Bedeutung und Natur zutrauen. Diese, die materiellen Interessen der darin begriffenen, unter sich völlig koordinirten Staaten wahrende Institution verfolgte den Zweck, die Wohlfahrt der Unterthanen zu fördern und die finanziellen Kräfte der zollverbündeten Staaten zu stärken, hat niemals politischen Tendenzen gedient oder auch nur dienen können, denn es fehlte ja jede politische Einheit und Aktion.

Man hat daher nicht wohl gethan, ihn zum Vehikel politischen Einflusses zu machen, ein Vorwurf, der vorzugsweise die leidige Presse trifft.

Die nachtheiligen Folgen eines solchen Verfahrens beklagt Niemand mehr als ich. Diese sind allerdings sehr bedenklicher politischer Natur, denn nach meinen Wahrnehmungen hat dadurch nur die Demokratie und der traurige moderne Konstitutionalismus gewonnen, Bundesgenossen, die ich mir verbitte.

Den leitenden Einfluß Preußens, den ganz Deutschland wünscht, auf seine kommerziellen Interessen fortdauern zu sehen, wie Ew. Excellenz mir sagen, haben wir selbst niemals in Anspruch genommen, nur in besonderen Fällen, wo erhebliche Vortheile für die Gesammtheit nicht zu erreichen waren, ohne daß ein einzelner Staat die Gelegenheit ergriff, haben wir uns dem unangenehmen Geschäft unterzogen, auf eigene Gefahr hin die Verantwortlichkeit

für Andere zu übernehmen, wir haben uns aber niemals der Chance, desavouirt zu werden, zu entziehen den Versuch gemacht.

Dagegen haben wir weiter nichts in Anspruch genommen, als unsere kommerzielle und finanzielle Selbständigkeit gewahrt zu sehen. Mehr verlangen wir auch jetzt nicht, aber daß wir auch nicht weniger verlangen können, davon würde sich Graf Thun, wenn er unsere hiesigen Verhältnisse mit Unbefangenheit auffaßt, bald überzeugen. Ich gebe zu, daß in einem großen Staate die Interessen aller Theile niemals gleiche Berücksichtigung finden können, daß ein Theil dem Ganzen Opfer bringen muß, allein dann handelt es sich eben um einen Einheitsstaat, im Gange des Zollvereins liegt es nicht, für politische Zwecke materielle Konzessionen zu machen.

Ew. Excellenz können versichert sein, daß ich mich bemühe, die Verhältnisse leidenschaftslos und unbefangen aufzufassen, was nicht immer ganz leicht ist; ich bin weit entfernt von allen Rekriminationen gegen irgend Jemand. Dergleichen führen zu keiner Lösung, sondern nur zu Verwickelungen. Ganz besonders fühle ich mich frei von jeder Mißgunst und Eifersucht gegen den Kaiserstaat und ich kann dasselbe von dem Könige, meinem Herrn, mit gutem Gewissen sagen. Er wünscht nichts sehnlicher, als auch den noch vorhandenen Streitpunkt beseitigt zu sehen. Wir glauben durch die Sendung des Herrn Delbrück im Jahre 1850 und durch unsere Erklärung vom 30. August d. Js. unsern guten Willen zu einem beiden Theilen entsprechenden Arrangement bethätigt zu haben: wir sind dazu ferner bereit.

Indem ich hierbei mit Vertrauen auf Graf Thun rechne, kann ich im voraus verheißen, daß das königl. Kabinet in jeder Weise die Ausgleichung und Annäherung divergirender Ansichten und Interessen fördern wird.

Schließlich habe ich Ew. Excellenz nicht nur wegen der Ausführlichkeit dieses Schreibens um Verzeihung, sondern auch darum zu bitten, daß dieselben die rücksichtslose Offenheit, mit der ich mich ausgesprochen habe, entschuldigen und ihr insofern Rechnung tragen wollen, als Ew. Excellenz meine Mittheilung nicht als eine diplomatische, sondern als eine rein vertrauliche betrachten."

Sanssouci, den 26. Oktober 1852. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Ew. Excellenz erwähnte in unserer letzten Unterredung die Geldforderung des Kriegsministers, die durch ein politisches Promemoria motivirt wäre, was nach dem, was Sie mir davon sagten, Mehreres enthält, was man nicht ganz theilen kann. Ich möchte anheimgeben, nicht allein des Friedens, sondern überhaupt der Vorsicht wegen die Gründe auf sich beruhen zu lassen, sich aber davon zu durchdringen, daß Rüstungen durchaus nöthig sind. Meines Erachtens müssen diese in Verstärkung der Ordres und in allmählicher Anschaffung von Pferden für Kavallerie, Artillerie und Train bestehen, damit bei der Mobilmachung nicht Mangel eintritt. So etwas kann ohne Aufsehen geschehen.

Die Maßregeln von Oesterreich in Italien sind doch sehr sonderbar. Sie verschaffen sich eine Souveränetät über Modena, Parma und jetzt über Toscana. Sie bedingen sich ein Besatzungsrecht von Livorno aus. Ich würde ihnen das Alles gönnen, aber auffallend bleibt es doch, daß Bonaparte zu dem Allen schweigt,*) so daß man auf den Gedanken kommt, den Hatzfeldt zwar ganz abweist, daß Oesterreich sich mit Bonaparte über Belgien auf der einen und über Italien auf der anderen Seite vertrage."

St. Petersburg, den 31. Oktober 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Es sind hierher Aeußerungen des Frhrn. v. Prokesch an den Baron v. Budberg über sehr günstige Anerbietungen Oesterreichs bezüglich der Zollfrage gelangt, welch letztere an Ew. Excellenz gemacht sein sollen. Dieselben gipfeln darin, daß dem Bestehenbleiben des alten Zollvereins von Seiten Oesterreichs gar nichts in den Weg gestellt wird, und daß die kaiserl. Regierung mit dem Minimum ihrer früheren Wünsche sich zufrieden geben will. Vorausgesetzt, daß dergleichen Eröffnungen durch Frhrn. v. Prokesch in der That an Ew. Excellenz gelangt sind, möchte der Reichskanzler abzusehen von allen Vorgängen, den zwar unmaßgeblichen aber

*) Ueber diese seltsame Taktik Napoleons siehe auch Gerlach, a. a. O., Bd. I S. 813.

durchaus wohlgemeinten Rath aussprechen, doch ja hierauf eine Unterhandlung mit Oesterreich stattfinden zu lassen.

Ein Schreiben des Barons Meyendorff vom 24. d. Mts. führt an, daß man in Wien die Antwort auf des Grafen Buol Schreiben noch erwarte, und die in Wien bereits anwesende Zollkommission nichts sehnlicher wünsche als eine Verständigung und Verhandlung zwischen den beiden deutschen Großmächten.

Indem ich gewissenhaft der Aufforderung des Grafen Nesselrode in vertraulicher Weise genüge, muß ich mich selbst jeder Beurtheilung der Sache enthalten, da ich den Gang der Angelegenheiten nicht genau kenne, weder das Schreiben des Grafen Buol gelesen habe, noch weiß, ob die Angabe des Herrn v. Prokesch, wie solche der russische Gesandte hierher berichtet hat, mit der Ansicht der österreichischen Regierung auch völlig übereinstimme. Ich bin aber von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß Ew. Excellenz ohne jegliche Vorurtheile das Richtige und Mögliche selbst erkennen und somit das Thunliche auch mit Nachdruck ergreifen werden, um die unglückliche Spannung mit Oesterreich aufhören zu lassen.

Schon einmal haben Ew. Excellenz durch ein glückliches und zeitgemäßes Einschreiten Großes geleistet und allen Parteiansichten getrotzt; ich bin versichert, daß Hochdieselben es heute wieder sein werden, die mit richtigem politischen Scharfblick und Energie die schwierige Frage lösen werden.

Ich bin zwar kein kompetenter Richter, indessen scheint mir die Differenz nicht mehr allzu groß. Was sind für einen hochgestellten Staatsmann, was sind namentlich für unseren Premierminister die Ansichten der Parteien, die Leidenschaften einzelner Stimmen, wenn es sich darum handelt, Ruhe und Frieden, Eintracht und Einigkeit herzustellen.

Ohne mit Bestimmtheit und Festigkeit den Knoten zu durchschneiden, kommen wir nicht ins Reine. Kein Staat in der Welt vermag allein zu stehen, und Preußen weniger als irgend ein anderer kann einen moralischen Stützpunkt vermissen. Diesen in England zu suchen, scheint mir in Betracht der jetzigen englischen Zustände nicht ausreichend. Rußland geht von der Ansicht aus, daß der Einfluß Preußens und Oesterreichs in Deutschland gleichberechtigt bleibe. Es bestreitet aufs Bestimmteste, daß es sich vorwiegend nach Oesterreich hinneige, sondern versichert bei jeder Ge-

legenheit, daß es in Wien zur Eintracht dränge. Ich kann nicht leugnen, daß ich dies in den Depeschen bestätigt finde, die mir Graf Nesselrode vorgelesen. Derselbe hat in Wien kein politisches Memorandum bekommen.

Alles dies zusammengenommen und schließlich noch die neuesten Nachrichten von dort, daß man in der That eine Verständigung mit Preußen ernstlich wünscht, geben mir die Hoffnung, daß Ew. Excellenz diesen Moment benutzen werden. Ich vertraue daher dem Recht und dem Glück Preußens, daß Ew. Excellenz dementsprechend handeln werden.

Ich fühle sehr wohl, daß ich durch vorstehende Aeußerungen das Maß meiner amtlichen Stellung weit überschreite; ich konnte es aber nicht über mich gewinnen, meine Meinung zu verschweigen. Man kann in der Politik verschiedene Wege gehen, von welchen die einen gefährlicher Natur, die andern die bessern sind, aber man muß wenigstens einen bestimmten Weg verfolgen und sich bewußt sein, welches die nothwendigen Konsequenzen des letzteren sind.

In dem festen Glauben, daß Ew. Excellenz den richtigen Weg verfolgen, bitte ich nur noch den Ausdruck der tiefsten Verehrung und festen Anhänglichkeit zu gestatten.

Im November des Jahres 1850 traf ich auch zu Ew. Excellenz Unterstützung ein; ich wurde arg angegriffen und begeifert, vielleicht noch getadelt, demungeachtet biete ich Ew. Excellenz auch heut wieder meine schwache Hand und gehe mit Ihnen, bis wohin Sie wollen."

Berlin, den 1. November 1852. Manteuffel theilt dem hannoverschen Minister v. Schele in einem ganz vertraulichen Privatschreiben mit, er habe sehr genaue Kenntniß über die dermalige Stimmung in Wien in Betreff der Zollvereinskrisis.

Man befindet sich in großer Verlegenheit darüber, wie man sich mit den Koalitionsstaaten verständigen soll. Es finden sich dort die drei großen Bedenken, die Valuta, die Monopolsperre und der Repartitionsmodus. Das letztere ist unübersteiglich. Man ist daher jetzt zu versöhnlicheren Ansichten gelangt und hat sie hier auch sprechen lassen.

Freilich ist der Mund des hiesigen österreichischen Diplomaten wenig geeignet, seinen Worten Zutrauen zu erwecken, nichtsdesto-

weniger habe ich seine Versicherungen nicht von der Hand gewiesen, sondern den Gesandten v. Arnim in Wien angewiesen, mit der durch die Umstände gebotenen Vorsicht die Bahn der Verständigung zu betreten. Ich habe dies mit Genehmigung des Königs, meines Herrn, aber im Widerspruch mit den hiesigen aufgeregten Leidenschaften gethan, deshalb ist es mir überhaupt zur Erreichung des Zweckes von äußerster Wichtigkeit, daß davon nichts verlaute, und ich darf der Gewährung meiner Bitte, diese Sache sehr geheim zu halten, mit Zuversicht entgegensehen. Die in viele diplomatischen Berichte und in die Zeitungen übergegangene Nachricht, daß zwischen Oesterreich und Preußen die Verständigung bereits erfolgt sei, welche natürlich unwahr ist, schadet der Sache so schon genug. Andererseits darf aber nicht vergessen werden, daß, sofern es Oesterreich mit seinem jetzigen Entgegenkommen überhaupt Ernst ist, dies nur infolge der erwähnten Verlegenheit ist, und daß jenes in dem Maße abnehmen wird, in welchem man uns in ähnlicher Bedrängniß sieht.

Sollten nun Ew. Excellenz mir gemachte Mittheilungen vor der Zeit bekannt werden, so würde daraus sofort die Behauptung hergeleitet werden, daß wir unsererseits von unseren Verbündeten ebenfalls gedrängt würden, und die Position könnte sich sehr zum Nachtheil der schließlichen Verständigung wiederum ungünstiger gestalten. Deshalb geht meine Bitte dahin, Ew. Excellenz wollen von den uns gemachten Vorschlägen so wenig wie möglich verlauten lassen.

Meinerseits werde ich dieselben ebenfalls geheim halten. Graf Nostitz, der wahrscheinlich übermorgen nach Hannover kommt, wird Ew. Excellenz über den Gegenstand ausführlich sprechen.

Vom Königreich Sachsen haben wir gestern eine wenig freundliche Erwiderung auf meine letzte Cirkulardepesche in der Zollvereins-Angelegenheit erhalten, welcher einige andere Gesandten accedirt sind. Es wäre leicht gewesen, darauf zu repliciren, ich halte indeß dafür, daß es um des Friedens willen besser ist, zu schweigen, und habe daher die mir angebotene Abschrift nicht angenommen."

Wien, den 2. November 1852. Der Gesandte Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz haben den Eindruck, den Ihr Schreiben*) auf Graf Buol machen würde, ganz richtig beurtheilt. Er hat es höflich, aber kalt gefunden, und danach die Hoffnung auf Ausgleichung aufgegeben. Er war daher sichtlich über meine Aeußerungen erfreut. Daß ich diese als ganz von mir ausgehend vorgestellt habe, und daher darauf warte, ob Ew. Excellenz sie gut heißen, wollen Sie aus meinem Berichte des Näheren ersehen. Ich habe ihm auch gesagt, Prokesch habe zu Ew. Excellenz und zu den Diplomaten viel über Verständigung und Bereitwilligkeit Oesterreichs, dazu die Hand zu bieten, gesprochen, ihm aber nicht verhehlt, wie die Aeußerungen von Prokesch, der sonst eine ganz andere Sprache geführt habe, keinen Eingang hätten finden können, da man ihm nicht traute. Unsere Unterredung war eine ganz vertrauliche und hat diesen Charakter keinen Augenblick verloren.

Ew. Excellenz schreiben mir noch über Hatzfeldts Rückkehr nach Paris und über seine Verlegenheit, wie er sich in Bezug auf das herannahende Kaiserthum äußern soll. Mein Bericht über eine mit Graf Buol gehabte Unterredung wird wohl noch vor Hatzfeldts Abreise eingegangen sein, weshalb ich auf diesen Gegenstand nicht wieder zurückgekommen bin.

Der Kaiser Franz Joseph will also bald nach Berlin kommen. Ich möchte beinahe glauben, daß er diesen Besuch noch in diesem Monate machen wird. Ein junger Herr, wie er, macht sich aus schlechter Jahreszeit nichts. Der Großfürst Thronfolger kommt den 10. d. Mts., Meyendorffs Reise wird dadurch sehr verzögert. Er ist über seinen Sohn, der im Kaukasus einen Schuß in die Hüften bekommen hat, etwas besorgt. Man hat die Kugel nicht herausziehen können. Er wird nach Petersburg zur völligen Herstellung gebracht werden, wo die Eltern ihn sehen werden. Meyendorff will sobald er kann, wieder hier sein, da ihm, wie er sagt, ein Winteraufenthalt in Petersburg wegen der vielen ihm von Hof und Gesellschaft aufgelegten Pflichten zu fatigant sein würde. Uebrigens hat Meyendorff seine Ansichten in der Handelsfrage sehr modifizirt, er ist ziemlich österreichisch geworden.

Hochschilds**) wollen, ehe sie nach Italien reisen, noch Nach-

*) Vgl. S. 147.

**) Karl Frhr. v. Hochschild, schwedischer Gesandter in Berlin.

richten vom Könige von Schweden abwarten, dessen Zustand bedenklich sein soll.

Noch will ich erwähnen, daß sämmtliche Koalitions-Zollbevollmächtigten, mit Ausschluß des bayerischen, mir Besuche gemacht haben.

P. S. Frau v. Rochow, die bei ihrer Tochter Gräfin Ugarte hier ist, ist so leidend, daß sie die Rückreise nach Dresden hat aufgeben müssen und hier den Winter bleiben wird. Er, Rochow, wird, wenn er Urlaub erhält, nun wohl herkommen und sehen, ob ich nicht bald abgehe."

St. Petersburg, den 4. November 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz muß ich heut durch erneute und im höheren Grade beunruhigende Nachrichten von dem Krankheitszustand meiner Frau sowie durch eigene Leiden veranlaßt, um die Ermächtigung bitten, einen Urlaub antreten zu dürfen, sobald ich gerufen werde und sobald ich mich mit gutem Gewissen von hier entfernen kann. Ich fühle vollkommen, daß dies ein sehr anmaßender, ja ein kühner Antrag ist, der nur bei dem unbedingtesten Vertrauen des Chefs zu den Untergebenen denkbar ist. Nicht minder verwegen ist es, daß ich von der Ansicht ausgehe, im unbedingten Vertrauen von Ew. Excellenz mich zu befinden. Hochdenselben ist aber wohl erinnerlich, mit welchem Widerstreben ich auf meinen hiesigen Posten zurückgekehrt bin. Ich habe mich nur dem höheren Willen in der zuversichtlichen Voraussetzung unterworfen, daß mir die Freiheit zur baldigen Reise in die Heimath gewährt werde. Im Juli verließ ich meine Frau krank; ihr Zustand hat sich bedeutend verschlimmert; ich selbst wurde in meiner Kur unterbrochen und bin nun schon über zwei Monat heiser.

Seitdem Ew. Excellenz sich durch die Bekanntschaft mit dem Grafen Henkel versichert haben, daß wir durch ihn hier gut vertreten sind, laufen wir durch meine momentane Abwesenheit keine Gefahr. Ich bitte demnach dringend, mir die nachgesuchte Erlaubniß bald durch einen expressen oder französischen Courier zugehen zu lassen. Weiß es Gott, das Reisen mit verdorbenem Körper, bei jetziger Jahreszeit und schlechten Wegen ist nicht einladend, und man muß in der That dazu genöthigt sein, wenn man jetzt um Urlaub bittet.

Sehr angenehm und erleichternd würde es mir sein, wollten Ew. Excellenz die Gewogenheit haben, einmal von meiner Bitte Niemandem in Berlin etwas zu sagen und demnächst mir mit zwei ostensiblen Worte zu schreiben, Sie wünschten meine Gegenwart in Berlin. Dadurch komme ich vom Kaiser besser los.

Uebrigens, wenn Gott kein Unglück schickt, kann ich ja hierbleiben, bis General Castel-Bajac*) zurückgekehrt ist. Früher dürfte auch Herr v. Kisseleff nicht fortgehen. Der Erstere muß uns etwas Näheres über die brennendste Frage**) bringen, und man kann dann Herrn v. Kisseleff mit Instruktionen versehen. Die verspätete Ankunft von Baron Meyendorff ist dem Kanzler sehr fatal, weil er denselben gern hier hätte, bevor Herr v. Kisseleff uns verläßt. Ich habe heut früh einen langen Privatbrief an den Herrn General v. Gerlach geschrieben; vielleicht halten es Ew. Excellenz der Mühe werth, ihn zu lesen, und schicken denselben dann unserem gemeinschaftlichen Freunde zu. Ich habe auch heut an Se. M. den König schreiben müssen, um Allerhöchstdemselben beide Handschreiben vom 11. d. Mts. und 20. v. Mts. zu beantworten.

Möchten Ew. Excellenz sich meine Bitte angelegen sein lassen und mich recht bald mit einer Antwort versehen. Ich setze meinen ganzen Trost auf Ew. Excellenz Theilnahme und Mitleid."***)

Sanssouci, den 8. November 1852. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Aus einem Briefe Bunsens geht die Angst des englischen Gouvernements hervor, daß sich die Großmächte auf Belgien legten, um eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Wissen Sie aus Petersburg und Wien etwas, was diese englische Furcht rechtfertigt? Seien Sie so gut, bester Manteuffel, mir noch heut (wo möglich) Ihre Depesche an Seckendorff†) mitzutheilen, in der des belgischen Preßunfugs erwähnt wird. Vale!

Friedrich Wilhelm."

* Vgl. Anmerk. auf S. 134.

** Die Anerkennung des Kaisers Napoleon.

*** Manteuffels Erwiderung findet sich S. 465, unterm 18. Nov. 1852.

† Graf Theodor v. Seckendorff, preußischer Gesandter in Brüssel.

Paris, den 9. November 1852. **Der Gesandte** Graf Hatzfeldt an Manteuffel **eigenhändig privat:**

„Ew. Excellenz werden aus meinem **Immediatbericht** entnehmen, daß ich mich gegen den Inhalt **Hochderselben** Depesche Nr. 23 zu vertheidigen suche, da letztere offenbar den Sinn hatte, ich hätte nach der Ansicht Sr. M. dem **französischen Minister** nicht tüchtig genug die Wahrheit gesagt. Ich finde meinerseits, daß ich schon etwas zu scharf habe sprechen müssen.

Was sagen Ew. Excellenz denn zu der **Rede des Lord Malmesbury** im Oberhause? Der Ausdruck **entente cordiale** kommt nicht oft vor. Ich muß gestehen, daß ich das **englische Verfahren** etwas arg finde.

Die Erklärungen über die **Neuenburger Sache** sind auch recht eigenthümlich. Was nöthigte den englischen **Minister** dazu, der Schweiz offiziell indirekt bekannt zu machen, daß die **Mächte** nichts thun wollen, um Sr. M. dem Könige zu seinem **Recht** zu verhelfen?"

St. Petersburg, den 10. November 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel **eigenhändig privat:**

„Ew. Excellenz habe ich zu meiner heutigen **Expedition** im Grunde nichts hinzuzufügen. Hochdieselben werden mit dem Inhalt zufrieden sein; ich beklage Sie nur, daß Ew. Excellenz sich aufs Neue mit dem Kammerwesen abhetzen müssen.

Alles ist Nebensache und unnützer **Ballast**, seitdem die Quadrupel-Alliance hergestellt ist; nun wird sich auch manches Andere schneller ausgleichen.

Graf Nesselrode war in dieser Zeit ganz **vortrefflich**. Gott erhalte uns noch lange diesen weisen Staatsmann; seine tiefe Einsicht sowie seine, anderswo fast ganz verschwundene **Tradition** können wir noch gebrauchen. Ed. Burcke*) und **Gentz****) in seiner besten Zeit hätten nichts Besseres produziren können, als die meisten russischen Depeschen. Je näher die Kaiserfrage rückt, je mehr werden sich die kleinen und mittleren deutschen Staaten überzeugen müssen.

*) Edmund Burke, berühmter englischer Schriftsteller, Redner und Staatsmann (1729 bis 1797).

**) Friedrich v. Gentz, Publizist und Staatsmann (1764 bis 1832).

daß sie ihren einzigen Schutz nur in der Eintracht der beiden deutschen Hauptstaaten finden. Meinen deutschen Kollegen habe ich das unaufhörlich gesagt, und Graf Nesselrode sagt ihnen das ebenfalls."

St. Petersburg, den 15. November 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat und vertraulich:

„Durch die Gelegenheit eines französischen Couriers bin ich so frei, Ew. Excellenz zu melden, daß der Kanzler schon vorgestern, Sonnabend, den Marquis Castel-Bajac gesehen und des Kaisers Majestät ihn gestern vormittag zu empfangen die Gnade gehabt. Allerhöchstderselbe geruhten, den französischen Gesandten sehr freundlich zu begrüßen und sich aufrichtig zu freuen, den braven, redlichen Mann wieder hier zu sehen. Se. K. M. enthielten ihm aber keineswegs die Aeußerungen vor, wie die Botschaft des Präsidenten an den Senat vom 4. cr.*) einen höchst verletzenden Eindruck auf Allerhöchstdieselben gemacht habe.

Daran reihten Se. M. die offene, loyale und bestimmte Erklärung, in welcher Weise Allerhöchstdieselben sich bei der Kaiserfrage benehmen würden, indem Allerhöchstdieselben die in den Ew. Excellenz nun bekannten russischen Depeschen befindliche korrekte Entwickelung näher ausführten.

Der General hatte die gedachte Botschaft erst hier kennen gelernt und konnte sich nur darauf beschränken, dem Kaiser die Unterhaltung getreu zu referiren, welche er vor seiner Abreise von Paris mit dem Präsidenten der Republik gehabt und bei welcher letzterer die allervernünftigsten, friedliebendsten und natürlichsten Aufschlüsse gegeben, den lebhaften Wunsch voranstellend, daß man sich nicht an der Form der Kaisererklärung stoßen, sondern von der Ueberzeugung erfüllt bleiben möchte, daß des Präsidenten Hauptzweck die sorgfältige Bewahrung des Friedens sein werde. Der Präsident fühle keine Aufforderung, seinem Onkel auf dem Felde des Kriegerruhmes zu folgen, eine jede Nation habe eine Epoche der Siege und der minderen Erfolge gehabt, das gleiche sich aus; er beabsichtige, die Wohlfahrt des Landes zu befördern und deshalb die Armee zu vermindern.

*) Abgedruckt in der „Vossischen Zeitung", vom 7. November 1852.

Der General Castel-Bajac besuchte mich gleich, nachdem er die Audienz bei dem Kaiser gehabt, und erzählte mir hierbei, wie er mit soldatischem Freimuth dem Präsidenten den Standpunkt näher bezeichnet, auf welchem derselbe die hohen Mächte bei der Kaiserfrage sich werde denken müssen; daß es dabei nicht bloß darauf ankomme, das zu thun, was die inneren Bedürfnisse des Landes und der Wunsch des Volkes fordern, sondern wie man vornehmlich darauf Bedacht zu nehmen habe, auch die Rücksichten dem Auslande gegenüber zu menagiren und die hohen Mächte nicht in die Lage zu versetzen, auch ihre unbestreitbaren Rechte geltend zu machen.

Wenn auch der Prinz Louis Napoleon dem General versichert, daß er für seine Person diese wichtigen Rücksichten, deren Bedeutung er wohl kenne und übersehe, zur Würdigung zu bringen geneigt wäre, so scheint, zum wenigsten nach der Sprache und dem Inhalt der Botschaft an den Senat vom 4. cr. dies doch nicht der Fall gewesen zu sein.

Soviel ich weiß, haben den Kaiser Nicolaus jene Erwägungen des französischen Gesandten nicht veranlassen können, in Allerhöchstseinen Entschlüssen eine Aenderung eintreten zu lassen, vielmehr stehen dieselben definitiv fest und werden gewiß unwiderruflich ausgeführt werden.

Ein Mehreres vermag ich Ew. Excellenz heut nicht zu sagen. Was ich mir soeben zu erwähnen erlaubt, wird mein achtbarer französischer Kollege mit dem gegenwärtigen Courier treu und gewissenhaft seiner Regierung melden.

Bin ich gut unterrichtet, so wird der Kaiser nach der Beendigung einer Inspektion in Zarskoje-Selo heut Mittag den Herrn v. Kisseleff verabschieden, und ich hoffe morgen die Ehre haben zu können, Ew. Excellenz durch die Post anzuzeigen, ob der gedachte kaiserl. russische Gesandte morgen oder vielleicht einen Tag später von hier abreisen wird.

Unsere letzten Nachrichten aus Berlin sind von Baron v. Budberg und reichen bis zum 9. d. Mts. abends. Hochdieselben waren an jenem Tage abwesend; unterdessen werden meine Berichte vom 3., 6., 9., 10. und 13. d. Mts. angelangt sein.

Der Ankunft J. K. H. der Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sehen wir morgen abend entgegen."

St. Petersburg, den 16. November 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz schicke ich heut einen etwas voluminösen Bericht an des Königs Majestät. Ich hielt es für nöthig, einmal offen zu sagen, wie die Dinge hier stehen, daß der Kaiser jetzt sicher ist, daß aber in Rußland eine tiefeingewurzelte Sympathie für Frankreich besteht und neu erwacht ist.

Da der Kaiser festhält, so hat das weiter nichts zu bedeuten. Der Kanzler ist höchst erfahren und dabei gemäßigt, ganz leidenschaftslos. Er wird gewiß nicht zu weit gehen; er ist nur darauf bedacht, die Ehre zu wahren und nichts zu thun, was den Präsidenten noch anstacheln könnte, anmaßend zu sein. Hält man dessen Rede auf der Reise mit der Botschaft vom 4. cr. zusammen, so sieht man deutlich, daß er sich schon in einem Labyrinth von Widersprüchen befindet.

Das, was er zu seinem und Frankreichs Heil thun will und thun wird, spricht eigentlich einen giftigen Tadel desjenigen politischen Systems aus, zu dessen Aufrechterhaltung die Mächte verpflichtet sind. Auf falsche Dialektik und Inkonsequenzen, auf Kreuz und Querzüge wird man gefaßt sein müssen. Wir dürfen uns aber dadurch nicht irre führen lassen, sondern müssen ruhig und entschieden das eben einzige System verfolgen, welches allein geeignet scheint, das Ganze zusammenzuhalten; wir müssen den Geist, welcher die Verträge geschaffen, aufzufrischen suchen.

An Rathschlägen, Mitteln und Kräften kann es uns allen nicht fehlen, um der Suprematie eines neu aufkommenden Napoleonischen Reiches Einhalt zu thun, denn Niemand ist mehr taub gegen die Stimme der Vernunft.

Unter dem Vorgeben, Europa von den Barbareien der Rothen zu retten, trägt der Präsident so viel persönliche Erbitterung, so feindliche Leidenschaft gegen die Verträge in sich, daß wir uns auf Alles gefaßt machen müssen. Deshalb müssen unsere Blicke mit der gespanntesten Aufmerksamkeit auf Frankreich gerichtet bleiben; wir müssen nicht mit vorgefaßten Meinungen, sondern mit unbefangener Klarheit beobachten, welchen Weg der Präsident einschlagen wird."

Wien, den 16. November 1852. Graf Arnim an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz Privatschreiben vom 12. d. Mts.*) habe ich erhalten. Ich bin sehr dankbar für die mir in Bezug auf einen etwaigen Besuch des Kaisers von Oesterreich in Berlin gegebene Instruktion. Ich bin ganz mit Ew. Excellenz darin einverstanden, daß, wenn, wie es zuerst die Absicht Sr. M. des Königs gewesen ist, den Besuch abzulehnen und ihn erst für nächstes Frühjahr zu wünschen, dies hier einen unangenehmen Eindruck gemacht haben würde. Es ist mir daher lieb, daß Se. M. davon zurückgekommen sind. Ich werde nicht ermangeln, mich in der vorgeschriebenen Weise zu äußern, wenn die Sache wieder zur Sprache kommt.

Bis jetzt ist dies nicht der Fall gewesen. Graf Buol hat nichts erwähnt, auch habe ich sonst nichts davon gehört. Ob der Kaiser dem General Wrangel etwas darüber gesagt hat, weiß ich nicht, da ich ihn, nachdem er beim Kaiser gespeist hatte, nicht mehr gesehen habe. Ich möchte es indessen bezweifeln, da er Sr. M. dem Könige und Ew. Excellenz sonst gewiß davon gesprochen haben würde.

In der Handelssache**) werden Ew. Excellenz meinen Bericht nebst Buolscher Note bereits erhalten haben. Wenn es wünschenswerth ist, den Anschluß mit den Thüringischen Staaten erst abzuwarten, so können Ew. Excellenz die Antwort verzögern, was nicht auffallen wird, da Graf Buol ganz überrascht war, daß ich so schnell Antwort auf meinen Bericht erhalten hatte. Wen man von hier zur Unterhandlung nach Berlin schicken wird, darüber scheint noch nichts bestimmt zu sein. Glücklicherweise ist der Ministerialrath Dr. Hock hier bei dem Zollkongresse als Bevollmächtigter, daher er wohl nicht nach Berlin gehen wird. Ich sage glücklicherweise, denn der v. Hock ist sehr gegen uns gestimmt, wozu das Benehmen des Herrn v. Kampts, der jetzt in Hamburg ist, und der 1847 hier mit ihm verhandeln sollte, vorzüglich beigetragen hat.

*) In dem litterarischen Nachlasse Manteuffels nicht vorhanden.

**) Am 15. November verfügte sich Graf Arnim zu dem Minister Buol, um Anträge zu einer Verständigung in der handelspolitischen Frage zu machen. Preußen wollte sofort mit Oesterreich wegen eines Handelsvertrages unterhandeln, die einzige formelle Bedingung war, daß Graf Buol schriftlich den Wunsch nach einer Verständigung aussprach. Die Verhandlungen sollten in Berlin stattfinden, vorläufig ohne Zuziehung anderer Regierungen, so daß Preußen die Interessen Hannovers und Braunschweigs, Oesterreich jene der Koalitionsstaaten vertrat.

Wie ich dem hiesigen hannoverschen Gesandten v. Stockhausen das Geeignete mitgetheilt habe, werden Ew. Excellenz aus meinem heutigen Berichte geneigtest ersehen.

Es heißt hier, daß Graf Grünne die Stelle eines ersten General-Adjutanten verlieren, aber Ober-Stallmeister werden wird. Warum der Kaiser ihn entfernen will, darüber weiß man nichts. Möglich auch, daß Graf Grünne, der noch von der ungarischen Reise mehr oder weniger leidend ist, wünscht, die vielen Geschäfte abzugeben. In politischer und militärischer Hinsicht hatte er übrigens keinen Einfluß. Als seinen Nachfolger bezeichnet man Graf Mensdorff oder Feldmarschall-Lieutenant Benedek.

Baron Hochschild wird schon wieder in Berlin sein. Sein Schwiegersohn Graf Bille Brahe*) ist in traurigem Zustande. Die junge Frau ist Krankenwärterin. Er scheint die Auszehrung zu haben.

Ew. Excellenz bedauere ich im voraus, da die Eröffnung der Kammern nahe ist. Ohne Aerger und Verdruß wird es nicht abgehen. So viel ich aus den Wahlen habe abnehmen können, scheint es mir, daß die zweite Kammer besser wie die erste sein wird. Doch kenne ich die jetzige Lage der Dinge zu wenig, um darüber sowie über den wahrscheinlichen Verlauf der Session urtheilen zu können."

St. Petersburg, den 17. November 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz finden in meiner heutigen amtlichen Expedition Alles, was ich in der Kaiserfrage zu melden habe, und zwar sowohl des Kaisers als des Kanzlers Ansicht, das Urtheil über die Wiener Nachricht und des Grafen Nesselrode vorläufige Bemerkungen über das englische Memorandum vom 9. cr.

Mein englischer Kollege hat mir einen Privatbrief von Lord Malmesbury und Graf Nesselrode sowohl die Depesche als die vertraulichen Schreiben des Barons Brunnow vorgelesen. Alles stimmt im Wesentlichen vollkommen mit den hiesigen Urtheilen und Entschlüssen überein. Man will der Vergangenheit nicht entsagen, aber auch für die Zukunft keine Verbindlichkeit übernehmen,

*) Vgl. Anmerk. auf S. 265

Frankreich in seinem Innern den eigenen Weg gehen lassen, allein das, was ein Jeder besitzt, erhalten wissen; bestimmt und fest auftreten, einig untereinander sein, nicht drohen oder herausfordern, aber doch auch zeigen, daß man erworbene Rechte nicht leichtsinnig aufgiebt, um einem Dritten zu gefallen.

Ich halte es für nicht unwahrscheinlich, daß man sich hier in der Hauptsache dem englischen Memorandum anschließt. Dasselbe scheint jedoch nicht konkludirend zu sein, und deshalb wird man wohl auf eine Konferenz in London und demnach allenfalls auf eine Kollektiverklärung eingehen. Vor Sonntag werde ich Ew. Excellenz schwerlich bestimmte Nachricht hierüber ertheilen können. Dort, in London, wird sich auch feststellen, ob man den neuen Kaiser Monsieur, mon frère oder Sire und Majesté Impériale abwechselnd nennt. Der Kaiser ist für Letzteres.

Die russische Depesche an Baron Budberg und dasjenige, was ihm mitgetheilt wird, enthält übrigens weit mehr als meine Berichte, welche nur flüchtig die hiesigen Ansichten umschreiben können.

Nächsten Freitag geht der gewöhnliche englische Courier ab; er dürfte Hochdenselben wenig bringen; Sonntag wird Sir Hamilton wohl den außergewöhnlichen britischen Staatsboten, der gestern das Memorandum überbracht hat, reexpediren. Sollte dann im Laufe der nächsten Woche etwas vorfallen, so schicke ich Jemand nach Tilsit; das Meiste läßt sich jedoch durch die Post schreiben.

Die Frau Großherzogin von Mecklenburg ist gestern Abend 6 Uhr sehr glücklich hier eingetroffen. Ich bin immer leidend und erinnere an meine Wünsche, die ich gern möglichst lange hinausschiebe, aber ich gehe darüber zu Grunde."

Berlin, den 18. November 1852. Manteuffel an den Gesandten Rochow in St. Petersburg eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz kann ich auf das Schreiben vom 4. d. Mts.*) erwidern, daß des Königs Majestät mich ermächtigt haben, Ihnen, verehrter Freund, zu sagen, wie Allerhöchstsie in Betracht der angeführten traurigen Veranlassung es lediglich Ihnen überlassen, die beabsichtigte Urlaubsreise zu der Zeit anzutreten, wo Sie es nach den Umständen und vorliegenden Dienstgeschäften am ge-

*) Vgl. S. 456.

eignetsten erachten. Ich habe hierüber mit Niemand als mit des Königs Majestät, den ich dabei nicht übergehen durfte, gesprochen.

Das Memorandum des kaiserl. russischen Kabinets über Napoleon III. ist mir vorgestern zugegangen, und ich habe es gestern Sr. M. vorgetragen, welcher dasselbe mit größter Befriedigung und die einzelnen Stellen mit dem lauten Ausruf seiner Zustimmung aufgenommen hat. Auch das Londoner Memoire haben Se. M. mit großem Beifall aufgenommen, nicht sowohl, weil Allerhöchstdieselben den darin festgehaltenen Standpunkt überall theilten, als wegen der unleugbar daraus hervorgehenden Thatsache, daß England das Bedürfniß fühlt, aus seiner bisherigen isolirten Stellung heraus und, wenn auch nicht mit den Kontinentalmächten auf denselben Boden, doch diesen näher zu treten.

Se. M. sind daher sehr schmerzlich durch die Nachricht, die aus Wien uns zugekommen, berührt, wonach das dortige Kabinet den englischen Vorschlag kühl aufnimmt und, wenn auch die Anfragen nicht ganz zurückweist, doch die Ansicht ausspricht, daß damit nicht zu eilen, sondern etwa nach der Promulgirung des Kaiserreichs erst vorzugehen sei. Allerhöchstdieselben sind der Meinung, daß es unter gegenwärtigen Verhältnissen, und namentlich nachdem durch mehrere Minister des Präsidenten die Ansicht ausgesprochen sei, unter Umständen auch mit der Revolution zu gehen, vor allen Dingen Einigkeit nothwendig sei, man also nicht Differenz-, sondern Konsonanzpunkte zu suchen und zu accentuiren habe, damit daraus weiterhin völlige Uebereinstimmung abgeleitet werden könne. In diesem Sinne bin ich angewiesen, sowohl die russische als auch die englische Willensäußerung angelegentlichst zu acceptiren und auch nach Wien die dringende Bitte zu schreiben, daß man sich so viel als möglich zusammenhalten möge.

Das Londoner centre d'entente werde wenigstens den Zweck haben, nach außen ein fortgesetztes gegenseitiges Verständniß und eine Linie zu repräsentiren, deren Ueberschreitung die vier Mächte nicht zu gestatten entschlossen seien. Es ist der Wunsch des Königs, daß Ew. Excellenz in diesem Sinne unausgesetzt in Petersburg sich aussprechen. Die letzten Wiener Depeschen, welche uns die Instruktionen für Herrn Hübner brachten, waren so korrekt, daß Se. M. sich den besten Hoffnungen hingaben und deshalb schmerzlich berührt sind, daß jetzt jene Weigerung gemeldet wird. Der König

macht darauf aufmerksam, daß schon das Einverständniß über gewisse Formfragen von wesentlichster Bedeutung sein werde, die vor der Anerkennung zum Austrag gebracht werden müssen.

An Graf Hatzfeldt habe ich soeben verfügt, daß er sich unbedingt an Herrn v. Kisseleff anzuschließen und mit ihm gemeinschaftlich auch die préalablement erforderlichen Garantien zu verlangen habe. Ihn in dieser Beziehung allein vorgehen zu lassen, hielt ich für bedenklich.

Heute geht hier die Nachricht von den Reduktionen der französischen Armee ein. Ich lege darauf keinen Werth. Il tourne vite.

Ich bin indeß unter allen diesen Umständen nichts weniger als gereizt gegen den Präsidenten und bedauere, daß Se. M. sich in dieser Stimmung befinden. Ich vergesse nicht, was hinter dem Louis Napoleon steht: die Rothen. Will er gemeinschaftliche Sache mit ihnen machen, so muß er leider losschlagen; thut er dies nicht, so ist es immer noch besser als manche andere Eventualität, und man muß sich wohl hüten, ihn dazu zu drängen.

Die Zollangelegenheit hoffe ich nun doch noch in die Ordnung zu bringen. Ich denke, daß wir mit Oesterreich direkt verhandeln werden, und wenn man dort nur guten Willen und nicht die Absicht hat, bei dieser Gelegenheit noch für Pfordten und Beust auf unsere Kosten Lorbeeren zu pflücken, so können und müssen wir uns verständigen. Freilich habe ich in dieser Beziehung hier noch unendliche Schwierigkeiten zu bekämpfen, namentlich ist der jeder politischen Betrachtung unzugängliche Minister v. Bodelschwingh ein schlimmer Gegner, den ich in keiner Weise fürchten würde, wenn meine Positionen nicht ganz unhaltbar würden, wollte ich ihn bei der Gereiztheit des Königs, des Prinzen von Preußen und des Landes als einen Märtyrer der Festigkeit gegen Oesterreich fallen lassen.

Die beiden bevorstehenden Kammern werden auch das Ihrige zur Erschwerung der Situation beitragen. Meine wohlgemeinten Rathschläge über deren Behandlung sind leider zum großen Theile überhört worden.

So betrübt und niederschlagend das Alles ist, so darf man doch den Muth nicht verlieren. Es wird ja überall mit Wasser gekocht!

Ew. Excellenz bitte ich, meine Empfehlungen dem Herrn Reichskanzler darzulegen und mir Ihre Gewogenheit zu bewahren."*)

Berlin, den 19. November 1852. Manteuffel an den Gesandten Grafen Hatzfeldt in Paris eigenhändig privat und ganz vertraulich:

„Ew. Hochgeboren Expeditionen vom 16. d. Mts. habe ich erhalten. Die darin angekündigte Beruhigung des englischen Kabinets durch die an Lord Cowley abgegebenen Erklärungen wird Sr. M. nicht angenehm sein. Aber Höchstdieselben gingen mit großer Lebendigkeit in die englische in einem willkürlichen und, wie mir scheint, nicht sehr klaren Memorandum entwickelte Proposition, in London über die verhängnißvolle Nr. III zu konferiren, ein. Ich habe in diesem Sinne schreiben müssen.

Se. M. sind fortwährend von der Idee durchdrungen, daß der Prinz Louis Napoleon in Kurzem sich und seine Eroberungspläne auf die Revolution in den Nachbarländern stützen werde, und daß man dessen Bestrebungen nur durch Verbindung der vier Großmächte werde entgegentreten können.

In der Zollsache scheint man jetzt in Wien vernünftig und eingehend sein zu wollen, und wenn wir mit Braunschweig und den thüringischen Staaten abgeschlossen haben, was hoffentlich in den nächsten Tagen geschehen wird, dann können wir ohne alle Inkonsequenz einen Handelsvertrag mit Oesterreich schließen, durch welchen wir, bei voller Wahrung unserer Selbständigkeit, den Koalitionsstaaten das Gesetz vorschreiben.

Wichtig ist aber, daß davon nicht gesprochen wird, damit die Leidenschaften und deren Träger, die Zeitungen, diesen Dingen fernbleiben.

Von Olbergs Ernennung für Paris**) hat Se. M. abgestanden. Ich habe Ew. Hochgeboren Schreiben nicht vorgelesen, weil ich befürchtete, es könne vielleicht das Gegentheil von dem zur Folge haben, was damit beabsichtigt worden. Denn wenn Ew. Hochgeboren meiner Bemühungen, ihn abzuwehren, gedenken, so würde der König eine Konspiration von uns Beiden gegen seinen

*) Die Erwiderung v. Rochows findet sich S. 469, unterm 24. Nov 1852.

**) Vgl. S. 400.

Willen darin erblickt haben. Ebenso hätte die in Aussicht gestellte Eventualität Ihres Rücktritts in diesem Stadium der Entwickelung leicht eine nicht erwünschte Wirkung haben können."

Potsdam, den 23. November 1852. General v. Gerlach an Manteuffel eigenhändig:

„Se. M. legen den größten Werth darauf, daß die von England vorgeschlagene Konferenz der vier Mächte zu Stande kommt. Se. M. halten das Daß für wichtiger als das Wie, die Form für wichtiger als den Inhalt und dringen daher darauf, daß Oesterreich, wenn es nöthig ist auch Rußland, auf alle Weise veranlaßt werden, in die englischen Verträge einzugehen. Es käme Alles darauf an, Frankreich als ein Ganzes gegenüberzustehen.*)

Der Herzog von Braunschweig hat die Frage hier angeregt, ob es nicht an der Zeit sei, bei dem Bunde die in der Militärverfassung desselben festgestellte Inspizirung der Kontingente anzuregen. Der Herzog will wissen, daß diese Kontingente sich großentheils in einer sehr schlechten Verfassung befinden, und Nachrichten, die wir hier haben, stimmen damit überein. Außerdem hat der Herzog noch die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, zu den Inspekteuren diejenigen Generale zu ernennen, welche bei einem dereinstigen Zusammentritt des Bundes-Armeekorps die Divisionen kommandiren würden, damit auf diese Weise sofort eine quasi bleibende Organisation ins Leben treten könnte. Soviel sich auch hierfür sagen läßt, so möchte doch die Ausführung dieses zweiten Gedankens des Herzogs Schwierigkeiten haben, da die Divisionäre von dem betreffenden Fürsten nach vorhergegangener Uebereinkunft ernannt werden, welche zu beschaffen seine Schwierigkeit haben dürfte.

Se. M. wollen, daß Ew. Excellenz auch diese Sache überlegen und das Erforderliche nach Frankfurt veranlassen möchten."

Die Frage kam demnächst im Bundestag zur Sprache und wurde auch von Bismarck in den Kreis seiner amtlichen Berichterstattung gezogen.**)

*) Auch Gerlach selbst befürwortete jetzt den englischen Kongreßvorschlag. a. a. O., Bd. I, S. 822.

**) Vgl. dessen eigenhändiges Privatschreiben an den Minister v. Manteuffel, d. d. 1 März 1853 „Preußen im Bundestag" Bd. I, S. 205.

St. Petersburg, den 24. November 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Ew. Excellenz eigenhändiges Schreiben vom 18. cr.*) habe ich gestern zu empfangen die Ehre und große Freude gehabt. Dem mir ertheilten besonderen Allerhöchsten Befehl Sr. M. des Königs ist sofort entsprochen. Ich bin immer noch krank, kann daher nicht zum Kaiser gehen, allein ich habe über den wichtigen Inhalt Ew. Excellenz vertraulichen Instruktion mit dem Grafen Nesselrode geredet. Dieser brave Mann besucht mich fleißig und war auch gestern bei mir. Der Verabredung gemäß richtete ich an ihn eine französische Zuschrift, in welcher ich die Befehle Sr. M. des Königs auseinander gesetzt. Graf Nesselrode wird den Ansichten des Königs das Wort reden, nur müsse man die Antwort aus London abwarten.

Er hält es für sehr wichtig und unentbehrlich, sich mit England zu verstehen, nur müsse man mit den Engländern eine gewisse Vorsicht nicht aus den Augen verlieren, sich ihnen nicht ganz hingeben, und deshalb wünscht der Kanzler auch, daß man die Rückäußerung aus London erst abwarte. Auf den Kaiser darf man nicht mit allzugroßer Hast einstürmen; glauben Ew. Excellenz mir, daß wir schon von Sr. M. weit mehr erreicht haben, als ich mir vorgestellt.

Graf Nesselrode giebt mir das Zeugniß, daß ich ihn dabei redlich unterstützte. Der Kaiser ist noch immer zu sehr für die Person des Präsidenten eingenommen; ich lasse demselben volle Gerechtigkeit. Derselbe hat aber nur in seinem eigenen Interesse gehandelt. Profitiren wir mit daran, so ist es sehr die Frage, ob, wenn wir ihm das allzuhoch anrechnen, wir nicht doch am Ende darunter leiden würden.

Man kann sich auf den Präsidenten gar nicht verlassen, darüber sind alle vernünftigen Menschen einig, die mit ihm zu thun haben. Er würde uns alle dupiren, wollten wir ihm nur Glauben schenken. Deshalb braucht man aber nicht gegen ihn gereizt zu sein; seine Eigenthümlichkeit, seine Verstecktheit, seine Ambition legen uns aber die Pflicht auf, mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen, nicht Alles zu thun, was er uns zumuthet oder was er fordert. Mit ihm muß man marchandiren und seinen Anmaßungen Festigkeit entgegensetzen.

*) Vgl. S. 465.

Ich sehe durchaus keinen nahen Krieg voraus, fürchte aber auch einen solchen nicht. Soll aber ein Krieg kommen, so scheint es besser, wenn er bald kommt. Ich bin unbedingt dafür, daß man Alles aufbieten soll, einen Krieg zu verhindern; allein es giebt gewisse Dinge, welche die Mächte sich nicht von ihm bieten lassen dürfen. Auf eine hautaine Sprache der Franzosen müssen wir gefaßt sein und immer bereit sein, einer solchen würdig und entschieden zu begegnen. Sind wir erst in einer Koalition, und das hängt von der zu gewärtigenden Erklärung Englands ab, so muß die Sprache der Mächte übereinstimmend sein; alsdann soll sich Einer nach dem Andern richten. Ich fürchte den Krieg nicht, ich fürchte aber die Koalition, ich fürchte, daß daraus mancher Streit entstehen wird.

Wie Ew. Excellenz bin ich durchweg der Meinung, daß man in allen Zuständen des Lebens Maß und Ziel halten muß, nicht gereizt, nicht mißtrauisch, sondern ruhig, besonnen, kalmirt und vorsichtig sein. Man kann seine Handlungen nach Ueberzeugungen einrichten, aber diese Ueberzeugungen müssen auf Einfachheit und Klarheit basirt sein; vornehmlich wichtig scheint es, daß man in offiziellen Aeußerungen ruhig ist. Besonnenheit und Ueberlegung, mit Entschiedenheit verbunden, erwecken dauernde Sympathien, während Leidenschaftlichkeit Alles von Einem abwendet.

Die Zollfrage ist sehr übel, doch muß und kann sie jetzt abgemacht werden. Gott wolle Ihre guten Absichten unterstützen; das ganze Land wird Ew. Excellenz segnen, wenn man auch anfänglich nicht zufrieden ist, aber doch endlich zum Ziele gelangt. Bietet uns Oesterreich die Hand, so wird der Kaiser Nicolaus noch enthusiastischer für den Kaiser Franz Joseph schwärmen. Weisen wir die österreichische Hand zurück, so wird des Kaisers Groll noch größer gegen uns. Wir brauchen deshalb unsere Interessen nicht hintenanzusetzen; davon ist auch bei Niemand, welcher den preußischen Namen trägt, die Rede, aber im Hinblick auf die bevorstehenden großen Weltereignisse ist eine Verständigung so wichtig, daß man sich nicht vorstellen kann, wie gute Menschen eine solche nicht sehnlichst wünschen können. Was kann Oesterreich den Herren v. der Pfordten und Beust für Lorbeeren streuen. Will Graf Buol diese beiden Männer mit Glacéhandschuhen anfassen, so mag er es thun, wenn er nur alle Rücksichten gegen Preußen beobachtet. Es ist undenkbar, daß man fortfahren sollte, von uns aus Ew. Excellenz in der Zollfrage Schwierigkeiten zu einer Zeit zu machen,

wo es sich um so große Interessen handelt und andere Zänkereien in den Hintergrund treten sollten.

Ich begleite Ew. Excellenz Bestrebungen mit den sehnlichsten Wünschen."

Berlin, den 25. November 1852. Manteuffel an den Gesandten Grafen Hatzfeldt in Paris eigenhändig privat:

„Ew. Hochgeboren sage ich durch Herrn v. Kisseleff nur zwei Worte über hiesige Verhältnisse. Des Königs Majestät sind namentlich durch die von dort berichteten Aeußerungen einiger Minister, daß Frankreich sich unter Umständen auf die Revolution in anderen Staaten stützen werde, sowie durch Berichte (welche nicht durch meine Hand gegangen sind), worin derartige Intentionen noch bestimmter bezeichnet sind, sehr erregt und sehen eine nahe und drohende Gefahr, Aufstand am Rhein, im Posenschen u. s. w. Es scheint mir, daß auch in Wien eine wesentliche Umgestaltung der Auffassung, und zwar im Sinn der Besorgniß vor Frankreich, eingetreten ist. Dies beweisen theils die Depeschen an Herrn v. Hübner und Graf Colloredo,*) welche mir mitgetheilt sind, theils wohl auch der Umstand, daß man dort sehr eine Annäherung an uns und eine Entfernung aller Differenzpunkte sucht. So erfreulich nun auch Letzteres ist, und so sehr man Veranlassung haben mag, auf seiner Hut zu sein, so wenig kann ich mich doch mit zu großer Besorgniß und mit einem gewissen größeren Wesen, welches nur zu leicht durchscheint, einverstanden erklären. Die Aufgabe scheint mir vielmehr zu sein, mit Wohlwollen, Ruhe und Festigkeit die in der Bildung begriffenen Verhältnisse, soweit sie das Ausland angehen, zu ordnen, sich nichts gefallen zu lassen, was man nicht anständigerweise dulden kann, sich aber doch immer zu sagen, daß man weder aus Händeln mit Frankreich noch aus dem Sturze seiner gegenwärtigen Autorität einen Gewinn zu erwarten hat. Se. M. geben mir in diesen Auseinandersetzungen Recht und wollen Ihrerseits auch nichts weniger als Provokationen gegen Frankreich, aber die Differenz kommt sogleich, wenn die Beurtheilung der thatsächlichen Frage stattfindet: welche Gefahr ist vorhanden und wie nahe ist sie? Dann wird mir gesagt, in wenigen Wochen sind wir angegriffen und

*) Franz Graf v. Colloredo-Wallsee, österreichischer Gesandter in London.

müssen auf innere und äußere Stöße gefaßt sein. Meinen Einwand, daß ich die Grundlage einer solchen Ansicht nicht kenne, und daß man durch Ungewißheit eine etwa vorhandene Gefahr vergrößern und heranziehen könne, bleibt wirkungslos. Großen Werth legt Se. M. auf die Einigkeit der vier Mächte; er sieht darin das einzig mögliche Mittel, den Sturm zu beschwören; Allerhöchstdieselben sind daher auf die Londoner Konferenz mit Lebhaftigkeit eingegangen und mißbilligen sehr, daß Oesterreich zögert.*) Se. M. sind ganz zufrieden, wenn bei den Londoner Besprechungen weiter nichts herauskommt als die ganz offene und allen anderen Staaten zur Beitrittserklärung mitzutheilende förmliche neue Garantie des Territorialbesitzstandes; Alles, was den Anschein einer Koalition gegen Frankreich habe, solle geflissentlich vermieden werden. Auf Englands Theilnahme sowohl bei der Konferenz als auch bei allen weiteren Schritten legen Se. M. den größten Werth und meinen, man müsse, um diesen Konsens zu erstreben, die Differenzpunkte mit der englischen, auf Volkssouveränetät hinauslaufenden Auffassung nicht accentuiren, sondern vor Allem die gemeinsamen Punkte herausheben. Der König war daher auch ganz damit einverstanden, daß der Ansicht des Herrn v. Kisseleff gemäß bei irgend gemeinsamen Erklärungen in außerwesentlichen Dingen, Fassungssachen u. s. w. dem englischen Kabinet Konzessionen zu machen seien, nur zu dem Zwecke, um es zum gemeinsamen Handeln zu bringen.

Das ist etwa unsere hiesige Situation. Als praktische Nutzanwendung rathe ich Ew. Hochgeboren, sich eng an Rußland und Oesterreich anzuschließen, den diesseitigen Anweisungen in gemessener und bestimmter, aber nicht in eifriger Weise Folge zu geben, genau zu beobachten und uns stets au courant zu erhalten, zu dem Ende auch den Telegraphen nicht zu schonen.

Herr v. Kisseleff, mit dem ich zweimal ausführlich gesprochen habe, wird Ihnen, verehrter Herr Graf, noch Manches über meine Ansichten mittheilen können. Ich habe ihn sehr ruhig, aber über die Negation der Nr. III**) sehr bestimmt gefunden. Er hofft das Beste und sieht keinen Grund zu Verwickelungen.

In wenigen Tagen eröffnen wir unsere Kammern. Ich werde ihnen über auswärtige Politik kein Wort sagen."

*) Vgl. die Briefe des Königs an Bunsen und Rochow, mitgetheilt von Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 825.

**) scil. bei dem Kaisertitel Napoleons.

St. Petersburg, den 3. Dezember 1852. Der Gesandte v. Rochow an Manteuffel eigenhändig privat:

„Der Feldjäger Krüger hat mir gestern früh 7 Uhr Ew. Excellenz politische Depesche vom 26. v. Mts. gebracht, durch welche Hochdieselben dem Inhalt der russischen Expedition vom 20./8. v. Mts. beipflichten und demgemäß den Herrn Grafen Hatzfeldt instruiren wollen.

Gleichzeitig erhielt ich drei königl. Handschreiben.*) Ich habe diese erleuchteten Aktenstücke mehreremale lesen müssen, um sie zu verstehen. Ich bin zu alt, und kann nicht mehr in verwickelten Ideen mich zurechtfinden. Nachdem ich mir aber eine Analyse des Allerhöchstens Willens gemacht, werde ich die Befehle Sr. M. ausführen. Damit sich unser Allergnädigster Herr keine allzu große Hoffnung auf den Kaiser macht, habe ich sofort dem Könige geantwortet und bin so frei, Ew. Excellenz anliegend sub volante meine submisse Antwort beizufügen mit der Bitte, solche weiterzuschicken.

Ich erlaube mir auch, Hochdenselben meine Antwort an den Herrn General v. Gerlach anzubiegen. Ich kann unmöglich fordern und erwarten, daß Sie sich die Mühe machen sollten, all mein Geschreibsel zu lesen, ich meine aber in Ew. Excellenz Sinne zu schreiben.

Den Feldjäger behalte ich hier, bis ich Herrn v. Meyendorff nach Vorschrift des Königs apostrophirt habe und bis neue Nachrichten aus London eingetroffen sein werden.

Ich bin immer noch leidend. Meine Nieren sind in einem fürchterlichen Zustande und bereiten mir viel Schmerzen. Wegen der Cholera kann der Arzt keine zweckdienlichen Mittel anwenden. Ist es mir möglich, so trete ich den 15. meine Reise an."

Charlottenburg, den 3. Dezember 1852. Handbillet des Königs an Manteuffel:

„Ich habe soeben ein Schreiben aus Paris gesehen, nach welchem Hatzfeldt ganz verstört gesagt hat, er könne Niemanden mehr

*) Dieselben bezogen sich muthmaßlich auf die französische Kaiserfrage; vielleicht ist darunter das Handbillet des Königs an Rochow verstanden, welches Gerlach a. a. O., unter dem 23. November 1852 erwähnt.

bei französischen Regierungsbeamten empfehlen, weil der Bruch Preußens und Frankreichs imminent sei.

Haben Sie, bester Manteuffel, irgend Andeutungen von Hatzfeldt, die dies bestätigen?

Nur eine Zeile der Antwort. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Die Hatzfeldsche Bemerkung, die vor der Proklamirung Napoleons zum Kaiser gefallen war, hatte wesentlich anders gelautet, war jedoch entstellt nach Berlin gelangt.

Irgend welche nachtheilige Folgen für die preußische Politik entstanden nicht.



Berichtigungen.

1) Seite 6, die erste Anmerkung hat zu lauten: „Der Unterstaatssekretär Justus v. Gruner schreibt in seinem ›Rückblick auf mein Leben‹ (veröffentlicht in der »Deutschen Revue«, Februarheft 1901) 2c."

2) Seite 10 sind in der Anmerkung die Worte: „nach Aufzeichnung Rankes" zu streichen.

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn
Berlin SW., Kochstraße 68—71.

